

34-C-525

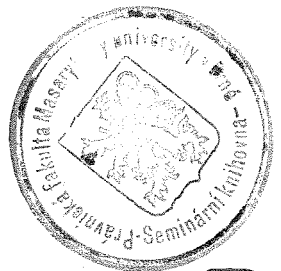
# Das Agrarproblem im neuen Europa

Von

Dr. h. c. Siegfried Strakosch

Wien

VYŘAZENO



10.080-IV.

BERLIN

VERLAGSBUCHHANDLUNG PAUL PAREY

Verlag für Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwesen

SW 11, Hedemannstraße 28 u. 29

1930

1242/4

**Wally von Strakosch**

der Gefährtin meines Lebens und meiner Arbeit  
zugeeignet



## Vorwort.

Das Weltbild läßt sich von vielen Standpunkten aus betrachten. Von jedem heben sich andere Partien ab, rücken andere in helle Beleuchtung, werden andere Beziehungen aufgedeckt. Hinter jedem Teilgebiet aber, das so in unseren Gesichtskreis tritt, steht die Welt als Einheit, dem unscheinbarsten ihrer Teile mit tausend Fäden verbunden. Deshalb darf die Untersuchung keines noch so kleinen Sektors den Zusammenhang mit dem Ganzen außer acht lassen. Der Standpunkt, von dem dieses Buch ausgeht, ist der wirtschaftliche. Das Teilgebiet, das es behandelt: die europäische Landwirtschaft. Seine Aufgabe: das Agrarproblem aus dem Gesichtswinkel der bisherigen Entwicklung, der Gesetze der Bodenproduktion und der geänderten Bedingungen im neuen Europa zu betrachten und Folgerungen daraus auf die Weiterentwicklung zu ziehen. Heißt das etwa die Zukunft enträtseln wollen? In dem Sinne freilich, in welchem alle Wirtschaftspolitik künftigen gewidmet ist. Denn sie sucht die Wirtschaft vorwärts zu treiben und vermag das nur zu tun, indem sie die künftigen Möglichkeiten ins Auge faßt, indem sie ihnen entgegengeht.

Ein praktischer Landwirt, der den theoretischen Grundlagen seiner Tätigkeit im Laufe der Jahre manches Werk gewidmet hat, wendet sich hier an seine Berufsgenossen. Darüber hinaus an den weiteren Kreis derer, die sich für national-ökonomische und weltwirtschaftliche Probleme interessieren. Die Daten aus der Praxis und die Erfahrungssätze, die das Buch enthält, dürften auch dem Theoretiker erwünschtes Material bringen.

Dr. Fritz Baades gütige Erlaubnis hat mir die Beigabe seiner so aufschlußreichen Weizenetragskarte von Europa ermöglicht. Ich sage ihm dafür an dieser Stelle verbindlichsten Dank. Ebenso Privatdozenten Dr. E. Voegelin, der die Güte hatte, mich bei Anfertigung des Index zu unterstützen.

Wien, im Dezember 1929.

**Dr. S. Strakosch.**

# Inhaltsverzeichnis.

## I. Abschnitt:

### Die Voraussetzungen.

#### I. Kapitel.

##### Das Problem.

	Seite
I. Umwälzungen in der Produktion und in der Verteilung . . . . .	1
Die Zuckerfabrik des Marschalls Marmont. — Ihre Betriebsrechnung. — Was sich in den Betriebsziffern seit 100 Jahren geändert hat. — Die neuen Hauptgewinner der Produktion.	
II. Die treibenden Kräfte . . . . .	3
Der Kapitalismus und sein Exponent der Unternehmer. — Aufstieg der Arbeiterschaft. — Reale Erfolge des Sozialismus und un reale Erfolge des Bolschewismus. — Die Grenzen der gemeinwirtschaftlichen Betätigung.	
III. Die Rationalisierung der Landwirtschaft . . . . .	7
Die Rationalisierung als Reaktionserscheinung. — Steigende Kultur und die Bedürfnisse der landwirtschaftlich Tätigen. — Schwierigkeit ihrer Befriedigung. — Die Hindernisse der Rationalisierung in der Landwirtschaft. — Intensivierung und Rationalisierung.	
IV. Die beiden Hauptfragen der Agrarpolitik im neuen Europa . . . . .	9
Der Anteil des Arbeitslohnes am Wert des Agrarproduktes. — Die Bedrohung der intensiven Landwirtschaft. — Eine wichtige Frage, die sich aus den angeführten Tatsachen ergibt. — Die Umwälzungen in der Bodenverteilung. — Methode, die bei der Untersuchung angewendet wurde.	

#### II. Kapitel.

##### Beginn der neuzeitlichen Landwirtschaft: Die treibenden Kräfte.

I. Die Bauernbefreiung . . . . .	12
Die alte Dreifelderwirtschaft. — Der Übergang zum Brachfruchtbau und Thäers Fruchtwechselwirtschaft bezeichnen die Geburtsstunde des modernen Ackerbaues. — Was die tausendjährige Überlieferung stürzte. — Die Bauernbefreiung.	
II. Revolutionierung des Betriebes und Auftauchen der Arbeiterfrage . . . . .	15
Revolutionierung der Bauernbetriebe. — Auch der Flurzwang fällt. — Aufteilung des Gemeindebesitzes. — Folgen der Bauernbefreiung für die Gutsherrschaft. — Die Arbeiterfrage taucht auf und findet ihre vorläufige Lösung. — Ein neues Element der Betriebsrechnung.	

#### III. Kapitel.

##### Vorherrschen der naturwissenschaftlich-technischen Einstellung.

(Die Beweggründe der Weiterentwicklung von der Mitte des XIX. Jahrhunderts bis zu Anfang der 80er Jahre.)

I. Die Zeit der naturwissenschaftlich-technischen Erfindungen . . . . .	19
---	----

## Inhaltsverzeichnis.

VII

Seite

Fortschritte der naturwissenschaftlichen Forschung im XIX. Jahrhundert. — Die Wirtschaft nützt die wissenschaftlichen Erkenntnisse durch das Medium der Technik. — Der Welthandel empfängt seine Voraussetzungen. — Mitwirkung der Landwirtschaft.	
II. Umwandlung der geschlossenen Hauswirtschaft . . . . .	22
Scheidung der Produktions- und Konsumtionswirtschaft. — Folgen für die Landwirtschaft. — Die moderne Maschine und das moderne Ackerwerkzeug halten ihren Einzug in der Bodenkultur. — Rationalisierung der Fütterung.	
III. Aufkommen der Mineral- und Stickstoffdüngung und der landwirtschaftlichen Industrien . . . . .	24
Liebigs Mineraltheorie. — Die Unerläßlichkeit gleichzeitiger Stickstoffdüngung wird erkannt. — Aufkommen der Zuckerindustrie und der Spiritusbrennerei. — Rückwirkung auf die Landwirtschaft.	

#### IV. Kapitel.

##### Das Vordringen der wirtschaftlichen Auffassung.

(Die Entwicklung der Intensität von den 80er Jahren bis zu Anfang des Weltkrieges.)	
I. Erwachen der überseeischen Konkurrenz . . . . .	29
Das Verkehrswesen zeigt dem Landwirt eine unliebenswürdige Seite. — Der Sturz der Getreidepreise. — Die amerikanische Gefahr wird ernster.	
II. Umstellung der Viehproduktion . . . . .	32
Die Schafhaltung ist unrentabel geworden. — Dafür wird die Rinder- und die Schweinehaltung nutzbringend. — Wohltätige Folgen der Umstellung für die Landwirtschaft.	
III. Der Rechenstift kommt dem Landwirt zu Hilfe . . . . .	34
Der Landwirt beginnt Schutzzöllner zu werden. — Bismarcks Getreidezölle. — Versuch, die Produktionskostenberechnung dem Betrieb nutzbar zu machen. — Einführung der landwirtschaftlichen Buchführung.	
IV. Die Ökonomisierung macht Fortschritte . . . . .	37
Beginn der Genossenschaftsbewegung. — Die Ökonomisierung schreitet fort. — Der internationale Landwirtschaftskongreß in Wien vom Jahre 1907 kennzeichnet die neue Richtung.	

#### V. Kapitel.

##### Die Intensivierung in Zahlen.

I. Der Begriff „intensiv“ und sein zahlenmäßiger Ausdruck in Deutschland . . . . .	41
Der Begriff „intensiv“ in Theorie und Praxis. — Feststellung der Intensitätsstufe von 1914 nur durch Vergleich möglich. — Kulturfläche, Ertrag und Aufwand als Faktoren der Beurteilung. — Die Statistik vor 100 Jahren. — Rybars Versuch die Produktionssteigerung Deutschlands im XIX. Jahrhundert zu ermitteln. — Steigerung der Ackererträge. — Steigerung der Viehproduktion.	
II. Ackerbaustatistik anderer Staaten . . . . .	46
Änderung in der Bodennutzung von 1870—1913. — Der Intensitätsfortschritt Englands ist anders zu messen. — Rußland bleibt zurück. — Die Niederlande als charakteristisches Beispiel. — Die Steigerung des Geld- und Sachaufwandes als Folge der Vermehrung der Hackfrüchte. — Die Statistik und der Zwischenfrucht- und Futterbau. — Werterhöhung der Futtergewächse eine Form der Intensivierung.	

#### VI. Kapitel.

##### Weitere Erscheinungsformen der Intensivierung.

I. Die Intensivierung im Feldsystem . . . . .	51
Das Flächenverhältnis von Wiese, Weide und Ackerland als Voraussetzung	

	Seite
der Produktivität. — Das Ackersystem als Merkmal der Produktivität. — Schematische Einreihung der Wirtschaftssysteme nach Intensitätsstufen und ihre Fehlerquellen. — Mannigfache Intensität bei Weidewirtschaft. — Waldfeldwirtschaft einst und jetzt. — Wandel der Feldsysteme. — Das Vordringen des Wintergetreides.	
II. Die Rückwirkung der Intensivierung auf die Viehproduktion . . . . .	57
Zusammenhang zwischen der Intensität der Feldwirtschaft und der Dichte des Viehstapels. — Dessen Zusammensetzung ändert sich überall in der gleichen Richtung. — Bildung leistungsfähiger Rassen und ihr Vordringen. — Viehgewichte, Schnellwüchsigkeit und Milchergiebigkeit.	
VII. Kapitel.	
<b>Die Grenzen der Intensivierung.</b>	
I. Die natürlichen Grenzen der Produktionssteigerung . . . . .	61
Der Landwirt als skeptischer Beobachter. — Das Wunder des Pflanzenwerdens und seine Voraussetzungen. — Sonne, Wärme und Wasser als Faktoren der Produktion. — Vom Optimum, Maximum und Minimum der Wachstumsbedingungen. — Ein pflanzenphysiologisches Gesetz in wirtschaftlicher Übersetzung.	
II. Die ökonomischen Grenzen der Produktionssteigerung . . . . .	64
Der Düngerversuch von Rothamsted und seine Fehlerquellen. — Kosten und Preis als Ergänzung des biologischen Erfolges. — Ungleiche Kosten gleicher Maßnahmen. — Ungleiche Produktivität eines bestimmten Aufwandes. — Von was die Rentabilität des Mehraufwandes abhängt.	
III. Weitere Belege für den Einfluß einiger Faktoren auf die Rentabilität des Mehraufwandes . . . . .	68
Turgots Beispiel von der Rentabilität des Mehraufwandes auf jungfräulichen Böden. — Ein Erlebnis im Sudan zeigt das Gegenteil. — Lehre, welche sich daraus auch für die europäischen Verhältnisse ergibt. — Ein Beispiel aus Amerika für die ökonomischen Grenzen der Intensivierung. — Thünens Richtlinien für die Angemessenheit der Betriebssysteme.	

## VIII. Kapitel.

**Die Suspendierung des Bodenertragsgesetzes.**

I. Läßt sich ein Naturgesetz aufheben? . . . . .	74
Nicht das Naturgesetz, nur seine wirtschaftlichen Folgen lassen sich zeitweilig suspendieren. — Liebig glaubt das Gesetz technisch überwunden zu haben. — Er widerlegt sich selbst durch das Gesetz vom Minimum. — Einige praktische Erfahrungen dazu.	
II. Der Kampf um das Bodenertragsgesetz geht weiter. Howards Produktionskostenberechnungen werden für und wider die Geltung des Gesetzes ausgewertet. — Was die Wirklichkeit zu dieser spekulativen Beweisführung sagt. — Das Anwachsen der Erzeugungskosten als Begleiterscheinung des kulturellen Fortschrittes. — Rückwirkung auf die Rentabilität des Aufwandes.	77
III. Die ungleiche Arbeitsleistung der Kulturpflanzen und das Bodenertragsgesetz . . . . .	83
Der ungleiche Standpunkt der Volkswirtschaft und der Privatwirtschaft hinsichtlich der Wertung der Bodenfrüchte. — Marktwert und Nutzwert. — Die Bevorzugung arbeitsfähigerer Kulturpflanzen.	

## IX. Kapitel.

**Das Gesetz des abnehmenden Ertrages in der Viehhaltung.**

Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages soll, wie behauptet wird, für das einzelne Tier, nicht für die Viehzucht als Ganzes gelten. — Beweise und Gegenbeweise. — Beschränkung der Bodenfläche als Futterquelle. — Der Unterschied zwischen Viehproduktion und Bodenproduktion, hinsichtlich des Gesetzes nur ein gradueller, kein prinzipieller.	87
--	----

## X. Kapitel.

**Der ökonomische Koeffizient eines Staates in seinem Einfluß auf die Produktivität.**

I. Der Begriff „ökonomischer Koeffizient“ . . . . .	91
Der Mensch als Gebieter der Kulturpflanzen und Haustiere. — Die Natur begrenzt seine Schöpfertätigkeit. — Beispiele aus der Praxis. — Einfluß der Natur auf Bevölkerung, Staat und Gesetzgebung. — Herausbilden territorialer Ungleichheit in den wirtschaftlichen Vorbedingungen. — Der produktive Gesamtzustand einer Volkswirtschaft. — Der Begriff: „ökonomischer Koeffizient“.	
II. Die Folgen des ökonomischen Koeffizienten . . . . .	95
Intensivierungsversuche im Marchfeld und in Mitteldeutschland. — Andere privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Konsequenzen hier und dort. — Es werden Wirkungen erkennbar, die mit den von Thünen beobachteten Einflüssen verschiedener Faktoren nicht identisch sind. — Beobachtungen über die Beeinflussung der Produktivität, deren Ergebnisse für jede Stufe der landwirtschaftlichen Intensität und für jedes Wirtschaftsgebiet Geltung haben.	

## II. Abschnitt:

**Die neuen Verhältnisse.**

## XI. Kapitel.

**Die Bodenreform.**

I. Der Beginn . . . . .	100
Der Weltkrieg begünstigt die Bodenreform. — Innere Kolonisation und Heimstättenbewegung als Stimulationsmittel. — Gesetze über die Zuteilung von Boden an Kriegsteilnehmer. — Geänderte politische Stellung der Bauern nach Kriegsschluß. — Der Frieden verteilt mehr Boden als der Krieg versprach.	
II. Die Durchführung der Bodenreform . . . . .	102
Sowjetexperimente. — Eine Nachricht über Estland und Lettland. — Wie es die Tschechoslowakei anpackt. — Rumänien hat alte Sünden gutzumachen. — Bulgarien. — Schwierigkeiten der Agrarreform in Groß-Serbien. — Griechenland macht es wie nach dem peloponnesischen Krieg. — Die patriotische Reform Ungarns. — Österreich und das Burgenland. — Warum die Schweiz keine Bodenreform braucht. — Auch Belgien ist ein Bauernland.	
III. Die Bodenaufteilung macht Schule . . . . .	110
Die Idee dringt nach Schweden. — Dänemark folgt nach. — Eigentümliche Verhältnisse in Finnland. — Bodenreform in Polen. — Holland gewinnt sein Siedlungsgebiet durch Urbarmachung von Ödland.	
IV. Die Agrarreform in den vier europäischen Großstaaten . . . . .	112
Agrarreform des Faschismus. — Großbritanniens Versuche und Pläne. — Das Deutsche Reich und Frankreich.	

## XII. Kapitel.

## Überblick über das Ergebnis der Bodenreform.

- I. Die Bodenpacht . . . . . 118  
Der Pachtbetrieb ist weitgehend in Eigenbetrieb übergeleitet worden. — Die Gegenbewegung. — Der größere oder kleinere Anteil von Pacht und Eigenbetrieb wirtschaftlich nicht wesentlich. — Die Bedingungen, unter denen ein Boden erworben oder gepachtet wurde, sind ausschlaggebend. — Vor- und Nachteile von Pacht- und Eigenbetrieb. — Die Erbpacht in der Sowjetrepublik. — Das Pachtproblem in den übrigen Staaten. — Ein gutes Pachtgesetz, der überzeugendste Anwalt des großen Grundbesitzes.
- II. Die Änderung in der Verteilung der Betriebsgrößen 123  
Rußlands Bodenaufteilung entscheidet über die halbe Fläche von Europa. — Was wir von der Bodenstatistik der übrigen Staaten wissen. — Es wurden fast nirgends mittlere oder größere Bauerngüter gebildet, sondern vorwiegend Klein- und Zwergbesitze.

## XIII. Kapitel.

## Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bodenreform.

- I. Was die Theorie über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Betriebsgrößen sagt . . . . . 126  
Bedingte Geltung älterer Lehrmeinungen. — Mischung der verschiedenen Betriebsgrößen als vorteilhaft erkannt. — Aereboes Unterscheidung des privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Standpunktes. — Die Argumente Bernhardis. — Schlußfolgerungen Skalweits. — Relativität aller Untersuchungsergebnisse.
- II. Was der theoretische Sozialismus dazu sagt . . . 132  
Unsicherheit in der Stellung der Agrarfrage. — Deduktionen Kautskys. — Ballods Zukunftsstaat im Urteil der Praxis. — Untersuchungen Eduard Davids.
- III. Die Lehren der Betriebsstatistik . . . . . 135  
Die Untersuchungen Laurs. — Erfahrungen der Kriegszeit in Deutschland und Österreich. — Ziffern aus der Buchstelle der niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer. — Betriebsstatistische Untersuchungen in der Tschechoslowakei.
- IV. Bilanz der Meinungen . . . . . 141  
Die Besitzgröße hat auf den Rohertrag eine andere Wirkung, je nachdem es sich um Viehzuchtgebiete, Gebiete extensiveren oder intensiveren Ackerbaues handelt. — Das Verhältnis von Rohertrag zu Aufwand und der Sinn des volkswirtschaftlichen Einkommens bei Groß- und Kleinbetrieb. — Konsequenzen der Bodenaufteilung für Europa.

## XIV. Kapitel.

## Die Produktionskosten.

- I. Vergleich der Produktionskosten vor und nach dem Weltkrieg . . . . . 146  
Aus dem Ausgabekonto eines österreichischen Großbetriebes. — Steigerung des Aufwandes nicht gleichbedeutend mit Verteuerung der Produktion. — Preise und verbrauchte Mengen der Betriebsmittel als Imponderabilien für den Vergleich von Produktionskosten. — Belege für die Steigerung der Produktionskosten im österreichischen Bauernbetrieb, in der Schweiz und in Deutschland. — Berechtigung eines Analogieschlusses auf andere Staaten.
- II. Das veränderte Verhältnis zwischen den Erzeugungskosten der Agrarprodukte und der Kaufkraft des erzielten Erlöses . . . . . 153

- Privatwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Standpunkt gegenüber den Produktionskosten. — Eine Untersuchung der Relation zwischen den Produktionskosten und den Preisen der verkauften Agrarprodukte. — Das Anschwellen der Produktionskosten als Kriegsfolge. — Die Reaktion nicht in allen Staaten gleich. — Die gesunkene Kaufkraft der Agrarpreise weist der europäischen Landwirtschaft neue Aufgaben zu.
- III. Der Anteil des Arbeitslohnes an den Produktionskosten . . . . . 158  
Verbilligung der Produktionsmittel des Landwirtes durch den Fortschritt der Technik, ein Gegengewicht gegen die Steigerung der Löhne. — Schwierigkeiten, die sich bei Berechnung des Lohnanteils an den Produktionskosten ergeben. — Ermittlungsversuche des Internationalen Arbeitsamtes und ihr Ergebnis.
- IV. Verteuerung der Agrarprodukte durch den Zwischenhandel . . . . . 162  
Das Interesse des Landwirtes an den Kosten des Zwischenhandels. — Ist deren übliche Höhe notwendig? — Ein Versuch auf der Genfer Wirtschaftskonferenz. — Reform des Zwischenhandels als Unterstützung der landwirtschaftlichen Rationalisierung.

## XV. Kapitel.

## Der Reinertrag.

- I. Der Reinertrag der Schweizer Bauerngüter . . . . 166  
Die ungleiche Rentabilität der Landwirtschaftsbetriebe, Ricardos Renten-Theorie und ihre praktischen Konsequenzen. — Ertragsberechnungen des schweizerischen Bauernsekretariats. — Von glücklichen Nutznießern der Bodenrente und ihrem Einkommen.
- II. Vergleich der Schweizer Daten mit denen anderer Staaten . . . . . 169  
Deutsche Betriebe vor und nach dem Krieg. — Österreichische Ertragsberechnungen. — Die Rentabilität der Norwegischen Landwirtschaft. — Die dänische Landwirtschaft als Krösus unter der Bodenkulturen Europas. — Einige wichtige Lehren der Untersuchung.

## XVI. Kapitel.

## Die Lohnarbeit.

- I. Die Arbeiterverhältnisse vor dem Krieg . . . . . 178  
Warum der Landarbeiter hinsichtlich des Arbeiterschutzes stiefmütterlich behandelt wurde. — Die Stellung des Landarbeiters zum Boden und zum Klassenkampf. — Die Landflucht und ihre Ursachen. — Licht- und Schattenseiten des landwirtschaftlichen Berufes. — Was der Landarbeiter erreichen kann und was nicht. — Entlohnung und Arbeitszeit vor dem Kriege.
- II. Zwischen zwei Epochen . . . . . 184  
Die Löhne der Kriegszeit. — Der Schützengraben erweckt den Landarbeiter. — Organisationsunterricht von oben. — Debatte des ersten Friedensjahres. — Der Landarbeiter als unsicherer Gewerkschaftler. — Dilemma der Landarbeiterbewegung.
- III. Die Errungenschaften der Nachkriegszeit . . . . . 188  
Verbindung zwischen Getreidepreis und Lohn in England. — Von der Reform des Landarbeiterrechtes, Tarifverträgen, begrenzter Arbeitszeit und anderen Errungenschaften. — Ein wunder Punkt in der Lebenshaltung des Landarbeiters. — Entwicklung der Sozialversicherung. — Die internationale Verbreitung des Fortschrittes. — Ein Vertragsentwurf der Genfer Arbeitsorganisation. — Arbeitslose aufs Land. — Kampf gegen die Wanderarbeiter.

## XVII. Kapitel.

## Produktion und Konsum.

- I. Die Getreideproduktion . . . . . 198  
Getreideerzeugung in Europa und im Gebiet der russischen Sowjetrepubliken vor und nach dem Krieg. — Ihr starker Rückgang. — Der Fortschritt in der übrigen Welt konnte das Manko nicht ausgleichen.
- II. Der Getreidekonsum . . . . . 203  
Bevölkerungswachstum bei gesunkener Getreideproduktion. — Wie der Handel Europas auf die Minderproduktion reagiert. — Unterkonsum führt bei verringerter Welterzeugung zu einer Krise der Getreidepreise.
- III. Die Viehproduktion . . . . . 208  
Geringes Sinken des Viehstandes in Europa, größeres in Rußland. — Nur die Ziegen haben sich vermehrt. — Warum den Viehstandszahlen wenig Beweiskraft für die Produktivität zukommt. — Es ergeben sich Anhaltspunkte für den vorläufig negativen Einfluß der Bodenaufteilung auf die Viehproduktion.

## III. Abschnitt:

## Die Weiterentwicklung.

- Vorbemerkung . . . . . 213

## XVIII. Kapitel.

## Streifzüge durch die Werkstätten der landwirtschaftlichen Organisation.

- I. Vom Deutschen Landwirtschaftsrat . . . . . 214  
Eine Sitzung in der Vorkriegszeit. — Demokratisierung des Landwirtschaftsrates. — Verstärktes Betonen der Zusammenhänge mit der Gesamtwirtschaft. — Das Ziel der Nahrungsmittelfreiheit. — Alte und neue Verhandlungsthemen. — Der Aktionskreis des Landwirtschaftsrates weitet sich.
- II. Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft lädt zu Gast . . . . . 219  
Eine Wanderausstellung. — Das Vermächtnis Max von Eyths. — Der Vorstand der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft über die Aufgabe der Ausstellungen. — Die Landarbeitsforschung erscheint zum ersten Male dort. — Exkurs von ihren Bestrebungen zu einem neuartigen Betriebssystem in den Vereinigten Staaten. — Wie die D. L. G. der Idee der Rationalisierung, Standardisierung und Mechanisierung dient.
- III. Eine österreichische Landwirtschaftskammer . . . . . 224  
Demokratisierung und Verbreitung der Kammern nach dem Krieg. — Die niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer bei der Arbeit. — Worin die Bedeutung der neuen Landwirtschaftskammern liegt.
- IV. Das Haus der tschechoslowakischen Landwirtschaftskultur . . . . . 227  
Die Organisationen der Landwirte und die landwirtschaftlichen Einrichtungen des Staates fallen in der Tschechoslowakei vielfach zusammen. — Das Haus der Landwirtschaftskultur als Sammelpunkt fachlicher und kultureller Bestrebungen. — Die Akademie der Landwirtschaft und ihr Programm. — Die kürzeste Brücke von der Theorie zur Praxis. — Studien über die bäuerliche Wesenheit und ihre Bedeutung.

## XIX. Kapitel.

## Die Anpassung des Genossenschaftswesens.

- I. Das Kriegsschicksal der Genossenschaften . . . . . 232  
Rückbildung in den kriegführenden Staaten. — Vorsprung der Neutralen.

- Genossenschaft und Syndikat. — Angleichung der Syndikate in Frankreich an die Ziele der Genossenschaften.
- II. Die Anpassung der Kreditgenossenschaften . . . . . 235  
Sie rücken überall in den Mittelpunkt des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. — Verstärktes Eingreifen des Staates. — Hinneigen zur Vereinheitlichung. — Die Technik des landwirtschaftlichen Kredites wird verfeinert. — Verbesserter Nutzungskoeffizient der Kapitalien — Tendenz die Haftpflicht der Genossenschaften zu begrenzen.
- III. Neue Aufgaben des Genossenschaftswesens . . . . . 241  
Vielgestalt der Unternehmungen. — Die Spezialisierung. — Versuche der vertikalen Gliederung. — Die Genossenschaft als Mittler der Standardisierung und Preisbeeinflussung. — Als Exporteur und Importeur. — Die Konkurrenz überseeischer Genossenschaften und ihre Abwehr. — Überstaatliche Verbände. — Unmittelbare Beziehungen zwischen den Genossenschaften der Landwirte und Verbraucher.

## XX. Kapitel.

## Die internationale Organisation des Berufsstandes.

Das landwirtschaftliche Institut in Rom. — Die Agrarkommission in Paris. — Das Arbeitsamt in Genf. — Die wirtschaftliche Sektion beim Völkerbund. — Die internationale Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen und ihr Aufgehen in der Pariser Kommission. — Das Institut der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit. — Das Agrarbureau in Prag als Zentrum einer politisch agrarischen Internationale.

## XXI. Kapitel.

## Das sozialdemokratische Agrarprogramm.

Der Kampf um den Dorfproletarier. — Das Programm als Brennpunkt der sozialdemokratischen Organisationspolitik auf dem Lande. — Das Kieler und das Schweizer sozialdemokratische Agrarprogramm und die Extratouren des Austromarxismus. — Herreneigentum und Arbeitseigentum. — Zweifelhafte Freuden an dem Ertrag der Grundrente. — Das umstrittene Fideikommiß. — Der Staat als Retter der Landwirtschaft und einige Bedenken dagegen. — Ein Dilemma zwischen Stadt und Land. — Politische und volkswirtschaftliche Konsequenzen des Programms.

## XXII. Kapitel.

## Die Agrarpolitik des Sowjetstaates.

- I. Die Periode des Agrarkommunismus . . . . . 264  
Revolutionäres Vorspiel. — Die Zerstörung des Großgrund- und Großbauernbesitzes. — Der Rätekongreß sanktioniert eine vollzogene Tatsache. — Ohnmacht der Sowjetregierung gegenüber der Bauernschaft. — Deren Spaltung wird als Voraussetzung des Agrarkommunismus betrieben. — Die Habenichtse als Wortführer des Kommunismus. — Statut der kollektiven Betriebsformen. — Versagen der Dorfarnut und Heranziehen der mittleren Bauern. — Die Teilnehmer der kollektiven Wirtschaft. — Zusammenbruch des Systems und neue vergebliche Versuche staatlicher Zwangswirtschaft.
- II. Der neue Kurs von 1921 und der Agrarkodex . . . . . 271  
Lenins Wiederentdeckung der Triebkraft des persönlichen Vorteils. — Der Agrarkodex von 1922. — Aufhebung der Getreiderequisitionen und Herstellung der Handelsfreiheit. — Rehabilitierung der individuellen Betriebe. — Der Kleinbauer wird weiter gegen den Kulak ausgespielt. — Von Analphabeten, Adoptionen und Häusern der Bauernschaft. — Das Genossenschaftswesen als Surrogat des Agrarkommunismus.

	Seite
III. Die Kritik Trotzki's . . . . .	277
Begeisterte ausländische Gäste der Sowjetregierung. — Diskrepanz zu gewissen wirtschaftlichen Tatsachen. — Trotzki über die wirkliche Lage Rußlands. — Es bestätigt sich, daß die Lebenskraft der Großbauern stärker als die Sowjetmacht ist.	
IV. Das internationale Agrar-Institut in Moskau . . . . .	281
Aufgaben und Organisation. — Wodurch es sich von dem Landwirtschaftsinstitut in Rom unterscheiden will. — Das Institut legt seinen Forschungen die Prinzipien des Marxismus zugrunde. — Gewissenskonflikt russischer Gelehrter. — Das entlarvte Finanzkapital. — Arbeiten von ungleichem Maß. — Unvermeidlicher Einfluß auf die europäische Bodenkultur.	

## XXIII. Kapitel.

## Drei ungelöste Fragen.

I. Die bäuerliche Erbfolge . . . . .	286
Gefahr der Bodenzersplitterung. — Das verständnislose bürgerliche Gesetzbuch und der Code Napoléon. — Die Anerbensitte rettet den Hof. — Versuche der Regelung durch „Anerbengesetze“. — Argumente gegen die geschlossene Vererbung. — Die neuen Verhältnisse engen die zulässigen Grenzen der Bodenteilung ein.	
II. Die Steuerfrage . . . . .	293
Das Empfinden der Übersteuerung und der Vorwurf ungenügender Steuerleistung. — Das Geheimnis der landwirtschaftlichen Steuerlast. — Große und kleine Sünden als Quellen der Übersteuerung. — Warum die Undurchsichtigkeit des Steuersystems die Landwirte besonders trifft. — Verschärfung der Lage in der Nachkriegszeit. — Was anzustreben ist. — Ein Entwurf über die Vereinheitlichung des Steuerrechtes im Deutschen Landwirtschaftsrat. — Die deutschen Steuer Sorgen typisch für die Landwirtschaft Europas.	
III. Die Kreditfrage . . . . .	299
Gründe des vermehrten Geld- und Kreditbedarfes. — Schwäche des Landwirtes als Kreditwerber. — Kreditbedingungen und Rentabilität des Leihkapitals. — Neuverschuldung und Kredithilfe in Deutschland. — Gefahren starker Kreditgewährung. — Die Verpflichtung des Staates. — Eine Internationale Kommission für Agrarkredit. — Dreifach geschmiedete Sicherheiten. — Die Kreditfrage eine Frage besserer Rentabilität der Landwirtschaft.	

## XXIV. Kapitel.

## Die Beeinflussung der Agrarpreise durch die Zoll- und Handelspolitik.

I. Argumente gegen die Getreidezölle in Theorie und Praxis . . . . .	307
Wirtschaftspolitik und Preispolitik. — Unsicherheit der Zollwirkung. — Sonderbedenken gegen die Agrarzölle. — Die Gefahr der Aushungerung soll vergrößert werden. — Die Getreidezölle als Schraube ohne Ende. — Brentano beweist deren verheerende Wirkungen, Helfferichs Erhebungen widerlegen sie. — Das Heranziehen schlechter Böden als Gegenargument. — Der Fortschritt engt den Kreis der unsicheren Böden ein. — Getreidezölle als Verteuerer der Lebenshaltung.	
II. Das Verkaufsinteresse verschiedener Besitzgrößen an Getreide, Vieh und Viehprodukten . . . . .	315
Getreidebau als Domäne des Großbetriebes. — Verkauft der Kleinbetrieb unter allen Umständen mehr Vieh und Viehprodukte als Getreide? — Die innere Struktur zweier Bauernwirtschaften. — Es ergibt sich, daß die Organisation das Verkaufsinteresse ausschlaggebender beeinflußt als die Besitzgröße. — Warum das Verkaufsinteresse des kleinen Landwirtes in Getreide wachsen muß.	

III. Was der Zoll auf Brotgetreide dem Landwirt einträgt . . . . .	320
Größere Feinhörigkeit gegenüber dem Wesen des Reallohnes und die Rückwirkung auf den Zollnutzen. — Ziffernmäßige Berechnung des Gewinnes, den die Getreidezölle dem Landwirt zu erbringen vermögen. — Es zeigt sich eine erziehlche Seite der Getreidezölle, aber auch deren verminderte Fähigkeit unter den neuen Bedingungen dem Landwirt zu nützen.	

## XXV. Kapitel.

## Die neuen Wege der Zoll- und Preispolitik.

I. Der gleitende Getreidezoll . . . . .	324
Die Vorfahren der gleitenden Skala. — Der gleitende Getreidezoll in Österreich. — Erfahrungen, die hier damit gemacht wurden. — Warum der gleitende Zoll immer versagen muß.	
II. Das Getreidemonopol . . . . .	329
Das Getreidemonopol als Maßnahme der Kriegswirtschaft. — Kosten des Schweizer Monopols. — Vor- und Nachteile gegenüber dem Getreidezoll. — Ein neuer Vorschlag.	
III. Die Anpassung der Zoll- und Handelspolitik an die neuen Bedingungen . . . . .	337
Bereitschaftszölle. — Die Fleischzölle Serings. — Besondere Betonung der Zölle auf Molkereiprodukte durch Aereboe. — Andere Argumente lassen das Schwergewicht der künftigen Zollpolitik nicht in den Getreidezöllen, sondern in den Viehzöllen erblicken. — Gerstenzölle, Einfuhrscheine und die Aufgabe der Zölle auf Brotgetreide bei Preiskatastrophen am Weltmarkt. — Zunehmende Wichtigkeit des Zuckerzolles für die Landwirtschaft.	

## XXVI. Kapitel.

## Das Kulturgebiet als Voraussetzung der Weiterentwicklung.

I. Die Faktoren, welche ein Kulturgebiet bestimmen . . . . .	345
Von dem ökonomischen Koeffizienten eines Staates hängt auch die Wirkung agrarpolitischer Maßnahmen ab. — Nicht weniger von seiner Kenntnis die richtige Einschätzung der Aussichten für die Weiterentwicklung. — Die Mitbildner des ökonomischen Koeffizienten. — Übertreffender Einfluß der geographischen Lage auf Menschen, Wirtschaft und Kultur und deren Rückwirkung auf einander. — Das Klima als Hauptfaktor der Lage.	
II. Hohe Bodenerträge als Funktion der Landwirtschaftstechnik . . . . .	349
Die Bestandaufnahme der Landwirtschaftstechnik in Deutschland. — Ihr Wert für die Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten. — Eine detaillierte Bodenertragskarte von Europa. — Was aus ihr hervorgeht.	
III. Landwirtschaftstechnik als Funktion des Kulturgebietes . . . . .	353
Meinung, daß ungenügende Verbreitung der modernen Technik das Gebiet der Höchstleistungen beschränke. — Warum der Grad, in dem jene angewandt wird, keinen sicheren Maßstab für die Steigerungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion bildet. — Betriebszonen und Betriebstypen der europäischen Landwirtschaft und ihr Verhältnis zur modernen Landwirtschaftstechnik.	
IV. Agrargeographische Randbemerkungen . . . . .	359
Die Beziehungen zwischen Bevölkerungsdichte und landwirtschaftlicher Intensität. — Ackerbau in den nordischen Ländern. — Rekordernuten und Futterwüchsigkeit. — Alpen und Karst. — Der üppige und der kärgliche Süden. — Klima-Exzesse und Landwirtschaft in Osteuropa. — Begrenzte Aussichten für die Ausbreitung des intensiven Gebietes.	



## XXVII. Kapitel.

## Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

I. Die Voraussetzungen . . . . .	368
Das Jahrhundert Landwirtschaft vor dem Weltkrieg. — Drei Etappen landwirtschaftlicher Intensivierung. — Merkmale für deren Höhe. — Natürliche und wirtschaftliche Grenzen der Intensivierung.	
II. Die neuen Verhältnisse. . . . .	372
Die Änderung der Besitz- und Betriebsgrößen. — Die Änderung der Produktionskosten und der Rentabilität. — Das bäuerliche Einkommen. — Die Errungenschaften der Landarbeiter. — Verschiebungen in Produktion und Konsum.	
III. Die Weiterentwicklung. . . . .	377
Die Arbeit der agrarischen Organisationen. — Einwirkung des theoretischen und praktischen Marxismus. — Alte Sorgen in neuer Beleuchtung. — Die Beeinflussung der Agrarpreise. — Noch einmal das Kulturgebiet als Faktor.	

## XXVIII. Kapitel.

## Schlußwort.

I. Die Verschärfung der überseeischen Konkurrenz . . . . .	384
Die Agrarkrisen von 1920 und 1929. — Unbequeme Nachrichten von Übersee. — Ein internationaler Weizenpool. — Die Farm-Relief-Bill. — Die überseeische Konkurrenz und wir.	
II. Von der kommenden Landwirtschaft . . . . .	389
Das wahre Ende der Agrarkrise in Europa. — Der künftige Anteil verschiedener Betriebsgrößen am Fortschritt. — Produktionsvermehrung durch Nivellierung der Rohträge. — Nivellierung des Betriebsumfanges. — Eine Epoche staatlicher Beeinflussung von Absatz und Preisbildung. — Zunehmende Bedeutung des Genossenschaftswesen. — Der Einzug des reinen Erwerbprinzips verändert die Kulturflächen. — Perspektive auf lange Sicht.	
Sachverzeichnis . . . . .	398
Namenverzeichnis . . . . .	403
Weizen-Ertragskarte von Europa.	

## Erster Abschnitt.

## Die Voraussetzungen.

## I. Kapitel.

## Das Problem.

## I. Umwälzungen in der Produktion und in der Verteilung.

Die Zuckerfabrik des Marschall Marmont. — Ihre Betriebsrechnung — Was sich in den Betriebsziffern seit 100 Jahren geändert hat — Die neuen Hauptgewinner der Produktion.

Marmont, Marschall von Frankreich, Herzog von Ragusa, war ein großer Feldherr. Ob er ein ebenso großer Kaufmann gewesen ist, davon weiß die Geschichte nichts zu erzählen. Jedenfalls aber hat sich der Marschall nach dem Sturze Napoleons nicht bloß Ludwig XVIII. in die Arme geworfen, sondern auch der Zuckerfabrikation, die damals in Europa neu und unerprobt war, wie die Herrschaft des Bourbonen. Beide brachten dem armen Marmont nicht viel Glück. Denn mit der Herrlichkeit des Königtums ging es nach ein paar Jahren zu Ende und mit der Zuckersiederei Marmonts zu Châtillon auch. Deren Reich hatte immerhin lange genug gedauert, um uns einige interessante Daten über die damalige Erzeugung des Rübenzuckers zu hinterlassen. Der Zufall spielt mir die Betriebsrechnung der Fabrik von 1822 in die Hände<sup>1)</sup>. Sie hat in dieser Campagne eine Million Kilo Zuckerrüben verarbeitet, im Tag 8000 Kilo Rüben und hat daraus in 4 Monaten 40 000 Kilo Konsumzucker erzeugt. Wohlgemerkt: Kilo, denn so rar sind Rübe und Rübenzucker noch, daß man in Kilo, nicht etwa in Zentnern rechnet. Wie großartig das auch klingt: 1 Million Kilo Zuckerrübe, 40 000 Kilo Zucker. Der Herr Marschall mag auf die Schlacht von Marengo, die er durch sein Eingreifen entschied, nicht stolzer gewesen sein, als auf solche Leistung von Châtillon. Die Erzeugung einer modernen Zuckerfabrik darf man damit freilich nicht vergleichen. Die vier niederösterreichischen Fabriken, gar keine besonderen Mammut-etablissemments, verarbeiten jede über 1 Million q im Jahr; in Kilo läßt sich das kaum mehr ausdrücken, soll nicht eine Ziffer von unwahrscheinlichen Dimensionen herauskommen. Wird aber jetzt hundertmal

<sup>1)</sup> Enthalten in einem Werk aus dem Jahre 1825: „Art de fabriquer le sucre de betteraves“, par M. Dubrunfaut, das ich der Güte des Freiherrn Carl v. Freudenthal verdanke. Die Betriebsrechnung von Châtillon, die sichtliche Irrtümer aufweist, wurde richtig gestellt nach einer zweiten Betriebsrechnung, die auf S. 518 des gleichen Werkes verzeichnet ist.

so viel in der Campagne verarbeitet, so ist die Tagesverarbeitung noch mehr gestiegen und am meisten die Ausbeute an Zucker. 170 mal so groß ist die tägliche Rübenverarbeitung jeder dieser vier niederösterreichischen Fabriken, aber 600mal so groß die tägliche Zuckererzeugung. Denn, nicht bloß die Fabrik hat sich gestreckt und geweitet und die Leistungsfähigkeit des technischen Betriebes ist ins Riesenhafte gewachsen, auch die Zuckerrübe hat das Fabrizieren von Zucker ganz anders gelernt. Ursprünglich besaß sie 5—6 % Zucker, mit der Zeit ist ihr Zuckergehalt auf das 3—3½fache gebracht worden und die Beherrschung der chemisch-physiologischen Methoden gestattet nun 14 % und mehr Ausbeute an Konsumzucker zu erzielen, wo Châtillon 4 % Zucker aus der Rübe gewann.

Nicht alle Zahlen haben sich derart vervielfältigt. Der Verbrauch an Kohle, an Betriebsmaterialien ist, gemessen am Produkt erstaunlich gering geworden. Dabei zeigt sich bei dem Vergleich der Betriebsrechnung von einst und jetzt ein bemerkenswerter Umstand. Nun ist es auf einmal die Gegenwart, die mit der Auflösung der Quantitäten in kleinere Einheiten vorgeht. Der Kohlenverbrauch, damals so beiläufig angegeben, wird jetzt nach Kalorien und verdampften Wassermengen berechnet. So genau soll alles sein, daß man am liebsten die Goldwage nehmen und den Verbrauch des Schmieröls mit dem Tropfenzähler überwachen, daß man den Riemenverschleiß mit dem Millimetermaßstab kontrollieren möchte. Muß doch heutzutage mit allem und jedem gespart werden, zum Hinauswerfen hat man weiß Gott nichts mehr beim Betrieb. Denn der Zucker kostet nicht wie vor 100 Jahren per Meterzentner 120 Goldfranes, sondern fast nur ein Drittel davon und doch hat die Fabrik jetzt drei einflußreiche Faktoren abzufinden, die ihre Forderungen energisch anmelden: den Staat, den Rübenlieferanten und den Arbeiter. Der alte Staat war in seinen Ansprüchen an Steuern und Abgaben so bescheiden, daß die Betriebsrechnung von Châtillon diese Post, offenbar als zu unerheblich, gar nicht besonders anführt. Die beiden andern aber hat der Marschall gar billig abgespeist: der Bauer mußte froh sein, wenn er 1,75 fres. für 100 Kilo Rübe bekam, der Arbeiter sich bedanken, daß ihm die Tagesarbeit von 12 und mehr Stunden großmütig mit 1 Franc bezahlt wurde. Heute ist der Preis der Zuckerrübe etwa 20mal so hoch geworden, die ständigen Arbeiter der Zuckerfabriken jedoch gehören zu den bestbezahlten aller Industrien.

Noch eine Post fällt wegen ihrer Wichtigkeit in die Augen: Der Bericht von 1822 rechnet mit einem 40 prozentigen Reingewinn vom Umsatz. Der Zuckerfabrikant von heute wäre froh, wenn er nur immer den zehnten Teil davon für die Verzinsung des Anlagekapitals und als seinen Verdienst dem Umsatz zuschlagen könnte.

Der Leser mag diesen Vergleich überflüssig finden. Verspricht doch der Titel des Buches eine Exkursion in die neue Landwirtschaft Europas, während wir in vergangene Zeiten zurücktauchten und noch dazu in solche, die weniger die Landwirtschaft als eine Industrie betreffen,

welche freilich mit der Landwirtschaft aufs engste zusammenhängt. Dennoch ist unser Vergleich kein zufälliger gewesen und unser Beispiel nicht so weit hergeholt, wie es den Anschein hat. Denn, es gibt in der Wirtschaftsgeschichte wenig derart treu festgehaltene Augenblicksbilder. Selten finden sich solche vor, die in gleicher Klarheit und Unmittelbarkeit zeigen würden, was sich im Wesen der Wirtschaft, in der Güterproduktion und in der Güterverteilung seit einem Jahrhundert geändert hat. Daß das Beispiel der landwirtschaftlichen Industrie und nicht der Landwirtschaft entstammt, raubt ihm nichts von seiner Lehrhaftigkeit. Die verschiedenen Erzeugungszweige sind allerdings in ihrer Art ungleich und gerade die Bodenproduktion ist manchem besonderen Gesetz unterworfen. Gewisse Entwicklungserscheinungen jedoch gelten für alle Zweige der Produktion wie der Wirtschaft. Sie sind graduell verschieden, nicht aber dem Wesen nach. So lassen sich einige belangreiche, allgemein gültige Schlüsse aus unserem Beispiel ableiten: Gegenüber der Vergangenheit zeigt die gegenwärtige Produktion eine Vergrößerung des Umsatzes, der Leistungsfähigkeit, der Produktivität der Arbeit. Der Aufwand an Rohmaterial und an Betriebsmaterialien ist im Verhältnis zum Endprodukt außerordentlich herabgedrückt. Der Betrieb muß jetzt eine weit höhere Zinsenlast tragen, weil das investierte Kapital größer geworden ist. Die Löhne haben sich vervielfältigt und ebenso trifft der Staat den Betrieb mit viel höheren Steuern und sozialen Abgaben. Das investierte Kapital erbringt nicht mehr phantastische Erträge, der Unternehmergewinn bewegt sich in stark abfallender Kurve.

Es sind somit zwei Entwicklungsreihen deutlich erkennbar, ineinander geschachtelt und miteinander verwoben: die veränderte Verteilung des Produktionsgewinnes zu Gunsten des Staates, der Arbeiter und des Konsums und die nicht minder tiefgehende Umgestaltung der Produktion, die zufolge technischer, organisatorischer und kommerzieller Anstrengungen gewaltiger, billiger, ergiebiger geworden ist.

## II. Die treibenden Kräfte.

Der Kapitalismus und sein Exponent der Unternehmer — Aufstieg der Arbeiterschaft — Reale Erfolge des Sozialismus und un reale Erfolge des Bolschewismus — Die Grenzen der gemeinwirtschaftlichen Betätigung.

Was hat sich ereignet, daß solche Umwälzungen eintreten konnten? Wo sind die treibenden Kräfte zu suchen, wie haben sich die Voraussetzungen zusammengefunden, wie ist die Bewegung in Gang gekommen, die zu dem heutigen Ergebnis führte? Die Antwort auf diese Fragen gibt die Wirtschaftsgeschichte der hundert Jahre, die zwischen unseren beiden Betriebsrechnungen verstrichen sind. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, daß diese Wandlung durch gewisse historisch gegebene Grundtatsachen vorbereitet war, daß andere Voraussetzungen, wie etwa die Goldproduktion, die Bevölkerungszunahme, die Erschließung über-



seeischer Gebiete sich im richtigen Zeitpunkt einfanden, daß noch andere, wie die Ausbildung des Kreditsystems, die Entfaltung der Produktivität, die Internationalisierung des Verkehrs, durch primäre Kräfte angeregt, sich gegenseitig steigerten. Man hat das Wunderwerk von fördernden und hemmenden Beziehungen, Tätigkeiten und Interessengemeinschaften, die das moderne Wirtschaftsleben darstellt, zu einem sinnfälligen Begriff zusammengefaßt: „Kapitalismus“ ist der Komplex der Erscheinungen genannt worden. Als der Inhalt in seiner Überfülle den Begriff zu sprengen droht, wird er zum „Hochkapitalismus“ erweitert. Als Zeichen beginnender Dekadenz gesichtet werden, prägt man das Wort vom „Spätkapitalismus“. Sombart erblickt die Wahrzeichen des Hochkapitalismus im freien Walten des kapitalistischen Unternehmers, im frischen Draufgängertum, im Primat des Gewinnstrebens. Andere, wie Friedrich Naumann, Alfred Weber, Johann Plenge meinen, daß die Beherrschung des Marktes, das organisatorische Denken, die Durchrationalisierung aller ökonomischen Beziehungen dem modernen Wirtschaftsleben das Gepräge geben. Man mag jedoch in jenem oder in diesem die Sublimierung unserer Wirtschaftsepoche erblicken und den Hochkapitalismus abgelöst vom Spätkapitalismus finden oder nicht, eines bleibt unstrittig, daß die Zustände heutzutage wieder ganz anders liegen als vor 25 oder 30 Jahren. Hätten wir der Betriebsrechnung von 1822 nicht die von 1927 gegenübergestellt, sondern eine Betriebsrechnung um die Jahrhundertwende, so wäre der Unterschied in vieler Hinsicht nicht ganz so kraß gewesen. Im Vergleich zur Jetztzeit würden wir um 1900 die Verteilung des Sozialproduktes anders gefunden haben, die Arbeitslöhne niedriger, die Arbeitszeit länger. Die Ausgaben für soziale Fürsorge hätten sich, so weit sie der Betrieb nicht etwa freiwillig übernahm, wie es bei den österreichischen Zuckerfabriken der Fall war, viel geringer gezeigt, auch der Staat hat damals weniger an Steuern bekommen. Der Unternehmer vollends brauchte nicht daran zu denken, seinen Gewinn zum allergrößten Teil herzugeben wie jetzt. Er mußte sich die Arbeitsbedingungen und was damit zusammenhängt weder vom Staat noch von den Arbeiter-Gewerkschaften vorschreiben lassen, er war immer noch ein großer Herr, oder wenigstens „Herr im eigenen Hause“. Sieht man näher zu, wie es um den Betrieb stand, so erweist sich der noch nicht so ganz auf Sparsamkeit gestellt, durchrationiert und durchorganisiert wie jetzt. Die tägliche Verarbeitung war kleiner, die Arbeiterzahl größer, die Maschine überließ der Hand manche Arbeit, die sie ihr um 1927 längst abgenommen hat.

Der Exponent des Kapitalismus ist um 1900 der Unternehmer, wie er es seit hundert Jahren war und wie er es bis heute blieb. Kein Zweifel, daß er eine große Mission zu erfüllen hatte und keinen geringen Anteil beanspruchen darf an dem Aufbau der modernen Wirtschaft. Wer anders wie er hat die Erde mit Eisenschienen umgürtet, die Dampferlinien dicht über das Weltmeer gespannt, das Gold dem Schoße der

Erde entrissen, den technischen und naturwissenschaftlichen Entdeckungen zu praktischem Leben verholfen? Das industrialisierte, rationalisierte Europa erst konnte seine Bevölkerung vervielfältigen, den Absatz immer mehr und immer internationaler erweitern, Kreditsysteme ausbilden und jene Nachfrage nach Arbeitskräften schaffen, die zur Grundlage des Aufstieges der Arbeiterschaft wurde und zu deren Zusammenschluß, zu sozialer und politischer Machtstellung führte. Haben Denker und Träumer auch vorher soziale Zukunftspläne geschmiedet, verwirklicht konnten sie erst werden, als die Wirtschaftswelt kapitalistisch durchtränkt war, als der Typus des Unternehmers sich als ihr erfolgreichstes Werkzeug herausgebildet und erwiesen hatte.

So ist der Kapitalismus an der Wiege des Sozialismus gesessen, ja dieser ist aus ihm geboren wie Eva aus der Rippe des Adam. Und der Unternehmer, der angebliche Ausbeuter der Arbeiterschaft, ist schließlich noch deren Retter geworden. Das erst recht, als der Sozialismus in dem allgemeinen Zusammenbruch, der dem Weltkrieg folgte, daran ging in Europa sein Reich aufzurichten. Das ist ihm gelungen, in den anderen Staaten, so paradox das klingt, besser gelungen als in Rußland, das die Wunderwelt von Karl Marx allzu wörtlich auferstehen lassen wollte. In Rußland: der Sieg im Klassenkampf, die angebliche Vernichtung des Kapitalismus, der Versuch den Unternehmer auszuschalten und alles zu reglementieren. Im übrigen Europa: Ausnützung des Kapitalismus, Fußfassen in ihm, Dienstbarmachen des Kapitalismus für die politischen, sozialen und materiellen Zwecke des Sozialismus. Dort: Aufrichten der proletarischen Diktatur um den Preis des Zusammenbruches, der Vernichtung eines einst märchenhaften Reichtums und ohne dem Elend der arbeitenden Klasse im mindesten zu steuern. Hier: Wachsende Beteiligung des Proletariats an der Produktion und an dem Sozialprodukt hochorganisierter Wirtschaften in einem vorher nie geahnten Umfange.

Der Erfolg des Sozialismus und die Durchdringung des Staates und der Wirtschaft mit sozialen Ideen ist sicherlich in den europäischen Ländern höchst ungleich gewesen. Es wäre aber verfehlt sich den gigantischen Umwälzungen zu verschließen, die er überall hervor gebracht hat. Bis zum Weltkrieg ist die Beeinflussung der Geister, der psychischen Auffassung der sozialen Geltung nur schrittweise vor sich gegangen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, die Sozialgesetzgebung der Vorkriegszeit kennzeichnen immerhin bedeutende Errungenschaften. Nachher ging's im Galopp, im Eilzugstempo, im Flug. Jetzt weiß die Gesetzgebung sich noch ganz anders sozial einzufühlen. Bald hat die Steuergesetzgebung, hat die soziale Gesetzgebung alle Voraussetzungen geschaffen für den weitgehendsten Einfluß des Staates und der in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiterschaft auf die Produktion und die Verteilung des Produktionsüberschusses. Das Streikrecht wird zum elften Gebot, die Gewerkschaften verstehen nicht bloß in den Privatbetrieben, sondern selbst

in Staatsbetrieben die geänderte Situation geschickt zu nützen. Der Staat und andere öffentlich rechtliche Vertretungskörper greifen ungescheut in den privaten Besitz ein. (Man denke bloß an die Bodenenteignungen, die unter dem Decknamen einer Agrarreform erfolgten, oder an den gesetzlichen Mieterschutz, der den städtischen Hausbesitz traf.) So ist Gelegenheit genug gegeben die Produktions-, Besitz- und Einkommensverhältnisse zu ändern und ihr Ergreifen hat unmerklich, ohne blutigen Klassenkampf dem Sozialismus alles gebracht, was er wirtschaftlich im Interesse der großen Massen überhaupt erreichen konnte. Ja, in manchen Staaten hat er vielleicht schon mehr durchgesetzt, als dem wirtschaftlichen Vorteil des Proletariats entspräche. Denn, wie sich das wirtschaftliche Zukunftsbild Karl Marx's nach seiner Fleischwerdung in Rußland als Fata morgana erwiesen hat, gibt es auch für die Partnerschaft des Staates und der großen Massen des Volkes an der Produktion und an dem Produktionserfolg in der europäischen, sozialistisch durchtränkten Wirtschaft Grenzen. Sie sind vor allem dadurch gezogen, daß die Produktion keine geeigneten Führer mehr findet, wenn man deren Einfluß auf den Betrieb und deren Gewinnmöglichkeiten allzu sehr beschränkt.

Bisher hat sich für den wirtschaftlichen Erfolg kein verlässlicherer, emsigerer, unentbehrlicherer Vorspann entdecken lassen als der Unternehmer. Man mag noch so eifrig nach Wirtschaftsformen suchen, in denen gemeinwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung gelangen, noch so zahlreiche gemischtöffentliche und genossenschaftliche Unternehmungen ins Leben rufen, — sie gedeihen und entwickeln sich doch nur, wenn an ihrer Spitze eine Persönlichkeit mit den Eigenschaften steht, die den Typus des wahren Unternehmers kennzeichnen. Sonst gehen sie unweigerlich zugrunde, wie Privatunternehmungen zugrunde gehen, wenn sie einer solchen Leitung entbehren.

Zu den unerläßlichen Unternehmereigenschaften aber gehört Machttrieb und Erwerbssinn. Der Führer, der in seinem Betrieb nicht absoluter Herrscher ist, nicht frei schalten und walten kann, wird nicht mehr das Höchste leisten können, weil es ihm verwehrt wird eine wichtige Führerfunktion auszuüben. Will man dem Unternehmer gar den Erwerbssinn verkümmern, so wird er auch kein erfolgreicher Kaufmann mehr sein; denn dazu braucht er einen aufs Verdienen gerichteten Händlergeist. Darum kann man dem Unternehmer das Verdienen ebensowenig abgewöhnen, wie dem Zugtier das Futter und ebensowenig läßt sich eine erfolgreiche Gütererzeugung ohne Männer mit ausgesprochenen Unternehmereigenschaften aufrecht erhalten. Christus hat die Händler aus dem Tempel gewiesen und seither waren Christusnaturen nie gute Händler, waren gute Händler nie genug altruistisch veranlagt, um ihre ganze, drängende, draufgeherische Erwerbsenergie um bloßen Gotteslohn in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Die Gesellschaft, die das nicht bedenkt und sich durch zu weitgehende Sozialisierungsbestrebungen um die Mitarbeit des Unternehmers im

weitesten Sinne brächte, würde die Quelle des Reichtums verschütten, aus der sie für die Gesamtheit schöpfen will. Das ist es, was dem Erfolg der Sozialisierung Grenzensetzt und jede vernunftgemäße proletarische Bewegung zwingt, in der Beschränkung den Meister zu zeigen. Gewissenhafte Untersuchung würde wahrscheinlich lehren, daß die wirtschaftliche Stagnation und die weitverbreitete Arbeitslosigkeit unserer Tage zum Teil in einer bereits zu starken Beschränkung der Unternehmertätigkeit begründet ist und darin, daß mitunter schon mehr als der volle Arbeitsertrag verteilt wurde.

### III. Die Rationalisierung der Landwirtschaft.

Die Rationalisierung als Reaktionserscheinung — Steigende Kultur und die Bedürfnisse der landwirtschaftlich Tätigen — Schwierigkeit ihrer Befriedigung — Die Hindernisse der Rationalisierung in der Landwirtschaft — Intensivierung und Rationalisierung.

Einstweilen schlägt das dezimierte Unternehmertum kräftig um sich und trachtet die geschmälerte Position durch neue Methoden und Betriebsformen zu verbessern. Durch Hyperrationalisierung, intensivste Organisation, immer weitergehende technische Verfeinerung sucht es das zu erreichen, durch Zusammenlegung, Kartell- und Konzernbildung. Vieles davon hat sich als produktiv herausgestellt und soweit hat sich der Druck der neuen Wirtschaft gefällig erwiesen. Die Arbeiterschaft profitierte hie und da davon, während die Brotlosigkeit Vieler durch die Rationalisierung der Wirtschaft gewiß noch ärger wurde. Nicht alle Betriebe sind jedoch für die Rationalisierung gleich geeignet. Manche sind es in höchstem Ausmaße, andere nur sehr wenig. Diese haben auch den Führertypus des Unternehmers selten zu voller Entfaltung gebracht, wenn gleich er hier ebenso unentbehrlich ist. Der Landwirtschaft sagt man so mangelnde kommerzielle Durchdringung nach, ungenügende Anpassung an die kapitalistische Wirtschaftswelt, was auf das Gleiche herauskommt. Der Berufsstand der Landwirtschaft ist auch nicht scharf geschieden in Unternehmer und Arbeiter. Neben Besitzern, die mit dem Betrieb gar nichts zu tun haben und den Boden verpachten, gibt es landwirtschaftliche Unternehmer mit und ohne Bodenbesitz, gibt es solche, die bei kleiner, bewirtschafteter Fläche Unternehmer und Arbeiter zugleich sind, gibt es Zwerglandwirte, die die Berufung zum Unternehmer nur aus der eigenen Arbeit herleiten könnten. Nicht gewerkschaftliche Forderung rollt bei diesen das Problem des höheren Arbeitsertrages auf, sondern das eigene, wachsende Bedürfnis. Aber selbst bisher drängt der Staat, drängt die Gesellschaft mit Besserwissen, mit Dreinreden, mit sozialen und finanziellen Ansprüchen mehr heischend heran. Wie hilft sich unser Stand gegenüber den Forderungen, die von oben und von unten, von außen und von innen dicht auf ihn los hageln? Geht es doch mit der Rationalisierung oder müssen die landwirtschaftlichen Gewerkschaften, müssen die landwirtschaftlich Tätigen sich überhaupt anders bescheiden?

Mit dem Sichbescheiden ist das eine eigene Sache. Die Landwirtschaft schwingt schon einmal mit in dem magnetischen Felde,

das das Wirtschaftsleben vorwärts treibt. Und die Ansprüche einer Berufsgruppe werden nicht durch diese allein bestimmt, nicht ihre Lebenskosten und nicht ihre Kulturbedürfnisse. Die neue soziale Einstellung des Staates und der Gesellschaft, die Lebenshaltung der Gesamtbevölkerung und die Lohnansprüche anderer Produktionsgruppen wirken auf die allgemeinen Lebenskosten zurück, auch auf die des Landarbeiters; dessen Kulturbedürfnisse hängen in einem gewissen Grade zumindest mit dem Kulturniveau des ganzen Volkes zusammen. Es ist daher ausgeschlossen, daß sich das landwirtschaftliche Proletariat auf die Dauer in seinem Einkommen und in seinen Kulturbedürfnissen bedeutend unter dem Niveau der industriellen Arbeiterschaft halten ließe oder daß man es mit einer geringeren Sozialfürsorge ausstatten dürfte, wenn man noch Arbeiter und Kleinbauern bei dem landwirtschaftlichen Beruf, wenn man diesen überhaupt noch erhalten will.

Woher soll aber dann die Deckung der Kosten kommen? Wäre etwa mit den Ansprüchen des Staates zu paktieren? Kann der Staat genötigt werden die Erfüllung seiner Bedürfnisse bei den andern, besser gestellten Erwerbsgruppen zu suchen? Auch das böte keinen vollen Ausweg, denn die Steuerquote beträgt in den höchstbelasteten Staaten nur einen Bruchteil der Lohnquote und zudem würde die stärkere Besteuerung der andern produktiven Stände die Preise der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel hinauftreiben und so wieder die Produktionskosten der Landwirtschaft treffen. Oder ist es etwa denkbar durch Zölle und andere handelspolitische Maßregeln die Tragfähigkeit der Bodenproduktion zu sichern? Wir werden im Laufe der Untersuchung sehen, daß auch dieses Remedium aus mancherlei Gründen nicht allzuviel hilft.

Bleibt als letzte Hoffnung die Rationalisierung übrig, die Befolgung des Beispiels, das die industrielle Entwicklung der Landwirtschaft gibt. Da kommt die Landwirtschaft jedoch erst recht in die Enge. Denn dieses widerborstige Gewerbe ist nicht so weitgehend zu rationalisieren wie die Industrie. Die Industrie bemüht sich mit den geringsten Verlusten an Rohstoffen, unter sparsamster Verwendung von Hilfsstoffen, Arbeitskraft und Geld das beste Produkt herzustellen. Die Mittel zu einer solchen Rationalisierung sind: Vergrößerung der Erzeugung, organisatorische und rechnerische Kontrolle, Herabdrücken der zur Herstellung und zum Vertrieb nötigen Zeit, möglicher Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch billiger arbeitende Maschinen, Vervollkommnung der technischen Methoden.

Ein landwirtschaftlicher Betrieb kann die Erzeugung nicht beliebig vermehren, weil sie durch den beschränkt vorhandenen Boden behindert wird. Die Zeit der Herstellung ist nicht unbeschränkt zu beeinflussen, weil die Landwirtschaft es mit lebenden Organismen zu tun hat und mit deren zeitgebundenen Lebensfunktionen. Schließlich ist der Umfang der landwirtschaftlichen Arbeiten, bei denen die Maschine die Handarbeit vollgültig zu ersetzen vermag, nicht allzugroß und selbst die rechnerische und organisatorische Ökonomisierung wird durch die unberechenbaren Einflüsse der Natur erschwert; zudem unsicher gemacht durch den

Eigenkonsum gewisser nicht auf den Markt gelangender Produkte und Abfälle (Stroh, Grünfutter, Blätter, Stallmist) und durch die weite Ausdehnung des Arbeitsraumes. Übertrifft doch die kleinste Bauernwirtschaft an örtlicher Ausdehnung manches stattliche Industrieunternehmen.

Die gleichen Entwicklungstendenzen mußten sich aus allen diesen Gründen bei der Landwirtschaft anders auswirken, als bei der Industrie. Bei der Landwirtschaft hat die „Intensivierung“ die Rationalisierung hinter sich gelassen. Seit mehr als hundert Jahren ist in Europa der landwirtschaftliche Fortschritt immer vor allem darin gesucht worden, daß man den Betrieb „intensiver“ gestaltete, daß Kapital und Arbeit, geistige und manuelle Arbeit aufgewendet wurden, um möglichst hohe Ernterträge von der Flächeneinheit zu erzielen, somit um dem beschränkt vorhandenen Boden mehr Produkte abzugewinnen. Dabei hat sich jedoch gegenüber der Industrie der grundlegende Unterschied gezeigt, daß der Fortschritt der Landwirtschaft keine Verminderung, sondern sogar eine Vermehrung der menschlichen Arbeitskraft brachte. Die menschliche Arbeitskraft hat sich bei der Intensivierung der Landwirtschaft als unersetzlich erwiesen, niemals konnte sie in halbwegs in Betracht kommendem Umfang vollwertig durch Kapital, tierische oder maschinelle Arbeitsleistung ersetzt werden.

#### IV. Die beiden Hauptfragen der Agrarpolitik im neuen Europa.

Der Anteil des Arbeitslohnes am Wert des Agrarproduktes — Die Bedrohung der intensiven Landwirtschaft — Eine wichtige Frage, die sich aus den angeführten Tatsachen ergibt — Die Umwälzungen in der Bodenverteilung — Methode, die bei der Untersuchung angewendet wurde.

Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß die menschliche Arbeit an den Produktionskosten und an dem Marktwerte des Produktes mit einer außerordentlich hohen Quote partizipiert, daß das Verhältnis zwischen den Kosten der Arbeit und dem Wert des Endproduktes so eng ist, wie wohl bei wenigen Industrieerzeugnissen. Der Arbeitslohn beträgt in der intensiven Landwirtschaft bei stärkerem Hackfruchtbau zumindest die Hälfte, oft 60 und mehr Prozent der gesamten Produktionskosten und wegen des gewöhnlich nur wenige Prozente betragenden geringen Reingewinnes beinahe ebensoviel vom Werte der erzeugten Agrarprodukte. Ein so arges Mißverhältnis besteht zwischen der aufgewendeten menschlichen Arbeit und dem Wert des Endproduktes bei der intensiven Landwirtschaft.

Es ist allerdings wahr, daß in der Nachkriegszeit nicht bloß die Arbeitslöhne und als Teil davon die Sozialausgaben sich erhöht haben, sondern auch die übrigen Produktionskosten. Die Preise der Industrieerzeugnisse insbesondere, welche der Landwirt zu seinem Betrieb und zu seiner Lebenshaltung benötigt, sind mehr gestiegen als die Preise der Agrarprodukte. Die Erfahrung lehrt indessen, die Preisrelation zwischen den beiden Produktionsgruppen nicht als konstant anzusehen, schneidet doch im auf und ab der Konjunkturschwankungen bald die

eine, bald die andere Gruppe besser ab. Deshalb sind die Preise der industriellen Produktions- und Konsumtionsmittel des Landwirtes ebensowenig eine unwandelbare Größe, wie es der gegenwärtig höhere Zinsfuß oder die beträchtlicheren Steuern sind. Ganz anders dagegen steht es um die Arbeitslöhne und die sozialen Ausgaben. Diese müssen bei steter kultureller Entwicklung und bei Einhalten des bisherigen Intensivierungskurses eine aufsteigende Tendenz aufweisen, wegen der geringen Rationalisierungsmöglichkeiten jedoch mit der Zeit eine unerträgliche Vermehrung der Produktionskosten herbeiführen.

Das ist die Tragik der Lohn- und Einkommensfrage in der Landwirtschaft, die sich gleich scharf nirgends anders akzentuieren kann. Das ist die Tragik der Landwirtschaft selber, welche in volkswirtschaftlich unerwünschte Formen gezwängt zu werden droht, in solche extensiver Art. Denn, passen sich die Ansprüche der landwirtschaftlich Tätigen einmal ganz der industriellen Umwelt an, dann muß ihre Erfüllung jedes weitere Fortschreiten der Bodenkultur in der Richtung der Intensität unterbinden, ja das Aufrechterhalten des bisher Erreichten unmöglich machen. Anders könnte es nur kommen, wenn die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ungeahntem Maße steigen oder Entdeckungen von unerhörter Bedeutung dem landwirtschaftlichen Betrieb ein geändertes Gepräge geben würden.

Hier liegt ein Problem vor, das von der sozialistisch orientierten, gewerkschaftlich beeinflussten Wirtschaft mit zwingender Gewalt zum Leben erweckt wurde und von ihr gelöst werden muß. Hier bleibt eine Frage zu beantworten, die bisher in ihrer ganzen Tragweite nicht gewürdigt, in ihren Folgen nicht zu Ende gedacht worden ist. Müßte doch das Aufhören der intensiven Landwirtschaft in Europa, das nach dem gegenwärtigen Stand unseres Wissens und im Zuge der besprochenen Entwicklung unvermeidbar scheint, das wirtschaftliche und soziale Antlitz unseres Kontinentes, ja das wirtschaftliche und soziale Antlitz der Welt gänzlich verändern. Die europäischen Überschußgebiete würden zu Importländern, der Bedarf der jetzigen Importländer würde sich vervielfältigen. Alle Teufel der Landflucht und der Arbeitslosigkeit würden lebendig, soziologische und biologische, oder zumindest volkshygienische Konsequenzen weitgehendster Art zu erwarten sein.

Während dieses Problem derart eine atembeklemmende Tiefe erweist, tritt ein zweiter Tatsachenkomplex in seinen Umkreis: Die umfassende Enteignung des Großgrundbesitzes, die Aufteilung unzähliger Großbetriebe. Seit der Agonie des Weltkrieges hat sich in ganz Europa Gesetz um Gesetz beeilt, den Großgrundbesitz in andere Eigentums- und Besitzformen überzuleiten. Die Pachtgesetze sind zugunsten der Kleinpächter verändert, Kleinpacht ist in Besitz, Großbetrieb in Siedlungen, in Heimstätten und Kleinbauernstellen verwandelt worden. Der Umfang und die Ausdehnung, in denen das geschah, wird später nachzuweisen sein und lehren, daß es sich nicht um vereinzelte Fälle han-

delt, sondern um einen allgemeinen historischen Prozeß. In dessen Verlauf haben wirtschaftliche Nöte des größeren Bodenbesitzes der Idee noch Kupplerdienste geleistet und manches stattliche Gutserbe parzellenweise auf den Markt geworfen. Der Großgrundbesitzer und der Großbetrieb in Europa sind arg zusammengeschrumpft und hergenommen worden.

Dazu die Vorherrschaft der großen Zahl, die Demokratisierung der bisherigen Vorrechte des Feudalherrn. Die politische Führung des landwirtschaftlichen Berufsstandes ist von seinen in andere Hände übergegangen; der Großbetrieb, in weiten Gebieten selten geworden, vermag nicht mehr im gleichen Maße seine Funktion auszuüben, nicht mehr die umliegenden Betriebe durch Beispiel technisch und wirtschaftlich zu fördern. Sein Boden ist jetzt in tausend Händen und damit melden sich alle Zweifel und Bedenken zu Wort, welche die Leistungsfähigkeit des Groß- und Kleinbetriebes betreffen und deren wirtschaftliche, soziale und politische Aufgaben. Zugleich gibt die neue Verteilung von Leistungen und Pflichten manchen Ladenhütern aus den Zeiten der älteren Agrarpolitik einen geänderten Sinn. Solche, die sich lange höchst wichtig gebärdeten, erscheinen nun überflüssig, andere wachsen zu ernster Bedeutung empor. Sie alle münden jedoch irgendwie und irgendwann in jene beiden Hauptfragen ein, die, aus dem Geist der Zeit geboren, das enge Fachgebiet der Landwirtschaft sprengen, und in allgemein menschliche und staatliche Beziehungen hineinragen.

Das Zwillingspaar der Probleme wird derart der Landwirtschaft dieses Jahrhunderts das Gepräge geben. Wie aber wird das geschehen, wie passen sich Produktion und Bedarf dem geänderten Kurs an, wohin will er uns führen, wie reagiert die Umwelt darauf? Ist die Richtung, die er weist, schon endgültig festgelegt, oder läßt sie sich noch da und dort ablenken und verbessern? Vielgestaltig drängt so die Fülle des Agrarproblems auf die Gegenwart ein und stellt die Agrarpolitik und nicht diese allein, auch die allgemeine Volkswirtschaftspolitik, die Sozialpolitik und die Bevölkerungspolitik vor Aufgaben, wie sie größer und schwieriger keiner Epoche zufielen.

Damit ist zugleich der Gedankenkreis unseres Buches umschrieben. Es will vorbereitende Arbeit leisten, den Ernst jener Probleme aufzeigen, zu deren Klärung vom landwirtschaftlichen Standpunkte beitragen. Die angewandte Methode ist die der Erfahrungswissenschaft entsprechende induktive. Sie geht vom Bekannten aus, um zu Unbekanntem zu gelangen, trachtet Gewordenes zu erfassen, um Werdendes zu verstehen. Auf den vorliegenden konkreten Fall bezogen heißt das: zunächst untersuchen, was die Landwirtschaft zu ihrer heutigen Gestaltung gebracht hat, welche treibende und hemmende Kräfte dabei im Spiele waren. Heißt es, die geänderten Zustände der landwirtschaftlichen Produktion feststellen und aus dem gewonnenen Tatsachenmaterial Schlüsse auf die weitere Entwicklung ziehen. Dieser Absicht entspricht die Dreigliederung des Stoffes, entspricht die Einteilung des Buches in drei Abschnitte, in: Voraussetzungen, neue Verhältnisse, Weiterentwicklung.



## II. Kapitel.

Der Beginn der neuzeitlichen Landwirtschaft:  
Die treibenden Kräfte.

## I. Die Bauernbefreiung.

Die alte Dreifelderwirtschaft — Der Übergang zum Brachfruchtbau und Thaers Fruchtwechselwirtschaft bezeichnen die Geburtsstunde des modernen Ackerbaues —  
Was die tausendjährige Überlieferung stürzte — Die Bauernbefreiung.

Unsere Art Ackerbau zu treiben ist nicht alt. Es sind kaum 60 oder 70 Jahre her, daß sie die intensive Gestalt annahm, die heute selbstverständlich erscheint, ist kaum doppelt so lang her, daß das tausendjährige Reich der alten Dreifelderwirtschaft zu Ende ging. Wohl war die Landwirtschaft in vereinzelt kleinen Gebieten schon früher zu bemerkenswerten Fortschritten gelangt. In Flandern, in Brabant<sup>1)</sup> wurde die unvermeidliche Brache der alten Dreifelderwirtschaft schon seit dem 16. Jahrhundert durch den Bau des Klees, der Steckrübe, der Kartoffel abgelöst. Das blieben jedoch seltene Ausnahmen von der gedankenarmen Beharrlichkeit der damaligen Bodenkultur. Deutschland hält bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts an der Dreifelderwirtschaft fest und selbst England, das bald der Lehrmeister Europas werden wird, besinnt sich spät auf die Bedeutung des Fruchtwechsels. Wintergetreide, Sommergetreide und Brache, also nicht bebauter Boden, waren das Schema der alten Dreifelderwirtschaft. Nachdem das Feld ein Jahr Wintergetreide, dann ein Jahr Sommergetreide getragen hatte, glaubte man ein drittes Jahr einschieben zu müssen, das der Erholung des Bodens, der Wiederherstellung der natürlichen Fruchtbarkeit gewidmet war. Spät genug kommt man darauf, daß das Feld außer Getreide auch Futter zu bringen vermag. Ängstlich, zögernd beginnt man das Drittel des Ackers, das alljährlich unbebaut geblieben war, zum Teil mit Klee, mit Kartoffeln, mit Futterrüben und Hülsenfrüchten zu bestellen, immer noch in der Überzeugung, daß zumindest die teilweise Brachhaltung nicht zu vermeiden sei. Thaer verbreitert die Dreifelderwirtschaft zum vierschlägigen Fruchtwechsel und findet seine eigenen praktischen Beobachtungen durch längere Erfahrungen der Landwirtschaft Englands bestätigt. Dort, namentlich in Norfolk, ist

<sup>1)</sup> Nach Placita de Flandre. Vgl. dazu die Bemerkungen in: „Einführung zur Kenntnis der englischen Landwirtschaft“ von Albrecht Thaer und die „Anleitung zur Kenntnis der belgischen Landwirtschaft“ von J. N. v. Scherz, einem berühmten deutschen Landwirt, der die belgische Landwirtschaft in den Jahren 1802 und 1805 studierte.

einstweilen ein Fruchtwechsel eingeführt worden, der dem Wintergetreide Hackfrüchte, also Rüben, Kartoffel u. dgl., folgen läßt und dann im dritten Jahr Sommergetreide, im vierten Jahr Rotklee.

Die Verbesserung der alten Dreifelderwirtschaft mit ihrer Weiterentwicklung zur eigentlichen Fruchtwechselwirtschaft aber ist das große Ereignis der Landwirtschaft gewesen. Es bedeutet für sie den Merkstein einer neuen Periode. Wie die neueste Zeit in der Weltgeschichte von der französischen Revolution an datiert, so wurde die Einführung des Fruchtwechsels zur Revolution, die die neuzeitliche Landwirtschaft einleitete. Es ist kaum möglich die Tragweite jener Errungenschaft für die Bodenkultur zu überschätzen. Der Fruchtwechsel läßt die Bodennährstoffe ganz anders zur Wirkung gelangen, denn die einzelnen Pflanzengattungen besitzen ein ungleiches Vermögen den Boden aufzuschließen und seine Nährstoffe aufzunehmen und ergänzen sich deshalb vortrefflich. Im Wechsel der verschiedenen Früchte, der halmtragenden Getreidearten und der stickstoffreicheren Kleearten mit den beschattenden Blattpflanzen liegt die Förderung der Ackergare, wie man den eigentümlichen Zustand des Ackerbodens nennt, der richtige Durchlüftung, Durchsetzung der Erde mit nützlichen Lebewesen aufweist. Der Hackfruchtbau bedingt eine gründlichere und namentlich tiefere Bearbeitung des Bodens. Anfang des 19. Jahrhunderts hatte man in der Regel nicht tiefer als 3—4 Zoll gepflügt, um die Mitte desselben Jahrhunderts war man unter dem Einfluß des Hackfruchtbaus durchschnittlich schon auf 7—8 Zoll gekommen<sup>1)</sup>. Das schafft eine doppelt so starke Ackerkrume, eine doppelt so mächtige Bodenschichte, die dem segensreichen Einfluß der atmosphärischen Luft und dem leichteren Eindringen der Pflanzenwurzeln zugänglich wird. Mehr Nährstoffe stehen jetzt den Nutzpflanzen auf einer bestimmten Ackerfläche zur Verfügung, der Anstoß zu erhöhter Fruchtbarkeit ist gegeben. Sie erfährt eine weitere Förderung, da der Viehstand infolge des Futterzuwachses vermehrt und die Düngerproduktion gesteigert werden kann. Die geänderte Betriebsweise erfordert freilich in stärkerem Ausmaß menschliche und tierische Arbeit, erfordert Maschinen und Geräte, eine ganz andere Arbeitseinteilung und das Aufhören des Schlendrians, der sich lange genug breit gemacht hat. So schließt sich der Kreis. Niemand vermag zu sagen, was das Primäre, was das Sekundäre war. Vom Fruchtwechsel ist die Bewegung ausgegangen, die vollständige Umgestaltung des landwirtschaftlichen Betriebes hat sich in gegenseitigem Vorwärtstoßen und Vorwärtldrängen der einzelnen Phasen herausgebildet.

Was aber hatte sich ereignet, daß das schwerbeweglichste aller Gewerbe zum Fruchtwechsel bekehrt werden konnte? Welche Urkraft hat mit einem Ruck die altehrwürdige Überlieferung der Dreifelderwirtschaft über den Haufen geworfen und damit das

<sup>1)</sup> Vgl. T. v. d. Goltz, Geschichte der deutschen Landwirtschaft. Stuttgart/Berlin 1903, Verlag Cotta, II. Bd., dann „Geschichte der österr. Land- und Forstwirtschaft“, Wien 1899, Verlag Moritz Perles, II. Bd.

Unterste zu oberst gekehrt? Diese Frage ist nicht ohne weiteres zu beantworten. Im Leben der Völker verhält es sich nicht so, daß alles auf die einfachste Formel zu bringen wäre. Weittragende Ereignisse werden selten durch einen Faktor allein hervorgerufen, ungeheure Umwälzungen pflegen erst einzutreten, wenn ihre Notwendigkeit durch Voraussetzungen vielfacher Art geschaffen wurde. Auf diese Weise mag es auch diesmal geschehen sein. Unter den treibenden Elementen der stürmischen Entwicklung jedoch ragt eines durch Wichtigkeit und Wucht des Einflusses hervor. Dieses Element ist die Befreiung der Bauern von der Erbuntertänigkeit, die Aufhebung der Robott, der Frone.

Unsere Generation verbindet das Wort „Bauer“ mit der Vorstellung von einem Landwirt, der über keine unbegrenzten Bodenstrecken, keine großen Reichtümer verfügt, der sich sein Brot schwer genug erarbeitet und wenig von städtischem Komfort erfährt, der aber für alles, was ihm abgeht, entschädigt wird durch das stolze Bewußtsein sein eigener Herr zu sein, frei auf eigener Scholle zu leben. Die Überwertung des Ackerbodens, das Mißverhältnis zwischen dem Marktpreis und dem Ertragwert des Bodens ist nicht zuletzt auf diese psychische Einstellung zurückzuführen. Bis an das Ende des 18. Jahrhunderts und noch länger war der Bauernstand jedoch meilenweit entfernt von einer solchen rechtlichen, materiellen und seelischen Voraussetzung seiner Existenz, ist er der unfreieste, gedrückteste aller Berufsklassen gewesen<sup>1)</sup>. Bauern, die auf freiem Grund und Boden saßen, hat es zwar immer gegeben, doch waren sie spärlich genug gesät. In den Marschen Schleswig-Holsteins, in Nordfriesland und Dithmarschen, um einige zu nennen, fanden sich solche Ausnahmen vor. Die Bauern waren dort nicht nur persönlich frei, sondern auch Eigentümer von Land und Hof. Ähnlich verhielt es sich mit der bäuerlichen Bevölkerung Norwegens, Schwedens, der Niederlande, der deutschen Urschweiz. Anderswo, wie in der Mark Brandenburg, in Schlesien, hoben sich freie, wenn auch teilweise beengte Besitzer von den unfreien ab. In Tirol war die Bauernschaft seit Jahrhunderten mit der Geistlichkeit, dem Adel und dem Bürgerstande gleichberechtigt und genoß wie diese die Standschaft auf den Landtagen<sup>2)</sup>, in Polen gab es sogar adelige Bauern<sup>3)</sup>. Im Vergleich zur Gesamtheit sind diese

<sup>1)</sup> Vgl. Franz Gutmann, Bauernbefreiung. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV. Aufl. Jena 1924, Gustav Fischer; ferner: O. F. Knapp, Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens. II. Aufl. Duncker u. Humblot, München. — W. Sering, Erbrecht und Agrarverfassung in Schleswig-Holstein. Berlin 1908, Landw. Jahrbücher. — Carl Grünberg, Die Bauernbefreiung und die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Böhmen, Mähren und Schlesien. 2 Bde., Leipzig 1893/94. — Ludwig v. Mises, Die Entwicklung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Galizien 1772—1848. Wien u. Leipzig 1902, Wiener Staatswiss. Studien IV, 2.

<sup>2)</sup> Dr. Karl Grünberg, Die Grundentlastung in Bd. I der Geschichte der österr. Land- u. Forstwirtschaft. Verlag Perles, Wien 1899.

<sup>3)</sup> Georg Cleinow, Zukunft Polens. Leipzig 1908. Wilhelm Grunow. „In Polen gab es Gegenden, die meilenweit mit Dörfern der Kleinadeligen bedeckt

freien Bauern aber doch nur in verschwindender Zahl, die große Masse dagegen stand bis in das 19. Jahrhundert hinein unter stärkstem grundherrlichen Druck. Auf den bäuerlichen Wirtschaften ruhten allerlei die wirtschaftliche und persönliche Freiheit einschränkende Verpflichtungen, Abgaben, Dienstleistungen, oft ohne Maß und Schranken. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts beschäftigt man sich vielfach damit, eine Besserung der bäuerlichen Lage anzubahnen, so in Preußen, in Bayern, in Baden. Kaiser Joseph II. stellt die Aufhebung der Erbuntertänigkeit an die Spitze des Befreiungsprogramms, das er verwirklichen wollte. Dänemark gibt seinen Bauern 1788 die persönliche Freiheit, die französische Nationalversammlung proklamiert das Jahr darauf die Aufhebung aller Feudalrechte und persönlichen Lasten, der Siegeszug Napoleons verpflanzt die gleichen Errungenschaften nach Italien, Holland, Westdeutschland. Dennoch dauert es noch ein halbes Jahrhundert, bis nicht bloß die persönliche, sondern auch die wirtschaftliche Befreiung der Bauern zur Wirklichkeit wird. Die Revolution von 1848 erst setzt den Schlußpunkt unter die Bauernbefreiung, aber auch das ist eigentlich nur ein bescheidener Strichpunkt. Denn die letzten Schranken fallen selbst dann nicht überall sogleich. Großbritannien etwa, wo die Lasten der „Copyholders“ allerdings in den meisten Fällen längst außer Übung gekommen waren, regelt die Ablösung der grundherrlichen Rechte von Regierung wegen erst 1887 durch den sogenannten „Copyhold Act“<sup>1)</sup>.

## II. Revolutionierung des Betriebes und Auftauchen der Arbeiterfrage.

Revolutionierung der Bauernbetriebe. — Auch der Flurzwang fällt. — Aufteilung des Gemeindebesitzes. — Folgen der Bauernbefreiung für die Gutsherrschaft. — Die Arbeiterfrage taucht auf und findet ihre vorläufige Lösung. — Ein neues Element der Betriebsrechnung.

Während so alles im Flusse ist, die Agrarreform zu ihrer Vollendung ein gutes Stück Weges zurückzulegen hat, beginnen die Ideen, welche ihr zugrunde liegen, bereits den landwirtschaftlichen Betrieb zu revolutionieren. Da werden irgendwo die Domänenbauern des Frondienstes enthoben, dort die Bauern mit Besitzrechten. Gneisenau regt zur Zeit der Befreiungskriege an<sup>2)</sup>, man möge das Grundstück eines jeden Bauers, der bis zu Ende für die Sache der Unabhängigkeit mitfechte, von der Dienstbelastung befreien. Dieser Vorschlag spiegelt die fundamentale Änderung der Anschauungen wieder. Hupka, Entwicklung der westgalizischen Dorfstände. Teschen-Leipzig 1910, Otto Harrassowitz.

<sup>1)</sup> Gonner berichtet, daß es in England noch im Jahre 1851 Pächter gab, die zu Dienstleistungen in Gestalt von Erntearbeit u. dgl. verpflichtet waren. Vgl. d. Artikel „Bauernbefreiung“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, herausgegeben von Conrad u. Lexis, II. Aufl. Jena 1899, Verlag Fischer.

<sup>2)</sup> Wilhelm Medinger, Wirtschaftsgeschichte der Domäne Lobositz, Wien 1903, V. C. W. Stern.

der. Auch dort, wo die Bauernbefreiung physisch noch nicht vollendet ist, sichert diese Umstellung eine mildere Handhabung der Vorschriften und Verpflichtungen. Es kommt nicht mehr wie früher vor, daß der Viehstand der Gutsherren die Stoppel- und Brachweide so über Gebühr in Anspruch nimmt, daß für die Kuh des Bauern nichts übrig bleibt. Der untertänige Bauer darf es schon wagen, irgendwo, trotz des noch immer bestehenden Flurzwanges, ein Stück Brachland mit Futter zu bebauen. Für den Bauer vollends, der nicht mehr verpflichtet war mit eigenen Werkzeugen und Gespannen gerade dann zur Feldarbeit beim Gutsherren anzutreten, wenn er zu Hause am dringendsten zu tun hatte, für diesen Bauer gab es jetzt ganz andere Möglichkeiten die eigene Wirtschaft ordentlich zu führen. Und ganz andere Impulse, da er über seine Arbeitskraft, über seine Person, über das Ergebnis der Wirtschaft, über seinen Boden bei Kauf und Verkauf und im Todesfalle verfügen konnte. Eigenwirtschaft, Eigenbesitz bekamen für ihn erst Sinn und Inhalt. Daher die Bereitwilligkeit sich dem neuen Brachfruchtbau zuzuwenden, ihm die frei gewordene Arbeitszeit zu widmen, Futter zu bauen, den Viehstand zu vermehren.

Als weitere Folge kommt es dann zur schrittweisen Beseitigung des Flurzwanges durch die Gesetzgebung. Unter den ursprünglichen Verhältnissen der nur auf Getreidebau und Brache eingerichteten Dreifelderwirtschaft oder der Feldgraswirtschaft mag der Flurzwang, d. i. die Nötigung zu gleicher Zeit die gleichen Früchte auf benachbarten Parzellen zu bauen und die Felder im Brachjahr zu gemeinsamer Viehweide zu benutzen, kaum als Beschränkung empfunden worden sein, ja er war bei der Zerklüftung des Besitzes in Streifen und Parzellen notwendig, so lange es keinen Futterbau gab. Denn, wie hätte das Vieh des einzelnen Besitzers ohne Schädigung der übrigen die Brachweide inmitten der nachbarlichen, bebauten Parzellen benutzen können. Nach der Einführung von Klee und Kartoffeln und anderen Brachfrüchten war auch das anders geworden und das Bedürfnis nach Befreiung der Einzelwirtschaft von den Fesseln des Flurzwanges dringend. Eben- sowenig ließ sich gegenüber der zu erwartenden Steigerung der Boden- produktion durch die verbesserte Dreifelderwirtschaft und bei dem größeren Düngerbedürfnis der Hackfrüchte, wie Kartoffel, Futterrübe, der geschichtlich überkommene Gemeinschaftsbesitz länger rechtfertigen. Gaben diese als gemeinsames Weideland benutzten, schlecht gehaltenen, mit Weidevieh übermäßig besetzten Ländereien doch nur kümmerliche Nutzung und wenig Futter und während dem Ackerfeld der Dünger der Weidezeit verloren ging, bildeten die unverteilter Düngerfladen auf der Weide sogenannte Geilstellen, allzu üppige Stellen, die das Vieh nicht aufnahm. Solche Erscheinungen erklären es, daß die Aufteilung der alten Gemeinheit der Güter zu Sondereigentum, die früher schon in einzelnen Gebieten, so in Preußen durch Friedrich den Großen, eingeführt worden war, im 19. Jahrhundert starke Fortschritte macht. Sie stellt sich neben der Beseitigung des Flurzwanges als notwendiges

Korrelat der Bauernbefreiung dar und unterstützt deren ausgreifende Wirkung auf die Wirtschaftsweise.

Es wäre unangebracht hier näher auf die Probleme einzugehen, die sich aus der Bauernbefreiung ergaben. Ihre bloße Andeutung aber genügt, um die Vielheit der Fragen zu erkennen. Der auf sich gestellte, der herrschaftlichen Unterstützung verlustige Bauer mußte sich ordentlich rühren, wenn er sich behaupten wollte und das ist ihm zweifellos in vielen Gegenden, bei tüchtiger Bevölkerung zum Ansporn geworden. An anderen Orten ist die Anpassung an die neuen Verhältnisse nicht so leicht erfolgt und namentlich dann nicht, wenn sich die Stellen, denen die bäuerliche Familie jetzt ihre ganze Kraft widmen konnte, als zu klein erwiesen, um jene voll zu beschäftigen. Man brauchte flüssiges Geld für Ablösungszwecke, und die Betriebsweise war kostspieliger geworden. Die Bildung der bäuerlichen Kreditorganisationen hielt nicht Schritt mit dem wachsenden Kapitalsbedarf, und der bäuerlichen Verschuldung blieb Tür und Tor geöffnet. Mancherlei hat derart die gesunde Entwicklung verzögert, und manche bäuerliche Existenz, die den neuen Verhältnissen nicht gewachsen war, ist dadurch erst recht um Haus und Hof gekommen. Immerhin, der bäuerliche Fortschritt war zu verlangsamen, aufzuhalten war er nicht mehr. Ebenso wenig aufzuhalten, wie die tiefgehenden Veränderungen in der Betriebsweise des Großgrundbesitzes.

Den ehemaligen Grundherrschaften waren durch die Grundentlastung die unfreiwilligen Heinzelmännchen abhanden gekommen, die vorher fast kostenlos die Äcker bearbeiten mußten. Mit der menschlichen Arbeitskraft war zugleich die billige Bezugskraft verschwunden, die Gespannarbeit, welche die hörigen Bauern mit eigenen Pferden oder Rindern auf der herrschaftlichen Wirtschaft zu leisten hatten. Nun gab es keinen Arbeitszwang untertäniger Bauern, keine Hand- und Spannfronden, keinen Gesindezwang der Söhne und Töchter der Bauernfamilien und keine Schollenpflichtigkeit mehr, die die Arbeitskräfte an die Gegend banden. Arbeitskräfte mußten zu freiem Vertragsverhältnis gewonnen werden, teure Zugtiere gekauft, Futtermittel beschafft und das Geld für dies alles aufgebracht werden. Die Robotablösung stellte einiges Kapital zur Verfügung. Kredit war für den Grundherren eher zu haben als für den Bauern. Mit der Schaffung einer Betriebsweise, die den geänderten Verhältnissen angepaßt war, ging es schon schwerer, am schwersten mit dem Ersatz der Arbeitskräfte.

Von der Sorge um die Betriebsart wurde man durch die Einführung des Fruchtwechsels befreit. Der brachte Futter und marktgängige Erzeugnisse, ermöglichte stärkere Viehhaltung und gestattete indirekt den Stallmist zu produzieren, den man brauchte. Durch die Fruchtwechselwirtschaft wurde zugleich die gleichmäßigere Verteilung der Arbeit über einen längeren Zeitraum erzielt, ein Umstand, der bei der eingetretenen Verringerung der Arbeitskräfte und bei der Notwendigkeit die angeworbenen Arbeiter dauernd zu beschäftigen,

vom Standpunkt der Rentabilität überaus wichtig war. Die Arbeitskräfte jedoch, die verlorenen, woher nahm man diese? Ließen sich die eben mühsam der Robot entronnenen Bauern am Ende doch wieder freiwillig in das Joch spannen, das ihnen so schwer geworden war?

Nach der Grundablösung ist eine Spaltung durch die Bauernschaft gegangen, die die Bildung eines neuen wirtschaftlichen und sozialen Faktors zur Folge hatte. Ganz allmählich hat sich die Trennung des bis dahin einheitlichen Bauernstandes in die beiden Stände der Bauern und Arbeiter vollzogen. Wer bei der Erbteilung leer ausgegangen oder abgefertigt worden war, wer abgewirtschaftet hatte oder als Überzähliger keinen Platz auf dem zu kleinen väterlichen Gut fand, sah jetzt seine fleißigen Hände anderswo umworben und geschätzt. Von 1807 an wurden auf den königlich-preußischen Domänen von deren Pächtern unter Beihilfe des Staates Arbeitswohnungen gebaut und Personen bäuerlichen Standes zur Verfügung gestellt, die sich zu ständiger Arbeitsleistung verpflichteten. Dafür erhielten sie eine aus Landnutzung, Viehfutter, Brennmaterial, Drescherlohn u. a. m. bestehende Naturallohnung, zuweilen noch einen, freilich geringen Lohn in barem Gelde<sup>1)</sup>. Auf ähnliche Weise mußten die Großgrundbesitzer nach Aufhebung der Erbuntertänigkeit ganz allgemein bemüht sein, die nötigen Arbeitskräfte an die Gutsbetriebe zu fesseln. Dem ständigen Gesinde, welches das Jahr über mit der Führung der Gespanne und mit der Pflege des Viehs beschäftigt war, gesellten sich fallweise Arbeiter aus der Nachbarschaft zu, oder Leute, die aus anderen Gegenden in Trupps ihre Arbeitskraft über die Erntezeit vermieteten. So kommt der durch die Bauernbefreiung außer Rand und Band geratene Betrieb langsam wieder in Ordnung. Die Arbeiterfrage aber ist zum erstenmal in der neuzeitlichen Agrarwirtschaft als wichtiger Faktor aufgetaucht. Hatte sie zugleich ihre einstweilige Lösung durch die Abgliederung des Arbeiterstandes vom Bauernstand gefunden, so war doch ein dauerndes, neues Element in die Betriebsrechnung der Gutswirtschaft gelangt, ein Element, das mit der Zeit alle anderen Spesen an Bedeutung überragen und die Gestaltung der ganzen Landwirtschaft nachdrücklich beeinflussen sollte.

<sup>1)</sup> Dr. Theodor Freiherr von der Goltz, Geschichte der Deutschen Landwirtschaft. Stuttgart-Berlin 1903, Cotta. II. Bd.

### III. Kapitel.

## Vorherrschen der naturwissenschaftlich-technischen Einstellung.

Die Beweggründe der Weiterentwicklung von der Mitte des XIX. Jahrhunderts bis zu Anfang der 80er Jahre.

### I. Die Zeit der naturwissenschaftlich-technischen Erfindungen.

Fortschritte der naturwissenschaftlichen Forschung im XIX. Jahrhundert. — Die Wirtschaft nutzt die wissenschaftlichen Erkenntnisse durch das Medium der Technik. — Der Welthandel empfängt seine Voraussetzungen. — Mitwirkung der Landwirtschaft.

Die erste Etappe auf dem Weg zur neuzeitlichen Landwirtschaft ist zurückgelegt. Eine soziale Tat war es, die sich als stärkster Anstoß der Entwicklung erwies und nicht bloß den Befreiten, sondern schließlich auch den in ihren bisherigen Vorrechten Gekürzten und der gesamten Volkswirtschaft zum Vorteil gedieh. Es hatte sich wieder einmal gezeigt, daß wirtschaftliches Vorwärtsschreiten durch den Druck eines Geschehens mitunter mehr gefördert wird, als durch eine günstige Konjunktur. Nun, da die Landwirtschaft den geänderten Bedingungen der Produktion wieder angepaßt war, bedurfte es neuer kräftiger Anregungen, um sie, die so unendlich konservative, weiter vorwärts zu treiben, jener viel höheren, intensiveren Stufe zu, die sie unmittelbar vor dem Weltkrieg erreichte. Entwicklungstendenzen und Fortschritte sind selten der Zeit nach genau einzuordnen. Von der Mitte des XIX. Jahrhunderts bis zu Anfang der 80er Jahre heben sich jedoch einige Erscheinungen so scharf ab, werden Erfolge so sichtbar, daß man diese Periode wohl als zweite Etappe der landwirtschaftlichen Intensivierung bezeichnen darf.

Die wichtigsten Impulseentspringen diesmal gar nicht der eigentlichen Sphäre der Bodenkultur, sie entstammen der allgemeinen Entwicklung, die sich einstweilen in der Welt vollzogen hat. Der naturwissenschaftlichen Forschung waren im 19. Jahrhundert ungeahnte Erfolge beschieden. Wissenschaft hat ihre Wurzeln von jeher in Lebensnotwendigkeiten gehabt. Aus dem Untergrund der Gewerbe sind die Physik und die Chemie emporgestiegen, den Bedürfnissen des Daseins ist der Fortschritt aller anderen Disziplinen zu verdanken gewesen. Die Wissenschaften und das reale Leben stellen ein vielverzweigtes Ganzes dar, in dem der Fördernde stets zugleich der Geförderte ist. So greifen die Naturwissenschaften, ja selbst die Sozial- und Geisteswissenschaften nicht



bloß ineinander, sondern auch in die Praxis, in die Wirtschaft ein. Nie jedoch war der Zusammenklang von wissenschaftlicher Forschung, praktischem Erfindungsgeist, technischer und kaufmännischer Durchführung fruchtbarer wie in jener Epoche. Was bedeutende Männer wie die Biologen Lamarck und Cuvier, die Chemiker Lavoisier und Humphry Davy, die Physiker Sadi Carnot, Galvani, Volta, die Mathematiker Karl Friedrich Gauß und Jacobi in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts an wissenschaftlichen Großtaten leisten, ist das glänzende Vorspiel noch wunderbarer wissenschaftlicher Entdeckungen in den nachfolgenden Dezennien. Auf geologischer, botanischer, zoologischer Grundlage errichtet Charles Darwin seine Lehre von dem Ursprung der Arten, die 1859 in Buchform erscheint. Berthelot erneuert die Chemie durch die Synthese (1865), Helmholtz (1821—1894) steuert grundlegende Untersuchungen auf physiologischem Gebiet bei, Kirchhoff und Bunsen finden die Spektralanalyse. Weitere glänzende Entdeckungen betreffen die Gebiete der Naturwissenschaften, der Physik, der Chemie, der Biologie. Wer wollte es unternehmen, sie alle aufzuzählen, oder zu schildern, was durch diese Entdeckungen der Erkenntnis und der Wirtschaft der Völker geschenkt wurde! Der Wirtschaft, welche die wissenschaftlichen Offenbarungen durch das Medium der Technik erstaunlich rasch in sich aufnimmt und verarbeitet. 1856 werden die Anilinfarbstoffe, zehn Jahre später die Alizarinfarbstoffe gefunden, und seither gewinnt die trockene Destillation, die Zerlegung des Steinkohlenteers in alle seine Derivate die allergrößte Bedeutung, wird zum Ausgangspunkt einer riesigen chemischen Industrie. Die Papierindustrie belebt das Sulfitverfahren, das Tilgmann 1866 patentieren läßt, und das Holz und Stroh zum geeigneten Rohstoff des Papiers macht. Pasteur zeigt 1858 durch exakte Versuche, daß es ohne Hefe keine Gärung gibt, woraus wieder die Gärungsgewerbe Vorteil ziehen. Am weittragendsten aber erweist sich die Vermehrung der metallurgischen Kenntnisse. Als Sir Henry Bessemer 1856 den „Bessemerprozeß“ ersonnen und in die Stahlindustrie eingeführt hatte, wurde in England fünfundfünfzigmal so viel Stahl erzeugt als früher nach den alten Methoden und der Preis sank von 50—60 auf 5 Pfd. St. pro Tonne. Der Stahlguß, den einige Jahre später Martin und Siemens ausführten, und das Hervorbringen von Tiegelstahl in großen Stahlblöcken, das zuerst Krupp gelang, haben nicht weniger umstürzend gewirkt. Maschinen und Maschinenteile konnten nun in nie dagewesener Fülle, Verfeinerung und Dimensionierung erzeugt werden, der Erfindung und der technischen Konstruktion waren unerhörte Möglichkeiten geworden, besonders da in der Verarbeitung der anderen Metalle, des Kupfers, des Nickels, des Aluminiums nicht geringere Fortschritte erzielt wurden. So entstanden Meisterwerke von Dampfmaschinen und Pumpen, von Kesseln und Apparaten, von Webstühlen und Spinnmaschinen. Kurz von all dem, was die moderne Industrie erzeugt und was sie trägt.

Damit empfängt auch das moderne Verkehrswesen erst seine Voraussetzungen. Denn jetzt bildet die schwerfällige, gemächliche Lokomotive, die Stephenson 1825 für die erste Eisenbahn von Stockton nach Darlington gebaut hat, nicht länger das Vorbild für ihre Schwestern. Die stahlgegliederte Eilzugmaschine wird geschaffen und setzt durch ihr rasendes Tempo die Entfernungen gleich auf ein Bruchteil herab. Als Napoleon nach dem Brande von Moskau Paris um jeden Preis schnell erreichen wollte, legte er die Strecke von 2300 km in 312 Stunden zurück, was damals viel bestaunt wurde. 70 Jahre später konnte jeder, der es wollte, die gleiche Anzahl von Kilometern in nicht einmal 1 ½ Tagen leisten und seinen Reiseweg auf 422 000 Kilometern suchen, die der Schienenstrang bedeckte. Die weitesten Ströme wurden durch schlanke, biegsame Gebilde aus Stahl und Eisen überspannt. Nach 1866 begann man dank der von William Thomson konstruierten Apparate die Erdteile mittelst der Unterseekabel telegraphisch zu verbinden, und auch auf diese Weise die Kontinente noch mehr anzunähern, als es bereits durch den Aufschwung der Schifffahrt geglückt war. Deren erstaunliche Entwicklung in den 30er Jahren wird durch diese Zahlen charakterisiert<sup>1)</sup>:

1850 besaß die Welthandelsflotte in tausend Tonnen:

8473, davon entfielen auf die Dampfschiffe 23 %,

1881 43 222, davon entfielen auf die Dampfschiffe 66 %.

In der gleichen Periode hebt sich der Spezialhandel der kommerziell hervorragenden Länder der Erde von 14 540 Millionen Mark auf 57 338 Millionen Mark, so märchenhaft ist der Aufschwung der Erzeugung, des internationalen Warenaustausches gewesen.

Ein Wunder, das noch unbegreiflicher schiene, wenn sich nicht eine Erklärung für die materiellen Unterlagen fände, die das gigantische Werk in Gang gesetzt haben. Denn, ist es auch wahr, daß der Reichtum der Völker desto mehr wächst, je größer die Produktion, je mannigfacher der Warenverkehr wird, so bedarf die Wirtschaft doch schon eines gewissen Wohlstandes und flüssiger Mittel, um sich auf ein lebhaftes Tempo der Produktion und des Verkehrs einstellen zu können. Ohne diese Voraussetzung kann man weder Fabriken gründen, noch in Betrieb setzen, lassen sich weder Eisenbahnen bauen noch Schiffe. Es ist deshalb anzunehmen, daß der Umfang der wissenschaftlichen Arbeiten, die Fülle der Erfindungen, die Intensität ihrer industriellen Realisierung und die Ausbreitung des Verkehrs nicht so ungeheuer gewesen wären, hätte nicht ein merkwürdiges Zusammentreffen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts reiche Edelmetallschätze dem Weltmarkt zugeführt. Die Entdeckung der Goldlager in Kalifornien und Australien, die Hebung der Silberproduktion zufolge des Auffindens der ergiebigen Quecksilberminen in Mexiko haben es bewirkt, daß im Verlauf der nächsten 25 Jahre mehr Edelmetall produziert wurde, als im

<sup>1)</sup> Dr. Karl von Scherzer, Das wirtschaftliche Leben der Völker. Leipzig 1885, Verlag Alphonse Dürr.

ganzen Vierteljahrtausend vorher. Das Edelmetall strömte zunächst nach den Vereinigten Staaten und nach England, um sich von dort über Europa zu verbreiten.

Zu dieser Verteilung hat die Landwirtschaft viel beigetragen. Wies doch damals eine ganze Reihe von Kontinentalstaaten eine bedeutende Ausfuhr an Getreide, Mehl, Tieren und Tierprodukten auf, Staaten, die sich einige Jahrzehnte später kaum selbst ernähren konnten oder sogar den größten Importbedarf an Bodenprodukten zeigten. Das gilt so von Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, während England zu jener Zeit der Hauptabnehmer der europäischen Agrarerzeugnisse war<sup>1)</sup>. Diese bezahlte England dem Kontinent mit dem australischen und mit dem kalifornischen Gold, das vorher die englischen Industrie-Artikel nach dem Inselreich gezogen hatten.

## II. Umwandlung der geschlossenen Hauswirtschaft.

Scheidung der Produktions- und der Konsumtionswirtschaft. — Folgen für die Landwirtschaft. — Die moderne Maschine und das moderne Ackerwerkzeug halten ihren Einzug in der Bodenkultur. — Rationalisierung der Fütterung.

Das war jedoch weder die einzige noch die wichtigste Art, in der die europäische Landwirtschaft an dem Goldregen und an dem Aufblühen der übrigen Wirtschaft beteiligt war. Die Fäden reichen tiefer, sind weit inniger verknüpft und das ist der Grund, warum hier auf die Wandlungen der europäischen Volkswirtschaft, wie auf die Fortschritte der Wissenschaft eingegangen werden mußte. Zu den bemerkenswertesten Rückwirkungen der Verhältnisse auf die Bodenkultur gehört die schärfere Scheidung von Produktionswirtschaft und Konsumtionswirtschaft, die Umwandlung der geschlossenen Hauswirtschaft in die Marktwirtschaft. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde in der Bauernwirtschaft und selbst in der Gutswirtschaft ein sehr erheblicher Teil der notwendigen Gebrauchsgüter selbst hergestellt. Flachs, Hanf, Wolle, der zum Färben verwendete Krapp, werden noch zu eigener Verwendung gebaut, man spinnt, webt, färbt, schneidert und schustert zu Hause, ist sein eigener Baumeister, deckt seine Gebäude mit selbstgewonnenem Stroh. Wo es am Lande Handwerker gibt, sind sie's meistens im Nebenberuf, neben ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit. Selbst der Handel in Agrarprodukten ist kaum ein besonderer Beruf, sondern wird von Landwirten ausgeübt, die ihre eigenen Erzeugnisse verkaufen und nebenbei die anderer. Ältere Leute erinnern sich dieser Zustände noch ganz gut. Spuren davon haben sich bis auf den heutigen Tag am Land erhalten.

Es wurde aber doch wesentlich anders, als die Vervielfältigung und Verbilligung des Verkehrs den Markt zum Landwirt brachte und diesem die in den Fabriken hergestellten Waren um wenig Geld und in größter Auswahl ins Haus stellte. Als der Landwirt jetzt die

eigenen Produkte besser und leichter absetzte und sich's deshalb überlegen durfte, ob es nicht vorteilhafter sei, marktgängige Waren zu erzeugen, als sich mit den kleinen Sonderproduktionen für die Hauswirtschaft herumzuspielen. Der Marktverkauf schafft bares Geld herbei, mit dem man die neuen Maschinen, Geräte, Materialien kaufen kann, die die Fabriken anbieten. Der Bauer als Käufer auf dem Industrialienmarkt bringt wiederum Leben in Industrie und Gewerbe und regt dazu an, daß seinen Bedürfnissen in den Fabriken, in den Laboratorien und in den Studierstuben mehr Aufmerksamkeit geschenkt werde. Zugleich gestatten verfeinerte Methoden der Metallurgie die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen aus dauerhafterem Material herzustellen, sie in beliebiger Vielfältigkeit aus Stahl und Eisen zu formen.

Nun kann sich Erfindung an Erfindung reihen und der Landwirtschaft dienen, die aus der Vertiefung der naturwissenschaftlichen Lehren die Erkenntnis gewonnen hat, daß es mit der primitiven Bearbeitung des Ackerbodens nicht getan ist, und sich nach besserem Werkzeug umsieht. Die alten Pflüge, die so unverhältnismäßig viel Zugkraft erforderten und so ungenügende Arbeit leisteten, verschwinden langsam, zweckentsprechendere Systeme nehmen ihre Stelle ein. Welcher Gewinn schon, daß man die Holzteile durch Schmiedeeisen oder Stahl ersetzen kann und rationellere Windung des Streichbrettes aus gepreßten Stahlplatten erzielt. Welcher Vorteil, daß die Aussaat nicht mehr mit der Hand geschieht, was Verschwendung an Saatgut und Arbeit bedeutet und ungleichmäßig ist, sondern mit der Drillmaschine, deren Tauglichkeit für die Allgemeinheit allerdings genug lang angezweifelt wurde. Noch 1869 muß anlässlich einer Versammlung deutscher Land- und Forstwirte zu Breslau nachdrücklich versichert werden, die Ansicht, daß das Drillen nur für hochkultivierte Böden und mildes Klima geeignet sei, habe sich als irrtümlich erwiesen und keine Fruchtart wäre vom Drillen ausgeschlossen, sogar die Rüben und der Lein nicht<sup>1)</sup>. Die Dreschmaschine ist zwar schon 1841 nach Deutschland gebracht worden, hat sich aber erst später, nach vielfacher Verbesserung, eingebürgert und in England, woher sie stammt, mußte sogar vorher ein Aufstand der Landarbeiter gegen diese Konkurrenz des Dreschflegels mit Waffengewalt niedergekämpft werden. Als meine Vorfahren in den 60er Jahren die fürstlich Liechtenstein'sche Domäne Hohenau in Pacht nehmen, findet sich im Inventar noch keine Dreschmaschine vor. Der oben angeführte Breslauer Bericht von 1867 erzählt, daß in Schlesien der Dreschflegel auch bei den großen und mittleren Gutsbetrieben in Gebrauch stünde. Der Dampfpflug, wie damals so viele landwirtschaftliche Maschinen englischen Ursprungs, und zwar von Sir John Fowler konstruiert, ist, wie gleichfalls berichtet wird, um jene Zeit in Schlesien erst in einem einzigen Exemplar und zwar auf den Besitzungen des Fürsten von Pleß vertreten. Da in Österreich der erste Dampfpflug erscheint,

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu A l e x. v. P e e z, Die amerikanische Konkurrenz. Wien 1881. Verlag Carl Konegen.

<sup>1)</sup> Festschrift für die XXVII. Versammlung deutscher Land- und Forstwirte zu Breslau 1869. Verlag Wilh. Gottl. Korn.

kommt Kaiser Franz Joseph in Person nach Schwechat, um der Erprobung beizuwohnen. Trotz solcher Beweise langsamen Vorrückens läßt sich behaupten, daß die Maschine und das moderne Ackerwerkzeug endgültig ihren Siegeszug durch die Bodenkultur angetreten haben. In den Folgen nicht weniger nachdrücklich auch manche andere Errungenschaften jener in naturwissenschaftlich-technischer Beziehung schöpferischen Epoche. Man denke bloß, was es wirtschaftlich bedeutete, als man in Ausnützung der auf dem Gebiete der Chemie und der Tierphysiologie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemachten Entdeckungen daran gehen konnte, die Fütterung zu rationalisieren; die einzelnen Futtermittel nach ihrem physiologischen Nährwert unter Berücksichtigung des Marktwertes auszuwählen und zu einer Futterpassierung zusammenzustellen, welche den Bedürfnissen der verschiedenen Tiernutzung angepaßt war. Bis dahin hatte man sich seit Thaer mit der viel ungenaueren Methode behelfen müssen, Futtermittel auf Heuwerte zu reduzieren. Die neue Art war schon deshalb wichtig, weil der Landwirtschaft nun, nach den Fortschritten der Ölindustrie und nach der Vervielfältigung des überseeischen Verkehrs, weit mannigfachere Futtermittel zur Verfügung standen als vorher.

### III. Aufkommen der Mineral- und Stickstoffdüngung und der landwirtschaftlichen Industrien.

Liebigs Mineraltheorie. — Die Unerläßlichkeit gleichzeitiger Stickstoffdüngung wird erkannt. — Aufkommen der Zuckerindustrie und der Spiritusbrennerei. — Rückwirkung auf die Landwirtschaft.

Die Veränderungen, die sich in den Ansichten und in der Praxis der Pflanzenernährung vollzogen, sind von dem Namen Justus Liebig nicht zu trennen. Liebig begann seine bahnbrechenden Forschungen schon vor 1848 zu veröffentlichen, doch haben sie mancherlei Stadien durchgemacht, bevor die Lehre von der Mineraldüngung mit der siebenten Auflage der berühmten Agrikulturchemie, die erst 1862 erschien, zum Abschluß gebracht wurde. Und auch dann hat die Mineraltheorie nicht bloß begeisterte Anhänger, sondern ebenso lebhaften Widerspruch gefunden und ist eigentlich mehr dadurch von mächtigem Einfluß auf die Bodenkultur geworden, daß sie eine nie dagewesene Bewegung in der Landwirtschaft entfachte, daß sie zu weiteren Untersuchungen anregte und zur Klärung der Düngungsfrage beitrug, als durch die Anwendung der Liebigschen Vorschriften selbst. Denn was predigten diese: sie empfahlen dem Ackerboden Phosphorsäure, Kali und Kalk in mineralischer Form zuzuführen und auf diese Weise die großen Mengen zu ersetzen, die durch den Verkauf von Körnerfrüchten, Wurzelgewächsen, Milch und lebende Tiere aus der Wirtschaft ausgeführt wurden, ohne durch den Stallmist volle Bedeckung zu finden. Liebig begründete das folgendermaßen<sup>1)</sup>: Für die atmosphärischen Nährstoffe

(Kohlensäure und Stickstoff) bildet die Luft eine unerschöpfliche Quelle; ihre künstliche Zufuhr kann zwar unter Umständen nützlich sein, ist aber nicht gerade nötig. Für die mineralischen Nährstoffe ist der Boden die einzige Bezugsquelle und diese wird mit der Zeit erschöpft. Folglich hat der Landwirt in erster Linie und beinahe ausschließlich auf den Ersatz der Mineralsubstanzen bedacht zu sein. Früher hatte er noch deutlicher gesagt: „Geben wir dem Felde diese anderen Bedingungen (die Mineralstoffe) mit dem Ammoniak, so wird es assimiliert, fehlt aber dies Ammoniak, so schöpft die Pflanze den Stickstoff aus der Luft, aus einer Quelle, in der sich der Abgang von selbst durch die Fäulnis und Verwesung der gestorbenen Tier- und Pflanzenleiber wieder ersetzt.“ Und an anderer Stelle: „Die Mineralsubstanzen wirken ohne alle Zufuhr von Ammoniak.“ Liebigs ungeheueres Verdienst war es somit, die Landwirtschaft auf die Notwendigkeit der Mineraldüngung aufmerksam gemacht zu haben. Sein, späterer theoretischer Erkenntnis weit voraus-eilender Blick hat auch die natürlichen Stickstoffquellen des Bodens vorhergesehen. Dagegen unterschätzt Liebig sowohl die Bedeutung der Stickstoffdüngung als die physikalischen Voraussetzungen der Bodenfruchtbarkeit. Die einseitige Zufuhr von Mineralstoffen, die er propagierte, nützt in den seltensten Fällen, da die wenigsten Böden von Natur aus genug stickstoffreich sind, um den Mineraldünger ohne gleichzeitige Stickstoffdüngung zur Wirkung zu bringen. Deshalb wurde anfänglich viel unnützes Geld in Mineraldünger angelegt und Liebigs Mineraltheorie hat den landwirtschaftlichen Fortschritt erst dann gefördert, bis andere Forscher, zuerst die Engländer Lawes und Gilbert<sup>1)</sup> die Unerläßlichkeit gleichzeitiger Stickstoffdüngung bewiesen, bis die Praxis ihre Beweise akzeptierte. Wie dann der Welthandel eingriff und den steigenden Bedarf an Düngermitteln befriedigte, wie die Landwirtschaft die Gelegenheit nützte, geht aus einigen Zahlen hervor: Im Jahre 1859 wurden im deutschen Zollgebiet 7210, im Jahre 1878 dagegen 59 500 Tonnen Salpeter eingeführt. Zu gleicher Zeit betrug die Einfuhr an Guano rund 1 160 000 Meterzentner<sup>2)</sup>.

Sie kam gerade im richtigen Augenblick, diese Einführung der Mineral- und Stickstoffdüngung. Denn unter den Industrien, welche jener wissenschaftlich-technisch-industriellen Grundepoche ihre neue Blüte verdankten, gab es zwei, die den Rohstoff der heimischen Bodenproduktion entnahmen: die Zuckerindustrie und die Spiritusindustrie. Und war der vermehrte Anbau der Zuckerrübe wie der Kartoffel auch ein rechter Segen für die Landwirtschaft, so nahmen diese beiden Früchte doch viel Nährstoffe in Anspruch und hätten ohne Kunstdünger niemals die Ausdehnung erfahren können, die sie erreichten. Die Futter-

<sup>1)</sup> J. B. Lawes und J. H. Gilbert, Entgegnung auf Baron Liebigs Grundsätze der Agrikulturchemie. Leipzig 1856.

<sup>2)</sup> Die Zahlen von 1859 aus: Von der Goltz, „Geschichte der deutschen Landwirtschaft“, die Zahlen von 1878 aus: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, I. Jahrg. 1880.

<sup>1)</sup> Liebig, Grundsätze der Agrikulturchemie. 7. Aufl., 1862.

rübe war ihrer vornehmen Schwester lange vorausgegangen<sup>1)</sup> und seit der Einbürgerung des Fruchtwechsels hatte sie einen ständigen Ehrenplatz unter den Früchten behauptet. Da war aber ein sonderbarer Kautz, namens Achard<sup>2)</sup>, auf die Idee verfallen, die Futterrübe zur Erzeugung veritablen Zuckers zu verwenden, um damit den unerschwinglichen Kolonialzucker zu ersetzen. Erst hatte man ihn gebührend ausgelacht, dann, als eine preußische Kommission die Idee nicht so übel fand, übertriebene Erwartungen daran geknüpft und schließlich sich nicht allzu sehr gewundert, als die mit einem Vorschuß des Königs Friedrich Wilhelm von Preußen 1802 in Cunern gegründete Zuckerfabrik nach ein paar Jahren zugrunde gegangen war.

Wie sollte die Rübe, die damals etwa 3% Zucker enthielt, auch die Konkurrenz mit dem Rohrzucker aufnehmen können! Zur Zeit der Kontinentalsperre freilich, die Napoleon über die englischen Waren verhängte, lag die Sache anders. Da war jedes Mittel willkommen, das den schwer entbehrten Süßstoff herbeischaffte, besonders dann, wenn es Aussicht bot, das englische Rohrzucker-Monopol dauernd zu brechen. Kein Geringerer als Napoleon trat 1811 in einem Dekret für die Gründung einer einheimischen Zuckerindustrie und für die Entwicklung des Rübenbaus ein und in Deutschland beschäftigte sich sogar der Herr Geheimrat Goethe in eigener Person mit dem Plan in Tiefurt eine Zuckerrübenfabrik zu errichten<sup>3)</sup>. Nach dem Sturz des Kaiserreiches und nach der Aufhebung der Kontinentalsperre blieb wenig von all dem übrig und noch um 1836 verarbeitete ganz Deutschland nur 253 460 dz Rüben — 1850/51 736 000 q. Dann erst, nachdem der Zuckergehalt der Rübe durch Züchtung und richtige Kultur erhöht worden war, nachdem technische Errungenschaften die Fabrikation verbessert hatten, kam der große Aufschwung, so daß 1860 schon 14,6 Millionen q, 1870 30 1/2 Mill. q und 1880 63,2 Millionen dz Zuckerrüben in Deutschland verarbeitet wurden und in Frankreich im selben Jahre 45,2 Millionen q,

<sup>1)</sup> Vgl die ausgezeichnete Geschichte der Rübe als Kulturpflanze von Ed. v. Lippmann, Berlin 1925. Verlag Julius Springer.

<sup>2)</sup> Festschrift des „Vereins der deutschen Zuckerindustrie“ von C. Scheibler über die Anfänge der Zuckerfabrikation, erschienen 1875.

<sup>3)</sup> Edm und v. Lippmann: Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften. Berlin 1923. Springer. — Goethe betrieb um diese Zeit Versuche über Wachstum, Beblätterung, Samentrieb und Haltbarkeit der Rüben, die ihn zu allerlei zutreffenden Ergebnissen führten, u. a. zur richtigen Erkenntnis der Beschaffenheit und Funktion der überwinterten Rübe. Vgl. auch Hansen, Goethes Metamorphose der Pflanzen, Gießen 1907. — In Tiefurt entstand dann eine Fabrik zur Erzeugung von Stärkezucker aus Kartoffeln, ein Verfahren, für das sich Goethe und Carl August gleichfalls lebhaft interessierten. Der Herzog schreibt an Goethe: „Ein Versuch in der Hofconditorei Syrup aus Kartoffelmehl zu machen, ist gestern gut gelungen.“ Und an Döbereiner: „In der Hofconditorei gehts mit dem Kartoffelsyrup recht gut, aber der Zucker, der daraus entstand, ist sehr schlecht und schmeckt im Kaffee erbärmlich.“ (Briefwechsel Carl Augusts mit Goethe. Wien 1873. Verlag Vogel. — Dann: Briefe Carl Augusts und Goethes an Döbereiner; Weimar 1856. Verlag Schade.)

in Österreich-Ungarn 44 Millionen q Zuckerrüben<sup>1)</sup>. 1836/37 hatte man zur Erzeugung von einem dz Rohrzucker 18 dz Rüben gebraucht, 1851/52 14 1/2 dz, 1881/82 nur mehr 10,46 dz Rüben<sup>2)</sup>, so sehr war es gelungen, den Zuckergehalt der Rübe wie die Kunst der Fabrikation zu verbessern. Und jetzt vermochte diese Industrie ihren ungeheuren Einfluß auf die Landwirtschaft voll auszuüben und das in einem Maße, welches in keinem Verhältnis zu dem Umfang der eigentlichen Rübenfläche stand. Tiefkultur und Düngung kamen allen im Fruchtwechsel der Rübe folgenden Früchten zu Gute, deren Ertrag dadurch gesteigert wurde. Die Zuckerrübe lieferte in ihren Blättern und Köpfen ein ausgezeichnetes Futter und gestattete dadurch den Viehstand zu vermehren und damit wieder den Dünger. In den Abfällen der Zuckerfabrik, in den entzuckerten Rübenschnitzeln und in der Melasse erhielt der Landwirt weitere Futtermengen, in dem Scheideschlamm, der auch ein Abfallprodukt dieser Industrie bildet, ein Düngemittel. Das Beispiel besserer Kultur, Unkrautvertilgung und Düngung, eine Begleiterscheinung des Zuckerrübenbaues, wirkten auch auf die umliegenden Bauernfeldervorteilhaft ein, die keine Rüben bauten, die Saatgutzüchtung erhielt durch die Zucht des Rübensamens die wertvollsten Anregungen und dehnte sich von da ausgehend auf andere Fruchtgattungen aus. Bedenkt man das alles, so erscheint die Zuckerfabrikation als ein Stimulans der Landwirtschaft von seltener Vielseitigkeit.

Was die Zuckerindustrie für bessere, schwerere Böden leistete, schenkte die Spiritusbrennerei wenigstens zum Teil den leichteren sandigen Böden, nachdem die Kartoffel als Rohmaterial des Spiritus in den Vordergrund getreten war. Kartoffel hatte man zwar längst im großen gebaut. In Deutschland, Frankreich, Böhmen und Ungarn seit dem Ende des 18. Jahrhunderts<sup>3)</sup>, in Irland noch viel länger<sup>4)</sup>. Aber nun erst gewinnt der Kartoffelbau seine volle Bedeutung, beginnt man auf den Stärkegehalt Rücksicht zu nehmen und seit den 70er Jahren bewußt Kartoffel zu züchten<sup>5)</sup>. Die Ausdehnung des Kartoffelbaues übertrifft die des Rübenbaues um ein Vielfaches. Anfang der 80er Jahre wird die Kartoffelernte Europas bereits auf mehr als 70 Millionen metrische Tonnen (à 1000 kg) geschätzt, doch geht die Wirkung auf die Landwirtschaft nicht so in die Tiefe wie bei der Zuckerfabrikation. Denn,

<sup>1)</sup> H. Paasche, Die Zuckerproduktion der Welt. Leipzig-Berlin 1905, Teubner. — Ed. v. Lippmann, Die Entwicklung der Rübenzuckerindustrie von 1850—1890. Berlin 1900.

<sup>2)</sup> V. d. Goltz, Geschichte der deutschen Landwirtschaft.

<sup>3)</sup> Scherzer, Das wirtschaftliche Leben der Völker. Leipzig 1885. S. 58.

<sup>4)</sup> Thomas Buckle führt in seiner Geschichte der Zivilisation in England an, daß die arbeitenden Klassen in Irland länger als 200 Jahre vornehmlich von Kartoffeln gelebt hätten. (Deutsche Ausgabe, Leipzig 1901, Wintersche Verlagsbushandlung. S. 58.)

<sup>5)</sup> In Deutschland zuerst Paulsen in Lippe-Detmold, in Frankreich Villemorin: C. Fruwirth, Züchtung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Berlin, Paul Parey. I. Aufl. 1906.



ungeachtet der Unzahl der errichteten Brennereien (1872 gab es im Deutschen Reich 4211 Brennereien) kommen in Deutschland 1880 nur ein Drittel so viel Kartoffeln zur industriellen Verarbeitung als Zuckerrüben und nur diese verarbeiteten Kartoffeln liefern in den Abfällen, in der Schlempe, ein billiges Viehfutter. Sonst müssen die ganzen Kartoffeln verfüttert werden. Das Kraut hat als Futter wenig Bedeutung, da es zur Erntezeit meist vertrocknet oder von Schädlingen befallen ist und in keinem Fall kommt ihm der Nährwert der Zuckerrübenblätter und -köpfe zu. Dennoch trägt auch diese Industrie zur Hebung der Landwirtschaft tüchtig bei, vorteilhaft besonders durch die Verteilung der Brennereien über das ganze Land, das geringe Anlagekapital und das Angrenzen der Schlempeerzeugung an den Stall, der sie verwendet. Die Landwirte wissen diese Vorteile wohl zu schätzen und wie sich die Norddeutschen 1869 zu ihrem zweiten Kongreß in Berlin versammeln, scheint ihnen die Spiritusbrennerei so wichtig, daß der Bericht über die Verhandlungen zu einem Viertel davon ausgefüllt wird <sup>1)</sup>. Bringt die Brennerei ja doch die Möglichkeit einen höheren Viehstand zu halten, somit vermehrte Ackererträge. Und der Kartoffelbau an und für sich: gute Durchlüftung des Bodens, erfolgreiche Unkrautvertilgung, starke Düngung, günstige Vorfrucht, bessere Verteilung der Arbeit über den Sommer und Herbst, mit einem Wort, einen weiteren Anstoß zur Entwicklung landwirtschaftlicher Intensität. Solch initiative Wirkung ließe sich noch von mancher anderen Errungenschaft jener Periode nachweisen, doch liegt es nicht im Plan dieser Arbeit eine ausführliche Darlegung landwirtschaftlicher Zustände und Leistungen zu geben. Vielmehr sollten bloß Streiflichter andeuten, was die Bodenkultur vorwärts trieb, welche Umstände zusammengewirkt haben, um sie der Intensität entgegenzuführen.

<sup>1)</sup> Bericht über die Verhandlungen des II. Kongresses Norddeutscher Landwirte. Berlin 1869. Verlag Moeser.

#### IV. Kapitel.

### Das Vordringen der wirtschaftlichen Auffassung.

(Die Entwicklung der Intensität von den 80er Jahren bis zu Anfang des Weltkrieges.)

#### I. Erwachen der überseeischen Konkurrenz.

Das Verkehrswesen zeigt dem Landwirt eine unliebenswürdige Seite. — Der Sturz der Getreidepreise. — Die amerikanische Gefahr wird ernster.

Die 80er Jahre sind herangekommen. Wer drei Dezennien zurückdenkt, erkennt die Landwirtschaft kaum wieder, so verändert haben sich das bessere Verständnis der naturgesetzlichen Grundlagen, der technische und industrielle Fortschritt, die marktwirtschaftlichen Verhältnisse. Will aber einer vergleichen, wie sich das in den Erträgen des Ackers ausspricht, und wie sich die neue Gestion sonst in Zahlen auswirkt, so kommt er nicht weit. Denn, über eine detaillierte Buchhaltung verfügen am Anfang der Vergleichsperiode nur wenige große Güter, die Bauern kennen auch am Ende noch keine. Betriebsstatistik ist eine kaum geübte Wissenschaft und selbst die amtliche Agrarstatistik beginnt in den meisten Staaten erst sich ernsthaft zu rühren. Die Ziffern, die wir aus den 50er Jahren besitzen, sind deshalb recht problematisch, sie entstammen zumeist einzelnen, besonders gut geleiteten Gütern und übertreffen die Erträge der Durchschnittsbetriebe beträchtlich. Was sich aber erkennen läßt, ist, daß sorgfältiger, verständnisvoller Arbeit durch die naturwissenschaftlich-technische Entwicklung die Möglichkeit geschaffen wurde, die Bodenerträge von 1850 bis 1880 bis zu 50% zu steigern.

Die Domäne Schlanstedt <sup>1)</sup> hatte diese Erträge pro Morgen in Zentnern:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
1850—54 . .	8,90	8,85	10,99	10,01	3,40
1880—84 . .	16,66	12,39	13,88	15,86	14,79

Ein Gut in Ostpreußen <sup>2)</sup> erntet in je sechsjährigen Perioden für den Morgen in Scheffeln:

<sup>1)</sup> W. R i m p a u, „Die Bewirtschaftung einer preußischen Domäne im 19. Jahrhundert“, veröffentl. in Mentzel u. v. Lengerkes Landwirtschaftlichem Kalender, 53. Jahrg., 1900, II. Teil.

<sup>2)</sup> F r h. v. d. G o l t z, Geschichte der deutschen Landwirtschaft.

	Weizen	Roggen	Hülsenfrüchte	Hafer- und Menggetreide
1852—57 . . . . .	8	10 <sup>13</sup> / <sub>16</sub>	8 <sup>1</sup> / <sub>5</sub>	13 <sup>4</sup> / <sub>10</sub>
1870—75 . . . . .	12 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	13	12	19 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>
1876—81 . . . . .	13 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	11 <sup>4</sup> / <sub>5</sub>	14	18 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>

Das sind sicherlich Paradegüter und die Gesamtheit wird weit weniger Fortschritt zu verzeichnen gehabt haben, wofür schon der große Anteil der Bauernbetriebe spricht. Denn diese haben vorerst den naturwissenschaftlich-technischen Vormarsch nicht zur Gänze mitmachen können, schon deshalb nicht, weil der bäuerliche Besitz mit mancher Folgeerscheinung der Grundentlastung noch nicht fertig geworden war. In Österreich mußte sogar von dem Niedergang des Bauernstandes gesprochen werden<sup>1)</sup>. Am Fortschritt waren bloß jene großen Gutsbesitzer beteiligt, die es vermochten, sich der technischen Handhabung von Ackerbau und Viehzucht in einer den Naturgesetzen entsprechenden Weise mit Haut und Haar zu verschreiben. Denen fielen die Vorteile in den Schoß, welche die günstige Entwicklung der Preise und des Absatzes brachten, beide in Zusammenhang stehend mit der Vergrößerung der einheimischen Nachfrage zufolge der Industrialisierung und der Verbesserung der Verkehrswege. Wer die Roherträge zu erhöhen verstand, dem wuchsen die Reinerträge auch ohne viel ökonomische Künste zu. So erschien in jener Periode die Betonung der technisch-naturwissenschaftlichen Seite selbstverständlich, wie die mangelnde Pflege der kommerziellen Seite und die staatlichen Bestrebungen zur Förderung der Landwirtschaft in die gleiche Richtung gingen. In den 80er Jahren wird das anders. Da dringen die Verhältnisse auf die Rationalisierung der Landwirtschaft, wird es nötig sich über die Einnahmen und Ausgaben genau Rechenschaft zu geben, müssen alle Hilfsmittel her, um den Betrieb ertragreich zu erhalten, den Kreis des rationellen Landbaues zu erweitern. Auf diese Weise wird die letzte große Etappe auf dem Wege der Intensivierung zurückgelegt und die Stufe erreicht, die der Ausbruch des Weltkrieges antraf. Bezeichnenderweise sind es wieder schwierige Zustände, welche die Kräfte straffen und zu erhöhter Anstrengung aufrufen.

Diesmal ist es das Verkehrswesen, welches sich dem europäischen Landwirt auf einmal von der unliebenswürdigen Seite zeigt. Da hatte er kaum die Herrlichkeiten der Marktwirtschaft genießen gelernt, gerade den immer kaufbereiten, gut zahlenden Abnehmer gefunden und nun beginnen die Preise plötzlich zu sinken und zu sinken und der Kunde

<sup>1)</sup> D. 4. Dezember 1880 richtete der ehemalige Kabinetschef Karl Graf Hohenwart als Obmann einer Gruppe der konservativen Majorität im Abgeordnetenhaus eine Interpellation an die Regierung, in der darauf hingewiesen wurde, daß in 5 Jahren von 1875—1879 allein über 37 500 exekutive Feilbietungen fast ausschließlich bäuerlicher Betriebe stattgefunden hätten, was auf die riesige Belastung des Realbesitzes in Österreich zurückzuführen sei. (Dr. Karl Graf Ch or i n s k y: „Stand der Gesetzgebung und der Kontroverse bezüglich des bäuerlichen Erbrechtes“, Verhandlungen des Vereines für Sozialpolitik 1894, Bd. LXI d. V. Schriften. Leipzig 1895.)

feilscht zehnmal, bevor er einmal wirklich kauft. In der preußischen Monarchie verändern sich die Preise folgendermaßen:

Im Jahrzehnt 1871—1880 kosteten in Mark:

	Weizen Zentner	Roggen Zentner	Kartoffel Zentner	Rindfleisch Pfund	Butter Pfund
1871—1880	11,16	8,16	2,63	0,57	1,12
1881—1890	8,96	7,61	2,51	0,59	1,09

Im Jahrzehnt 1881—1890 standen die Weizenpreise um 26,9%, die Roggenpreise um 11,8% niedriger als im Jahrzehnt 1871—1880<sup>1)</sup>. In Wien fiel der Weizenpreis von 25,72 Kr. im Jahre 1880 auf 17,40 im Jahre 1885 und 15,82 im Jahre 1888, in London im Durchschnitt der gleichen Jahre von 23,50 Kr. auf 17,36 Kr. und 16,84 Kr.<sup>2)</sup>. Wer noch daran zweifelt daß dieser furchtbare Preissturz mit der Entwicklung des Verkehrs irgendwie zusammenhängt, wird an gewisse Symptome erinnert, die dem aufmerksamen Beobachter schon ein paar Jahre vorher in die Augen fallen konnten. In England war der Getreideimport aus den Vereinigten Staaten derart gewachsen, daß er bald den aus den europäischen Getreidegebieten überwucherte. 1861—70 stammten 30% der englischen Weizeneinfuhr aus Amerika, 1871—80 schon 48% und 1881 gar 64,51%<sup>3)</sup>. Die amerikanischen Importe machten sich selbst in den kontinentalen Gebieten fühlbar, die bisher nach England Agrarprodukte exportiert hatten. Seit den 70er Jahren drangen kleine Partien amerikanischen Weizens bis auf die Märkte des nördlichen Böhmens und Fett und Speck strömte in so mächtigen Mengen zu uns, daß die österreichisch-ungarische Monarchie, die 1870 noch 165 000 q davon exportiert hatte, vier Jahre später fast ebensoviel aus den Vereinigten Staaten einfuhrte. In Triest und in Fiume, den Ausfuhrhafen des ungarischen Getreidehandels, kam 1879 amerikanischer Weizen auf den Markt, 1880 verarbeiteten die Preßhefefabriken der Pilsner Gegend 30 000 Meterzentner amerikanischen Maises und in Reichenberg gehörten amerikanische Äpfel zu den regelmäßigen Marktartikeln<sup>4)</sup>. Nahmen diese Sendungen hier keine allzu auffallenden Dimensionen an, so erklärt sich das wohl durch den Umstand, daß die amerikanischen Bodenprodukte zunächst das westliche Europa erfüllten und ihre preisdrückende Wirkung von dort aus geltend machten. Dahin kamen sie per Schiff und zu unaufhaltsam sinkenden Frachtkosten<sup>5)</sup>. Der erleichterte Seetransport war es jedoch nicht allein, der die unlieb-

<sup>1)</sup> v. d. Goltz, a. a. O.

<sup>2)</sup> S. von Strakosch, Die Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich, 2. Aufl. Wien 1917. Verlag F. Tempsky.

<sup>3)</sup> Scherzer, a. a. O.

<sup>4)</sup> Dr. Alexander Peez, Die amerikanische Konkurrenz. Wien 1881. Carl Konegen.

<sup>5)</sup> 1885 betragen die Frachtkosten von New York nach Liverpool nur noch 25½ d per Quarter, um im Jahre 1887 auf 15,8 d zu sinken. (L u j o B r e n t a n o, Die deutschen Getreidezölle. Stuttgart u. Berlin 1910. Cotta.)

same Konkurrenz ins Land brachte; der riesige Aufschwung der amerikanischen Landwirtschaft stand mit dem Ausbau des Schienennetzes in engem Zusammenhang<sup>1)</sup>. Ohne Eisenbahn hätte es keinen lohnenden Landbau im Westen Amerikas gegeben. Die Eisenbahn, die die Erzeugnisse des Landwirtes in Empfang nahm, sie an die Küste führte und vermittels riesiger Elevatoren in die Seeschiffe umlud, schuf die Voraussetzung für die Besiedlung des Binnenlandes. Als jene erfüllt war, erfolgte die Wanderung der großen Massen nach dem Westen in den Jahren 1874—1878. „Die brotlos gewordenen Ingenieure, Hochofenarbeiter, Mechaniker, Kaufleute und besseren Werkleute taten sich in Genossenschaften von 50 bis 100 Personen zusammen, versahen sich in den Fabrikstädten des Ostens mit der nötigen Ausrüstung, akkordierten mit den Eisenbahnen über einen billigen Fahr- und Frachtpreis und suchten die Gefilde des Westens auf. Ungefähr eine Million Menschen setzte sich in Bewegung mit dem Wahlspruche: ‚Wenn der Westen in der Hölle läge und der Weg dahin durch das Paradies führte, ich würde letzteres durchschreiten, ohne mich aufzuhalten und ginge nach dem Westen‘<sup>2)</sup>.“

## II. Umstellung der Viehproduktion.

Die Schafhaltung ist unrentabel geworden. — Dafür wird die Rinder- und die Schweinehaltung nutzbringend. — Wohltätige Folgen der Umstellung für die Landwirtschaft.

Auf diese Weise bekommt die europäische Landwirtschaft die Schattenseiten des Weltverkehrs zu spüren, doch ist's nicht die einzige Art, in der sie sich dadurch bedrückt fühlt. Fast ist es noch schlimmer, daß nun der lukrativste Zweig der Viehhaltung getroffen wird, die lohnende Produktion edler Schafwolle. Was hatte man sich nicht zugute getan in Deutschland und Österreich auf die Zucht der hochblütigen Merinoschafe spanischer Herkunft, wie war Frankreich stolz auf seine Rambouillets gewesen und die ungarische Pußta auf ihre hochfeinen, dichtstoppeligen Schurwollen. Eine Zeitlang gehörte es geradezu zum guten Ton auf den Gütern der Hocharistokratie, die Gäste in einem, an den Schafstall angebauten Pavillon zu bewirten, von dem man den kostbaren, vielbeneideten Besitz überblicken konnte. Und die Wolle stellte eine derart wichtige Einnahmequelle dar<sup>3)</sup>, daß ihr Verkauf als höchstpersönliche Angelegenheit des Gutsherrn betrachtet wurde. Bismarck selber verschmäht es noch als Parlamentarier nicht, gelegentliche Urlaube zum Wollverkauf zu benutzen und regt sich auf, wenn sein Bruder das Geschäft nicht gut zu

<sup>1)</sup> Nicht zu vergessen die Binnenschifffahrt, hatte man in den Vereinigten Staaten doch ein mächtiges Netz von Seen, Flüssen und Kanälen dem Verkehr dienstbar gemacht.

<sup>2)</sup> Peez a. a. O.

<sup>3)</sup> Thaer gibt den Wollertrag einer gut eingerichteten Merinoschäferei an: Von einem Bock 4—5 Pfund, einem Hammel 3—3½ Pfund, einem Mutterschaf 2—2½ Pfund. Feine Wollen wurden 1851—60 mit etwa 300 Mark pro Zentner bezahlt. (Mitschke-Collande, Der praktische Merinozüchter. Berlin 1883.)

verstehen scheint: „Der Wollmarkt war hier wie in Stettin . . .“ schreibt er ihm einmal: „Die Verkäufer verlieren nach 24 Stunden gleich den Mut. In der guten alten Zeit saß der Vater oft 5 und 8 Tage ruhig auf dem Wollsack. Ich habe am Tage vor dem Markte zu 73 verkauft, 75 hätte ich haben müssen. Du hast meines Erachtens nach 5 Taler zu wohlfeil verkauft<sup>1)</sup>.“

Jetzt greifen die Tuchfabrikanten in Aachen und in Eupen, in Verviers und in Brünn nach den billigen Wollen, die Südamerika, Australien und das Kapland nach Europa werfen, und die Preise des heimischen Produktes sinken von 1860—90 um mindestens ein Drittel. Was bleibt da übrig, als die Schafhaltung einzuschränken oder sich Rassen von stärkerem Körpergewicht und größerer Fleischwüchsigkeit zuzuwenden? Die Zahl der Schafe nimmt überall rasch ab, in Deutschland sinkt sie von 28 Millionen zu Anfang der 60er Jahre auf nicht einmal 10 Millionen am 1. Dezember 1900, und, als man 1912 abermals zählt, sind es nur noch 5,8 Millionen Stück<sup>2)</sup>.

Ein Glück, daß die Preise der andern tierischen Produkte nicht auch ins Rollen gekommen sind. Aber das Gegenteil ist eingetreten. Läßt sich doch Frischmilch und lebendes Vieh nicht so einfach über den Ozean schicken und auf den Export von Butter hat sich Amerika nicht eingestellt. Die Nachfrage nach diesen Produkten, welche den industriellen Aufschwung begleitet, kommt Europa also zur Gänze zugute, die Preise von Fleisch, Milch, Butter steigen gewaltig<sup>3)</sup>. Rindfleisch gleich um 80 %, Butter um 50 %. Das wird zum Anlaß, um die aufgelösten Schafherden im weitesten Umfang durch Rindvieh- und Schweinehaltung zu ersetzen. Deutschland, das Anfang der 60er Jahre 15 Millionen Rinder besitzt, zählt 1912 20 Millionen davon und der Schweinestand hebt sich in der gleichen Periode von 6½ Millionen Stück auf 22 Millionen<sup>4)</sup>. Das Kaisertum Österreich weist 1880 8½ Millionen Rinder auf, 3,8 Millionen Schafe und 2,7 Millionen Schweine und hat es bei der letzten Viehzählung von 1910 auf mehr als 9 Millionen Rinder und 6,4 Millionen Schweine gebracht. Die Zahl der Schafe ist auf 2,4 Millionen Stück zurückgegangen und wenn nicht stärker, so hängt das mit den vielen gebirgigen oder wenig fruchtbaren Gegenden Österreichs zusammen, mit dem Karst, mit den Hutweiden Galiziens.

<sup>1)</sup> Bismarckbriefe: 1836—1873. Herausgegeben v. Horst Kohl. Bielefeld 1900.

<sup>2)</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1902 und 1914.

<sup>3)</sup> v. d. Goltz gibt in seiner landwirtschaftlichen Taxationslehre (III. Aufl., Berlin 1903, Paul Parey) folgende Durchschnittspreise von 8 Provinzen Preußens in Mark für ein Pfund an:

Jahrzehnt	Butter	Rindfleisch	Schweinefleisch
1851—1860	0,73	0,35	0,46
1861—1870	0,89	0,43	0,52
1871—1880	1,12	0,55	0,61
1881—1890	1,10	0,58	0,62
1891—1900	1,10	0,63	0,65

<sup>4)</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1902 und 1914.

Der Übergang zur Rindviehhaltung jedoch, welcher wichtiges Ereignis ist das wieder für den landwirtschaftlichen Betrieb geworden. Schafzucht als Hauptbetriebsart ist extensiven Verhältnissen angepaßt, gehört dorthin, wo es an Betriebskapital und Arbeitskraft fehlt, wo der Boden sich zu nichts anderem als zur Weide eignet. Hier nützt das unglaublich anspruchslose Schaf magere Futterflächen besser als irgendeine andere Tiergattung aus. Rindviehzucht dagegen verlangt weit sorgfältigeren Weidebetrieb und Rinderhaltung, sei es zu Mast oder Milchleistung, fette Weide- und Futterflächen und Zufütterung von Getreide oder gewerblichen Abfällen. Die Rinderhaltung setzt somit voraus, daß überall, wo nicht gerade maritimes, besonders futterwüchsiges Klima herrscht, gewisse Flächen dem Futterbau gewidmet, daß Weiden in Felder umgebrochen werden. Das heißt Steigerung des Arbeitsaufwandes, also der Intensität, lohnt diese dagegen durch reichliche Düngererzeugung, die wieder dem Bodenertrag zugute kommt. Die Rinderhaltung bedeutet daher einen Schritt in der Richtung der Intensivierung und die Störung der Rentabilität durch die Einfuhr der billigen Kolonialwolle wird auf diesem Umweg schließlich der europäischen Landwirtschaft zum Vorteil und zum Fortschritt.

### III. Der Rechenstift kommt dem Landwirt zu Hilfe.

Der Landwirt beginnt Schutzzöllner zu werden. — Bismarcks Getreidezölle. — Versuch die Produktionskostenberechnung dem Betrieb nutzbar zu machen. — Einführung der landwirtschaftlichen Buchführung.

Die Konkurrenz des überseeischen Getreides läßt sich nicht ebenso leicht wett machen, doch erweist sich der Zwang wieder als strenger, doch geschickter Lehrmeister. Mit der bloßen, nicht rechnenden Anwendung der naturwissenschaftlich-technischen Lehren ist es freilich nichts mehr. Jetzt muß man Soll und Haben schon ordentlich im Kopfe haben, rechnen und kalkulieren wie ein rechter Federfuchser, was dem Landwirt bekanntlich ganz und gar nicht zu liegen pflegt. Not aber bricht Eisen und bringt es zustande den Bauer rechnen zu lehren. Sombart stellt einmal fest, daß die Landwirtschaft auf halbem Wege zum Kapitalismus stecken geblieben ist<sup>1)</sup>. Die erste Hälfte hat der Landwirt jedenfalls in jenen schweren Jahren zurückgelegt, in der Epoche, da seine Existenz wieder einmal von Grund auf erschüttert scheint. Nun treibt er sogar hohe Handelspolitik und der traditionelle Freihändler wird zum Schutzzöllner. Ist es zwar Bismarck<sup>2)</sup>, der erkannte, daß die einseitige Zollbegünstigung der Industrie die Landwirtschaft gegenüber der billiger erzeugenden überseeischen Konkurrenz vollends wehrlos machen müsse, so fand er doch aufseiten seiner agrarischen Standesgenossen verständnisvolle Gefolgschaft. Die mäßigen Getreidezölle von 1 Mk. pro 100 Kilo Roggen und Weizen des deutschen

<sup>1)</sup> Werner Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im XIX. Jahrhundert, Berlin 1903, Georg Bondi.

<sup>2)</sup> Erlaß Bismarcks vom 28. Okt. 1878 „Sammlung Poschinger“, Nr. 154.

Zolltarifs von 1879 versagten allerdings. Sie gaben angesichts des weiteren Sinkens der Frachtkosten im Ausland und im Überseeverkehr keinen genügenden Schutz und wurden 1885 verdreifacht. Die Getreidepreise stürzen noch mehr, worauf die Getreidezölle unter dem Druck der Agrarier im Jahre 1887 auf 5 Mk.<sup>1)</sup> erhöht werden. In der Österreichisch-Ungarischen Monarchie macht man 1882 die ersten schüchternen Versuche mit geringen Agrarzöllen. Nachdem die Verschuldung der Landwirte bedenklich gestiegen ist, ertröten die österreichischen Agrarier dann 1906 unter der Führung des Reichsritters von Hohenblum kräftigeren Agrarschutz<sup>2)</sup>. Zölle jedoch sind ein problematisches Hilfsmittel, die Getreidezölle besonders pflegen von Anhängern und Gegnern in ihrer Wirksamkeit stark überschätzt zu werden<sup>3)</sup>. Daß sie jedoch da sind und unter Mitwirkung der Landwirte zustande kamen, ist wichtig, wichtiger vielleicht als Merkmal der geänderten, nun zahlenmäßigeren agrarischen Denkungsart, denn als direkte Quelle der landwirtschaftlichen Retablierung.

Als solche erweist sich vor allem die neue Wirtschaftsgesinnung selber, das starke Hinneigen zur Kommerzialisierung des Betriebes. Was in Jahrhunderten versäumt wurde, soll nun mit Siebenmeilenstiefeln nachgeholt werden. Wo es bisher noch fast keine geordnete Buchführung gab, möchte man jetzt das Gras nicht nur wachsen hören, sondern gleich in Ziffern registrieren. In Leipzig rechnet Prof. Howard<sup>4)</sup> die Produktionskosten jeder einzelnen Feldfrucht in Mark und Pfennigen aus und seine Methode findet begeisterte Adepten in Masse. Skeptiker warnen, nicht über das Ziel zu schießen. Bauen sich doch die Kostenberechnungen der landwirtschaftlichen Produkte nicht auf so exakten Voraussetzungen und Erzeugungsmengen auf wie die industriellen Produkte. Weizen, Korn, Gerste und Zuckerrübe, ja selbst zum Teil die Viehhaltung, stellen keine gesonderten Produktionszweige dar. Man muß Vieh auch dann halten, wenn es keinen Gewinn abwirft, weil die Feldfrüchte den Dünger brauchen. Den Anbau der

<sup>1)</sup> L u j o B r e n t a n o, Die deutschen Getreidezölle. Stuttgart-Berlin 1910, Cotta.

<sup>2)</sup> B a z a n t, Die Handelspolitik Österreich-Ungarns 1875—1892. Leipzig 1894. Duncker u. Humblot. — Dann: S t r a k o s c h, Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich, 2. Aufl. Wien 1917. Tempsky.

<sup>3)</sup> Vgl. S t r a k o s c h, Getreidezölle. Österr. Volkswirt Nr. 35 vom 31. Mai 1924, dann derselbe: Gleitende Getreidezölle und Getreidemonopol, Abhandlungen in der Neuen Freien Presse vom 1. u. 30. Nov. 1924, ferner: Die neuen österreichischen Agrarzölle, daselbst 23. März 1927.

<sup>4)</sup> Vgl. W. H o w a r d, Die Produktionskosten unserer wichtigsten Feldfrüchte, herausgeg. vom Buchführungs- und Interessenten-Verein zu Leipzig, II. Aufl., Berlin 1902, Paul Parey. „Als Geburtsjahr der landwirtschaftlichen Buchführung ist das Jahr 1872 anzusehen, in welchem von H o w a r d in Leipzig die erste landwirtschaftliche Buchstelle ins Leben gerufen wurde.“ Dr. H. C. F e n s c h, in den Berichten über Landwirtschaft, herausgeg. vom Reichsministerium f. Ernährung und Landwirtschaft in Berlin, Bd. V, 1926, S. 233, Paul Parey. Vgl. hierzu: K l a u d e r, „Die geschichtliche Entwicklung der landw. Buchführung“ in Fortschritte der Landwirtschaft, Heft 13, Wien 1926, Springer.



einzelnen Feldfrüchte bestimmt nicht allein deren Rentabilität, sondern auch die Rücksicht auf die Fruchtfolge, die einen gewissen Wechsel von Hackfrucht, Winter- und Sommergetreide, von Tiefwurzeln und Flachwurzeln verlangt. Nur innerhalb dieses Rahmens läßt sich meistens die eine Frucht durch die andere ersetzen, wie Weizen durch Korn, oder eine Hackfrucht durch die andere und auch das nur in beschränkten, durch die natürlichen Bedingungen gezogenen Grenzen. Darüber hinaus geht es selten und selbst die sogenannte freie Wirtschaft, das theoretische Ideal der Hochkultur, kann in der Praxis die Fesseln nicht ganz abstreifen, welche die Natur und die Organisation des Betriebes ihr auferlegen. Alle Früchte der ganzen mehrjährigen Rotation zusammen teilen sich dann in den Aufwand, der die aufnehmbaren Nährstoffe des Bodens und des Düngers, sowie die geleistete Arbeit in sich begreift. Die tiefere Ackerung zur Zuckerrübe, die sorgfältigere Kultur der Hackfrüchte kommt auch den andern, auf dem gleichen Boden nachfolgenden Früchten zugute. Die Nährstoffe, welche eine Pflanze auszunützen außerstande war, nimmt die andere auf, die Wurzelrückstände dieser Pflanze vermehren das Guthaben von jener. War die Witterung dem Gedeihen der Zuckerrübe ungünstig, bleiben der nachfolgenden Gerste mehr aufnehmbare Nährstoffe übrig. Hat die Kartoffel zu spät das Feld geräumt, ist das für den Weizen, der nachher kommt, unter Umständen ein empfindlicher Nachteil. Es kann einmal vorteilhaft erscheinen, das Feld zu brachen, d. h. ganz unbebaut zu lassen und auch die rationelle Ausführung der Brache erfordert Aufwand an Arbeit und Geld. Wie soll dann dieser und der Pachtschilling, die das Feld in diesem Jahre nicht verdienen konnte, auf die nachfolgenden Früchte aufgeteilt werden? Oder wir bauen Leguminosen, die den Boden auf lange Zeit hinaus mit Stickstoff bereichern und den Ertrag der nachfolgenden Früchte erhöhen. Wie soll diese Leistung den Leguminosen gutgebracht und den nachfolgenden Pflanzen belastet werden? So ergibt sich das Endresultat aus dem Debet und Kredit, welche die einzelnen Pflanzen mit sich gebracht haben, erst im Laufe einer mehrjährigen Rotation, während gar oft ein paar Regentage zu unrechter Zeit die Kosten der einen Frucht ins ungemessene gesteigert und die ganze schöne Kalkulation über den Haufen geworfen haben. Und ließe sich der Wirrwarr lösen und der Wert des Bodens als Standort sich von seinem Wert als Träger pflanzlicher Nährstoffe trennen und ließen sich alle Zufälligkeiten der Witterung bei der Bearbeitung ausschließen, wie will man im Vorhinein den Kostenpreis eines Meterzentners Getreide berechnen, ohne zu wissen, wie die Ernte ausfallen, welche Quantität und Qualität man mit den berechneten Kosten erzeugen wird?

Anlässlich der letzten Handelsvertragsvorbereitungen im alten Österreich hat eine landwirtschaftliche Korporation die Produktionskosten des Weizens bei einem Durchschnittsertrag von 15 q pro ha mit 18 Kr. angegeben. In dem Durchschnitt von 15 q waren vielleicht Jahreserträge

von 10 q und 20 q pro ha enthalten, d. h. mit anderen Worten: die Produktion eines q Weizens hat, selbst gleichbleibenden Aufwand vorausgesetzt, der von der Erntemenge ja am wenigsten beeinflusst wird, das eine Jahr nicht 18 Kr., sondern 27 Kr. gekostet und das andere Jahr mit dem 20 q Ertrag 13,50 Kr. Um 100 Prozent und mehr können sich die Produktionskosten eines q Weizens an ein und demselben Orte, unter sonst gleichen Bedingungen, bloß durch den einen Faktor des besseren oder schlechteren Ernteausfalles, von einem Jahr zum nächsten ändern<sup>1)</sup>. Deshalb ist zwar daran zu zweifeln, daß der Rechenstift den flüchtigen, ewig wechselnden Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion immer zu folgen vermöchte, doch haben Howards Bemühungen den Sinn für die rechnerischen Unterlagen der Betriebsführung außerordentlich geschärft und viel zur Verbreitung der Buchführung beigetragen. Allorten wurden jetzt unter der Ägide der landwirtschaftlichen Ministerien und Körperschaften Buchstellen errichtet, dazu bestimmt, periodische Berichte der angeschlossenen Betriebe nach einheitlichen Richtlinien zu veranlassen, in Bücher einzutragen und zu Abschlüssen zu verarbeiten<sup>2)</sup>. Ihr Zweck ist nicht mehr die Produktionskosten einzelner Früchte zu bestimmen, sondern die statistische Erfassung und Durchleuchtung des Betriebes. Selbst der Bauer kann jetzt genauen Einblick in die Produktionsbedingungen gewinnen und seine Maßnahmen danach treffen und dieser Umstand ist hinsichtlich der Rationalisierung der Landwirtschaft so weittragend, daß das ausführlichere Hervorheben der Buchstellenbewegung hier nicht erst der Begründung bedarf. Die Ergebnisse der Buchführung und der Betriebstatistik lehren die Landwirtschaft und für die Landwirtschaft in Ziffern denken und strahlen auf die Maßnahmen der Agrarpolitik wie auf die der Privatwirtschaft zurück.

#### IV. Die Ökonomisierung macht Fortschritte.

Beginn der Genossenschaftsbewegung. — Die Ökonomisierung schreitet fort. — Der internationale Landwirtschaftskongreß in Wien vom Jahre 1907 kennzeichnet die neue Richtung.

Ist es da nicht selbstverständlich, daß sich diese Richtung auch in der Führung und Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen äußert, daß auch das Genossenschaftswesen nach

<sup>1)</sup> S. v. Strakosch, Beiträge zur handelspolitischen Vorbereitung der Landwirtschaft. Österr. Agrarzeitung vom 18. Nov. 1911.

<sup>2)</sup> Große Verdienste hat sich in dieser Hinsicht die Buchstelle der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft erworben. In Österreich wurden 1911 über Anregung und mit Unterstützung des k. k. Ackerbauministeriums und insbesondere seines damaligen Sektionschefs, des späteren Ministerpräsidenten Ernst v. Seidler, bei allen landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften der österr. Königreiche und Länder Buchstellen errichtet. Die Schweiz verdankt die Einführung der Buchstellen dem schweizerischen Bauernsekretariat. Vgl.: Dr. Ernst Laur, Untersuchungen betreffend die Rentabilität der schweiz. Landwirtschaft, Bericht des schweiz. Bauernsekretariates an das Landwirtschaftsdepartement 1910 — dann: Dr. Adolf Ostermayer, Untersuchungen über die Ertragsfähigkeit der mährischen Bauernbetriebe, Brünn 1911.

neuen Formen sucht, sich verdichtet, immer mehr Wirtschaftszweige in sein Bereich zieht? In Frankreich baut sich seit 1884 auf dem einfachen Syndikatsgesetz, das für den Berufsstand der Landwirte gar nicht besonders geschaffen ist, ein wahres Wunderwerk freiwilliger Organisation auf<sup>1)</sup>. In Deutschland entfalten sich die landwirtschaftlichen Wirtschaftsgenossenschaften in vorbildlicher Weise, Dänemark, Holland, Italien, selbst Rußland nehmen Teil an derins Großartige gehenden Entwicklung des Genossenschaftsgedankens<sup>2)</sup>. In England, das landwirtschaftlich seit langem eigene Wege geht, das den Getreidebau der Industrie opferte und eine andere Struktur des Grundbesitzes und des ausübenden Farmerstandes aufweist wie der Kontinent; in England, wo das Klima die Gras- und Futterwüchsigkeit so außerordentlich fördert, daß das Vieh wie im Paradies von selbst genügend Nahrung findet, dort hat das Genossenschaftswesen die Sympathien der Landwirtschaft nicht so rasch erobert. Österreich dagegen, obwohl darin der Epigone Deutschlands, entfaltet seine ökonomische Organisation erstaunlich rasch. Nach späten Anfängen zählt man 1910 in Österreich bereits 2869 landwirtschaftliche Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften<sup>3)</sup>, unbeschadet der 12 123 Darlehnskassen, deren Idee vor den Deutschen Raiffeisen und Schulze-Delitzsch von einem Österreicher, dem Arzte Dr. Kampelik, vertreten worden war und 1888 zur ersten Gründung in Niederösterreich führte<sup>4)</sup>.

Es ist hier nicht beabsichtigt, die Wandlungen des landwirtschaftlichen Betriebes in allen Phasen zu verfolgen. Wir mußten uns versagen, so manche wichtige agrarpolitische Errungenschaft, die gleichfalls von Einfluß auf den Verlauf der Entwicklung war, zu berühren. Was gezeigt werden sollte, waren wieder nur die hervorstechendsten Triebkräfte und ihre unmittelbare Einwirkung auf die Intensivierung der Bodenkultur, die diesmal am stärksten durch das Medium der Ökonomisierung vor sich ging. Und brauchte es noch eines besonderen Beweises für die Betonung der Wirtschaftlichkeit durch jene Epoche, so ist er unschwer in den Tendenzen zu finden, die auf dem großen, internationalen Landwirtschaftskongreß im Mai 1907 zum Durchbruch gelangten. 31 Staaten entsenden offizielle Delegierte, das Erdenrund ist durch das bunteste Gemisch von Völkern und Rassen vertreten, das je ein wissenschaftlicher Kongreß beisammen sah. Nord- und Südamerika, Argentinien und Chile, Mexiko und

<sup>1)</sup> Dr. Moritz Ertl und Dr. Leop. Frh. v. Hennem, Die landw. Berufsgenossenschaften in Frankreich. Wien 1910, Manz.

<sup>2)</sup> Dr. Moritz Ertl und Dr. Stefan Licht, Das landw. Genossenschaftswesen in Deutschland, Wien 1899, Manz. — August Meitzen, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, Bd. VI, Berlin 1901. — Robert Denner, Das deutsche Genossenschaftswesen, Berlin und Leipzig 1919.

<sup>3)</sup> Österreichisches Statistisches Handbuch, 1913.

<sup>4)</sup> R. v. Füller, Das landwirtschaftl. Genossenschaftswesen in Österreich, Wien 1912, Manz.

Ägypten, China und Japan vereinen sich mit den Völkern aus dem Norden und Süden, dem Westen und Osten Europas, um, wie Méline, der Ackerbauminister Frankreichs, in geistvoller Wendung sagt: den Gottesdienst der Religion der Bodenkultur zu zelebrieren. Die europäische Landwirtschaft aber hält im prunkvollen Rahmen des kaiserlichen Wiens Heerschau über die treuen Stützen eines gesellschaftlichen Systems, das der Weltkrieg in seinen Tiefen aufwühlen sollte. Die Unzahl der Referate umfaßt alles, was die Landwirtschaft in wissenschaftlicher und praktischer Beziehung um die Jahrhundertwende beschäftigte. Bemerkenswert erscheint jedoch, wie breit der Raum geworden ist, den man den ökonomischen Angelegenheiten einräumt. Damit darüber nur ja kein Zweifel bleiben könne, weist Graf Auersperg, der österreichische Ackerbauminister, in der Begrüßungsansprache ausdrücklich auf jene hin: „Alle Zweige der land- und forstwirtschaftlichen Technik sind in vollster Entwicklung begriffen.“ „Aber“, fährt er fort, „in gleichem Maße wird unsere Aufmerksamkeit gefesselt durch die Ausgestaltung der kommerziellen Seite des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes. In bezug auf die kaufmännische Kalkulation, die Berechnung der Produktionskosten, die Verwertung der Erzeugnisse sucht in allen Kulturländern die Land- und Forstwirtschaft moderne Grundsätze zur Anwendung zu bringen. Selbstverständlich kann hinter der allgemeinen Bewegung auch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht zurückbleiben; vielmehr ergeben sich auch auf diesem Felde der Tätigkeit weite Perspektiven.“

Wie ernst es der Kongreßleitung mit ihrem Programm ist, zeigt sich gleich in der feierlichen Eröffnungssitzung. Denn was hat sie da aus der Masse der Referate herausgehoben und zum Vortrag bestimmt? Jules Méline spricht über die Landflucht, ein Thema, das wie kein anderes alle Nöte in sich begreift, welche die Landwirtschaft sorgend empfindet und wie kein zweites die Zusammenwirkung aller technischen und ökonomischen Hilfsmittel zur Abwehr aufrufen muß<sup>1)</sup>. Der zweite Vortrag, den Prof. Hermann von Schullern hält, entfernt sich nicht weit vom Thema des ersten. Er gilt der Internationalen Arbeitsvermittlung, einer Angelegenheit, die gleich tief in die wirtschaftliche Führung des Betriebes eingreift. Als letztes kommt ein Thema zu Wort, das scheinbar rein naturwissenschaftlicher Art ist: „Der assimilatorische Effekt verschiedener Kulturgewächse<sup>2)</sup>.“ Hört einer aber genauer hin, dann merkt er gerade hier, wie stark das Streben nach ziffernmäßiger Klarheit in die frühere naturwissenschaftliche Betrachtung zu dringen begann. Der Vortragende weist nämlich nach,

<sup>1)</sup> Méline hielt dieses Referat unter dem Titel „Zurück zur Scholle“, gleichnamig mit seinem Buch, das in deutscher Übersetzung 1906 bei Paul Parey in Berlin erschien. Dasselbe Thema hat später noch gründlicher und umfassender Dr. Michael Hainisch behandelt. (Die Landflucht, ihr Wesen und ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform, Jena 1924, Gustav Fischer.)

<sup>2)</sup> Erstattet vom Verfasser dieses Buches.

daß die verschiedenen Kulturpflanzen ein ganz ungleiches Vermögen, volkswirtschaftliche Werte zu erzeugen, besitzen, daß sie Maschinen von ungleicher Leistungsfähigkeit darstellen, daß sich der volkswirtschaftliche Nutzeffekt der gebräuchlichsten Kulturpflanzen in Ziffern berechnen läßt und erstaunlich differiert<sup>1)</sup>.

Auf diese Weise finden die Elemente der Ökonomisierung ihre Hervorhebung im Plane des Kongresses. Zur wirtschaftlichen Rationalisierung fehlt der Landwirtschaft um jene Zeit freilich noch genug. Fehlt vor allem die Beseitigung des Leerlaufes bei der menschlichen und tierischen Arbeit, fehlt das Studium und die Zerlegung des Arbeitsprozesses in seine einzelnen Phasen. Die Epoche der technischen Hochintensität bis 1914 nimmt nicht viel Rücksicht auf Arbeitersparnis, sie läßt sich daran genügen, die höchsten Ackererträge unter einer organisatorisch und rechnerisch auch noch zu überbietenden Berücksichtigung der übrigen ökonomischen Faktoren anzustreben. Und dieses Ziel hat sie zu mindest in den wirtschaftlich vorgeschrittenen Staaten erreicht, in einem Ausmaße erreicht, dem sich in der auf- und abwogenden Geschichte der Intensivierung des Landbaues nichts halbwegs zu vergleichen vermag.

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu Strakosch, Das Problem der ungleichen Arbeitsleistung unserer Kulturpflanzen, Berlin 1907, Paul Parey, — dann derselbe, Bodenökonomie und Wirtschaftspolitik, Wien-Leipzig 1908, Verl. W. Braumüller (erweiterter Sonderabdruck der Zeitschr. f. Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, herausgeg. v. Böhm-Bawerk, Philippovich, E. v. Plener, Inama-Sternegg u. Wieser). Vgl. dazu Kapitel VIII, III.

## V. Kapitel.

### Die Intensivierung in Zahlen.

#### I. Der Begriff „intensiv“ und sein zahlenmäßiger Ausdruck in Deutschland.

Der Begriff „intensiv“ in Theorie und Praxis. — Feststellung der Intensitätsstufe von 1914 nur durch Vergleich möglich. — Kulturfläche, Ertrag und Aufwand als Faktoren der Beurteilung. — Die Statistik vor 100 Jahren. — Rybarks Versuch, die Produktionssteigerung Deutschlands im XIX. Jahrhundert zu ermitteln. — Steigerung der Ackererträge. — Steigerung der Viehproduktion.

Die Ernte von 1913 ist die letzte, welche die Vorkriegszeit einbrachte. 1914 hat man den Acker in Frieden bestellt, doch die Früchte, die auf ihm reiften, müssen in der Angst und in der Not des Krieges geerntet werden. Zum letztenmal füllt der Ernteseegen die Scheuern in voller Üppigkeit, bevor der Mangel an Menschen, an Betriebsmaterial, an überseeischen Futtermitteln, an Zugvieh, an Dünger die Kraft der Äcker für lange Zeit erlahmen läßt.

Wie hält man in Wort und Zahl fest, was sich da auf der Höhe der Leistung zeigt und bald den Abstieg beginnen wird? Stolz hat sich die Landwirtschaft in die Brust geworfen und sich gerühmt „intensiv“ zu arbeiten, „intensive Bodenkultur“ zu treiben. Nicht etwa „intensiver“ als früher, sondern „intensiv“. Die Überzeugung von der Vortrefflichkeit und von der Höhe des Aufwandes an Arbeit und Geld ist so felsenfest, daß man sich gewöhnt hat, diese Art der Bezeichnung als selbstverständlich anzusehen, statt folgerichtig zu sagen: „Die Wirtschaft wird um 1913/14 intensiver geführt als in früheren Epochen“. Denn was will in Wahrheit der Ausdruck „intensiv“ bedeuten? Es ist ein relativer Begriff. Der praktische Landwirt versteht unter „intensiver Wirtschaft“ eine Betriebsweise, bei der die Kulturpflanzen und Nutztiere durch höheren Aufwand zu größerer Leistung gebracht werden. Der theoretische Nationalökonom aber, der statt von Betriebsweisen von Ackerbau-Systemen spricht, weil die Bodennutzungszweige nicht nur äußerlich zusammenhängen, sondern durch ihre Aufgaben im Betriebsganzen miteinander verknüpft sind, der Theoretiker nennt „extensiv“ das System, welches den Boden verhältnismäßig schwach mit Arbeit und Kapital (Vieh, Kunstdünger, Maschinen) versieht, also den Faktor der Natur möglichst ungemischt wirken läßt; „intensiv“ jenes System, das an Grundstücken sparen will und das durch beträchtlichen Aufwand an Kapital und Arbeit zu erreichen sucht. Welche Fülle von Variationen ist dabei nicht denkbar und hat sich tatsächlich in die Praxis umgesetzt? Wie abstufungsreich werden Kapital und Arbeit verwendet,

um den Boden ertragreicher zu gestalten, in wieviel Arten werden Ackerbau und Viehzucht getrieben, in welcher mannigfachen Weise läßt sich der Boden nutzen! Deshalb war Altmeister Roscher wohl dazu berechtigt, als er, von der primitivsten Nutzungsstufe des Bodens, der Jagd ausgehend und schon diese in den Kreis der Betrachtung ziehend, meinte, daß bereits der Übergang von der Jagd zur Viehzucht, weiterhin zum Ackerbau ein Fortschreiten in der Richtung der Intensität der Bodennutzung wäre, und als er auf diese Weise die Relativität von „extensiv“ und „intensiv“ ausdrücklich betonte.

Die Ermittlung der Intensitätsstufe von 1914 kann danach nicht anders erfolgen, als durch den Vergleich mit jener eines verflossenen Zeitpunktes, unserem Plan gemäß mit der Intensitätsstufe zu Anfang des XIX. Jahrhunderts. Wir müssen zunächst festzustellen trachten, um wie viel mehr Agrarprodukte 1914 von einer bestimmten Fläche gewonnen wurden, als um 1800 herum. Die Agrarprodukte umfassen die direkten Hervorbringungen des Bodens, Getreide, Hackfrüchte ebenso wie Grünfütter und die andern zum Teil marktlosen, in der eigenen Wirtschaft selbst als Produktionsmittel wieder verwendeten Erzeugnisse. Diese sind, soweit sie nicht etwa wie Dünger, Streustroh, Wurzelrückstände der Kulturpflanzen im Ertrag der Bodenfrüchte zur Auswirkung gelangen, nur im Vieh und in den Viehprodukten zu erfassen, also in den indirekten Bodenerzeugnissen. Aus der Kenntnis der in Nutzung gestandenen Fläche und der mit ihrer Hilfe hervorbrachten Agrarprodukte in den beiden Vergleichsepochen wäre indessen der Intensitätsgrad noch nicht zu erkennen, obwohl, wie wir wissen, „intensivieren“ heißt, den Ertrag einer bestimmten Fläche steigern. Das könnte auch durch das zufällige Zusammentreffen günstiger natürlicher Faktoren bewirkt worden sein, etwa durch die Gunst der Witterung. Zur Beurteilung der Intensitätsfortschritte ist deshalb nebst der Kulturfläche und nebst dem Ertrag noch die Kenntnis eines dritten Faktors, der Größe des Aufwandes notwendig.

Wie steht es mit unserem Wissen um diese drei Faktoren? Über den Umfang der Fläche und der Produktion von 1914 liegen einigermaßen ausreichende Daten vor. Der dabei erfolgte Aufwand ließe sich für diejenigen Staaten zur Not und in beiläufiger Höhe ermitteln, in denen landwirtschaftliche Buchstellen die Betriebsdaten einer größeren Anzahl von Gütern festgestellt haben. Um die landwirtschaftliche Statistik vor 100 Jahren ist es dagegen, wie bereits erwähnt, ganz jämmerlich bestellt. Statistik wurde damals als eine Art Geheimwissenschaft angesehen, deren Kenntnis zu den Prärogativen der Krone zu gehören schien. Ihre Aufgabe erschöpfte sich darin, jene Daten zu sammeln, die für die Machtstellung des Herrschers von Wichtigkeit waren. Der Sicherung seiner Macht wegen interessierten Bevölkerungszahlen, die Schlüsse auf die aufbringbaren Truppenkontingente erlaubten, deswegen die materiellen Grundlagen des Staates, interessierten die Bodenerzeugnisse, welche zur Ernährung der Truppen im

Kriegsfall zur Verfügung standen. Das kostbare prächtig ausgestattete Handexemplar, das Kaiser Franz I. als statistischer Sorgenbrecher diente, wird seit dem Ende des österreichischen Kaiserstaates in den Räumen der statistischen Zentralkommission zu Wien aufbewahrt. Hier soll es sich auf seinen neuen bürgerlich-wissenschaftlichen Nebenberuf besinnen, zeigt aber nicht allzuviel Eignung dazu. Seine statistischen Ziffern sagen uns wenig, zumindest für den vorliegenden Fall, ebenso wenig wie die meisten andern statistischen Quellen jener Epoche<sup>1)</sup>. Es bleibt nichts übrig als Anhaltspunkte über das Maß des zurückgelegten Intensitätsfortschrittes anderswo zu suchen.

Wertvolle Vorarbeit dazu hat Rybark geleistet, der die Steigerung der Produktivität der deutschen Landwirtschaft im XIX. Jahrhundert zu ermitteln versuchte<sup>2)</sup>. Rybark baut seine Berechnungen zunächst auf den Ziffern auf, die Leopold Krug in seinen „Betrachtungen über den Nationalreichtum des preußischen Staates und über den Wohlstand seiner Bewohner“ (Berlin 1805) anführte. Krug hatte diese Zahlen auf Grund amtlicher Tabellen über Aussaatmengen, Durchschnittserträge und die Menge des vorhandenen Viehs konstruiert und dabei die Ackerfläche Preußens für das Jahr 1802 mit 24 130 390 Morgen (6 022 597 ha) oder  $\frac{3}{16}$  des damaligen Gebietes ermittelt. Nach den Angaben Krugs wurden die Tabellen im einzelnen durch die Schulzen auf den Dörfern, die Beamten auf den Ämtern und die Magistrate in den Städten aufgenommen, was ihnen Glaubwürdigkeit verleihe. Kaum ein Scheffel Aussaat hätte der Aufmerksamkeit der Unterbehörden entgehen können, meint er, „da diese Officianten die Feldflur ihres Ortes genau kennen und vielleicht willkürliche und zu geringe Angaben einzelner Ackerbesitzer schon nach ihrer Kenntnis des Bodens zu beurteilen wissen“. Noch leichter sei es gewesen, bei der Angabe vom Viehstande Fehler zu vermeiden und Verleugnungen zu entdecken. Krug glaubte deshalb diese Tabellen mit einigem Recht als brauchbare Unterlage seiner Berechnungen ansehen zu dürfen und Rybark konnte sich um so eher auf diese stützen, als ihr Wert sowohl von zeitgenössischen Schriftstellern als von späteren, darunter Autoritäten wie August Meitzen, anerkannt worden ist. Rybark nimmt nach mühevoller Durchrechnung einige Richtigstellungen der Krugschen Ziffern vor und zieht aus dem ermittelten Aussaatquantum Schlüsse auf den Umfang der angebauten Fläche, wobei er die Saatmenge pro Morgen unter

<sup>1)</sup> In Österreich wurde der erste Versuch zu einer Erntestatistik 1791 aus militärischen Gründen gemacht. In Preußen sind die ersten Erhebungen unter Friedrich dem Großen erfolgt, in Frankreich entstammen die Anfänge der modernen Statistik der Zeit des Konsulates, überschritten jedoch erst 1840 das Versuchsstadium. Englands erste Erntestatistik datiert von 1885. Belgien erhob landwirtschaftliche Daten seit 1846, Dänemark seit 1861, Schweden seit 1865. Zu den ersten Beweggründen statistischer Erhebungen vgl. Dr. Luise Sommer, Die österr. Kameralisten, I. Teil 1920, II. Teil 1925, Wien, Konegen.

<sup>2)</sup> Sonderabdruck aus „Mitteilungen der landw. Institute der Königl. Universität Breslau, Bd. III, Heft 4, Berlin 1905, Paul Parey.



Berücksichtigung aller einschlägigen Momente nach Angaben von Thaer, Koppe und Block bestimmt. Auf diese Weise findet er, daß die Ackerfläche in Altpreußen von 1802—1900 um 59,36 % gewachsen sei. Bezüglich der Ziffern über das übrige Deutschland mußte auf Schätzungen früherer Autoren zurückgegriffen werden. Die ältesten hat Malchus in seinem 1823 erschienenen Werke „Statistik und Staatenkunde“ zusammengestellt und Rybark glaubt sie ohne Möglichkeit der Überprüfung für den Anfang des vorigen Jahrhunderts gelten lassen zu können, weil sie sich den Zahlen nähern, die für Preußen ermittelt wurden. Danach ergäbe sich folgendes Gesamtergebnis: Das Ackerland des deutschen Reichsgebietes der Vorkriegszeit hat im Jahre 1800 ein Drittel der Gesamtfläche betragen. Im Jahre 1900 waren 47,67 % der Gesamtfläche Deutschlands Ackerland. Die Ackerfläche ist demnach während des vorigen Jahrhunderts um 43 % gewachsen. Die wirklich bestellte Fläche hat aber in noch stärkerem Verhältnis zugenommen, weil dem Wachstum des Ackerlandes eine Reduktion der Brache parallel ging. Im Wesen der alten Dreifelderwirtschaft lag es, daß  $\frac{2}{3}$  des Ackers alljährlich bebaut und  $\frac{1}{3}$  un bebaut gelassen wurde, doch hielt man sich nicht streng an diese Einteilung. In sehr extensiven Wirtschaften wurde vielfach mehr als ein  $\frac{1}{3}$  brach gelassen. Im Jahre 1900 nahmen Brache und Ackerweide nur noch 8,7 % des Acker- und Gartenlandes ein. Wenn dem gegenüber das Getreideland bloß um 35 % gewachsen ist, so hat das seinen Grund hauptsächlich in der Entwicklung, die der Anbau der Hackfrüchte und Futterpflanzen nahm. Die Kartoffelfläche wuchs in den 100 Jahren von  $1\frac{1}{2}$  % auf 12—13 % des Ackerlandes. Der Anbau der Zuckerrübe ist im vorigen Jahrhundert überhaupt erst aufgekommen; er beanspruchte 1900 — 447 606 ha. Die Futterpflanzen, deren Anbau vor 100 Jahren erst langsam in Aufnahme kam, bedecken 1900 über 10 % der Ackerfläche. Was die 4 Getreidearten anbelangt, ergibt sich für ganz Deutschland um 1800 folgendes Anbauverhältnis: Weizen 10 %, Roggen 45 %, Gerste 20 %, Hafer 25 %. Zu Ende des Jahrhunderts: Weizen 15 %, Roggen 43 %, Gerste 12 %, Hafer 30 %. Die Anbaufläche der Gerste ist auch absolut gerechnet bedeutend zurückgegangen, weil die Aufgabe, welche sie vor 100 Jahren bei der Ernährung von Mensch und Vieh zu erfüllen hatte, mit der Zeit immer mehr von der Kartoffel, von der Futterrübe, von anderen Futterpflanzen und von den Rückständen verschiedener Industrien übernommen wurde. Der Fortschritt der Kartoffel wird dadurch beleuchtet, daß ihre Anbaufläche auf das Zwölfwache gestiegen ist. Die Vermehrung des Weizenbaues zeigt die Verfeinerung der Lebenshaltung an. Daß der Rückgang hauptsächlich Sommergetreide betrifft, ist selbstverständlich, weil Hackfrüchte nur dessen Platz einnehmen konnten.

Die Veränderungen in den Anbauflächen geben so ein Bild landwirtschaftlichen Fortschrittes, das nach zwei Richtungen zu ergänzen ist: durch die Feststellung der Ertragssteigerung von der Flächeneinheit und durch den Vergleich der insgesamt gelieferten Produkte. Auf Grund

zahlreicher Einzelangaben von Thaer, Krug und anderen kommt Rybark zu nachstehender Schätzung:

## Durchschnittserträge in dz pro ha:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Anfang des Jahrhunderts . . . . .	10,28	8,62	8	5,64
1893/99 nach dem Stat. Jahrb. f. d.				
Deutsche Reich . . . . .	17,5	14,2	16,7	15,2
Steigerung . . . . .	70,23%	64,73%	108,75%	169,5%

Aus der Steigerung der Erträge pro 1 ha und aus der Zu- bzw. Abnahme der Anbauflächen aber läßt sich diese Vermehrung der Gesamtproduktion in 100 Jahren berechnen:

	Weizen %	Roggen %	Gerste %	Hafer %
Anbaufläche um . . . . .	102,5	29	19	62
Erträge pro ha um . . . . .	70	65	109	170
Gesamtproduktion um . . . . .	244,25	112,85	69,29	337,4
	136,74 %			
	173,4 %			

Die Unterlagen der Viehproduktion sind leichter zu erfassen als die der Bodenproduktion. Unter Berücksichtigung der Fläche, die Deutschland vor dem Krieg einnahm, gelangt man zu folgender Gegenüberstellung:

## Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden:

	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine	Ziegen
1800 . . . . .	1 947 197	8 065 787	12 075 750	3 227 313	303 495
1900 . . . . .	3 150 833	14 106 436	6 856 394	11 588 219	1 901 433
	+ 62 %	+ 75 %	— 43 %	+ 259 %	+ 626 %

Es hat also wohl die Zahl der Schafe abgenommen, was die selbstverständliche Folge der Verringerung des extensiven Weidelandes und der Ausdehnung der Ackerfläche ist, alle anderen Tiergattungen aber weisen starkes Wachstum auf.

Die Vermehrung der Stückzahl allein gibt noch kein vollständiges Bild von der Entwicklung, die die Viehzucht durchgemacht hat. Es sind auch die Veränderungen zu beachten, welche sich in der Leistungsfähigkeit des tierischen Körpers, in der Wüchsigkeit der Tiere, in der Ergiebigkeit an Fleisch und Milch vollzogen haben. Nach Berichten von Schwerz (Annal. Jahrgang 1811), Thaer, Dieterici hat das durchschnittliche Lebendgewicht einer Kuh vor 100 Jahren kaum 200 Kilo erreicht, während die Durchschnittskuh nach der Viehzählung von 1900 in Deutschland 439 Kilo wog, also um 120 % mehr als vor 100 Jahren. Dabei ist der Unterschied in der Fleischausbeute jetzt, wo die Tiere zumeist in besserem Mastzustande geschlachtet werden, noch bedeutender. Daneben hat es die Einführung und Züchtung früh-

reifer Rassen in Verbindung mit reichlicherer Fütterung zustande gebracht, daß die Rinder heute mit 1½—2 Jahren das Reifestadium erreichen, welches sie einst mit 3—4 Jahren erlangten und die rationellere Betriebsführung bringt es mit sich, daß auch die Zugochsen und die Milchkühe früher ersetzt und der Schlachtung zugeführt werden. So kann man die Beschleunigung des Umsatzes gegen 1800 im Durchschnitt aller Kategorien mit mindestens 50 % beziffern. Die Steigerung der Milchleistung ist mit 150—200 % eingeschätzt worden, nicht geringere Fortschritte werden aus der Zunahme des Körpergewichtes und der Beschleunigung des Umsatzes für Schweine und Schafe festgestellt. Berechnungen über die Produktionssteigerung in den einzelnen Fleischarten ergeben eine Zunahme der jährlichen Gesamtproduktion an Fleisch in der Zeit von 1800—1900 um nicht weniger als 595 %.

Rybark versucht schließlich die für die verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweige ermittelte Vermehrung auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Er wählt dazu die tierische Substanz, indem er alle erhaltenen Produkte, Ackerfrüchte jeder Art, Milch, kurz alles, was aus eigener Erzeugung Deutschlands in den deutschen Konsum gebracht wurde, auf Fleischsubstanz umrechnet. Das Ergebnis lautet, daß die Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft in der Zeit von 1800—1900 um 212 % gestiegen wäre.

## II. Ackerbau-Statistik anderer Staaten.

Änderung in der Bodennutzung von 1870—1913. — Der Intensitätsfortschritt Großbritanniens ist anders zu messen. — Rußland bleibt zurück. — Die Niederlande als charakteristisches Beispiel. — Die Steigerung des Geld- und Sachaufwandes als Folge der Verbesserung der Hackfrüchte. — Die Statistik und der Zwischenfrucht- und Futterbau. — Werterhöhung der Futtergewächse eine Form der Intensivierung.

Sollte es nicht möglich sein, die Symptome des Intensitätsfortschrittes auch in anderen Staaten durch einige Zahlen zu stützen? Durch Zahlen, die natürlich nicht gleich 100 Jahre zurückreichen können, aber dennoch recht instruktiv sind? Für einige wichtige Länder läßt sich der prozentuale Anteil von Acker-, Wiesen- und Weidefläche zwischen 1870/78 und 1913 wie folgt vergleichen (siehe Seite 47 oben).

Bis auf Großbritannien und Rußland hat der Anteil der Ackerfläche überall zugenommen. Der Anteil von Wiese und Weide hat sich in Deutschland, Österreich und Rußland verringert, der Zuwachs in Frankreich ist scheinbar durch Urbarmachung früher ganz unproduktiver Flächen erfolgt, worauf die gleichzeitige Zunahme des Ackerlandes deutet. Großbritannien dagegen begleitet den Rückgang der Ackerfläche um mehr als ein Fünftel mit einer 50 %igen Vermehrung von Wiese und Weide. Man hat wohl bei diesen Zahlen das unsichere Gefühl unzureichender statistischer Erfassung, die das Bild in mancher Hinsicht fälschen mag. Zweifellos aber tritt uns entgegen, daß der Aufstieg in allen Ländern, von Rußland abgesehen, ein sehr starker war und daß

Es betrug der prozentuale Anteil von der Gesamtfläche<sup>1)</sup>:

	zwischen 1870 und 1878		1913	
	Äcker	Wiesen und Weiden	Äcker	Wiesen und Weiden
Deutschland . . . . .	47,8%	19,5%	48,48%	15,86%
Österreich . . . . .	33,8%	26,3%	35,41%	23,76%
Ungarn . . . . .	41,4%	—	44%	21,3%
Italien . . . . .	37,—%	—	46%	—
Frankreich . . . . .	49,7%	13,9%	50,5%	19,—%
Großbritannien . . . . .	29,8%	30,9%	23,2%	57,5%
Europ. Rußland . . . . .	21,6%	12,5%	19,3%	5,3%

dabei auch Großbritannien, ungeachtet der Verkleinerung der Ackerfläche nicht zurückblieb. Es hat aber sichtlich eine Umstellung vornehmen müssen, seine Intensitätsstufe ist nicht mit dem üblichen Maß des Ackeranteiles zu messen, ist in andere Formen umgegossen worden, worauf noch zurückzukommen sein wird. Der Koloß Rußland stellt uns vor ein Rätsel, indem er alle Kulturarten rückwärts entwickeln läßt. Die Erklärung ist vielleicht in den schweren Krisen zu suchen, die die russische Landwirtschaft in den ersten zehn Jahren nach der Befreiung der Leibeigenen 1860—70 durchmachte. Damals verminderte sich der Grundbesitz des Adels um 30 %, im unfruchtbaren Norden am stärksten. So verließen in der Provinz Olonetz 87 % der Grundbesitzer ihre Güter, die sie nicht mehr ernähren konnten. In den Dörfern dauerte es lange, bis die ungewohnte Freiheit verdaut war, zunächst hatte sie zumeist die Folge, daß auf den Dörfern mehr getrunken und weniger gearbeitet wurde. In jener Zeit sank die Zahl der auf 100 Einwohner kommenden Pferde von 26 auf 17, die des Rindviehs von 36 auf 25, die Zahl der Schafe von 73 auf 40<sup>2)</sup>. Polenoff gibt an, daß zwischen 1861—95 in ganz Rußland die Summe der erzeugten Nahrungsmittel im Verhältnis zur Bevölkerung um 7 % abgenommen habe. Da darf der Rückgang, den unsere Vergleichszahlen ausweisen, nicht wundern und es läge nahe, Rußland aus dem Vergleich, der den Fortschritt von 1870—1913 dartun soll, fortzulassen. Wenn dies nicht geschah, so darum, weil wir uns mit Rußland in dem Teil der Untersuchungen, der die neue Lage der Landwirtschaft behandelt, um so mehr zu beschäftigen haben werden, ebenso wie mit England, dessen Land-

<sup>1)</sup> Quellen: Berechnungen des deutschen statistischen Amtes (Bodenbenutzung im Deutschen Reich, 1880, zitiert bei Roscher, Nationalökonomik des Ackerbaues, Internationales Landwirtschaftsinstitut in Rom: Repartition Agricole des territoires des differents pays 1914, Jahrbücher f. d. Deutsch. R., Österr. statist. Handb. 1914, Ungarisches statistisches Handb. 1913 (1915 erschienen).

<sup>2)</sup> Sir Donald Mackenzie Wallace, Rußland, IV. Aufl., Würzburg 1906, A. Stubers Verlag.

wirtschaft gleichfalls eigene Wege einschlug. In Rußland hat die Entwicklung übrigens vor 1913 auch noch eingesetzt. So berichtet Dr. L. Kessel, daß der Ertrag des russischen Getreidebaues von 1886—1890 bis 1911—13 von 40 Mill. t auf 75 Mill. t, also um 87,5 % gestiegen sei <sup>1)</sup>.

Einen charakteristischen Fortschritt in der normalen Richtung zeigen dagegen vor allem die Niederlande. Er wird durch diese Zahlen gekennzeichnet <sup>2)</sup>:

	Hektar Fläche		
	1833	1880	1911
Acker und Garten . . . . .	803 000	916 000	964 569
Dauerweide . . . . .	1 093 000	1 126 000	1 213 073
Ödland . . . . .	907 000	712 000	

Die wertvollen Kulturen haben sich auf Kosten des Ödlandes außerordentlich vermehrt. Nicht geringere Entwicklung weisen die Durchschnittserträge auf:

	hl:			
	1851/60	1891/00	1901/90	
Winterweizen . . . . .	19,3	24,9	29,4	Prod.-Steigerung 60%
Roggen . . . . .	18	21	23,5	„ „ 30%
Kartoffel. . . . .	120	181	Speisekart. 176 Industrie- kartoffel 350	was nach der Anbaufläche von Industrie- u. Speise- kartoffeln von 131 : 29 eine Produktionssteigerung von 100% ergibt.

Eine interessante Berechnung läßt sich an die Ausdehnung des Hackfruchtbaues, speziell des Rübenbaues knüpfen. Auf der Domäne Schlanstedt <sup>3)</sup> haben sich die Barauslagen für Gehälter und Löhne nicht zuletzt zufolge der Einführung und sukzessiven Verbreiterung des Getreidebaues so vermehrt:

1817—32 . . . . .	13 758 Mark
1840—45 . . . . .	19 094 „
1850—55 . . . . .	53 869 „
1893—98 . . . . .	162 392 „

Dabei hat die Erhöhung der Löhne natürlich mitgewirkt. Dieser Faktor bleibt dagegen bei folgender Berechnung ausgeschaltet:

<sup>1)</sup> Dr. L. Kessel, Moskau, Die Entwicklung der Getreideproduktion Rußlands in den letzten Jahrzehnten, Berichte über Landwirtschaft, Bd. III, Berlin, Paul Parey, 1925.

<sup>2)</sup> A. H. J o u s t r a, Die niederländische Landwirtschaft, in denselben Berichten über Landwirtschaft, ebenfalls Bd. III.

<sup>3)</sup> v o n d e r G o l t z, Geschichte der Deutschen Landwirtschaft, Cotta 1903.

Der Zuckerrübenbau Europas war vor hundert Jahren minimal, 1909—13 erstreckte er sich über mehr als 2 Millionen Hektar. Gut 2 Millionen Hektar sind als Zuwachs zu betrachten, der hauptsächlich auf Kosten der Brache gewonnen wurde.

Die Kartoffel nahm zu Anfang des XX. Jahrhunderts in Europa eine Fläche von 13,4 Millionen ha ein oder 8,7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche <sup>1)</sup> von 154,2 Millionen ha. Ein Jahrhundert vorher betrug die Kartoffelfläche selbst in Deutschland nur 1½ % der genutzten Area gegen 10 % in 1913. Danach ist anzunehmen, daß die Kartoffelfläche in ganz Europa vor 100 Jahren prozentual auch geringer war als in Deutschland. Da zudem die Kartoffel die Stelle der einstigen Brache einnimmt, und die landwirtschaftlich benutzte Fläche an und für sich größer geworden ist, so wird man wohl annehmen dürfen, daß mindestens 8 % jener 154,2 Millionen ha oder 12 Millionen ha Kartoffel dem landwirtschaftlichen Fortschritt zuzubilligen sind.

In diesem Zuwachs an Hackfrüchten ist uns ein wichtiger Anhaltspunkt für die Intensitätssteigerung gegeben, die, wie wir wissen, außer von der Fläche, vom Ertrag und vom Aufwand gekennzeichnet wird.

In einer größeren Anzahl von Betrieben, die der Leitung des Verfassers unterstehen, hat sich dieser durchschnittliche Arbeitsaufwand ergeben:

bei Kartoffeln per ha . . . . .	50 Arbeitstage
bei Zuckerrüben per ha . . . . .	78 „

Die 2 Millionen ha Plus Rübenfläche und die 12 Millionen ha Plus Kartoffelfläche, die Europa seit einem Jahrhundert gewann, haben danach jährlich 756 Millionen Arbeitstage erfordert und 6 Monate hindurch rund 5 Millionen Menschen Beschäftigung gebracht. Dazu kommen per Hektar Rübe noch 17 Arbeitstage eines Gespannes von zwei Pferden mit einem Kutscher, pro Hektar Kartoffel — 10 Gespanntage, was abermals der halbjährigen Beschäftigung von einer Million Menschen entspricht und das Kapital und die Futterkosten für zwei Millionen Pferde erfordert. Bei der Verwendung von Traktoren ändern sich diese Zahlen naturgemäß, indem ein Teil des Aufwandes für die Zugtiere durch Aufwendungen für die Maschinen und Betriebsmaterialien ersetzt wird. Nicht geändert erscheint die Mächtigkeit des Mehraufwandes, die uns hier als Konsequenz der Intensivierung schon dieses winzigen Bruchteiles der europäischen Ackerwirtschaft entgegentritt. —

Bei allen Anbau- und Ernteziffern ist es nötig, nicht bloß in, sondern auch zwischen den Zeilen zu lesen. Sie verschweigen nämlich viel von den Futtergewächsen, die als Stoppelfrüchte nach der Ernte gebaut werden oder schon in die Hauptfrucht, nach deren Aberntung sie erst ihr eigenes Wachstum freudiger fortsetzen. In südlichen Ländern, wo sich die Jahreszeiten nicht so streng sondern, ist Zwischenfruchtbau

<sup>1)</sup> Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich ex 1914. Griechenland, die Türkei, Albanien und Portugal sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

gewiß von jeher gebräuchlich gewesen. Wenigstens erzählt schon der Plato-Schüler Theophrastus, daß in Mazedonien und Thessalien Bohnen, erzählt Columella<sup>1)</sup>, daß in Italien Lupinen als Gründüngungspflanzen gebaut und untergepflügt wurden. Die Gallier verwendeten zu diesem Zweck die Hirse<sup>2)</sup>, die bekanntlich eine sehr kurze Vegetationszeit besitzt. Es wird sich damit damals wie heute mit den Gründüngungspflanzen verhalten haben. In Jahren mit reichlichen Futterernten pflügt man sie im Spätherbst unter, bei Futtermangel werden sie gerne als Ersatzfutter genutzt. Als solches habe ich selbst mit Erfolg und trotzdem er angeblich wegen seines Kumaringehaltes vom Vieh verschmäht wird, den jungen Bokharaklee herangezogen, der als Gründüngung in den Winterroggen oder in den Winterweizen eingesät wird. Ähnlich verfährt man wohl mit dem Inkarnatkle, den ich in Ungarn als Stoppelgründüngungspflanze antraf, mit der Peluschke (Abart von *Pisum arvense* L.), die auf leichten Böden bei genügenden Niederschlägen als Gründüngungs- und Grünfütterpflanze sich bewährt, desgleichen mit anderen Gründüngungspflanzen. Solchem von der Erntestatistik vernachlässigten Futtergewinn gesellt sich manche, direkt als Futter nach der Hauptfrucht gebaute grüne Pflanze hinzu, gleich dem Grünmais oder Gemengen von Grünfütterpflanzen, etwa von Wicke, Erbse, Hafer und dgl. Die meisten dieser Saaten stellen als Zwischenbaufrüchte Errungenschaften der neueren Zeit dar und sind als von der Erntestatistik nicht erfaßter Intensitätsfortschritt anzusprechen.

Darf man der Erntestatistik sonst die sorgfältige Registrierung aller jener Flächen glauben, die jetzt zwei Ernten im Jahr tragen, wo sie vor 100 Jahren nicht einmal regelmäßig eine brachten? Die Erfahrung berechtigt eher zu der Annahme, daß durchaus nicht alle mit Hirse, mit Buchweizen, mit Erbse u. a. Kulturen als Stoppelfrucht bepflanzten Felder statistisch erhoben werden oder auch nur erhoben werden können. Das mag allenfalls in solchen Gegenden möglich sein, die, durch die Gunst der klimatischen Bedingungen angeregt, den Stoppelfruchtbaun systematisch ausbildeten. Flandern hat auf diese Weise seiner produktiven Fläche nicht weniger als  $\frac{1}{3}$  zugefügt, auf dem beträchtliche Teile der Futter- und Wurzelgewächse als zweite Ernte gewonnen werden<sup>3)</sup>. Diese „cultures dérobées“ nennt Lincke in seinem Werk über die belgisch-flandrische Landwirtschaft eine der bedeutendsten Errungenschaften des flandrischen Ackerbaues. Wir werden sie als hervorragendes Ereignis der europäischen Landwirtschaft überhaupt bezeichnen dürfen, das uns noch manche, nicht ausgeschöpfte Zukunftsmöglichkeit andeutet.

<sup>1)</sup> Columella, Libri De Re Rustica, II 10 und II 16.

<sup>2)</sup> Plinius (der Ältere) „Historia Naturalis“.

<sup>3)</sup> Alfred von Chlapowo-Chlapowski, Die Belgische Landwirtschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1900, Cotta.

## VI. Kapitel.

### Weitere Erscheinungsformen der Intensivierung.

#### I. Die Intensivierung im Feldsystem.

Das Flächenverhältnis von Wiese, Weide und Ackerland als Voraussetzung der Produktivität. — Das Ackersystem als Merkmal. — Schematische Einreihung der Wirtschaftssysteme nach Intensitätsstufen und ihre Fehlerquellen. — Mannigfache Intensität bei Weidewirtschaft. — Waldfeldwirtschaft einst und jetzt. — Wandel der Feldsysteme. — Das Vordringen des Wintergetreides.

Eine Rechnung, die sich auf Schätzungen und beiläufige Angaben stützt, kann nur bedingte Geltung beanspruchen und auch die vorstehende würde deshalb manche Einwendung rechtfertigen. Dennoch darf man sie begrüßen, weil sich eine Berechnung mit geringeren Fehlerquellen kaum anstellen läßt, und weil das ziffernmäßige Ergebnis einige Wahrscheinlichkeit für sich hat. Es gibt eine Idee von der Produktionssteigerung innerhalb des vorigen Jahrhunderts wenigstens für einen Staat, das Deutsche Reich, und damit zugleich eine Idee von dem höheren Aufwand, der damit verbunden ist. Liegt doch schon in der Ausdehnung der Ackerfläche ein Maßstab dafür. Denn auch vor hundert Jahren gab es keine ausgedehnten herrenlosen Ländereien, die man einfach ohne besonderen Aufwand okkupieren konnte, wie es der Nomade oder der Ansiedler in unerschlossenen Gebieten tut. Die Ausdehnung des Ackerbaues ist vielmehr im wesentlichen in mühevoller Arbeit vollzogen worden auf Kosten der Brache oder extensiver Kulturen oder durch teure Meliorationen bisher unproduktiven Bodens. In ihr spricht sich nicht bloß ein wahrer Fortschritt der Produktion aus, sondern auch eine starke Vermehrung des Aufwandes.

Das Gleiche ergibt sich aus dem geänderten Anteil der Kulturarten und der gebauten Früchte. Es ist leicht einzusehen, daß das Flächenverhältnis von Weide, Wiese und Ackerland den Grad des Aufwandes und die Produktivität mitbestimmt. Das Weideland benötigt gewöhnlich sehr wenig Arbeit und fast kein Inventar, der Ertrag pro Flächeneinheit ist gering, viel Fläche ist deshalb nötig, um ein bestimmtes Maß von Bodenprodukten hervorzubringen. Die Wiese erbringt mehr von der Flächeneinheit, erfordert aber auch mehr Arbeit und Inventar als die Weide und noch mehr trifft das im allgemeinen für die Ackerwirtschaft zu, die für Anbau, Pflege und Ernte Arbeitskräfte, Dünger, Geräte beansprucht, dagegen auch am meisten Bodenfrüchte vom Hektar liefert, somit gemessen an den beiden anderen Kulturarten an und für sich die intensivste Form darstellt. Unnötig



erst zu bemerken, daß Ackerbau mit Brachehaltung weniger Aufwand bedingt, als bei jährlicher Aussaat, daß die Kultur der Hackfrüchte teurer ist, als die des Getreides; daß Sommergetreide weniger Arbeit verursacht als Wintergetreide, daß Kleefelder sich billiger nutzen lassen als Getreidefelder. Aus solchen Erwägungen geht zweierlei hervor. Einmal, daß man sich über den Intensitätsfortschritt auch in den Staaten ein gewisses Urteil schaffen kann, für die sich genaue Berechnungen wie für Deutschland nicht anstellen lassen. Dann die andere, daß die Kenntnis der Veränderungen in den angewandten Ackerbausystemen viel dazu beizutragen vermag. Um zunächst von diesen zu sprechen: In Kapitel II wurde der erstaunliche Fortschritt behandelt, den der Übergang von der alten Dreifelderwirtschaft zur verbesserten Dreifelderwirtschaft und zur Fruchtwechselwirtschaft erbrachte. Zur Einschätzung der Intensivierung im europäischen Produktionskreis der Landwirtschaft genügt jedoch die Bedachtnahme auf jene Systeme nicht. Wir werden nicht einmal zu einem ausreichenden Resultat gelangen, wenn wir alle die Ackerbausysteme und ihr Ineinandergleiten ins Auge fassen, deren Kenntnis die Lehrbücher der Agrarpolitik zu vermitteln pflegen, weil sich die landwirtschaftliche Praxis unter dem Einflusse der verschiedenen Voraussetzungen viel abwechslungsreicher gestaltet. Die gebräuchliche Einteilung, die zugleich ebensoviel Intensitätsstufen annimmt, in allen Ehren. Die Reihenfolge: 1. Weidewirtschaft, 2. Wechselwirtschaft, 3. Dreifelderwirtschaft, 4. verbesserte Dreifelderwirtschaft, 5. Fruchtwechselwirtschaft, 6. freie Wirtschaft, läßt sich schematisch betrachtet gewiß rechtfertigen. Die Theorie muß notgedrungen schematisieren, will sie sich nicht ins Uferlose verlieren. Sie muß Haupttypen nach Hauptmerkmalen aufstellen, um dann vom Besonderen aufs Allgemeine schließen zu können. Eine ganze Zahl von Erscheinungen aber, die gerade für unsere Betrachtung wichtig sind, finden in jener Reihenfolge keinen Platz.

Zuerst die Weidewirtschaft! Die Zeiten der Nomadenvölker, die von Milch und anderen Tierprodukten und von wilden Früchten lebten, waren vor 100 Jahren in Europa längst vorüber. Auch die Zeiten, da die Wirtschaftenden nur vorübergehend Teile der Weide zu Feldern umbrachen, um in der Periode ungenügenden Verkehrs den erwachten Bedarf an Brotfrüchten sicherzustellen. In gewissen Lagen mit natürlicher, reicher Graswüchsigkeit, wie in den Marschen an der Nordsee, in Deutschland, Holland, England haben jederzeit ausgedehnte Gebiete vorwiegend der Weidenutzung gedient. Ebenso in Gebirgslagen, wo der Ackerbau wegen der kurzen Vegetationszeit und der vielen Niederschläge kein rechtes Fortkommen findet, wo Gräser und Futterpflanzen dagegen nicht nur prächtig gedeihen, sondern mit steigender Höhenlage immer höheren Nährwert erlangen. Das ist bis auf den heutigen Tag so geblieben, nur daß diese Weidengebiete hinsichtlich der Intensität, in diesem Fall der Bearbeitung, Düngung, des Viehbesatzes, vielfach ganz bedeutende Fortschritte ge-

macht haben, die in der nackten Gegenüberstellung von Flächenzahlen nicht zum Vorschein kommen. Daneben hat es aber immer ganz bedeutende Weideflächen gegeben, die, in Ländereien des eigentlichen Ackerbaues eingestreut, in Gebieten mit geringem Regenfall, bei hohem Grundwasserspiegel oder in Innudationsgebieten, geringe Ergiebigkeit aufweisen, als unerwünschte Anhängsel der Wirtschaften stiefmütterlich mit Arbeit und Kapital bedacht werden und wie das Dornröschen auf Erweckung warten, die hier durch Meliorationen, Trockenlegung, Umbruch, künstliche Bewässerung zustande kommt. Und schließlich ist seit geraumer Zeit die moderne Dauerweide entwickelt worden, eine höchst intensive Form der Weide, eine Art der Bodenkultur, die in bezug auf Aufwand wie auf Produktivität mit dem intensiven Ackerbau wetteifern kann und die oft auf ausgezeichneten Feldern angelegt wird<sup>1)</sup>. Welche Verlegenheit, da aus der Abnahme oder Zunahme der Weidefläche auf die Intensivierung der Bodennutzungssysteme schließen zu sollen! Wie können wir wissen, was an mageren oder nassen Weiden und unfruchtbaren Gebirgsalpen wegfiel, was an hochintensiven Neuanlagen zuwuchs, was durch wirkliche Verbesserung aus dem Stadium der extensiven Weide in das der hochkultivierten, ertragreichen Weide trat? Nur diese Erwägung ist berechtigt: Der starke Abfall an Weidefläche, zugleich begleitet von der Zunahme der Ackerfläche und den uns in den verschiedenen Staaten bekannt gewordenen Meliorationen und Neuanlagen von modernen Dauerweiden, kann als Beweis ganz beträchtlicher Intensitätsfortschritte gelten.

Wir wenden uns der Wechselwirtschaft zu. Hier treffen wir neben der „wilden Feldgraswirtschaft“, bei der das genutzte Land in zwei Teile zerfällt: in Weideland und bestellte Flur und neben der daraus entstandenen „geregelten Feldgraswirtschaft“, die ein höchst entwickeltes System abwechselnder Nutzung von Kornbau und Graswuchs für niederschlagsreiche, graswüchsige, viehstarke Wirtschaften darstellt, noch die primitive Form der Feldwaldwirtschaft oder Haubergwirtschaft vor. Die Bearbeitung vollzieht sich in der Weise, daß eine Fläche abgeholzt oder ausgebrannt wird. Der humusreiche Waldboden bringt dann, unterstützt durch die nährstoffreiche Asche des verbrannten Holzes einige Jahre hindurch befriedigende Getreidernten hervor, um, wenn die Ergiebigkeit der Felder nachläßt, wieder der Bewaldung überlassen zu werden. Diese Wirtschaftsform war vor 100 Jahren unvergleichlich verbreiteter als jetzt. Ebenso die Brennwirtschaft, die primitive Moorkultur, welche die aufgerissenen, getrockneten Schollen anzündet, um die Saat in die Asche zu streuen und jene Kultur, die einfach den Wald durch Niederlegen, Schälen der Rinde,

<sup>1)</sup> Während das Hektar einer geringen Kuhweide kaum 0,6—1 Stück Kuh durch 150—180 Tage ernährt, vermag eine vorzügliche Dauerweide 2½ ja bis 3 Stück von der gleichen Fläche zu ernähren. Vgl. K. Schneider, Die Anlage von Dauerweiden u. der Betrieb, Breslau 1908, W. Gottl. Korn, dann Prof. Dr. Falke, Die Dauerweiden. II. Auflage, Hannover 1911, M. u. H. Schaper.

Brennen in dauernde Felder verwandelt. In schütter besiedelten Waldgegenden finden sich dergleichen Formen vereinzelt noch vor. Knut Hamsun schildert in seinem Meisterroman „Segen der Erde“, wie der Wald im nördlichen Norwegen unter den wuchtigen Händen der Ansiedler in ähnlicher Weise zum Ackerland wird.

Das Fortschreiten der Intensität bei diesen Methoden vermögen wir indirekt aus der Abnahme der Waldfläche oder des Ödlandes zu ersehen. Da schleicht sich aber wieder eine Fehlerquelle in unsere Berechnung ein. Es gibt eine Art der Feldwaldwirtschaft, die noch heute in höchst kultivierten Gebieten, selbst in Deutschland, in Österreich, in Schwung ist. So berichtet Brentano in seiner Agrarpolitik, daß im bayrischen Wald, in den Bezirken Viechtach, Mitterfels, Regen, Kötzing, Bogen und Deggendorf beinahe von jedem Grundbesitzer auf größeren oder kleineren Parzellen die Birkenbrandwirtschaft betrieben werde. „Im Alter von 40 Jahren werden die Flächen rein gerodet, Wurzeln und Astholz verbrannt, nur 16—20 bessere Stämme bleiben zum Samen stehen. Außer dem Weidedünger und der Asche des verbrannten Ast- und Stockholzes gibt es keinen Ersatz der Bodenkraft. Dagegen treibt man nachher 2 Jahre Feldbau (Korn und Haber); ist der Samenflug nicht genügend, so wird Birkensamen unter den Hafer gesät. Nun bleibt das Land 5—6 Jahre liegen; dann werden die durch Samenflug entstandenen Birken ausgehackt; nach wieder einigen Jahren beginnt im Sommer die Weidenutzung, im Winter die Streunutzung. Die zu dicht stehenden Birken werden ausgelichtet. Die Flächen sind immer eingezäunt und werden nur als Tagweiden benutzt. Die sämtlichen Kulturarbeiten geschehen mit Handgeräten, weshalb diese landwirtschaftliche Ausnützung den Tagelöhnern sehr oft als Lohnbeitrag gegeben wird. In vielen Orten sind die Birkenberge ganz erschöpft und nur mehr mit verkrüppeltem Holz bestockt.“

Handelt es sich hier wirklich um ein eigenes Waldfeldsystem? Darf man danach auf die geringe Intensität des Ackerbaues schließen? Es scheint sich eher um eine Rückständigkeit der Waldwirtschaft zu handeln, der dabei allerlei Nebennutzungen zugemutet werden. Ähnlich wie sich die Streunutzung als bäuerliches Servitut in vielen Forsten der österreichischen Alpenländer erhalten hat, ein mißverständenes Überbleibsel aus der Zeit, da man die Bedeutung der Streu für die Waldvegetation noch nicht kannte. Oder wie die Weideservitute am Wald, die in früheren Jahrhunderten unbedenklich zugebilligt wurden und die heute, da man ihre Schädlichkeit für die Waldwirtschaft längst erkannte, dennoch so schwer zu beseitigen sind. Andererseits gibt es einen Waldfeldbau, der an den von Brentano geschilderten Vorgang erinnert, der durchaus kein rückständiges Feldsystem darstellt, vielmehr als erwünschtes Hilfsmittel der geregelten Forstwirtschaft aufzufassen ist, welcher er die besten Dienste leistet. Wird in einem Mittelwald das Verdrängen der wertvollen Eiche durch die übermäßige Zunahme minderer Holzarten wie Haselnuß, Linde, Birke beobachtet, so pflegt man nach

der Rodung des Waldes und der Verwertung des Holzabtriebes die abgeholzte Fläche in einzelnen Losen an kleinere Landwirte zu verpachten. Diese sind verpflichtet, die Stamm- und Wurzelreste zu roden und können dafür zwei bis drei Jahre Kartoffel, Bohnen und dgl. bauen. Nachher wird die Fläche wieder aufgeforstet, meist nachdem man schon zur Zeit der Ackernutzung junge Eichen dazwischen gepflanzt hat. Im Hochwald, wo man diesem Verfahren seltener begegnet, hat der Waldfeldbau eine andere Aufgabe. Hier soll er nicht den Wechsel der Holzarten unterstützen, sondern helfen, harte, unaufgeschlossene Böden für die nachfolgenden Kulturen geeignet zu machen. Man sieht: diese Maßnahmen sind weit entfernt von jenen der alten historischen Feldwaldwirtschaft, der sogenannten Haubergwirtschaft. Dagegen bezwecken sie zweifelsohne eine landwirtschaftliche Nebennutzung der Forstwirtschaft, die man früher in der Form kaum kannte und die auch jetzt statistisch nicht zu erfassen ist.

Was die reine Feldwirtschaft anbelangt: Neben der alten Dreifelderwirtschaft gab es vor 100 Jahren andere primitive Acker-systeme, deren Überwindung lokal für den Fortschritt fast noch mehr bedeutete als die Verbesserung der Dreifelderwirtschaft. So hat das Zweifeldersystem — 1 Jahr Getreide, 1 Jahr Brache — damals in den Rheingegenden, in Belgien und im südlichen Frankreich vorgeherrscht. Schubart von Kleefeld erzählt in seinen Schriften, daß in Deutschland um 1785 oft nur die Hälfte des Ackerlandes bestellt war, was nicht gerade auf eine weite Verbreitung der Dreifelderwirtschaft schließen läßt. In den wasserarmen Gegenden Spaniens, in Estremadura, Mancha, Andalusien, wurde der Acker nach Fraas meist nur jedes zweite Jahr besät, ja auf den andalusischen Großgütern sogar nur jedes dritte Jahr. Pabst berichtet wieder in seiner Betriebslehre von dem Überwiegen der Zweifelderwirtschaft im Ungarn des vorigen Jahrhunderts. Daneben hören wir von der Verbreitung einer Einfeldwirtschaft (Fraas), die den Acker alljährlich mit der gleichen Getreideart bestellte. Im nördlichen Skandinavien und in anderen strengen Gebirgsländern, wo wegen der klimatischen Verhältnisse nur Sommerfrüchte gediehen, wurde in jener verkehrsarmen Zeit jedes Jahr Gerste für Mensch und Vieh gebaut. In den Heidegegenden Jütlands, Nordwestdeutschlands und Hollands hatte sich, unterstützt durch Plaggendüngung, lange die Einfeld-Roggen-Wirtschaft erhalten, ebenso in Schottland. Von diesen Systemen zur Fruchtwechselwirtschaft war der Schritt sicherlich beträchtlicher als von der alten Dreifelderwirtschaft, was bei der Beurteilung des Intensitätsfortschrittes nicht zu übersehen ist.

Ein anderer, nicht genug zu würdigender Fortschritt liegt im steigenden Ersatz des Sommergetreides durch das Wintergetreide. Ursprünglich kann es wohl nur Sommergetreide gegeben haben, das die Nomaden während der kurzen Monate, da sie an einer Stelle rasteten, gebaut haben mögen. Sommerweizen wird es gewesen sein, den die indogermanischen Völker Europas schon in der neolithischen Zeit

pflanzen; Sommersaat der Roggen, welcher den Nordvölkern von Thrazien aus, wie erforscht wurde, zugekommen ist<sup>1)</sup>. Mit zunehmender Seßhaftigkeit wird man dann vielleicht hier und da begonnen haben, den Weizen und den Roggen in südlicheren Lagen manchmal im Herbst anzubauen<sup>2)</sup> und manchmal im Frühjahr und Dank der unerhörten Anpassungsfähigkeit dieser Getreidearten bald über einen Wechselweizen und ein Winter- und Sommerkorn verfügt haben, die in milderen Wintern ebenso ertragreich waren wie bei Frühjahrsanbau. Schließlich mögen dann besonders widerstandsfähige Weizensorten auch in nördlicheren Lagen versucht und gebaut worden sein und sich so an den dortigen härteren Winter angepaßt haben, daß sie die Eignung zur Sommerung verloren. Sie ließen sich nur als Winterweizen verwenden, während andere Sorten nach und nach ihre Aufgabe nur noch als Sommerfrucht erfüllen konnten. Mit der Einführung besserer Wirtschaft und vor allem des Fruchtwechsels wurde das Bedürfnis nach dem Anbau von Winterroggen und Winterweizen naturgemäß dringender, schon durch die praktischere Arbeitseinteilung hervorgerufen, andererseits dadurch, daß sich Gerste und Hafer ihren Ansprüchen nach zu Sommerfrüchten besser eigneten, als die beiden andern Getreidearten. Diese erbrachten weit höhere und sicherere Ernten, wenn man ihre Vegetationsperiode durch den Herbstanbau verlängerte, wenn sie als Winterfrüchte im Herbst gebaut in der Erde überwintert hatten. Überall aber kann das bekanntlich nicht geschehen. Wo es im Herbst so trocken ist, daß die Saat nicht rechtzeitig aufgeht, wo andauernde Nässe, früher Eintritt der Fröste den Anbau oder die rechtzeitige Bestockung und Erstarkung der Herbstsaaten stört, wo strenge Winterfröste bei Schneemangel die Gefahr des Erfrierens mit sich bringen, kann man Wintergetreide nicht mit Erfolg bauen. Der klimatische Radius des Wintergetreides dagegen läßt sich durch Züchtung widerstandsfähiger Sorten sehr weit verschieben und ist auch tatsächlich stark hinausgeschoben worden. Diese Errungenschaft der letzten 50 Jahre gesellt sich der Ausdehnung des Wintergetreides zufolge Änderung der Fruchtfolge hinzu und ist keineswegs gering einzuschätzen. Denn, die Winterfrüchte sind nicht bloß an und für sich bedeutend ertragreicher, sondern erweisen sich innerhalb des ganzen Feldsystems als vorteilhafter. Sie gestatten, dasiefrüher das Feld räumen, eine sorgfältigere Bearbeitung des Bodens, das zeitliche Stürzen der Getreidestoppeln, begünstigen infolgedessen deren raschere Verwesung

<sup>1)</sup> Über den Ursprung von Weizen und Roggen in Europa vgl. Victor Hehn, Kulturpflanzen und Haustiere in ihrem Übergang aus Asien, Berlin 1911, 8. Aufl., p. 565. Borntraeger.

<sup>2)</sup> Im alten Griechenland, wo Frühjahrssaaten vor ihrer Entwicklung austrockneten, bildete Herbstsaat die Regel. Nach Untergang der Plejaden war die Zeit zum Säen gekommen, wozu auch das Fortziehen der Kraniche mahnte. Hesiod, op. 780, zitiert bei Stundacker, Antike und moderne Landwirtschaft, Frick, Wien 1898.

und das Aufgehen des Unkrautes und sind aus allen diesen Gründen bessere Vorfrüchte als ihre Sommerformen.

Ein Gebiet, das sich ganz dem Vergleich von einst und jetzt entzieht und doch zweifellos ungeheuerere Fortschritte erlebt hat, ist das der Werterhöhung der Futtergewächse. Ihr Futterwert kommt in keiner Statistik zum Ausdruck, nicht einmal indirekt in der Viehproduktion, weil wir ja nicht wissen, wieviel zugekaufte Kraftfuttermittel und Abfälle landwirtschaftlicher Industrien dabei mitgewirkt haben, wieviel des tierischen Produktionszuwachses auf die Verbesserung der Viehzucht zurückzuführen ist. Aber etwas anderes wissen wir: Daß unsere Kenntnisse des physiologischen Futterwertes der verschiedenen Pflanzen, ihrer Ansprüche an Boden, Klima und Düngung, daß ihre Züchtung und Verbreitung außerordentlich vorwärts gekommen sind seit jenen Tagen, da Schubart wegen der Förderung des Futterbaues von Kaiser Josef II. zum „Ritter des heiligen römischen Reiches von dem Kleefeld“ ernannt wurde. Jetzt weiß man längst, daß nicht bloß die Bodenart, die Düngung, durch welche wichtige Nährstoffe in ein Optimum gesetzt werden, sondern allein schon die Elevation genügt, um die Vegetationsdauer, den quantitativen Ertrag, die Zusammensetzung und den Nährwert des Pflanzenstandes der Wiesen und Weiden gänzlich zu ändern. Und man hat gelernt, die Folgerungen daraus zu ziehen. Das Grünland, die Alpen, die Wiesen und Weiden sind an vielen Orten durch sorgfältig zusammengestellte Samenmischungen verbessert, die Futterpflanzen durch Züchtung ertragreicher und nährstoffreicher gestaltet worden. Ungeheure Werte sind auf diese Weise dem Boden Europas zugewachsen, deren Größe wir zwar in jedem speziellen Fall festzustellen vermögen, die aber als Intensitätsfortschritt der Gesamtheit, gemessen an den Verhältnissen vor hundert Jahren, keineswegs in Ziffern zu fassen sind. Verhält es sich doch mit der Züchtung der Futterpflanzen und mit der Verbesserung ihrer Ergiebigkeit insofern anders wie mit der Züchtung von Getreide oder Hackfrüchten, als der Erfolg dieser im statistisch erhobenen Ernteertrag zum Ausdruck gelangt, was bei den Futterpflanzen gar nicht oder nur mangelhaft der Fall zu sein pflegt.

## II. Die Rückwirkung der Intensivierung auf die Viehproduktion.

Zusammenhang zwischen der Intensität der Feldwirtschaft und der Dichte des Viehstapels. — Dessen Zusammensetzung ändert sich überall in der gleichen Richtung. — Bildung leistungsfähigerer Rassen und ihr Vordringen. — Viehwichte, Schnellwüchsigkeit und Milchergiebigkeit.

Überlegung und Erfahrung weisen indessen doch darauf hin, in der Viehproduktion die Auswirkung der Grünland-Verbesserung zu suchen. Zusammenhänge dieser Art ließen sich nach Inama-Sternegg<sup>1)</sup> seit dem achten Jahrhundert erkennen, steigende Bedeutung

<sup>1)</sup> v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Leipzig, I. Bd., 1879, II. Bd., 1890, III. Bd., 1901. Ders., „Die Ausbildung der großen Grundherrschaften in Deutschland während der Karolingerzeit“. Leipzig 1878.

der Wiesen fiel mit starker Relativzunahme des Großviehs zusammen. Seit der Intensivierung des Ackerbaues ist der Viehwirtschaft eine neue Voraussetzung geschaffen: Mit der Abnahme der dem Vieh innerhalb der Wirtschaft dauernd gewidmeten Fläche, der Wiese und Weide, verringert sich der Viehstand durchaus nicht, er nimmt im Gegenteil zu. Die Wirtschaften werden mit fortschreitender Entwicklung des Ackerbaues viehstärker. Die intensive Feldwirtschaft findet im Vieh gute Abnehmer für Hintergetreide, Stroh und Abfälle, benötigt die tierische Zugkraft, wird durch den Stalldünger auf das Vorteilhafteste gefördert, kann bei Nutzviehhaltung die verfügbaren menschlichen Arbeitskräfte besser ausnützen. Mit der Intensivierung des Bodens wächst die Sicherheit der jährlichen Futterernten und aus allen diesen Gründen knüpft sich an jene die Verdichtung des Viehstapels und das vermehrte Bestreben den Viehstand und seine Leistungen quantitativ und qualitativ zu heben<sup>1)</sup>. Der Standort des dichtesten Viehstapels ist stets die intensiv betriebene Feldwirtschaft. Unser Wissen um die Intensivierung der Feldwirtschaft im Zusammenhang mit jenem von der Verbesserung der Futterflächen würde den gegenwärtigen Viehstandszahlen daher auch dort beträchtliche Überzeugungskraft verleihen, wo Vergleichsdaten über die Viehstärke der Vergangenheit fehlen. Von Deutschland lernten wir solche schon kennen, von einigen anderen Staaten sind sie zur Not mehr als ein halbes Jahrhundert zurück zu verfolgen. So etwa in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Für diese liegen folgende Vergleichsdaten vor<sup>2)</sup>:

		Österreich.			
		Rinder	Schweine in Millionen	Schafe in Millionen Stück	Ziegen
Zahljahr	1850 . . . . .	5,126	2,155	5,64	1,11
	1880 . . . . .	8,584	2,722	3,841	0,9
	1910 . . . . .	9,160	6,432	2,428	1,257
		Ungarn.			
	1851 . . . . .	4,49	4,958	10,687	1,06
	1880 . . . . .	5,31	—	9,838	—
	1895 . . . . .	6,738	7,33	8,112	0,308
	1911 . . . . .	7,319	7,58	8,548	0,426

Dasselbe Bild wie in Deutschland und ähnlich wie es jeder Staat in der gleichen Periode zeigen würde: Ein riesiges Ansteigen der Rinder-

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu des Verfassers, Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich. II. Aufl., Wien 1917, Tempisky. Ferner: Aereboe, Beiträge zur Wirtschaftslehre des Landbaues, Berlin 1905, dann: Ostermayer, Untersuchungen über die Ertragsfähigkeit der mährischen Bauernbetriebe. Brünn 1911.

<sup>2)</sup> Nach Ernst Frh. v. Puteani, Die Viehzucht, Heft 6 der wirtschaftsgeogr. Karten und Abhandlungen zur Wirtschaftskunde der Länder der ehemaligen österr.-ung. Monarchie. Herausgeg. unter Redaktion von Prof. Dr. Franz Heiderich vom Handelsmuseum in Wien 1919.

zahlen, auch der Schweine, ein beträchtliches Zurückgehen der Schaf- und Ziegenhaltung, das um so stärker erfolgt, je rascher sich die Intensität des Ackerbaues hebt. Dabei eine andere Erscheinung, die sich parallel mit dem Ackerbau entwickelt und abermals durch die Statistik nicht erfaßt wird: der Fortschritt im erzielten Viehgewicht, in der Schnellwüchsigkeit, in der Milchleistung. Die größeren Rassen verdrängen die kleineren, wo die Futterergiebigkeit es halbwegs erlaubt, werden die Tiere schwerer, reifen sie rascher, ist die Milchergiebigkeit eine weit höhere als einst geworden. Im Gefolge der naturwissenschaftlichen Erkenntnis hat man die Viehrassen erstaunlich verbessert, den Geltungsbereich der wertvolleren Rassen immer mehr ausgedehnt.

Ein Beispiel solchen Vordringens von Siegerrassen sind in England die Shorthorns, die berühmten Mastrinder. An Verbesserungen hatte es schon früher auch in anderen Rassen dort wahrlich nicht gefehlt. Was war nur bis 1800 aus dem kleinen, unansehnlichen englischen Rind geworden! Um 1547 hatte das mittlere Gewicht eines Schlachtochsen bloß 400 Pfd. betragen, 1710 wog das Fleisch allein schon 370 Pfd.<sup>1)</sup> Um 1800 war der durchschnittliche Schlachtochs gerade doppelt so schwer als im Jahre 1547, nämlich 800 Pfd. und diese beträchtliche Gewichtszunahme ist erst der Beginn viel größerer Leistungen. Begünstigt durch die Futterwüchsigkeit, die Boden und Klima in England spenden, begann man dem lieben Herrgott in der Schöpfung neuer Rinderrassen geradezu Konkurrenz zu machen. Es gibt dafür kein bezeichnenderes Beispiel als die Umschaffung der erwähnten Shorthorns, die ihren Stammvätern bald kaum noch ähneln. Diese, nach David Low im 5. Jahrhundert von Holstein und Jütland nach Durham und York gelangte Niederungsrasse war grobknochig, mit eckigem Rumpf ohne Tiefe, mit auffallend langen Beinen, dazu so spätreif, daß die Tiere erst im fünften Jahr zur Mast geeignet wurden. Die berühmte Kulturrasse, welche die Brüder Collings in Darlington zu Ende des 18. Jahrhunderts daraus heraus zu züchten begannen, bildete in allen Merkmalen das Gegenteil jener Urrasse: außerordentliche Tafelbreite der Schultern und Hüften, ein Rumpf, der fast die Gestalt eines Langwürfels bildet, kurze Beine, kleiner Kopf. Dabei unglaubliche Frühreife und Mastfähigkeit, bei vorzüglicher Fleischqualität. Einjährige Tiere erreichen ein Gewicht von 700—800 kg, ausgewachsene, nicht gemästete Bullen ein solches von 1000—1100 kg. Auf der Mastviehschau des Smithfield Club im Jahre 1877 wurden gemästete Ochsen im Gewicht bis zu 1244 kg gezeigt. Solche Eignung zur Mast hat den Shorthorns nicht bloß in Großbritannien weiteste Verbreitung gesichert, sondern, abgesehen von den englischen Kolonien und von Amerika, auch auf dem europäischen Kontinent. Die Shorthorn-Kühe sind keine schlechten Melkerinnen, doch werden sie von anderen englischen Rassen darin übertroffen, am meisten von den berühmten schottischen Ayrshire-Kühen, die durch Kreuzung der Hochlandrasse

<sup>1)</sup> Rogers History of agriculture and prices in E. 1866.



mit Holländer- und Inselvieh entstanden sein sollen. Diese zu den milchreichsten Kühen zählenden Tiere liefern angeblich bis zu 5700 Liter Milch und haben in Reinzucht wie gekreuzt mit Landrassen ihren Weg bis nach Finnland, Schweden und Norwegen genommen.

Es scheint, daß die natürlichen Bedingungen, die zur Entstehung der Niederungsrassen führten, diese vor allen andern zu den höchsten Zuchterfolgen prädestinierten. Denn unter den Wundern tierischer Leistungsfähigkeit, die unser Jahrhundert hervorbrachte, finden sich noch andere Vertreter der Niederungs- oder Tieflandrassen vor. Die sagenhafte Milchergiebigkeit der Holländerkühe ist bekannt, sie wird bis zu 7400 Liter im Jahr angegeben, während der Verfasser selbst eine holländische Kuh mit der Tagesmelkung von 34 Liter in den Stallungen des ihm unterstehenden Betriebes beobachten konnte. Dabei weisen diese Kühe Gewichte bis zu 700 kg auf. Noch massiver sind die verwandten Ostfriesen und Oldenburger oder die schleswig-holsteinischen Rassen, während das durchschnittliche Kuhgewicht in Deutschland 1883 erst 380 kg, 1892 mit 416 kg festgestellt worden war. Günstige Böden und Futterverhältnisse, im Verein mit sachgemäßer Züchtung, haben so schwere Formen und hohe Milchleistung entstehen lassen. Wenn unter kärglicheren Bodenverhältnissen auch nicht die gleichen Leistungen zu erzielen sind, so hat die Verbesserung des natürlichen Futterwuchses doch selbst in mancher armen Sand- und Heidegend die Viehbestände und Viehleistungen auf eine Stufe gebracht, die einige Jahrzehnte früher kaum auf den besten Marschen zu finden war.

Überallhin läßt sich das so unendlich leistungsfähige Niederungsvieh allerdings mit dauerndem Erfolg nicht verpflanzen. Wo die Niederschlagsmengen unter ein gewisses Maß sinken, wo in der Ebene nicht genügend Weidegelegenheit gegeben ist, da muß man auf die Haltung des milchreicheren Niederungsviehs ebenso verzichten wie in Gebirgs-lagen und sich dem Alpenvieh zuwenden. Dieses erreicht wohl nicht die gleiche Milchergiebigkeit wie das Niederungsvieh, ist auch selten von der gleichen Massigkeit, erbringt dafür aber fettreichere Milch und stellt in seinen besten Repräsentanten für diese Gebiete kein geringeres Fortschreiten in der Richtung der Frühreife, der Wüchsigkeit, der Milchergiebigkeit und der ökonomischen Futterausnutzung dar, als jene Schläge. Allen voran gehen da die mannigfachen Abkömmlinge des breitstirnigen Alpenviehs, das von seiner eigentlichen Heimat, den Kantonen Bern und Freiburg in der Schweiz, Mitteleuropa erobert hat. Viel genannt werden darunter die Simmentaler und Freiburger, ebenso die mittelgroßen Schweizer Braunviehschläge, denen die Montafoner zuzählen sind.

Wir wollen indessen hier weder Rassen- noch Zuchtstudien treiben und uns auf jene wenigen Andeutungen beschränken, die Zeugnis ablegen mögen von dem, was die Landwirtschaft in dem Jahrhundert vor dem Weltkrieg auch auf dem Gebiete der Viehzucht und Viehnutzung geleistet hat und erst leisten konnte, nachdem Ackerwirtschaft und Futterbau in der Entwicklung vorangeschritten waren.

## VII. Kapitel.

### Die Grenzen der Intensivierung.

#### I. Die natürlichen Grenzen der Produktionssteigerung.

Der Landwirt als skeptischer Beobachter. — Das Wunder des Pflanzenwerdens und seine Voraussetzungen. — Sonne, Wärme und Wasser als Faktoren der Produktion. — Vom Optimum, Maximum und Minimum der Wachstumsbedingungen. — Ein pflanzenphysiologisches Gesetz in wirtschaftlicher Übersetzung.

Die Landwirtschaft hat den Weg von der extensiven zur intensiven Wirtschaft der Gegenwart glücklich zurückgelegt. Wird sich das noch lange im gleichen Tempo fortsetzen lassen? Ist eine unbegrenzte Weiterentwicklung in dieser Richtung zu erwarten, ist sie überhaupt möglich? Der praktische Landwirt begegnet dieser Frage voll Zuversicht und doch mischt sich mancher Zweifel in seine Hoffnungen. Nicht daß der Zweifel durch die grauenvolle Cäsar des Weltkrieges verursacht wäre, oder durch die Verschiebungen, welche die Grundlagen der Wirtschaft in der Nachkriegszeit erlitten haben. Was den Landwirt aufhorchen läßt, ist die Erfahrung, daß schon damals, als alles noch im richtigen Geleise blieb, durchaus nicht jede wohlerwogene Aufwendung einen entsprechenden Mehrertrag zur Folge hatte. Es ging ihm manchmal wie dem Wirt, den Kaiser Josef II. nach der Zahl der Fettaggen in der Suppe entlohnt haben soll. Die Anekdote erzählt, daß das Fett zusammenrann und daß der Fettaggen um so weniger wurden, je mehr Butter der Wirt in die Suppe tat. Der Kunstdünger, den der Landwirt allzu reichlich ausstreute, verhielt sich unter Umständen ebenso: er konnte bei Trockenheit statt der erhofften Mehrernte sogar eine Minderernte zur Folge haben, in anderen Fällen die Ernte nicht um so viel steigern, daß der Erlös die Kosten der Mehrausgabe gedeckt hätte. Oder, der Landwirt hatte den Kühen besseres und teureres Futter verabreicht und die Milchleistung war nicht genug gestiegen, um die Ausgabe rentabel erscheinen zu lassen. Der naturgewohnte Blick des Landwirtes sieht noch manches andere, das ihn in seinen Zweifeln bestärkt. Er hat häufig das Wunder des Pflanzenwerdens beobachtet, das sich im Frühjahr alljährlich von neuem vollendet. Wie das Samenkorn, das in die Erde gebracht wurde, den Keim entwickelt, die ersten zarten Wurzeln in den Boden senkt, das erste grüne Keimblatt emporsendet. Wie dann das leistungsfähigste Pumpwerk selbsttätig in der Pflanze zu arbeiten beginnt, sie mit Bodenwasser durchströmt, mit Nahrungstoffen versieht. Wie die oberirdischen Teile der grünen Pflanze sich in die vollkommenste Retorte verwandeln, die je erdacht wurde und

mittelst ihres Chlorophylls aus der Kohlensäure der Luft und aus Wasser die kostbaren Nahrungsstoffe erzeugen, wegen der wir überhaupt Ackerbau treiben.

Und da hat der Landwirt zugleich gelernt, daß die Pflanze das alles nur vollbringen kann, wenn ihrem Wachstum die Bedingungen gegeben sind, die sie braucht und daß sie es nur in dem Ausmaß zu vollbringen vermag, das diese Bedingungen gestatten. Heißt es für den Menschen: *primum vivere, deinde philosophari*, so für die Pflanze: *primum vivere, deinde assimilari*. Die Pflanze muß gleich dem Menschen die Lebensbedingungen gesichert haben, bevor sie ihre Funktion ausüben kann. Zum Leben aber braucht jede Pflanze einen gewissen Bodenraum und einen gewissen Luftraum. Der Boden ist für sie Standort, Regulator des Wärme- und Wasserhaushaltes und Nahrungsquelle. Die Luft ist ihr Atmungsraum, zugleich wegen der Kohlensäure, die sie enthält, für gewisse Pflanzenarten auch wegen des Stickstoffes Nahrungsquelle. Kann man da daran denken, die Zahl der Pflanzen auf einer Fläche von bestimmtem Umfange unbegrenzt zu vervielfältigen, ohne daß ihnen der Boden- und Luftraum zu klein würde? Ist es denkbar, daß die einzelne Pflanze sich maßlos entfalten könnte, ohne an dem gleichen Umstand zu scheitern? Man sieht, die einfache Überlegung weist auf das Unsinnige eines solchen Gedankens hin, verwehrt der Utopie schrankenloser Produktionssteigerung durch Aufwandssteigerung die Berechtigung. Lange aber, bevor noch ein natürlicher Grund derart der Intensivierung ein Ende bereitet, stellen sich da und dort tausenderlei Hindernisse für den Erfolg des Aufwandes ein. Nicht jeder Boden ist für seine Aufgabe gleich tauglich. Der Landwirt hat solche Böden unter dem Pfluge, die die Durchlüftung, Bearbeitung, Düngung außerordentlich gut lohnen und mit relativ geringem Aufwand zu einer beträchtlichen Steigerung der Erträge gebracht werden können. Und mit manchen anderen Böden muß er kämpfen, die trotz des gleichen Aufwandes ein gewisses bescheidenes Maß der Ernteerträge nicht überschreiten. Den einen ist die Grenze der Intensivierung früher gesetzt, den andern später, unbegrenzt ließen sich die Erträge auch mit dem größten Aufwand nirgends steigern.

Schon deshalb nicht, weil drei unerläßliche Faktoren des Pflanzenwachstums, von Menschenhand unabhängig, nicht nach Wunsch zu regulieren sind: das Sonnenlicht, die Wärme, die Niederschläge. Die grüne Pflanze ist ein rechtes Sonnenkind, ein Geschenk der Sonne an alle irdische Lebewesen, die ja ihr Dasein der Fähigkeit der grünen Pflanze im Sonnenlicht den Assimilationsprozeß zu vollbringen, anorganische Stoffe in organische Stoffe zu verwandeln, verdanken. Verdunkeln zu viel Wolken während der Vegetationsperiode den Himmel, dann gibt es keine Maximalernte. Allzu viel Sonnenschein kann das Chlorophyll und damit das Leben der Pflanzen vernichten, oder wenigstens die Ernte beeinträchtigen. In jedem Falle aber ist der Assimilationserfolg der einzelnen Pflanze nicht grenzenlos und damit

kann es auch die Einwirkung irgendeiner Maßnahme der Intensivierung nicht sein. Was von der Einwirkung des Sonnenlichtes auf die Pflanze gilt, gilt auch von der Wärme und dem Wasser. Nicht bloß, wenn sie im Übermaß vorhanden sind schädigen sie die Pflanze, sondern auch wenn an ihnen Mangel herrscht<sup>1)</sup>. Zu große Trockenheit bringt die Pflanze zum verdorren, zu viel Feuchtigkeit läßt sie zugrundegehen. Unendlich empfindlich erweisen sich so die Kulturpflanzen, mannigfach ist die Wirkung, die von einem Zuviel oder einem Zuwenig der einzelnen Wachstumsfaktoren ausgeht. Und das ist nicht bloß bei den Faktoren der Fall, deren Regelung sich dem menschlichen Eingreifen entzieht, sondern auch bei denen, die wir im Zuge der Intensivierung zu beeinflussen versuchen. So kann die unvernünftige Steigerung der Mineralbestandteile des Bodens zu einem Verätzen der Wurzeln führen, zu reichlicher Stickstoffdüngung zu Lagerfrucht und zu der Qualitätsverschlechterung der Früchte. Zu viel Stickstoff erzeugt auf den Wiesen und Weiden Geilstellen, deren Futter das Vieh nur widerwillig aufnimmt.

Wir sehen derart an unzähligen Beispielen, daß den Wachstumsbedingungen der Kulturpflanzen ein Optimum, ein Maximum und ein Minimum gegeben ist. Vom Minimum der für die Pflanzen nötigen Bedingungen angefangen, führt jede Steigerung zu einer Mehrung des Ertrages bis zur Erreichung des Optimums. Noch weitere Steigerungen führen dann zu zwar absolut zunehmenden, aber relativ abnehmenden Ernteerträgen, bis bei einer gewissen Grenze, dem Maximum, jede Ertragszunahme aufhört. Diese pflanzenphysiologische Gesetzmäßigkeit gab Turgot Anlaß die Lehre zu formulieren, welche man seither als das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages bezeichnet. In wirtschaftlicher Übersetzung bedeutet das Gesetz, daß der Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion von einer gewissen Intensitätsstufe angefangen nicht mehr entsprechend dem Mehraufwande wächst. Jede weitere Arbeits- und Kapitalsverwendung liefert dann einen im Verhältnis zu ihrer Vermehrung abnehmenden Ertrag. Dieser Entwicklungsgang kommt allerdings zeitweise zum Stillstand, wenn sich die technische Geschicklichkeit ändert, wenn neue sparsame Produktionsmethoden erdacht werden. Deshalb sind Stimmen laut geworden, welche das Geltungsbereich des Gesetzes recht eng annehmen. Skalweit<sup>2)</sup> meint, es würde bei fortschreitender Entwicklung so eng, daß seine Wirkungen

<sup>1)</sup> Es kommt bei dem Faktor Wärme nicht bloß auf die Lufttemperatur, sondern auch auf die Bodentemperatur an und weiter auf das Verhältnis beider zueinander. Eine günstige Getreideernte und insbesondere ein günstiges Korn-Strohverhältnis kommt dann zustande, wenn die Mikrobentätigkeit im Boden, begünstigt durch hohe Bodentemperatur und hinlänglichen Sauerstoffzutritt (relative Trockenheit) frühzeitig eintritt, wenn während der Wachstumsperiode des Getreides die „Lufternährung“ nicht von der „Bodenernährung“ überflügelt wird. (H. K a s e r e r, Die Beziehungen zwischen Bodentemperatur und Lufttemperatur in ihrem Einfluß auf den Ernteertrag, Fortschritte der Landwirtschaft. Wien-Berlin 1927, Julius Springer.)

<sup>2)</sup> Agrarpolitik. Berlin-Leipzig, Verlag Walter de Gruyter u. Co., II. Aufl., 1924, pag. 55.

in der Praxis sich nur selten fühlbar machten. Der Landwirt, welcher sich über sein Tun Rechenschaft gibt, wird im Gegensatz zu dieser Ansicht auf Schritt und Tritt auf die Konsequenzen des Gesetzes des abnehmenden Ertrages stoßen. Er wird sich bei seiner Arbeit täglich mit der Rentabilität des Aufwandes im Betriebe auseinandersetzen haben, er weiß, daß von der richtigen Erkenntnis des Optimums sein geschäftlicher Erfolg in erster Reihe abhängt. Jeder zusätzliche Eggenstrich, jedes Behacken des Bodens, jede Futterzubuße, jede Düngerzugabe will aus dem Gesichtspunkt des abnehmenden Ertrages erwogen sein <sup>1)</sup>).

## II. Die ökonomischen Grenzen der Produktionssteigerung.

Der Düngerversuch von Rothamsted und seine Fehlerquellen. — Kosten und Preis als Ergänzung des biologischen Erfolges. — Ungleiche Kosten gleicher Maßnahmen. — Ungleiche Produktivität eines bestimmten Aufwandes. — Von was die Rentabilität des Mehraufwandes abhängt.

Brentano führt in seiner Agrarpolitik als Beleg für den abnehmenden Ertrag steigender Düngermengen die Erfahrungen an, die Sir John Bennett Lawes auf der Versuchsstation zu Rothamsted machte. Dieser hat während 13 Jahren von 1852—1864 fünf Abteilungen seines permanenten Weizenfeldes Broadbackfield mit regelmäßig anwachsenden Düngermengen versehen. Das Ergebnis zeigt die nachstehende Tabelle über den Ertrag der 13 Jahre.

	Weizenertrag pro acre in bushels	Kosten pro bushel
5. Abteilung ausschließlich Düngermischung	18 ¼	4,38 sh
6. 200 Pfd. Ammoniaksalz-	28 5/8	3,7 „
7. 400 „ „ - 50 „	37 1/8	3,5 „
8. „ 600 „ „ - 75 „	39—	4,0 „
16. „ 800 „ „ - 100 „	39 ½	4,6 „

Es ist anzunehmen, daß, was aus dem gegebenen Beispiel nicht hervorgeht, die Abteilungen 6—16 außer dem Ammoniak noch mit der gleichen Düngermischung versehen wurden wie die erste, mit 5 bezeichnete Abteilung. Im andern Fall würde das Beispiel nichts beweisen,

<sup>1)</sup> Einen interessanten Beleg für die Grenzen der Rentabilität des Mehraufwandes die im praktischen Wirtschaftsbetrieb zu beachten sind, gibt nachstehender Düngungsversuch auf einem niederösterreichischen Gute mit leichtem, noch nicht lange in Hochkultur stehenden Boden. Bei so reichlicher Düngung mit Stickstoff, Kali und Kalk, daß die Gefahr ausgeschlossen war, einer dieser Nährstoffe könnte im Minimum vorhanden sein, wurden steigende Mengen von Superphosphat verwendet.

	pr. ha	234 q	Zuckerrüben
280 q Superphosphat pr. ha gaben im Durchschnitt mehrerer Parzellen,			
560 q „ „ „ „ „ „ „	244 q		
840 q „ „ „ „ „ „ „	252 q		
1120 q „ „ „ „ „ „ „	235 q		

Man sieht, daß die Erhöhung der Phosphorsäure-Düngung bis zu 840 q einen ungenügenden Erfolg brachte und daß dieser bei höheren Phosphorsäuregaben sogar noch abnahm.

weil es bekanntlich nicht genügt einen Nährstoff, in diesem Fall das Ammoniak, stetig zu vermehren, ohne die übrigen fehlenden Nährstoffe, welche die Düngermischung jedenfalls enthielt, zu berücksichtigen. Nur dann, wenn alle übrigen Pflanzennährstoffe in genügendem Ausmaße vorhanden waren, konnten die steigenden Stickstoffgaben im Ammoniak zum Beweis des abnehmenden Ertrages des Mehraufwandes herangezogen werden. Das Beispiel entbehrt aber noch aus einem andern Grund der Überzeugungskraft. Da es das Ergebnis des permanenten Weizenbaues auf dem gleichen Felde ist, bringt es einen höchst bedenklichen Faktor in die Beobachtungsreihe. Nicht bloß der Pflanzenphysiologe, jeder praktische Landwirt weiß, daß die einzelnen Kulturfrüchte mit sich selbst unverträglich sind. D. h. man kann nicht einige Jahre nacheinander auf dem gleichen Felde dieselben Früchte bauen, ohne daß deren Ertrag herabgemindert würde. Von den im Boden in unlöslichem Zustand gebundenen Nährstoffen wird alljährlich nur ein geringer Teil durch die Bodenbearbeitung und durch die Atmosphärien in löslichen Zustand übergeführt. An dieser Arbeit beteiligen sich die Pflanzen durch die Ausscheidungen ihrer Wurzeln gleichfalls. Jede Kulturpflanze hat aber ein anderes Aufschließungs- und Aneignungsvermögen, etwa so wie verschiedene Tiere, Rinder, Pferde, Schafe, die Futterarten verschieden aufnehmen. Was das Rind übrig läßt, frißt das Schaf noch immer gern, das Pferd verschmäht Riedgräser nicht, die den andern nicht behagen und ähnlich verhält es sich mit den Pflanzen. Die einzelnen Gattungen der Kulturpflanzen werden auch von verschiedenen Schädlingen heimgesucht, die sich ungeheuer vermehren würden, wenn man Jahr für Jahr die gleichen Pflanzen auf demselben Acker baute. Aus allen diesen Gründen und noch aus anderen, die sich auf die mechanischen und biologischen Veränderungen des Bodens als Standort beziehen, hat man — lange bevor die theoretischen Grundlagen für die Erkenntnis dieser Umstände geschaffen waren — seit ungezählten Jahrhunderten die Pflanzen im Turnus abwechseln lassen. Das tat die alte Dreifelderwirtschaft, tat in höherem Maße die verbesserte Dreifelderwirtschaft und noch weit durchgeistigter die Fruchtwechselwirtschaft. Der Versuch von Rothamsted aber vernachlässigt diese uralte Erkenntnis, was seinen Wert mindert. Kein Mensch vermag zu sagen, inwieweit der unterlassene Fruchtwechsel an dem Mindererfolg der erhöhten Düngergaben Schuld trägt, ob das ewige Weizenfeld nicht anders auf die Düngergaben reagiert hat, wie ein in normalem Fruchtwechsel stehendes Feld. Unter diesem Vorbehalt und schematisch betrachtet, ist die Versuchsreihe dagegen recht instruktiv, insbesondere um zu demonstrieren, wie sich die pflanzenphysiologische Gesetzmäßigkeit ökonomisch auswirkt. Das Beispiel stellt dem Weizenertrag pro acre in bushels die Kosten pro bushel in sh gegenüber und weist damit den Leser darauf hin, daß zur Beurteilung, wann der wachsende Aufwand zu rentieren aufhört, noch ein Faktor gehört: der Preis des Weizens.



Vom Standpunkt des Landwirtes schiebt sich eben nicht die theoretische Frage nach der Abnahme des biologischen Erfolges des Mehraufwandes in den Vordergrund, sondern die Frage geht in ihrer privatwirtschaftlichen Modifizierung dahin, ob der Mehraufwand rentabel ist. Ihre Beantwortung fügt den physiologischen Voraussetzungen des abnehmenden Bodenertrages zwei neue hinzu: den Geldwert des Aufwandes, also die Kosten und den Verkaufswert des Produktes, also den Preis. Diese beiden entscheiden erst endgültig, welcher Intensitätsgrad eines Betriebszweiges in der Landwirtschaft als ökonomisch richtig anzusehen ist.

Intensivere Kultur, d. i. ein größerer Aufwand an Kapital und Arbeit, um auf einer gegebenen Fläche die Produktemenge zu steigern, läßt sich nach Skalweit<sup>1)</sup> nur unter zwei Voraussetzungen rechtfertigen:

Entweder müssen mindestens im gleichen Verhältnisse wie die Produktionskosten die Produktemengen wachsen — oder es müssen die höheren Erzeugungskosten durch höhere Produktpreise aufgewogen werden. Der größte Anreiz zur Intensivierung sei dann vorhanden, „wenn beide Voraussetzungen gleichzeitig erfüllt sind, wenn nämlich wachsende Produktemengen mit steigenden Produktpreisen zusammenfallen“.

Die Gegenüberstellung von Produktionskosten und Produktemengen im Vordersatz erinnert daran, daß im zweiten Satz, wo wachsende Produktemengen bei steigenden Produktpreisen als größter Anreiz zur Intensivierung bezeichnet werden, die Produktionskosten außer Betracht blieben. Dieses, für den ökonomischen Erfolg des Landwirtes so wichtige Moment der Kosten steht wieder in engem Zusammenhang mit der Produktivität des Mehraufwandes, die uns praktisch nicht weniger bedeutungsvoll ist.

Diese Produktivität des Mehraufwandes wird gewöhnlich in dem Augenblick, wo man irgendwie in die Bannweite des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages kommt, einseitig betrachtet. Man denkt unwillkürlich daran, daß jeder Mehraufwand über eine gewisse Grenze fallende Mehrerträge erbringt und ist geneigt darnach die Produktivität des Mehraufwandes nach dem Grad, in dem das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages sich geltend macht, einzuschätzen. Dabei pflegt man zu übersehen, daß ganz abseits von der Wirksamkeit jenes Gesetzes ein Geldaufwand in bestimmter Höhe von sehr verschiedener Wirkung sein kann. Ursächlich hat es mit dem Gesetz des abnehmenden Ertrages nicht das Geringste zu tun, daß wir oft unter denselben natürlichen Bedingungen, bei demselben Kulturzustand und bei dem gleichen Wirtschaftssystem für einen bestimmten Geldaufwand Produktionsmittel zu ungleichen Preisen oder von gleicher Wirksamkeit erhalten und daß dadurch die Produktivität des Geldaufwandes variieren kann.

<sup>1)</sup> Agrarpolitik.

Auf einem mir unterstehenden Gute waren im Sommer 1927 zwei Partien von Rübenarbeitern unter den gleichen Lohnbedingungen beschäftigt. Die Arbeit der einen schlechten Arbeitspartie stellte sich zufolge geringer Leistung beim Rübenvereinzeln um 73 %, beim Rübenbehacken um 54 % teurer als die gleiche Arbeit der zweiten guten Arbeitspartie. So krasse Unterschiede in der Arbeitsleistung sind wohl selten, mit der Verschiedenheit der Leistungsfähigkeit aber muß man wohl prinzipiell rechnen. — Ein anderes Beispiel: Bei gleicher Organisation und Fruchtfolge wiesen 8 von mir geleitete Güter 1926—27 nachstehende Betriebsausgaben pro Joch auf:

	Hohen- au	Rabens- burg	Abs- dorf	Matzen	Raffel- hof	Gun- tersdorf	Ebreichs- dorf	Wolf- passing.
	Schillinge							
Arbeitslöhne .	246,5	210	225	236,5	311,7	241,8	223	270
Futterkosten d. Zugviehs . .	65,9	53,9	54,9	55,7	51	48,5	46,2	56
Betriebsmate- rialien . . .	20,6	19,6	20	37,3	41	29,7	38	43

Man sieht, wie ungeachtet der gleichen Oberleitung lokale Unterschiede, die Qualität der Unterbeamten und Arbeiter, größere oder geringere Futterwüchsigkeit, die topographische Lage der Felder zum Hof und untereinander, die Entfernung von der Bahnstation, und andere geringe Unterschiede schon beträchtliche Abweichungen in den Kosten verursachten, die man keineswegs als Unterschiede der Intensität ansehen darf.

Ergibt sich daher in vielen Fällen eine Ungleichheit in den Kosten gleicher Maßnahmen und infolgedessen auch in der Produktivität des Mehraufwandes, die mit der Wirksamkeit des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag nichts gemein hat, so wird nichtsdestoweniger ebenso wie die Rentabilität der Anreiz zur weiteren Intensivierung eines Betriebes von diesen besonderen Verhältnissen abhängen. Selbstverständlich werden die verschiedenen Kosten der gleichen Maßnahme schließlich auch die Wirksamkeit des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages nicht unberührt lassen.

Die Produktivität des Mehraufwandes oder vom Standpunkte des Landwirtes gesprochen: die Rentabilität des Mehraufwandes, die nach unseren Darlegungen aus so vielen Quellen gespeist wird, hängt somit bei einem gegebenen Produktpreis ab:

1. von der Intensitätsstufe des Wirtschaftssystems,
2. von den natürlichen Bedingungen, Boden, Klima, Lage.
3. vom Preis der Produktionsmittel, von der Höhe der Löhne und Gehälter,
4. von der Organisation und von der Tüchtigkeit der leitenden Persönlichkeiten,
5. von den besonderen Bedingungen des Landes, seinen Gesetzen, der allgemeinen Kulturstufe, der allgemeinen wirtschaftlichen

Verhältnisse, der Eigenart und Tüchtigkeit der Bevölkerung im allgemeinen und der landwirtschaftlichen Arbeiter im besonderen, kurz von dem, was ich unter dem Begriff „ökonomischer Koeffizient des Staates“ zusammengefaßt habe. Wir werden uns mit der Bedeutung des ökonomischen Koeffizienten für die Landwirtschaft noch zu beschäftigen haben<sup>1)</sup>.

### III. Weitere Belege für den Einfluß einiger Faktoren auf die Rentabilität des Mehraufwandes.

Turgots Beispiel von der Rentabilität des Mehraufwandes auf jungfräulichen Böden. — Ein Erlebnis im Sudan zeigt das Gegenteil. — Lehre, welche sich daraus auch für die europäischen Verhältnisse ergibt. — Ein Beispiel aus Amerika für die ökonomischen Grenzen der Intensivierung. — Thünens Richtlinien für die Angemessenheit der Betriebssysteme.

Jungfräulicher Boden bringt, im allgemeinen mit einem minimalen technischen Aufwand, relativ reichliche Ernten hervor. Diese Erfahrung war es bekanntlich, die Turgot zur Begründung seiner Lehre vom abnehmenden Bodenertrag heranzog. „Wenn man Samen auf Böden von natürlicher Fruchtbarkeit ausstreut, ohne diesen dafür vorbereitet zu haben“, führt Turgot aus, „so ist das eine ziemlich nutzlose Mühe. Nach einmaliger Ackerung wird der Ertrag sich stark heben, eine zweite und dritte Bearbeitung vermag ihn nicht bloß zu verdoppeln und zu verdreifachen, sondern zu vervierfachen und zu verzehnfachen. Der Ertrag so in viel höherem Maße als der Aufwand, doch nur bis zu einem bestimmten Punkt, bei dem der Ertrag im Verhältnis zum Aufwand der größtmögliche ist. Nach Überschreiten dieses Punktes werden die Erträge bei weiterer Steigerung des Aufwandes zwar auch noch wachsen, jedoch in abnehmendem Grade, bis die Bodenfruchtbarkeit endlich ausgeschöpft ist und eine Steigerung des Aufwandes den Ertrag nicht mehr erhöhen kann.“

Es ist heutzutage nicht leicht die Probe auf die Allgemeingültigkeit dieses Beispiels zu machen, weil unaufgeschlossene Böden bei dem Kulturzustande der meisten unserer Ackerbaugebiete selten sind. Eine Reise nach dem Sudan bot mir indessen im Jahre 1909 reichlich Gelegenheit dazu, denn damals stand der Ackerbau dort noch auf tiefster Stufe. Südlich von Khartum kannten die Einwohner nicht einmal die primitivste Form des Pfluges<sup>2)</sup>. Eine Art Spaten reinigte den Boden wenn nötig von Gestrüpp oder Tiefwurzeln, größere Sträucher wurden verbrannt, Bäume durch Entrinden getötet. Meine Aufzeichnungen schildern den weiteren Vorgang des Ackerbaues: „Vor der Aussaat, nach der Regenperiode, wird der Boden mit einem glatten Holz geelätet, dann schreitet der Landmann das Feld ab und scharrt bei jedem Schritte mit dem Fuß ein Loch, in das die Hand ein paar Saatkörner

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel X.

<sup>2)</sup> Strakosch, *Erwachende Agrarländer*. Berlin 1910, Paul Parey.

wirft. Zur Ernte verwendet man, wenn nicht einfach mit der Hand gepflückt wird, ein geschärftes, gezahntes Stück Blech. Das Dreschen erfolgt mit einem einfachen Holzstab.“ Man sollte unter diesen Umständen glauben, daß die natürlichen und technischen Voraussetzungen für eine ausgiebige Produktivität jedes Mehraufwandes dort in reichstem Maße gegeben wären. Welche Ertragssteigerung müßte die erste oberflächliche Ackerfurche, die geringste technische Verbesserung der Bodenbestellung oder der Erntearbeiten hervorrufen!

Die Wirklichkeit stand indessen zu solchen Erwartungen im schroffsten Gegensatze. Die Ackerbestellung muß auch in den Zonen mit genügendem Regenfall, wie etwa in Kordofan, oder in Darfur zur Regenzeit vorgenommen werden, denn die große Hitze, die dort herrscht, die heftigen Winde und die dadurch bedingte geringe Luftfeuchtigkeit bringen es mit sich, daß das Wasser rasch verdunstet, während der Bedarf der Kulturpflanzen daran zufolge derselben Umstände ein um so stärkerer ist. Wie sieht es etwa in Kordofan, das noch ein relativ weniger extremes Klima als andere Teile des Sudans besitzt, aber um jene Zeit aus? Die mit Feuchtigkeit geschwängerte Luft läßt die Hitze doppelt drückend empfinden, das Leben wird dann geradezu unerträglich. Bis Ende Juli hat sich der Boden unter dem Einfluß der fortwährenden warmen Feuchtigkeit rings um die Hütten, überall wo nur ein Handbreit Erde vorhanden war, mit der dichtesten Vegetation überzogen und das schießt so beispielloso üppig in die Höhe, rankt und schlingt sich so durcheinander, daß man seiner gar nicht Herr werden kann. Der betäubende Geruch des Pflanzengestrüppes, die vielen Kröten, Frösche und Reptilien, die Moskitos und die Sandfliegen tragen dazu bei, den Aufenthalt bei Tag und Nacht noch qualvoller zu gestalten. Dabei nimmt jetzt die Malaria zu, Dysenterien treten in jeder Form auch unter den Einheimischen auf und unter dem Vieh, das sie stark verringern. Die Shilluks, die längs der westlichen Ufer des Nils zwischen Kaka und dem No-See wohnen, sind ein ganz kräftiger, gut gebauter Menschenschlag. Die Erde, die sie bestellen, ist reich und die Ackerkrume geht nach Untersuchungen 12 Fuß tief herab. Was die Shilluks bauen, Durra, Mais, Bohnen, Melonen, Erdnüsse, Baumwolle, Sesam könnte prächtig gedeihen. Aber der überreiche Boden und die Regenzeit lassen auch das Unkraut üppig wuchern und die jungen Kulturen können nur durch ununterbrochenes Jäten vor dem Ersticken bewahrt werden, durch unendliche Mühe vor den Schäden des Hochwassers. So kommt es durch die ermüdende, schwächende Arbeit dahin, daß der offizielle Regierungsbericht sagen konnte, es gäbe gar keine Europäer, die so heruntergekommen und mager wären, wie die Shilluks nach der Ackerbestellung zur Regenzeit. Die Bodenproduktion unterliegt eben in unzivilisierten Ländern wiederum Einflüssen im weitesten Maße, mit denen man bei uns gar nicht zu rechnen braucht. Und schließlich hat das, was über den eigenen Gebrauch und die Bedürfnisse der nächsten Umgebung hinaus erzeugt wird, nicht ständigen Handels-

wert, wie in zivilisierten Ländern. Es fehlt an geregelterm Handelsverkehr, es fehlt an Sicherheit das Produkt jederzeit absetzen zu können. Die Entfernung des nächsten Markortes wird durch die Beschwerlichkeit des Verkehrs auf ungebahnten Wegen vervielfältigt, der Wert des Produktes unendlich vermindert. So kann die wirtschaftliche Bilanz des Landbaues bereits auf dessen untersten Stufen einen geringen Verwertungskoeffizienten des Aufwandes ergeben.

Als ich im Sudan weilte, war die dortige Regierung bemüht, den Export und den Preis der Hauptfrucht, der Durra, zu heben, und dadurch einen Ansporn zur Erweiterung des Ausbaues zu geben. In Khartum kostete die Durra nur 25—30 P. T. per ardeb, das waren zirka 1—1 $\frac{1}{4}$  Mk. pro 100 Pfund, Grund genug, um an der Exportfähigkeit dieser, der Zusammensetzung nach dem Mais gleichwertigen Frucht nicht zu zweifeln. Die Hoffnungen schlugen indessen fehl, solange es keine Bahnverbindung aus dem Innern nach den Häfen am Roten Meer gab, denn an der Küste stellte sich der Preis der Durra zufolge der hohen Transportspesen schon auf 90—110 P. T., was die Konkurrenzfähigkeit in Europa gegenüber dem Mais vollkommen ausschloß. Nun wurde die Rote Meer-Bahn fertig und das ardeb-Durra von Khartum nach Port Sudan für 15 P. T. verfrachtet. Wer glaubt, daß man jetzt die Durra an der Küste um 40 P. T. bekommen hätte, irrt sehr. Der Preis der Durra stieg nämlich zufolge des Bahnbaues in Khartum auf 70 P. T. und sank an der Küste bloß auf 85 P. T.

Die enorme Preissteigerung des Produktes am Herstellungsorte dürfte zu einer Ausdehnung der bebauten Fläche geführt haben, ob sie aber eine Intensivierung der dortigen Pflanzenkultur gerechtfertigt hat, ja, ob sie die Annahme einer weitgehenden Rentabilität des Mehraufwandes gestattet, scheint nach den früheren Schilderungen um so weniger sicher, als derselbe Bahnbau, der den Preis der Frucht hob, auch andere Folgen mit sich brachte, die wieder nach der anderen Richtung zogen: das Ansteigen der Bedürfnisse und Ansprüche der Bevölkerung, das Höherwerten der Arbeitskraft, des Grund und Bodens, ja selbst der staatlichen Abgaben und Steuern. Was insbesondere den Faktor Arbeitskraft anbelangt, so bedeutet er in der Gegenwart, wo es glücklicherweise keine Sklavenhaltung mehr gibt, das größte und nicht genug gewertete Hindernis bei der Erschließung neuer Ländergebiete. Man bedenke ferner, welche ungeheueren Veränderungen die ganzen Grundlagen des Sudanesischen Volkstums erfahren müßten, damit seine Ackerbauer das Wissen, die Erfahrung, die technische Geschicklichkeit, das Kapital aufbrächten, die nötig wären, um die nächst höhere Stufe der landwirtschaftlichen Betriebsintensität zu erreichen. Umwälzungen so ausschlaggebender Art sind ohne wesentliche Verteuerung der Kosten nicht denkbar.

Es könnte scheinen, als ob dieses Beispiel zu weit hergeholt wäre und für die europäische Landwirtschaft keine Überzeugungskraft besäße. Demgegenüber sei bemerkt, daß Europa zwar die Gefahren der

Tropen nicht kennt, doch Gegenden besitzt, in denen die Naturgewalten sich wohl anders, aber kaum harmloser zeigen. Wir wollten auch schon deshalb auf jenes primitive Beispiel nicht verzichten, weil es besonders geeignet ist, die Fiktion zu zerstören, als ob Länder, die erst der bescheidensten Kultur entgegenstreben, mit dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrages noch nichts zu schaffen hätten. Das ist durchaus nicht der Fall und um so weniger wird man es für jene Gebiete Europas erwarten dürfen, die ihren Ackerbau kaum zu intensivieren beginnen. Solcher Gegenden aber gibt es in Europa mehr als unsere die Stätten der Hochkultur gewohnte Meinung anzunehmen geneigt ist. Man denke nur daran, daß der Kartoffelbau in Albanien erst während des Weltkrieges durch die okkupierenden österreichischen Truppen eingeführt wurde.

Im übrigen sind die Beziehungen zwischen den natürlichen und den technischen Voraussetzungen des Bodenertragesgesetzes und dessen ökonomischer Wirksamkeit auf allen Intensitätsstufen der menschlichen Kultur und des landwirtschaftlichen Betriebes von allerlei Entwicklungsmöglichkeiten abhängig. Ein Beispiel, das gleichfalls einem andern Weltteil entstammt, jedoch unter Verhältnissen spielt, die für Europa in mancher Hinsicht mit der Zeit Geltung erlangen könnten, mag diese Ansicht beleuchten: Der Schauplatz war ein nordamerikanischer Farmbetrieb in Rankin in der Vermillion County (Illinois), den ich vor Jahren besuchte<sup>1)</sup>. Ein Deutscher, Frank Seidl, bewirtschaftete dort 493 acres (200 ha), von denen alljährlich  $\frac{4}{8}$  mit Mais,  $\frac{2}{8}$  mit Hafer,  $\frac{1}{8}$  mit Klee bebaut wurden, während  $\frac{1}{8}$  als Weide liegen blieb. Frau Seidl besorgte die Milchwirtschaft und den 800 Stück zählenden Geflügelhof selbst, der ganze übrige Betrieb mitsamt dem respektablen Viehstand von 30 Pferden, 60 Rindern und 200 Schweinen wurde vom Besitzer, dessen zwei Söhnen und einem Knecht betreut. Nur zur Zeit der Maisernte nahm man noch zwei bis drei Leute dazu auf. Bei uns zu Lande erscheint das Auskommen mit so geringen Arbeitskräften kaum glaublich. Die geschlossene Form des amerikanischen Grundbesitzes, die praktische Anlage der Gebäude, die treffliche Organisation des Betriebes und die verblüffende Ausnützung von Zeit, Menschenkraft und Maschinenarbeit bringen das Kunststück wahrscheinlich auch heute noch zustande, aber selbstverständlich nur bei einem ganz bestimmten Wirtschaftssystem. Beim ersten Versuch unserem mitteleuropäischen Ideale entsprechend intensiver zu arbeiten, müßte die ganze Organisation versagen. Da gibt es keine Sonderung zwischen Stoppelsturz und Ackerrückbau, keinen Kunstdünger, nicht einmal Stallmist, weil die Tiere das ganze Jahr über im Freien gehalten werden und weil es auch an Zeit fehlt den Dünger zu sammeln, zu konservieren, zu verteilen. Man kann die Tiere nicht viel striegeln und pflegen, die Kühe nicht dreimal im Tag melken und dgl. Der Mais kann nicht sorgfältig von den Nebetriebenen und durch

<sup>1)</sup> Vgl. Strakosch, Amerikanische Landwirtschaft. Wien 1905, Frick.

die Handhacke vom Unkraut befreit werden, die Erntearbeiten gehen summarisch wie alles übrige vor sich, ihr schneller Verlauf gilt für wichtiger wie eventuelle Verluste, die durch das Tempo entstehen. Die ganze Arbeit unterscheidet sich in der Qualität gewaltig von der unsrigen und läßt sich durch kleine Mittel nicht viel ändern. Bei dem Arbeitermangel, der in Amerika herrscht, bei den hohen Löhnen, die dort gezahlt werden müssen, bei der Riesenentfernung vom nächsten Konsumort und vom nächsten Ort, der Kunstdünger, Bedarfsartikel und dgl. liefert, würde der Mehraufwand sofort so ungemessen steigen, daß der billigste und reichste Boden ihn nicht lohnen könnte. Das Gesetz vom abnehmenden Ertrag ruft auch hier einem nicht berechtigten Mehraufwand sein energisches Veto zu. Es muß sich auch in diesem Teil Amerikas trotz der reichen, unausgenützten Böden und ungeachtet des dortigen, nicht ungünstigen Klimas fühlbar machen, weil seine natürlichen und technischen Voraussetzungen in jedem Stadium der Entwicklung durch die ökonomischen Verhältnisse modifiziert werden und weil erst das Zusammenwirken beider über den Zielpunkt der Wirksamkeit des Gesetzes entscheidet.

Dieses hatte kaum seine erste, schüchterne Formulierung gefunden, als Thünen einen solchen Zusammenhang bereits in aller Schärfe erkannte<sup>1)</sup>. Er zeigte insbesondere, welchen Einfluß die Lage auf die Geltung des Gesetzes und damit auf die Angemessenheit der Wirtschaftssysteme habe. Die verschiedenen Erzeugnisse des Bodens und der Viehzucht vertragen die Verfrachtung auf weite Entfernungen in verschiedenem Maße. Denselben Transportspesen stehen abweichende Produktpreise gegenüber, der höhere oder niedrigere Grad der Verderblichkeit bringt es ferner mit sich, daß die Transportfähigkeit und damit auch die Absatzfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht dieselbe ist. Thünen gelangt bekanntlich auf Grund spezieller Untersuchungen der einzelnen Produkte und Wirtschaftssysteme zu der Ansicht, daß bei hypothetischer Annahme eines gegen Zu- und Abfuhr geschlossenen kreisförmigen Wirtschaftsgebietes, in dessen Zentrum sich ein einziger großer Konsumtionsort befindet, die Rentabilität des höheren Aufwandes gegen die Peripherie zu abnehmen müsse. Danach weist Thünen den verschiedenen Produktionsorten je nach ihrer Lage Betriebssysteme zu, deren Intensität sich mit der Entfernung vom Konsumtionszentrum stetig verringert.

Die Wirklichkeit kennt keine hermetisch geschlossenen Produktionsgebiete und keine abstrakte Abgrenzung der Produktionssysteme. Bessere Bodenbeschaffenheit, reichliche, günstig verteilte Niederschläge, intelligente Arbeiter, tüchtige Wirtschaftler und viele andere Momente sind stets imstande die Folgen der Entfernung vom Markorte zu verringern und Bresche in die Voraussetzungen zu legen, die die Lage sonst mit sich bringt; andere unvorteilhafte Umstände wieder sind imstande,

die Entfernung gleichsam zu vergrößern. Die Verbesserung des Verkehrswesens, das Entstehen von Industrien und damit Konsumstätten bedeutet gewiß die Befreiung von örtlicher Gebundenheit, das Entstehen und die Eigenart der modernen Riesenstädte eine Entwicklung in gleicher Richtung und zugleich in entgegengesetzter: Die Großstadt schafft den benachbarten Landwirtschaftsbetrieben wohl besseren Absatz zu günstigeren Preisen, sie zieht aber auch die Arbeitskräfte an sich, treibt die Bodenpreise in die Höhe und verteuert die Betriebskosten in jeder Hinsicht<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Wertvolle Belege hierzu gibt Ostermayer in Untersuchungen über die Ertragsfähigkeit der mährischen Bauernbetriebe. Brünn 1911, Verlag der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für die Markgrafschaft Mähren.

<sup>1)</sup> Thünen, Der isolierte Staat. I. Aufl., 1826, I. Bd.



## VIII. Kapitel.

## Die Suspendierung des Bodenertragsgesetzes.

## I. Läßt sich ein Naturgesetz aufheben?

Nicht das Naturgesetz, nur seine wirtschaftlichen Folgen lassen sich zeitweilig suspendieren. — Liebig glaubt das Gesetz technisch überwunden zu haben. — Er widerlegt sich selbst durch das Gesetz vom Minimum. — Einige praktische Erfahrungen dazu.

Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages ist, wie eben besprochen, das Gesetz des Pflanzenwachstums, somit ein Naturgesetz. Seine wirtschaftliche Geltung verdankt es dem zufälligen Umstand, daß der Mensch die dem Gesetz unterworfenen Kulturpflanzen zum Gegenstand wirtschaftlicher Ausbeutung gemacht hat. Diese Tatsache hat nicht verhindert, daß über die Möglichkeit der Suspendierung des Gesetzes dickleibige Bücher und Abhandlungen geschrieben wurden. Ein Naturgesetz aber — läßt sich das suspendieren, läßt sich etwa die Schwerkraft aufheben, der Lauf der Sterne ablenken? Wer wollte daran zweifeln, da heute noch die Spiritisten schwören, daß die Schwerkraft für ihre Medien nicht gelte; da Josuas Gebet die Sonne im Tale zu Gibeon zum Stillstand brachte, so gründlich zum Stillestehen brachte, daß das noch im Jahre 1616 als Beweis gegen die ketzerische Behauptung Galileis von der Bewegung der Erde um die Sonne geführt wurde! Wer wollte das Wunder der Suspendierung leugnen, da doch die Landwirtschaft der Natur so nahe steht und die Natur selber das größte Wunder ist, das die Welt je gesehen hat!

Dennoch will der Landwirt, der fest mit beiden Füßen auf seinem Boden steht, nichts davon wissen. Er wehrt sich vielmehr aus voller Überzeugung gegen den mißglückten Ausdruck der „Suspendierung“ des Bodenertragsgesetzes. Dieses Gesetz des Pflanzenwachstums ist niemals suspendiert worden und niemand wird imstande sein es je zu suspendieren. Zwar nicht suspendieren, aber immerhin hinausschieben lassen sich höchstens seine wirtschaftlichen Folgen. Wenn das letzte zusätzliche Kilo Kunstdünger, die letzte zusätzliche Arbeitsstunde auch abnehmende Mengen von Früchten gebracht hat, so kann die Erhöhung der Fruchtpreise, die allgemeine Verbilligung des Arbeitsprozesses zufolge technischen Fortschrittes jenen Aufwendungen doch noch Rentabilität verleihen. Die Erfindung erntesteigernder Methoden berührt das Gesetz des Pflanzenwachstums nicht im mindesten, es läßt aber einen höheren wirtschaftlichen Aufwand als vorher rentabel erscheinen, was dann als Suspendierung des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages bezeichnet wird.

In diesem Sinne schien die Wirkung des Gesetzes fast grenzenlos hinausgeschoben, als Liebig mit seinen Entdeckungen über die Bodenerschöpfung und den Wiederersatz der Pflanzennährstoffe hervortrat. Der überraschende Erfolg des neuen Kunstdüngers warf alle Bedenken wegen der Beschränktheit der landwirtschaftlichen Produktionsvermehrung über den Haufen. Liebig meinte, daß die Ernten im direkten Verhältnis zu den im Boden vorhandenen, löslichen Pflanzennährstoffen stünden. Müßten diese erst durch mechanische Bodenbearbeitung für die Pflanzenwurzeln aufnehmbar gemacht werden, so könne die Menge der löslichen Nährstoffe nicht im Verhältnis zu der erforderlichen Arbeit steigen. Der Stallmist bietet den Pflanzen gleichfalls die notwendigen Nährstoffe erst nach langsamer Verwitterung in gelöstem Zustande. Deshalb habe das Gesetz des abnehmenden Ertrages, wie Liebig argumentierte, nur für die mechanische und für die gewöhnliche Stallmistwirtschaft Geltung. Anders dagegen, wenn alle dem Boden in der Ernte entzogenen Pflanzennährstoffe in einer von den Wurzeln direkt aufnehmbaren Form wiedererstattet würden. Dann stiegen die Ernten proportional den im Boden angehäuften, löslichen Stoffen, wodurch das Gesetz des abnehmenden Ertrages so lange suspendiert werde, bis die konstante, der Anreicherung mit löslichen Nährstoffen entsprechende Ertragsvermehrung schließlich in den Bedingungen der Atmosphäre, des Lichtes und der Wärme ihren Abschluß fände<sup>1)</sup>.

Obwohl die Erfindung des Kunstdüngers tatsächlich bahnbrechend wirkte und die landwirtschaftliche Produktivität mächtig förderte, gingen die Folgen doch nicht annähernd so weit, als Liebig und seine Anhänger annahmen. Jener glaubte das Bodenertragsgesetz technisch überwunden zu haben und diese waren ganz davon überzeugt, die Ernten durch Vermehrung aller Aschenbestandteile, ohne technischen Mehraufwand, ins Ungemessene steigern zu können. Wir wissen indessen heute, daß das eine wie das andere weit übertrieben war. Kein noch so großer Vorrat an löslichen Bodennährstoffen ist imstande, eine Ertragssteigerung mit Sicherheit zu verbürgen. Licht, Wärme, Niederschläge und Luftfeuchtigkeit, die anderen Faktoren der Witterung und deren Verlauf, dann der physikalische Zustand des Bodens wirken nicht erst bei einem gewissen Sättigungsgrade an löslichen Nährstoffen auf den Ernteertrag zurück, sondern bestimmen diesen unter allen Umständen zusammen mit den im aufnehmbaren Zustande vorhandenen Bodennährstoffen. Das Gesetz des Minimums, das Liebig selbst in dem Satz ausgesprochen hat: „Die Fruchtbarkeit eines Feldes steht im Verhältnis zu dem im Boden in geringster Menge enthaltenen notwendigen Bestandteile“<sup>2)</sup> gilt, innerhalb gewisser Grenzen, auch für die

<sup>1)</sup> Liebig, Die Grundsätze der Agrikulturchemie. Vgl. auch Esslen, Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages seit Justus v. Liebig. München 1905.

<sup>2)</sup> Liebig, Grundsätze der Agrikulturchemie. II. Aufl., p. 105. „Die Tragkraft einer Kette wird durch ihr schwächstes Glied bestimmt.“ Graf zur Lippe zitiert in Roscher, Nationalökonomie des Ackerbaues, XIII. Aufl., p. 107. — A e r e b o e



anderen Bedingungen des Pflanzenwachstums. Sind diese nicht günstig, so kann der Reichtum an Bodennährstoffen sogar schädlich wirken. Während des regenarmen Sommers des Jahres 1911 gediehen die Zuckerrüben in der Wirtschaft des Verfassers im Marchfeld, die starke Kunstdüngergaben erhalten hatten, schlechter als die Rüben auf den mit Kunstdünger schwach bestellten Parzellen. Die Dungsalze hatten, infolge des abnormen Mangels an Wasser, das diesmal den minimalsten Faktor darstellte, eine den Pflanzen unvorteilhafte Konzentration der Bodenflüssigkeit hervorgerufen. Der Sommer 1912 brachte heftige Regengüsse und auch da gaben die besser gedüngten Gerstenfelder geringere Erträge als die ärmeren Felder, weil sie mehr unter Lagerung gelitten hatten. Bei normalem Witterungsverlauf und bei genügenden Niederschlägen können mäßig gedüngte Felder höhere Erträge abwerfen als stark gedüngte Felder in Jahren mit unvorteilhaftem Witterungsverlauf. Übermäßiger Vorrat an einzelnen Dungstoffen kann überdies zu einem Luxuskonsum der Pflanzen führen, zufolge dessen dann der Ernteertrag nicht im Verhältnis zu den aufgenommenen Mineralbestandteilen oder dem aufgenommenen Stickstoff steht <sup>1)</sup>.

Alle diese Erwägungen zeigen die Unhaltbarkeit der Annahme einer Ertragssteigerung, die den vorhandenen löslichen Bodennährstoffen parallel ginge. Ebenso wenig genügt die Wirkung des Kunstdüngers

hat in „Beiträge zur Wirtschaftslehre des Landbaues“, Berlin 1905, die Beziehungen zwischen dem „Gesetz vom Minimum“ und dem Bodenertragsgesetz klar gelegt.

<sup>1)</sup> H. Ritthausen und U. Krenslar fanden im Mittel der Trocken-substanz von Weizenkörnern

Ungedüngt	Phosphorsäure + Stickstoffdüngung
Stickstoff 2,60%	3,58%

In derselben Weise muß der Boden als solcher je nach seinem natürlichen Gehalt an assimilierbaren Nährstoffen, wie Stickstoff und Phosphorsäure, die Zusammensetzung der Weizenkörner beeinflussen. Der in Österreich, Ungarn, Frankreich und Spanien gewachsene Weizen enthält mehr Protein, als der englische, schottische und dänische Weizen. Die schweren Roggenkörner sind nach Nothwang und Gwallig reicher an Stickstoffsubstanz, als die leichteren. Wie verschieden die Zusammensetzung einzelner Gerstenarten unter sonst gleichen Anbauverhältnissen sein kann, zeigt ein vergleichender Anbauversuch v. Liebenberg mit Hanna Chevalier- und Imperialgerste; er fand:

Gerstensorte:	Stickstoffsubstanz
Hanna . . . . .	9,50%
Chevalier . . . . .	11,89%
Imperial . . . . .	11,85%

Im regenreichen Sommer 1886 (mit 2,66 mm täglicher Regenhöhe) hatten die Körner von ungedüngtem Weizen im Mittel von mehreren Proben 12,7% Stickstoffsubstanz und 1,98% Asche, in den trockenen Sommern 1885 und 1887 (mit 1,86 bzw. 1,73 mm tägl. Regenhöhe) nur 11,73% bzw. 11,28% Stickstoffsubstanz und 1,74 bzw. 1,90% Asche. (König, Chemie der menschlichen Nahrungs- und Genußmittel, IV. Aufl., 1904, Bd. II.) „Die Pflanze nimmt nicht bloß auf, was sie braucht, sondern in einem gewissen Grad auch, was ihr in den Weg kommt. So gut sie Natron aufnimmt, mit welchem sie nichts anzufangen weiß, so gut nimmt sie auch ein Übermaß an Kalk oder Kali auf, nachdem ihr Bedarf daran befriedigt ist.“ Adolf Mayer, Die Ernährung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen. Berlin 1876, p. 100.

um die Suspendierung des Bodenertragsgesetzes allein herbeizuführen. Jenes Suspendieren heißt eine Ertragssteigerung hervorrufen, die größer ist als der Aufwand, der sie bewirkt hat. Der Kunstdünger aber kostet Geld, der Transport aufs Feld, das Breiten desgleichen, der Boden muß besser und tiefer bearbeitet werden, das Unkraut pflegt sich auf stärker gedüngten Feldern üppiger zu entwickeln und mehr Arbeit zu verursachen usw. Immer ist der begrenzte Erfolg des Kunstdüngers von vermehrten Ausgaben begleitet, wie der Erfolg fast jeden technischen Fortschrittes in der Landwirtschaft. Selbst die Verwendung hochgezüchteter Samensorten, ein entsprechender Fruchtwechsel, die beide den Ertrag zu heben vermögen, setzen in der Regel einen gewissen Mehraufwand voraus.

## II. Der Kampf um das Bodenertragsgesetz geht weiter.

Howards Produktionskosten-Berechnungen werden für und wider die Geltung des Gesetzes ausgewertet. — Was die Wirklichkeit zu dieser spekulativen Beweisführung sagt. — Das Anwachsen der Erzeugungskosten als Begleiterscheinung des kulturellen Fortschrittes. — Rückwirkung auf die Rentabilität des Aufwandes.

Ungeachtet aller dieser Tatsachen wogt der Kampf um das Bodenertragsgesetz noch immer auf der ganzen Linie auf und nieder, sucht eine ganze Reihe von Nationalökonomien mit Hilfe von Betriebsergebnissen, Anpflanzungsversuchen, statistischen Zusammenstellungen nicht bloß zu ergründen, ob wir in den Ländern der Hochkultur mit unserer Weisheit gegenüber der Unerbittlichkeit, die das Gesetz in seinen letzten Konsequenzen enthält, zu Ende sind oder nicht, sondern noch weitergehende Schlüsse zu ziehen. So glaubt Waterstradt <sup>1)</sup> auf „exaktem“ Wege die Existenz einer Gesetzmäßigkeit, wie sie dem abnehmenden Bodenertrag entspricht, leugnen zu können, weil er bei einer Anzahl untersuchter Güter den Reinertrag im allgemeinen um so höher fand, je höher die Aufwendungen auf die Flächeneinheit waren. Die Veröffentlichungen Howards über die Produktionskosten der Feldfrüchte in 140 Wirtschaften <sup>2)</sup> veranlaßten Waterstradt zu neuerlichen Untersuchungen, die ihn zu dem Ergebnis führten, daß das Gesetz der abnehmenden Kosten für den Arbeitsaufwand gelte, für den sachlichen Aufwand dagegen das des abnehmenden Bodenertrages in Wirksamkeit trete. Dr. Stieger und Knut Wicksell <sup>3)</sup> kamen auf Grund desselben Howardschen Materials, jedoch in anderer Gruppierung, zu dem entgegengesetzten Ergebnis. Ballod <sup>4)</sup> nimmt eine Vereinfachung der Gruppierung der Howardschen Materialien vor und will dadurch einwandfreiere Resultate erhalten, daß er die 140 Betriebe

<sup>1)</sup> Waterstradt, Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag. Thünen-Archiv, I. Jahrg.; ders., Das sogenannte Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag. Mitteilungen d. deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom 18. Mai 1907.

<sup>2)</sup> Howard, Die Produktionskosten unserer wichtigsten Feldfrüchte. Berlin, Parey, II. Aufl. 1902.

<sup>3)</sup> Angeführt in Ballod, Die Produktivität der Landwirtschaft. Verhandlungen des Vereines für Sozialpolitik, 1909.

<sup>4)</sup> a. a. O. p. 455.

in gleich große Gruppen teilt und nach steigendem Hektarertrag abstuft. Nach dieser mühsamen Umstellung bringt er dann heraus: „daß bei allen Getreidearten sowohl als bei Kartoffeln und Zuckerrüben ein Absinken der Produktionskosten von den niedrigsten bis zur höchsten Intensitätsstufe stattfindet“. Derselbe Gelehrte sucht das Für und Wider des Gesetzes u. a. noch an der Hand von Lauchstädter<sup>1)</sup> Düngungsversuchen mit Stickstoff und Phosphorsäure zu ergründen. Er meint zwar, zu einer exakten Feststellung der Wirksamkeit oder Nichtwirksamkeit des Bodengesetzes unter verschiedenen Boden- und Klimaverhältnissen, bei verschiedenen Preisen und Produktionskosten wären noch eine Reihe von eingehenden Versuchen erforderlich, verübelt es aber trotzdem Eßlen, daß dieser von der Proportionalitätsgrenze spricht<sup>2)</sup>, über die hinaus jede Mehrung der mechanischen oder chemischen Bodeneigenschaften relativ abnehmende Mehrerträge zeitige, ohne mit einer Silbe anzudeuten, wo denn seiner Meinung nach die Proportionalitätsgrenze liege. Für Ballod scheint sie festzustehen, kommt er doch zu dem Schlusse, daß eine Steigerung der Produktivität in Deutschland bis zur durchschnittlichen doppelten Höhe der jetzigen Erträge, lediglich eine Kapitalbeschaffungsfrage wäre.

Die Schriften Ballods und anderer Nationalökonomien stützen sich in ähnlicher Weise noch auf eine ganze Reihe von Anbau- und Düngerversuchen, auf das Ansteigen und Absinken der Gesamtkosten und dergleichen mehr<sup>3)</sup>. Man verzeihe dem landwirtschaftlichen Prak-

<sup>1)</sup> „Aus dem Ergebnis der Versuchswirtschaft Lauchstädt geht hervor, daß der Bedarf an Phosphorsäure bis zum absoluten Ertragsmaximum bzw. Ertragsoptimum etwa sich gleich bleibt. Auch für Stickstoff ließ sich bei Weizenanbauversuchen bis zu einem Hektarertrag von 3200 kg-64 Ztr. nur eine proportionale Zunahme feststellen (nach Thiels Landwirtsch. Jahrb. 1899 p. 928). Diese Ertragsstufe von 64 Ztr. pro ha entsprach aber gerade der obersten aus dem Howard'schen Material zusammenstellbaren Intensitätsstufe.“ Ballod a. a. O. p. 458.

<sup>2)</sup> Eßlen, Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages.

<sup>3)</sup> Man hat auch versucht aus der Preisbewegung der guten und schlechten Böden auf die Wirksamkeit oder Nichtwirksamkeit des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag zu schließen was sich als nicht beweiskräftig erwiesen hat. K. Oldenberg, in einer Buchbesprechung im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (XXXII. Bd.) Ludwig Ganten, Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag. Inaugural-Dissertation, Greifswald 1912. Paul, (Die Bedeutung des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag für Grundlegung der Landwirtschaftswissenschaft und Organisation des landwirtschaftlichen Betriebes. Diss. phil. nat. Jena 1927.) findet das Gesetz in seinen Voraussetzungen wirklichkeitsfremd und meint, daß es selbst unter Anerkennung dieser Voraussetzungen lediglich eine technische und keine ökonomische Gesetzmäßigkeit behandle. Es habe auch Einwirkungen auf die Betriebsorganisation, sei aber unverantwortlich für die Grundlegung der Landwirtschaftsökonomik. Der praktische Landwirt kommt über die Erscheinung des abnehmenden Ertrages in seiner Wirtschaft deshalb doch nicht hinweg. Gorden, Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages in „Agrarprobleme“, herausgegeben vom Internationalen Agrar-Institut in Moskau, kommt zu dem Ergebnis, das die Entwicklung der Landwirtschaft die Produktivität der Arbeit immer mehr steigere, so daß für die Wirksamkeit des Gesetzes kein Raum übrig bleibe, was den Erfahrungen des praktischen Landwirtes ebenso widerspricht.

tiker, der gewohnt ist die Resultate seiner Arbeit unter dem Einfluß der wechselnden Verhältnisse alljährlich schwanken zu sehen, der seine berechtigten Erwartungen unzählige Male durch irgend ein nicht voraussehendes Ereignis von heute auf morgen vernichtet sah, wenn er solche subtile theoretische Berechnungen nicht als Beweise für oder gegen das Gesetz anzuerkennen vermag. Was beweist es, wenn von den Waterstradtschen Gütern im allgemeinen die einen höheren Reinertrag abwarfen, welche höhere Aufwendungen verursacht hatten? Kennt man die Bodenqualitäten, den Untergrund, den Witterungsverlauf, die Kapitalkraft des Besitzers, seine Intelligenz und Erfahrung, hat man die wirtschaftliche Lage, die Verkaufspreise, die Qualitäten der Produkte verglichen; weiß man, welcher Betrieb von tierischen Schädlingen mehr heimgesucht war, wem das Unkraut des Nachbarn das Feld verunreinigt hat, wer dem Arzt für erkrankte Arbeiter mehr zahlen mußte, wem ein Stück Vieh umgestanden ist und tausend andere Dinge, die alle für Aufwand und Ertrag entscheidend sind. Wir haben schon früher gesehen, daß der höhere Aufwand durchaus nicht immer mit einer höheren Intensitätsstufe im Sinne erhöhter Produktivität identisch sein muß. In der Wirtschaft des Verfassers gibt es unter anderem zwei benachbarte Meierhöfe, die nach einem gleichen Plan bewirtschaftet werden. Beide haben gleiche Bodenqualität, dagegen ist die Fläche des einen in 100 Parzellen zersplittert, viele davon sind vom Hofe weit entfernt und alle leiden stark unter der Besamung, die die verunkrauteten Nachbarfelder stets von neuem hinüberwerfen. Der Mehraufwand an Zugvieh ist auf diesem Hof gegenüber dem kommassierten Nachbarhof beträchtlich und ebenso erhöhen sich die Spesen für Unkrautjäten, öfteres Behacken und Bearbeiten der Felder ganz wesentlich. Auch vom Arbeitstage geht viel durch das Hin- und Hergehen verloren. Der Hof erfordert also bei gleicher Betriebsweise weit größeren Aufwand, seine Bewirtschaftung hat alle Merkmale größerer Intensität und dennoch bringt er keinen höheren Roh- und Reinertrag als der Nachbarhof. Dieser ist fast ganz kommassiert, weist deshalb weniger Unkraut auf und braucht aus dem gleichen Grunde weniger Zugvieh und Arbeitskräfte. Dies beweist abermals, daß der höhere Aufwand nicht immer auf höhere Intensität hindeutet. Andererseits wird in vielen Fällen der Reinertrag eines Objektes nicht deshalb höher sein als der eines andern, weil man bei jenem eine intensivere Wirtschaftsweise angewendet hat, sondern der größere Aufwand wurde vielleicht gemacht, weil das erste Objekt mehr Voraussetzungen für die Rentabilität eines größeren Aufwandes aufwies.

Der höhere Hektarertrag, der nach Ballod die höhere Intensitätsstufe repräsentiert, ist schon gar kein Beweis für eine solche. Wie oft kommt es vor, daß in derselben Wirtschaft ein Feld wesentlich mehr Ertrag gibt als das andere. Daran kann, je nach dem jährlichen Witterungsverlauf, einmal die leichtere und einmal die schwerere Bodenqualität Schuld tragen, ebenso zeitweilig der frühere oder spätere

Anbau oder das ungleiche Saatgut, die ungleiche Verunkrautung, ein tierischer Schädling u. a. m. Die Produktionskosten des ertragreicheren Feldes sind dann natürlich auf die Quantität der Frucht gerechnet geringer als die des anderen Feldes. Ebenso verhält es sich bei verschiedenen Wirtschaften. Für den Mehrertrag kann eine zufällige natürliche Ursache maßgebend sein und nicht die Steigerung der Intensität. In diesem Falle wird der Reinertrag größer sein wie auf den weniger glücklichen Wirtschaften und die Produktionskosten pro Mengeneinheit werden selbstverständlich sinken. Auch erfolgreiche Düngungsversuche können nichts anderes beweisen, als daß der Kunstdünger auf sich unter den gegebenen Verhältnissen und in einer bestimmten Zeitperiode rentiert hat. Das nächste Jahr bewirkt der Witterungsverlauf vielleicht das Gegenteil, oder ein tierischer Schädling beeinträchtigt die Ernte, oder deren Preis ist geringer, oder der Preis des Kunstdüngers, die Kosten des Düngerstreuens sind höher geworden. Der Landwirt muß sich nach solchen Versuchen überlegen, ob der mögliche Erfolg das Risiko lohnt, für den Theoretiker dürfen sie aber noch lange nicht als Beweis gelten, daß das Bodenertragsgesetz in unseren Ländern andauernder Suspendierung fähig ist. Abgesehen von der Variabilität der erwähnten Faktoren lehrt ein solcher geglückter Düngungsversuch schon für das Nachbarfeld, für den unter anderen Bedingungen wirtschaftenden Nachbarbetrieb gar nichts mehr <sup>1)</sup>.

Man hat als einen Beweis der Geltung des Gesetzes für die Landwirtschaft der meisten west- und mitteleuropäischen Länder angesehen, daß diese ihre Bevölkerung nicht mehr selbst zu ernähren imstande waren <sup>2)</sup>. Auch das Bestehen derartiger Zusammenhänge sollte man lieber als eine berechnete Vermutung denn als einen Beweis hinstellen. Ist es doch nicht ausgeschlossen, daß Arbeit und Kapital dieser Länder es vorgezogen haben, sich anderen lukrativeren Produktionszweigen industrieller Art zuzuwenden, ein Fall, der gewiß auch denkbar wäre, wenn das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages gar nicht existieren würde. Dieses selbst und die Grenzen seiner Geltung werden sich ziffernmäßig niemals anders als retrospektiv, in Ansehung einer bestimmten Maßnahme und unter den bestimmten, in der beobachteten Zeitperiode vorhandenen natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen feststellen lassen. Wir brauchen solche ziffernmäßige Beweise zur Erkenntnis des Gesetzes auch gar nicht, weil sie bereits in unumstößlicher Form in der Tatsache der Beschränktheit der Bodenfläche, der An-

<sup>1)</sup> Aereboe bemerkt sehr richtig über das Gesetz: „Am wenigsten aber darf man seine Wirksamkeit oder Unwirksamkeit bzw. Art und Maß seiner Wirksamkeit mit einer geringen Zahl landwirtschaftlicher Buchführungsergebnisse untersuchen wollen.“ Ursachen und Formen wechselnder Betriebsintensität in der Landwirtschaft im 19. Jahrhundert. Berlin 1905.

<sup>2)</sup> Esslen, Die Produktivität der Landwirtschaft. Referat bei den Verhandlungen des Vereines für Sozialpolitik in Wien 1909. Duncker & Humblot, Leipzig 1910.

sprüche der Pflanzen an Licht, Luft und Bodenraum und der Veränderlichkeit der natürlichen und wirtschaftlichen Faktoren gegeben sind. Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages, wie es Turgot ausgesprochen hat, ist mit der Einschränkung anzuerkennen, daß seine Wirksamkeit auf jeder Intensitätsstufe durch das Zusammenwirken der natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen beschleunigt oder verzögert werden kann. Der Mehrertrag muß den Mehraufwand selbst unter den primitivsten Bedingungen nicht immer lohnen. Die Hochkultur hat zwar die Natur eher beherrschen gelernt, doch verstärkt die Unbeständigkeit der äußeren Einflüsse das Risiko um so mehr, je größer der Aufwand wird, den man auf Spiel setzt. Deshalb ist es für die künftigen Suspendierungsmöglichkeiten um so bedeutsamer, daß die Kosten der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur relativ mit deren Intensivierung, sondern auch absolut zunehmen, wenn sich ein Land wirtschaftlich weiter entwickelt.

Das unerwartete Anwachsen der landwirtschaftlichen Erzeugungskosten bildet eine der Begleiterscheinungen jeden kulturellen Fortschrittes. Wir haben das an den Beispielen aus dem Sudan und aus den Vereinigten Staaten gesehen und können es ansteigend zu immer höheren Kulturstufen in gleich überzeugender Weise beobachten.

Die Buchabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft untersucht systematisch die Betriebsverhältnisse der Landwirtschaft und hat auf einem westpreußischen Gute das Verhältnis zwischen Einnahmen und Löhnen auf vierzig Jahre zurückverfolgt.

Die Summen stellen sich folgendermaßen (in Mark):

	Löhne	Einnahmen
1868/69 . . . . .	11 250	61 200
1909/10 . . . . .	31 652	125 965
Steigerung . . . . .	181 %	106 %

Während die Löhne im Jahre 1868/69 18,4 % der Einnahmen betragen, ist der Prozentsatz dieses wichtigsten, ausschlaggebendsten Faktors unter den Betriebskosten trotz doppelt größerer Einnahmen auf 25,1 % gewachsen. Nach der Korrespondenz des Bundes der Landwirte stieg der Gesindelohn <sup>1)</sup>:

Kreis	Geldern	von 1872 bis 1900	Knechte	Mägde
„	Gladbach	„ 1882 „ 1904	154 %	125 %
„	Rees	„ 1872 „ 1903	56 %	26 %
„			154 %	100 %

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen berichtete für 1896—1905 Lohnsteigerungen des Gesindes von 18,6—60,6 % und der Tagelöhner von 17—50 %. Auf einer Domäne in der Provinz Sachsen erhöhten sich die Löhne 1901—1906 gegenüber 1894—1900 um 35,5 %,

<sup>1)</sup> Wiedergegeben in der Österreichischen Agrarzeitung vom 11. Jänner 1913.

gegenüber 1882—1888 sogar um 102 %. Auf der Domäne Falkenrehde bei Berlin stiegen („Illustrierte landwirtschaftliche Zeitung“ vom 19. Oktober 1912) die Löhne in der Periode 1907/08 bis 1911/12 gegenüber 1885/86—1889/90 um 72,3 %; nach den Erhebungen von Dr. Gutknecht-Ichstedt über die landwirtschaftlichen Verhältnisse der sogenannten Magdeburger Börde sind die Löhne bei einem der beschriebenen Güter pro Hektar von 112,40 Mark in 1884/85 auf 209,88 Mark in 1903/04 gewachsen, sie haben sich also fast verdoppelt. Für ein anderes Gut berechnet der Verfasser, daß im Durchschnitt 1890—1898 gegenüber 1887—1892 Gehälter, Löhne und Ausgaben für soziale Versicherung um 25 Mark pro Hektar gestiegen sind.

Deutlicher tritt dieselbe Tendenz bei einem großen Ökonomiebetriebe im Marchfelde hervor, dessen Statistik dem Verfasser zur Verfügung steht. Die Produktionskosten haben sich dort schon vor dem Kriege bei Gleichbleiben von Pachtzins und Steuern im Laufe weniger Jahre um 66,7 % vermehrt.

Die Spesen betragen:	Im Durchschnitt der Jahre 1900—1902	Im Durchschnitt der Jahre 1910—1912
Löhne und Gehälter . . . . .	237 137 Kr.	421 262 Kr.
Reparaturen . . . . .	10 223 „	35 810 „
Material . . . . .	7 377 „	20 619 „
Unkosten . . . . .	31 500 „	51 581 „
Kunstdünger . . . . .	40 704 „	81 569 „
Heizmaterial . . . . .	18 930 „	33 269 „
Futter für Zugvieh . . . . .	135 671 „	158 815 „
	<u>481 542 Kr.</u>	<u>802 925 Kr.</u>

Die Hauptpost des Zuwachses bilden auch hier die Löhne und Gehälter, die sich um mehr als 78 % verteuert haben. In der Arbeiterfrage liegt zugleich auch der Schlüssel für die Vermehrung der meisten übrigen Ausgaben. Der Arbeitermangel hat stärkere Verwendung von Maschinen erfordert und dadurch höhere Ausgaben für Maschinenreparaturen, Materialien, Heizmaterialien bedingt. Das Preisniveau der meisten dabei in Frage kommenden Artikel ist ebenfalls höher geworden. Dasselbe gilt vom Kunstdünger, dessen Konto nicht nur durch vermehrte Düngieranwendung, sondern auch durch Preise belastet wurde.

Noch schärfer tritt die Neigung zur Vermehrung der Produktionskosten nach dem Weltkrieg in die Erscheinung. Der Vergleich der Betriebskosten eines größeren typischen Landgutes in Niederösterreich vor und nach dem Krieg zeigt ein Anwachsen der Ausgaben um nicht weniger als 80 %<sup>1)</sup>. Ähnliche Erscheinungen ergaben sich in allen europäischen Staaten, eine Tatsache, die wir an anderer Stelle zu untersuchen haben werden. Hier sei immerhin folgendes vorweg ge-

<sup>1)</sup> Weitere Belege dazu findet man in Kapitel XIV.

nommen: Wechselnde Konjunkturen lösen sich in der Wirtschaftsgeschichte der Völker ab und Krisen haben die aufstrebende Richtung der Preise gar oft ins Gegenteil gewendet. So mögen auch künftig wieder Zeiten kommen, die der jetzt beobachteten Aufwandssteigerung vorübergehend ein Ziel setzen, sie sogar umkehren. Das ist aber kaum denkbar, so lange nicht zugleich der kulturelle Fortschritt mit seinem Einfluß auf das Lebensniveau zum Stillstand oder zur Rückbildung gelangt.

### III. Die ungleiche Arbeitsleistung der Kulturpflanzen und das Bodenertragsgesetz.

Der ungleiche Standpunkt der Volkswirtschaft und der Privatwirtschaft hinsichtlich der Wertung der Bodenfrüchte. — Marktwert und Nutzwert. — Die Bevorzugung arbeitsfähigerer Kulturpflanzen.

Es ist hier noch ein Umstand zu besprechen. Bei allen unseren Untersuchungen haben wir bisher den Maßstab für den ökonomischen Effekt des Mehraufwandes und damit für die Beurteilung der Frage, ob das Gesetz in seiner wirtschaftlichen Bedeutung in Wirksamkeit trat oder suspendiert blieb, nach dem privatwirtschaftlichen Standpunkt gebildet. Dieser Standpunkt hieß uns auch die privatwirtschaftliche Rentabilität zur Richtschnur für die Berechtigung der weiteren Intensivierung der Landwirtschaft nehmen. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß der Mehraufwand mitunter von der höheren Warte der Volkswirtschaft noch eine andere Bedeutung besitzen kann, als ihm die Privatwirtschaft zuerkennt. Die Volkswirtschaft verlangt von jeder Produktion gleich der Privatwirtschaft die ökonomische Verwendung der Produktionsmittel, sie bleibt aber auch den Einflüssen gegenüber nicht gleichgültig, die sich dabei auf die Güterverteilung ergeben. Noch deutlicher unterscheiden sich Volkswirtschaft und Privatwirtschaft in der Wertung der Bodenprodukte, also des Ertrages. Das volkswirtschaftliche Interesse an den Kulturpflanzen ist mit dem Marktwerte von deren Produkten nicht erschöpft. Der höhere Marktwert dieser bereichert ein Volk nur insofern, als es sich um Export handelt. Bei der Quantität von Bodenfrüchten, die im Inlande erzeugt und verzehrt werden, hat der Marktpreis dagegen bloß Einfluß auf die Güterverteilung, keineswegs aber auf das Volkseinkommen. Wenn der Bauer mehr oder weniger für seine Waren bekommt, bezahlt der Käufer mehr oder weniger dafür, es ist ein Ausgleich innerhalb derselben Volkswirtschaft, ohne deren Einkommen zu erhöhen oder zu erniedrigen. Der Vor- oder Nachteil der Preisänderung hängt ausschließlich von der Nützlichkeit bzw. Schädlichkeit der geänderten Güterverteilung ab.

Anders verhält es sich mit dem Nutzwerte der Bodenprodukte. Kein Zweifel, daß auch die privatwirtschaftliche Schätzung dieser zunächst auf dem Nutzwert basiert. Der erste Marktpreis ist gewiß entstanden, weil man den Gehalt an nutzbaren Substanzen, also den



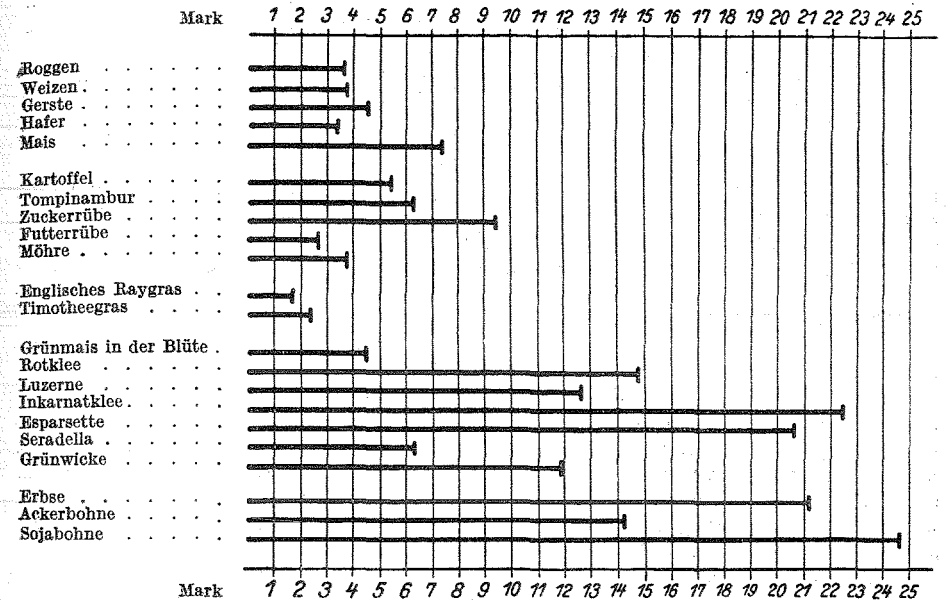
Gebrauchswert, erkannt hat. Heute deckt sich indessen der Marktwert ganz oder gar nicht mit dem Gehalt an physiologisch nutzbaren Substanzen. Persönlicher Geschmack und andere Momente mögen zum Teil daran Schuld tragen, die genaue Kenntnis des Gehaltes an physiologischen Nutzwerten ist aber vor allem nicht genug verbreitet, um die Preisbildung entscheidend beeinflussen zu können. Der Privatwirt vermag sich bei diesem Zustand zwar ganz wohl zu fühlen, die Volkswirtschaft hat indessen doch noch andere Momente zu berücksichtigen. Für sie ist es, soweit das Inland in Betracht kommt, und nicht etwa der Export, viel wichtiger, daß hohe physiologische Nutzwerte erzeugt werden, als hohe Marktwerte. Die Eigenschaft der Kulturpflanzen auf einer bestimmten Bodenfläche und mit einem bestimmten Aufwand an Bodennährstoffen ganz verschiedenen Mengen von physiologisch nutzbarer Substanz hervorzubringen, gibt somit vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ein Merkmal des Erfolges dem Aufwand gegenüber, das bei Beurteilung der Wirksamkeit des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag nicht außer acht gelassen werden darf.

Die Kulturpflanzen erzeugen bekanntlich die nutzbare Substanz aus dem Kohlenstoff der Luft, aus Wasser und aus den Bodennährstoffen. Jene sind freie Güter, diese beschränkt vorhanden. Die Pflanzen, die mehr freie Güter und weniger Bodennährstoffe zum Aufbau der nutzbaren Substanz benötigen, sind volkswirtschaftlich die wertvolleren. Wir können ein solches ungleiches Assimilationsvermögen nicht bloß bei Pflanzen, deren Kulturkosten verschieden sind, konstatieren, sondern auch bei denen, die ziemlich gleiche Ansprüche an Bodenbearbeitung stellen und sich in der Fruchtfolge durcheinander ersetzen lassen. Der Weizen ist in dieser Beziehung dem Roggen, die Gerste dem Hafer, die Zuckerrübe der Kartoffel überlegen usw. Diese Erkenntnis weist uns den Weg zu einer weitgehenden Suspendierungsmöglichkeit der wirtschaftlichen Folgen des Bodenertragsgesetzes, die früher übersehen wurde und an der die Volkswirtschaft nach dem früher Ausgeführten mehr Interesse als die Privatwirtschaft haben wird: zu dem Ersatz von Kulturpflanzen mit niedrigerer Arbeitsleistung durch solche von höherer Leistungsfähigkeit, mit höherem „Assimilatorischen Effekt“, wie ich die Arbeitsleistung der Kulturpflanzen genannt habe<sup>1)</sup>. Aber auch diese Suspendierung, obwohl jeder andern zufolge Fortschrittes der Technik der Düngung od. dgl. überlegen, weil der Ertragssteigerung kaum ein Mehraufwand gegenübersteht, findet, ganz abgesehen von der Beschränkung der Anwendbarkeit durch die Bedürfnisse der Wirtschaft und Frucht-

<sup>1)</sup> In des Verfassers Schrift: „Die ungleiche Arbeitsleistung der Kulturpflanzen“ (Berlin 1907, Paul Parey) wurde versucht, die Arbeitsleistung der Kulturpflanzen ziffernmäßig zu ermitteln, sie sozusagen zu indizieren, wie man die Dampfmaschinen indiziert. Dabei wurde die Bodenentnahme durch die Pflanze und die von ihr gelieferte physiologisch nutzbare Substanz nach den durchschnittlichen Marktpreisen der wirksamen Bestandteile in Geldwert umgerechnet und einander gegenübergestellt. Das Ergebnis der Berechnung zeigt, wie oft die verschiedenen Pflanzen den Wert der Bodenentnahme im Nährwert der Ernte vervielfältigen und zwar erzeugen bei

folge, ihr Ende in der Leistungsfähigkeit der gewählten arbeitsfähigeren Pflanzen. Mögen alle Voraussetzungen des Wachstums noch so hervorragende sein, mögen die löslichen Nährstoffe im Überfluß, die Regenmengen und alle klimatischen Faktoren im Optimum vorhanden sein, so ist doch in dem Augenblick jede weitere Ertragssteigerung ausgeschlossen, wo der Raum voll ausgenutzt ist, den die einzelne Pflanze zu ihrer Entwicklung benötigt.

einer Entnahme von Bodennährstoffen im Werte von einer Mark nachstehende Kulturpflanzen physiologisch nutzbare Substanz im Werte von Mark:



Man sieht, daß die Pflanzen den Wert der Bodenentnahme im Nährwert der Ernte äußerst verschieden vervielfältigen. Und diese Ungleichheit findet sich nicht nur bei Pflanzen, die in ihren Kulturansprüchen ganz ungleich sind, sondern auch bei solchen, die einander innerhalb der Fruchtfolge leicht ersetzen können, wie Hackfrucht und Hackfrucht, Roggen und Weizen, Gerste und Hafer, Futterpflanze und Futterpflanze. Wird der Vergleich innerhalb so enger Grenzen gezogen, so spielt der Unterschied in den sonstigen Produktionskosten eine geringe Rolle, und man kann immerhin die ermittelte Arbeitsleistung den Momenten zugesellen, welche die Anbauwürdigkeit bestimmen. Daß die Beachtung der spezifischen Arbeitsleistung der Kulturpflanzen aber nicht bloß bezüglich der in eigener Wirtschaft verbrauchten Produkte von hoher Wichtigkeit ist, sondern daß sie darüber hinaus im Wege der Marktproduktion außerordentlich viel zur Vermehrung des Nationalvermögens und des Nationaleinkommens beitragen kann, möge folgendes Beispiel zeigen (siehe Seite 86 oben).

Man sieht, daß es sich um unwesentliche Verschiebungen im Anbauverhältnis handelt, die aus dem Kompromiß zwischen den Forderungen des Gesetzes von der ungleichen Arbeitsleistung und zwischen den Ansprüchen der marktwirtschaftlichen Rentabilität hervorgegangen sind. Die Rentabilität der Wirtschaft wurde daher auch nicht vermindert, dagegen das Nährstoffkapitel des Bodens geschont. Denn, die Pflanzen haben nach dem alten Anbauplan bei einer Mittelernte für 104 Kr. ö.



Ich habe das Anbauverhältnis auf den meiner Leitung unterstehenden Ökonomieflächen folgendermaßen geändert:

Es wurden gebaut bis 1905		ab 1906 bis 1913	
in 100 ha			
Weizen . . . . .	9½ "	17	ha
Roggen . . . . .	23 "	12	"
Gerste . . . . .	33 "	28	"
Hafer . . . . .	2 "	—	
Zuckerrübe . . . . .	25 "	25	"
Luzerne . . . . .	5½ "	7½	"
Grünfuttermischling:			
70 Gerste } . . . . .	2 "	2	"
30 Wicke } . . . . .		3½	"
		½	"
		2½	"
		2	"
		2	"
		100	ha

per Hektar Bodennährstoffe entnommen, und nach dem neuen Anbauplan bloß für 98,50 Kr. ö. Die in einer Mittelernnte gelieferte physiologisch nutzbare Substanz repräsentierte überdies nach dem neuen Anbauplane und nach den Marktpreisen von 1913 einen Mehrwert von 33 Kr. ö. per ha. Man sieht, daß der Vergleich zwei Perioden der Vorkriegszeit betrifft. Damals stand die alte österreichische Goldkrone in Geltung. 4,95 Kr. waren 1 \$ (Dollar).

Durch die kleine Änderung zugunsten der arbeitsfähigeren Pflanzen ist somit folgendes erreicht worden:

Vom privatwirtschaftlichen Standpunkt: 1. Die Produkte, die unmittelbar für den Markt hergestellt wurden, haben keine Verminderung der Rentabilität verursacht. 2. Die Produkte, die in der eigenen Wirtschaft verbraucht wurden, und erst nach ihrer Umformung (Futter in Milch, Fleisch u. dgl.) auf den Markt kamen, haben einen höheren Futterwerteffekt erbracht und infolgedessen eine höhere Rentabilität. 3. Eine Mittelernnte hat per Hektar statt 104 ö. Kr. bloß 98 Kr. lösliche Bodennährstoffe entnommen, was der künftigen Fruchtbarkeit zugute kommen mußte.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte wurde folgendes erreicht: Eine Mittelernnte repräsentierte jetzt einen Mehrwert von 33 Kr. per Hektar. Und dieser Mehrwert wurde durch die arbeitsfähigeren Pflanzen, ohne irgendwelchen Mehraufwand an Produktionsmitteln und Bodennährstoffen aus freien Gütern, aus dem Kohlenstoff der Luft und aus Wasser hervorgebracht, der Volkswirtschaft somit kostenlos zur Verfügung gestellt hat. Die 33 Kr. per Hektar haben das Volksvermögen zur Gänze vermehrt.

Außer in der eingangs erwähnten Broschüre des Verfassers wurde die ungleiche Arbeitsleistung der Kulturpflanzen von demselben behandelt in: „Bodenökonomie und Wirtschaftspolitik“ in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, herausgegeben von Böhm-Bawerk, Jnama-Sternegg, Philippovich, Plener und Wieser, Wien-Leipzig, 1908; Braumüller; dann in: „Die Ernährungsphysiologie der Pflanzen in ihren Beziehungen zur Volkswirtschaft“. Festschrift für Julius Wiesner, Wien 1908, Carl Konegen.

## IX. Kapitel.

### Das Gesetz des abnehmenden Ertrages in der Viehhaltung.

Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages soll, wie behauptet wird, für das einzelne Tier, nicht für die Viehzucht als Ganzes gelten. — Beweise und Gegenbeweise. — Beschränkung der Bodenfläche als Futterquelle. — Der Unterschied zwischen Viehproduktion und Bodenproduktion hinsichtlich des Gesetzes nur ein gradueller, kein prinzipieller.

Der Lehre des abnehmenden Bodenertrages kam der Widerspruch zugute, den sie hervorrief. Dadurch wurden eingehende Untersuchungen veranlaßt und schließlich ist die Erkenntnis wenigstens der Grundtendenz ziemlich allgemein zu unbestrittener Geltung gelangt. Bei den Gewerben im engeren Sinne, den Industrien und den Verkehrsmitteln glaubte man eine andere Gesetzmäßigkeit beobachten zu können: vermehrter Aufwand sollte hier nicht relativ abnehmenden Ertrag herbeiführen, sondern im Gegenteil von einer Zunahme des Ertrages gelohnt werden. „In der Landwirtschaft ist der letzte Scheffel der teuerste, in der Industrie die letzte Elle die billigste“, hieß es. Das zweite Gesetz schien das erste so sehr an Selbstverständlichkeit und Überzeugungskraft zu übertreffen, daß die Volkswirtschaftslehre es von jeher akzeptiert, man könnte nach dem Fehlen einer einschlägigen Literatur fast sagen: ohne gründliche Prüfung akzeptiert hat. Die Verringerung der gewerblichen und industriellen Erzeugungskosten per Mengeneinheit bei Vergrößerung der Produktion gilt nach der Erfahrung der Gewerbetreibenden, wie nach der herrschenden theoretischen Meinung als Tatsache, die normalerweise nur unter den Beziehungen der mineralischen, pflanzlichen und tierischen Rohstoffe zu dem Gesetze des abnehmenden Ertrages zu leiden hat. Eine Gegentendenz, die die Verbilligung der später erzeugten Teilquantitäten einigermaßen zurückhält, aber selbst bei solchen gewerblichen Zweigen nicht den Ausschlag gibt, welche der Bodenproduktion angegliedert sind. So stünde in der Viehzucht, wie Eßlen auf Grund umfassender Literaturstudien nachweist, nur das einzelne Tier unter dem Gesetz des abnehmenden Ertrages. Für die Viehzucht als Ganzes dagegen gelte das Gesetz nicht, obwohl es sie berührt, daß ihre Rohstoffe, die Futtermittel unter dem Bodenertragsgesetze gewonnen werden. Auf die Viehzucht finde allerdings auch das Gesetz der zunehmenden Produktivität der Industrie keine Anwendung: „... weil sie eine hochqualifizierte, individualisierende Arbeit verlangt und weder Arbeitsteilung noch Maschinenanwendung

in größerem Umfange zuläßt, und weil auf dem Gebiete der Viehzucht deshalb der Kleinbetrieb dem Großbetriebe technisch und ökonomisch überlegen ist<sup>1)</sup>.“ Bei der Begründung wird unter anderem an Reuning<sup>2)</sup> erinnert, der die Geltung des Gesetzes vom abnehmenden Ertrag für die Viehzucht unter dem Hinweis leugnete, daß nichts den Züchter hindere, an Stelle eines Tieres, welches das vermehrte Futter nicht mehr auszunutzen imstande ist, ein zweites Tier anzuschaffen oder ein altes durch ein junges Exemplar zu ersetzen, das bei gleicher Futtermenge rascher an Gewicht zunimmt. Auch ein Ausspruch Adolf Mayers<sup>3)</sup> bekräftigt die gleiche Auffassung, indem er den Unterschied zwischen der Bodenproduktion und den anderen Gewerben, die Viehzucht inbegriffen, darin erblickt, daß die Produktion der chlorophyllhaltigen Pflanzen an die beschränkte Erdoberfläche gebunden wäre. Dagegen könnte man Mastochsen, geradeso wie Webstühle, auch in Stockwerken übereinander aufstellen, wenn es ebener Erde an Platz mangeln sollte. Diesen und ähnlichen Argumenten gegenüber möge darauf hingewiesen werden, daß die Viehzucht viel zu sehr mit den natürlichen Bedingungen verwachsen ist, welche die Bodenproduktion bestimmen, um nicht dem gleichen Gesetze wie sie unterworfen zu sein. Schon das flüchtige Eingehen auf die verschiedenen Formen der Viehzucht lehrt dies deutlich. Von der primitiven Viehhaltung in schütter besiedelten Gebieten, man denke etwa an das Nomadenleben in der Bajudasteppe des englisch-ägyptischen Sudans oder an die Herden der Dinkas am weißen Nil gilt ähnliches wie von der Ackerbestellung<sup>4)</sup> in unkultivierten Ländern mit geringer Bevölkerungsdichte. Die Ausdehnung der Viehhaltung erfolgt hier, wie dort die des Ackerbaues, nicht durch Intensivierung, sondern durch Okkupierung immer größerer Flächen. Bei dieser Vermehrung gibt es zunächst kaum einen Fortschritt, der sich als Intensivierung im eigentlichen Sinne bezeichnen ließe, und wohl auch keine Zunahme der Produktionskosten.

Nicht viel anders verhält es sich in dieser Hinsicht auf der höheren Stufe, welche etwa die großen Ranches im Nordwesten der Vereinigten Staaten, in Montana, Wyoming, Idaho<sup>5)</sup> oder die Viehwirtschaften der Pampas in den La Plata-Ländern darstellen. Hier ist das Eigentumsrecht des einzelnen an der Weide wohl ausgesprochen, aber die Fläche noch in solchem Umfange verfügbar, daß sie die Vermehrung des Viehstandes in weitestem Ausmaße ohne besondere Bodenpflege zuläßt. Anders dort, wo der Boden bereits höher bewertet und voll besetzt ist. Auf unseren natürlichen Alpen-

<sup>1)</sup> Vgl. E B l e n, Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages, S. 265.

<sup>2)</sup> Theodor Reuning, Briefwechsel zwischen Justus v. Liebig und Th. R. über landwirtschaftliche Fragen aus den Jahren 1854—1873.

<sup>3)</sup> Ebenfalls bei E s s l e n, S. 31.

<sup>4)</sup> Vgl. Kap. VII, III.

<sup>5)</sup> Vgl. des Verfassers: Amerikanische Landwirtschaft. Wien, Frick, 1905. Das amerikanische Beispiel rechnet mit den Zuständen, die der Verfasser vor 25 Jahren in den Präriestaaten vorfand.

weiden setzt eine Vermehrung der Viehzahl über ein gewisses Ausmaß schon einen Aufwand voraus, der die Wirksamkeit des Bodenertrages bedenklich in die Nähe rückt. Will man mehr Vieh auf die Weide schicken, so wird entweder die Weidezeit vermindert und damit die kostspielige Winterstallhaltung verlängert, oder man ist gezwungen die Grasnarbe vorher durch Einsaat geeigneter Samensorten<sup>1)</sup>, durch Bearbeitung mit Moßeggen, durch Anwendung von Kunstdünger zu verbessern. Sehr weit läßt sich diese Intensivierung nicht treiben, denn das rauhe Klima beschränkt die Vegetationszeit und damit den Erfolg des Aufwandes, die hohen Transportkosten verteuern diesen und vermindern den Wert der tierischen Produkte. Das Bodenertragesgesetz wird nur zu bald zum Schicksal des wirtschaftlichen Ertrages einer allzu intensiven Alpenweidehaltung. Die österreichischen Gebirgsalpen dienen nur kürzere Zeit hindurch, gewöhnlich 4 bis 4½ Monate, dem Weidegang, dann wird das Vieh von der Voralpe oder Alm auf die Niederungsweiden getrieben, deren Klima dem Graswuchs wie dem Vieh bei Beginn rauherer Witterung zuträglicher ist. Im strengen Gebirgswinter muß das Vieh im Stall gehalten werden. Man sieht, wie die Vermehrung der Viehhaltung auf der Voralpe gleich die Intensivierung der Niederungsweiden mit erfordert, die Anlage von Stallungen und Futterräumen, die Vorsorge für das Winterfutter und die teure Stallwartung der Tiere im Winter; lauter Dinge, die den Aufwand unverhältnismäßig steigern. Günstiger stehen die Aussichten für die Suspendierung des Ertragesgesetzes bei der Viehzucht dort, wo die Boden- und die klimatischen Verhältnisse der Grasnarbe besonders günstig sind, wo sie die Dauer der Weidezeit stark zu verlängern gestatten und wo überdies reichlicher Absatz für Vieh und Viehprodukte in nicht zu weiter Entfernung vorhanden ist. In gewissen Gebieten Englands treffen alle diese Momente zusammen. Das englische System ist weniger auf die Steigerung des Bodenertrages als auf seine Ausnutzung aufgebaut. Jene fand in dem maritimen Klima und in dem reichen, kalkhaltigen Boden ohnedies hervorragend günstige Voraussetzungen, ein hoher Ausnutzungskoeffizient wurde durch die außerordentlich weit gediehene Leistungszucht erreicht. Die Weidebetriebe Hollands, Ostfrieslands haben ihr Schwergewicht neben der Leistungszucht in die Organisation des Weidebetriebes, in die Verbesserung der Grasnarbe durch reichliche Anwendung von Kunstdünger, richtige Verteilung des Naturdüngers usw. verlegt. Die künstlichen Dauerweiden Sachsens geben inmitten des reichsten Ackerlandes und bei kontinentalem Klima den Beweis von der zeitlichen Suspendierungsmöglichkeit des abnehmenden Ertrages bei intensivster Viehhaltung.

Bei allen diesen Systemen ist die Ertragssteigerung des Bodens, seine Ausnutzung sehr weit getrieben, aber auch dabei hängt schließlich die ernährbare Viehzahl, wie die Leistung des Viehstan-

<sup>1)</sup> Vgl. Weinzierl, Über die Zusammensetzung und den Anbau der Grassamenmischungen. Wien 1908, Wilhelm Frick.

des vom Flächenmaß ab. Die Trockenheit vieler Gebiete Österreichs wie Ungarns beschränkt den Wert der verfügbaren Fläche. In vielen Teilen Böhmens und Mährens ist die Errichtung von künstlichen Dauerweiden nach holländischem oder sächsischem System schon problematisch, im Marchfeld, im ungarischen Steppenklima ist sie ohne künstliche Bewässerung undenkbar. Wir finden hier weniger Suspendierungsmöglichkeiten<sup>1)</sup> des Bodenertragsgesetzes als in den früher erwähnten Gegenden, aber schließlich gibt es weder dort noch hier eine weitere Vermehrung der Viehhaltung ohne andauernde Stallfütterung, wenn die Weide einmal hergegeben hat, was sie vermochte. Zunächst mag der Zukauf von Kraftfutter, Futterbau auf dem Felde, Heugewinnung mit der Weide noch Hand in Hand gehen und mehr Vieh zu ziehen erlauben. Damit wird schon die Viehhaltung stark verteuert und das Gesetz des abnehmenden Ertrages in volle Geltung versetzt. Reicht aber die Fläche nicht einmal zu teilweiser Sommerweide mehr aus, muß das Vieh das ganze Jahr über im Stall gehalten und gefüttert werden, dann vervielfältigen sich die Kosten. Stroh und Heu, diese voluminösen Stoffe, vertragen keine weiten Transporte, der Futterbau auf dem Felde kommt teuer zu stehen, das Unterbringen und die Wartung der Tiere machen Spesen über Spesen. Und was schließlich erzielt wurde, ist ein krankhaftes, degeneriertes Material, lassen sich doch im geschlossenen Raum und ohne Weide keine gesunden Tiere aufziehen.

So zeigt die Betrachtung, daß es sich bei der Beantwortung der Frage nicht darum handelt, ob man nach der Idee Mayers eine beliebige Anzahl Rinder in Stockwerken übereinander aufstellen kann, sondern darum, ob das Aufziehen und Ernähren einer beliebigen Menge von Rindern unter den Bedingungen der Praxis möglich ist. Das Aufziehen läßt sich, wie wir gesehen haben, nicht unbeschränkt und das Ernähren über ein gewisses Maß nur unter wachsenden Kosten fortsetzen. Jeder Landwirt weiß, wie er seinen Viehstand dem Ausmaß und den speziellen Verhältnissen seines Bodens anpassen muß, soll die Viehhaltung nicht verlustbringend werden. Es gibt keine gesunde Vermehrung der Viehzahl ohne Rücksichtnahme auf die verfügbare Fläche und die Ergiebigkeit des Bodens. Deshalb ist der Unterschied zwischen der Viehproduktion und der Bodenproduktion nur ein gradueller, kein prinzipieller. Dies gilt für das einzelne Tier wie für die einzelne Pflanze, für die Viehzucht als Ganzes, wie für den Ackerbau. Die wirtschaftlichen Konsequenzen davon machen sich im Einzelbetrieb bemerkbar, wie in der Viehproduktion der Staaten. Nur daß hier der Suspendierungsmöglichkeit ein größerer Spielraum gegeben ist, entsprechend der Vermehrung der dabei beteiligten Organismen und Faktoren. Mit ihrer Zahl und Kompliziertheit vervielfältigen sich auch die Gelegenheiten, die dem schaffenden Menschengenest zum Ausgleich der natürlichen Bedingungen geboten sind.

<sup>1)</sup> Das Wort „Suspendierungsmöglichkeit“ selbstverständlich hier wie vorher im Sinne von vorübergehend gebraucht.

## X. Kapitel.

### Der ökonomische Koeffizient eines Staates in seinem Einfluß auf die Produktivität.

#### I. Der Begriff „ökonomischer Koeffizient“.

Der Mensch als Gebieter der Kulturpflanzen und Haustiere. — Die Natur begrenzt seine Schöpferfähigkeit. — Beispiele aus der Praxis. — Einfluß der Natur auf Bevölkerung, Staat und Gesetzgebung. — Herausbilden territorialer Ungleichheit in den wirtschaftlichen Vorbedingungen. — Der produktive Gesamtzustand einer Volkswirtschaft. — Der Begriff „ökonomischer Koeffizient“.

Seit Jahrtausenden haben die Menschen die Kulturpflanzen für sich arbeiten lassen, haben sie deren Fähigkeit, im Sonnenlicht organische Substanz aus anorganischer zu bilden, für sich genützt. Menschenwille hieß die Kulturpflanzen aus ferner Heimat von Volk zu Volk, von Ost nach West, vom Süden nach Norden wandern. Wahl, Pflege und Züchtung haben aus unscheinbaren Wildlingen hochwertige Kulturorganismen geschaffen. Ihr Habitus erinnert kaum mehr an die Urform, die Lebensbedingungen sind verändert, die Produktionskraft unendlich gesteigert worden. In Arten, Varietäten und Rassen hat man sie gespalten, nach Belieben früh- und spätreifend gemacht und ist noch jetzt dabei, die Pflanzennatur der Kunst immer weiter zu unterwerfen. Nicht weniger wunderbar haben Zähmung und Züchtung die Haustiere den menschlichen Bedürfnissen angepaßt. Körperformen und Konstitution, physiologische Leistungsfähigkeit und Ansprüche konnten nach Wunsch und Willen umgestaltet werden. Wie der Schöpfer selber ist der Mensch mit den Kulturpflanzen und den Haustieren umgesprungen. Die Natur aber, die der Mensch auf diese Weise übertrumpft zu haben glaubt, beweist ihm auf Schritt und Tritt, daß alle säende, züchtende, veredelnde und ausnützende Tätigkeit doch den höheren Gesetzen der Natur unterworfen bleibt. Die Abhängigkeit der Kulturpflanzen und Haustiere von der geographischen Lage, dem Klima, dem Boden läßt sich über ein bestimmtes Maß weder verleugnen noch beseitigen.

Diese Tatsache erscheint in ihren Extremen selbstverständlich. Wer dünke daran von der Wüste die Ergiebigkeit des Fruchtlandes, vom Gebirge die Vegetation des Tales, vom Norden die Üppigkeit des Südens zu verlangen. Viel weniger geneigt ist man die Unterschiede zu beachten, welche die natürlichen Voraussetzungen auf räumlich nahegelegenen Gebieten den pflanzlichen und tierischen Organismen bereiten. So wundert sich mancher, wenn die Anwendung von Kunst-

dünger und Gründüngung in den regenarmen Zonen des niederösterreichischen Marchfeldes oder der ungarischen Pußta nicht den gleichen Erfolg bringt, wie auf den Sandböden der niederschlagsreichen preußischen Mark; daß die ertragreichen, aber in bezug auf Wasser anspruchsvolleren Square-head-Weizen dort nicht recht fortkommen, daß dagegen die wertvolle Hannagerste gerade umgekehrt in Mähren und Niederösterreich zusagende Verhältnisse vorfindet und in regenreicheren Gegenden lagert und versagt. Ebensovienig läßt sich der Kleberreichtum des ungarischen Theißweizens in Deutschland nachahmen. Die erstaunlichen Milchleistungen der Niederungsrassen, der Holländer, der ostfriesischen Kühe, der Rinder der britischen Kanalinseln, der Jersey's, Guernsey's und Adlerney's sind nicht allein richtiger Zucht und Wartung zuzuschreiben, sondern auch dem üppigen Graswuchs der Marschen und der spezifischen Wirkung des ozeanischen Klimas auf die Entwicklung und Leistung der Milchdrüsen. Noch geeigneter scheint das Klima im Osten der Vereinigten Staaten dem Hervorbringen nährstoffreicher Luzerne und milchreicher Kühe zu sein, da es gelingt die Rinder Holsteinischen und Friesischen Ursprungs dort zu märchenhafter Leistung zu veranlassen. Eine Kuh, Pieterze Prospect genannt, lieferte in ihrer Glanzperiode 53 Liter Milch im Tag. Das dankbare Amerika hat der Kuh nach dem Ableben ein Denkmal gesetzt, das berechtigter als manches andere sein mag, doch sicher nicht weniger der klimatischen Eignung des Landes gebührt. Die mitteleuropäischen Alpen bieten der Viehzucht gleichfalls glänzende Bedingungen, doch können sie hinsichtlich der Milchergiebigkeit ihrer Kühe weder mit den Vereinigten Staaten noch mit den oben besprochenen Ost- und Nordsee-Gestaden wetteifern. Nehmen doch die Futterpflanzen wohl mit der Höhe an Nährwert zu, dagegen an Menge ab, was das Entstehen gleich milchergiebigter Rassen ausschließt. Die Gebirgsrassen zeichnen sich dagegen durch fettreichere Milch aus, sie sind überaus genügsame Futtermittelverwerter und von hervorragender Widerstandsfähigkeit. Dabei müssen sie sich auch noch mit dem Umstand abfinden, daß es im Gebirge nicht möglich ist den jährlichen Futterertrag in derselben Gleichmäßigkeit zu sichern wie in der Ebene.

Die Vielheit der natürlichen Einwirkungen auf Pflanzen und Tiere gibt sich derart schon bei oberflächlicher Betrachtung zu erkennen. Die Natur bestimmt indessen nicht bloß die Entwicklung jener Organismen, sondern auch die Entwicklung der Menschen in weit höherem Grade, als diese es sich in ihrem Selbstgefühl träumen zu lassen pflegen. Oder wäre es nicht so, daß ein jeder von uns schon tausendfach selbst den Einfluß der Witterung empfand? Die Wirkung des Barometerstandes, der Temperaturschwankungen, der stärkeren oder schwächeren Lichtintensität, der Jahreszeiten auf unser Befinden, auf die geistige, physische und psychische Disposition? Wer hätte nicht zeitweilig undefinierbare Empfindungen verspürt, die vielleicht auf irgendwelche geheimnisvolle kosmische Strahlungen zurückzuführen sind, deren Vor-

handensein die Entdeckung der Ultravioletten-, der Röntgenstrahlen, der Radium-Emanation ahnen läßt? Man ist an all das gewöhnt, findet sich mit dem Ergebnis ab, das sich daraus im Durchschnitt für die Lebensfunktionen und die Leistungsfähigkeit ergibt. Führt dann die Reise in andere Weltteile, andere Zonen, dann macht sich die physische Umwelt, machen sich die Veränderungen der Höhenlage, der geographischen Breite, des Klimas schon gewaltiger bemerkbar. Die feuchte Hitze der Tropen, die brennende Trockenheit der Wüste, die lösende Elevation des Gebirges, die straffende Frische des Nordens, sie wirken in ganz verschiedener Weise auf Willen, Arbeitskraft, Ausdauer und Erfindungsgabe ein. Die Lage zur Sonne bestimmt den Charakter der Einwohner, wie sie den der Vegetation und der Fauna bestimmt hat. Und mögen die Menschen sich noch so erhaben über die äußeren Einflüsse dünken, sie sind doch die Geschöpfe ihrer Umwelt und selbst in den Formen ihres Zusammenlebens, in der Entwicklung ihrer Staaten, in der Gesetzgebung davon abhängig, wie schon Montesquieu so eindringlich dargelegt hat. Der harte, kärgliche Norden stählt seine Völker, treibt sie zu unaufhörlichem emsigen Bemühen. Der Süden verweichlicht sie, läßt die körperliche Ruhe köstlich erscheinen, lädt zum Sinnen und Träumen ein. So gebar der Süden die Sklaverei, aber auch die Kultur, die eine Oberschicht entwickeln konnte, für deren Lebensunterhalt sich andere mühen mußten. Dem Süden entsprangen alle heute herrschenden Religionen, die Philosophie, die Astronomie, die Mathematik und die schönen Künste. Die Tatkraft des Nordens aber brachte die Zivilisation hervor, die Dampfmaschine, den Telegraph, den eigentlichen Welthandel und lenkte so die Entwicklung der Menschen und Staaten in ganz andere Richtung.

Die ökonomischen Wirkungen, die hier zu untersuchen sind, machen sich nicht erst bei so ungeheueren Gegensätzen bemerkbar, wie sie eben besprochen wurden. Zwischen diesen äußersten Polen gibt es unzählige Übergänge und Variationen der Voraussetzungen und ebensoviel Wirtschaftsgebiete, welche davon berührt sind. Wollte jemand zweifeln, daß aus solcher territorialer Ungleichheit, die auf ursprünglich natürliche Ursachen zurückzuführen ist, und im Laufe der Jahrtausende durch geschichtliche Schicksale und die Reaktion der Menschen darauf vertieft wurde, auch eine gewisse Verschiedenheit der wirtschaftlichen Vorbedingungen hervorgehen mußte? Die natürlichen Voraussetzungen haben die politischen Voraussetzungen herausbilden geholfen und beide zusammen in steter Wechselwirkung mit allen ökonomischen Vorgängen haben schließlich den eigentümlichen produktiven Gesamtzustand der einzelnen Volkswirtschaften geschaffen.

Wie sehr dieser Gesamtzustand die Produktivität und zugleich die Rentabilität des Aufwandes berührt zeigt folgende Erwägung: Bei jeder Produktion werden einerseits Güter und Arbeitskraft verbraucht



und andererseits neue Güter erzeugt. Selbst der Boden gibt seine Ernte nicht her, ohne daß dabei eine Anzahl Güter und Arbeitskraft konsumiert worden wäre. Bei der Gewinnung von Feldfrüchten werden Bodennährstoffe, Dünger, Arbeitskraft verbraucht, Geräte, Riemen abgenutzt, Schmieröle verwendet, von den arbeitenden Menschen Nahrungsmittel, Kleider, Schuhe und anderes benötigt, von den Arbeitstieren Futterstoffe verzehrt. Das alles geht der Volkswirtschaft durch die Erzeugung der Feldfrüchte verloren, dagegen gewinnt die Volkswirtschaft durch diese Erzeugung den Gegenwert in Gestalt der Feldfrüchte. Im höheren Wert der Ernte gegenüber den aufgewendeten Gütern liegt der Nutzen ihrer Hervorbringung. In ähnlicher Weise stellt sich der Prozeß der Gütererzeugung stets als ein Ringen von Werten dar, die dem Verbrauche anheimfallen, und von Werten, die in Neuschaffung begriffen sind. Je mehr die neugeschaffenen Güter die verbrauchten an Wert überragen, desto größer ist die Produktivität einer auf Gütervermehrung gerichteten Bestrebung.

Jeder Einzelfall trägt dazu bei, nicht bloß die gesamte Gütererzeugung des Staates zu vermehren, sondern auch den Nationalbesitz an Gütern und Arbeitskraft zu vermindern. Die Summe des Aufwandes und die Summe der Ergebnisse aller produktiven Einzelprozesse bestimmen den Aufwand und das Resultat der Gesamtproduktion des Staates. Sind die Voraussetzungen der Produktion für viele Erzeugungszweige solche, die einen relativ hohen Produktionsaufwand und ein relativ geringes Produktionsergebnis bedingen, so wirkt das selbst auf jene Produktionszweige ein, welche günstige Voraussetzungen haben. Bringt es doch der Zusammenhang aller wirtschaftlichen Vorgänge mit sich, daß keiner ganz vom andern loszulösen ist. Die Wirkung zahlreicher Produktionszweige, welche ein ungünstigeres Verhältnis zwischen Aufwand und Ergebnis zeigen, ist aber auch die, daß zugleich der Gesamtproduktion ein solches unvorteilhaftes Verhältnis innewohnt; daß die betreffende Volkswirtschaft weniger produktiv ist, daß sich die nationale Arbeit in einem ungünstigeren Verhältnis in nationales Einkommen, in nationalen Reichtum umsetzt als in Staaten mit einem günstigeren produktiven Gesamtzustand. Als in Staaten mit einem höheren „ökonomischen Koeffizienten“, wie ich das aus dem produktiven Gesamtzustand der Volkswirtschaft hervorgehende Verhältnis zwischen Aufwand und Ergebnis der nationalen Produktion genannt habe<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. Strakosch, Das Gesetz der ungleichen Arbeitsleistung der Kulturpflanzen und seine Wirkung auf den Nationalreichtum und das Nationaleinkommen, Vortrag, gehalten in der k. k. Landw. Gesellschaft, Wien, abgedruckt in der „Österreichischen Agrarzeitung“, Wien 1913; dann Derselbe: „Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich“, II. Aufl., Wien 1917.

## II. Die Folgen des ökonomischen Koeffizienten.

Intensivierungsversuche im Marchfeld und in Mitteldeutschland. — Andere privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Konsequenzen hier und dort. — Es werden Wirkungen erkennbar, die mit den von Thünen beobachteten Einflüssen verschiedener Faktoren nicht identisch sind. — Beobachtungen über die Beeinflussung der Produktivität, deren Ergebnisse für jede Stufe der landwirtschaftlichen Intensität und für jedes Wirtschaftsgebiet Geltung haben.

Setzen wir den Fall, ein Landwirt in Mitteldeutschland und ein Landwirt im Marchfeld würden gleichzeitig daran gehen, ihren Betrieb zu intensivieren, also durch höheren Aufwand die Rotherträge und den Reinertrag zu heben. Beide Landwirte verfügten über die gleiche Fläche, die gleiche Bodenqualität; Intelligenz, Fleiß und Kapital wären vollkommen gleich. Die beiden Ökonomen dürften die Ertragsteigerung vermutlich durch die Vermehrung des Hackfruchtbaues, vielleicht des Zuckerrübenbaues herbeizuführen trachten und mit einer tiefen und gründlichen Ackerung beginnen. Sie werden also zunächst jeder einen leistungsfähigen Pflug anschaffen. Der Österreicher wird ihn entweder aus Deutschland von einer der berühmten alten Pflugfabriken beziehen — und dann um Zoll und Fracht mehr als der deutsche Kollege zahlen oder aus einer der ebenfalls renommierten österreichischen Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen, was sich auch nicht billiger stellt. Haben die österreichischen Fabriken doch zufolge des beschränkten Inlandmarktes und aus vielen in den lokalen Bedingungen gelegenen Gründen, wie teurerem Rohmaterial, teurerer Kohle u. a. m., höhere Gestehungskosten als die Deutschen. Mit den übrigen Bodenbearbeitungsgeräten, mit der Sämaschine, mit dem Düngerstreuer geht es geradeso. Der Deutsche kauft dann sicherlich eine Maschine zum Durchhacken der Rübenreihen, um die erste Handhacke zu ersparen. Der Marchfelder Ökonom kann dies nicht immer nachmachen, denn wenn er seit Jahren auch gerade so viel Mühe und Arbeit auf die Vertilgung des Unkrautes verwendet hat, als der Deutsche, so bringt es die Gemengelage mit sich, die in Österreich noch weit verbreitet ist, daß sein Feld von den verunkrauteten Nachbarfeldern aus stets von neuem besämt wird. Jeder Landwirt im Marchfeld weiß, was ihm bloß die Distelplage zu schaffen macht! Da reicht die Maschinenhacke nicht aus und muß durch die teuere Handarbeit ersetzt oder zumindest ergänzt werden.

Und mehr Arbeit für Mensch und Tier ergibt sich im Marchfeld auch sonst. Hier sind die Felder nicht wie es in Deutschland in weiten Gebieten üblich ist, um den Hof gruppiert und zusammenhängend, sondern sie liegen vielfach von den Gehöften weit entfernt und wie erwähnt in Gemenglagen zerstreut. Das Hin- und Hergehen und -fahren nimmt, wie aus Erfahrung zu berichten ist, oft ein bis zwei Stunden im Tag und mehr in Anspruch, Stunden, die in Deutschland zu fruchtbarer Arbeit verwendet werden können.

Mehr Arbeitsstunden bringt dann die durchschnittlich geringere Arbeitsleistung der Arbeiter mit sich. Der österreichische Landarbeiter



besitzt auch selten die Exaktheit des deutschen bei der Behandlung der Maschinen und Geräte, was wieder mehr Reparaturen zur Folge hat. Die Maschinenhaltung kostet deshalb im Marchfeld mehr, und auch weil die Ersatzteile, geradeso wie das vom Pflug geschildert wurde, hier teurer sind. Die beiden Konkurrenten haben ihrem Boden die gleiche Kunstdüngermenge zugeführt: Chilisalpeter, Phosphat und Kali. Die beiden ersten kamen für den Deutschen wie für den österreichischen Landwirt aus überseeischen Ländern. In Bremen oder Hamburg sind sie ausgeladen worden und haben dann die Reise in die Gehöfte unserer Landwirte zurückgelegt. Der Deutsche hat natürlich weniger Fracht vom Hafen aus zu zahlen gehabt, als der ferner wohnende Österreicher und ebenso für das Kali, das Deutschland selbst hervorbringt und das in Österreich schon darum teurer ist. Von dem aus der Luft gewonnenen Salpeter gilt dies erst recht.

Es läßt sich annehmen, daß der Vergleich der Aufwandposten nicht durchwegs zuungunsten des österreichischen Landwirtes ausfallen wird. In Mitteldeutschland aber betragen die Niederschläge durchschnittlich zirka 600 mm im Jahr, im Marchfeld in trockenen Lagen manches Jahr nicht mehr als 400 mm, wozu noch der Umstand häufiger austrocknender Winde tritt. Deshalb bleibt der angestrebte Mehrertrag dort in zehn Jahren vielleicht einmal aus, während der gleiche Zeitraum im Marchfeld einige Trockenperioden zu bringen pflegt, die den Kostenaufwand und die Mühe vergeblich machen.

So kommt es, daß der Marchfelder Landwirt bei gleicher Intelligenz und bei gleichem Fleiß einen geringeren durchschnittlichen Ernte- und Reinertrag als der Deutsche erzielt und daß sich das Verhältnis desto ungünstiger gestaltet, je mehr der Aufwand und damit das Risiko steigt.

Man wird angesichts dieses aufs Geratewohl herausgegriffenen Beispiels vielleicht einwenden, daß es sich dabei einfach um die bekannte Erscheinung der ungünstigeren Lage eines Landwirtschaftsbetriebes zum Markttorte handelt, die Thünen seiner Untersuchung über die Relativität des Wirtschaftssystems zugrunde gelegt hat. Der Betrieb im Marchfeld würde demgemäß als in einem äußeren Thünen'schen Kreis liegend anzusehen sein und eine extensivere Bewirtschaftung als die Wirtschaft in Mitteldeutschland verlangen. Eine solche Auffassung wäre gewiß nicht unberechtigt und doch läßt sich aus unserem Beispiel noch anderes herauslesen. Es werden dabei allerlei Rückwirkungen sichtbar, die sich aus dem Zusammenhang der topographischen, der klimatischen und der allgemein wirtschaftlichen Lage der beiden Staaten ergeben und die das Beispiel über lokalen Zufälligkeiten hinwegheben. Sie weisen auf den ungünstigeren ökonomischen Koeffizienten Österreichs gegenüber dem Deutschlands hin. Auf den als Begriff vorher umschriebenen ökonomischen Koeffizienten, den man kaum ziffermäßig festzustellen vermag, der sich auch nicht in Zahlen dem Koeffizienten eines anderen Staates vergleichen läßt, der in seinen Ursachen wie in seinen Wirkungen dagegen deutlich in

die Erscheinung tritt. In unserem Beispiel äußerte er sich darin, daß der Marchfelder Bodenbauer durch dieselben Handlungen andere Resultate in privatwirtschaftlicher wie in volkswirtschaftlicher Beziehung herbeiführte, als sein deutscher Berufsgenosse. Jedes Hektar Boden, dem er einen höheren Reinertrag abringen wollte, hat mehr Arbeit und Kosten verursacht; während zugleich der durchschnittliche Ernteertrag zurückblieb. In weiterer Folge mußte dann im Marchfeld jedem gefechsten Meterzentner Bodenfrucht ein höherer Produktionsaufwand entsprechen. Die Erzeugung der gleichen Getreidemenge lieferte bei denselben Preisen ab Produktionsort einen geringeren Überschuß über den dazu erforderlichen Aufwand als in Deutschland, die Produktivität des Aufwandes war geringer.

Und noch anderes lehrte das Beispiel: Die intensive Bewirtschaftung der gleichen Bodenfläche hat im Marchfeld mehr Bezüge aus dem Ausland in Form von Kunstdünger, Maschinen oder deren Rohstoffen und Hilfsstoffen zur Folge gehabt, mehr ausländische Fracht beansprucht. Die Transportkosten des österreichischen Kunstdüngerbedarfes haben die Wirtschaftsbilanz des Auslandes verbessert, weil es fremde Schiffe waren, die die Fracht verdienten. Der Transport des Kunstdüngers vom Hafen zur österreichischen Grenze ist gleichfalls einer fremden Wirtschaft zugute gekommen, während der österreichische Landwirt dafür zum Schuldner des ausländischen Verfrächters wurde, nicht anders als zum Schuldner wegen des Bezuges des Kali oder des Pfluges deutscher Provenienz. Und wenn der Pflug selbst aus österreichischer Quelle stammte, hat er indirekt den österreichischen Außenhandel ungünstiger beeinflusst als der Pflug, den der deutsche Landwirt bei sich zuhause kaufte, die deutsche Handelsbilanz; weil die Kohle, das Schmieröl, die Werkzeugschienen, die zur Herstellung nötig waren, in Österreich nicht, oder nicht in solcher Qualität erzeugt werden, um Importe unnötig zu machen und weil der Pflug geradeso wie jeder Roh- und Hilfsstoff unter geringerer Arbeitskapazität und unter Zuhilfenahme größerer Auslandsbezüge erzeugt wurde.

Die Nebenwirkungen des Intensivierungsversuches sind damit noch nicht erschöpft. Es wurde konstatiert, daß zur Erzeugung eines Meterzentners Getreide im Marchfeld mehr Arbeitsstunden nötig waren. Dies bedingt zugleich eine Steigerung des Konsums, der jedem mehr erzeugten Meterzentner Getreide gegenübertritt. Wer arbeitet muß essen, sich kleiden, und wären seines Lebensansprüche noch so bescheidene. Deutschlands im allgemeinen höhere Konsumquote pro Kopf der Bevölkerung ist kein Gegenbeweis für diese Meinung. Wird doch hier nicht von dem Verhältnis zwischen Konsum und Bevölkerungszahl gesprochen, sondern von dem Verhältnis zwischen Konsum und Erzeugung, wobei speziell an den Konsum in Nahrungsmitteln und in unentbehrlichen Bedarfsartikeln des täglichen Lebens zu denken ist.

Wenn wir die Konsequenzen der Betriebsintensivierung im Marchfeld und in Mitteldeutschland noch einmal in Kürze zusammenfassen, so

ergibt sich für die Privatwirtschaft, daß Arbeit und Kapital bei gleicher Erzeugung in Österreich weniger Lohn erhalten haben und erhalten mußten. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte fänden wir Wirkungen, die in dreifacher Hinsicht zuungunsten Österreichs von denen Deutschlands sich unterscheiden: Die Erzeugung der gleichen Menge Bodenprodukte hat in Österreich mehr Aufwand an Produktionsgütern, mehr Bedarf an unentbehrlichen Konsumgütern und mehr Bedarf an Auslandsbezügen hervorgerufen.

Man sieht, daß diese Konsequenzen des ungünstigeren ökonomischen Koeffizienten weitergehende sind <sup>1)</sup> als jene der von Thünen untersuchten Produktionsfaktoren. Ja mehr noch! Thünen hat seine Forschungen über „die relative Vorzüglichkeit der Wirtschaftssysteme“, die im ersten Teile des „isolierten Staates“ behandelt sind, derart unternommen, daß er die einzelnen auf ihre Wirksamkeit zu untersuchenden Faktoren bei gleichbleibend angenommenen äußeren Bedingungen jeweilig abstufte. Auf diese Weise untersuchte er den Einfluß der Preise, der Entfernung zum Markt, der Fruchtbarkeit des Bodens, der Abgaben auf das Wirtschaftssystem. Nicht als ob Thünen sonst der Gedanke von der Wichtigkeit der Umwelt fremd geblieben wäre. Sagt er doch selbst im ersten Teile seines Werkes: „Es ist allerdings wahr, daß diese Berechnungen schon auf dem benachbarten Gute nicht mehr völlig zutreffen, viel weniger also noch auf sehr entfernten Gütern unter einem anderen Himmelsstrich, mit Arbeitern von einem anderen Nationalcharakter.“ Er meint aber, es müsse doch in den an einem Orte erworbenen Kenntnissen etwas liegen, das allgemein gültig und nicht an Ort und Zeit gebunden sei. Allgemeine Gültigkeit kommt dem Forschungsergebnisse Thünens tatsächlich in vieler Hinsicht zu. Der Einfluß der Umwelt, des produktiven Gesamtzustandes, des ökonomischen Koeffizienten dagegen äußert sich, wie unser Beispiel zeigt, in einer Richtung, die abseits der von Thünen gefundenen Ergebnisse liegt: In der Rückwirkung auf jeden einzelnen Produktionsprozeß, der seinerseits wieder den produktiven Gesamtzustand beeinflusst. Durch diese Wechselbeziehungen erhält die Lage eines Landwirtschaftsbetriebes erst ihre spezifische Bedeutung, durch sie wird die Produktivität des Aufwandes bei jedem Erzeugungsprozeß mitbestimmt.

Der günstigere ökonomische Koeffizient eines Staates bedingt auf jeder landwirtschaftlichen Intensitätsstufe eine höhere Produktivität des Aufwandes als der ungünstigere ökonomische Koeffizient. Durch einen solchen wird daher der Eintritt der wirtschaftlichen Geltung des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages beschleunigt, durch den günstigeren ökonomischen Koeffizienten ver-

zögert. Diese Ergebnisse sind von allgemeiner Gültigkeit, sie gelten für jede Stufe der landwirtschaftlichen Intensität und für jedes Wirtschaftsgebiet ausnahmslos.

Als Konsequenz dieser Feststellungen ergibt sich: Es genügt nicht die Landwirtschaft eines Staates durch unmittelbare Maßnahmen allein zu fördern. Für den Grad des Erfolges ist immer der produktive Gesamtzustand des Staates mitbestimmend. Dieser Gesamtzustand des Staates, sein ökonomischer Koeffizient besteht aus Elementen natürlicher Art, die sich nicht ändern lassen, und aus solchen, die wohl zu verbessern sind. Die Frage, wie weit sich die Intensivierung der Landwirtschaft noch erfolgreich steigern läßt, hat somit auch den produktiven Gesamtzustand in Betracht zu ziehen und die Möglichkeiten, die in der Verbesserung des ökonomischen Koeffizienten in den verschiedenen Staaten gelegen sind.

<sup>1)</sup> Weitere Untersuchungen über den Einfluß des ökonomischen Koeffizienten auf Preisniveau und Handelsbilanz sind in des Verfassers „Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich“ enthalten, denen auch das Marchfeldbeispiel entnommen ist.

## Zweiter Abschnitt

## Die neuen Verhältnisse.

## XI. Kapitel.

## Die Bodenreform.

## I. Der Beginn.

Der Weltkrieg begünstigt die Bodenreform. — Innere Kolonisation und Heimstättenbewegung als Stimulationsmittel. — Gesetze über die Zuteilung von Boden an Kriegsteilnehmer. — Geänderte politische Stellung der Bauern nach Kriegsschluß. — Der Frieden verteilt mehr Boden als der Krieg versprach.

Sechzig Millionen Menschen haben am Weltkrieg teilgenommen, Millionen haben vier Jahre lang wie Tiere in Erdlöchern gehaust. Auf alles was ihr Leben vorher erfüllte, mußten sie verzichten, auf Gattin, Geliebte, Kind, Heimat, Kultur, gewohnte Tätigkeit. Zuletzt sogar auf ausreichende Nahrung und Bekleidung. Millionen Menschen ließen das vier Jahre lang über sich ergehen, ließen sich sogar zu dem Ungeheuerlichsten, Widernatürlichsten bringen: Zur Verleugnung ihres Selbsterhaltungstriebes. Gewalt und Massensuggestion haben das zustande gebracht. Nun aber, da der Rausch verfliegen ist, da Medaillen und Kreuze die Wirkung versagen, da keine Strenge mehr die Menschen vergessen macht, daß sie Menschen sind, was fängt man an, um die Begeisterung noch einmal anzufachen? Freund und Feind verfallen in rührender Übereinstimmung auf das gleiche Stimulationsmittel: sie zaubern die Fata morgana dessen hervor, was am meisten entbehrt, was am kostbarsten geworden ist: die Heimstätte, die eigene Scholle, das eigene Haus. Die innere Kolonisation und die Heimstättenbewegung, sie sind freilich schon seit der Agrarkrise der siebziger Jahre in den europäischen Staaten nicht zur Ruhe gekommen und in mehr oder weniger großem Umfang betrieben worden. Nun aber trägt sie ein frischer Wind, sollen sie doch in der einen oder in der anderen Form den heimkehrenden Krieger belohnen. Der Staat, dem es gerade militärisch schlecht geht, ist mit Gesetz und Versprechen besonders eifrig dahinter und da zum Schluß des Weltkrieges kein Staat Ursache hat, das Übermaß seiner Kräfte zu rühmen, fehlt es bald in keinem an derlei Plänen und Projekten.

In England und Wales waren seit dem Akt von 1907 bis 1914 nicht weniger als 14 381 Kleinbauernstellen mit einer Gesamtfläche von 190 000 acres (76 000 ha) geschaffen worden, die Stelle durch-

schnittlich zu  $5\frac{1}{4}$  ha. 1916 und 1918 bringen zwei neue Gesetze, die Small Holding Colonies Acts mit Geltung für ganz Großbritannien, welche das Unterbringen von Kriegsteilnehmern auf dem Lande bezwecken. Es soll entweder durch Gründung von Kolonien, d. h. einer Anzahl von Bauernstellen, die sich um ein Restgut (central farm) gruppieren, geschehen, oder durch Beschäftigung von Landarbeitern gegen Gewinnbeteiligung auf Domänen, die von einem Beamten verwaltet werden<sup>1)</sup>.

Rußland hat alle Hände voll zu tun, um die innere Kolonisation nicht einschlafen zu lassen, die es in Durchführung der Stolypinschen Agrarreform die letzten Jahre vor dem Krieg verheißungsvoll begann. Deutschland, wo die Ansiedlungstätigkeit vom Mittelalter und von den brandenburg-preußischen Landesherren des 17. und 18. Jahrhunderts her Tradition ist, kann schon zu Beginn des Krieges auf ein großangelegtes Kolonisationswerk zurückblicken. In Preußen sind in wenigen Jahren von der königlichen Ansiedlungskommission unter Mitwirkung der Generalkommissionen rund 4000 neue Stellen geschaffen worden, wozu noch 4000 sogenannte Zukaufsrentengüter kamen, bereits vorhandene, jedoch vergrößerte und verselbständigte Stellen. Nun soll das Kapitalabfindungsgesetz vom 3. Juli 1916 in den Frontkriegern die Hoffnung erwecken, eigenen Grundbesitz mit Hilfe der kapitalisierten Kriegs-Zulagen und eines Teiles des Witwengeldes erwerben zu können. Ein ähnliches Gesetz plant die sterbende österreichisch-ungarische Monarchie. Die Reform der Besitzverteilung wird in nahezu allen kriegführenden Staaten eingeleitet. So etwa in Griechenland durch das Gesetz von 1917 oder in Rumänien im gleichen Jahre durch das feierliche Versprechen des Königs an die Armee, sämtliche Staatsgüter, Krondomänen, die Güter der toten Hand und 2 Millionen ha des zu enteignenden privaten Großgrundbesitzes der rumänischen Bauernschaft zu überlassen.

Dann ist der Krieg endlich aus und nun werden die Millionen heimflutender Helden auf der Erfüllung ihres Scheines bestehen. Helden pflegen nicht geduldig zu sein und schon gar nicht, wenn sie bis auf die Zähne bewaffnet vor der Türe der friedlichen Bürger stehen. Ihre Geduld wird zum Glück auf keine zu harte Probe gestellt, denn die politischen und sozialen Zustände haben sich einstweilen in den europäischen Staaten gewaltig verschoben. Die Dinge entwickeln sich auf Erden fast nach der heiligen Schrift, die den Armen die Seligkeit verspricht und das Kamel eher durch ein Nadelöhr gehen läßt, als den Reichen in den Himmel. Was oben war, ist nun unten, was unten war, oben. Drunter und drüber geht es und in dem Wirrwarr sind neben den größeren und mittleren Bauern auch die kleinsten bald die gesuchten, verhätschelten Bundesgenossen der Parteien, denen für die neuen

<sup>1)</sup> Berichte über Landwirtschaft, herausgegeben v. Reichsminist. f. Ernährung und Landw., Neue Folge, Bd. I, Berlin 1924, Paul Parey.

Freunde kein Opfer Anderer, der enteigneten Großgrundbesitzer, zu hoch ist. Und so verteilt der Frieden mehr Boden als der Krieg versprach.

Selbst die russischen Bolschewisten verwässern ihr Dogma, um sich die Bundesgenossenschaft der Bauern zu erhalten und leiden die bäuerliche Privatwirtschaft nicht bloß, nein, sie geben ihr sogar weiteste Verbreitung. Die Nationalisierung von Grund und Boden wird dem Bauer gegenüber ein inhaltsloser Begriff, denn der überragende Teil der Fläche bleibt im erblichen Nießbrauch einzelner Bauernfamilien<sup>1)</sup>, was der ländlichen Einfalt als hinlänglicher Beweis des Besitzes erscheint und zeigt, wie sehr die Sowjet-Republik vor dem Bauer kapitulieren muß. In dessen bodenhaftender Beharrlichkeit liegt eine Idee, die sich stärker als der Marxismus erweist. Und diese Idee von der staatserhaltenden Kraft des Bauernstandes mag der Agrarreform überall den Weg erleichtert haben und mag es erklären, daß die Umschichtung der Besitz- und Betriebsverhältnisse nicht auf die kriegführenden Länder beschränkt blieb und auch in den neutralen Staaten ihren Einzug feierte. Denn wie Ideen durch keine Grenzen aufgehalten werden, wie sich das alte Gefüge der sozialen und politischen Ordnung nach dem Weltkrieg überall lockerte, so hat sich überall das Bedürfnis herausgestellt, den konservativsten Teil der großen Massen zu stärken und zufrieden zu erhalten.

## II. Die Durchführung der Bodenreform.

Sowjetexperimente. — Eine Nachricht über Estland und Lettland. — Wie es die Tschechoslowakei anpakt. — Rumänien hat alte Sünden gutzumachen. — Bulgarien. — Schwierigkeiten der Agrarreform in Großbritannien. — Griechenland macht es wie nach dem peloponesischen Krieg. — Die patriotische Reform Ungarns. — Österreich und das Burgenland. — Warum die Schweiz keine Bodenreform braucht. — Auch Belgien ist ein Bauernland.

Auf mannigfache Weise suchen die Staaten mit dem neuen Problem fertig zu werden. In Rußland ist die Herrschaft einstweilen vom Zar auf die Sowjets übergegangen. Dabei hat sich die Geschichte den Witz erlaubt, daß es nach den kühnsten Ausflügen in das Reich des extremen Marxismus zu einer Regelung der Bodenverhältnisse kommt, die sich ihrem inneren Kern nach recht individualistisch und kapitalistisch erweist. Am 19. Februar 1918, dem Jahrestag der Aufhebung der Leibeigenschaft, war das gesamte Eigentum an Grund und Boden, mit Einschluß des Bauerneigentums, abgeschafft worden. Das Besitzrecht an Boden sollte in keiner Weise und unter keiner Bedingung, durch Kauf, Pacht, Schenkung, Erbfolge oder durch irgendwelche private Transaktion erworben werden. Die Verteilung des Bodens hatte nach der Arbeitskraft zu erfolgen, wobei Männer von 18—60 Jahren mit einer Arbeitseinheit, Frauen mit 0,80 Arbeitseinheit, Jünglinge von 16—18 Jahren mit 0,75, Kinder mit 0,50 Arbeitseinheit eingeschätzt wurden. Auf diese Weise wollte die Sowjetregierung den Landverteilungs-

<sup>1)</sup> Peter und Irma Petroff, Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjet-Union, herausgeg. v. d. Handelsvertretung der UdSSR. in Berlin, 1916.

prozeß regeln, der in verschiedenen Gegenden Rußlands mit Plünderung und Aufteilung der großen Güter begonnen hatte. Die Verordnung vom 14. Februar 1919 will dann den Agrarkommunismus organisieren, die individuellen Formen der Bodennutzung in gesellschaftliche überführen. Der Schwerpunkt der neuen Agrarpolitik wird in den Kollektivformen der Bodennutzung erblickt.

Es kommt indessen anders als die Sowjetregierung erwartet: Während sie ihre schönsten Pläne der Vergesellschaftung spinnt, geht der Boden von einer Hand in die andere. Der Bodenwucher blüht, allen Verboten zum Trotz, die Zerteilungswut feiert derartige Orgien, daß das ganze Gelände stellenweise vollständig neu verteilt wird und der ewige Wechsel sich zu einem ernststen Hindernis für die Entwicklung der Landwirtschaft auswächst. Das Zwangseintreiben des Getreides aber hat einen merkwürdigen Erfolg: Die Erfahrung, daß der Staat sich alle Produkte aneignet, ohne den ernststen Wunsch oder die Fähigkeit zu haben einen Gegenwert in Industrieprodukten herbeizuschaffen, führt die Bauern dazu, das Gesetz auf jede mögliche Weise zu umgehen. Bedenklicher ist, daß es nicht dabei bleibt, sondern daß der enttäuschte Bauer die Anbaufläche verkleinert. Das Wort aus Uhlands Ballade: „Der Bauer ist kein Spielzeug“ wird den russischen Gewalthabern durch das Leben eingehämmert. Mangel an Nahrungsmitteln zwingt die Sowjetregierung bald ihr System aufzugeben, und die Lebensmittelenteignung durch eine Lebensmittelsteuer zu ersetzen, während dem Bauer über den Rest seiner Produkte freies Verfügungsrecht, vollkommene Handelsfreiheit verliehen wird. Und diese tiefe Bresche in dem agrarsozialistischen Gefüge Rußlands führt konsequenter Weise dazu den ganzen bisherigen Agrarkommunismus zu revidieren<sup>1)</sup>. So kehrt die Sowjetrepublik mit Riesenschritten zum Agrarkapitalismus zurück und unterscheidet sich im praktischen Endergebnis ihrer Agrarreform von anderen europäischen Staaten fast nur dadurch, daß ein noch größerer Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche den Bauern überlassen wird als anderswo<sup>2)</sup>. 1905 besaßen sie im eigentlichen Rußland 76,3% des Ackerlandes, nach der Revolution 1919 96,8%, in Klein-Rußland 1905 55,4% der Anbaufläche, 1919 95%. Der geringfügige Rest verteilt sich auf Staatsbetriebe (Sowjet-Domänen) und kollektive Großbetriebe bäuerlicher und landwirtschaftlicher Genossenschaften. Auf eine Bauernwirtschaft entfielen 1924 im Durchschnitt des ganzen Territoriums des S. S. S. R. 5,8 Familienangehörige und 3,3 Deßjatinenaussaat<sup>3)</sup> (= 3,6 ha — wenig genug!). In den neuen

<sup>1)</sup> M. Tscherkinsky: Die Agrarverfassung in Sowjet-Rußland, Band II, Nr. 4, 1924 der Revue Internationale des Institutions économiques et sociales. Herausgegeben v. Internationalen Landwirtschafts-Institut in Rom.

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu Kapitel XXII.

<sup>3)</sup> A. W. Tschajanoff, Moskau: Die Landwirtschaft des Sowjetbundes. Berichte über Landwirtschaft. Herausgeg. vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Bd. III. Berlin 1926, Paul Parey.



baltischen Staaten in Est- und Lettland geht man kaum weniger radikal als in Rußland vor und enteignet dort mit einem Schlage gleich den gesamten nicht bäuerlichen und nicht städtischen Grundbesitz. In diesen dünnbevölkerten Ländern wurden sinnlos blühende Großbetriebe zerstört, ohne daß man auch nur imstande gewesen wäre, deren Boden weiter in halbwegs entsprechender Kultur zu erhalten <sup>1)</sup>.

Unter den anderen Staaten haben wohl die Tschechoslowakei und Rumänien die Bodenaufteilung am weitesten getrieben. Die Länder der heutigen tschechoslowakischen Republik konnten von jeher als Schulbeispiele ausgedehnten Latifundienbesitzes gelten. In Böhmen nahmen die Besitzungen über 100 ha nicht weniger als 37,7% der Gesamtfläche ein, 245 Güter von mehr als 2000 ha bedeckten 28,3% von Böhmen, 150 Familien beherrschten nahezu ein Drittel des Kulturbodens. In Mähren, Schlesien, in der Slowakei und in Karpatho-Rußland lagen die Besitzverhältnisse nicht viel anders. Es ist dem Großgrundbesitz zuzubilligen, daß er seine Vorzugsstellung durch fortschrittliche, vorbildliche Wirtschaft rechtfertigte und daß er zu der wirtschaftlichen Produktivität des Staates vieles beitrug. Das alles wog jedoch nicht schwer genug gegenüber dem Bodenhunger der slawischen agrar-kommunistischen Bewegung namentlich im Osten der Republik und gegenüber den Ansprüchen der sich als Retter des Staates gebärdenden Legionäre. Ihr Drängen, das dem Nationalismus ein erwünschtes politisches Instrument in die Hand spielte, ist denn zum Anlaß geworden, um der Bodenreform die in entsprechender Begrenzung eine gewisse soziale und wirtschaftliche Begründung gehabt hätte, zu extremster Durchführung zu verhelfen. Das Gesetz vom 16. April 1919 spricht die Beschlagnahme des gesamten Großgrundbesitzes aus, der bis auf Restgüter von 150 ha bei rein landwirtschaftlichen Betrieben, und von 250 ha bei gemischten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu enteignen ist. Das darauffolgende Entschädigungsgesetz sanktioniert nicht viel besseres als die Konfiskation, denn die Entschädigung ist nach dem durchschnittlichen Marktpreis des Bodens von 1913—1915 zu leisten, wobei die einstweilen auf ein Fünfzehntel des Wertes gefallene Krone der Friedenskrone gleich gewertet wird. Mit der Zeit hebt sich die tschechische Münze allerdings auf ein Fünftel des Wertes, was die Entschädigung einigermassen bessert. Die Zuteilung des enteigneten Bodens an die neuen Besitzer erfolgt durch das Bodenamt. Besondere Bestimmungen werden über Heimstätten erlassen. Ein Kreditgesetz soll Unbemittelten den Bodenerwerb ermöglichen, die Landzuteilung an Legionäre und Invalide wird durch besondere Verordnung geregelt. Nach dem Amtsblatt Pozenková Reforma 1925, Nr. 1 waren bis Ende 1924 von 900 000 ha dem Bodenamt zur Verfügung stehenden Bodens, 509 000 ha aufgeteilt und

<sup>1)</sup> Ausführlich berichtet neuestens über: „Die Entwicklung der Landwirtschaft in Estland nach der Agrarreform“ Dr. Richardz, in Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1929, Paul Parey.

100 000 ha Wald verstaatlicht. Etwa 250 000 ha landwirtschaftlicher Boden in den Sudeten, 120 000 ha in den Karpathenländern erwarten noch ihre Zuteilung <sup>1)</sup>. So zersplittert die Tschechoslowakei nach festgefühten Plänen ihren Bodenbesitz und ihren Landwirtschaftsbetrieb.

Rumänien hat alte Sünden gut zu machen. In seinen früheren Grenzen besaßen 500 Großgrundbesitzer fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche. Eine Million Familien von Kleinbauern aber kann auf durchschnittlich 3 ha Boden weder ihre Arbeitskraft ausnützen, noch ihren Unterhalt finden, denn die Wirtschaft wird noch extensiv, nach der Väter Weise geführt. Und um das Mißverhältnis noch krasser zu gestalten: der rumänische Gutsbesitzer denkt nicht daran, das Beispiel fortschrittlicher Landwirtschaft zu geben. Im Gegenteil! Er verpachtet an die landhungrigen Bauern, die schön dumm sind und den Boden gegen freiwillige Robott oder gegen die halbe Ernte nehmen. Als sie sich dann übertölpelt sehen, werden sie ungemütlich, setzen dem Gutsherrn den roten Hahn aufs Dach und fangen zu plündern an und zu morden. 1907 sollen bei einem Bauernaufstand an die elftausend Bauern getötet worden sein. Die Reformen aber, die man nachher einführt <sup>2)</sup>, um Ruhe zu schaffen, sind vom Weltkrieg verschlungen worden. Nach dessen Beendigung muß der König sein Wort halten, das er der Armee in schlimmer Zeit verpfändete. So wird Ende 1918 ein Gesetz für das alte Königreich erlassen, dem bald weitere für die neuen Gebiete des Groß-Rumänischen Reiches, für Beßarabien, die Bukowina und Transylvanien folgen. Und nun macht man gleich ganze Arbeit und kann sich im Enteignen nicht genug tun. Im ganzen Umfang werden enteignet: alle anbaufähigen Ländereien, die der Krone, der Ruralkasse oder juristischen Personen, Wohlfahrtsinstitutionen, Stiftungen und dergleichen gehören, die Güter der Ausländer und der Ausgewanderten. Dann muß noch der private Landbesitz 2 Millionen ha beisteuern und wie streng geht man mit dem Großgrundbesitz ins Gericht! Von seinen ungeheueren Flächen beläßt man dem einzelnen gerade nur 100 ha Ackerland in gebirgigen Gebieten, 150 ha in der Ebene. Wo der Landmangel geringer ist darf der Gutsbesitzer 200 ha behalten, für den unwahrscheinlichen Fall, daß die Bauern seiner Gegend gar kein Begehren nach Land hätten, 250 ha. Auf höhere Gnade darf ausnahmsweise rechnen, wer sich in bezug auf Gebäude, Maschinen, Vieh, industrielle Anlagen besonders hervorgetan hat oder mehrere Güter besitzt. Ist ihm das Glück besonders günstig, kann er sogar 500 ha behalten. In den neuen Ländern verfährt man noch strenger; da muß der Gutsbesitzer schon ganz besondere Verdienste aufweisen können, damit man ihm mehr als 100 ha beläßt. Die Norm

<sup>1)</sup> Prof. Dr. Hollmann: Die Bodenreform in der tschechoslowakischen Republik. Berichte über Landwirtschaft, Berlin 1923, dann: Dr. Hugo Hasinger: Tschechoslowakei. Rikola Verlag. Wien 1925.

<sup>2)</sup> Vgl. dazu: Malteziaru, Die neuen Agrarreformen und die Pachtgenossenschaften in Rumänien. Inauguraldissertation, Berlin 1913.



für den bäuerlichen Besitz wird mit 5 ha festgesetzt, und so gut meint es ihm der Staat, daß der Bauer nur 20 % des Bodens bei Übernahme zu zahlen braucht, und den Rest in 20jährigen Annuitäten. Der Staat aber greift tief in den Sack und steuert 35% des Enteignungspreises bei.

Sind die neu angegliederten Gebiete auch schärfer angefaßt worden, so werden sie nach Schluß der Bodenreform doch nicht die gleich einschneidenden Umwälzungen erfahren haben, als das alte Reich. War ja in Beßarabien und in Transylvanien der mittlere bäuerliche Besitz zwischen 10 und 100 ha der Hauptträger der landwirtschaftlichen Produktion, während in der Bukowina kaum mehr als 80 000 ha unter das Enteignungsgesetz fallen dürften. In Altrumänien aber wird der Großgrundbesitz über 100 ha (statt wie früher die Hälfte) nur noch 8—10 % sein Eigen nennen, alles andere wird den kleinen und mittleren Bauernbetrieben gehören<sup>1)</sup>.

In Bulgarien darf ein Landwirt nach dem Gesetz vom Februar 1921 nur so viel Grund besitzen, als er mit seiner Familie und mit einzelnen Hilfskräften zu bebauen vermag. Ein Mehr an Boden kann enteignet werden, ebenso Staatseigentum, Kirchen- und Klosterländereien, sowie privater Großgrundbesitz. Die Einführung der Zivildienstpflicht stellt den neuentstehenden Höfen die Arbeitskräfte zur Verfügung, die Enteignung erfolgt nur allmählich, nach Bedarf<sup>2)</sup>.

Groß-Serbien will bei dem Wettlauf der allgemeinen Enteignung nicht zurück bleiben. Wie kommt es jedoch nach, da das Stammland gar keinen Großgrundbesitz kennt und nur 10 % Güter über 20 ha besitzt? Ein wahres Glück, daß man im früheren Mazedonien und in Bosnien und in der Herzegowina Türken mit größerem Besitz vorfindet und in Kroatien und Slavonien 501 Großgrundbesitze aufteilen kann. Da lassen sich gleich drei Eisen auf einmal ins Feuer bringen: Man besiedelt die Grenzgebiete mit staatstreuen Elementen, spielt den guten Mann gegenüber den Kriegsinvaliden und Bedürftigen und verbeugt sich dabei vor dem ökonomischen Motiv der angeblichen Überlegenheit des Kleingrundbesitzes. Jetzt bleiben dem Großgrundbesitz nur 50—300 ha Äcker, Wiesen und Gärten und der enteignete Boden wird an 191 987 Familien aufgeteilt, welche insgesamt 557 282 Katastraljoch erhalten. Zweidrittel des Bodens werden in Losen von 1,2 ha ortsansässigen Landwirten zugewiesen, 200 266 Katastraljoch fallen in Hufen von zumeist 5 ha den Kriegsfreiwilligen und Kolonisten zu. Die Reform befriedigt niemanden, nicht die Bauern, denen mit dem einen Hektar nicht geholfen ist, und nicht die Kolonisten, die 5 ha als ungenügend ansehen. Produktive Güter aber sind zerstört, ausgedehnte Bodenflächen bleiben in unkultiviertem Zustand liegen. So verpufft das dilettantisch und ungenügend vorbereitete Reformwerk. Wer wollte es Serbien verargen,

<sup>1)</sup> Professor Dr. Hollmann: Die Agrarreform in Rumänien. Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1923, Parey.

<sup>2)</sup> Max Sering, Die Umwälzung der osteuropäischen Agrarverfassung, Archiv für innere Kolonisation XIII, 1921.

daß ihm die Lösung eines Problems nicht auf den ersten Hieb gelang, an dem die Erfahrung altehrwürdiger Staatsorganisationen zuschanden geworden ist! Serbien, das die Errungenschaften der Balkankriege noch nicht verdaut hat, und nun gar noch die Hypertrophie all der neuen Länder ertragen soll, zu der es der Ausgang des Weltkrieges verurteilte.

Da darf sich Griechenland anderer Erfahrungen rühmen! Ein Land von Kleinbetrieben war es von jeher und noch während des Krieges zählte man nur 70 Großgrundbesitzer, die ihren Boden selbst bebauten von 1500, die sich nach dem Umfang ihrer Bodenfläche als solche bezeichnen durften. Von den Parzellenpächtern Griechenlands ging während des Weltkrieges Erregung und Aufruhr aus, wie schon 464 v. Chr. von den Heloten, die damals nach dem Gesetze Lykurgs den Ackerbau gegen Naturalpacht betrieben. Und wie die Heloten, die sich im Peloponnesischen Kriege bewährt hatten, dann frei auf ihrer Scholle sitzen durften, so sollte der Weltkrieg den modernen griechischen Heloten die Freiheit des Bodens schenken. Die selbst wirtschaftenden Gutsbesitzer blieben nach den 1917 und 1918 erlassenen Gesetzen zwar von jeder Enteignung verschont, wer aber seinen Boden parzellenweise verpachtet hatte, mußte ein Fünftel hergeben. Auf diese Weise konnten 6000 Familien die Eigentümer einer Fläche von je 5—15 ha werden, die sie bisher bebaut hatten<sup>1)</sup>.

Ungarn steht vor einer schweren Aufgabe. Allzu starke Zersplitterung des Kleinbesitzes findet sich dort neben starrer Unbeweglichkeit des gebundenen Großgrundbesitzes. Von 16 Millionen Katastraljoch (1 Katastraljoch = 0,575 ha), die das Gebiet nach dem Krieg umfaßt, entfallen ungefähr 6 Millionen auf den Besitz über 1000 Katastraljoch, 4 Millionen davon sind gebunden (Kirchen, Gemeinde, Fideikommiß u. dgl.). 36 % der Besitzer und Pächter bewirtschaften weniger als 10 Katastraljoch, 50 % sind besitzlos<sup>2)</sup>. Diese beiden Kategorien bilden den Kleinbesitz und das landwirtschaftliche Proletariat, dem Kontinuität und Existenzsicherheit fehlen. Der Großgrundbesitz dagegen leidet unter dem Übermaß seiner Flächen, die oft um betriebsfähig zu sein in kleinere Wirtschaftseinheiten zerlegt, zum Teil verpachtet werden müssen. Die Karolysche Revolutionsregierung macht kurzen Prozeß, sie plant jeden Grundbesitz über 200 Joch, allerdings gegen Entschädigung, zu enteignen und das ganze Land in Parzellen von 5¼ ha aufzuteilen. Ein Jahr darauf, 1919, kommt die Räterepublik und diese entlehnt ihre Weisheit marxistischen Gedanken-

<sup>1)</sup> Georg B. Ducas: Die Landwirtschaft Griechenlands. Berichte für Landwirtschaft. Berlin 1926. Bis 1924 wurden 50 000 ha enteignet, es kamen also nur 2% der bebauten Fläche des Landes zur Verteilung.

<sup>2)</sup> Nach Daten, die der Ackerbauminister Stefan Szabó in Nr. 163 des Pester Lloyd vom 9. August 1924 veröffentlicht hat, Vergl. dazu: „Landwirtschaft und Agrarreform in Ungarn“ von Prof. Dr. Hollmann in Bd. II der Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1924, Paul Parey.

gängen. Sie konfisziert allen Groß- und Mittelbesitz und bildet daraus sozialistische Produktionsgenossenschaften. Es vergehen wieder einige Monate und die neue Horthy-Regierung muß sich an die Agrarreform machen. Wo nimmt sie den Boden her, sie, die sich auf die Landmagnaten stützt und ihnen nicht weh tun darf? Stefan Szabo, der Ackerbauminister, bringt das Kunststück zuwege. Wie verfährt er mit der ritterlichen ungarischen Nation? Er schafft dem Staate ein Vorkaufsrecht bei Verkäufen, was niemanden kränkt; enteignet darf nur der Boden zur Gänze werden, der seinen Besitzer innerhalb der letzten fünfzig Jahre gewechselt hat. Damit kann auch die Gentry einverstanden sein, die sich mit Emporkömmlingen nicht gern identifiziert. Dann muß sie aber doch selbst daran glauben, denn, welcher Patriot wollte sich wehren, da es heißt, der Besitzer von mehr als tausend Joch landwirtschaftlicher Fläche müsse die Vermögensabgabe in Boden leisten. 15—20 %, je nach der Größe des Besitzes, erbringen so wieder 200 000 ha für die Agrarreform. Daß die Gutsbesitzer im Bedarfsfalle verpflichtet werden können 15 % des Ackerbodens für Kleinpachtungen abzugeben, nimmt man auch noch hin, weil man ja ohnedies das Verpachten gewöhnt ist.

Gewaltige Flächen Ackerlandes sind auf diese Weise zusammengekommen <sup>1)</sup>. Aber immer noch reicht es nicht, um die Bedürftigen mit dem bescheidenen Bodenbesitz auszustatten, den man in Aussicht nahm: eine Hausstelle für Kriegsausgezeichnete, Witwen, Waisen und Invaliden, 3 Joch für landwirtschaftlich Berufstätige. Daneben als äußerste Liberalität die Möglichkeit Klein- und Zwergbesitze zu ergänzen. Die Verlegenheit ist groß. Da findet sich von ungefähr eine Idee, wie sie nur in einem so patriotischen Volke entstehen konnte. Die ungarische Nation wird ihre Helden durch das Geschenk von „Heldengrundstücken“ ehren. Der Beschenkte darf neben seinem Namen das Prädikat „Vitez“ d. h. Held führen und an die Spitze des „Heldensuhls“, der die leitende Behörde ist, wird kein Geringerer als der Reichsverweser Nikolaus von Horthy in Person treten. Wie da die Widmungen von Boden zugeflogen kommen! Die kleinen und die mittleren Besitzer spenden 5—20 Joch, Großgrundbesitzer und Städte wollen nicht zurückstehen und schenken gleich 50—200 Joch. Damit läßt sich schon mehr anfangen. Und doch vermag die Bodenreform von 1920, ergänzt durch die Novelle von 1924, nicht alles zu erfüllen was man von ihr erwartete. Immerhin haben bis jetzt fast 500 000 Katastraljoch ihren Herrn gewechselt, der Anteil des Großgrundbesitzes

<sup>1)</sup> Die Frage der Entschädigung der im Laufe der Bodenreform enteigneten Grundbesitzer wurde im Wege des Anleihevertrages mit dem schwedischen Zündholztrust gelöst. Von den 550 000 ha, die insgesamt zur Verteilung kamen, wurden 260 000 ha enteignet. Die Entschädigung wird mit Hilfe der Anteile des Schwedentrustes im Betrage von 36 Millionen \$ erfolgen. Den Zins- und Amortisationszins bestreiten die neuen Kleingrundbesitzer, die Annuitäten werden vom Steuerapparat eingehoben. Die Anleihe wird zu 5½% verzinst, zu 92% ausgegeben. (Georg Kemény in Heft 31 des „Wirtschaftsdienst“.)

hat sich um zirka 11 % zugunsten des Zwerg- und Kleinbesitzes vermindert <sup>1)</sup>.

Ist die ungarische Bodenreform auf diese Weise in ihrem Endeffekt ansehnlich genug geworden, so muß man andererseits erwägen, daß der Großgrundbesitz in Ungarn trotzdem noch über weit mehr Boden verfügt, als in den anderen bisher besprochenen Staaten. Unter diesen ist der Großgrundbesitz, wie wir hörten, in Rumänien, das die härteste Bodenenteignung erlebte, bis auf 8 % der Ackerfläche herabgedrückt worden. Was dort der Großgrundbesitz als jammervolles Ergebnis verzeichnet, erscheint dem österreichischen Landlord beneidenswert genug, denn in den alten Gebieten der Republik Österreich gehören den Besitzgrößen über 100 ha auch ohne Agrarreform bloß 6,1 % des Ackerlandes. Was wollte man da noch viel enteignen? Im Burgenland, dem im Frieden von St. Germain erworbenen, gibt es freilich Lati-fundienbesitz, der nach einer Denkschrift der niederösterreichischen Landeslandwirtschaftskammer 24 % der Gesamtfläche umfaßt. In den Rest müssen sich 45 000 Bauern teilen. Denkt man aber daran für das Burgenland eine Verbesserung dieses Zustandes durch das Gesetz herbeizuführen, so ist auch der österreichische Gutsbesitzer nicht ungeschoren geblieben. Zuerst mußte er den heimflutenden Scharen nach Friedensschluß Parzellen einräumen, um in der Zeit des Umsturzes Ärgeres zu verhüten, dann kam das Wiederbesiedlungsgesetz, das die entgeltliche Enteignung solcher Bodenflächen verfügte, die bis zu den siebziger Jahren Bauern gehört hatten. Derart zehrt die Strömung der Zeit auch an dem bescheidenen Großgrundbesitz Österreichs und das staatliche Vorkaufsrecht, das man seinen Bodenverkäufen jetzt auferlegen will, wird den Abbröcklungsprozeß beschleunigen.

Der Schweiz bleiben solche Sorgen erspart, denn sie ist das Land des ausgesprochenen Klein- und mittelbäuerlichen Grundbesitzes. Von insgesamt 243 710 landwirtschaftlichen Betrieben besitzen 100 390 unter 3 ha Land und die 2664 Betriebe mit mehr als 70 ha Kulturfläche bestehen zum großen Teil aus Wald und Weide und haben fast restlos den Charakter von Gemeinde-, Korporations-, Genossenschafts- und Anstaltsbetrieben. Eigentum an Boden und dessen Bewirtschaftung fallen weitgehend zusammen, nicht mehr als 5 % aller Betriebe sind Pachtland. Da läßt sich beim besten Willen nichts mehr aufteilen, man muß sich um eine andere Begründung und um andere Mittel, der Landwirtschaftskrise Herr zu werden, umsehen. Die Bodenaufteilung unterbleibt, weil sie die Verhältnisse längst von selber herbeigeführt haben <sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Professor Dr. Hollmann, Landwirtschaft und Agrarreform in Ungarn, dann Professor Dr. Karoly, Landwirtschaftliche Betriebsverhältnisse in Ungarn. Beides in: Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1924, Paul Parey.

<sup>2)</sup> Prof. Dr. Julius Landman, Die Agrarpolitik des schweizerischen Industriestaates, Jena 1928, Gustav Fischer. Ferner: Oskar Howald, Die Entstehung der Landwirtschaftskrise in der Schweiz und die Maßnahmen zu ihrer Linderung. Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1923.

Dasselbe gilt von Belgien, wo der kleine und kleinste Betrieb besonders stark vertreten<sup>1)</sup> ist.

### III. Die Bodenaufteilung macht Schule.

Die Idee dringt nach Schweden.— Dänemark folgt nach.— Eigentümliche Verhältnisse in Finnland.— Bodenreform in Polen.— Holland gewinnt sein Siedlungsgebiet durch Urbarmachung von Ödland.

Wie ist es doch merkwürdig um die Einfälle der Menschen bestellt: Da sprießt irgendwo eine Idee hervor und auf einmal wächst und wirkt sie, und wirkt und wächst, bis sie gewaltiger geworden ist als die Umstände, denen sie entsprang; mächtiger, unaufhaltsamer, durchdringender als der Wille der Menschen, die sie zuerst empfangen. Die Bodenaufteilung ist eine solche Idee. Wohin der Blick fällt, woran die Frage rührt, überall, in jedem Land Europas wird die Bodenreform jetzt aufgerollt. Um noch einiges herauszugreifen: In Schweden, wo Staat, Kommunen und Stiftungen ein Drittel der Landoberfläche und 6,9% des Ackerlandes gehören und den Gutsbesitzern über 100 ha 15% der Ackerfläche, war schon längst die Tendenz zur Ausbreitung des Kleingrundbesitzes vorhanden. Der Staat hat die Bewegung durch das Eigenheimgesetz von 1904 unterstützt und Kredite zum Erwerb von Heimstätten und zum Ankauf von Land, das zur Aufteilung geeignet ist, bewilligt. Seitdem sich der Siedlungsgedanke die Welt erobert hat, seit 1918, wird in Schweden die Kolonisation auf Staatsland eingeleitet<sup>2)</sup>.

Ähnlich verhält es sich mit Dänemark. Dort besaß der Großgrundbesitz 9% des Bodens und der Kleinbetrieb fraß sich langsam und zähe in seine Flächen hinein. 1919 kommt, wie überall, ein anderes Tempo in den Auflösungsprozeß. Staatsgüter, Staatseigentum, Fideikommiss, die beim Übergang in den vollen Privatbesitz nach dem Gesetz von 1919 Boden abzugeben haben, liefern den Boden für die eingeleitete Kleinsiedleraktion<sup>3)</sup>.

Das andere Nachbarreich Schwedens, Finnland, ist das Gebiet der Wälder und der tausend Seen, nicht das des Ackerbaues. Der nimmt mitsamt den Wiesen nur 5,6% der Gesamtfläche in Anspruch und Durchschnittsgüter besitzen neben der Waldfläche kaum 10 oder 12% in Feldern und Wiesen. Wandernde Brandwirtschaft gibt der Landwirtschaft noch heute vielfach das Gepräge. Als Gustav III. von Schweden, um die Zeit der französischen Revolution, den noch üblichen gemeinschaftlichen Bodenbesitz in Bauerngüter umwandelte, bezeichneten die Landeshauptleute 2500 ha als die richtige Größe für ein Bauerngut, so groß war der Bodenüberfluß. Jetzt gibt man es schon bescheidener, doch ist die Bevölkerung spärlich<sup>4)</sup> und so kann der Kolonisations-

<sup>1)</sup> Dr. August Skalweit, Agrarpolitik, II. Aufl. Berlin-Leipzig 1924.

<sup>2)</sup> Dr. E. Palmgren, in den Berichten über Landwirtschaft. Berlin 1924.

<sup>3)</sup> A. P. Jakobson: Landwirtschaft in Dänemark. Berlin 1923.

<sup>4)</sup> 1920 — 10 Köpfe auf ein km<sup>2</sup> gegen 134 im Deutschen Reich und 250,8 in England.

inspektor noch 1914 berichten, eine Veranlassung zu Neuansiedlungen in abgelegenen Gegenden liege kaum vor, weil brauchbares Gelände fast in allen Teilen des Landes billig erhältlich wäre.

Wozu braucht Finnland, so denkt man bei dieser Sachlage, eine Agrarreform, und dennoch findet man sie vor, sie, die diesmal ihren Anstoß vom Walde erhält. Die gewaltige Größe der Bauerngüter hatte diese von altersher zur Ansiedlung von Arbeitskräften veranlaßt. Die „Torper“ mit einigem Acker- und Wiesenland ausgestattet und die „Häusler“ mit geringem Garten- und Kartoffelacker erhielten ihre Wirtschaft dank der Mitnutzung des grasdurchzogenen Waldes. Er lieferte Futter für die Viehhaltung in Form von Weide, Gras- und Laubheu, lieferte die Streu und Kiefernrinde als Streckungsmittel für Brotgetreide. Als der Holzexport anfang großen Umfang anzunehmen und guten Nutzen abzuwerfen, waren Torper und Häusler in den nun wertvoll und schonungswürdig gewordenen Wäldern keine gern gesehenen Gäste mehr und die Bauern begannen ihnen die Waldnutzung strittig zu machen. So bekam auch Finnland seine Bodenfrage und der Kleinpächter durch ihre Lösung sein Stück Wald. Will man die Reform, die 1918 durch das Gesetz über die Ablösung der Pachten geschaffen wurde, verstehen, so muß man sich vergegenwärtigen, daß Finnland dadurch die Zahl seiner Grundbesitzer von 110 000 auf 300 000 vermehren konnte<sup>1)</sup>.

In Polen haben die lange getrennten einzelnen Staatsteile ihre Agrarverhältnisse nicht gleich entwickelt. Die Ostgebiete, besonders Wolhynien und Ostgalizien, zeigen ausgedehnte Latifundien, neben stark zersplittertem bäuerlichen Besitz, außerordentlich dichte Landbevölkerung, viele landarme und landlose Pachtbauern. Kongreßpolen wird durch starken Zwergbesitz neben ausgedehntem Großgrundbesitz gekennzeichnet. Posen und Westpreußen schließlich besitzen zahlreiche als Großbetriebe bewirtschaftete Güter mittleren Umfangs, einen kräftigen Bauernstand und wenig Zwergbesitz. So fand sich, ganz abgesehen von nationalen Beweggründen, die uns hier nicht zu beschäftigen haben, mancher Anlaß vor, der allgemeinen Tendenz zur Bodenaufteilung zu huldigen. 1919—1925 sind annektierte russische Besitzungen und Staatsdomänen im Ausmaß von 608 000 ha aufgeteilt worden. Das war jedoch nur ein bescheidenes Vorspiel zu der neuen Agrarreform, die 1925 Gesetz wurde. Bei grundsätzlicher Anerkennung der Großbetriebe als nützlicher Betriebsform und unter Ablehnung aller kommunistischen und agrarsozialistischen Theorien, sollen im ganzen Staate neue, selbständige Wirtschaften gebildet, Zwergwirtschaften vergrößert werden. Der Umfang der zu schaffenden selbständigen Bauernwirtschaften ist mit 20 ha veranschlagt, in einigen besonders genannten Wojewodschaften und in Pommerellen (Korridor) ein größeres Maß bis zu 35 ha in Aussicht genommen. 2 Millionen ha sollen dazu ent-

<sup>1)</sup> Prof. Dr. Metzger: Zur Landfrage in Finnland. Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1923, ferner Dr. Kyösti Haataja: Pachtreform in Finnland. A. d. 1926.

eignet und aufgeteilt werden, die Grundbesitzer nur 180 ha, in Industriebezirken 60 ha behalten. Ausnahmen will man für alteingesessene, polnische Gentry-Familien machen und für Landgüter mit besonders intensiver Wirtschaft oder mit Industrien<sup>1)</sup>. Wer die Anpassungsfähigkeit der polnischen Exekutive kennt, dürfte das drakonische Enteignungsgesetz nicht allzu ernst nehmen. Die Ausnahmen werden hier wohl weniger die Regel bestätigen, als die Regel sein.

Holland besitzt über 10% Betriebe im Ausmaß von mehr als 50 ha, die in Anbetracht der günstigen klimatischen und Bodenverhältnisse und der Intensität als Großbetriebe anzusehen sind. Selbstverständlich will es auch seine Agrarreform wie die anderen großen und kleinen Brüder haben. Ein glückliches, reiches Land vermag es, den Landarbeitern Boden und Wohnung als Eigentum oder Pacht nach einem Gesetz von 1918 durch Urbarmachung von Ödländereien, von Hoch- und Niedermooren zu verschaffen. Die 400 000 Landarbeiter Hollands sollen durch Bindung an Scholle und Herd vor der Stadtflucht gerettet und der Landwirtschaft erhalten werden. Da die Arbeitslosigkeit zunimmt, wendet sich die Aufmerksamkeit verstärkt dem Problem der Kultivierung unproduktiven Bodens zu. Das Ergänzungsgesetz zum Enteignungsgesetz von 1920 sorgt für eine raschere Durchführung der Enteignung von Grund und Boden, um Arbeitsgelegenheit zu gewinnen und zugleich die Bodenerträge durch Drainage und Regelung der Wasserwirtschaft zu fördern. Von 1918—1923 sind 35 236 ha neues Kulturland dem Siedlungsgedanken gewonnen worden<sup>2)</sup>.

#### IV. Die Agrarreform in den vier europäischen Großstaaten.

Agrarreform des Faschismus. — Großbritanniens Versuche und Pläne. — Das Deutsche Reich und Frankreich.

Das faschistische Italien kann sich so wenig wie irgendein anderer Staat dem Bodenproblem entziehen. Ist doch die landwirtschaftliche Produktion für dieses Land, dem Kohle und Erz fast völlig fehlen, und das schon deshalb wenig industrielle Entwicklungsmöglichkeiten aufweist, besonders wichtig. Das mag Italien gewarnt haben, den Boden gewagten Aufteilungsexperimenten zu unterwerfen. Die italienische Agrarpolitik stellt daher die Produktionssteigerung vor das Problem der Bodenverteilung und behandelt die verschiedenen Gebiete nach ihren ungleichen produktiven Zuständen. Der Norden, das fruchtbare, wasserreiche Gebiet der Poebene ist der höchstentwickelte Teil, an dessen intensive Bewässerungskultur treibende Großbetriebe man nicht

<sup>1)</sup> Prof. Dr. Hollmann: Die polnische Agrarreform. Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1926. Vgl. auch das Jahrbuch für Polen 1929/30, herausgeg. vom Instytut Wydawniczy „Biblioteka Polska“ Warszawa.

<sup>2)</sup> J. P. van Longhuzen: Le défrichement et l'amélioration des terrains en Pays-Bas. Revue internationale des Institutions économiques et sociales, 1925. Intern. Landw. Institut in Rom, ferner A. H. J. oustra: Die niederländische Landwirtschaft. Berichte über die Landwirtschaft. Berlin 1925.

rühren will. In Mittelitalien lebt eine breite Schicht wohlhabender mittelbäuerlicher Pächter, deren Vorhandensein eine Änderung ebensowenig dringend erscheinen läßt. Das große Gebiet des Südens aber ist zurückgeblieben und wird durch ausgedehnten extensiv bewirtschafteten Latifundienbesitz, besonders in Sizilien gekennzeichnet<sup>1)</sup>. Ihm vor allem gilt deshalb die Sorge der italienischen Agrarpolitik. Der erste Gesetzentwurf über „die Umbildung der Latifundien und die innere Kolonisation“ wird 1922 von der Deputiertenkammer angenommen, vom Senat jedoch verworfen. Landwirtschaftsminister Prof. Arrigo Serpieri nimmt die Grundgedanken wieder auf und verhilft den Gesetzen von 1923 und 1924 zur Geltung. Die Steigerung der Produktion bildet den Mittelpunkt der Aktion, welche die Hebung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, die Förderung technisch zweckmäßiger Produktionsmethoden und vermehrten Kapitalaufwand bezweckt. Durch königliche Verordnung wird eine Abgabe eingeführt, deren Ertrag Meliorationskredite liefern soll. Mussolini aber stellt sein hinreißendes Temperament in den Dienst der Sache. Dabei findet er Worte, deren packende Formung Napoleon abgelautet sein könnte. Die Landwirte sollen in die „Getreideschlacht“ ziehen und durch Verbesserung des Saatgutes, der Dünger- und der Anbaumethoden siegen. Um das Volk vollends für den Fortschritt zu begeistern, wendet sich Mussolini an Gemüt und Kinderliebe, gründet er vierzig landwirtschaftliche Kolonien für Bauernwaisen und will die kriegsverwaisten Bauernsöhne auf 3 ha großen Kolonistenstellen ansiedeln. Achtung vor dem Privatbesitz sucht so neue Wege, um der Agrarpolitik Durchschlagskraft zu verleihen. Die Enteignung bleibt bloß ultima ratio und wie man sie handhabt, muß sie den überzeugtesten Fanatiker des Eigentumsrechtes entwaffnen: nur solchen Gutsbesitzern wird das Land entzogen, die ihre Pflichten vernachlässigen und das patriotische Werk des Aufbaues hemmen. Ihren Boden werden willigere, arbeitsfreudigere Hände erhalten und bebauen<sup>2)</sup>.

In Irland überwiegt der kleinere und mittlere Betrieb. Die Ackerwirtschaft ernährt den Bauer und die Seinen kümmerlich. Der Stand der Lebenshaltung ist niedrig. Mag hier Umstellung und Förderung manches bessern können, so ist gleiches doch keineswegs von einer Änderung der Besitzverhältnisse zu erwarten, die dem Bedürftigen gäbe, was sie dem Hungernden nahm. Anders, ganz anders dagegen verhält es sich mit der Bodenverteilung Großbritanniens. Lloyd George hat die Grundeigentumsverhältnisse Englands „altersgraue Ruinen einer fernen Vergangenheit“ genannt. 800 Jahre alt, stammen sie aus

<sup>1)</sup> Der Anteil der Latifundien an der Gesamtfläche schwankt zwischen 19% (Messina) und 41,7% (Caltanisella).

<sup>2)</sup> Prof. Lorenzoni: La récente politique agraire italienne et le problème des latifundia, ferner: P. Costanzo: Les colonies agricoles pour orphelins des paysans morts à la guerre en Italie. Beides: Revue intern. des institutions économiques et sociales. 1925, Intern. Landw. Institut Rom. Schließlich: Maßnahmen der italienischen Regierung zur Förderung der Landwirtschaft. Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1925, Paul Parey.



der Zeit der Eroberung Englands durch die Normannen. Damals ging der freie Grundbesitz in Kroneigentum über, die Krone belehnte 700 normannische Edelleute damit. Von den 56 ¼ Millionen acres Boden, die Großbritannien besitzt, sind nur 30 ½ Millionen als Acker, Wiese und gute Weide genutzt, 14 ½ Millionen werden als ungepflegte Weide bezeichnet. Seit 50 Jahren hat sich der Ackerertrag kaum erhöht, das landwirtschaftlich genutzte Land hat abgenommen, die Gesamtzahl der ländlichen Stellen ist zurückgegangen. Das gilt insbesondere von den kleinen Anwesen, deren verhältnismäßiger Anteil sonst überall die umgekehrte Entwicklung zeigt. Alle diese Tatsachen ließen eine einschneidendere Änderung der Agrarverhältnisse und namentlich der Besitzrechte in England unerlässlich erscheinen. Seit Friedensschluß war man bemüht gründliche Verbesserungen der Pächterschutzgesetzgebung durchzuführen. 1919 brachte dann den Land Settlement (Facilities) Act, durch welchen die Befugnisse der Grafschaftsräte auf dem Gebiete der Siedlung erweitert und der zwangsweise Landerwerb erleichtert wurden. Der Staat stellt der Durchführung die Mittel zur Verfügung. 18 960 Leute sind auf diese Weise von 1919—1923 mit neuen Stellen ausgestattet worden, allerdings unter unverhältnismäßig hohen Kosten, denn der Staat mußte bis zu 800 000 L im Jahr zuschießen<sup>1)</sup>. Dieser Erfolg der „inneren Kolonisation“ Großbritanniens ist also recht bescheiden und wird durch die schon während des Krieges erfolgte Vermehrung der „Allotments“ (kleiner Parzellen, die namentlich in der Nähe der Städte zur Deckung des eigenen Hausbrauchs dienen) nicht wesentlich gebessert. Die Zahl dieser „Schrebergärten“ betrug 1918 in England und Wales 1 350 000, ihre Gesamtfläche — 195 000 acres. Schottland hat den Pachtschutz der kleinen Güter selbständig geregelt und 1919 ein ähnliches Siedlungsgesetz wie England und Wales erhalten<sup>2)</sup>, das jedoch den besonderen Verhältnissen Schottlands Rechnung trägt.

Wichtigere Veränderungen in der Grundbesitzverteilung als die Gesetzgebung hat indessen die Macht der Verhältnisse herbeigeführt. Die alten Grundbesitzerfamilien sind schon in den letzten Jahren vor dem Krieg durch hohe Steuern und durch das Zurückbleiben der Pachtpreise hinter dem Sinken des Geldwertes arg bedrängt ge-

<sup>1)</sup> Prof. Dr. C. von Dietze: Die englische Pachtgesetzgebung, Berichte über Landwirtschaft, Berlin 1925. — Derselbe in den gleichen Berichten: Entwicklung und Lage der englischen Landwirtschaft 1925, ferner: Ministerialrat Dr. Herr: Englische Agrarreformpläne, Berichte über Landwirtschaft, Berlin 1927. — Ferner: Alexander Eliaschewitz, Die Bewegung zugunsten der kleinen landwirtschaftlichen Güter in England, München-Leipzig 1914.

<sup>2)</sup> In Schottland steht nur ein Viertel des Gesamtlandes unter Kultur und beinahe die Hälfte wird als Weideland benutzt. In neuerer Zeit ist die Kultur stetig zurückgegangen. Ein Fünftel der Gesamtfläche Schottlands dient ausschließlich Jagdzwecken. Von der landw. genutzten Fläche besaß der Großgrundbesitz über 100 acres 1895 — 70%, der mittlere (20—100 acres) 23,79%, der Kleinbesitz zwischen 5 und 20 acres 5,12%, zwischen 1 und 5 acres — 1,13%. Heute rechnet man, daß sich das Vorwiegen des Großgrundbesitzes noch verstärkt hat. (Ministerialrat Dr. Herr: Anfänge einer Agrarreform in Schottland. Berichte für Landwirtschaft, Berlin 1923.)

wesen<sup>1)</sup>. Viele mußten große Teile ihrer gewaltigen Besitzungen verkaufen, eine Notwendigkeit, die sich nach dem Krieg noch häufiger ergab. Andere wieder trieb die neue Pachtgesetzgebung und die Furcht vor den radikalen Plänen der Bodenreformer zum Verkauf<sup>2)</sup>. Derart hat der Umfang des vom ehemaligen Pächter nun als Eigentümer bewirtschafteten Bodens außerordentlich zugenommen. Die stärkste Vermehrung der Eigenwirtschaft zeigen die Betriebe von 150—300 acres, etwas mindere die kleinen Wirtschaften unter 20 acres<sup>3)</sup>.

Großbritannien ist, wie man sieht, der allgemeinen Tendenz des europäischen Bodens, aus wenigen in viele Hände überzugehen, nicht entronnen. Ging dieser Vorgang bisher in geringerem Ausmaße vor sich als anderswo, so sind jetzt einflußreiche Kreise am Werke, um das Versäumte hundertfach nachzuholen. Das Landprogramm der mächtigen liberalen Partei enthält nicht mehr und nicht weniger als den Plan zur Verstaatlichung des gesamten ländlichen Grundbesitzes und der staatlichen Überwachung aller landwirtschaftlichen Betriebe<sup>4)</sup>. Daß dieses Eingreifen des Staates gerade von der Partei gefordert wird, welche die historische Trägerin des „laissez faire“ war, beweist wieder einmal die Wandelbarkeit menschlicher Ideen.

Im Deutschland der Vorkriegszeit bedeckten die Großgüter ein Fünftel der landwirtschaftlich genutzten Fläche, nahezu Dreiviertel die mittel- und großbäuerlichen Betriebe, der Rest entfiel auf die kleinen und kleinsten Betriebe<sup>5)</sup>. Ein derartiger Anteil des Großbesitzes gilt nach den jetzt herrschenden Ansichten für nicht wenig und selbst mancher, der von der Nützlichkeit der Mischung der Betriebsgrößen überzeugt ist, mag daraus die Notwendigkeit einer das Reich umspannenden Enteignungsaktion ableiten. Eine solche Folgerung würde indessen übersehen, daß viele Gebiete Deutschlands weit hinter jener Durchschnittsziffer zurückbleiben, ja nur 2 oder 3%, andere wieder nur 4—8% Großgrundbesitz aufweisen. Die hohe Durchschnittszahl wird ausschließlich durch Ostdeutschland<sup>6)</sup> und durch das sächsisch-mitteldeutsche Gebiet<sup>7)</sup> bewirkt, von denen das erstere — 40,3% den Gütern von mehr als 100 ha einräumt, das zweite — 20,4%.

Diese Gebiete sind es denn auch, denen das Reichssiedlungsgesetz

<sup>1)</sup> B. Skalweit, Die englische Landwirtschaft, Berlin 1915, ferner: J. A. Venn, Foundations of Agricultural Economies, Cambridge 1923.

<sup>2)</sup> Vgl. Lloyd George, Der Kampf um den englischen Boden. Herausgegeben v. Damaschke in den Sozialen Zeitfragen. Berlin 1914.

<sup>3)</sup> Agricultural Statistics of Scotland 1922.

<sup>4)</sup> Ministerialrat Dr. Herr, Englische Agrarreformpläne, Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1927.

<sup>5)</sup> Prof. Dr. Aug. Skalweit: Agrarpolitik, II. Aufl. Berlin-Leipzig 1924.

<sup>6)</sup> Provinz Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Brandenburg mit Berlin, Pommern, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz.

<sup>7)</sup> Provinz Sachsen ohne Reg.-Bez. Erfurt, Reg.-Bez. Kassel, Anhalt, Braunschweig, Königreich Sachsen, Sachsen-Altenburg. Nach Sering der dieses Gebiet das „Mitteldeutsche Gebiet der Groß- und Mittelbauern“ nennt. Angeführt a. i. Skalweit, Agrarpolitik.

vom 11. August 1919 eine besondere Aufgabe zugeordnet hat. Das Gesetz selbst, man nennt Max Sering als dessen geistigen Urheber, geht in seiner Bedeutung freilich gewaltig über die Befriedigung lokal auftretender Bodenbedürfnisse hinaus. Es ist so kühn und umfassend angelegt, daß man sich erstaunt fragt, wie dieses besiegte, gedemütigte, bettelarm gewordene Deutschland die Kraft und den Mut dazu aufzubringen vermochte. Da liegt es nach Versailles scheinbar hoffnungslos getroffen darnieder. In Berlin, in Hamburg, allerorten läuft der Aufbruch durch die Gassen, führt das Maschinengewehr das große Wort. Während aber Deutschland nicht weiß, ob es sich zuerst gegen innen oder gegen außen wehren soll, beginnt es eine innere Kolonisation in solcher Konzeption und in solchen Maßen, daß die berühmten Agrarreformen von Stein und Hardenberg daneben verblassen könnten. Das neue Gesetz erhebt die innere Kolonisation, die bis zum Krieg im wesentlichen auf Preußen beschränkt geblieben war, zur Reichssache. Zwei Millionen Hektar Hoch- und Niederungsmoore und weite Heideflächen sollen urbar gemacht werden, eine Million Menschen auf ihr Unterkunft und Nahrung finden. So werden schon die altkultivierten Gebiete Gelegenheit zur Gründung von Bauernstellen, zur Verdichtung des Bauernstandes geben. Den gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen jedoch, welche die Bundesstaaten zur Schaffung neuer Ansiedlungen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe zu begründen haben, sind nicht bloß derart ungenutztes Moorland und anderes Ödland anzubieten, auch die Staatsdomänen, deren Pachtvertrag abläuft, haben der Besiedlung zu dienen. Das Reichsgesetz spricht den Siedlungsunternehmungen das Vorkaufsrecht für alle Güter über 25 ha zu und ermöglicht ihnen die Kontrolle des gesamten Güterhandels. Darüber hinausgehend sollen die Güter von mehr als 100 ha in den Bezirken, wo sie über 10 % der landwirtschaftlichen Fläche einnehmen, um ein Drittel ihres Umfanges zugunsten der Besiedlung enteignet werden.

Um die geforderte Abtretung weniger schmerzhaft zu gestalten, schließt das Gesetz die Großgrundbesitzer in Landleistungsverbände zusammen und verleiht auch diesen das Vorkaufsrecht und das Enteignungsrecht. So können sie selbst brauchbares Land aus dem Bestande ihrer Mitglieder beibringen. Schließlich enthält das R. S. G. noch Bestimmungen über die Beschaffung von Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter. Bis zu 5 % der landwirtschaftlich genutzten Feldmark sind für den Bedarf der „kleinen Leute“ bereit zu stellen <sup>1)</sup>.

Die ausgreifenden Pläne des Gesetzes sind bis jetzt am weitesten auf

<sup>1)</sup> Seither wurde das Reichsheimstättengesetz vom 10. Mai 1920 aktiviert. Jetzt soll ein Reichsrahmengesetz geschaffen werden, zu dem der am 17. Oktober vom „Ständigen Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ beschlossene Entwurf die Verhandlungsgrundlage bilden wird. Dr. Ferdinand Jacobs nimmt zu diesem Entwurf Stellung, der sich mit einer für die Landwirtschaft wichtigen Frage befaßt, jedoch ohne Zuziehung von Landwirten zustande kam. (Bauer und Bodenreform, herausgegeben von der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine. Mit einem Geleitwort von Reichsminister D. A. Hermès. Berlin 1929, Paul Parey.)

dem Gebiete der Anliegesiedlung, der Vergrößerung bestehender Kleinbetriebe verwirklicht worden. Deutschland, das es verschmäht, das Beispiel jener Staaten nachzuahmen, die den Boden den bisherigen Eigentümern um ein Butterbrot abnehmen, besitzt vorerst nicht die Mittel zu großen Enteignungen, besitzt sie auch nicht für die Ameliorierung ausgedehnter Ödländereien. Ein ungeheueres Werk erwartet derart seine Erfüllung von dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg des Staates. Es beweist indessen schon in seinen Anfängen, daß Deutschland nicht zögert, bei der Änderung der Besitz- und Betriebsverhältnisse Europas entscheidend mitzuwirken.

Und Frankreich, was tut dieses, will es einsam abseits bleiben? Freilich, man ist Sieger, ist die große Nation, da könnte man sich's schon gestatten, seinen eigenen Willen zu haben.

Aber auch Frankreich vermag sich der Welle nicht ganz zu erwehren, die schon einmal über ganz Europa rollt. Die Schaffung bäuerlichen Besitzes wurde dort allerdings bis vor kurzem nicht als genug wichtig angesehen, um in der Gesetzgebung berücksichtigt zu werden, was in einer relativ gleichmäßigen Verteilung des Bodens begründet zu sein scheint. „Die Rente verteilt sich unter eine viel größere Anzahl von Personen als etwa in England und ruft deshalb weniger Gegnerschaft hervor. Auf der anderen Seite hat sich das Problem dank des langsamen Wachstums der französischen Bevölkerung nicht mit der gleichen Schärfe gestellt wie in Deutschland <sup>1)</sup>.“ Dies, ungeachtet des Umstandes, daß in Frankreich bei einer Gesamtackerfläche von 22 906 000 ha — 12 690 000 ha von 1 078 000 Pächtern bewirtschaftet werden. Die Heimstättenbewegung dagegen hat sich schon vor dem Krieg zu rühren begonnen und ist dann durch die Gesetze vom 31. Oktober 1919 und vom 19. April 1921 ausgebaut und durch Kreditgewährung gestützt worden. Ein neuer sehr weitgehender Gesetzentwurf wurde der Kammer von dem Deputierten und früheren Ackerbauminister Victor Boret unterbreitet. Er hat einen großen Teil seines Gesetzentwurfes von Caziot übernommen und will innerhalb 20 Jahre 2—3 Millionen ha Bodens zur Aufteilung bringen und dies mit einem Aufwand von 5 Milliarden Francs bewerkstelligen. Die Mittel sollen durch Ausgabe von Obligationen beschafft und zu amortisablen Vorschüssen für Boden- und Betriebskapital verwendet werden. Den erforderlichen Boden glaubt Boret durch ein Vorkaufsrecht sicherstellen zu können, das den „caisses foncières“, den Bodenkreditbanken, für alle auf den Markt gelangenden landwirtschaftlichen Güter einzuräumen wäre <sup>2)</sup>. Wird der Entwurf auch kaum in dem geplanten Umfange Gesetz werden, so zeigt er doch, daß in Frankreich die gleichen Tendenzen nach Geltung ringen, wie im übrigen Europa.

<sup>1)</sup> Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, nach der 4. französischen Auflage herausgeg. von Prof. Franz Oppenheimer, III. Aufl., Jena 1923, Gustav Fischer.

<sup>2)</sup> Henri Hitier et Josef Hitier: Les problèmes actuels de l'agriculture, Paris 1923, Payot. Vgl. Caziot: La terre à la famille paysanne, passim.; dann: Victor Boret, Pour et par la terre, passim.

## XII. Kapitel.

### Überblick über das Ergebnis der Bodenreform.

#### I. Die Bodenpacht.

Der Pachtbetrieb ist weitgehend in Eigenbetrieb übergeleitet worden. — Die Gegenbewegung. — Der größere oder kleinere Anteil von Pacht- oder Eigenbetrieb wirtschaftlich nicht wesentlich. — Die Bedingungen, unter denen ein Boden erworben oder gepachtet wurde, sind ausschlaggebend. — Vor- und Nachteile von Pacht- und Eigenbetrieb. — Die Erbpacht in der Sowjet-Republik. — Das Pachtproblem in den übrigen Staaten. — Ein gutes Pachtgesetz der überzeugendste Anwalt des großen Grundbesitzes.

Versucht man jetzt zu registrieren, was sich im Zuge der Bodenreform in Europa begeben hat, so ist das zahlenmäßige Ergebnis durchaus kein lückenloses. Eindeutig und klar hebt sich wohl der allgemeine Umriß ab, nicht aber die ziffernmäßige Gliederung der Besitz- und Betriebskategorien. In welchem Umfange ist Pachtland in Eigenbesitz verwandelt worden? Diese erste Frage gleich läßt sich nicht in genauen Maßen beantworten, wie es stets schwierig war, erschöpfende Daten über die Verbreitung der Pacht zu gewinnen. Die Statistik hatte mit den komplizierten Verhältnissen zu kämpfen, die sich allein schon aus der weitverbreiteten Zupacht zu eigenem Lande ergaben. Die noch immer gärende, nicht abgeschlossene Neuregelung der Bodenverhältnisse aber ist kaum dazu angetan, das Ziffernbild unverfälschter zu liefern. Bestimmt läßt sich jedoch erkennen, daß der Pachtbetrieb in Europa weitgehend in Eigenbetrieb übergeleitet wurde.

Das klassische Land des Pächtertums, Großbritannien, liefert, wie wir sahen, dazu gewichtige Belege. Bis 1913 waren in England und Wales 11 % des Bodens in den Eigenbesitz von früheren Pächtern übergegangen, 1923 bereits 24 %. In Schottland stieg der Umfang solchen erworbenen Besitzes im selben Zeitraum von 11 auf 17,4 %. Ist diese Umwandlung in Großbritannien größtenteils auf freiwillige Entschließung der Besitzer zurückzuführen, so mußte in anderen Staaten die Bodenreform nachdrücklich in der gleichen Richtung wirken. Man erinnere sich, wie die Bodenaufteilung in vielen Ländern ihren Ausgangspunkt von unzufriedenen Kleinpächtern genommen hat (Griechenland, Rumänien, Finnland). Wie anderswo, selbst in Deutschland, die innere Kolonisation seit dem Kriege ihre besten Erfolge auf dem Gebiete der Anliesiedlung, die wohl oft frühere Pachtparzellen einbezog, erreichte wie bei der Neuverteilung des Bodens überall die altangesessenen Kleinpächter besonders berücksichtigt wurden. Auch

die Fälle kamen vor, daß landbesitzende Offiziere und Beamte nach dem Krieg die bisher verpachteten Güter in Bewirtschaftung nahmen. Es hat freilich nicht an Umständen gefehlt, die der Bewegung wieder entgegenarbeiteten. So sind gewiß viele selbstwirtschaftende Grundbesitzer durch die Geldentwertung und die ungünstige Konjunktur um ihr Vermögen gekommen und durch Mangel an Betriebskapital zum Verpachten gezwungen worden. Manches Stück Boden ist auch dort, wo es keine Bodenaufteilung gab, oder lange vor einer solchen, an die heimkehrenden Soldaten in Parzellenpacht vergeben worden. Solche Vorkommnisse dürften jedoch dem Umfang nach kaum im Entferntesten an die Bodenfläche heranreichen, welche durch die Agrarreformen in den Besitz früherer Kleinpächter übergegangen ist.

Die größere oder kleinere Verbreitung des Pacht- und Eigenbetriebes scheint im übrigen für die landwirtschaftliche Produktion an und für sich nicht wesentlich zu sein. Es kommt nicht darauf an, sondern auf die Bedingungen, unter denen ein Boden erworben oder gepachtet wird. Der Eigentümer, der den Boden überzahlt hat, ist sicher viel schlechter daran, als der Inhaber eines unter günstigen Bedingungen gepachteten Betriebes. Die Teilung zwischen Grundbesitz und Pachtunternehmung bedeutet zugleich die Teilung des Kapitalbedarfes und des Risikos. Der Pächter führt dem Betrieb oft frische Kraft und frisches Betriebskapital zu. Er ist der Verschuldung nicht so leicht zugänglich wie der Besitzer, dessen Boden sich zu hypothekarischer Sicherstellung gut eignet, während der Pächter viel schwerer Kredit erhält. Selbst die Gefahr des Raubbaues, die bei Pachtung mehr als bei Eigenwirtschaft gefürchtet wird, ist nicht so groß, weil der Boden sich dagegen zu wehren weiß. Kann die Pflanze doch nur die Nährstoffe aufnehmen, die in löslichem Zustande vorhanden sind. Ungenügende Düngung, mangelhafte Bodenbearbeitung, der zu häufige Anbau anspruchsvoller Pflanzen äußert sich daher in starkem Sinken der Erträge, dem sich gewiß keiner aussetzen wird, der den Boden dauernd nutzen will und der über die Mittel verfügt, welche eine ordentliche Bearbeitung und Düngung beanspruchen. Finanzielles oder technisches Ungenügen aber ist kein Spezifikum des Pächters und das Gegenteil keine besondere Eigentümlichkeit des Eigentümers. Bei Pachtanfang, in den letzten Jahren allerdings, liegt die Versuchung zu mangelhafter Bodenbestellung vor. Bei Großgütern vermag sich der Verpächter durch vertragliche Abmachung dagegen zu sichern. Bei Parzellenpacht dagegen ist Vernachlässigung der Kultur am Ende der Pachtperiode kaum zu verhindern. Das beste Gegenmittel ist eben möglichst seltener Wechsel des Pächters; und längere Dauer des Pachtverhältnisses ist es auch, die einen anderen Nachteil, den man der Pacht nachsagt, aufhebt: das mangelnde Interesse des Pächters an Meliorationen. Diese sind eine Geld- und eine Rentabilitätsfrage. Ist dem Pächter die Bodennutzung für längere Zeit gewährleistet und sind die Mittel, wie die Sicherheit der Rentabilität vorhanden, so wird es

gewöhnlich nicht allzu schwer zu einer Vereinbarung zwischen Pächter und Verpächter kommen. Nicht einmal eine vorteilhaftere psychische Einstellung des Besitzers zum Boden wird man als unbedingt hinstellen dürfen. Der Verfasser kann dies aus eigener Erfahrung bezeugen, denn seine Familie bewirtschaftet schon seit drei Generationen fürstlich Liechtensteinsche Pachtomänen und deren Boden und Betrieb sind allen denen, die sie im Laufe der Zeiten führten, nicht weniger am Herzen gelegen, als der ebenfalls vorhandene Eigenbesitz.

Längere Dauer des Pachtverhältnisses, ein angemessener Pachtzins und eine gewisse Bewegungsfreiheit beim Betrieb sind für ein solches Empfinden gegenüber dem Pachtobjekt allerdings Voraussetzung. Treffen sie zu, dann läßt sich gegen die Pacht weder vom privatwirtschaftlichen, noch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt viel einwenden, man wäre denn der Meinung, der bisherige Besitzer hätte den Boden dem Pächter unentgeltlich abzutreten. Dadurch würde die Lage des Pächters allerdings verbessert werden, doch könnte das nicht als Beweis gegen die Berechtigung der Pacht gelten, sondern bloß recht überflüssigerweise die sattsam bekannte Wahrheit wiederholen, daß der an irdischen Gütern Reiche mehr besitzt als der Arme. Einwände anderer Art dagegen, die sich aus dem Gesichtspunkte der unterschiedlichen Bodenreformsysteme und der prinzipiellen Einstellung zum privaten Grundeigentum und zur Grundrente ergeben, liegen außerhalb dieser Untersuchung. Die uns interessierende Frage, wie die Agrarreform der Nachkriegszeit auf die Pachtverhältnisse gewirkt hat, ist somit nicht so sehr nach der Änderung im Umfange des Pachtlandes zu beurteilen, wie nach der Gestaltung der Pachtbedingungen.

Die Sowjetrepublik hat nach langem Tasten zu einer Bodenzuteilung hingefunden, die nichts anderes als eine Erbpacht darstellt, freilich unter Bedingungen, die den russischen Bauer in dem Glauben bestärken müssen, daß er der Eigentümer des Bodens sei <sup>1)</sup>. Der „Mir“, die alte bäuerliche Dorfgemeinde Rußlands, die zugleich den gemeinsamen Besitz der Bauerngemeinde an Grundeigentum bedeutete, und die in der Regel alle 15 Jahre erfolgende Neuverteilung des Bodens haben den Muschik an so eigentümliche Besitzverhältnisse gewöhnt, daß ihm die agrarsozialistischen Konstruktionen der Sowjets nicht durchsichtig werden konnten. So glaubt er an seinen Eigentumserwerb und er vermag in der Tat freier über den Boden zu verfügen, als zu jener Zeit, da er ihn vom Gutsbesitzer gepachtet oder vom Mir zugeteilt erhielt. Rußland hat demnach die Pachtfrage zugleich mit der Eigentums- und Verteilungsfrage gelöst. Ob gerade vorteilhaft, möchte man nach den vorliegenden Berichten und nach den Ergebnissen der Produktion fast bezweifeln.

Mit mehr Wirklichkeitssinn haben andere Staaten ihr Pachtproblem in die Hand genommen und es dort zu bessern gesucht, wo ihm

<sup>1)</sup> Vgl. dazu Kapitel XXII.

wirkliche Übelstände nachzusagen waren. Deutschland ging an die Reform seines Pachtwesens auf Grund äußerst eingehender Erhebungen<sup>1)</sup> heran. Sie zeigten, daß bei den größeren Landgütern weder der Pachtzins, noch die sonstigen Bestimmungen derartige waren, daß man sie als Hindernis der intensiven und rationellen Bewirtschaftung ansehen müßte. Die Verhältnisse der Parzellenpacht dagegen ließen viel zu wünschen übrig. Wo die Parzellenpacht Zupacht ist und einen zu kleinen Besitz derart ergänzt, daß die Arbeitskraft des Besitzers und seiner Familie, auch seine Gebäude besser ausgenutzt werden, hat die Parzellenpacht gewiß ihre volkswirtschaftliche Berechtigung. Die Erfahrung lehrt, daß hierbei Pachtland nicht schlechter als das eigene Land des kleinen Pächters bewirtschaftet wird. Schlimmer steht es um die Bewirtschaftung solcher Parzellen, die Nichtlandwirte im Nebenberuf bearbeiten, was seit Kriegsende häufiger vorkommt und zwar in Gestalt der Pacht wie des zugewiesenen Parzellenbesitzes. Dies ist somit wieder kein Spezifikum der Pacht. Dagegen ist als solches die Erscheinung zu betrachten, daß die kleinen Leute meist höhere Pacht zahlen als der Ertragsfähigkeit des Bodens entspräche, weil es ihnen an der richtigen Kalkulation fehlt <sup>2)</sup>. Die Untersuchung, welche das Berliner Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen in Thüringen eingeleitet hat, kommt zu dem beachtenswerten Ergebnis, daß die Parzellenpacht, hauptsächlich wegen der zu hohen Pachtpreise kaum als Mittel zu sozialem Aufstieg anzusehen ist. Die Frage, ob sich kleine Bauern oder Arbeiter, speziell Landarbeiter, durch die Pacht emporgearbeitet haben, mußte fast regelmäßig verneint werden. Die Parzellenpacht läßt sich meist nur durch die Fiktion aufrechterhalten, daß die aufgewandte Arbeit keinen Wert besitze und nur die Barauslagen zu rechnen wären. Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob die Zeit, welche mit der Feldarbeit zugebracht wird, sich nicht anderswo volkswirtschaftlich nützlicher verwerten ließe. Als Aktivpost bleibt einzusetzen, daß die Landarbeit eine gesunde Beschäftigung ist und daß die Unterstützung des Haushaltes durch ihre Erzeugnisse in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen gewissen Rückhalt bieten kann.

Immerhin: Zu hohe Pachtpreise, Vernachlässigung der Kultur, Raubbau gegen Ausgang des Pachtens, Kapitalschwäche und mangelnde Fachkenntnis der Pächter, sind die Sorge der Agrarpolitik in den meisten Ländern geworden. In Gebieten, wo Naturalleistung oder Arbeitsleistung des Pächters den Pachtzins ganz oder zum Teil bilden, komplizieren sich die Nachteile oft noch mehr. Diese Erfahrung, nicht minder

<sup>1)</sup> Vgl.: Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Zeitpacht in der deutschen Landwirtschaft von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Sering unter Mitarbeit von Dr. R. Seiff und Dr. C. v. Dietze. Berichte über Landwirtschaft, Bd. 1 u. 2. Berlin 1924. Ferner: Dr. Diertrich, Kiel: Die Zeitpachtdörfer in Schleswig-Holstein a. a. O.

<sup>2)</sup> Vgl.: Dr. Franz, Die landwirtschaftlich-bäuerlichen Verhältnisse des Weimarer Kreises. Schriften des Vereines für Sozialpolitik in Berlin, Bd. 22.



aber die besondere Wertung, die dem Boden als sozialem und Produktionsfaktor entgegengebracht wird, hat schon zu Ende des 19. Jahrhunderts hier und dort zu staatlichen Reformversuchen des Pachtwesens geführt. Wie sich jedoch die Bodenaufteilung nach dem Weltkrieg ganz Europa eroberte, so ist es auch mit der Pachtreform geschehen: wo sie nicht durch Eigentumsübertragung überflüssig wurde, hat man sich in mehr oder weniger glücklicher und eingreifender Weise an sie herangemacht<sup>1)</sup>.

Nicht überall mit dauerndem Erfolg! So hat sich die Pachtschutzordnung, die Deutschland zur Zeit der Geldentwertung und der unregelmäßigen Produktenpreisbildung 1920 erließ und zweimal erneuerte, anscheinend nicht bewährt, denn die neue Reichspachtschutzordnung vom 13. Februar 1924 sieht den allmählichen Abbau des Pachtschutzes vor. Sie hält wohl an den wichtigsten Schutzbedingungen der früheren Verordnungen fest, schließt aber alle nach dem 1. März 1924 neu eingegangenen Pachtverträge von Eingriffen der Pachteinigungsämter aus. Nach dem 30. September 1925 soll der freie Pachtvertrag allgemein wieder hergestellt sein. Die Gesetzgebung fand sich zu dieser Anordnung bewogen, weil die strengen Schutzbestimmungen zugunsten der kleinen Pächter dahin geführt hatten, daß niemand mehr Grundstücke verpachten wollte, solange er Gefahr lief, sie nicht wieder zu bekommen. Dagegen hat die Regelung der Pachtverhältnisse gerade in den Staaten, in welchen die Pacht besonders stark verbreitet ist, eine glückliche Lösung gefunden. In Schweden<sup>2)</sup>, das ein Viertel des landwirtschaftlichen Kulturbodens von Pächtern bewirtschaften läßt, wo mehr als 75 % der Pachtbetriebe keine 10 ha aufweisen und neben der Geld- und Naturalpacht oft zu drückenden Arbeitsleistungen verpflichtet sind, ist die bisher mehr oder weniger unselbständige Lage der Pächter durch Schaffung eines „sozialen“ Pachtgesetzes verbessert worden. Dem Gesetz wurde ein im Jahre 1923 erstattetes Gutachten der „Landkommission“ zugrunde gelegt. Die weiteste Durchbildung des Pachtrechtes weist England<sup>3)</sup> auf. Schon der „Agricultural Land Sales Act“ von 1919 hatte den Schutz der Pächter gegen Kündigung verstärkt. 1920 wurden Entschädigungsansprüche des Pächters für Besitzstörung, für eingeführte Verbesserungen und für besonders gute Bewirtschaftung begründet, aber auch die Ansprüche des Verpächters bei schlechter Wirtschaft erweitert und die Kündigungsfristen nicht nur verlängert, sondern die Kündigungspflicht selbst für solche Verträge vorgeschrieben, die auf bestimmte Frist lauten.

<sup>1)</sup> Unwichtig wurde eine Pachtreform durch Bodenaufteilung etwa in Jugoslawien. Das „Kmetensystem“ Bosniens und der Herzegowina ist bei diesem Anlaß aufgelöst worden, ebenso das ähnliche „Kolonatsystem“ in Dalmatien.

<sup>2)</sup> Dr. Ernst Palmgreen: Das Prinzip des Pächterschutzes in Schweden, Berichte über Landwirtschaft, III. Bd. Berlin 1925.

<sup>3)</sup> Prof. Dr. C. von Ditzze: Die englische Pachtgesetzgebung, dies. Berichte, III. Bd. Berlin 1925.

Strittige Fälle sind einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Mit diesen klugen Normen weist England der Pachtreformbewegung eine vorbildliche Richtung. Andere Staaten, wie die Tschechoslowakei und Österreich legen das Hauptgewicht ihrer Pächterschutzgesetze auf die dauernde Sicherung des Bodens für Kleinpächter, Italien und Rumänien wollen die Ober- oder Zwischenpacht beseitigen und Pachtgenossenschaften fördern; Finnland verleiht dem Pächter ein Einlösungsrecht und so sind die Bemühungen allseitig und vielgestaltig im Gange, um den Boden und seinen Bearbeiter in ein richtiges Verhältnis zueinander und zu der Volkswirtschaft zu bringen. Die Gegner der Bodenenteignung haben genug Ursache dies zu begrüßen, denn ein gutes Pachtgesetz wäre der überzeugendste Anwalt des großen Privatbesitzes.

## II. Die Änderung in der Verteilung der Betriebsgrößen.

Rußlands Bodenaufteilung entscheidet über die halbe Fläche von Europa. — Was wir von der Bodenstatistik der übrigen Staaten wissen. — Es wurden fast nirgends mittlere oder größere Bauerngüter gebildet, sondern vorwiegend Klein- und Zwergbesitz.

Soweit die Bodenenteignung nicht ein bereits früher bestandenes Nutzungsverhältnis zum Boden verewigte, mußte sie gewaltige Verschiebungen in der Verteilung der Betriebsgrößen mit sich bringen. Große Wirtschaftseinheiten sind aufgeteilt worden und verschwunden, an ihrer Statt ringen unzählige kleinere und kleinste Betriebe um die Existenz. Wir wollen versuchen uns ein Bild dieser Umgruppierung aus den spärlichen Daten zu rekonstruieren, die darüber vorliegen.

Ganz Europa bedeckt eine Fläche von 11 100 000 km<sup>2</sup>. Mehr als die Hälfte dieser Fläche wird von der Union der Sowjetrepubliken eingenommen, die in ihrem europäischen Teil 5 232 000 km<sup>2</sup> umfaßt. 30 % der Fläche sind Ackerland, 12 % Wiesen und Weiden<sup>1)</sup>. In diesem Riesenreich nahm der Großgrundbesitz vor dem Krieg 23,7 % des Kulturbodens in Anspruch, in Klein-Rußland sogar 44,6 %. Den Bauern standen somit 76,3 % in Großrußland und nur 55,4 % in Kleinrußland zur Verfügung. Gegenwärtig werden dort noch 3,2 % von den Sowjets als Großbetriebe geführt und in Kleinrußland 5 % — aller übriger Boden wird von den Bauern in der durchschnittlichen Betriebsgröße von bloß 3,6 ha bewirtschaftet. In Altrumänien besaß der Großgrundbesitz fast die Hälfte des landwirtschaftlichen Bodens — nun gehören ihm noch ca. 8 %. In den neu erworbenen Gebieten, in Beßarabien, Transylvanien und in der Bukowina hat sich das Verhältnis nicht viel weniger zuungunsten des Großgrundbesitzes verschoben. Da Rumänien 294 244 km<sup>2</sup> umspannt, also fast 3 % von Europa und davon 40 % als Ackerland und 17 % als Wiesen und Weiden benutzt, ist auch diese Umgruppierung nicht belanglos vom Standpunkt der

<sup>1)</sup> Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927 und nach Prof. Hickmanns Geogr. statist. Atlas. Wien, Freytag u. Berndt.

Betriebsverteilung<sup>1)</sup>. Ungarn hat 461 326 Katastraljoch in kleine Hände gelegt, auf Dreiviertel dieser Fläche Zwerg- und Kleinbesitz geschaffen, den Rest an Gemeinden verteilt und seinen gesamten Großgrundbesitz dabei um durchschnittlich 11 % verkleinert. Jugoslawien überwies 769 000 Katastraljoch oder 7% des Ackerlandes in Losen von durchschnittlich weniger als 4 ha den Kleinbauern und Ansiedlern und brachte den Großgrundbesitz so gut wie ganz zum Verschwinden. Griechenland verminderte dessen Flächenanteil um 15 %. Die Tschechoslowakei besitzt 6 315 840 ha anbaufähigen Bodens, von welchem dem Großgrundbesitz etwa ein Drittel gehörte. Er wurde um rund eine Million Hektar verkürzt, also fast auf die Hälfte reduziert. Die Durchschnittsgröße der an Anspruchsberechtigte bisher verteilten Fläche betrug 4,5 ha, überdies wurden 127 000 ha in Einheiten von je 80 ha als Stammgüter vergeben <sup>2)</sup>. Nicht alle Länder Europas stellen so genaue Ziffern zur Verfügung. Immerhin wissen wir, daß von dem Fünftel des Ackerlandes, das in Deutschland dem Großgrundbesitz zuzuzählen war, manches ansehnliche Stück Siedlungszwecken zugewiesen wurde, daß England der inneren Kolonisation Grund und Boden zugeteilt hat, und — von 1919—1923 — 18960 Leute mit neuen Stellen ausstattete. Wir sahen in Polen großangelegte Enteignungsgesetze entstehen, deren ziffernmäßige Auswirkung allerdings nicht bekannt ist; in Finnland eine Vermehrung des kleinen Grundbesitzes von 110 000 auf die dreifache Anzahl und fanden andere Länder auf dem gleichen Wege der Bodenaufteilung. Es läßt sich freilich nicht sagen, daß der Boden, welcher den Eigentümer gewechselt hat, damit auch den Bebauer wechselte, da die Statistik eine solche Scheidung nur in Einzelfällen nachweist. Ungeachtet dieses Umstandes und der Lückenhaftigkeit der Ziffern wird man doch erkennen, wie ungemein ausgreifend

<sup>1)</sup> Prof. Dr. v. Franges gibt nachfolgende Zusammenstellung über die Verteilung der Besitzgrößen in Rumänien nach Abschluß der Bodenreform zu Ende 1925. (In: La situation de l'agriculture dans les pays de l'Europe orientale, Rapports présentés à la conférence internationale des associations agricoles, congrès internationale d'agriculture Rome 1927.):

	von 0—100 ha	%	über 100 ha	%
Altes Rumänien . . . .	7 293 148	91,5	697 851	8,5
Beßarabien . . . . .	3 829 731	93,9	352 619	6,1
Bukowina. . . . .	478 000	92,0	42 000	8,0
Transylvanien . . . .	6 288 302	84,5	1 153 000	15,5
total:	17 889 181	88,8	2 245 480	11,2

<sup>2)</sup> Einer von der tschechoslowakischen Akademie für Landwirtschaft 1928 herausgegebenen Schrift: „Die tschechoslowakische Landwirtschaft“ entnehme ich folgende Verteilung des Bodens auf die Betriebsgrößen:

Ausmaß der Betriebe

bis 1 ha	1—5 ha	5—10 ha	10—30 ha	30—100 ha	über 100 ha
2,14%	21,32%	18,30%	30,28%	14,49%	13,47%

Vgl. dazu auch: „L'agriculture Tschécoslovaque en diagrammes“, D'après les travaux du Prof. Dr. V. Brdlik, Prag 1929.

die Verteilung der Betriebsgrößen geworden ist. Hat der europäische Großgrundbesitz vor dem Krieg vielleicht 20 % des europäischen Acker- und Wiesenlandes besessen und einen beträchtlichen Teil davon als Großbetrieb bewirtschaftet, so wird er jetzt, wenn man das europäische Rußland einbezieht, im Gesamtdurchschnitt der Staaten keine 5 % mehr besitzen. Und diese Riesenflächen, die einst dem Großgrundbesitz gehörten, sind fast nirgends in Bauerngüter von mittlerem oder größerem Umfang aufgeteilt worden, sondern wurden vorwiegend in Kleinbauernstellen, Zwergbetriebe und Wohnsiedlungen zerlegt.

## XIII. Kapitel.

## Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bodenreform.

## I. Was die Theorie über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Betriebsgrößen sagt.

Bedingte Geltung älterer Lehrmeinungen. — Mischung der verschiedenen Betriebsgrößen als vorteilhaft erkannt. — Aereboes Unterscheidung des privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Standpunktes. — Die Argumente Bernhards. — Schlußfolgerungen Skalweits. — Relativität aller Untersuchungsergebnisse.

Der Streit um die Vorzüge und Nachteile des Groß- und Kleinbetriebes dauert schon Jahrhunderte und konnte um so weniger endgültig entschieden werden, als eine bestimmte Betriebsgröße je nach der natürlichen und wirtschaftlichen Lage, je nach den politischen Umständen, nach dem Grad der technischen und wissenschaftlichen Erkenntnis und nach der Eigenart und Tüchtigkeit der Landwirte, ganz verschieden zu beurteilen ist. Deshalb erübrigt es sich, die wechselnden Lehrmeinungen aufzuzählen, die seit dem 18. Jahrhundert in England, Frankreich, Deutschland in dieser Hinsicht zutage traten und den Tag nicht immer überlebt haben. Andere wieder, wie die eines Forbonnais, Goudart, Mirabeau, selbst eines Adam Smith beruhen gleich denen der Physiokraten auf landwirtschaftlichen Verhältnissen, die nicht mehr die heutigen sind. Das statistische Material von 200 Farmen, welches den Ausführungen des Engländers A. Young so viel Ansehen verlieh, ist längst nicht mehr wahr und so können auch die Argumente nur bedingt gelten, die Thaer unter dem Einflusse Youngs zuerst mit Nachdruck zugunsten der Großbetriebe anführte, um später auch den kleineren Betrieben besondere Vorzüge zuzubilligen. Friedrich List wollte die Frage weder vom Standpunkt der Produktivität noch der Rentabilität der Betriebsgrößen vorwiegend beurteilt sehen, er wollte sie vor allem darnach entscheiden, welche Art des Besitzes den dauerhaftesten Staat, die mächtigste Nation begründet. Da die Beantwortung auch in dieser Formulierung auf geänderte Voraussetzungen stößt, so wollen wir uns hier darauf beschränken, kurz wiederzugeben, welche Meinung von einigen repräsentativen Vertretern der heutigen Agrarpolitik geäußert wird. Vorher sei noch bemerkt, daß die namhaften Vertreter dieses Wissenszweiges von gestern, Settegast, v. d. Goltz, Roscher, Buchenberger einer Mischung das Wort geredet haben, bei der alle Größen vertreten sind, bei welcher der mittlere Betrieb jedoch am zahlreichsten vorhanden ist.

Schullern vertritt die Ansicht, daß unter sonst gleichen Verhältnissen diejenige Volkswirtschaft die gesündeste sei, welche über den stärksten Stock lebensfähiger Mittel- und Kleingüter, die vom Eigentümer selbst bewirtschaftet werden, verfügt<sup>1)</sup>. Aereboe, der das Problem in seiner „Allgemeinen landwirtschaftlichen Betriebslehre“<sup>2)</sup> eingehend behandelt, unterscheidet scharf zwischen der privatwirtschaftlichen und der volkswirtschaftlichen Seite. Der Vergleich der privatwirtschaftlichen Leistungen von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb müßte vor allem berücksichtigen, welchen Einfluß Fleiß, Tatkraft, Unternehmungsgeist, Schulung und andere Eigenschaften auf den Erfolg des Betriebes hätten. Je kleiner der Betrieb, desto größer der Arbeitsanteil, den der Besitzer und seine Familie selbst leistet. Je größer der Betrieb, desto schwieriger den erforderlichen Menschenapparat zweckmäßig zusammenzustellen und am Erfolg interessiert zu halten. Im Kleinbetrieb ist das Interesse der Familienmitglieder selbstverständlich — im Mittelbetrieb teilen sich Fleiß und Sorgfalt den wenigen Lohnarbeitern leichter mit, weshalb der Kleinbetrieb teilweise auch der Mittelbetrieb, dem Großbetrieb dort überlegen sei, wo der Erfolg der Arbeit hauptsächlich von der Sorgfalt abhängt, wie bei Viehhaltung und Viehzucht. Der Großbetrieb wieder biete die Möglichkeit weitergehender Arbeitsteilung, Arbeitskonzentration und Maschinenverwendung und pflege zugleich über ein höheres Maß von Fachbildung zu verfügen. Deshalb werde er, vor allem dank der Maschinenverwendung, besonders bei solchen Kulturen Überlegenes leisten, die wenig spezialisierte oder geringe Handarbeit erfordern, was namentlich beim Getreidebau zutreffe. Fortschreitende Technik vergrößert den Einfluß persönlicher Leistungsfähigkeit. Keine Betriebsgröße aber gebe es, der als solcher unter allen natürlichen Verhältnissen eine Überlegenheit zukäme. Unter gewissen Umständen könne der Großbetrieb niemals rentabel sein, um er anderen niemals der Kleinbetrieb. Je mehr die Bodenbeschaffenheit auf engem Raume wechselt, desto kleiner wird im allgemeinen unter sonst gleichen Verhältnissen der von Natur leistungsfähigste Betriebsumfang sein. Gleiches gelte, je mehr die natürlichen Verhältnisse einseitig für Viehhaltung, insbesondere für Viehaufzucht sprechen oder arbeitsintensiven Kulturen günstig sind. Für den Großbetrieb dagegen sei die Ertragsfähigkeit des Bodens beim Getreidebau entscheidend. Rentabilität hänge übrigens auch von der Marktlage und den Preisverhältnissen ab, gegen deren Änderung die verschiedenen Betriebsgrößen nicht gleich empfindlich seien. Hohe Getreidepreise kämen mehr dem Großbetriebe zugute, Preissteigerungen für Vieh, Viehprodukte und Erzeugnisse arbeitsintensiver Kulturen, den Klein- und Mittelbetrieben. Von der Verbilligung der Produktionsmittel

<sup>1)</sup> Dr. Hermann Schullern-Schrattenhofen, Agrarpolitik. Jena 1924. Gustav Fischer (Bd. 10 der Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie, herausgeg. v. Diehl u. Mombert).

<sup>2)</sup> III. Aufl. Berlin 1918, Paul Parey.

profitierten diese am stärksten, weil sie den größten Gebrauch davon machten oder machen könnten. Doch gelte auch dies mehr unter dem Vorbehalte, daß die Überlegenheit einer Größenklasse je nach den Marktverhältnissen, den natürlichen und namentlich den persönlichen Verhältnissen von Fall zu Fall wechsele.

Wie verhält es sich nun mit der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit? Aereboe sieht ein Moment zugunsten des Kleinbetriebes darin, daß die Zahl der Menschen, die auf gleicher Fläche Wohnung, Unterhalt und Arbeitsfeld finden, desto größer ist, je kleiner die Betriebe sind. Die Kleinbauern Deutschlands (ca. 2—5 ha) ernähren und beschäftigen auf der gleichen Fläche über fünfmal, die Mittelbetriebe (5—20 ha) mehr als doppelt so viel Menschen, wie die Großbetriebe und ernähren sie angeblich besser als abhängige Lohnarbeiter es zu sein pflegen. Ebenso steige der Konsum an Gewerbe- und Industrieerzeugnissen und persönlichen Dienstleistungen mit der Dichte der landwirtschaftlichen Bevölkerung, also mit fallender Betriebsgröße, dazu komme der höhere Eigenkonsum an Agrarprodukten. Eine Frage für sich ist die Marktleistung der verschiedenen Betriebsgrößen. Die der kleinen Betriebe sei nicht geringer, wie wegen der größeren Zahl der Selbstverbraucher zu erwarten, weil in den kleinen Betrieben viel intensiver gewirtschaftet werde, so daß die Marktleistung mit abnehmender Größe sogar steige. Das gelte nicht für Getreide, aber für Fleisch, Milch, Gemüse, Kartoffel.

Am wichtigsten aber sei die Gesamterzeugung, bei der die Hervorbringung von Menschen obenanstehe. Daß dabei der Großbetrieb abfalle, sei nicht zu bezweifeln. Aereboe schließt seine Untersuchungen mit der zusammenfassenden Feststellung: Volkswirtschaftlich betrachtet leistet der Kleinbetrieb weitaus am meisten, dann folgt der Mittelbetrieb. Der selbstwirtschaftende Großbetrieb erfüllt seine volkswirtschaftliche Aufgabe, indem er die ländliche Bevölkerung wirtschaftlich und politisch führt und ist deshalb in Form einzelner großer Güter erwünscht, dagegen wirkt Latifundienbesitz volkswirtschaftlich ungünstig.

Skalweit erwähnt unter den Arbeiten, die sich mit unserer Frage gründlich beschäftigt haben, eine von Bernhardi („Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden“). Sie scheint ihm den Gegenstand richtig anzupacken, von der landwirtschaftlichen Betriebslehre aber nicht beachtet worden zu sein. Bernhardi macht gegenüber der Meinung, daß der Großbetrieb einen höheren privatwirtschaftlichen Reinertrag abwerfe, was wieder die Mittel zur Steigerung der Produktivität liefert und deshalb auch volkswirtschaftlich günstig sei, auf Folgendes aufmerksam: Die Arbeitslöhne gelten dem Unternehmer von seinem Standpunkt ganz richtig als Kosten, sie sind aber, volkswirtschaftlich betrachtet, Teile des Produktionsertrages. Deshalb könne das Gesamteinkommen und damit der volkswirtschaftliche Nutzen bei einer anderen Betriebs-

größenverteilung selbst dann beträchtlich sein, wenn der Reinertrag bei den großen Gütern tatsächlich höher wäre. In Wirklichkeit gewähre aber das kleine Eigentum einen größeren Rohertrag, und nicht um einen Bestandteil des Nationaleinkommens handle es sich, gleich der Kapitalrente, sondern um das Verhältnis zwischen dem gemachten Aufwande und der gesamten gewonnenen Gütermenge. Das rohe, nicht das reine Einkommen sei der jährliche Gewinn der Gesamtheit, der jährlich geschaffene Nationalreichtum. Die wirksamere Anstrengung des kleinen selbständigen Landwirtes gegenüber dem Lohnarbeiter vermehre den Ertrag schon unter Annahme der gleichen Menge von Arbeitskräften, dieser potenziere sich aber noch dadurch, daß bei geteiltem Grundeigentum dem Ackerbau eine viel größere Zahl von Händen zugewandt wird. Der Kleinbetrieb unterliege allerdings leichter der Gefahr des Raubbaues, was wieder die Gefahr nahelegt, die Steigerung des Gesamtertrages könnte mitunter auf Kosten des Stammkapitales erfolgen. Nehmen die durchschnittlichen Ernten bei steigender Zerstückelung des Grundeigentums ab, statt bei der vervielfältigten Bearbeitung, wie zu erwarten, zu wachsen, so scheine das heilsame Maß der Grundstücksteilung überschritten. Aber auch ohne Abnahme der Erträge würden sich ungünstige Wirkungen schon zeigen, wenn die Ertragssteigerung nicht mehr in einem hinlänglichen Verhältnis zu dem gemachten Aufwand an Kräften steht. Bernhardi beschäftigt sich dann mit denen, die dem Kleinbetrieb nicht nur höheren Roh-, sondern auch höheren Reinertrag nachrühmen und dabei auf den verhältnismäßig höheren Pacht- und Kaufschilling hinweisen, den kleine Landgüter und Grundstücke zu bringen pflegen. Für Bernhardi ist das kein Beweis, denn wenn wirklich ein höherer Überschuß herausgewirtschaftet wird, so könne das auf die äußerste Einschränkung der Bedürfnisse zurückzuführen sein, und nicht für besonders günstige Produktionsverhältnisse, sondern für ein höchst ungünstiges Verhältnis der Verteilung des Einkommens Zeugnis ablegen<sup>1)</sup>. Unbegrenzte Zerstückelung der landwirtschaftlichen Grundstücke bei zunehmender ländlicher Bevölkerung müßte den Erfolg ihrer Tätigkeit in ein immer schlechteres Verhältnis zum Gesamtertrage setzen. Das Elend, das bestehen müßte, wo nur Zwergwirtschaften nebeneinander beständen, würde unbeschreiblich sein. Auch bei Bernhardi klingt die Untersuchung somit dahin aus, daß eine volkswirtschaftlich günstige Verteilung der Betriebsgrößen sich nicht auf den Kleinbetrieb allein stützen könne.

Noch deutlicher sind die Folgerungen, die Skalweit in dieser

<sup>1)</sup> In der Tat haben hervorragende Betriebslehrer seit geraumer Zeit den Nachweis geführt, daß die höheren Boden- und Pachtpreise durch die kleinen Landwirte nur deshalb gezahlt werden können, weil der Boden für diese keine Rentenquelle, sondern bloß die Sicherung eines bescheidenen Arbeitseinkommen bedeutet. Vgl. u. a. Ostermayer, Untersuchungen über die Ertragsfähigkeit der mährischen Bauernbetriebe, Brünn 1911. Derselbe: Das Landgut als Einkommensquelle. Mitteilungen der landw. Lehrkanzeln der Hochschule f. Bodenkultur in Wien 1916.



Richtung zieht. Anknüpfend an die Feststellung Bernhardis, die für eine große Volkswirtschaft wünschenswerte Betriebsgrößenverteilung müsse so gestaltet sein, daß sie dem Ganzen ein möglichst großes Gesamteinkommen verbürgt, daß daran möglichst große Volksteile beteiligt werden und daß es ohne Minderung des Stammvermögens geschieht, führt Skalweit aus: „Außerdem ist zu beachten, daß es nicht genügt, wenn eine quantitativ möglichst große Produktenmenge erzeugt wird, sondern daß die Landwirtschaft als ganze zu einer wachsenden Marktleistung für die nichtackerbautreibende Bevölkerung befähigt ist und der Bedürfnisbefriedigung in ihrer Vielseitigkeit gerecht wird. Eine Betriebsgrößenverteilung, die allen diesen Anforderungen entsprechen soll, wird ein Nebeneinander verschiedener Betriebsgrößen erfordern. Doch nicht in willkürlicher Mischung. Je nach den natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen wird örtlich und zeitlich bald die eine, bald die andere Mischung den Vorzug verdienen.“ Deshalb müßte die wünschenswerte Größenzusammensetzung für jedes nicht zu groß zu bemessende Wirtschaftsgebiet gesondert untersucht werden, wobei die Frage oft auch zeitlich verschieden zu beantworten sei. Jeder neue Sieg des Menschen über die Natur, eine technische Erfindung, eine landwirtschaftliche Maschine könne den verschiedenen Betriebsgrößen ungleichen Nutzen bringen und dadurch die Grenzen der vorteilhaftesten Betriebsgröße verschieben. Dasselbe könnte sich im Gefolge politischer Umwälzungen ergeben. So hat der glückliche Krieg 1870/71 in Deutschland zunehmende Industrialisierung, vermehrten Absatz für die Erzeugnisse einer intensiven Agrikultur- und Fleischproduktion geschaffen, während der Bedarf an Getreide und Futtermitteln zum Teil billig aus dem Auslande bezogen zu werden vermochte. Eine Entwicklung also, die vor allem den kleinen Betrieb begünstigte. Es wäre nicht unmöglich, daß Mangel an Zahlungsmitteln, Verminderung der Nachfrage nach hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten zufolge Verarmung der Bevölkerung und die Erschwerung ausländischer Getreideimporte durch die Ausschaltung des russischen Getreideexportes im Deutschland der Nachkriegszeit wieder zugunsten der größeren Betriebe sprechen könnte<sup>1)</sup>.

Prof. Dr. A. H. Hollman weist mit Recht darauf hin, daß das Rentabilitätsprinzip zwar den bäuerlichen Kleinbetrieb, ebenso wie den kapitalistischen Großbetrieb beherrscht, aber in jenem doch weniger scharf hervortritt, weil der Kleinbetrieb zum wesentlichen Teile mit Familienarbeit und nur für den Familienverbrauch wirtschaftet. Zudem folgt das Rentabilitätsprinzip im Kleinbetrieb nicht immer den Gesetzen des Großbetriebes, was bei einem Vergleich der volkswirtschaftlichen Leistungen und Möglichkeiten der verschiedenen Größenkategorien berücksichtigt werden müsse. Es kann etwa für einen Großbetrieb rentabel sein, geringere Ackerböden zum Zwecke der Wollproduktion oder der Aufforstung niederzulegen; für den Volkswirt

<sup>1)</sup> A. a. O. Skalweit, Agrarpolitik.

aber sei es unter Umständen wichtiger, daß von diesen Böden Nährstoffe gewonnen werden. Wenn der Kleinbetrieb infolge seiner besonderen Arbeitsorganisation dazu befähigt ist, so wird ihm der Volkswirt in diesem Fall den Vorzug geben, denn für diesen ist das Ziel die volkswirtschaftliche Produktivität, und die Rentabilität nur ein Mittel zum Zweck. In anderen Fällen wieder wäre nicht daran zu denken, daß der Kleinbetrieb mit den großen Feldern des Großbetriebes konkurrieren könne. So gebe es wohl in Belgien, am mittleren und niederen Rhein und anderswo Gegenden, die einer verhältnismäßig niederen Betriebsgröße bereits die Haltung schweren Spannviehs gestatten; im allgemeinen aber verlange das Rentabilitätsprinzip für den kleinbäuerlichen und mittelbäuerlichen Betrieb in Mittel- und Osteuropa die Arbeit mit Kühen oder einem sehr leichten Pferdmaterial, mit denen sich Tiefkultur nicht bewerkstelligen läßt. Deshalb sei es kein Zufall, sondern wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit, daß hier auf schweren Böden der Kleinbetrieb gegen den Großbetrieb zurücksteht. Die agrarpolitische Ideologie aber kümmere sich nicht um derlei individuelle Gesichtspunkte und glaube aus einzelnen Beispielen agrarpolitische Lehrmeinungen von allgemeiner Gültigkeit aufstellen zu können, während solche nur für eng begrenzte Gebiete aufzufinden wären. Die große Zahl der vorliegenden Untersuchungen berücksichtige nicht genügend die Relativität ihrer Ergebnisse. Die Frage der Konkurrenzfähigkeit des Kleinbetriebes sei nicht nur eine Frage der Produktions- und Absatzverhältnisse, der Entwicklung der Technik und des Bildungsniveaus der bäuerlichen Bevölkerung, sondern in hohem Maße eine Frage des Mengenverhältnisses der verschiedenen Betriebsgrößen in einem gegebenen Wirtschaftskomplex. Kleinbetrieb und Großbetrieb ergänzten einander privatwirtschaftlich sowohl wie in ihren volkswirtschaftlichen Aufgaben. Es gebe keine absolut optimale Betriebsgröße, sondern es gäbe nur ein optimales Verhältnis der verschiedenen Betriebsgrößen zueinander und dieses sei nicht nur unter dem Gesichtspunkte der eigenen Volkswirtschaft zu betrachten, sondern auch unter dem Gesichtspunkte der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Es könne sein, daß ein landwirtschaftlicher Kleinbetrieb in Westdeutschland oder Dänemark seine Ergänzung durch einen Brotgetreide, Mais oder Gerste produzierenden Großbetrieb irgendwo in Ostdeutschland oder in Rumänien oder Südrußland findet; was aber werde geschehen, fragt Hellman, wenn dieser „Ergänzungsbetrieb“ zu existieren aufhört und Kleinbetriebe mit anderer Produktionsrichtung an die Stelle treten? So wird auch durch die Ausführungen Hollmans die Notwendigkeit eines gewissen Mischungsverhältnisses der verschiedenen Betriebsgrößen von neuem bestätigt und zugleich die Erkenntnis, daß sich das optimale Mischungsverhältnis theoretisch nicht näher bestimmen läßt<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. Prof. Dr. A. H. Hollman: Zur Frage der optimalen Betriebsgröße, Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1923. Eine reiche Zahl älterer und neuerer Untersuchungen über die Bedeutung der einzelnen Betriebsgrößen hat Dr. Michael

## II. Was der theoretische Sozialismus dazu sagt.

Unsicherheit in der Stellung zur Agrarfrage. — Deduktionen Kautskys. — Balloids Zukunftsstaat im Urteil der Praxis. — Untersuchungen Edward Davids.

Im Reiche von Karl Marx kann die Frage nach der optimalen Betriebsgröße, sollte man glauben, nicht erst strittig sein. Bildet doch die Akkumulation nach dem Dogma des Marxismus die natürliche Zwischenstufe, die zum sozialistischen Zukunftsstaate führt. Gewisse Umstände haben es indessen bewirkt, daß die sozialdemokratische Theorie sich über die Stellung, die sie der Landwirtschaft im System der Zusammenballung anweisen sollte, nicht recht klar geworden ist. Zunächst deshalb weil die Klassiker der Sozialdemokratie sich die Erforschung der industriellen Entwicklung angelegener sein ließen, als die der Landwirtschaft. Was Engels und Marx über agrarische Verhältnisse sagen, trägt meist den Charakter illustrativen Beiwerkes an sich. Erst im dritten Band des „Kapital“ widmet dieser der Grundrente einen eigenen Abschnitt, der aber auch nicht vollständig zu Ende geführt wurde. Zu jenen Umständen gehören weiter manche Erscheinungen in der Landwirtschaft, die sich schwer mit den marxistischen Theorien in Einklang bringen lassen und nicht zuletzt die gewaltigen politischen Kräfte, die im Kleinbesitz gebunden sind und die man nicht vor den Kopf stoßen wollte. Das alles rechtfertigt wohl eine Neuprüfung, den Versuch, die Agrarfrage in den Komplex des sozialdemokratischen Gedankenbaues neu einzuordnen. Karl Kautsky hat das als Erster in einem vielbeachteten Werk über die Agrarfrage und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie unternommen<sup>1)</sup>. Kautsky kommt zu dem Resultat, daß sich die vollkommensten Produktionsmittel nur im Großbetrieb anwenden lassen, weshalb ein sozialistisches Regime auf dessen rasche Ausdehnung hinarbeiten müsse. Der selbständige bäuerliche Betrieb sei unhaltbar geworden; er könne sich nur behaupten in Anlehnung an einen Großbetrieb. Wo industrielle Großbetriebe in der Nähe sind, die den Bauer als Lohnarbeiter oder Teilarbeiter beschäftigen, werde er deren Sklave. Wo solche nicht vorhanden sind, bedürfe er eines landwirtschaftlichen Großbetriebes, soll er nicht im äußersten Elend versinken. Der selbständige landwirtschaftliche Kleinbetrieb könne sich nur in

Hainisch in seinem trefflichen Werk: „Die Landflucht“ (Jena 1924, Gustav Fischer) besprochen. Beachtenswerte Studien zu dem gleichen Thema haben u. a. geliefert: Gotthard Willner (Studien über die vergleichenden Reinertragsberechnungen typischer Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe in der Landwirtschaft. Merseburg 1906). Dr. Leo Huschke (Landw. Reinertragsberechnungen bei Klein-, Mittel- und Großbetrieb. Mittel-Thüringen 1902). Dr. J. Hoch (Zur Frage der Konkurrenzfähigkeit von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb, Thiels Jahrbücher 1907). Dr. Erich Keup u. Richard Mührer (Die volkswirtsch. Bedeutung von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, Berlin 1913). Dr. B. Sagawe (Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft Thünen-Archiv 1915). Ehrenberg (Zur volkswirtsch. Bedeutung des landwirtsch. Groß- und Kleinbetriebes. Thüner-Archiv 1916).

<sup>1)</sup> II. Auflage, Stuttgart 1902, Dietz Nachf.

drei Formen halten: durch industriellen Nebenerwerb, durch Lohnarbeit beim landwirtschaftlichen Großbetrieb und, wo das eine wie das andere mangelt, durch Überarbeit und Unterkonsum, durch die Barbarei, wie Marx sagt. Parasitisch seien die Kleinbetriebe zu nennen, die technisch längst überholt, ökonomisch völlig überflüssig seien. Es gebe freilich neben den parasitischen auch noch notwendige Kleinbetriebe auf Gebieten, die noch nicht von der Maschine erobert sind, die nicht der Massenproduktion dienen. Darüber, welche Betriebe in diese Kategorie gehören, könne man streiten, auch wechselten die technischen Bedingungen von Tag zu Tag. Durch den Übergang der kapitalistischen Großbetriebe in gesellschaftliches Eigentum aber würden auch diese Kleinbetriebe in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Produktion geraten, von ihr aufgesogen oder in ihre Anhängsel verwandelt werden. Das Beispiel der enteigneten und verstaatlichten Großbetriebe werde die Bauern veranlassen, ihre Äcker freiwillig zusammenzulegen und zum genossenschaftlichen oder kommunalen Großbetrieb überzugehen, was allein die vollkommene Ausnützung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel ermögliche.

In seiner neuesten agrarpolitischen Schrift „Die Sozialisierung der Landwirtschaft“ (1919) versucht Kautsky die Schwächen des Kleinbetriebes durch weitere Argumente aufzuzeigen. Gegenspieler ist ihm dabei nicht etwa der durch Daten aus der Praxis charakterisierte, gut geführte private Großbetrieb, sondern die sozialistische Betriebsform, das Phantom der Arbeiterproduktivgenossenschaft. Die Mißerfolge des Bolschewismus auf diesem Gebiete stören die Zukunftsträume des Verfassers nicht im mindesten. Der russische Bauer habe eben die Torheit begangen, die großen Güter in bäuerliches Eigentum zu verwandeln. Zudem hätten die elenden Lebensbedingungen in den Städten Industriearbeiter zur Landwirtschaft getrieben, die für diese wenig Verständnis besitzen. Ganz anders werde es anderswo um die sozialistischen Produktivgenossenschaften bestellt sein, so über alle Maßen herrlich, daß der Kleinbauer sich beeilen werde sein Eigentum freiwillig aufzugeben, um an ihren Segnungen Teil zu haben. „Wenn sich neben seinem Zwergbetrieb eine große landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft erhebt, in der etwa während des Frühjahrs, Sommers und Herbstes in drei Schichten von je fünf Stunden gearbeitet wird, während der drei Wintermonate in zwei Schichten, indes in jedem Monat eine Schicht Ferien hat, wer wollte glauben, daß da der Kleinbauer noch das Evangelium der Herrlichkeit des bäuerlichen Familienbesitzes nachbeten wird, das uns jetzt einige Sozialisten predigen? Er wird alles aufbieten, Mitglied der Produktionsgenossenschaft zu werden.“ Selbstverständlich, der Großgrundbesitzer auch, wenn man ihn zufällig zu enteignen vergessen haben sollte, ist es ihm doch sicherlich niemals so glänzend ergangen wie in dem versprochenen Schlaraffenland.

Das geschilderte Paradies einer Wirtschaft aber wird der Landwirt voraussichtlich erst in natura sehen wollen, bevor er sich mit Haut

und Haar der sozialistischen Produktionsgemeinschaft verschreibt, denn diese Frage dürfte ihn wohl einigermaßen bewegen: Der heutige geringe Arbeitslohn für doppelt so lange Arbeitszeit beträgt in intensiven Betrieben bereits bis zu 60 % des Marktwertes der hervorgebrachten Agrarprodukte. Wird die sozialistische Produktivgenossenschaft die Größe der Ernten vervielfältigen, wird sie die Kühe dazu bringen, mehrere Kälber im Jahr zu werfen und die Milchleistung unerhört zu steigern oder wird der sozialistische Staat die Preise der Agrarprodukte so hinauftreiben, daß das Ertragnis die mehrfache Anzahl Arbeiter bei kürzerer Arbeitszeit noch dazu weit besser wie jetzt zu ernähren gestattet? An den übrigen Kosten läßt sich ja bei der Landwirtschaft nicht viel ersparen, weil sie, gemessen an dem Lohnanteil, gering sind.

Ballod zerbricht sich in seinem „Zukunftsstaat“<sup>1)</sup> über diese Fragen jedenfalls nicht den Kopf, indem er das enorme Mehr-Rendement als selbstverständlich ansieht, welches die 36 000 Normalgüter von je 500 ha erbringen werden, in die Ballod die ganze landwirtschaftlich genutzte Fläche Deutschlands aufteilen will. Damit wird nicht bloß dem Klein- und Mittelbetrieb endgültig die Lebensfähigkeit aberkannt, sondern auch dem Nebeneinander verschiedener Betriebsgrößen das Urteil gesprochen. Die schlichte Größe, mit der Ballod auf spekulativem Wege zu der optimalen Größe von 500 ha, nicht ein Hektar mehr und nicht eines weniger, gelangt, ist ergreifend. Schade nur, daß der Praktiker den verschlungenen Gedankengängen Ballods nicht zu folgen vermag und sich ihre Realisierung nur als ungeheuere Vergeudung von Nationalvermögen und nationaler Arbeit vorstellen kann. Als Beweis jedoch, daß auch die Theorie gewichtige Bedenken gegen eine solche Lösung der Agrarfrage vorzubringen hat, ist die eingehende Zergliederung des Ballodschen Vorschlages durch Prof. Dr. Franz Oppenheimer<sup>2)</sup> anzusehen.

Eine ernste, von realen Voraussetzungen ausgehende Untersuchung unseres Problems liefert dagegen Eduard David<sup>3)</sup>. Er kennt die Arbeitsweise der Landwirtschaft besser als seine Vorgänger und kommt so dazu, anders wie diese dem psychologischen Faktor neben und über dem technischen Faktor starke Bedeutung zuzuerkennen. David stellt fest, daß die Lehre von der Konzentration der Betriebe für die Landwirtschaft nicht zutrefte. In dieser seien die Vorteile der Kooperation wesentlich eingeschränkter als in der Industrie. Soweit sie aber für die Landwirtschaft Geltung hätten, könne sie auch der kleine Wirtschaftler durch genossenschaftliche Organisation ausnützen. Andererseits wüchsen die Nachteile der großen Kooperation mit der Weite des Arbeitsfeldes

<sup>1)</sup> Ballod, Der Zukunftsstaat, 2. Aufl., Stuttgart 1919.

<sup>2)</sup> In der Neuen Freien Presse vom 22. und 29. Oktober 1927. Prof. Skalweit lehnt die Ballodschen Utopien in seiner Agrarpolitik nicht minder scharf ab.

<sup>3)</sup> Dr. Eduard David, Reichsminister a. D., Sozialismus und Landwirtschaft, II. Aufl., Leipzig 1922.

und mit der Schwierigkeit der Kontrolle in außerordentlichem Maße. Die manufakturmäßige Arbeitsteilung versage in der Landwirtschaft so gut wie ganz. Und wie weit bleibe die landwirtschaftliche Maschinerie hinter dem entwickelten Maschinensystem der Großindustrie zurück. Jene sei noch dazu kein untastbares Vorrecht des Großbetriebes, da die meisten landwirtschaftlichen Maschinen der Kleinheit des tierischen Motors angepaßt sind, andere nur zweitweise verwendet, durch viele kleine Betriebe gemeinsam benutzt werden können. Das mechanisch-technische Prinzip sei in der Landwirtschaft überhaupt nicht das dominierende, sondern wissenschaftliche Entdeckungen hätten die Landwirtschaft revolutioniert und diese seien dem Kleinbetrieb ausnahmslos zugänglich. Das Wichtigste sei jedoch das persönliche Interesse des Arbeiters. Die Bedeutung des psychologischen Faktors wachse mit dem Aufsteigen zu hoher und höchster Intensität, was der bäuerlichen Familienwirtschaft gegenüber dem mit Lohnsklaven arbeitenden Großbetrieb bei steigender Intensität einen Vorsprung gebe. Arbeitet der Kleinbauer auch nicht weniger hart wie der Landarbeiter, so sei der geistige Gehalt und die innere Befriedigung der Arbeit des Kleinbauers doch so viel höher, daß schon dadurch der sozialistischen Agrarpolitik die Aufgabe vorgezeichnet werde, einen großen Teil der großbetrieblich bewirtschafteten Fläche der bäuerlichen Besiedlung zuzuführen.

Die Ausführungen Davids enthalten zweifelsohne manche richtige Beobachtung und Folgerung. Andererseits unterschätzt er die Arbeitsweise und die Leistungsfähigkeit eines gut geleiteten Großbetriebes mitunter doch ein wenig, was später an einigen konkreten Beispielen nachzuweisen sein wird. Im Großen und Ganzen aber begegnet sich David immerhin so weit mit den Theoretikern aus dem bürgerlichen Lager, daß er keiner Betriebsgröße das Monopol eingeräumt sehen will, vielmehr den Klein- und den Großbetrieb nebeneinander gelten läßt.

### III. Die Lehren der Betriebsstatistik.

Die Untersuchungen Laur's. — Erfahrungen der Kriegszeit in Deutschland und Österreich. — Ziffern aus der Buchstelle der niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer. — Betriebsstatistische Untersuchungen in der Tschechoslowakei.

Prof. Dr. E. Laur, der hervorragende Betriebslehrer, hat den Einfluß der Betriebsgröße auf Rohertrag und Einkommen aus den Erhebungen des schweizerischen Bauernsekretariates festzustellen versucht. Nach ihnen entfiel im Durchschnitt der Jahre 1906—13 auf 1 ha: (Siehe Seite 136).

Aus diesen Buchhaltungserhebungen geht hervor, daß nicht nur der Geldrohertrag per Flächeneinheit, sondern auch das volkswirtschaftliche Einkommen (Summe der Löhne und Lohnansprüche, der Schuldzinsen, der Vermögensrente und der Steuern) und selbst die Menge der für die Selbstversorgung und für den Markt aufgebrachten Produkte in den Kleinbetrieben von 3—5 ha am höchsten sind und mit steigender Be-

	Zahl der Ab-schlüsse	Rohertrag Mk.	Volks-wirt-schaft-liches Ein-kommen Mk.	Vom Rohertrage wurden verwendet für	
				Selbst-versor-gung Mk.	den Markt Mk.
Kleinbauernbetriebe (3—5 ha) . .	242	701	485	231	470
Kleine Mittelbauernbetriebe (5 bis 10 ha) . . . . .	919	625	452	162	463
Mittelbauernbetriebe (10—15 ha) .	496	537	385	118	419
Große Mittelbauernbetriebe (15 bis 30 ha) . . . . .	398	502	354	98	405
Großbauernbetriebe (über 30 ha) .	134	416	281	62	357
Mittel:	2189	580	412	129	450

etriebsgröße sinken. Laur erblickt die Erklärung namentlich in der stärkeren Ausdehnung der Viehhaltung und verschiedener Nebenzweige wie Weinbau, Obstbau, Gemüsebau und Bienenzucht. Die Viehhaltung erhöhe nicht nur durch die Veredelung der Rohstoffe den Geldwert der Roherträge, sondern sie begünstige auch durch stärkeren Leguminosenbau und Kraftfutterzukauf die Intensität der Düngung und damit die Roherträge des Pflanzenbaus. Laur meint, es lasse sich deshalb noch keine allgemeine Überlegenheit des Kleinbetriebes über den Großbetrieb nachweisen. Eine solche treffe nur dann zu, wenn der Kleinbauer über die nötigen Fachkenntnisse und die genossenschaftlichen Hilfsmittel verfügt, wie das in der Schweiz der Fall ist und wenn die Tierhaltung im Vordergrund steht, welche im Kleinbetrieb stärker ist und diesem insbesondere größere Stallmistmengen zur Verfügung stellt. Diese Momente vermögen es zu bewirken, daß die Ackererträge des Kleinbetriebes vielfach die des Großbetriebes erreichen, ja sie manchmal, trotz der technischen Überlegenheit des Großbetriebes übertreffen <sup>1)</sup>.

Die verwendeten Zahlen zeigen, daß Laur wohl Klein-, Mittel- und Großbauernbetriebe miteinander vergleicht, nicht aber Kleinbetriebe mit eigentlichen Großbetrieben, wozu in der Schweiz auch die Gelegenheit gefehlt hätte, da es dort, wie wir im Kapitel 11 hörten, keine wirklichen Großbetriebe gibt. Laur verschweigt uns auch, in welcher durchschnittlichen Höhenlage sich die einzelnen Betriebsgrößen befinden, was für die Beurteilung wichtig wäre. Bemerkenswert ist der Nachweis, daß Zwergbetriebe in Gebieten mit vorwiegender Viehnutzung unter der Voraussetzung intensiver

<sup>1)</sup> Vgl.: Laur, Untersuchungen betreffend die Rentabilität der schweizerischen Landwirtschaft in den Berichten des schweizerischen Bauernsekretariates und des eidgenössischen Volkswirtschafts-Departement; ferner derselbe: Die Wirtschaftslehre des Landbaus. Berlin 1920, Paul Parey, S. 82.

Wirtschaft, entsprechender Fachbildung des bäuerlichen Betriebsleiters und bei entwickelter genossenschaftlicher Organisation, wohl auch unter der Vorbedingung günstiger klimatischer Verhältnisse, die größeren Bauerngüter zu übertreffen vermögen <sup>1)</sup>. Zu beachten ist, daß das gewonnene Ergebnis sich also nicht auf reine Ackerbaugebiete bezieht. Die Wirkung der Bodenreform wird durch die Untersuchung nicht geklärt, da die Enteignung bisher nirgends größere Bauerngüter in kleinere zersplittert, sondern Großbetriebe aufgeteilt hat, die außerhalb der Betrachtung blieben.

Hansen <sup>2)</sup> weist auf Grund der Ablieferungsstatistik von sechs ostpreussischen Kreisen nach, daß die Großbetriebe im Kriege mehr pflanzliche Produkte pro Hektar der landwirtschaftlichen Fläche dem Konsum zur Verfügung gestellt haben, als die kleinen, diese jedoch mehr tierische Produkte. Er findet, daß der Kleinbetrieb durchschnittlich 205,9 kg Getreide pro ha, der Großbetrieb 418,7 kg Getreide pro ha an die Behörden abführte. Die Kartoffelzahlen lauten: 255,9 kg im Kleinbetrieb, 418 kg im Großbetrieb.

An Viehprodukten wurde den Behörden pro ha abgeliefert:

	von den Betrieben unter 100 ha	von den Betrieben über 100 ha
Vieh Lebendgewicht kg . . . . .	39,5	34,3
Butter (Milch in Butter umgerechnet) kg . . . . .	2,1	4,5
Eier (nur Kreis Heiligenbeil) Stck. 24,9		3,5

Die kleinen Betriebe haben naturgemäß mehr Selbstversorger zu ernähren als die großen. Hansen kommt bei Zuzählung der Selbstversorgeranteile und unter Zugrundelegung der im Jahre 1918 bezahlten Erzeugerpreise pro ha der landwirtschaftlich genutzten Fläche zu folgendem Resultat:

	Kleinbetriebe	Großbetriebe
Gesamtablieferung . . . . .	147,47	204,60
Selbstversorgeranteile in Getreide, Kartoffeln, Butter . . . . .	58,88	46,24
	<u>206,35</u>	<u>250,84</u>

Die Betriebe über 100 ha hätten darnach im Kriege um 21 % mehr zur Ernährung der Bevölkerung beigetragen als die kleinen Betriebe. Die Aufbringungszahlen des österreichischen Groß- und Kleinbetriebes differierten während des Krieges noch mehr zugunsten des ersteren als in Deutschland <sup>3)</sup>. Diese Erscheinung ist zweifelsohne so lange als

<sup>1)</sup> Prof. Dr. E. Laur: Der Einfluß der Viehhaltung auf die Beziehungen zwischen Betriebsgröße und Rohertrag, Sonderabdruck aus einer Festschrift, der mir vom Verfasser freundlichst zur Verfügung gestellt wurde.

<sup>2)</sup> Prof. Dr. J. Hansen: Die Leistungen von Klein- und Großbetrieb für die Kriegswirtschaft. Berlin 1919.

<sup>3)</sup> Nach den Daten des k. k. österreichischen Ministeriums für Volksernährung, dem der Verfasser während des Krieges als Ernährungs-Direktor angehörte.



Argument für die Notwendigkeit des Großbetriebes anzusehen, als die Völker noch mit der Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen rechnen müssen. Die produktive Überlegenheit des Großgrundbetriebes dagegen wird dadurch nicht bewiesen, weil der Kleinbetrieb, wie wir alle wissen, während des Krieges mehr Produkte im Schleichhandel an die Stadtbevölkerung lieferte als der Großbetrieb. Wer erinnerte sich nicht der überfüllten „Hamster“-Züge, welche die Städter in Scharen auf die Dörfer los ließen.

Mehr Beweiskraft scheint das Ergebnis einer Untersuchung zu besitzen, die Ing. Ludwig Strobl, der Leiter der Buchstelle der niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer angestellt hat <sup>1)</sup>.

Betriebsgröße	Rohertrag pro ha in S ohne Wald	Volkswirtschaftl. Einkommen pro ha in S	Vom Rohertrag wurden verwendet für		Landguts-kapital S	Pächter-kapital S	Acker-kapital S
			Selbst-versorgung	den Markt			
1—5 ha	1684,51	1067,25	29,1%	70,9%	4882,16	1733,18	6615,34
5—10 ha	1172,11	751,82			3086,19	1469,93	4556,12
10—15 ha	843,—	481,82	28,3%	71,7%	2356,10	1120,68	3476,78
15—30 ha	670,91	411,89			2062,47	1047,58	3110,05
30—100 ha	637,37	264,37	22%	78%	1253,16	518,89	1834,05

Auch hier zeigt sich ein Sinken des Rohertrages wie des volkswirtschaftlichen Einkommens (Lohnansprüche der Besitzerfamilie und Arbeiter, Steuern, Vermögensrente, Schuldzinsen) von den kleinsten zu den größeren Betrieben. Mit der Marktleistung und den selbstkonsumierten Produkten verhält es sich umgekehrt. Bemerkenswert ist der relativ viel höhere Kapitalbedarf der kleineren Betriebe. Soweit diese Erscheinung nicht den Einfluß des Bodennutzungssystems widerspiegelt, ist sie in den höheren Preisen der Einzelgrundstücke begründet, aber auch im Gebäudeanteil, der selbstverständlich mit zunehmendem Betriebsumfang abnimmt. In den beiden ersten Betriebsgrößen übertrifft er jedoch sogar den Bodenwert.

Im Pächterkapital nimmt das Viehkapital die erste Stelle ein und fällt zwar mit zunehmender Betriebsgröße, doch akzentuiert sich das erst bei den Betrieben über 30 ha. Das Viehkapital beträgt pro ha:

bis 5 ha	395,42 S
5—10 „	556,27 S
10—15 „	399,85 S
15—30 „	400,38 S
über 30 „	227,73 S

<sup>1)</sup> Bericht über die Rentabilität der niederösterreichischen Landwirtschaft im Jahre 1926. Wien, Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer.

Der dichtere Viehstand des Kleinbetriebes ist ein überall wiederkehrendes Moment, hier zeigt es sich besonders in der zweiten Kategorie von 5—10 ha. Dem höheren volkswirtschaftlichen Einkommen steht der Nachteil allzu großen Kapitalaufwandes gegenüber, besonders an Gebäudekapital, aber auch an Maschinen- und Gerätekapital, die mit zunehmender Betriebsgröße abnehmen, weil Maschinen und Geräte, besser ausgenutzt werden können. Sehr wichtig ist die außerordentlich schnelle Abnahme der Betriebskosten in der gleichen Richtung. Sie betragen pro ha:

Bei der Betriebsgröße bis 5 ha	1776,08 S
„ „ „ 5—10 „	1196,75 „
„ „ „ 10—15 „	942,28 „
„ „ „ 15—30 „	704,98 „
„ „ „ über 30 „	445,41 „

also nur noch ein Viertel der Kategorie bis 5 ha.

Mit den Beobachtungen Laurs haben die Strobls gemeinsam, daß sie wieder nur größere und kleinere Bauernbetriebe miteinander vergleichen, nicht aber solche mit Großbetrieben. Noch ein Umstand warnt davor die Ergebnisse allzuviel zugunsten der kleinsten Betriebe sprechen zu lassen: Diese Kleinbetriebe stehen qualitativ sichtlich weit über dem Durchschnitt, wie aus dem unverhältnismäßig hohen Anteil der Weingärten oder Obstgärten ersichtlich ist. Die größeren und größten Klassen dagegen besitzen viel Waldanteil und weniger Ackerland, was die Intensität ihrer Gesamtwirtschaft herabsetzt. Weisen die österreichischen Erhebungsbetriebe doch folgendes Verhältnis der Kulturarten auf:

	Ackerland	Grasland	Obstgärten	Weingärten	Wald
	in Prozenten der Kulturfläche				
0—5 ha	62,0	10,5	0,4	24,4	3,5
5—10 „	68,4	16,1	3,2	4,8	7,5
10—15 „	73,3	10,6	1,9	3,—	11,2
15—30 „	66,4	15,8	2,1	1,3	14,4
über 30 „	40,2	16,2	0,7	0,4	42,5
Mittel	54,0	15,6	1,4	1,2	27,8

So beantworten auch diese beachtenswerten Untersuchungen unsere Frage nach der Bedeutung der einzelnen Betriebsgrößen nicht voll. Denn es wäre weder möglich, noch vernünftig alle Kleinbetriebe Europas dem Weinbau zuzuführen und ohne ihn haben die Zahlen nur bedingte Geltung. Von den landwirtschaftlichen Großbauernbetrieben, die dem Vergleich standhalten sollen, müssen wir wieder eine womöglich 100%ige Acker- und Wiesenwirtschaft verlangen, nicht aber wie es vorstehend der Fall ist, einen 42%igen Forstanteil, der den Vergleich mit dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb verwirrt.

Ein eingehender Vergleich der Produktivität verschiedener Größenkategorien, diesmal auch der Großbetriebe, ist Professor Dr. Vlad.

Brdlik<sup>1)</sup> zu danken. Er konnte sich dabei auf ein reiches statistisches Material des Institutes für landwirtschaftliche Buchführung und Betriebsstatistik in Prag stützen, sowie auf Erhebungen, die auf Grund von Fragebögen in 400 landwirtschaftlichen Betrieben an Ort und Stelle erfolgten und die Jahre 1903—13 betrafen. Brdlik untersucht, was die verschiedenen Größenklassen für die Volksernährung leisteten und zwar wird die Leistung in Kalorien und diese werden in Kosttage (1 Kosttag = 3000 Kalorien) umgerechnet. Die Leistung variiert natürlich auch innerhalb der gleichen Größekategorien je nach dem Nutzungssystem. Brdlik teilt die Materie deshalb nach dem Vorwiegen der einen oder der anderen Betriebsrichtung in Rübengebiet, Getreidegebiet, Getreide-Kartoffelgebiet und Futterbaugbiet. Im Durchschnitt aller Gebiete ergeben sich folgende Zahlen:

Produktivität pro ha landwirtschaftliche Fläche, ausgedrückt in Kosttagen.

	Größenklassen			
	2—5 ha	5—20 ha	20—100 ha	über 100 ha
Pflanzenprodukte . . . . .	1246	1139	1496	1801
Tierprodukte . . . . .	336	146	118	97
Produkte des industriellen Nebengewerbes . . . . .	—	—	8	137
Zusammen . . . . .	1482	1285	1622	2035

in % der Größenklasse

2—5 ha . . . . .	100 %	87 %	109 %	137 %
------------------	-------	------	-------	-------

Ein Arbeiter erzielte im Durchschnitt aller Produktionsgebiete folgende Produktivität in Kosttagen:

2—5 ha	5—20 ha	20—100 ha	über 100 ha
2600	4759	7373	11 971

Volkswirtschaftlicher Reinertrag (Differenz zwischen Produktion und Arbeitsaufwand) pro ha im Durchschnitt aller Gebiete:

	2—5 ha	5—20 ha	20—100 ha	über 100 ha
Goldkronen . . . . .	203	230	246	270

Diese Zahlen widersprechen durchaus nicht den früher angeführten Untersuchungsergebnissen, sie klären sie nur auf. Denn auch hier sehen wir, daß die Produktivität soweit tierische Erzeugnisse in Betracht kommen, in der kleinsten Kategorie am höchsten ist und sukzessiv mit dem Betriebsumfang fällt. Anders verhält es sich jedoch mit der pflanzlichen Produktion, was damit zusammenhängt, daß Brdlik

<sup>1)</sup> Wirtschaftliche und soziologische Grundlagen der Bodenreform in der Tschechoslowakei, Zemedelski Archiv, Jahrgang 1919—1923, Prag. Eine ausführliche Würdigung dieser Arbeit von Prof. Hollmann in den Berichten über Landwirtschaft, Berlin 1923.

vorwiegend Gebiete mit intensivem Ackerbau zu vergleichen vermag. Eine Voraussetzung, die weder bei den schweizerischen noch bei den niederösterreichischen Betrieben gegeben ist. Die Umrechnung in Kalorien statt in Geld drückt die volkswirtschaftliche Bedeutung der Produktion augenfälliger aus, ohne die Vergleichsbasis wesentlich zu ändern. Eine Bestätigung der Meinung, daß der Unterschied in den Ergebnissen nur in dem Vorwiegen der reinen Ackerbaugebiete gelegen ist, zeigt sich, wenn man die Resultate der einzelnen Gebiete gesondert betrachtet.

Produktivität pro ha landwirtschaftlicher Fläche in Kosttagen.

Größenklassen:

		2—5 ha	5—20 ha	20 bis 100 ha	über 100 ha
Rübengebiet	{ Pflanzenprodukte . . . . .	1846	1745	2779	2897
	{ Viehprodukte . . . . .	206	171	153	132
Getreidegebiet	{ Pflanzenprodukte . . . . .	1140	1089	978	838
	{ Viehprodukte . . . . .	235	129	101	69
Getreide-Kartoffelgebiet	{ Pflanzenprodukte . . . . .	1221	785	1010	1010
	{ Viehprodukte . . . . .	153	132	105	56
	{ Industrie-Produkte . . . . .	—	—	—	659
Futterbaugbiet	{ Pflanzenprodukte . . . . .	822	735	645	244
	{ Viehprodukte . . . . .	269	142	74	36

Man sieht jetzt im Futterbaugbiet die gleiche Abnahme der Pflanzenproduktion, wie sie Laur zeigt, findet dies selbst noch im vorwiegenden Getreidegebiet, kaum mehr im intensiveren Getreide-Kartoffelgebiet, während sich das Verhältnis im intensivsten Gebiet des Rübenbaues zugunsten der größeren und größten Betriebe umkehrt. Es ergibt sich demnach: Je günstiger die natürlichen Bedingungen für den Ackerbau sind und je intensiver die Form des landwirtschaftlichen Betriebes ist, desto mehr schwindet die produktive Überlegenheit der bäuerlichen Betriebe, um schließlich auf der höchsten Stufe des Ackerbaues die unbedingte Überlegenheit des Großbetriebes zu erweisen. Es ist das Verdienst Prof. Vlad. Brdliks durch das Auseinanderfallen typischer Produktionsgebiete diese Erkenntnis ermöglicht zu haben.

#### IV. Bilanz der Meinungen.

Die Besitzgröße hat auf den Rohertrag eine andere Wirkung, je nachdem es sich um Viehzuchtgebiete, Gebiete extensiveren oder intensiveren Ackerbaues handelt. — Das Verhältnis von Rohertrag zu Aufwand und der Sinn des volkswirtschaftlichen Einkommens bei Groß- und Kleinbetrieb. — Konsequenzen der Bodenaufteilung für Europa.

Die eigene Meinung, die sich den mannigfachen, eben besprochenen Ansichten und Beweisen zugesellt, sie gegeneinander abwägt und zu ordnen trachtet, glaubt diese Punkte als feststehend herauschälen zu können:

1. Es gibt keine Betriebsgröße, die unter allen Umständen und in jeder Beziehung den andern überlegen wäre.

2. In Viehzuchtgebieten pflegt der Rohertrag des Kleinbetriebes zumeist pro Flächeneinheit größer zu sein. Das scheint auch in den Gebieten des vorwiegenden Getreidebaues der Fall zu sein. Bei steigender Intensität, die durch sorgfältige Pflege des Hackfruchtbaues gekennzeichnet wird, wächst jedoch der Rohertrag der Betriebe im allgemeinen progressiv mit der Betriebsgröße. Das gilt für den intensiven Ackerbau, nicht für den Garten- oder Weinbau. Die Erklärung liegt vor allem darin, daß der Kleinbetrieb wohl einen dichteren Viehstand aufweist, daß er jedoch die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik nicht jeweilig so anzuwenden und auszunützen imstande ist wie der Großbetrieb<sup>1)</sup>.

3. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte kommt es nicht bloß auf die Größe des Rohertrages pro Flächeneinheit an, sondern auf die Größe des Überschusses, den die erzeugten Produkte über die aus Anlaß der Erzeugung konsumierten Güter erbringen. Das Verhältnis zwischen Rohertrag und Aufwand, das diesen Überschuß charakterisiert, ist aber bei einem intensiveren Ackerbau treibenden Großbetrieb viel günstiger als bei einem Ackerbau-Kleinbetrieb der gleichen Intensitätsstufe. Die Intensivierung des Kleinbetriebes erfordert pro Flächeneinheit mehr Kapital und Betriebsaufwand als jene des Großbetriebes.

4. Man hat auf das größere volkswirtschaftliche Einkommen (Lohnansprüche der Besitzerfamilie und Arbeiter, Vermögensrente, Schuldzinsen) hingewiesen, das die kleinen Betriebe pro Flächeneinheit erbringen. Dieses volkswirtschaftliche Mehreinkommen ist die Folge weit stärkerer Verwendung menschlicher Arbeitskraft und höheren Kapitalsaufwandes im Verhältnis zur Fläche. Der Boden der Einzelparzelle ist teurer, die einfachsten Wirtschaftsgebäude kosten im Verhältnis zur Fläche den kleinen Landwirt mehr als die zweckmäßigsten Bauten den Großbetrieb; dasselbe gilt von Maschinen und Geräten,

<sup>1)</sup> Gegenüber den Tatsachen, welche die Statistik erweist, können spekulative Begründungen nicht standhalten, besonders da diese zumeist von Nichtlandwirten angestellt worden sind, die sich die Vorgänge im Gutsbetrieb anders vorstellen als sie sich in Wirklichkeit abspielen. Ein Beispiel: David führt in seinem Buch „Sozialismus und Landwirtschaft“ eine ganze Menge von Beweisen an, um wieviel vorteilhafter der selbstarbeitende kleine Landwirt die Zuckerrübe bearbeiten und ernten könne, als der mit Hilfskräften arbeitende große Gutsbetrieb. Sehr schön — die Erfahrungen mit den Ernten zeigen aber, daß alle diese Vorteile durch das bessere Verständnis und die richtigeren Anwendungen des größeren Betriebes nicht nur kompensiert, sondern weit überholt zu werden pflegen. Gar erst beim gutgeleiteten Großbetrieb. Nach der Abwaage der von den 4 Niederösterreichischen Zuckerfabriken B r u c k , D ü r n k r u t , H o h e n a u , und L e o p o l d s d o r f verarbeiteten Rüben haben geerntet:

1926

1927

Die Kleinproduzenten auf 7316 ha pro ha 242,7 dz, auf 9149 ha pro ha 275,3 dz.  
Die Großproduzenten auf 5915 ha pro ha 287,7 dz, auf 7385 ha pro ha 297,3 dz.

die der kleine Mann nicht so ausnützen und amortisieren kann, wie der große Landwirt und die in einfacherer Ausführung das Hektar Kleinbetrieb mehr belasten, als leistungsfähigere Maschinen das Hektar des Großbetriebes. Der kleine Landwirt vermag den Betrieb nicht so zu rationalisieren, vermag nicht durch eine zweckmäßige Bodenbearbeitung im rechten Augenblick vielfache Arbeit zu ersparen, nicht die Handarbeit im selben Maße wie der größere Betrieb durch Maschinen zu ersetzen. Diese Momente gehören zu den Quellen des höheren „volkswirtschaftlichen“ Einkommens. Will man sie als Vorteil des Kleinbetriebes bezeichnen, dann müßte man auch die Rationalisierung der Industrie, die heute den gleichen Produktionsprozeß mit einem Bruchteil der menschlichen Arbeitskräfte hervorbringt wie einst, als unvorteilhaft ansehen. In Wahrheit ist es ebensowenig volkswirtschaftlich vorteilhaft, wenn die Zahl der auf einer bestimmten Fläche zur Erzeugung von Agrarprodukten landwirtschaftlich Tätigen durch übermäßige Zersplitterung des Bodens vermehrt wird, ohne daß die Produktion deshalb stiege<sup>1)</sup>, wie es volkswirtschaftlich unvorteilhaft ist, wenn die gleiche Ursache den zu einer bestimmten Erzeugung erforderlichen Kapitalsbedarf erhöht. Wir wissen sehr gut, daß für das Aufrechterhalten kleiner und selbst kleinster Betriebe noch andere wichtige Gründe sprechen, daß eine entsprechende Mischung der verschiedenen Betriebsgrößen notwendig und nützlich ist, ja daß das Nebeneinander der einzelnen Kategorien günstig auf alle wirkt. Immerhin müssen wir uns vor Augen halten, daß sich das Verhältnis, in dem die Betriebsgrößen vorhanden sind, nicht in beliebigem Umfange willkürlich verschieben läßt, ohne volkswirtschaftliche Nachteile nach sich zu ziehen.

Wir haben das, was die Theorie und die Praxis an Vor- und Nachteilen verschiedener Betriebsgrößen beobachteten, hier eingehender behandeln zu müssen geglaubt und selbst Stellung dazu genommen, um gleichsam deduktiv zu einem Urteil über die Folgen der Bodenreform zu gelangen. Dies schien nötig, denn mögen die Folgen auch durch die statistischen Erhebungen aufgezeigt werden, so ist das keinesfalls in Rein-Inkarnation zu erwarten. Hängt das Endergebnis, die Art und der Umfang der Produktion im neuen Europa doch nicht allein von der geänderten Verteilung der Betriebsgrößen ab. Andere Faktoren sind dafür mit verantwortlich, Faktoren, die vornehmlich in den Produktionskosten, in den Produktpreisen, im Reinertrag der Landwirtschaft ihren Ausdruck finden. Sie werden vereint erst mit den Wirkungen der Bodenreform, die Gestaltung der Produktion bestimmen. Will man daher den Einfluß der Aufteilung der Großbetriebe und der Zerlegung in Klein- und Zwergbetriebe, isolieren, so sind theoretische Untersuchungen

<sup>1)</sup> Es wäre denn, daß ein Staat keine nützlichere Verwendung für Arbeitskräfte besäße, was in der Nachkriegszeit leider vorkommt.

und Erwägungen dabei nicht zu entbehren. Die welche das vorstehende Kapitel vermittelt, lassen folgende Konsequenzen der Bodenreform erkennen:

1. Zur Erreichung einer bestimmten höheren Intensitätsstufe des Ackerbaues wird jetzt ein größerer Kapitalaufwand nötig sein als früher.

2. Die Produktion einer bestimmten Menge von Bodenprodukten wird einen höheren Aufwand erfordern. Den durch die Produktion hervorgebrachten Gütern wird eine größere Menge von Gütern gegenüberstehen, die aus Anlaß der Produktion aufgebraucht werden. Als Folge: Das Hervorbringen einer bestimmten Menge von Agrarprodukten beeinflußt jetzt die Handelsbilanz weniger günstig als vorher.

3. Die Zersplitterung wird vielleicht die Erzeugung von Viehprodukten, von Obst, Gemüse und dergleichen gartenmäßigen Kulturen vermehren, dagegen die Erzeugung von feldmäßigen Bodenfrüchten verringern, das zweite stärker als das erste.

4. Diese Folgen allzu weit getriebener Bodenaufteilung werden sich um so fühlbarer machen, als der Boden auch vielfach der Landwirtschaft Unkundigen zugewiesen wurde und in so kleinen Losen, daß die selbständige Existenz darauf nicht möglich ist, während Ackerbau als Nebenbetrieb nicht die gleiche Pflege gestattet. Es ist dabei weiter in Betracht zu ziehen, daß mehr Ackerland aufgeteilt wurde als Wiese und Weide, die die Grundlage vorwiegender Viehzucht bilden und die Mehrproduktion des Kleinbetriebes auf diesem Gebiete zur Geltung bringen konnten.

Die wirtschaftliche Seite der Frage ist allerdings, wie schon erwähnt, nicht die einzige, um die es geht. Nationale, soziale, politische Gründe können eine ungünstige wirtschaftliche Wirkung durch ihre Wucht übertönen. Die nationalen Momente liegen außerhalb des Arbeitsfeldes dieser Untersuchung, dagegen wird über die sozialen und politischen Momente einiges zu sagen sein: Soweit der Großgrundbesitz sich nicht als bloßer Rentenempfänger fühlte, der kein näheres Verhältnis zum Boden hatte, bedeutet sein Zurückdrängen politisch und sozial nicht wenig. Der Gutsbesitzer war gewöhnlich nicht bloß das wirtschaftliche Vorbild seiner Gegend, der Mittler zwischen dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt und der landwirtschaftlichen Bevölkerung, sondern zugleich der Führer in der Politik des Berufsstandes. Sozial bildete er in seiner psychischen Gebundenheit an den Boden ein Element ruhigen, gesunden Beharrens, das der Wirtschaft wie dem Staate einen wertvollen Stützpunkt verlieh. Die Säulen, die der Großgrundbetrieb darstellte, sind größtenteils umgestürzt worden, an ihrer Stelle sollen nun Millionen von kleinen Stalaktiten das Staats- und Wirtschaftsgebäude tragen. Dessen Niveau mußte sich um ein gutes Stück senken. Es findet dort einen Halt, wo man die noch stehenden Säulenreste verständnisvoll erhält und wo neben ihnen ein kräftiger, mittlerer und größerer Bauernstand vorhanden ist und einen Teil der früheren Funktionen des Großgrundbesitzes übernimmt.

Daß Millionen Menschen indessen durch die Bodenaufteilung eine engere Beziehung zur heimatlichen Erde gewannen, ist in seiner sozialen Auswirkung auch nicht gering zu werten. Bodenzuteilung kann freilich ein Danaergeschenk für die mehrköpfigen Erben bedeuten, vielleicht schon für die ersten Empfänger, die durch unbedeutenden Besitz in einer Existenz festgehalten werden, die keine genügenden kulturellen Möglichkeiten bietet. Aus mancherlei Gründen wird man folglich an die Bodenreform in ihrer gegenwärtigen Gestalt ebenso wenig bevölkerungspolitisch als wirtschaftlich allzu große Hoffnungen knüpfen dürfen.



XIV. Kapitel.  
Die Produktionskosten.

I. Vergleich der Produktionskosten vor und nach dem Weltkrieg.

Aus dem Ausgabenkonto eines österreichischen Großbetriebes. — Steigerung des Aufwandes nicht gleichbedeutend mit Verteuerung der Produktion. — Preise und verbrauchte Mengen der Betriebsmittel als Imponderabilien für den Vergleich von Produktionskosten — Belege für die Steigerung der Produktionskosten im österreichischen Bauernbetrieb, in der Schweiz und in Deutschland. — Berechtigung eines Analogieschlusses auf andere Staaten.

Die Produktionskosten eines österreichischen Großbetriebes<sup>1)</sup> weisen bei Vergleich der Jahre 1913 und 1927 folgende charakteristische Änderungen auf (siehe umstehende Tabelle).

Man sieht, daß die Ausgaben von 1913/14 bis 1926/27 um 80% gestiegen sind. Läßt sich danach behaupten, die Produktion dieser Gutsbetriebe hätte sich im gleichen Zeitraum um ebenso viele Prozente verteuert? Dem Laien mag es so scheinen und man wird auch unter den Landwirten nicht wenige finden, welche die Vermehrung der Betriebsauslagen für gleichbedeutend mit der Verteuerung der Produktion halten. Eine einfache Erwägung lehrt dagegen, daß die Vermehrung jener nur dann als identisch mit der Verteuerung der Produktion anzusehen wäre, wenn das Hervorbringen eines bestimmten Rohertrages jetzt mehr kosten würde als früher. Gehört doch zur Beurteilung der relativen Höhe von Produktionskosten außer diesen immer noch etwas anderes: die damit erzeugten Güter. Wollen wir aber die 1913 und 1927 aufgelaufenen Produktionskosten schon nicht unter Berücksichtigung der in beiden Jahren hervorgebrachten Agrarprodukte vergleichen, so müssen wir zumindest wissen, ob sich der Betrieb des einen Jahres hinsichtlich des Anteiles der verschiedenen Fruchtgattungen, der

<sup>1)</sup> Aus der nachfolgenden Darstellung geht hervor, daß es sich hier nicht um eine lückenlose Aufzählung der Produktionskosten handelt, sondern um deren wichtigste Posten, die zu rein praktischen Kontrollzwecken der eigenen Wirtschaft gegenüber gestellt worden sind. Die vollständigen Produktionskosten müßten, der Definition entsprechend, die L a u r in seiner „Einführung in die Wirtschaftslehre des Landbaues“ gibt, „die Summe aus dem Betriebsaufwande und aus den Zinsenansprüchen der Kapitalien“ enthalten. Ich entnehme die Zahlen der Betriebsstatistik von 8 niederösterreichischen Gütern mit 18 Gutshöfen im Gesamtausmaß von rund 6000 ha, die meiner Leitung unterstehen. Die Daten konnten durch Vergleich mit der Betriebsstatistik von 7 weiteren niederösterreichischen Gütern überprüft werden, deren Einblick ich der Güte ihres Leiters, des Herrn Ökonomierates Hans Hamscha verdanke.

	Schilling pro ha:		Mehr- aufwand 1926/27 gegen 1913/14
	1913/1914	1926/27	
Kunstdünger . . . . .	44,1	83	88 %
Betriebsmaterialien (Benzin, Kohle, Holz, Öl usw.) . . . . .	28,2	56	100 %
Instandhaltung der Maschinen und Gebäude . . . . .	25,7	56	114 %
Löhne, Gehalte und soziale Ausgaben <sup>1)</sup> . . . . .	294,—	471,11	60 %
Zinsen des Pächterkapitals inkl. Amortisation . . . . .	29,4	72,71	147 %
Steuern und Abgaben <sup>2)</sup> . . . . .	28,39	74,82	197 %
	<b>S 449,79</b>	<b>S 813,64</b>	<b>80 %</b>

Stärke der Düngung, der Bodenbearbeitung, der Größe und der Leistung des Viehstandes, kurzum in keiner Weise von dem des anderen Jahres unterschieden hat. Haben wir nur ein Hektar mehr Hackfrucht gebaut, ein Rind mehr im Stall gehalten, einen Meterzentner mehr Kunstdünger ausgestreut, eine neue Maschine verwendet, und dergleichen mehr, so sind die Produktionskosten der beiden Jahre nicht mehr zu vergleichen geeignet. Und stimmte das schon alles überein, käme die Natur unseren Berechnungen erst noch in die Quere. Verhält es sich doch bei der Landwirtschaft derart, daß selbst die technisch und organisatorisch vollkommen gleiche Führung eines Betriebes in verschiedenen Jahren ungleiche Kosten und ungleiche Roherträge zu erbringen pflegt. Viele Regentage vermehren die erforderlichen Arbeitsstunden, große Trockenheit desgleichen. Tierische und pflanzliche Schädlinge, selbst Unkräuter, treten nicht in jedem Jahr gleich auf und ihre Bekämpfung kostet folglich nicht in jedem dasselbe. So ist es selbst bei unveränderter Betriebsorganisation recht schwer die Verteuerung oder Verbilligung der Produktion aus den Ausgaben allein

<sup>1)</sup> Die sozialen Ausgaben	S	S	
betragen davon . . . . .	3,89	43,07	
und zwar:			
Krankenversicherung			
(1913 in eigener Regie) . . . . .	0,94	23,98	} 43,07
Unfallversicherung . . . . .	1,41	2,52	
Pensionsversicherung . . . . .	0,80	2,72	
Invalidentaxe . . . . .	—	2,52	
Personaleinkommensteuer für An- gestellte . . . . .	0,74	1,21	
Fürsorgeabgabe . . . . .	—	10,12	
<sup>2)</sup> Die Steuern zerfielen in:			
Grundsteuer samt Zuschlägen . . . . .	27,41	54,91	} 15,56
Mietzins- und Hausklassen- Steuer . . . . .	0,98	1,99	
Flurabgabe . . . . .	—	2,36	
Warenumsatzsteuer . . . . .	—	—	

abzuleiten, besonders aber in Anbetracht der Umstellung, die der Landwirtschaftsbetrieb von 1913—1927 erfahren hat. Die Einführung verbesserter Dampfpflüge, von neuen Traktoren, von allerlei Maschinen und Geräten, andererseits die Verminderung des dadurch teilweise überflüssig gewordenen Zugviehstandes, der Übergang von der Viehmast auf vorherrschende Milchwirtschaft u. a. m. sind wohl geeignet das Bild der Produktionskosten zu verwirren, das Verhältnis zwischen Rohertrag und Produktionskosten zu ändern.

Glücklicherweise ist es doch möglich, die Produktionskosten der beiden Jahre in eine vergleichbare Relation zueinander zu setzen. Die Hilfsmittel dazu liefern die Preise der einzelnen Betriebsstoffe und ihre Menge, mitunter genügen schon die Preise allein, um der Bewegung der Produktionskosten einen Sinn zu geben. Bei Zergliederung der Ausgaben läßt sich das leicht nachweisen. Da hat sich die Ausgabe für Kunstdünger von 1913—1927 um 83% vergrößert. Stellen wir aber dann die Preise nebeneinander, zu denen der Kunstdünger beschafft werden konnte, so erkennen wir, daß hier keine Verteuerung eingetreten ist, sondern daß eben viel größere Kunstdüngerquantitäten zur Verwendung kamen. Zeigen doch die Preise zu denen der Kunstdünger bezogen wurde diese Entwicklung:

	1913 Schillinge	1927 per q	1927 gegen 1913 plus oder minus
Superphosphat . . . . .	12,24	12,80	+ 4 %
Schwefelsaurer Ammoniak . . . . .	47,95	42,—	— 12 1/2 %
40%iges Kali . . . . .	15,84	18,—	+ 14 %
Chilisalpeter . . . . .	38,16	47,—	+ 23 %
Kalkstickstoff . . . . .	37,44	29,—	— 22 %

Die Preisentwicklung begründet also in diesem Faktor die Ausgabensteigerung nicht, diese ist fast ausschließlich als Ausdruck der Intensitätssteigerung zu werten.

Anders verhält es sich mit den Betriebsmaterialien. Ihre Kosten sind von 28,2 S pro ha auf 56 S pro ha, also um 100% gestiegen. Was sagen die Preise darüber?

	Es kosteten 1913 Schillinge	1927	1927 gegen 1913 plus oder minus
100 kg Kohle . . . . .	3,88	5,80	+ 50 %
100 kg Brennholz . . . . .	3,17	4,22	+ 33 %
1 kg Benzin . . . . .	0,50	0,60	+ 20 %
1 kg Maschinenöl . . . . .	0,43	0,52	+ 20 %
1 kg Zylinderöl . . . . .	0,72	1,15	+ 60 %
1 kg Wagenfett . . . . .	0,64	0,44	— 30 %
1 kg Petroleum . . . . .	0,50	0,36	— 28 %

Zieht man in Erwägung, daß die quantitativ am meisten in Betracht kommenden Betriebsmaterialien am stärksten im Preis gestiegen sind

und daß die erwähnte Vermehrung der Maschinen diesen Umstand naturgemäß noch mehr zur Auswirkung bringen mußte, so sehen wir, daß jedenfalls ein großer Teil der Ausgabensteigerung tatsächlich als Verteuerung der Produktion aufzufassen ist. Noch klarer geht das Gleiche aus den Preisen der Maschinenbestandteile und Geräte hervor. Hinter der Steigerung der Ausgaben für Instandhaltung der Gebäude und Maschinen um 114% stehen diese Preise:

	1913 Schillinge	1927	1927 gegen 1913 plus oder minus
100 kg diverse Maschinen- teile durchschnittlich . . . . .	144	180	+ 25 %
1 Dampfpflugseil . . . . .	820	1630	+ 100 %
1 kg Drahtstifte . . . . .	0,58	0,70	+ 20 %
1 kg Ketten . . . . .	0,60	1,40	+ 133 %
1 kg Radreifen . . . . .	0,36	0,35	— 0,3 %
1 kg Hufeisen . . . . .	0,34	0,69	+ 100 %
1 Mil. Hufnägel . . . . .	5,76	7,30	+ 26 %
1 kg Flacheisen . . . . .	0,40	0,58	+ 45 %
1 cbm Werkholz . . . . .	86,40	80,—	— 7 %
1 kg Blankleder . . . . .	10,51	7,50	— 30 %
1 Mil. Garbenbänder . . . . .	17,28	16,—	— 6 %
1 q Zement . . . . .	7,48	10,—	+ 33 %
1000 Stck. Ziegeln . . . . .	43,20	66,—	+ 52 %
1 qm Fensterglas . . . . .	2,95	4,—	+ 25 %

Die Vermehrung der Ausgaben für Instandhaltung der Gebäude und Maschinen gibt sich derart als vorwiegend durch Preissteigerung bedingt zu erkennen. Es handelt sich hier wieder um eine wirkliche Verteuerung der Produktion. Die größeren Ausgaben bedürfen nicht erst einer besonderen Erklärung. Die Zinsenerhöhung ist zu einem Teil durch die Vermehrung des Maschinenkapitals und, damit, der Zinsansprüche und der Amortisation entstanden, zum andern Teil durch die Verteuerung des Zinsfußes.

Die wichtigste Post aber ist die der Löhne und Gehalte, inklusive der sozialen Ausgaben, denn sie beträgt fast 60% der Gesamtausgaben und ist pro ha von 294 S auf 471 S gewachsen, also auch um 60%. Dennoch ist der Anteil dieser Post an den Gesamtausgaben eher geringer geworden. Haben die Löhne die allgemeine Preissteigerung etwa nicht im selben Maße mitgemacht? Der Vergleich der Bar- und Natural-löhne von 1914 mit jenen nach dem Normallohn und Arbeitsvertrag, der zwischen der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter und den Vertretern der niederösterreichischen Gutsbetriebe abgeschlossen wurde, zeigt, daß das Einkommen der Landarbeiter stärker als die Preise der industriellen Produktion gestiegen sind. Dabei hatte der Arbeiter früher 3400 Arbeitsstunden im Jahr zu leisten, während der neue Vertrag die Arbeitszeit auf 2773 Stunden reduzierte.

1914 erhielt der Pferdekutscher inklusive des in Geld umgerechneten Deputates pro Monat . . . . . S 72,51  
 1927 . . . . . S 153,75

Die Arbeitsstunde wird folglich 1927 um 81 % besser bezahlt als 1914. Der Ochsenkutscher erhält 65 % mehr, der Schweizer 72 % mehr. Dazu kommen dann erst noch die sozialen Ausgaben (Kranken-, Arbeitslosen-, Unfallversicherung usw.), welche die Arbeitsstunde durchschnittlich abermals um 18 % verteuern.

Es zeigt sich, daß die Intensivierung des Betriebes, welche durch den reichlicheren Kunstdüngerverbrauch angedeutet wird, von einer entschiedenen Rationalisierung der Arbeit begleitet war, sonst hätte das Anwachsen des Lohnkontos sich noch viel mehr akzentuieren müssen. So aber ist es gelungen durch Organisation und Maschinenverwendung die sonst zu erwartende Verteuerung des Lohnkontos um gut ein Viertel auf jene 60 % der Steigerung zu beschränken, die wir konstatierten. Die Rationalisierung der Arbeit mußte andererseits das Anwachsen der Betriebsmaterialien, der Maschinen und ihrer Instandhaltungskosten mitbestimmen und die Erhöhung des Betriebs- und Anlagekapitals bedingen. Halten wir uns all das vor Augen, so werden wir wohl nicht behaupten können, daß die Produktion der untersuchten Betriebe sich von 1914—1927 tatsächlich um 80 % verteuert hat, doch immerhin mit viel Wahrscheinlichkeit annehmen dürfen, daß die effektive Kostenvermehrung in Goldschillingen gerechnet nicht allzu viel hinter jenem Ausmaß zurückgeblieben ist.

Gilt das, was wir eben konstatiert haben, auch für andere Staaten und für alle Betriebsgrößen? Gilt es nicht am Ende bloß für die Großbetriebe Österreichs und schon nicht mehr für dessen Bauernwirtschaften? Was die letzten anbelangt, wird die Lage durch eine einfache Erwägung geklärt. Landarbeiter-Gewerkschaften mögen die Hilfskräfte der Bauernschaft nicht so leicht zusammenfassen können wie die des Großbetriebes und deshalb nicht alle Vorteile durchgesetzt haben, welche für die Arbeiter der Großbetriebe errungen wurden. Früher aber hat die Bauernschaft gewöhnlich höhere Löhne als diese gezahlt, heute wird sie keinesfalls zu viel geringeren Arbeitskräfte erlangen. Ist das Angebot an Landarbeitern doch zu wenig drängend, um die Konkurrenz des Großbetriebes nicht fühlbar werden zu lassen. Es verhält sich daher so, daß der Großbetrieb den Vorsprung eingebüßt hat, den er früher hinsichtlich der billigeren Arbeitskräfte besaß. Man wird im übrigen nicht daran zweifeln können, daß die höheren Preise der Produktionsmittel den kleinen Landwirt zumindest ebenso treffen wie den größeren. Einige Steuern wurden nach dem Umsturz in Österreich zwar progressiv gestaffelt, doch hat der Bauer unter ihnen dennoch genug zu leiden und nicht minder als der Großbetrieb unter dem höheren Zinsfuß. Ja, eher mehr, weil der Bedarf an Boden und Betriebskapital bekanntlich mit fallendem Betriebsumfange zuzunehmen pflegt. Vielleicht könnte man der Meinung sein, der Großbetrieb würde mit mehr

fremdem Kapital arbeiten als die Bauernwirtschaft. Wäre dies der Fall, was für Österreich nicht zutreffen dürfte, schiene es unrichtig, den allgemein bezahlten Zinsfuß dem eigenen Kapital vorzuenthalten, geradeso wie es nicht anginge, die eigene Arbeit des Landwirtes und seiner Familienangehörigen mit einem niedrigeren Lohn zu bewerten und in die Betriebsbilanz einzusetzen als mit dem ortsüblichen. So ergibt sich klar und eindeutig, daß neben den Lohnansprüchen des selbstarbeitenden Landwirtes, die den Landarbeiterlöhnen folgen, auch die bäuerlichen Produktionskosten gewachsen sind, wenngleich nicht so sehr, wie die des Großbetriebes.

Vor dem Krieg besaßen nicht allzu viele Staaten eine eingehende landwirtschaftliche Buchführung und von denen, die sie hatten, haben nicht alle die Ausdehnung und den Standard ihrer Buchstellen während den Kriegsjahren und in der ersten Zeit nachher aufrecht erhalten können. Andere wieder sind durch böse Inflationszeiten durchgegangen, die das Verhältnis der Preise und Leistungen unaufhörlich auf den Kopf stellten. Noch andere haben die Stabilisierung ihrer Währung bis zum heutigen Tage verzögert oder die Relation ihrer Geldeinheit unter Festhalten an dem alten Namen auf einem Bruchteil des einstigen Goldwertes festgelegt. Da sind Vergleichsdaten der Vor- und Nachkriegszeit bald gar nicht oder nur spärlich zu erhalten, bald sieht man sich Ziffern gegenüber, die, am Golde gemessen, nicht das Gleiche bedeuten. Davon, daß selbst in Goldwert ausgedrückte Zahlen keine wirkliche Vergleichsbasis darstellen, weil seit 1913 auch der Wert des Goldes nicht derselbe geblieben und im Vergleich zu den Waren gefallen ist, soll hier gar nicht erst die Rede sein. Den Vergleich der Produktionskosten vor, während und nach dem Kriege hat meines Wissens nur eine Buchstelle, die des schweizerischen Bauernsekretariates, fortlaufend durchgeführt und veröffentlicht<sup>1)</sup>. Sie findet im Durchschnitt der Jahre 1908—12 und aller untersuchten Betriebsgrößen Produktionskosten von 551 frcs. pro ha, für 1912 — 598 frcs. und für 1923 — 1094 frcs. Produktionskosten pro ha. Die Steigerung beträgt somit rund 83 % und stimmt mit der für die österreichischen Großbetriebe berechneten überein. Über die Steigerung der Produktionskosten in Deutschland liefert Anhaltspunkte eine Denkschrift, welche für die Weltwirtschaftskonferenz in Genf angefertigt wurde<sup>2)</sup>.

Der Vergleich der Betriebsergebnisse der Nachkriegszeit mit denen der Vorkriegszeit ist angestellt worden auf Grund von Buchführungen aus 60 Großbetrieben über 100 ha (27 Hackfruchtwirtschaften mit überwiegendem Zuckerrübenbau, 16 Getreidewirtschaften, 7 Futterbauwirtschaften und 10 Brennereiwirtschaften). Die Produktionskosten

<sup>1)</sup> Le Rapport de coût du travail agricole au coût total de la production dans l'agriculture. Conférence économique internationale, Genf 1926.

<sup>2)</sup> Von Dr. Fensch, der darüber in der 57. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates berichtete. Archiv d. D. L. 45. Jahrg. 1927.

sind nicht vollständig, da der Zinsanspruch des in der Landwirtschaft arbeitenden Kapitals im Aufwand nicht berücksichtigt wurde.

#### Aufwand 1912—14 und 1924—25.

In Mark je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche.

	Hackfrucht- wirtschaften	Getreide- wirtschaften	Futter- wirtschaften	Brennerei- wirtschaften
1912/14	504	354	347	541
1924/26	664	464	440	623
Steigerung	32%	31%	27%	13%
Davon Steuern und Lasten:				
1912/14	12	7	8	15
1924/26	38	24	28	39

Die Vermehrung des Aufwandes ist, wie man sieht, weit geringer als in Österreich und in der Schweiz. Wie mag bei Übereinstimmung der Schweizer Erhebungen mit den wenigen österreichischen Großbetrieben die Divergenz beider mit den deutschen Ziffern zu erklären sein? Sollten die Produktionskosten Deutschlands wirklich um so viel weniger zugenommen haben? Die Preise der wichtigsten industriellen Bedarfsartikel der Landwirtschaft haben sich jedenfalls auch in Deutschland kaum anders entwickelt als in den beiden anderen Ländern; zeigen doch die Indexziffern einiger landwirtschaftlicher Bedarfsartikel im Jänner 1925 (1913 gleich 100 gesetzt) diese Veränderungen:

Landwirtschaftliche Maschinen . . . . .	118,6 %
Eisernes Handwerkszeug . . . . .	128,1 %
Bausteine . . . . .	161,9 %
Bauhölzer . . . . .	150,8 %
Textilwaren und Schuhzeug . . . . .	177,6 %
Kohle . . . . .	134,0 %
Technische Öle und Fette . . . . .	143,3 %

Also Preissteigerungen, die im Durchschnitt viel bedeutender sind als die des Aufwandes, welcher für die deutschen landwirtschaftlichen Betriebe errechnet wurde. Eine Post allerdings hat sich vermindert und stärker vermindert als in Österreich und in der Schweiz: der Kunstdünger. Dessen Index ist (1913 wieder gleich 100 gesetzt) auf 89 1/2 zurückgegangen, was wohl hauptsächlich auf den selbsterzeugten billigen Stickstoff zurückzuführen ist, dessen Index gar nur 81,3 beträgt, während die Schweiz 1925 den Chilisalpeter mit 112 1/2 % von 1913 bezahlt. Je mehr Kunstdünger Deutschland verwendete, desto mehr mußte die Steigerung des Gesamtaufwandes dadurch aufgehalten werden.

Ein weiteres Moment begründet die mindere Aufwandsteigerung Deutschlands: das Nichteinbeziehen der Zinsen, die ja bekanntlich überall und auch in Deutschland eine beträchtliche Erhöhung erfahren haben. Ob die Arbeitslöhne hier nicht die gleiche Steigerung wie in

Österreich und in der Schweiz erfahren, ist aus der Statistik nicht zu ersehen. Denkbar wäre es schon, weil die Schweiz heute höhere Löhne zahlt, während die Österreichs zwar jetzt so ziemlich denen Deutschlands angeglichen wurden, in der Vorkriegszeit jedoch gegen die deutschen Löhne beträchtlich zurückstanden. Schließlich wird man sich noch zur Begründung der relativ geringeren Produktionskosten-Vermehrung Deutschlands vor Augen halten müssen, was eingangs an dem österreichischen Beispiel gezeigt wurde: daß das Steigen oder Fallen der Ausgaben durchaus nicht Hand in Hand mit der Verteuerung oder Verbilligung der Produktion gehen muß. Wenn die deutschen Betriebe den Rübenbau eingeschränkt und die österreichischen ihn vergrößert haben, wenn die Rationalisierung und Mechanisierung der deutschen Betriebe in der Nachkriegszeit schneller vor sich ging, so würde dies genügen, um eine abweichende Produktionskosten-Entwicklung da und dort mit zu begründen.

Im großen und ganzen aber zeigt das deutsche Beispiel doch die gleiche Entwicklungsrichtung der Produktionskosten wie jenes der beiden anderen Staaten. Und mögen die Daten, über die wir verfügten, auch lückenhaft sein, eine zu geringe Zahl von Betrieben umfassen, und sind sie auch nur drei Staaten entnommen, so geht ihre Gültigkeit doch sicher über diese drei Länder hinaus. Denn ohne daß wir Berechnungen der Produktionskosten der Vor- und Nachkriegszeit aus anderen Gebieten besitzen, lassen die Indexzahlen der industriellen Produktionsmittel und Arbeitslöhne der verschiedenen Staaten den Analogieschluß zu, daß die Produktionskosten sich in ganz Europa nicht weniger gewandelt haben als in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz.

## II. Das veränderte Verhältnis zwischen den Erzeugungskosten der Agrarprodukte und der Kaufkraft des erzielten Erlöses.

Privatwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Standpunkt gegenüber den Produktionskosten. — Eine Untersuchung der Relation zwischen den Produktionskosten und den Preisen der verkauften Agrarprodukte. — Das Anschwellen der Produktionskosten als Kriegsfolge. — Die Reaktion nicht in allen Staaten gleich. — Die gesunkene Kaufkraft der Agrarprodukte weist der europäischen Landwirtschaft neue Aufgaben zu.

Besäßen wir die eingehendsten Nachweise über die landwirtschaftlichen Produktionskosten von einst und jetzt, so würden sie allein doch kein erschöpfendes Bild davon geben, wie sich die Situation der Landwirtschaft in Europa geändert hat. Den Landwirt interessiert von seinem privatwirtschaftlichen Standpunkt immer nur das Ergebnis, der Überschuß, den seine Arbeit über den Aufwand geliefert hat, welcher zur Produktion erforderlich war. Ist der Preis der Produkte, die er verkaufen konnte, im selben Maße gestiegen, wie es die Kosten sind, so hat sich für ihn die Situation nicht verschlechtert. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt wird das Urteil insofern anders ausfallen, als in den höheren Ausgaben solche enthalten sein können,



die selbst wieder ein volkswirtschaftliches Einkommen darstellen. So sind die Steuern und Löhne, die an Hilfsarbeiter gezahlt wurden, für den Betrieb Ausgaben, für den Staat und für die Hilfsarbeiter dagegen Einkommen. In den vom Landwirte bezogenen und im Inlande hergestellten Maschinen, Geräten, Produktionsmitteln sind Einkommensquellen für die übrige Volkswirtschaft enthalten, während der Landwirt darinnen nur Teile seiner Produktionskosten erblickt. An den Auslandsbezügen, wie an den Inlandkäufen des Landwirtes haften auch inländische Frachtspesen, die zwar den landwirtschaftlichen Betrieb belasten, dagegen zum Teil volkswirtschaftlichen Nutzen darstellen. Nichtsdestoweniger wäre schon viel zur Klärung der Situation getan, wenn es gelänge vom rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte aus das Verhältnis zwischen den Produktionskosten und den Preisen der verkauften Agrarprodukte vor und nach dem Kriege darzustellen.

Einen derartigen, man könnte fast sagen „schematischen“ Versuch hat die Internationale Agrarkommission auf dem Kongreß in Rom vorgelegt<sup>1)</sup>. Die Durchführung der Arbeit erfolgte derart, daß man zunächst Fragebogen ausarbeitete und mit ihrer Hilfe die Preise der wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte und Bedarfsartikel in den verschiedenen Staaten erhob. Aus den erhaltenen Zahlen sollten dann, und zwar für jeden Staat gesondert, Indexziffern gebildet werden, wobei die Zahlen von 1913 gleich 100 zu setzen wären. Zunächst mußte man die Schwierigkeit überwinden, die sich daraus ergibt, daß weder den einzelnen Agrarprodukten, noch den einzelnen Produktionsmitteln untereinander die gleiche Bedeutung für die Landgutwirtschaft zukommt. Wenn ein Landwirt jährlich für 200 frcs Getreide verkauft und für 800 frcs Fleisch, so geht es nicht an, die Preise dieser beiden Waren bei der Indexberechnung gleich zu werten. Es wird vielmehr nötig sein, unter der Voraussetzung, daß die Indexzahlen des Getreides 120 und die des Fleisches 180 wären, die durchschnittliche Indexzahl nicht mit 150 anzusetzen, sondern die gemeinsame Indexzahl von 168 herauszurechnen. Deshalb mußten die quantitativen Relationen gefunden werden, die jeder einzelnen Ware in ihrem Staate zuzuerkennen war. Dr. Borel, der Sekretär der Internationalen Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen, der die Arbeit durchführte, ermittelte die Relationen mit Hilfe der Erntestatistik, die nachweist, in welchem Verhältnis die verschiedenen Agrarprodukte in den diversen Staaten an der Gesamtproduktion beteiligt waren. Darnach konnten dann die betreffenden Indexzahlen aus den Preisen der Agrarprodukte zusammengestellt werden. Die Verwendung von industriellen Produktionsmitteln dagegen, wurde schätzungsweise erhoben und deren

<sup>1)</sup> La situation de l'agriculture et les associations agricoles, Rapports présentés à la conférence internationale des Associations agricoles, XIII. Congrès internationale d'agriculture, Rom 26. Mai—1. Juin 1927. Der Generalbericht wurde auf Grund einer Enquête der in der internationalen Kommission in Paris vertretenen Organisationen verfaßt.

Wertigkeit ebenfalls nach ihrer quantitativen Verwendung beurteilt. Die Indizes ziehen nicht die gesamte Produktion in Betracht, sondern unter Ausschluß der im eigenen Haushalte oder in der eigenen Wirtschaft verbrauchten Agrarprodukte, bloß den Teil, der auf den Markt gebracht wurde. Es werden somit die Indices der Geldeinnahmen den Indizes der Geldausgaben gegenübergehalten. Überdies wurden auch die Steuern und Zinsen nicht mit in Vergleich gezogen, die beinahe überall eine starke Erhöhung erfahren haben. Die Preise sind bei der Verarbeitung einheitlich auf Dollar umgerechnet worden. Das Ergebnis zeigt diesen Überblick über die Zahlen-Indizes aller jener Staaten, welche die Fragebogen beantwortet hatten:

1925/26 gegenüber gehalten 1913/14 (= 100 gesetzt)

	Zahlen-Indizes der Preise			Kaufkraft der verkauften Agrarprodukte	
	Verkaufte Agrarprodukte %	Landw. Produktionskosten %	Kosten der Konsumartikel, welche der Landwirtin der Hauswirtschaft benötigt %	in bezug auf die Produktionskosten des landwirtschaftlichen Betriebes %	in bezug auf die Konsumartikel, welche der Landwirt in der Hauswirtschaft benötigt. %
Deutschland . . . .	120,5	123,3	154,5	97,7	78,0
Österreich . . . . .	108,6	138,0	223,8	78,7	48,5
Belgien . . . . .	127,4	133,0	177,8	95,8	71,6
Bulgarien . . . . .	129,4	101,4	105,9	127,6	122,2
Dänemark . . . . .	156,1	177,6	—	87,9	—
Estland . . . . .	109,1	126,1	249,3	86,6	43,8
Frankreich (Südost)	152,0	137,5	250,1	110,5	60,6
Ungarn . . . . .	105,9	111,0	157,2	95,5	67,4
Italien . . . . .	143,0	105,1	133,2	136,1	107,4
Norwegen . . . . .	130,6	126,2	134,5	103,4	97,1
Niederlande . . . .	147,7	182,4	196,9	81,0	75,0
Polen . . . . .	98,5	136,9	149,4	72,0	65,9
Rumänien . . . . .	83,1	191,0	273,5	43,5	30,4
Schweiz . . . . .	158,4	177,6	177,0	98,2	89,5
Tschechoslowakei . .	121,2	146,0	168,3	83,1	72,0
Jugoslawien . . . .	111,2	124,4	235,7	89,4	47,2
Gewogenes Mittel der europäischen Länder . . . . .	122,9	134,1	179,8	91,6	68,4

Der Überblick über die Zahlen-Indizes bestätigt, was die früheren Vergleiche lehrten: die Produktionskosten der Landwirtschaft sind in ganz Europa angeschwollen wie ein Gebirgsbach im Frühling. Aber kein Frühlingszauber hat dieses Wachstum ausgelöst, sondern eine Reihe größtenteils unerquicklicher Momente. Es genügt zu ihrem Er-

kennen nicht sich auf die Ausgabenseite der Landgüter zu besinnen und einfach zu konstatieren, daß fast alles mehr kostet als früher. So leicht darf man es sich nicht machen, sondern muß schon weiter um sich blicken. Da ergeben sich dann Zusammenhänge, die die Landwirtschaft von allen Seiten umstricken und das was ihrer Produktion geschah in alten Sünden und Schicksalen verankert zeigen. Entgüterung Europas durch den Krieg und die Nachkriegszeit und die geänderte Verteilung des Weltreichtums sind es, auf welche jene Preisrevolution <sup>1)</sup> zurückzuführen ist, die sich hier als Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten zu erkennen gibt. Von primären Ursachen auf der Wareseite ausgehend mußte die Teuerungerscheinung wie jede den Weg über die Geldwertänderung nehmen, denn keine vermag sich anders als durch Verschiebung des Verhältnisses von Geldwert und Warenpreisen zu äußern. Der Krieg ist längst vorüber, so lange, daß seine güterzerstörende, die Gütererzeugung hemmende Wirkung überwunden sein sollte. Aber immer noch muß er „fortzeugend Böses gebären“, der Fluch der bösen Tat des Krieges. Geblieben ist sein Erbe, die Verringerung der Produktivität der Arbeit. Die Produktion Europas ist unökonomischer geworden, mit anderen Worten gesagt: aus Anlaß einer bestimmten Güterproduktion werden jetzt mehr Güter aufgebraucht als vor dem Krieg. Neue Grenzen zerlegen Europa in kleine Wirtschaftsgebiete von geringer Wirtschaftlichkeit. Zollschranken, Ausfuhrverbote, Einfuhrverbote behindern den internationalen Warenaustausch. Das bewunderungswürdige System internationaler Zusammenarbeit, das die Staaten Europas vor dem Kriege gegenseitig befruchtete, ist nicht wieder erreicht worden. Zudem macht sich Kapitalarmut bitter fühlbar, verteuert nicht bloß das Leihkapital <sup>2)</sup>, sondern beschränkt auch die Rationalisierung, die in Amerika die Produktivität so märchenhaft zu fördern gelehrt hat. Die Löhne und die Ausgaben für die Sozialfürsorge dagegen sind nicht im Verhältnis zu der gesunkenen Produktivität der Arbeit, oder was das gleiche ist, nicht im Verhältnis zu dem stärkeren Aufwand an Gütern aus Anlaß der Produktion gefallen, sondern haben sich im Gegenteil zumeist

<sup>1)</sup> Ich habe versucht die hier nicht näher zu behandelnden Ursachen der Verschiebung des Verhältnisses zwischen Geldwert und Warenpreisen und Löhnen in der Schrift: Europa als Teuerungsgrund (Wien 1926, Hölder-Pichler-Tempsky-Verlag) darzulegen.

<sup>2)</sup> Im Januar 1925, also des Jahres, welches die Zahlen-Indizes geliefert hat, war der Bankdiskont verglichen mit 1913 dieser:

	1913	1925
Österreich . . . . .	5,5	13,—
Deutschland . . . . .	5,—	10,—
Tschechoslowakei . . . . .	5,5	6,—
Ungarn . . . . .	5,5	12,—
Jugoslawien . . . . .	6,—	6,—
Italien . . . . .	5,5	5,5
Frankreich . . . . .	4,—	7,—
Schweiz . . . . .	4,5	4,—

noch erhöht. Die Ansprüche des Staates beschweren die Gütererzeugung auch nicht wenig und so ist der Prozeß der Güterproduktion und der Güterverteilung in allen Phasen gehemmt und verteuert. Das ist die traurige Mär von der Vermehrung der Produktionskosten, die sich uns hier in Ziffern und Zahlen der Landwirtschaft darstellt.

Die Staaten haben auf jene geschilderten Verhältnisse mit ihren landwirtschaftlichen Produktionskosten nicht gleich reagiert, oder, richtiger ausgedrückt, die Verhältnisse sind durch die Kriegserfolge nicht überall gleich außer Rand und Band gebracht worden <sup>1)</sup>. Am meisten sind die landwirtschaftlichen Produktionskosten, wie man aus der Tabelle auf Seite 155 ersieht, gestiegen in der Schweiz, in Rumänien, in den Niederlanden und in Dänemark, am wenigsten in Bulgarien, Ungarn und Italien, darnach haben Deutschland, Jugoslawien, Estland und Norwegen ihre Produktionskosten vor allzu heftigem Anwachsen zu bewahren gewußt. Die Ursachen der ungleichen Rückwirkung auf die Umwälzungen der Nachkriegszeit sind sicherlich vielfacher Art. In Bulgarien, dem Lande der minimalsten Steigerung, mag die bescheidene industrielle Entwicklung das Beispiel höherer Industrielöhne ausgeschaltet und zugleich die in vieler Hinsicht beinahe noch hauswirtschaftliche Organisierung der Bodenkultur deren Verteuerung hintangehalten haben. In Italien und Ungarn sind die kostspieligen sozialen Forderungen der Zeit wahrscheinlich unter den dortigen politischen Regimes weniger zum Durchbruch gekommen und die gewerkschaftliche Organisation konnte ihren lohn erhöhenden Einfluß nicht so sehr geltend machen wie anderswo. Von den Staaten, welche in der Reihenfolge der Produktionskosten zunächst kommen, wird es sich wohl mit Estland und Norwegen ähnlich verhalten wie mit Bulgarien. Erstaunlicherweise ist auch Deutschland wie bei unsern anfänglichen Vergleichen, unter den Staaten mit relativ weniger erhöhten Produktionskosten zu finden. Vor dem Krieg besaß Deutschland eine Sozialfürsorge, mit der sich schwer ein anderes

<sup>1)</sup> Beweis dafür auch, daß die Kaufkraft des Goldes, gemessen am Lebenshaltungsindex ein verschiedenes Maß zeigt. Nach Berechnungen des Statistikers Prof. H i c k m a n n (Geogr.-statist. Universal-Atlas, Wien 1925, Freytag u. Berndt) betrug die Kaufkraft des Goldes im Dezember 1923 folgenden Prozentsatz von 1914:

Schweden . . . . .	62%
Großbritannien . . . . .	63%
Schweiz . . . . .	66%
Niederlande . . . . .	71%
Dänemark . . . . .	72%
Tschechoslowakei . . . . .	76%
Deutschland . . . . .	80%
Italien . . . . .	89%
Frankreich . . . . .	106%
Österreich . . . . .	80% (ohne Einrechnung der Wohnung, die zufolge des in Österreich geltenden Mieterschutzgesetzes die Preissteigerung nicht mitmachte).

80% (ohne Einrechnung der Wohnung, die zufolge des in Österreich geltenden Mieterschutzgesetzes die Preissteigerung nicht mitmachte).

Land messen konnte. Jetzt ist manches durch den Druck des politischen Kräfteverhältnisses gezwungen worden, Deutschland darin mit Siebenmeilenstiefeln nachzujagen, ja es noch zu übertrumpfen. Für diese Staaten ist aus der Sozialfürsorge ein gewaltiges Plus an Ausgaben entstanden, Deutschland aber darf diese Post als altes Guthaben vortragen. Im übrigen mag manche wirkliche oder scheinbare Produktionsverbilligung, ähnlich wie im ersten Teil des Kapitels angeführt, bei dem Ergebnis der deutschen Indizes mitgesprochen haben.

Die Übersicht der Indizes vergleicht nicht bloß die Produktionskosten, sondern auch die Preise der verkauften Produkte und die Kosten der hauswirtschaftlichen Konsumartikel. Die beiden letzten Spalten, die Änderung der Kaufkraft der Agrarprodukte betreffend, ziehen die rechnerischen Konsequenzen aus den Indizes der ersten drei Spalten. Bulgarien, Frankreich, Italien und Norwegen waren so glücklich ihre Agrarprodukte mehr im Preise gestiegen zu sehen, als die Produktionskosten. Frankreich kann dessen nicht besonders froh werden, denn es vermag mit seinen Agrarverkäufen doch nur 60,6 % so viel von den im Haushalt benötigten Artikeln zu kaufen, als im Jahre 1913. Und eine derartige Unzulänglichkeit der Agrarpreise, gemessen an jenen der Industrieprodukte, findet sich, wie aus der Übersichtstabelle erkenntlich, in nahezu allen europäischen Ländern vor. Die Bildung der Agrarpreise ist eben in weit höherem Maße von außereuropäischen, weltwirtschaftlichen Einflüssen abhängig, als die der meisten industriellen Produktions- und Konsumtionsmittel. Die Preise entscheiden allerdings, selbst zusammen mit den Preisen der Produktionsmittel noch nicht endgültig über die Rentabilität, denn dazu gehört auch die quantitative Ergiebigkeit, der Rohertrag der Wirtschaft. Immerhin zeigt sich hier ein wichtiges Moment, das zusammen mit der Entwicklung der übrigen Produktionskosten darauf hinweist, daß die Bodenkultur Europas an einem kritischen Punkt angelangt ist und nach neuen Formen und Zielen suchen muß.

### III. Der Anteil des Arbeitslohnes an den Produktionskosten.

Verbilligung der Produktionsmittel des Landwirtes durch den Fortschritt der Technik, ein Gegengewicht gegen die Steigerung der Löhne. — Schwierigkeiten, die sich bei Berechnung des Lohnanteils an den Produktionskosten ergeben. — Ermittlungsversuche des Internationalen Arbeitsamtes und ihr Ergebnis.

Es wäre lehrreich zu erforschen, welche Verbilligung industrieller Roh- und Fertigfabrikate der menschliche Erfindungsgeist der Welt seit einem Jahrhundert geschenkt hat. Scherzer berichtet in seinem, in den achtziger Jahren erschienenen Werke, daß nach der Erfindung der Heacottschen Bobbinetmaschine der damit hergestellte Stoff um den fünfzigsten Teil dessen verkauft werden konnte, was er hundert Jahre vorher kostete. Um die gleiche Zeit berechnet Engel, der Direktor des preußischen statistischen Bureaus, daß bei horizontaler

Lastenbewegung eine Lokomotive für eine Mark 224,521 Tonnenkilometer, ein Pferd 8,510, eine Menschenkraft 1,900 Tonnenkilometer liefere. Solche Daten geben eine Idee von den Ersparnissen, welche die Technik der Wirtschaft schon vor einem halben Jahrhundert vermittelte. Was seither an Wundern der Mechanik, der Elektrizität, der Chemie, der Organisation erlebt wurde, läßt im Rückblick auf das Vielfache schließen, vorausschauend in Ziffern kaum faßbare Ersparnismöglichkeiten erwarten. Man braucht nur der Verbilligung der Transportkosten durch die Erfindung des Autos zu gedenken. Das einfachste Exemplar eines solchen war noch vor zwanzig Jahren ohne elektrische Beleuchtung und Anlasser nicht unter 2000 Dollar zu haben, während Ford heute unvergleichlich besser ausgestattete Wagen um 300 Dollar auf den Markt wirft.

Die künftigen Ersparungen werden der Technik und der Rationalisierung zu danken sein und sich zwar direkt vorwiegend in Industrie und im Verkehrswesen auswirken, auf deren Rücken jedoch dann Einzug in das Spesenkonto der Bodenkultur halten. Freilich nur in den Teil, der die industriellen Produktions- und Konsumtionsmittel der Landwirtschaft betrifft, denn von der Verbilligung der Waren können wohl die Betriebsführung und die Lebenshaltung der Landwirte profitieren, die Lebenshaltung der Bodenbesitzer, der Pächter, der Lohnarbeiter. Daran aber ist nicht zu denken, daß die Ansprüche an Lohn und Einkommen von seiten der den Boden Bearbeitenden deswegen kleiner werden könnten. Im Gegenteil, sie müssen sich immer mehr den höheren Einkommen der Industriearbeiter nähern. Weil wir aber hier vor dem einzigen Faktor der Produktionskosten stehen, der bei der Landwirtschaft, wegen deren geringer Eignung zur Rationalisierung immer schwerer ins Gewicht fallen muß, so haben wir alle Ursache Klarheit darüber anzustreben, wie groß des Lohnes Anteil am Wert des Produktes eigentlich ist, in welchem Verhältnis der Lohn zu den übrigen Produktionskosten steht. Das erste scheint noch schwerer erreichbar als das zweite, ist es doch bei der Landwirtschaft niemals möglich mit konstanten Produktionsgrößen zu rechnen und infolgedessen auch nicht mit halbwegs konstanten Preisen. Aber auch der Anteil des Arbeitslohnes an den gesamten Erzeugungskosten ist schwieriger zu ermitteln als es zunächst den Anschein hat.

Wie beantwortet sich gleich die erste Frage: Was gehört zu den Produktionskosten? Gehören die Zinsen des im Betriebe arbeitenden Kapitals dazu? Sind die nicht vielmehr vom Kapital gewonnen, dem Kapital, das überall seine zinsentragenden Forderungen zu erheben gewohnt ist, sie beansprucht, weil das Kapital zum Ertrag der landwirtschaftlichen Erzeugung beiträgt. Der Pächter jedoch wird nicht einen Augenblick zögern den Pachtzins unter seine Produktionskosten zu rechnen und ebenso die Zinsen vom Leihkapital, das er aufgenommen hat. Die Zinsen des eigenen Boden- und Betriebskapitals allerdings pflegt der Landwirt nicht einzustellen, und es bleibt ihm auch nicht viel anderes

zu tun übrig. Denn würde er den Produktionskosten so viel Zinsen von seinem in der Landwirtschaft angelegten Kapital zuschlagen, als ihm die nächste Bank, jede Sparkasse dafür zahlt, so käme er in neunundneunzig Fällen von hundert zu der traurigen Erkenntnis, seine Arbeitskraft weit unter dem ortsüblichen Lohn vertan zu haben. Die Bodenkultur lebt eben von der mangelnden kapitalistischen Denkart des Landwirtes.

Was gehört noch zu den Produktionskosten? Das Getreide, das Heu, das Gras, das verfüttert wurde, das Saatkorn, das von der vorjährigen Ernte zurückblieb? Oder gehören bloß die zugekauften Futtermittel dazu? Welchen Lohn verdient das Familienmitglied, das einmal in einer freien Stunde mitarbeitet, die Frau, die die Hauswirtschaft führt? Man wird sich über diese und ähnliche Fragen einigen, — wer aber lehrt uns genau zu erkennen, inwiefern der Boden, das Klima, das Ackerssystem, die wirtschaftliche Lage, das Organisationstalent des Unternehmers, der Grad von manueller Fertigkeit und Fleiß der Arbeitenden die Höhe der Produktionskosten und den Anteil des Arbeitslohnes daran beeinflussen? Nicht einmal eine feste Formel für die verschiedenen Systeme, Bodenarten, die übrigen Voraussetzungen bringen wir einwandfrei zustande und sollten da die unendliche Vielheit in irgendein registrierbares System bringen können? Dein Hof ist in Parzellen zersplittert und benötigt sogleich mehr Arbeitsstunden. Du bauest mehr Zuckerrübe und der Arbeitsbedarf vervielfältigt sich. Ein Aufseher versagt und die erforderliche Arbeitszeit wächst unheimlich an. Ein starkes Pferd ersetzt zwei schwache, ein erfahrener, emsiger Arbeiter zwei andere. Hier ist der Boden leicht und bei entsprechender Feuchtigkeit fliegt der Pflug durch die Furchen. Daneben, die schwere tonige Parzelle verweigert bei Trockenheit der Pflugschar das Eindringen. Hat es geregnet muß die Arbeit länger pausieren als auf leichtem Boden. Und einmal lagert die üppige Frucht und das Mähen geht nur schwer vom Fleck, das anderemal steht sie schütter, aber aufrecht und die Mähmaschine jagt pfeilschnell über das Feld. Kann der Bauer Saisonarbeiter für die Ernte gewinnen, dann sind die Kosten geringer, als wenn er seine Leute das Jahr über ernähren muß, um sie im Sommer zur Verfügung zu haben.

Das wird sich freilich wieder anders auswirken in einer Weidewirtschaft oder in einer Ackerwirtschaft. Und Weidewirtschaft, — wie grenzt man den Begriff ab? Die Dauerweide der fetten Marschen, die Alpenweide, in mäßiger Höhe und in der Schneeregion, gegen Süden gerichtet und gegen Norden, mehr oder weniger steil, die Weide der Steppen, welche Unzahl der Variationen, Leistungen und Intensitätsstufen stellen sich dar! Welche Mannigfaltigkeit der Betriebsgrößen, Eigentumsverhältnisse, Intensitätsstufen und Abarten in verschiedenen Lagen des Ackerbaues! Wahrlich tausendfach, nein, millionenfach lassen sich so Beispiele finden und Beweise, wie schwer es ist Berechnungen anzustellen, die allgemeine Gültigkeit besitzen oder auch nur für gewisse Gegenden, gewisse Betriebsgruppen unanfechtbar sind.

Ungeachtet solcher Berge von Hindernissen hat es das Arbeitsamt des Völkerbundes in Genf unternommen, der Internationalen Wirtschaftskonferenz von 1927 eine Arbeit über den Anteil des Arbeitslohnes an den Gesamtkosten der landwirtschaftlichen Produktion zu unterbreiten. Klug und umsichtig paktierend schlängelt sich die Arbeit kühn zwischen Scylla und Charybdis der unzähligen Schwierigkeiten hindurch. Und ist das Resultat kein solches, daß es für jedes Land und für jede klimatische und betriebstechnische Variation ein wissenschaftlich mustergültiges Ergebnis darstellen würde — einiges Licht wird dadurch doch in ein bisher vollkommen dunkles Gebiet gebracht. Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Irland, Italien, die Niederlande, Polen und Schweden haben sich von europäischen Staaten mit Unterlagen und Berechnungen eingestellt, vor allem natürlich wieder die Schweiz mit ihrer, Laur zu dankenden vorbildlichen Buchführung. Daß auch Australien, Canada und die Vereinigten Staaten vertreten sind, ist besonders wertvoll. Liefern sie doch Anhaltspunkte dafür, wie weit und mit welchem Erfolg sich die menschliche Arbeitskraft durch Mechanisierung und Rationalisierung ersetzen läßt. Der immerhin mehr oder weniger approximative Charakter der Berechnungen hat das Arbeitsamt von einem ziffernmäßigen Nebeneinandersetzen der Daten abgehalten. Was sich aus der Vielfältigkeit der Erscheinungen jedoch als positives Ergebnis herauschälen läßt, ist dieses: In zahlreichen Fällen, wo es sich um Ackerbaubetrieb mit Aufzucht handelt, haben die Arbeitskosten 40 % der Gesamtkosten betragen. In Betrieben, wo die Weidewirtschaft oder die Viehaufzucht vorherrscht, ist der Lohnanteil geringer und kann bis auf 20 % sinken. Intensive Kulturen beanspruchen einen Arbeitslohn, der 60 % und mehr der Gesamtspeisen beträgt. Bezeichnenderweise wurde ein gleich hoher Prozentsatz in Gegenden mit armem Boden und mäßigen Ernten festgestellt (z. B. im septentrionalen Schweden).

Diese Konklusion ist aus den Daten aller Staaten gezogen, also auch aus denen der überseeischen Länder, die unter ganz anderen Verhältnissen produzieren als die europäische Landwirtschaft. Die Vereinigten Staaten, deren landwirtschaftliche Produktionsgestaltung uns wohl am meisten interessieren muß, weil das Lohnniveau dort bereits ein sehr hohes ist, sind in dem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes mit der Betriebsstatistik einer Anzahl Farmen aus den Jahren 1922—25 vertreten. Der Anteil des Arbeitslohnes an den Gesamtkosten, in welche die Steuern nicht einbezogen wurden, hält sich in den vier Jahren zwischen 65 % im Minimum und 68 % im Maximum. Dies bei einem durchschnittlichen Tagesverdienst der Landarbeiter von 2½ Dollar (ohne Verpflegung). Man sieht, daß es gelungen ist den relativen Anteil des Lohnkontos an den gesamten Produktionskosten ungeachtet der so teureren Arbeitskraft in einem Verhältnis zu halten, das sich von dem intensiveren europäischen Betriebe nicht



allzu wesentlich unterscheidet. Überaus durchgebildete Organisation, die den, bei der europäischen Landwirtschaft zumeist noch recht bedeutenden Leerlauf der Arbeit verringert, dann weit reichlichere Maschinenverwendung als bei uns üblich, haben das zustande gebracht. Es ist dabei nicht außer Acht zu lassen, daß die Produktion pro Flächeneinheit in den amerikanischen Farmbetrieben geringer ist, als in den fortgeschrittenen Staaten Europas. Bei gleicher Intensität der Bodenbestellung wie in Mitteleuropa hätte die Lohnquote unter den Gesamtausgaben zweifelsohne einen größeren Raum beansprucht.

Diese Meinung geht aus den amerikanischen Ziffern für den hervor, der die Eigenart des Farmbetriebes in den Vereinigten Staaten einigermaßen kennt. Für die europäische Landwirtschaft ist das Ergebnis insofern von Wichtigkeit, weil es zwar beweist, daß die Rationalisierung bis zu einem gewissen Grade auch bei der Landwirtschaft möglich ist, daß aber dabei gewöhnlich die Ersparnis an einem Produktionselement auf Kosten eines andern geht, das dann verschwendet wird. Die menschliche Arbeitskraft wurde drüben durch Maschinen weitergehend als bei uns ersetzt, dies konnte aber doch nur in solchem Maße geschehen, weil ein anderer Faktor, der Boden, reichlicher vorhanden war, weil man mit ihm nicht so sparen mußte als in Europa. Im übrigen haben alle Vergleiche von Produktionskosten und alle Folgerungen, die daran geknüpft werden, so lange nur bedingten Wert, als es nicht gelingt die Intensität der landwirtschaftlichen Erzeugung, welche die Produktionskosten darstellen, derart zu klassifizieren, in Elemente zu zerlegen, diese irgendwie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, daß die verschiedenen Produktionskosten wirklich auf vergleichbare Größen gebracht werden können.

#### IV. Verteuerung der Agrarprodukte durch den Zwischenhandel.

Das Interesse des Landwirtes an den Kosten des Zwischenhandels. — Ist deren übliche Höhe notwendig? — Ein Versuch auf der Genfer Wirtschaftskonferenz. — Reform des Zwischenhandels als Unterstützung der landwirtschaftlichen Rationalisierung.

Der Landwirt erhält, wie wir eben sahen, relativ weniger für seine Erzeugnisse als früher, im allgemeinen zu wenig, um den Betrieb in der gleichen Weise wie bisher erfolgreich treiben zu können. Die Produktionskosten seiner Ernte, der Milch, des Schlachtviehs sind zu Ende, wenn er sie verkauft und abgeliefert hat. Dennoch ist der Landwirt an weiteren Kosten nicht uninteressiert, an denen, die sein Produkt auf dem Wege zum Konsumenten verteuern. Denn, belasten sie zumeist direkt nur den Konsumenten, so kann der Landwirt die Kosten auf Umwegen zu spüren bekommen. Ist doch die Kaufkraft der Bevölkerung nicht so unbeschränkt, als daß die Kosten des Zwischenhandels nicht indirekt die Preise der Agrarprodukte begrenzen würden. Jene Kosten setzen sich aus Einkaufs- und Verteilungsspesen, aus Lager-

und Transportspesen und Zinsen zusammen, aus Spesen, welche die Verpackung, Sortierung, Reinigung, das Risiko des Verderbens und des Substanzverlustes verursachen und aus dergleichen mehr. Sie vermehren sich für den Verbraucher um den Gewinn, den der Händler für seine Tätigkeit hinzuschlägt. Wird das alles summiert, so ergibt sich eine Verteuerung des Agrarproduktes, die recht drückend empfunden wird und ganz unverstündlich hoch erscheint. Der Landwirt meint, daß der Nutzen des Händlers in keinem Verhältnis zu seinem, des Landwirtes bescheidenen Arbeitsertrag stünde. Der Konsument weiß wieder, daß er die Milch, das Mehl, das Fleisch teuer bezahlen muß, während ihm der Landwirt stets versichert, daß er kaum die Produktionskosten dafür erlöse. So sind beide geneigt den Handel als etwas recht lästiges zu empfinden und nach Vereinfachung, Verbilligung der Vermittlungstätigkeit, womöglich nach unmittelbarer Verbindung zwischen Landwirt und Verbraucher zu rufen. Man hat aus diesem Empfinden heraus allerlei Beziehungen zwischen Produktions- und Konsumtionsgenossenschaften herzustellen sich bemüht. Selbst solche Assoziationen aber stellen nur auf bescheidenen Gebieten einen Ersatz dar für den Händler, den sie spielen wollen, und der ihnen doch den Weltmarkt und selbst den nationalen Markt vorbereitet, der sie erst in die Lage setzt, die Vermittlerrolle mit Anstand zu agieren. Kurzsichtig ist es deshalb den Zwischenhandel überflüssig zu finden, seine Wichtigkeit zu verkennen, ihn einfach ausschalten zu wollen. Wäre der Händler nicht, der Landwirt wie der städtische Konsument müßten ihn eigens erfinden, damit er das Angebot und den Bedarf einander nähere, das Risiko verringere, die Verteilung der Waren in Raum und Zeit vornehme und dem Erzeuger wie dem Verbraucher Kapital und Kredit, seine guten, die Weltteile verbindenden, ausgleichenden Dienste leisten könne. Nicht um das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein des Zwischenhandels handelt es sich für die Landwirtschaft, sondern darum, daß er gut und billig funktioniere und die Agrarprodukte nicht zu sehr verteure.

Ob dies der Fall und ob die Spannung zwischen den Preisen, welche der Landwirt erhält, und den Preisen, welche der Konsument zahlen muß, nicht zu groß ist, wie behauptet wird, gehört zu den Fragen, die im Zusammenhange mit den Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft im neuen Europa zu behandeln sind. Kann man schon nicht hoffen, daß die Rationalisierung die steigenden Kosten der menschlichen Arbeitskraft im Landwirtschaftsbetrieb vollkommen ausgleichen werde, so ist es um so notwendiger, die andere Hälfte der Kosten, welche die Preise für den Konsumenten mitbestimmen, die Kosten des Zwischenhandels und seinen Gewinn unter die Lupe zu nehmen. Wie steht es um die Rationalisierungsmöglichkeiten beim Handel und um den Zwischenhandelsgewinn? Läßt sich vielleicht hier eine Kompensation, ein Moment der Verbilligung der Agrarprodukte für den Konsumenten finden, wenn die Produktionskosten des Landwirtes selbst weiter eine aufstrebende Richtung beibehalten?

Die Beantwortung setzt Kenntnisse und Studien auf allen möglichen Gebieten des Handels und des Verkehrs, einschließlich der Technik der Warenveredelung, Aufbewahrung, Standardisierung voraus. Man weiß, daß zwischen Erzeuger und Verbraucher unzählige Hände vermitteln oder wenigstens irgendwie dabei sind, sei es auch nur als Frächter, Lieferanten von Chemikalien zur Konservierung der Produkte, als Kreditgeber und in hundert anderen Eigenschaften, die sich in Beziehung zum Warenhandel setzen. Wer würde sich vermessen, die Berechtigung und Unerläßlichkeit aller jener Hilfsleistungen abzuwägen? Es wird nicht einmal ganz leicht sein, unter den Gliedern, die sich oft kettengleich zwischen Erzeuger und Verbraucher schieben, immer die nützlichen von den überflüssigen, schädlichen zu unterscheiden. Während sich derart die Schwierigkeiten jeder solchen Unternehmung zu erkennen geben, glauben wir, daß doch schon etwas geschehen wäre, wenn es wenigstens gelänge, die Relation zwischen den Erzeugerpreisen und den Preisen für den Konsumenten scharf zu erfassen, womöglich im Vergleich der Vorkriegszeit und der Gegenwart, um zugleich die Tendenz der Zwischenhandelskosten wahrzunehmen.

Eine solche Erhebung scheint leicht und bietet doch genug Hindernisse dar. Die offizielle Statistik ist auch hier nicht auf Voraussetzungen aufgebaut, die Vergleiche ohne weiteres erlauben würden. Vor allem bringt die Statistik vorwiegend Großhandels- und Kleinhandelspreise und deren Indexzahlen, selten aber die Preise, die der Landwirt selbst ab seinem Hof erhält. Beim Getreide läßt sich das allenfalls noch eher berechnen, wie aber steht es mit den Preisen der Milch, der Schlachttiere, der Wolle, bei Notschlachtungen u. dgl. m.? Wie vergleicht man die durchschnittlichen Schlachtviehpreise der amtlichen Veröffentlichungen mit den Viehpreisen, die dem Bauer gezahlt wurden und mit den Fleischpreisen auf den Märkten? Welche Qualität umfaßt der Durchschnitt und welcher Qualität war das Schlachtrind, das der Bauer abgeliefert hat? Und vergleiche ich die Preise, die der Landwirt 1913 für Milch erlöste und die damaligen Milchpreise des Großhandels mit den heutigen, wo steht es geschrieben, welchen Fettgehalt die Milch damals besaß und welchen jetzt und welches Maß von Reinigung, Pasteurisierung die Molkereien zu beiden Zeitpunkten angewendet haben? Das Getreide kommt erst zu Mehl oder Brot verarbeitet in den Konsum. Wir finden, daß die Spannung zwischen Getreide und Mehl und Getreide und Brot jetzt größer ist als in der Vorkriegszeit. Auch das läßt noch keinen festen Schluß darauf zu, daß der Zwischenhandel teurer geworden wäre, müßten doch erst die Mehrkosten der industriellen Arbeit berechnet werden und der Abfall und die Ausbeute, die im Preis des Mehles, des Brotes zum Ausdruck gelangen.

Schwierigkeit über Schwierigkeit reiht sich derart aneinander und zeigt die Ungeheuerlichkeit des Beginns, dem Zwischenhandel seinen Anteil an den Konsumentenpreisen vorrechnen, dessen Berechtigung

beurteilen und erkennen zu wollen, ob die Spannung des Zwischenhandels und der Zwischenhandelsgewinn in der Nachkriegszeit größer oder kleiner geworden sei als vorher. Das Internationale Landwirtschaftsinstitut hat sich von solchen Erwägungen nicht abschrecken lassen und die Fülle seiner wissenschaftlichen und sozialen Mittel auf den Versuch gewandt, die Verteuerung, die der Handel den landwirtschaftlichen Produkten verursacht <sup>1)</sup>, zu ermitteln. Die Untersuchung konnte sich bloß auf Nachforschungen in England und in den Vereinigten Staaten stützen und auch diese litten unter der ungenügenden Vorbereitung der Statistik auf die neue Aufgabe. Außerdem darunter, daß die Nachkriegsjahre all die Unruhe, all das Ungewöhnliche, Sprunghafte in die Statistik hineingetragen haben, das ihrer Wirtschaft international anhaftete. Die Schlüsse, die die Untersuchung zieht, beschränken sich denn auch auf Feststellungen, die mehr von der herrschenden Ansicht als von exakten Zahlen diktiert zu sein scheinen. Sie lauten dahin, daß die Differenz zwischen den Preisen, die der Produzent erhält und denen, die der Konsument zahlt, außerordentlich groß sei und daß die Preise für diesen höher wären als unser soziales Leben ertragen könne. Der Bericht meint, das System des Sammelns, Verarbeitens und der Verteilung der Agrarprodukte lasse sich zweifellos verbessern und verbilligen. Weit stärkere Anstrengungen sollten im Interesse des öffentlichen Wohles auf diesem Gebiete gemacht werden, doch setzen sie, wie der Bericht ausdrücklich betont, gründlichere Vorstudien voraus als bisher unternommen wurden.

Diese Konstatierung deutet gleichermaßen die Schwäche und die Bedeutung einer Unternehmung an, die vorläufig noch zu keinem greifbaren Ergebnis zu führen vermag. Nichtsdestoweniger wird man die Erhebungen fortsetzen und mit aller Anstrengung vertiefen müssen. Ist doch in der Reform des Zwischenhandels möglicherweise ein teilweiser Ersatz für die landwirtschaftliche Rationalisierung gegeben. Darauf sei hier nachdrücklich hingewiesen.

<sup>1)</sup> „Le commerce des produits agricoles et la surcharge qu'il apporte aux prix“. In: „Les questions agricoles au point de vue international“, Société des Nations, Conférence économique internationale, Genf, Mai 1927.

## XV. Kapitel.

## Der Reinertrag.

## I. Der Reinertrag der Schweizer Bauerngüter.

Die ungleiche Rentabilität der Landwirtschaftsbetriebe, Ricardos Renten-Theorie und ihre praktischen Konsequenzen. — Ertragsberechnungen des schweizerischen Bauernsekretariats. — Von glücklichen Nutznießern der Bodenrente und ihrem Einkommen.

Über den Gewinn, der aus der Landwirtschaft fließt, sind nicht bloß in außenstehenden Kreisen unrichtige Ansichten verbreitet. Mancher Landwirt selbst, der seine Erwartungen enttäuscht sieht, ist geneigt zu glauben, daß andere bei der Landwirtschaft reiche Schätze erwürben. Dazu mögen nicht wenig die ungleiche Fruchtbarkeit der Böden und der Einfluß der Entfernung vom Markorte beitragen, beide verschärft durch die Wirksamkeit des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages. Diese Momente geben dem Begünstigteren tatsächlich einen Vorsprung, der Ricardo Anlaß bot, die Theorie der Bodenrente aufzustellen. Zieht man den Durchschnitt aus den Rechnungsabschlüssen vieler Betriebe, dann gleichen sich Wellenberg und Wellental der lokalen Vor- und Nachteile aus. Werden die verschiedenen Betriebsgruppen schließlich wieder auseinandergefaltet, so läßt sich das Prae der günstigen Lagen in Ziffern einigermaßen erkennen. Dabei können freilich neben den natürlichen Eigenschaften der Lage, die Art der Organisation und der Tüchtigkeitsgrad der Landwirte einer Gegend das Bild verschieben. Der aufmerksame Beobachter wird immerhin imstande sein, eine Idee von der Höhe der auftretenden Bodenrenten zu bekommen. Deren theoretische Seiten haben die Wissenschaft besonders im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eingehend beschäftigt, in unserer Zeit dagegen bedeutende praktische Konsequenzen gehabt. Ist es doch unzweifelhaft, daß der von Ricardo aus der Tatsache eines arbeitslosen Einkommens der Grundbesitzer abgeleitete wirtschaftliche Rentenbegriff allen Systemen der Nationalisierung und Sozialisierung des Bodens zugrunde liegt und auch die europäische Bodenreform stark beeinflußt hat.

Die Klärung der Ertragsfrage ist nur auf der Voraussetzung genauer buchmäßiger und betriebsstatistischer Unterlagen möglich. Wie immer, wenn es sich um solche handelt, sind sie besonders weitgehend beim Schweizer Bauernsekretariat und bei dessen unermüdlichem Organisator Prof. Dr. Laur zu finden. Neben der Gründlichkeit der Durchführung besitzen diese Untersuchungen den Vorzug eine Landwirtschaft

zu betreffen, die von den Wirkungen der Kriegswirtschaft nicht oder kaum berührt wurde und den weiteren Vorzug, daß die Kontinuität der Verarbeitung nicht wie in den kriegführenden Staaten unterbrochen werden mußte. Die Besprechung der, vom allgemein volkswirtschaftlichen, wie vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus überaus interessanten Arbeiten dürfte um so angebrachter sein, als die Berichte des schweizerischen Bauernsekretariats an das eidgenössische Volkswirtschafts-Departement, in denen man sie findet, außerhalb des Landes und außerhalb der engeren Fachgenossen kaum so verbreitet sind, als sie verdienten. Die untersuchten Gutsbetriebe zeigen folgenden Reinertrag in Prozenten des Aktivkapitals (gewogenes Mittel):

Jahr	Kleinbauernbetr.		Kl. Mittelbauernbetr.		Mittelbauernbetr.		Gr. Mittelbauernbetr.		Großbauernbetrieb		Jahresmittel	
	Zahl der Betriebe	Reinertrag %	Zahl der Betriebe	Reinertrag %	Zahl der Betriebe	Reinertrag %	Zahl der Betriebe	Reinertrag %	Zahl der Betriebe	Reinertrag %	Zahl der Betriebe	Reinertrag %
1906/1913	242	2,09	919	3,48	496	3,64	399	3,83	134	4,35	2190	3,65
1914/19	199	5,78	829	8,03	443	8,56	411	8,74	118	10,62	2000	8,58
1920/22	106	-0,53	471	1,08	246	1,95	282	2,26	78	2,07	1183	1,61
1923/26	158	1,60	699	2,12	414	2,81	440	3,29	112	2,42	1823	2,69

Die Verzinsung entspricht nur in den Kriegsjahren einer Rentabilität, welche an die normalen Ansprüche industrieller, kaufmännischer oder finanzieller Unternehmungen heranreicht. Von den Nachkriegsjahren brachten 1920—22 eine Kapitalverzinsung von 1,61 %, 1923 bis 1926 eine solche von 2,69 %. Gegenüber der Vorkriegszeit ist der Ertrag der Nachkriegsjahre kleiner geworden. Bemerkenswert auch, daß die Kleinbetriebe den geringsten Ertrag abwarfen und sich gegen die Ungunst der Jahre am wenigsten widerstandsfähig zeigten.

Man weist oft darauf hin, daß der Ertrag des Bodens schon deswegen niemals dem der Industrie nachkommen könne, weil der Bodenhunger den Bodenpreis stets dem Ertrag anpasse und diesen dabei zu einem allzu geringen Zinsfuß kapitalisiere. Die Berechtigung des Einwandes wird im vorliegenden Falle auf ein Minimum reduziert, wenn man die ausgewiesenen Zinsansprüche zerlegt.

Sie betragen je Hektar Fläche:

	Bodenkapital (3,5%) Fr.	Meliorationskap. (4%) Fr.	Gebäudekapital (4%) Fr.	Pflanzenkapital (4,5%) Fr.	Pächterkapital Fr.	Aktivkapital (4%) Fr.
1913/18 . .	82	1	72	25	64	244
1919 . . .	90	1	79	28	92	290
1920/22 . .	95	2	81	27	92	297
1923/26 . .	100	2	88	29	86	305

Laur basiert die Berechnungen in jedem Jahr nur auf die Kapitalverhältnisse jener Betriebe, die ihre Bücher im selben Jahr zum erstenmal eingesendet haben. Dadurch wird zwar hier die Zahl der Betriebe bedeutend kleiner als bei den übrigen Untersuchungen, der jeweilige Bodenwert und die sonst in den Betrieben arbeitenden Kapitalien aber gelangen dadurch am reinsten zum Ausdruck. Eine unvermeidliche Fehlerquelle bildet es, daß man wohl den Preis des in einem Jahre eingebrachten Bodens erfährt, nicht aber den Grad der natürlichen Fruchtbarkeit, der darin mit bezahlt wurde. Ebenso ist nicht zu erkennen, welche Qualität und welches Ausmaß an Gebäuden, Maschinen, Geräten hinter den betreffenden Kapitalien stehen und inwiefern die höheren Zinsansprüche durch Preiserhöhungen hervorgerufen wurden.

Der früher angeführte Reinertrag der Güter ist natürlich mit der Vermögensrente ihrer Besitzer nicht zu verwechseln. Handelt es sich doch dabei nicht um die Geschäftsbilanz des Landwirtes, sondern um die Berechnung des Reinertrages, den die in dem Landgut arbeitenden Kapitalien erbracht haben. Dieser Reinertrag ist folglich unter die Faktoren aufzuteilen, welche die Kapitalien beistellten. Dem Besitzer verbleibt nur jener Teil des Reinertrages, den er nicht in Form von Schuldzinsen an die Gläubiger auszahlen muß. Um seine Vermögensrente aber war es so bestellt:

#### Die Vermögensrente.

Jahr	Kleinbauernbetriebe		Kl. Mittelbauernbetriebe		Mittelbauernbetriebe		Gr. Mittelbauernbetriebe		Großbauernbetriebe		Sämtliche Betriebe	
	Ab-schlüsse	%	Ab-schlüsse	%	Ab-schlüsse	%	Ab-schlüsse	%	Ab-schlüsse	%	Ab-schlüsse	%
1901/05	77	1,34	241	1,60	184	2,52	153	2,46	34	5,11	689	2,46
1906/13	242	0,77	919	3,14	496	3,50	399	4,13	134	5,65	2190	3,61
1914/19	199	7,40	829	10,73	443	11,97	411	11,61	118	18,30	2000	11,85
1920/22	106	-4,14	471	-1,23	246	-0,23	282	0,56	77	0,53	1182	-0,41
1923/26	158	-0,55	699	-0,03	414	0,80	440	2,05	111	0,59	1822	0,91

Man sieht, daß dem Bauern seit Kriegsende nach Begleichung der Schuldzinsen durchschnittlich so gut wie keine Vermögensrente übrig blieb, wenn er in die Gutsbilanz, wie es geschah, für sich einen bescheidenen Arbeitslohn einsetzt. Ja, der Bauer hat in manchem Jahr nicht bloß keine Zinsen erhalten, sondern er durfte nicht einmal den gleichen Arbeitslohn in Anspruch nehmen und verbrauchen, wie sein Knecht, da er das durch den Verlust angegriffene Vermögen nachzufüllen hatte. Wie gering der vom Besitzer mit seiner Arbeit wirklich verdiente Arbeitslohn ausfiel, geht aus einer anderen Tabelle hervor:

	Je Arbeitstag		
	Arbeitsverdienst bei 4% Zinsanspruch	Lohnanspruch der Unternehmerfamilie	Der Arbeitsverdienst stand über (+) oder unter (-) dem Lohnanspruch
	Fr.	Fr.	Fr.
1901/05 . . .	1,90	2,85	- 0,95
1906/13 . . .	3,08	3,25	- 0,17
1914/19 . . .	11,17	5,17	+ 6,00
1920/22 . . .	3,94	8,45	- 4,51
1923/26 . . .	4,48	7,55	- 3,07

Abgesehen von dem Gewinn der Kriegsjahre, der hoffentlich nicht als ein Moment anzusehen ist, mit dem der Landwirt rechnen soll, war dieser als Besitzer somit durchwegs schlechter daran, als wenn er sich als Lohnarbeiter verdungen und sein Geld in der Sparkasse angelegt hätte. Und doch war er der Nutznießer der viel umworbenen und viel geneideten Bodenrente.

#### II. Vergleich der Schweizer Daten mit denen anderer Staaten.

Deutsche Betriebe vor und nach dem Kriege. — Österreichische Ertragsberechnungen. — Die Rentabilität der norwegischen Landwirtschaft. — Die dänische Landwirtschaft als Krösus unter den Bodenkulturen Europas. — Einige wichtige Lehren der Untersuchung.

Die Welt ist weit und die Schweizer Berge sind hoch. Wer wüßte da, ob das, was sich dort gezeigt hat, zugleich für ganz Europa gilt? Ja, ob es nur angängig ist, von den Schweizer Ergebnissen irgendwelche Schlüsse auf die Allgemeinheit zu ziehen? Um darüber zu entscheiden, braucht man weitere Anhaltspunkte; Daten, Erhebungen aus anderen Ländern, mögen sie selbst nicht so umfassend, nicht von so einwandfreier Schlackenlosigkeit sein, wie die aus dem Reiche des vielhundertjährigen Friedens. Solche Unterlagen finden sich vor, und zwar in Deutschland. Dort vergleicht Dr. Fensch in einer für die Weltwirtschaftskonferenz angefertigten Denkschrift die Betriebsresultate der Vor- und Nachkriegsjahre von 60 Betrieben über 100 ha. Dabei findet er diese Ergebnisse in Mark je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (siehe Seite 170).

Der Reinertrag stellt den Erfolg des in der Landwirtschaft arbeitenden Kapitals dar. Deshalb ist zu bedauern, daß er nicht in Prozenten des Kapitals ausgedrückt werden konnte, weil infolge der starken Veränderungen der Verhältnisse in den Kriegs- und Inflationsjahren Unterlagen über den Wert der Landgüter nicht zu beschaffen waren. Die Ziffern sprechen nichtsdestoweniger eine deutliche Sprache. Der Reinertrag der intensiveren Wirtschaften, der Hackfruchtwirtschaften mit vorwiegendem Rübenbau ergab in der Nachkriegsperiode nur 39 % des früheren Gewinnes. Die in der Intensität zunächst kommenden Brennereiwirtschaften trugen 37 % der Vorkriegszeit. Die extensiveren Getreidewirtschaften brachten es bloß auf 29%; die extensivsten



	Hackfrucht- wirtschaften		Getreide- wirtschaften		Futterbau- wirtschaften		Brennerei- wirtschaften	
	1912/14	1924/26	1912/14	1924/26	1912/14	1924/26	1912/14	1924/26
Rohertag . . . . .	636	682	425	462	393	423	657	633
Aufwand . . . . .	504	664	354	464	347	440	541	623
Reinertrag . . . . .	132	18	71	-2	46	-17	116	10
Steuern u. Lasten abzugsfähig . . . . .	12	38	7	24	8	28	15	39
Betriebsüberschuß . . . . .	144	56	87	22	54	11	131	49
1912/14 = 100 gesetzt Betriebs- überschuß . . . . .	100	39	100	29	100	20	100	37

Futterbauwirtschaften gar nur auf den fünften Teil des Friedensertrages. Die reichlicher mit Kapital und Arbeit ausgestatteten Gutsbetriebe haben prozentual weniger von dem früheren Reinertrag eingebüßt als die andern. Dennoch läßt sich darnach nicht behaupten, daß sich das in der intensiven Wirtschaft angelegte Kapital besser rentiert hätte. Ist es doch sicher, daß das zusätzliche Kapital dieser Betriebe nicht die Zinsen trug, die in jeder Sparkasse dafür zu haben gewesen wären. Wir hatten es hier allerdings ausschließlich mit Großbetrieben zu tun und deren gesunkene Rentabilität mag bei dem Hinneigen der öffentlichen Meinung zur Verminderung der Betriebsgrößen volkswirtschaftlich nicht so wesentlich erscheinen.

Die deutsche Denkschrift zur Weltwirtschaftskonferenz<sup>1)</sup> kann zwar nicht mit Vor- und Nachkriegsergebnissen kleinerer Betriebe aufwarten, doch stellt sie immerhin 1547 Abschlüsse aus den beiden Wirtschaftsjahren 1924/25 und 1925/26 zur Verfügung. Die Verarbeitung des Materials ist in der Weise erfolgt, daß die Betriebe für jedes Wirtschaftsjahr innerhalb der einzelnen Wirtschaftssysteme und Bodenklassen zunächst in 4 Größenklassen (5—20 ha, 20—50 ha, 50—200 ha, über 200 ha) eingeteilt worden sind. Aus den Durchschnittswerten dieser 4 Größenklassen ist dann das arithmetische Mittel gebildet worden und aus diesen Mittelwerten der beiden Wirtschaftsjahre wiederum als arithmetisches Mittel der Durchschnittswert der beiden Jahre. So können die Zahlen, die wir bekommen, schon eher Anspruch auf durchschnittliche Gültigkeit erheben. Was lehren sie uns? (Vgl. S. 171.)

Das Hinzutreten kleiner Betriebe hat wie ersichtlich den Durchschnittsertrag nicht gehoben, im Gegenteil, er ist noch jämmerlicher als bei den 60 Großbetrieben und viel niedriger als bei den Schweizer Betrieben. Dort 184 frs. je ha im Durchschnitt der Jahre 1923—26, in Deutschland nur 53 Mk. in der besten Klasse der Hackfrucht-

<sup>1)</sup> Archiv des deutschen Landwirtschaftsrates. 45. Jahrgang 1927.

Betriebsergebnisse der deutschen Landwirtschaft 1924/25  
und 1925/26  
(in Mark je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche)

Wirtschaftssystem	1924/25				1925/26				Durchschnitt 1924/26		
	Zahl d. Betr.	Roh- er- trag	Aufw.	Rein- er- trag	Zahl d. Betr.	Roh- er- trag	Aufw.	Rein- er- trag	Roh- er- trag	Aufw.	Rein- er- trag
Hackfrucht- wirtschaft mit überwiegend Zuckerrübenbau . . . . .	104	739	679	60	110	717	672	45	728	675	53
Kartoffelbau . . . . .	60	623	624	-1	64	592	578	14	608	601	7
Getreidewirtschaften											
Guter Boden . . . . .	97	551	557	-6	112	622	591	31	587	574	13
Mittlerer Boden . . . . .	204	468	480	-12	219	519	505	14	494	493	1
Geringer Boden . . . . .	50	389	404	-15	51	417	418	-1	403	411	-8
Futterbauwirtschaften											
Guter Boden . . . . .	29	469	475	-6	31	506	466	40	488	471	17
Mittlerer Boden . . . . .	141	409	445	-36	137	458	447	11	433	446	-13
Geringer Boden . . . . .	74	367	367	-47	64	323	336	-13	322	352	-30

wirtschaften. Je mehr die Intensität der Systeme und die Höhe des Aufwandes sinken, desto geringer wird der Reinertrag, ja auf mittleren und geringen Böden brachten Getreide und Futterbauwirtschaften nicht bloß keine Verzinsung des in den Betrieben arbeitenden Kapitals, sondern sogar noch Verlust. Welche Verzinsung die übrigen besser situierten Betriebe aufwiesen, läßt sich auch ohne Kenntnis der investierten und umlaufenden Kapitalien nach den Schweizer Daten ermitteln. Der Betriebsaufwand wie der Rohertrag ist im Durchschnitt der Schweizer Wirtschaften um etwa ein Drittel höher als in Deutschland. Dies hängt wohl damit zusammen, daß die untersuchten Schweizer Betriebe stark spezialisiert sind und Obst und Weinbau, Hochzucht und sorgfältigste Milchverarbeitung treiben. Sie sind auch dem Umfang nach kleiner, was den Betriebsaufwand pro Hektar und den Rohertrag der Viehnutzung, wie wir wissen, zu vermehren pflegt. Nehmen wir das Kapital der deutschen Wirtschaften in der gleichen Relation um ein Drittel niedriger an als das der schweizer Betriebe, so gelangen wir noch immer zu Zinsansprüchen pro Hektar, die einige Male so hoch sind als der Reinertrag der bestsituierten deutschen Betriebskategorie. Die Genießer der Bodenrente scheinen auch in Deutschland nicht gerade beneidenswert zu sein.

Ist dies das Ergebnis von weniger als 1000 Betrieben, so wird Deutschland bald über Unterlagen von ganz anderem Umfang verfügen. Stehen doch bereits 3000 Betriebe aus 15 000 durch die Buchstellen eingereichten Bestandsanmeldungen in Bearbeitung und für den Vergleich mit der Vorkriegszeit wurden abermals 500 Betriebe herangezogen. Mehr als 10 000 Buchabschlüsse sollen derart zur Durchleuchtung des landwirtschaftlichen Betriebes in den Jahren 1924—27 und 1912—14

dienen<sup>1)</sup>, — ein großzügiges Beginnen im Dienste volkswirtschaftlicher Erkenntnis.

Es wäre sicherlich möglich von manchem anderen Staat ähnliche Untersuchungen zu erhalten, so von der Tschechoslowakei, wo schon lange vor dem Krieg Ostermayer in Brünn und Vlad. Brdlik in Prag vorbildlich geführte Buchstellen eingerichtet hatten. Vorerst scheinen indessen dort die Ergebnisse der Nachkriegszeit nicht veröffentlicht zu werden<sup>2)</sup>, ebensowenig wie dies in Österreich der Fall ist. Der Leiter der Buchstelle der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, Dr. Ing. Strobl hatte jedoch die Güte mir die Berichte über die Jahre 1925, 1926 und 1927 zur Verfügung zu stellen. Der durchschnittliche Reinertrag der in der Wirtschaft arbeitenden Kapitalien pro Hektar wurde danach pro 1925 im gewogenen Mittel mit 86,92 S. pro ha = 2,7 %, 1926 mit 81,71 S. = 3,16 % und pro 1927 mit 114,14 S. = 5,3 % gefunden. Daß die Verzinsung im zweiten Jahre bei gesunkenem Reinertrag prozentual höher war als 1925, ist durch die Senkung der Kapitalverträge, bedingt durch eine Senkung der Bodenpreise und durch Neuaufnahme ansehnlicher Bauerngüter, verursacht. Man kennt ja die Erscheinung der höheren Marktpreise kleinerer Grundstücke und die Tatsache, daß der Kapitalbedarf pro Flächeneinheit im umgekehrten Verhältnis zum Umfange der Betriebe steht. Dem dritten Jahr kam der Vorteil einer guten Ernte und besserer Preise für einzelne Produkte zu statten.

Die österreichischen Reinertragsberechnungen nehmen einen 5 %igen Zinsanspruch der Kapitalien an. Unter dieser Voraussetzung haben in den beiden ersten Jahren unter allen Betrieben bloß die gemischten Waldwirtschaften den vollen Arbeitsverdienst getragen. Im Mitteljahr 1926 verhielt sich der Lohnanspruch nach ortsüblichen Löhnen und der tatsächlich erreichte Arbeitsverdienst so zueinander:

<sup>1)</sup> Diese Aktion wurde durch den deutschen Landwirtschaftsrat gemeinsam mit dem Enquête-Ausschuß in Angriff genommen, den die Reichsregierung über Auforderung des Reichstages zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzverhältnisse der deutschen Wirtschaft mittels Gesetz vom 15. April 1926 eingesetzt hat. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses für Landwirtschaft ist Minister a. D. Dr. Hermes. Der Unterausschuß hat einstweilen zwei Teile Materialien als Band II und III seiner Verhandlungen und Berichte erscheinen lassen (verlegt bei E. S. Mittler Berlin 1927 u. 1928). Sie berichten über die Ergebnisse der Buchführungsuntersuchungen für die Wirtschaftsjahre 1924/25, 1925/26, u. 1926/27 und ziehen für einen Teil des Materials den Vergleich mit den Vorkriegsjahren 1912/13 und 1913/14. Die betriebs- und volkswirtschaftliche Auswertung soll in einem besonderen Band veröffentlicht werden und wird das Ergebnis erst voll zu überblicken erlauben.

<sup>2)</sup> Zugangsweise Daten sind enthalten im Band „Agriculture“ (herausgegeben von Vladislav Brdlik) des großangelegten Werkes: Encyclopédie Tschécoslovaque, Prague, Editions Orbis, Paris, Editions Bossard, 1928. Eingehende Daten hat der gleiche Forscher veröffentlicht in: „Wirtschaftliche und soziologische Grundlagen der Bodenreform in der Tschechoslowakei“, Zemedelski Archiv, Prag, Jahrgang 1919/23.

Bodennutzungssystem	Lohnanspruch pro ha Kulturfläche Schilling	Arbeitsverdienst pro ha Kulturfläche Schilling
Ackerwirtschaften . . . .	165,98	108,94
Weinbauwirtschaften . . .	643,62	233,84
Graslandwirtschaften . . .	141,57	52,52
Waldwirtschaften . . . . .	21,80	19,54
Gemischte Weinbauwirtschaften . . . . .	282,74	178,05
Acker Graslandwirtschaft.	125,41	25,54
Gemischte Waldwirtschaften . . . . .	180,93	259,47

Das 27er Jahr brachte in 187 angeschlossenen Betrieben bei durchschnittlichen Lohnansprüchen von 144,53 S. pro Jahr einen Arbeitsverdienst von 148,60 S. Der Arbeitsverdienst deckt somit die Lohnansprüche der Besitzerfamilie. Eine besonders günstige Konstellation von Ernte- und Preisverhältnissen mußte eintreten, um dieses Ergebnis zu erreichen, das eigentlich eine stete Selbstverständlichkeit sein sollte. In Wirklichkeit verhält es sich jedoch so, daß der den Boden bestellende Grundbesitzer sich gewöhnlich im Schweiße seines Angesichtes vergebens bemüht, die Lohnhöhe des Landarbeiters ohne Bodenbesitz zu erarbeiten.

Noch ungünstiger sind die Resultate welche die Buchstelle des Tiroler Landeskulturrates für 60 angeschlossene bäuerliche Betriebe und für das Jahr 1928 ermittelte. Der Reinertrag, der sich nach Abzug des Lohnanspruches und Zuzählung der Schuldzinsen aus dem Einkommen ergibt, betrug im Durchschnitt aller untersuchten Betriebe S 46 per ha. Dieser Reinertrag verzinst das in der Landwirtschaft eingelegte Kapital mit 0,6 %. Dabei war die Arbeit der Besitzerfamilie nach der ortsüblichen Dienstbotenentlohnung (Barlohn, bewertete Naturalbezüge und Kost) im Mittel mit S 4,16 für den zwölf- und mehrstündigen Arbeitstag angesetzt worden.

Zahlen und Ziffern sind nicht jedermanns Sache, besonders dann nicht, wenn sie in übermäßiger Häufung auftreten. Wer jedoch die Ertragsverhältnisse der Landwirtschaft in verschiedenen Teilen Europas kennen lernen und eine darin liegende Gesetzmäßigkeit aufsuchen will, muß sich wohl dazu verstehen nach weiteren Daten Ausschau zu halten. Wieder sind es Erhebungen des Internationalen Landwirtschaftsinstitutes anlässlich der Weltwirtschaftskonferenz in Genf, denen wir die Kenntnis der landwirtschaftlichen Ergebnisse einiger Staaten zu danken haben. Für unsere Zwecke sind davon außer den bereits besprochenen Ergebnissen nur noch die zweier Länder, von Norwegen und von Dänemark, zu verwenden.

den <sup>1)</sup>. Ganz ohne Geldschwankungen ist es auch in Norwegen nicht abgegangen und selbst Dänemark hat sich nicht ganz frei davon halten können. Die dänische Krone notierte im Dezember 1924 in New York 17,63 Dollar (für 100 dän. Kr.), während sie zwei Jahre später den jetzigen Stand um 26,7 herum aufwies. Die norwegische Krone aber wertete dort im Dezember 1924 15 Dollar (für 100 norw. Kr.) und hat es 1927 auf einen Kurs von beinahe 26 Dollar gebracht. Das nimmt den Berechnungen etwas von der Sicherheit, die jene der Schweiz schon wegen deren stabilen Währung auszeichnet.

Norwegen ist bekanntlich nur in gewissen Teilen zur Landwirtschaft geeignet. Von den Produktionsgebieten weisen das südliche „Ostland“ und das um die Frondhejem Fiords liegende „Tronlagen“ die günstigeren Voraussetzungen auf; sie enthalten breite Flächen Kulturlands und sind der Sitz des größeren Grundbesitzes. Die beiden anderen landwirtschaftlichen Gebiete, „Westland“ und „Sorland“ haben schwerere Produktionsbedingungen, die Betriebe sind von geringerem Umfange; ihre Besitzer verstehen sich oft schlecht auf den Ackerbau und die Marktverhältnisse lassen zu wünschen übrig, was besonders von „Westland“ bemerkt wird. Nach der Tabelle haben Westland und Sorland indessen eher größere Roherträge als die begünstigteren Vergleichsgebiete. Bei gleichem Rohertrage nehmen jedoch die Produktionskosten hier einen höheren Prozentsatz in Anspruch als dort und der Reinertrag ist bescheidener. Das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages macht sich eben unter ungünstigeren Bedingungen früher geltend, der Mehraufwand ist weniger produktiv. Der Bericht erwähnt nur ganz allgemein, daß Westland und Sorland weniger Großbetriebe besitzen als die beiden anderen Gebiete. Dies und die Marktverhältnisse mögen den höheren Rohertrag und den stärkeren Aufwand bei geringerem Reinertrage mit erklären. Offenbar wirkt bei dem Resultat auch mit, daß das Kapitalserfordernis mit der Fläche relativ zuzunehmen pflegt, der gleiche Reinertrag pro Flächeneinheit daher eine niedrigere Verzinsung darstellt. Der Bericht läßt dies nur vermuten, da er das Aktivkapital nicht angibt. Interessant ist, daß die ungünstigeren Bezirke auch später in die Vorteile der Kriegskonjunktur eintraten und sie nicht im selben Maße auszunützen vermochten als Ostland und Tronlagen.

Die dänischen Ergebnisse sind lehrreich dafür, was eine stark kommerzialisierte, industrialisierte Landwirtschaft in Gegenden, die zu intensiver Weidewirtschaft geeignet sind, zu erreichen vermag.

<sup>1)</sup> Die „Questions agricoles au point de vue international“, Société des Nations, Genf 1926, in denen die Buchstellenerhebungen auszugsweise veröffentlicht wurden, enthalten noch solche von Finnland und Italien. Die ersten erstrecken sich über Jahre mit überaus starker Noteninflation und werden durch die damit immer verbundene höchst unregelmäßige Preisgestaltung verdunkelt. Die italienischen Erhebungen wieder enthalten wohl eine interessante Untersuchung einzelner typischer Betriebe, ausgeführt von Prof. Tassinari, sie sind aber nicht der Durchschnitt einer größeren Zahl von Resultaten und deshalb den gegebenen anderen Ertragsberechnungen nicht vergleichbar.

## Rentabilität der Norwegischen Landwirtschaft.

per ha in Norwegischen Kronen.  
Ergebnis von 1391 Buchabschlüssen.

	Ostland			Tronlagen			Westland			Sorland		
	Roh- er- trag	Pro- duk- tions- kosten % vom Roh- ertrag	Rein- ertrag % vom Aktiv- kapi- tal	Roh- er- trag	Pro- duk- tions- kosten % vom Roh- ertrag	Rein- ertrag % vom Aktiv- Kapi- tal	Roh- er- trag	Pro- duk- tions- kosten % vom Roh- ertrag	Rein- ertrag % vom Aktiv- Kapi- tal	Roh- er- trag	Pro- duk- tions- kosten % vom Roh- ertrag	Rein- ertrag % vom Aktiv- Kapi- tal
1924/25	1,008	80,3	5,39	1,037	73,8	7,62	1,104	77,2	5,22	1,431	85,5	3,62
1923/24	963	82,3	4,72	860	76,7	5,81	829	85,0	2,45	1,376	86,2	2,93
1922/23	825	3,1	1,68	620	93,4	1,40	821	103,3	-0,52	1,143	91,9	1,48
1921/22	1,065	90,0	3,02	715	110,5	-2,11	857	117,7	-3,12	1,307	104,9	-1,28
1920/21	1,223	76,4	8,06	1,029	79,3	6,60	1,076	89,5	2,37	1,658	88,0	3,78
1919/20	1,262	70,0	11,11	1,064	78,9	7,35	1,265	102,4	0,67	1,810	77,7	7,54
1918/19	1,413	53,3	23,28	1,454	48,3	26,49	1,506	77,0	8,55	1,951	67,7	13,06
1917/18	1,138	45,1	26,27	1,008	50,9	2,44	942	59,1	12,14	1,520	55,2	16,48
1916/17	834	50,6	19,45	641	59,4	11,79	748	53,9	12,39	1,077	61,1	11,10
1915/16	589	71,0	7,79	485	65,0	8,07	430	71,9	5,22	710	76,8	5,53
1914/15	449	73,3	6,17	390	71,5	5,48	418	83,0	2,41	567	96,5	0,74
1913/14	371	77,4	—	262	81,7	—	396	91,2	—	—	—	—
1912/13	413	82,8	—	254	91,7	—	—	—	—	—	—	—
1911/12	415	80,5	—	265	84,9	—	—	—	—	—	—	—

Einfluß des Weltkrieges

## Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe Dänemarks in dänischen Kronen pro ha.

	Roh- ertrag pro ha	Betriebs- kosten pro ha	Rein- ertrag pro ha	Perzent. Reinertr. d. Aktiv- Kapitals	Betriebskost. in % des Rohertrages
1924/25 . . . . .	1235	989	246	9,1	80
1923/24 . . . . .	1023	813	210	8,1	80
1922/23 . . . . .	837	692	145	5,6	83
1921/22 . . . . .	831	798	33	1,2	96
1920/21 . . . . .	1185	949	230	8,2	80
1920/21—1924/25 . .	1022	843	174	6,4	82 1/2
1919/20 . . . . .	1024	743	281	11,7	73
1918/19 . . . . .	857	551	306	12,7	64
1917/18 . . . . .	699	482	217	9,2	69
1916/17 . . . . .	824	604	220	9,2	73

Um die dänischen Zahlen voll würdigen zu können, ist es gut, solche einer anderen Landwirtschaft daneben zu halten, am besten

die der Schweiz, die selbst eine hohe Stufe intensiver Wirtschaft darstellt.

In schweizer Francs vergleichen sich die Ergebnisse folgendermaßen:

	Roh- ertrag pro ha	Betriebs- kosten pro ha	Rein- ertrag pro ha	Perzent. Reinertr. d. Aktiv- Kapitals	Betriebskost. in % des Rohertrages
Dänem. Durchschn. 1920/25 . . . . .	1430	1180	250	6,4	82 1/2
Schweiz 1920/26 . . .	1326	1174	152	2,4	88 1/2

Dänemark hat mit nur um 6 Frcs. höheren Betriebskosten um 104 Frcs. mehr Rohertrag pro ha erzielt. Demgemäß ist auch der Reinertrag um 98 Frcs. höher. Dänemark gibt das in den Betrieben arbeitende Kapital nicht an. Dennoch läßt sich aus der Gegenüberstellung der beiden Resultate erkennen, daß Dänemark diesen glänzenden Erfolg mit einem viel kleineren Kapital pro ha erzielt als die Schweiz in ihren Betrieben verwendet. Auf das Schweizer Kapital aufgeteilt würde der dänische Reingewinn von 250 frcs. — 4 % bedeuten. Daß Dänemark damit 6,4 % des Aktiv-Kapitals deckt, beweist, daß es zu seiner landwirtschaftlichen Erzeugung pro ha um 60 % weniger Kapital brauchte als die Schweiz. Derart erweist sich die dänische Landwirtschaft als der Krösus unter den Bodenkulturen Europas und kann zugleich als Beleg für den Einfluß dessen dienen, was wir als ökonomischen Koeffizienten eines Staates kennen gelernt haben <sup>1)</sup>. Die dänischen Resultate wären von einem anderen, weniger glückliche Bedingungen aufweisenden Staate vermutlich niemals zu erreichen <sup>2)</sup>. Sie sind noch in einer besonderen Richtung bemerkenswert, indem sie beweisen, daß die Meinung, die Anpassung der Bodenpreise an den jeweiligen Ertrag verhindere stets die Bildung einer allgemeinen höheren Rentabilität der Landwirtschaft, nur bedingt Geltung beanspruchen darf.

Will man den vorhandenen Buchstellenergebnissen überhaupt Beweiskraft zuerkennen, dann dürfen wir zusammenfassend diese Schlußfolgerungen aus unserer Untersuchung ziehen: Es ergab sich, daß der bodenbesitzende Landwirt für seine eigene Arbeit in den wenigsten Fällen den Lohn erwirtschaftet, den sein Knecht verdient. Oder, anders gesagt: daß sich das im Betrieb arbeitende Kapital nur selten so gut verzinst, als wenn der Bauer es in die Sparkasse getragen hätte. Der Bauer hat die Wahl sich mit einer geringeren Verzinsung seines Kapitals zufrieden zu geben als sie jeder andere Staatsbürger erhält, oder aber mit einem

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel XI.

<sup>2)</sup> Die dänischen Reinerträge scheinen übrigens zum guten Teil der großen Sparsamkeit der Grundbesitzer zu danken zu sein. Sie behelfen sich im Haushalt mit Pflanzenfett (Margarine) um die gesamte Butter auf den Markt bringen zu können. Sie begnügen sich mit frugaler, oft fleischloser Kost und exportieren ihre Schweine.

geringeren als dem ortsüblichen Lohn. Daß der Bauer dennoch an seinem Besitze zähe festhält und daß es dennoch landlose Arbeiter gibt, die Besitzer oder Pächter werden wollen, ist nur aus der psychischen Einstellung oder aus der Überschätzung der Ertragsmöglichkeiten zu erklären. Der Wunsch, als eigener Herr auf eigener Scholle zu arbeiten, wirkt bei uns offenbar so elementar, daß er alle sonstigen ökonomischen Erwägungen übertönt. Solchem Empfinden kommt die Bodenaufteilung dieses Jahrzehntes sicherlich entgegen, keinesfalls aber darf man von ihr im wesentlichen eine materielle Besserstellung der neuen Eigentümer erwarten. Die Regel wird dies nicht sein, eher die Ausnahme.

Die Untersuchung hat dann an einem Beispiel gezeigt, daß die Vorteile, welche die Bodenkultur in einem Staate mit für sie besonders geeignetem ökonomischen Koeffizienten findet, kaum anderswo gleichwertig zu ersetzen sind. Und schließlich ergab sich aus dem dänischen Beispiel, daß die übliche Anpassung der Bodenpreise an den Ertrag höhere Gewinnchancen der Landwirtschaft eines ganzen Landes durchaus nicht ausschließen muß, wie vielfach behauptet wurde <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Man vergleiche beispielsweise die Ausführungen Brentanos über die Nutzlosigkeit der Getreidezölle, die er u. a. mit jenem Nachrücken der Bodenpreise an den Bodenertrag begründet in: „Die deutschen Getreidezölle“ Stuttgart-Berlin 1910, Cotta.



## XVI. Kapitel. Die Lohnarbeit.

### I. Die Arbeiterverhältnisse vor dem Krieg.

Warum der Landarbeiter hinsichtlich des Arbeiterschutzes stiefmütterlich behandelt wurde. — Die Stellung des Landarbeiters zum Boden und zum Klassenkampf. — Die Landflucht und ihre Ursachen. — Licht- und Schattenseiten des landwirtschaftlichen Berufes. — Was der Landarbeiter erreichen kann und was nicht. — Entlohnung und Arbeitszeit vor dem Kriege.

Sucht man in einem Wörterbuch der Staatswissenschaften den Artikel über den Arbeiterschutz der Vorkriegszeit auf, so erkennt man, wie ungemein vorsorglich sich die Gesetzgebung dessen Regelung angelegen sein ließ. In keinem Staate, der etwas auf sich hält, fehlt es an den eingehendsten gesetzlichen Bestimmungen darüber. Das Koalitionsrecht, der gesundheitliche Arbeiterschutz, die Wohnungshygiene, Nacharbeit, Maximalarbeitszeit, Arbeitspausen, Mutterschutz, Sittlichkeit, Fortbildungsunterricht, Zwangs-Versicherung gegen alle möglichen Fälle, bilden den Inhalt der Gesetze. Die Einrichtung der Gewerbeinspektoren und der Gewerbeberichte unterstützt und überwacht ihre Durchführung in vielen Staaten seit langem. Der Siegeszug des Arbeiterschutzes ist von England ausgegangen, das seine großindustrielle Ära mit der Großtat des englischen Arbeiterrechtes ausstattete. Preußen, Frankreich, die Schweiz, Österreich, Rußland, Skandinavien, Holland, Belgien, zuletzt der Süden und Südosten Europas sind Großbritannien nachgefolgt und haben ihre Industrien, die Schifffahrt, den Bergbau, die Heimarbeit der Arbeiterschutz-Gesetzgebung unterworfen. Hält man jedoch Ausschau nach den Gesetzen, die den landwirtschaftlichen Arbeiterschutz betreffen, so findet sich in der Vorkriegszeit kaum da oder dort ein schüchterner Anlauf dazu vor, ein Hinweis auf irgendeine altersgraue Landarbeiterordnung<sup>1)</sup>, doch nichts, was sich im Entferntesten mit der Sozialfürsorge vergleichen ließe, deren sich Industrie und Gewerbe längst erfreuten.

Wie kommt es, daß gerade die Landarbeiter von der Gesetzgebung so stiefmütterlich bedacht wurden? Zum Teil mag dies mit der Eigenart der landwirtschaftlichen Produktion und mit der psychischen Einstellung der landwirtschaftlich Tätigen zusammenhängen. Deren Sinn

<sup>1)</sup> In Preußen waren bis zur Staatsumwälzung von 1918 die alten Gesindeordnungen, 19 an der Zahl in Geltung. Zwei davon stammten noch aus dem 18. Jahrhundert, 13 aus der Zeit von 1803—1848, die jüngsten vier aus den 50 iger Jahren. (D a v i d, Sozialismus und Landwirtschaft, II. Aufl. Leipzig 1922, Quelle und Meyer.)

stand vor dem Kriege mehr nach Bodeneigentum als nach politischen Rechten. Der Kampf um jenes war ihm verständlich, nicht der zwischen Kapital und Arbeit, denn der Boden bedeutet für den Landarbeiter Aufstieg, Gleichheit mit dem bisherigen Brotgeber, Sicherung der Arbeitsgelegenheit. Wie stand er aber zu den anderen Errungenschaften des Arbeiterschutzes? Die Krankenpflege war vor ein paar Jahrzehnten am Land nicht weit gediehen, auch für den Bauer nicht. An gesetzmäßige Altersversorgung dachte niemand, weil auch der Arbeitsunfähige am Lande immer noch irgend eine geringe Beschäftigung findet und dann, weil es auf dem Dorfe ohne viel Sentimentalität als selbstverständlich gilt, daß das Alter nicht viel Ansprüche zu machen habe. Pflügt doch selbst der hochvermögende Großbauer ins Ausgeding zu gehen, wenn sein Sohn heiratet. Und die anderen Umstände am Lande? Die ausgedehnte Fläche, auf der sich der Betrieb abspielt, kann nicht der Kontrolle unterworfen werden wie der Arbeitsraum einer Fabrik. Die Natur, die Witterung, die Jahreszeiten sprechen bei der Produktion zu viel mit, als daß sich die Arbeitszeit im Vorhinein genau regeln ließe. Wie wollte man auf dem Lande mit den Vorschriften der Stadt die Hygiene, die Kinder- und Frauenarbeit, die Sittlichkeit überwachen, die Trennung der Geschlechter; wo die Sonne und die Luft, das wogende Ährenfeld und der Duft des Frühjahrs die Arbeits- und Lebensweise vorschreiben und Moralgesetze geben, die andere wie in der Stadt sein mögen, aber kaum schlechtere.

Ein weiterer Grund hat vermutlich die Ausdehnung des industriellen Arbeiterschutzes auf die Bodenkultur gehindert: der Umstand, daß es nicht anging die Landarbeiter gesetzlich besser zu stellen als ihre Brotgeber. Wo aber gäbe es einen selbstarbeitenden Grundbesitzer oder Pächter, der sich die Arbeitszeiten, Arbeitsbeschränkungen und Vorbehalte der industriellen Arbeiterschaft gönnen dürfte? Und noch eine Schwierigkeit stellt sich ein: Es ist gar nicht leicht klar und eindeutig zu sagen, wer Arbeiter ist, wer Familienmitglied, wer Unternehmer, Gutsbesitzer oder Pächter.

Die Theorie hat den Begriff des landwirtschaftlichen Arbeiters freilich säuberlich umschrieben. „Unter Landarbeiter versteht man“, führt Aereboe aus<sup>1)</sup>, „alle in der Landwirtschaft hauptberuflich Tätigen, abhängigen Lohnarbeiter, welche sich in den landwirtschaftlichen Arbeiten zwar praktisch geübt, aber für dieselbe keine besondere schulmäßige Ausbildung erfahren haben.“ Diese Definition reicht nicht aus, um den Kreis derer zu umgrenzen, die den Boden um des Lohnes halber bearbeiten und deren Pflichten und Rechte gegeneinander abzuwägen sind. Denn, wie mannigfaltig nach Herkunft, Schichtung, sozialen Beziehungen und Entlohnung treten nicht die Arbeitskräfte zur Tätigkeit an. Da, in den Gegenden des bäuerlichen Anerbenrechtes

<sup>1)</sup> In dem Artikel „Landarbeiter“ des Handwörterbuches der Staatswissenschaften, herausgegeben von Ludwig Elster, Adolf Weber und Friedrich Weber, 6. Bd., 4. Aufl. Jena 1925, Gustav Fischer.

sind es Verwandte des Bauern, denen ein Mitbesitz am elterlichen Gut in Form einer Hypothek zusteht und die nun als Knechte oder Mägde auf dem Hofe bleiben. Dort helfen die Kinder den Eltern den Besitz zu bewirtschaften. Der jüngere Sohn des Bauern geht wohl auch solange als Knecht auf einen fremden Hof, bis er irgendwo einheiratet oder sich sonst mit Ererbtem oder Erworbenem selbständig macht. Landwirte, mit zu geringem Bodenbesitz, um von dessen Ertrag allein leben zu können, verdingen sich für einige Tage der Woche, für längere Dauer oder bloß für die Zeit gewisser Spitzenleistungen, zum Anbau, zur Ernte auf die umliegenden Güter. Hat ein Arbeiter etwas erspart, so kauft er ein Stück Feld, baut ein Häuschen und ist nun selber Grundbesitzer, wenn nicht gar Arbeitgeber.

In Frankreich und Italien hat sich eine Art Landarbeiter zu gewinnen eingebürgert, die im zweiten Land „Mezadria“ genannt wird<sup>1)</sup>. Der Gutsbesitzer verpachtet ein kleines Gut oder einen Teil davon gegen die Verpflichtung, die Hälfte der Ernte zurückzustellen. Das Lohnverhältnis dieser Verpachtung wird dadurch gekennzeichnet, daß sich der Besitzer zumeist die Betriebsorganisation oder das Dreinreden in den Betrieb vorbehält und doch ist der Arbeiter eigentlich kein Lohnempfänger, sondern Pächter. Anderswo kommt es vor, daß ein Parzellenbesitzer gegen Ernteanteil verpachtet und zur Erntezeit selbst der Lohnarbeiter seines Pächters wird. Eigentümlich ist ein Arbeiterverhältnis, das seine Entstehung auf die Bauernbefreiung zurückführt. In Preußen wurden die nicht spannfähigen Bauern, welche die Erlangung der persönlichen Freizügigkeit mit dem Verlust des Nießbrauchsrechts an den Höfen bezahlen mußten, vom Gutsherrn in ihrer Wirtschaft belassen. Anstatt des Pachtzinses hatten sie im Laufe des Jahres eine vereinbarte Anzahl von Arbeitstagen zu leisten. So entstand das „Heuerlingswesen“, das sich in Hannover, in Westfalen bis auf den heutigen Tag erhalten hat.

Neben derartigen Arbeitsverträgen gibt es allerlei Abstufungen, welche die Lohnarbeit mit der Landnutzung durch den Arbeiter verbinden und diesem so immerhin einen Schein von Unternehmertum verleihen. Freie Wohnung nebst Landnutzung und selbst Nutzung an beigegebenem Vieh, wie es in Ungarn vorkommt, oder Wohnung, Lohnland und Naturaldeputat, das die Haltung von Nutzvieh erlaubt, sind im Großbetrieb weit verbreitet, auch in Deutschland und Österreich die Regel. Mag daher die Arbeiterwohnung noch so elend, das Auskommen noch so bescheiden sein, — daß der Landarbeiter wenigstens auf einem Stück Boden sein eigener Herr ist, daß seine Frau ein Schwein füttern und Geflügel halten kann, gibt ihm einen Vorsprung vor dem viel besser gestellten Industriearbeiter. Er fühlt sich selbst ein wenig

<sup>1)</sup> In Frankreich „métayage“ vgl. „Der Teilbau in Frankreich“ von A. Hermes, Jena 1907, ferner: Beitrag zur Agrargeographie, Heft 3, Landbauzonen, ländliche Entvölkerung und landwirtsch. Einwanderung in Frankreich. Bern 1927 (Kümmerly-Frey).

als Unternehmer, als selbständiger Landwirt. So liegen die Voraussetzungen für Klassenkampf und prinzipielle Gegensätzlichkeit nicht so knapp unter der Oberfläche. Bei den bäuerlichen Dienstboten, den in der Hausgemeinschaft des Bauern lebenden Knechten und Mägden ist es wieder das patriarchalische Zusammenleben, sind es die gemeinsamen Mahlzeiten, die gemeinsamen Lebensinteressen, welche das Bauerngesinde noch weniger als den Lohnarbeiter der Großgüter geneigt macht, sich als besondere Klasse aufzuspielen und die industrielle Arbeiterorganisation und das industrielle Arbeiterrecht als Fortschritt anzusehen.

Unzufriedenheit mit den Existenzbedingungen machte sich unter der Landarbeiterschaft mehr in anderer Richtung Luft. In jener mit diesem Jahrhundert einsetzenden, starken Bewegung, die unter dem Namen „Landflucht“ bekannt ist. Sie blieb nicht auf die Landarbeiter allein beschränkt. Die Bauerntöchter wollten keine Landwirte mehr heiraten, sondern womöglich Beamte. Die Mägde gingen als Dienstboten in die Stadt, selbst Bauernsöhne ergriffen andere Berufe. Die Häusler und die Tagelöhner suchten städtische Verdienstmöglichkeiten auf. Wer konnte sandte seine Kinder in die städtischen Schulen, in städtische Gewerbe, in städtische Industrien. Was war auf einmal in die landwirtschaftliche Bevölkerung gefahren? Was hieß sie den seit Generationen treu gehüteten Stand verlassen? Dr. Michael Hainisch, der über das auch sonst viel untersuchte Gebiet der Landflucht ein schönes Buch geschrieben hat<sup>1)</sup>, erblickt ihre Ursachen vorwiegend in Gründen wirtschaftlicher Natur. Nicht der Wunsch aufzusteigen, wie behauptet wurde, führe die Leute von der Landwirtschaft weg, sondern das Streben nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Länge der Arbeitszeit, Härte der Arbeit, Unsicherheit der Beschäftigung während des Winters und soziale Abhängigkeit wären das Los der Landarbeiter. Für das bäuerliche Gesinde bestehe überdies die Unmöglichkeit eine Familie zu gründen, was die besten Elemente veranlasse der landwirtschaftlichen Arbeit den Rücken zu kehren. Gemessen an all dem sei das Einkommen des Landarbeiters nicht groß genug, um die Passivposten auszugleichen.

Das Einkommen der Landarbeiter läßt sich berechnen und mit dem anderer Arbeiterkategorien vergleichen. Wie aber vergleicht man die psychischen Vorzüge und Nachteile verschiedener Berufstätigkeiten? Der Eine freut sich, wenn er in der warmen Stube hocken darf, der Andere fühlt sich nur in der freien Gottesnatur wohl. Der Eine liebt eine sitzende Beschäftigung über alles, der Zweite ist unglücklich, wenn er seine Glieder nicht kräftig rühren kann. Je nach der persönlichen Disposition wird man daher die unleugbaren Schattenseiten des Landarbeiterberufes geringer oder schwerer einschätzen und die Lichtseiten zu übersehen oder zu preisen geneigt sein. Der österreichische Acker-

<sup>1)</sup> Die Landflucht, ihr Wesen und ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform. Jena 1924, Gustav Fischer.

bauminister Thaller, der selbst ein schlichter kleiner Gebirgsbauer war, hat jedenfalls gezeigt, daß der Beruf Lichtseiten besitzt, die sich der Städter gar nicht vorzustellen vermag. Nach einem Vortrag, in dem die Mühsale und die kärglich gelohnte Arbeitsplage des Alpenwirtes in den schwärzesten Farben dargestellt worden waren, meinte er: „Das ist alles schon richtig, wenn aber die Sonne über den Nebeln im Tal hell geschienen hat und die Vögel in der Höhe jubilierten, dann war ich doch glücklicher als jetzt als Euer Minister.“ Solchen Worten kommt mehr als episodische Bedeutung zu. Sie lehren, daß in der Landwirtschaft die rationale, kapitalistische Denkungsart noch immer nicht allein ausschlaggebend ist. Die industrielle und die landwirtschaftliche Arbeit gehören in dieser Hinsicht zwei verschiedenen Welten an und sind nicht mit dem gleichen Maßstab zu messen.

Daraus ist jedoch nicht abzuleiten, man brauche sich nicht um die Ursachen der Landflucht zu kümmern, der Landarbeiter werde sich in aller Ewigkeit mit schlechterer materieller Entlohnung als der Industriearbeiter zufrieden geben und die mangelhafteste Regelung des Arbeitsverhältnisses hinnehmen. Dies ist einstweilen bekanntlich schon anders geworden und vieles wird noch zu bessern sein. Alles jedoch niemals, weil die meisten drückenden Arbeitsbedingungen die Natur selber vorschreibt und nicht der kaltherzige Unternehmer oder Kapitalist. Die Natur, die eine lange und schwere Arbeit nicht bloß dem Lohnarbeiter auferlegt, sondern Jedem, der sich der landwirtschaftlichen Tätigkeit zuwendet. Daß es trotzdem solche unpraktische Schwärmer gibt, ist eben in der seelischen Hinneigung zu diesem Berufe begründet. Dessen materielle und gesundheitliche Sicherung aber muß zumindest gewährleistet sein.

Inwieweit war dies vor dem Weltkriege der Fall? In Großbritannien sind die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Landbevölkerung kurz vor seinem Ausbruch untersucht worden<sup>1)</sup>. Der damit betraute Ausschuß stellte hinsichtlich der Lohnarbeiter u. a. folgendes fest: Ungefähr 60 % der ordentlichen, erwachsenen Landarbeiter verdienen weniger als 18 S in der Woche, unter Einrechnung aller Bezüge, 20—30 000 Arbeiter erhalten weniger als 16 S. Wenn man die zunehmende Lebensteuerung in Betracht zieht, ist der Realverdienst der Arbeiter in den niedrig entlohnenden Grafschaften seit 1907 gesunken. Die Arbeitszeit ist außerordentlich lang (in mindestens Zweidrittel der Dorfschaften im Sommer 10 Stunden und mehr, die Mahlzeiten abgerechnet und ohne Berücksichtigung der Überstunden zur Erntezeit). Das Viehwartepersonal bezieht im allgemeinen höhere Löhne, hat jedoch noch längere Arbeitszeit und Sonntagsarbeit zu leisten. Nur in wenigen Grafschaften von England und Wales genügt der Durchschnittsverdienst des Arbeiters, um eine Familie von mittlerer

<sup>1)</sup> Wiedergegeben von Prof. Dr. W. Zimmermann in dem Artikel „Arbeiterschutzgesetzgebung“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, I. Bd. Jena 1923, Gustav Fischer.

Größe körperlich leistungsfähig zu erhalten. Die niedrigen Löhne verschulden den großen Wohnungsmangel in den ländlichen Bezirken, weil der Landarbeiter außerstande ist einen Zins zu zahlen, der das Errichten und Erhalten von Häusern rentabel erscheinen ließe.

Günstigere Einkommensverhältnisse und Arbeitszeiten hatten auch andere Staaten dem Landarbeiter vor dem Kriege nicht zu bieten, obwohl die Löhne, gemessen an den Lebenskosten in den letzten Vorkriegsjahren, wenigstens nicht gesunken sind wie in England. Aereboe berechnet die Steigerung der deutschen Landarbeiterlöhne von 1870 bis Kriegsausbruch bei Anrechnung der Deputatnaturalien zum jeweiligen Marktpreis mit 133 %<sup>1)</sup>. Von 1906/10 bis 1911/15 erhöhten sich die Löhne eines im Deputatgenuß stehenden ganzjährigen Arbeiters nach H. Neumann in Ostpreußen von 521 auf 660 Mk., in Sachsen von 610 auf 900 Mk., im Rheinland von 750 auf 1011 Mk. im Jahr. Das schweizer Bauernsekretariat fand einen mittleren Verdienst des männlichen Dienstboten von etwa 1100 Frcs. gegen 1800 Frcs., die ein gelernter Arbeiter in Gewerbe und Industrie verdiente<sup>2)</sup>. In Mähren betragen die Löhne damals 564 Goldkronen für männliche, 514 Kr. für weibliche Arbeiter<sup>3)</sup>. Noch geringer war das Einkommen in Ungarn, in Galizien, in den Balkanstaaten. In niederösterreichischen Großbetrieben hat es sich 1914 inklusive Deputat, umgerechnet in die gegenwärtige österreichische Währung auf 870 S im Jahr gestellt. Sind alle diese Löhne auch niedriger wie die Industrielöhne, so doch nicht in dem Maße als es den Anschein hat. Denn die Naturaldeputate sind dabei durchweg zu den Preisen angesetzt, die der Gutsinhaber ab Wirtschaft erhält, während der städtische Industriearbeiter dafür im Detailhandel viel mehr zahlt. Als die bezogenen Naturalien anlässlich der Untersuchung der Lebensverhältnisse in einem schlesischen Dorfe nach Berliner Detailpreisen und Wohnungsmieten eingesetzt wurden, konnte das scheinbare Einkommen einer Lohngärtnerfamilie von 821,4 Mk. mit 1135,8 Mk. und das einer Kutscherfamilie von 870,6 Mk. mit 1254,4 Mk. bewertet werden<sup>4)</sup>. Den Umstand, der hier berücksichtigt wurde, sollte man bei Vergleich der Einkommen der Landarbeiter und der städtischen Industriearbeiter immer beachten.

In den niederösterreichischen Großbetrieben betrug die Arbeitszeit der Vorkriegszeit durchschnittlich 3400 Arbeitsstunden im Jahre. Kürzer wird sie wohl auch anderswo selten gewesen sein, viel länger dagegen in den Bauernbetrieben. Pfl egte der Bauer doch im Sommer

<sup>1)</sup> In: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, Deutsche Serie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, 1927, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

<sup>2)</sup> Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage in der Schweiz, Bd. II.

<sup>3)</sup> Dr. Adolf Ostermayer, Untersuchungen über die Rentabilität mährischer Bauernbetriebe. Brünn 1911.

<sup>4)</sup> Gertrud Dyrenfurth, Ein schlesisches Dorf und Rittergut. Schmollers Forschungen 1906, Bd. XXV.

vom ersten Hahnenschrei bis zur anbrechenden Dunkelheit zu arbeiten und sich und seinem Gesinde nur kurze Nachtruhe zu gönnen. Nicht jede Arbeit in der Landwirtschaft ist freilich ermüdend, nicht gleich der industriellen Arbeit von den Furien der Mechanisierung getrieben. Die agrikulturelle Tätigkeit ist vielmehr voll unfreiwilliger Pausen. Man braucht nur daran zu denken, wie sich etwa der Lenker fleißiger Arbeitspferde manchmal ruhig ein Schläfchen auf dahinziehendem Wagen gönnen kann. Allerdings dürfen dem Landwirt auch glühende Hitze, Regen, Sturm, Schnee und Hagel kein Arbeitshindernis sein und nicht unsaubere Abfall- und Betriebsstoffe, wie der Stalldünger und die Jauche. Und so hat die Waage der Aktiv- und Passivposten es nicht leicht das Gleichgewicht zu finden.

## II. Zwischen zwei Epochen.

Die Löhne der Kriegszeit. — Der Schützengraben erweckt den Landarbeiter. — Organisations-Unterricht von Oben. — Debauche des ersten Friedensjahres. — Der Landarbeiter als unsicherer Gewerkschaftler. — Dilemma der Landarbeiterbewegung.

Die Kriegsjahre waren zu einer einschneidenden Verbesserung des landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisses wenig geeignet. Wohl pflegten es gerade unruhige Zeiten zu sein, welche die größten sozialen Umwälzungen hervorbrachten, doch mußten vorher zumindest die, welche sie hervorriefen, ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit besitzen oder erringen können. Während des Krieges aber war dazu niemand imstande, war keiner frei, keiner von der Bevormundung des Staates verschont. Die geringste soziale oder wirtschaftliche Regung blieb dessen überwachendem, regelnden Einfluß unterworfen. So half es den Arbeitsbedingungen wenig, daß die Arbeitskraft unerhörten Seltenheitswert erhielt und daß der Unternehmer gern bereit war sie unter Opfern an sich zu fesseln. Requisitionen, Höchstpreise, Rayonierung, Rationierung der erzeugten Agrarprodukte wie der Produktionsmittel erschlugen das bische Wirtschaft des Landwirtes, das noch möglich war. Zu jener Zeit war ja die menschliche Tätigkeit überhaupt in weiten Teilen der Erde mehr auf die Vernichtung, als auf die Vermehrung von Gütern gerichtet. Und dem Landwirt ging es auch mit den Preisen wie aller Welt. Sie, die unbeeinflußt der Ausdruck eines Wertverhältnisses sind, das sich im Spiel der Bedürfnisse und Angebote zwanglos einstellt, hingen gleichsam in der Luft, standen dort, wo der Staat sich ihre Feststellung vorbehielt, in keiner natürlichen Beziehung zu einander, in keiner rechten zu den Produktionskosten, zu Angebot und Nachfrage. Dazu kam in den meisten Staaten Europas die hemmungslose Vermehrung des Notenumlaufes, die Finanzierung durch die Ausgabe ungedeckten Papiergeldes. Während des Krieges ist dies in seinen Wirkungen auf die Kaufkraft des Geldes nicht so unmittelbar aufgeschienen, besonders in den blockierten Staaten des Dreibundes nicht, wo die weltwirtschaftlichen Beziehungen noch

mehr unterbrochen waren als anderswo. Nichtsdestoweniger aber haben jene Verhältnisse schon damals die ganze Preiskonstellation beeinflußt und unter den oben angedeuteten Umständen der Staatseinmischung das Wirrsal der Preisgestaltung noch mehr verschärft. Die Löhne und Gehalte stiegen also zwar, doch die Beteiligten vermochten kaum deutlich zu erkennen in welcher Relation zu den Preisen des täglichen Bedarfs dies eigentlich vor sich ging. Der landwirtschaftliche Unternehmer wußte es nicht, mögen ihm auch hie und da hohe Schleichhandelspreise das Elend der unzureichenden Höchstpreise und Produktionsbehinderungen einigermaßen versüßt haben. Der Landarbeiter merkte wohl, daß er nicht allzu viel für sein stolz angewachsenes nominales Bareinkommen erhielt. Da er aber zufolge des relativ reichlichen Deputates besser gepflegt war wie der Industriearbeiter, ja noch etwas zu Schleichhandelspreisen abzugeben hatte, empfand er sich eher als Kriegsgewinner, denn als unterentlohnt.

War infolgedessen während des Krieges im Hinterland nicht viel zur Lösung der landwirtschaftlichen Arbeiterfrage geschehen, so um so mehr an der Front, im Schützengraben. Wen könnte das wundern? Ist es möglich, Menschen Jahre hindurch zu zwingen, ihr Leben jeden Augenblick aufs Spiel zu setzen, zu hungern und zu dursten, zu morden und zu zerstören, ohne daß diese Menschen bis ins Innerste gewandelt würden? Mußte nicht die Todesangst, die Empörung, die Verzweiflung, die sich nicht hervorwagen durfte, das Denken und Empfinden von Grund aus aufwühlen? Wer könnte es denen, die durch solche Höllen gegangen waren, verübeln, daß sie mit anderen Ansichten und anderen Ansprüchen ins Leben zurückkehrten? So ist nach dem Krieg auch der Landarbeiter nicht mehr der reine Tor von einst gewesen, der die Agitation ablehnte und die politische Organisation von sich wies. Das Kriegsende, das die Auflösung so vieler Monarchien brachte und alle bis dahin geltenden Begriffe über den Haufen zu werfen begann, hat vielmehr ein landwirtschaftliches Proletariat vorgefunden, das bereit war seine verspätete Rechnung eindringlich zu präsentieren.

Die Geste der Zeit kam diesen Ansprüchen auf halbem Wege entgegen. In Paris war der Oberste Rat der Siegerstaaten gerade dabei, das Europa des ewigen Friedens und der Gerechtigkeit aufzurichten. Die Friedensverträge sollten nach den Plänen Wilsons nichts missen lassen, was geeignet war, der Idee der Gleichheit zwischen und innerhalb der Völker zu dienen. So wurde 1919 in Paris auch ein Ausschuß zur Beratung des internationalen Arbeiterschutzes eingesetzt. Er tagte unter dem Vorsitz des amerikanischen Arbeiterführers Samuel Gompers und brachte ein Statut heraus, das sich an einen englischen Vorentwurf anlehnte und vom obersten Rat nach einigen Änderungen als Bestandteil der Friedensverträge erklärt wurde. Jenes Organisationsstatut hat dann zur Errichtung des Internationalen Arbeitsamtes beim Völkerbund in Genf geführt, und zu den mindestens einmal im Jahre einzuberufenden Internationalen Arbeitskonferenzen, die



vom Arbeitsamt vorbereitet werden. In ihnen sind die Staaten durch Delegierte aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Kreisen, auch aus solchen der Landwirtschaft vertreten.

Auf solche Weise ist dem Landarbeiter die Idee des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gleichsam von oben mundgerecht gemacht worden. Und nun, da seine Seele einmal organisationsreif geworden war, konnte der Kampf um sie erst recht losgehen. Von zwei Seiten suchte man ihr beizukommen. Wie Mephisto dem Faust das Gretchen, zeigten die Einen dem Landarbeiter das Zukunftsbild der Bodenaufteilung, während die Andern die gewerkschaftlichen Errungenschaften zu bieten hatten. Die Bodenaufteilung ist an anderer Stelle behandelt worden. Landarbeiter-Gewerkschaften gab es wohl schon vor dem Kriege, doch brachten sie es damals zu keiner rechten Entwicklung. Der freigewerkschaftliche Landarbeiterverband in Deutschland etwa zählte um 1918 bloß 16 926 männliche und 4423 weibliche Mitglieder. Das sollte jetzt anders werden. 1921 waren in Deutschland bereits 991 000 Landarbeiter gewerkschaftlich organisiert, derart hatte das psychologische Moment die Gewerkschaftsbewegung seither gefördert. Um ihr Fortschreiten voll zu würdigen ist es gut, sich zu vergegenwärtigen, wie schwer es fällt, das bäuerliche Gesinde auch nur zu gemeinsamen Aussprachen, geschweige denn zu einem einheitlichen Vorgehen in Lohnfragen zu bekommen. Wie könnte man die Arbeit und das Leben und die Verköstigung, welche in engem Anschluß an die bäuerliche Familie vor sich gehen und dementsprechend von Hof zu Hof Abweichungen zeigen, leichthin auf einen gemeinsamen Nenner bringen?

Die größeren Betriebe haben die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter, zumindest in den Dreibundstaaten, nach dem Zusammenbruch nicht ungern gesehen. Schien er doch als das einzige Mittel, um überhaupt wieder zu halbwegs geregelten Arbeitszuständen zu gelangen. Wer jene Zeiten nicht mitgemacht hat, wird sich kaum eine Idee davon machen können, wie es damals auf den großen Gutshöfen zuging. In Österreich besaß alles noch Waffen, die lose genug im Handgelenk saßen; Mein und Dein gab es nicht, von den am Felde gebliebenen Früchten erntete wer wollte, manches Stück Vieh verschwand einfach aus den Stallungen. Das Tagwerk begann für jeden, wann es ihm paßte und die Arbeitsleistung war so, wie man es darnach erwarten mußte. Dagegen gab es mehrere Male im Tag Versammlungen, die alle Arbeit zum Stillstand brachten und darnach immer neue Forderungen, die man eben wieder beschlossen hatte. Die Gutsleitung war dergleichen Vorgängen gegenüber machtlos, sollte nicht Plünderung und Feuer und Todschlag die Wirtschaft regieren. Ohne solche Erlebnisse ist es dabei ohnedies nicht immer abgegangen. Es wird bei diesen Zuständen allerdings mitgewirkt haben, daß sich über Österreich die Heimkehrer aller Nachfolgestaaten von den südlichen und östlichen Kriegsgebieten ergossen, daß die Kriegsgefangenen die landwirtschaftlichen Arbeitsplätze verließen und nicht einmal unter den angestammten

Arbeitern der Gutshöfe die Frage nach der Staatszugehörigkeit immer geklärt war. Zudem die Auflösung des aus allen Nationen zusammengesetzten Heeres und der anfängliche Mangel an einer genügend starken Zentralgewalt. Mag es aber anderswo weniger arg gewesen sein, zu wünschen werden die Zustände nach dem Kriege wohl überall gelassen haben und die gewerkschaftliche Führung mag überall mehr Ordnung in die Maß- und Ziellosigkeit der Landarbeiter gebracht haben. Sehr weit durfte sie dabei anfänglich allerdings nicht gehen, sonst hätte die Gewerkschaft rasch die Gefolgschaft des Landproletariats verloren, das in voller Fahrt nach dem Lande Utopien begriffen war. Nach und nach erst sind Vernunft und Disziplin zugleich mit den geordneten Verhältnissen im Staate zurückgekehrt, hat sich der Arbeitsfleiß wieder verbessert, so daß die Leistung jetzt zumeist nicht mehr hinter jener der Vorkriegszeit zurück bleibt.

In einer Hinsicht hat sich freilich wenig geändert. Wo gewerkschaftliche Tradition und Erziehung fehlen, pflegt der Landarbeiter die Gewerkschaftsbeiträge nur so lange zu entrichten und nur so lange an der Organisation festzuhalten, als diese Lohnerhöhungen oder andere Zugeständnisse der Arbeitgeber zu erwirken in der Lage ist. Auf diese Weise ist dann die Gewerkschaft gezwungen, alljährlich mit neuen Forderungen an die Gutsbetriebe heranzutreten. Während der steigenden Noteninflation ließen sich die Wünsche leicht erfüllen, denn die Barzugaben wurden durch das Sinken des Geldwertes stets wieder überholt. Nach der Stabilisierung dagegen wurde die Lage ernster. Ist es doch bei der Landwirtschaft, deren Produktpreise zum kleinsten Teil national bestimmt werden, deren Rationalisierungsmöglichkeiten gering sind, und die ihre Erzeugung auch nicht so rasch und unbegrenzt steigern kann, nicht möglich, das Lohnkonto alljährlich zu erhöhen, ohne daß der Betrieb bald am Ende seiner Kraft stünde. Wir sahen ja <sup>1)</sup>, daß die Gutsbetriebe häufig auch dem Besitzer den ortsüblichen Arbeitslohn nicht einbringen, wie sollte da der des Lohnarbeiters noch gesteigert werden können? So kommt der Landwirt allzu häufigen Forderungen der Gewerkschaft gegenüber in die schwierigste Lage. Handelt es sich um Forderungen, die nicht unberechtigt sind, so wird der Lohnkampf dem sozial denkenden Landwirt oft zu einem harten Gewissenskampf werden. Mir persönlich hat es die bittersten Stunden bereitet, wenn ich in einem solchen Fall, durch die wirtschaftliche Lage gezwungen bei Vertretung der Arbeitgeberverbände die Wünsche der Arbeiter energisch abwehren mußte.

Früher oder später aber müssen wachsende Ansprüche der Lohnarbeiter und die Enge der Verdienstmöglichkeit beim landwirtschaftlichen Betrieb dazu führen, daß sich die organisierte Landarbeiterschaft mit den Arbeitgebern in der Forderung hoher Lebensmittelpreise findet. Da dies wenig zu der Politik der Sozialdemokratie paßt, der die

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel XV.

meisten Gewerkschaften angehören und ebensowenig den Wünschen der industriellen Arbeiterschaft entspricht, ist in der Landarbeiterbewegung ein latenter Konfliktstoff auch nach dieser Seite gegeben. Daneben läuft immer erst die Frage, welche Steigerung der Lebensmittelpreise die Volkswirtschaften der einzelnen Staaten als Ganzes vertragen und inwieweit allzu hohe Lebensmittelpreise auf dem Umwege der Kostenverteuerung die landwirtschaftliche Unternehmung selbst treffen. Man sieht, daß bereits die oberflächliche Beschäftigung mit dem agrarischen Lohnproblem Schwierigkeiten über Schwierigkeiten aufzeigt.

### III. Die Errungenschaften der Nachkriegszeit.

Verbindung zwischen Getreidepreis und Lohn in England. — Von der Reform des Landarbeiterrechtes, Tarifverträgen, begrenzter Arbeitszeit und anderen Errungenschaften. — Ein wunder Punkt in der Lebenshaltung des Landarbeiters. — Entwicklung der Sozialversicherung. — Die internationale Verbreitung des Fortschrittes. — Ein Vertrags-Entwurf der Genfer Arbeitsorganisation. — Arbeitslose aufs Land. — Kampf gegen die Wanderarbeiter.

In England hat man der Abhängigkeit der Landarbeitslöhne von den Agrarpreisen durch das „Getreideerzeugungs-Gesetz“ vom 21. 8. 1917 Rechnung getragen. Durch dieses Gesetz wurde einerseits den Landwirten ein Mindestpreis für Getreide während eines sechsjährigen Zeitraumes, von 1917—1922, sowie Schutz gegen Pachtzinssteigerung gewährleistet, andererseits den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern ein Mindestlohn zugesichert. Als unterste Grenze für einen rüstigen Mann und Familienvater bezeichnet das Gesetz einen Wochenlohn von 25 S. Konnte die Lohnfrage in anderen, ärmeren Ländern nicht in gleich großzügiger Weise in Angriff genommen werden, so ist doch auch hier manche gewichtige Verbesserung erreicht worden. Die Flut der Noteninflation hat freilich den scheinbaren Glanz der hohen Bargeld-Entlohnung zum Verbleichen gebracht, dagegen blieben grundlegende Errungenschaften davon unberührt. Darunter ist besonders erwähnenswert, daß in der Mehrzahl der europäischen Staaten an Stelle der früheren Einzelabmachungen Kollektivverträge getreten sind, die von den Gewerkschaften der Landarbeiter mit den zur Vertretung der Gutsbetriebe geschaffenen Arbeitgeberverbänden abgeschlossen werden. Wissen diese Verträge die Interessen der Landarbeiter weitgehend zu wahren, so finden sie eine weitere Ergänzung durch die Gesetzgebung. Die alten Landarbeiter- und Gesinde-Ordnungen sind verschwunden und durch moderne, den Geist der neuen Zeit atmende Rechtsbestimmungen ersetzt worden. Nirgends mehr wird dem Landarbeiter die volle, staatsbürgerliche Gleichberechtigung in Staat, Land oder Gemeinde strittig gemacht, das Recht, seine wirtschaftliche Position durch berufliche Vereinigung und gemeinsam geführte Lohnkämpfe zu schützen. In Österreich sind 1918 die ersten Tarifverträge der Verjüngung der Landarbeiterordnung vorausgeeilt. Deutschland hat bereits im Dezember desselben Jahres eine vorläufige Landarbeiterordnung unter Mitwirkung

der Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Organisationen zustande gebracht, ergänzt durch die „Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten“. Das Betriebsrätegesetz von 1920 verfügt die Wahl von Betriebsräten in Wirtschaften mit mindestens 20 Arbeitern und von einem Betriebsobmann in kleineren Betrieben mit 10 oder mehr Beschäftigten. Die Tarifverträge der österreichischen Gutsbetriebe sehen die Vertretung der Arbeiterschaft gegenüber der Leitung durch die ähnliche Einrichtung der Vertrauensmänner vor.

Ist die Einführung des Achtstundentages in die Landwirtschaft auch undurchführbar, so haben doch verschiedene Staaten, so Deutschland, Dänemark, England, Holland, Österreich, die Tschechoslowakei, die Arbeitszeit durch Gesetze oder Tarifverträge begrenzt, wobei die Leistung einer Zahl Überstunden gegen besondere Vergütung vorgesehen ist. Der Tarifvertrag der niederösterreichischen Gutsbetriebe setzt die Arbeitszeit von 2773 Stunden im Jahre fest gegen 3400 Stunden in der Vorkriegszeit. In Deutschland wird die Arbeitszeit durch § 3 der vorläufigen Landarbeiter-Ordnung folgendermaßen geregelt: „Die tägliche Höchstarbeitszeit beträgt in vier Monaten durchschnittlich acht, in vier Monaten durchschnittlich zehn und in weiteren vier Monaten elf Stunden. Darüber hinaus geleistete Überstunden sind besonders zu vergüten.“ Das entspricht einer Maximalarbeitszeit von 2900 Stunden, die jedoch in einer Reihe von Tarifverträgen bis zur Minimalleistung von 2650 Stunden herabgesetzt worden ist. Für den Schutz der Frau und der Hauswirtschaft wird besonders vorgesorgt. Frauen, die einen größeren Haushalt zu führen haben, können zur Mitarbeit nur so weit verpflichtet werden, als dies ohne Beeinträchtigung der häuslichen Pflichten angeht, ebenso sollen sie möglichst in der Nähe der Wohnung beschäftigt werden, oder doch eine Stunde vor der Hauptmahlzeit in ihrer Häuslichkeit eintreffen. Schwangere dürfen nur zu leichteren Arbeiten verwendet werden, Wöchnerinnen sind die ersten vier Wochen nach der Entbindung überhaupt nicht, weitere zwei Wochen bloß mit ärztlicher Bewilligung zu beschäftigen. Bemerkenswert ist weiter, daß auch das Recht auf bezahlten Urlaub in manche Arbeitsordnungen aufgenommen wurde <sup>1)</sup>.

Ein wunder Punkt im Leben des Arbeiters bildet meistens die Dienstwohnung. Uralt wie die Gutshöfe, denen sie zugehören, pflegen die Wohnungen zu sein, mehr als einfach ausgestattet, mit kleinen Fenstern und, was das Schlimmste ist, feucht. Hat man doch zur Zeit, da diese Häuser erbaut wurden, von einer Isolierung gegen aufsteigende Bodenfeuchte nichts gewußt. Mit dem Fortschritt der Bodenkultur, der sich, wie wir wissen, vor allem in der Richtung der Intensivierung der Arbeit vollzog, ist der Bedarf an Arbeitskräften und Wohnräumen immer

<sup>1)</sup> Die niederösterreichische Landarbeiterordnung vom 22. März 1921 stipuliert nach einjähriger ununterbrochener Tätigkeit in einem Betriebe einen bezahlten achttägigen Urlaub.

mehr gestiegen, man mußte jedes Loch verwenden und konnte keineswegs neben den ohnedies notwendig gewordenen Neubauten auch noch die vorhandenen Häuser demolieren und durch weitere Bauten ersetzen. So lukrativ, daß man sich dies gestatten konnte, war ja die Landwirtschaft nur auf wenigen, durch die Lage besonders begünstigten Gütern gewesen. Die Unterstützung des Hackfruchtbaues durch die Wanderarbeiter, von denen noch zu sprechen sein wird, hat die Wohnungsnot einigermaßen gelindert, denn bei diesen konnte mit Kasernen das Auslangen gefunden werden. Dagegen ließen sich die ständigen Landarbeiter nicht mehr zu zwei und drei Familien in ein Zimmer pferchen, wie es noch zu Beginn dieses Jahrhunderts vorkam, sie beanspruchten jetzt Zimmer, Küche und Kammer für sich und ihre Familienangehörigen. Das verengte wieder die Zahl der verfügbaren Wohnungen. Woher sollte die Abhilfe kommen? Der Pächter vermochte das Geld für hygienische Neubauten nicht aufzubringen, der Gutsbesitzer gewöhnlich auch nicht. Er war besonders dann nicht dazu geneigt, wenn er als Fideikommißbesitzer dadurch das gebundene Vermögen aus dem Einkommen vermehrt und das ohnehin kärglichere Erbe seiner jüngeren Kinder noch mehr geschmälert hätte. Dazu die Schwierigkeit der Geldbeschaffung, die für den Landwirt ein chronisches Leiden bedeutet — das Erbauen von Arbeiterhäusern war wahrlich keine leichte Sache. So überkamen auf unsere Zeit recht unerfreuliche Wohnzustände, die sich nicht mit einem Schlag ändern lassen. Erfreulich immerhin, daß auch auf diesem Gebiete da und dort wenigstens Pläne aufgetaucht sind, um durch gemeinsame Leistungen von Staat, Land, Gemeinde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Besserung zu erreichen.

In den Anfängen befindet sich auch die landwirtschaftliche Sozialversicherung. Bezeichnend dafür, daß keines der bekannten Lehrbücher der Agrarpolitik das Thema behandelt. Vorschläge und Entwürfe, selbst Gesetze haben jedoch schon in einigen Staaten den Ausbau dieses Zweiges der Arbeiterfürsorge zum Gegenstand. Im Deutschen Reich ist die Sozialversicherung durch einen besonderen Artikel (161) der neuen Reichsverfassung als Reichsaufgabe erklärt worden. Daß die Sozialversicherung auf dem Gebiet der Landwirtschaft in steter Fortentwicklung begriffen ist, zeigen die Verhandlungen des Deutschen Landwirtschaftsrates, der in der 57. Vollversammlung von dem zweiten Gesetz über Abänderung der Reichsversicherungsordnung von 1926, von dem Entwurf eines Arbeitslosenversicherungs- und von dem eines Arbeiterschutzgesetzes berichtet. Sieben Millionen Angehörige der Landwirtschaft, die selbständigen Unternehmer nicht inbegriffen, sind nun gegen Krankheit versichert <sup>1)</sup>, 14 068 000 gegen Unfall <sup>2)</sup>. Im österreichischen Nationalrat wurde im Juli 1928 eine Vorlage angenommen, die nicht bloß die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung für

<sup>1)</sup> Nach B. Schmittmann im Artikel Sozialversicherung, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Verlag Jena, Gustav Fischer, 1926.

<sup>2)</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928.

die Landarbeiter in Aussicht nimmt, sondern auch die Selbständigenversicherung einführt. Die Krankenversicherung der Selbständigen ist freiwillig und finanziell gesondert von der Krankenversicherung der Unselbständigen, während die übrigen Versicherungsweige auf einer Risikogemeinschaft der Selbständigen und Unselbständigen aufgebaut sind. Nicht minder weitgehend ist das in der Tschechoslowakei am 1. Januar 1929 in Kraft tretende Sozialversicherungsgesetz.

An beträchtlichen Fortschritten in den Verhältnissen der Landarbeiter der meisten Staaten kann nach dem Mitgeteilten nicht gezweifelt werden. Diesen Fortschritt in Ziffern auszudrücken ist nicht möglich, da die materiellen Vorteile, die errungen wurden, nicht das Wichtigste bei dem Aufstieg der Landarbeiterschaft sind. Aber selbst die materielle Besserung ist schwer anders als für jedes Land und für jede Kategorie der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter gesondert zu ermitteln. Auch bezüglich der Arbeiterverhältnisse zeigt die Bodenkultur eine wesentlich größere Verschiedenheit je nach der geschichtlichen Entwicklung, dem Klima, den allgemeinen kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen, als dies bei irgendeinem anderen Gewerbe oder bei einer Industrie der Fall ist. Aereboe meint, daß die Entlohnung der Landarbeiter in Deutschland jetzt vielfach die der Industriearbeiter eingeholt habe oder sogar übertreffe. Bewertet man die Naturalien, die der Landarbeiter als Teil des Lohnes erhält, nach den Detailpreisen, die der Industriearbeiter in den Städten zu entrichten hat, so wird jene Meinung wohl in vielen Fällen und nicht bloß für Deutschland zutreffen. Die Besserung in der Entlohnung liegt aber besonders darin, daß seit dem Kriegsende in weiten Gebieten zu der früheren Teilentlohnung mit Boden anstelle von Naturalien oder Barlohn zurückgekehrt wurde. Die Landarbeiter erhalten wieder ein Stück Land oder ein größeres Stück Land als vorher zugewiesen. Von sozialdemokratischer Seite (David) ist dies allerdings mit der Begründung abgelehnt worden, daß durch die Beschäftigung des Arbeiters mit seiner eigenen Feldwirtschaft jede vertrags- oder gesetzmäßige Verkürzung des Arbeitstages zunichte gemacht werde. Wir dürfen dagegen halten, daß es wohl nur der Zwang zur Arbeitsleistung ist, der Unlustgefühle hervorruft und die Körperkräfte erschöpft — nicht aber jene Arbeit, die als freiwillige Beschäftigung im eigenen Interesse freudig empfunden wird. Es ist auch zu bemerken, daß das Lohnland gerade dem Tüchtigen Ersparnisse zu machen und einen Vorsprung vor dem untüchtigen Arbeiter zu erlangen gestattet. Deshalb hat die Ansicht Davids<sup>1)</sup> auch auf sozialdemokratischer Seite durchaus keine allgemeine Zustimmung gefunden, vielmehr pflegen in der Praxis die Bestrebungen der Landarbeiter wie die ihrer gewerkschaftlichen Vertreter eher auf die Vergrößerung des Lohnlandes gerichtet zu sein.

Das Vorwärtskommen der Landarbeiter hat sich nicht überall

<sup>1)</sup> Dr. Eduard David, Sozialismus und Landwirtschaft, II. Aufl. Leipzig 1922, Quelle und Meyer.

durchzusetzen vermocht. Es gibt Länder und einzelne Unternehmungen, die von dem neuen Kurs unberührt geblieben sind, Gebiete, wo es weder Kollektivverträge gibt, noch Zustände, welche denen entsprechen würden, die in den hauptsächlichsten Kulturstaaten von den Landarbeitern erreicht wurden. Hier will die Internationale Arbeitskonferenz in Genf Abhilfe schaffen. Sie sandte an die angeschlossenen Regierungen Fragebögen aus, auf deren Grundlage der nächsten Tagung Anträge unterbreitet werden sollen. Es ist beabsichtigt gegen die unverhältnismäßig niedrigen Löhne innerhalb einzelner Staaten vorzugehen und zur Lösung internationaler Lohnfragen beizutragen<sup>1)</sup>. Was glaubt man nach dem heutigen Stande der Dinge für die Landarbeiter international beanspruchen zu können? Die 9. Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung in Genf vom Oktober 1921 hat darauf die Antwort vorweg genommen. Sie wünschte nach dem Vorbild der fortgeschritteneren Staaten folgendes zu verallgemeinern: Saisonweise Begrenzung der Zahl der Überstunden, gesetzliche Festlegung von Zuschlägen zum Lohn für Überstunden, Sicherung einer ausreichenden, ununterbrochenen Nachtruhe. Ferner empfahl die Genfer Tagung das Verbot Jugendliche an landwirtschaftlichen Maschinen zu beschäftigen, eine Stillpause und die Krankenunterstützung in der Dauer von sechs Wochen für Wöchnerinnen, die Kranken- und Unfallversicherung, grundsätzlich auch die Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Fürsorge, gesunde Wohn- und Schlafräume, Vorsorge für Fachabteilungen des Gemeindearbeitsnachweises.

1922 nahm die Internationale Konferenz der Arbeitsorganisation beim Völkerbund dann einen Vertragsentwurf mit diesen Bestimmungen an<sup>2)</sup>:

Der Landwirtschaft ist international zu gewähren:

1. Der Schutz des Koalitionsrechtes.
2. Die Unfallentschädigung.
3. Der Kinderschutz (Kinder unter 14 Jahren dürfen nur außerhalb der Schulzeit beschäftigt werden).

In der Empfehlung für die nationale Gesetzgebung wurden diese weiteren Punkte in den Vertrags-Entwurf aufgenommen:

4. Einführung des landwirtschaftlichen Unterrichtes.
5. Schutz gegen Arbeitslosigkeit.
6. Sozialversicherung.
7. Das Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.
8. Der Mutterschutz.
9. Die Vorsorge für Arbeiterwohnungen.

Derart sind die materiellen und sozialen Existenzbedingungen der

<sup>1)</sup> Angeführt in den Mitteilungen der Tschechoslowakischen Akademie für Landwirtschaft, Prag, Heft 6—7 ex 1928.

<sup>2)</sup> Wiedergegeben in dem Artikel „Internationaler Arbeiterschutz“ von Prof. Dr. Stephan Bauer im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl. Jena 1923, Gustav Fischer.

Landarbeiter nicht bloß in den wichtigsten Kulturstaaten Europas dem einstigen Elend entrückt, sondern auch andere Länder werden durch den moralischen Druck der Genfer Gemeinsamkeit veranlaßt, dem Beispiel zu folgen. Zugleich wetteifert Erfindung über Erfindung den Landbewohner aus kultureller Abgeschiedenheit zu erlösen. Das Radio trägt die Werke unserer Tonhéroen und die Darbietungen erster Künstler auf das Land; das Kino zaubert eine Welt in die Enge des Dorfes und morgen wird die Bildübertragung die letzten Neuigkeiten der Großstadt dem Landbewohner enthüllen. Die Sorgen der Landflucht scheinen überwunden, ja mehr noch, es werden weitgehende Hoffnungen an die Tragkraft der Bodenkultur geknüpft. Das Land wird die Arbeitslosigkeit, das chronische Übel der Nachkriegszeit heilen helfen. Wer jenes einst um der Stadt willen verließ und nun enttäuscht im Trocknen sitzt, soll wieder die Erde bearbeiten, Bataillone städtischer Arbeitsloser sollen durch Umschulung der Landarbeit gewonnen werden. Da und dort ist der Übergang durch Prämien, welche jenen Gutsbetrieben gewährt werden, die solche ungeübte städtische Arbeiter beschäftigen, erleichtert worden. Die großartige Unterstützung des Rübenbaues und der Rübenzucker-Industrie in Großbritannien<sup>1)</sup> mag auch zum guten Teil der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelten.

Wer wollte es bestreiten, daß für alle, die heute in Europa hungern, am Lande Platz zu schaffen wäre? Theoretisch ist die Möglichkeit dazu sicherlich vorhanden. In China gibt es Provinzen, in denen eine doppelt so dichte Bevölkerung als sie Großbritannien aufweist, fast ausschließlich von der Landwirtschaft lebt<sup>2)</sup>. Jeder Zoll Erde wird mit Bienenfleiß um und um gestochen, jedes menschliche oder tierische Exkrement mit unsäglicher Geduld zu Pflanzennahrung verarbeitet und so ein dennoch überaus kärglicher Lebensunterhalt für Millionen von Menschen erworben. Solche Zukunftsaussichten aber möchten wir den europäischen Arbeitslosen nicht zumuten. Ist doch die Erfüllung höherer Lebensansprüche nicht mit einer Übervölkerung des Ackerbodens vereinbar, sondern nur mit einer geringer werdenden Zahl von Landarbeitern im Verhältnis zur Fläche. Mechanisierung und

<sup>1)</sup> Während einer Periode von 10 Jahren, beginnend am 1. Oktober 1924 wird jedes cwt in Großbritannien erzeugten Zuckers oder Melasse eine sich nach und nach ermäßigende Subvention erhalten. Und zwar bei 98 Polarisation:

in der Periode vom 1. Oktober 1924 bis zum	30. Sept. 1928	—	19 S. 6 d
„ „ „ „	1. Oktober 1928	„ „	30. Sept. 1931 — 13 S. —
„ „ „ „	1. Oktober 1931	„ „	30. Sept. 1934 — 6 S. 6 d

Durch das gleiche Gesetz, den „British subsidy Act“ von 1925 wird der Minimalpreis für Rübe von 15 ½% Zuckergehalt ab Fabrik für die 1924—1927 gebaute Rübe mit 44 S gesetzlich festgelegt.

<sup>2)</sup> In Großbritannien leben 182 Menschen auf dem km<sup>2</sup>, in dem hochindustrialisierten England und Wales allein 251 Menschen, im Deutschen Reich 127 Menschen per km<sup>2</sup>. Die chinesische Provinz Kiangsu jedoch ernährt auf einem km<sup>2</sup> — 340 Menschen.



Rationalisierung, mögen sie auch nur beschränkt anwendbar sein, und dadurch Verminderung der Menschenarbeit, sind die Voraussetzungen besserer Verdienstmöglichkeit für den Landarbeiter. Die Zahl der auf dem Lande Unterzubringenden ist somit für die intensiven Kulturgebiete Europas nicht so unlimitiert wie es dem Laien scheint und selbst dann nicht, wenn man an das Urbarmachen mancher Gebiete denkt, die heute unter allzu großem Überfluß oder unter Mangel an Wasser leiden.

Die intensive Landwirtschaft mit jener sparsamen Leuteverwendung, die das Zahlen reichlicher Löhne erlaubt, erfordert überdies Arbeitskräfte von besonderer Qualität. Man unterschätzt die Tätigkeit des Landarbeiters, wenn man glaubt, ein jeder könne sie nach kurzer Lehrzeit übernehmen. Lust und Liebe zum Beruf und viel Verständnis gehören dazu, aber auch Training des Körpers von Jugend auf. Wem der Umgang mit den Haustieren nicht vertraut ist, vermag sie nicht gut zu warten; wer den Boden mit all seinen Mucken und Launen bei Trockenheit und Nässe, im Frühjahr und Sommer, im Herbst und Winter nicht genau kennt, kann nicht richtig ackern und säen; wer die Kulturpflanzen nicht liebt und beobachtet, weiß das Unkraut nicht zu jäten, die Kartoffeln nicht zu behäufeln wie es sich gehört und die Zuckerrübe nicht zu vereinzeln. Wen tausendfaches Bücken und Hantieren in der Glut des Mittags und bei Regen und Kälte ermüdet, der bleibe lieber der Landarbeit ferne. Seit Kriegsende habe ich auf meinen Wirtschaften alljährlich Arbeiter beschäftigt, welche die Aktion „Arbeitslose aufs Land“ mir zuwies. Sie kamen in Trupps von etwa zwanzig, verloren sich aber stets nach wenigen Tagen in die Stadt zurück. Ein einziges Mal hielten die Zugeteilten, angeblich vom Lande Stammenden es länger bei der Rübenarbeit aus. Auf dem gleichen Felde wie die slowakischen Wanderarbeiter tätig, waren die städtischen Arbeiter nicht imstande in derselben Zeit auch nur die Hälfte der Arbeit jener zu leisten, so daß sich die Rübenkultur durch sie bei gleicher Entlohnung ungeachtet der Zuzahlung des Staates von 1 S pro Kopf und Tag doppelt so teuer stellte, als die Arbeit der Slowaken. Mit der Zeit mag sich das Verhältnis bessern lassen, besonders wenn nicht geschlossene Partien städtischer Arbeitsloser verwendet, sondern bloß einzelne unter andere, geübtere Arbeiter eingeteilt werden. Noch eher dürfte die Angleichung durch die Mitarbeit in der Bauernwirtschaft zu erzielen sein. Ob es aber jemals gelingen kann, Städter in größerem Umfange zu vorteilhafter Landarbeit zu bringen, ist zweifelhaft. Man darf bei Beurteilung dieser Frage nicht bloß den privatwirtschaftlichen Standpunkt beachten. Volkswirtschaftlich ist eine Arbeitsleistung gewöhnlich nur dann vorteilhaft, wenn ihre Kosten zumindest nicht größer sind als der Wert, den sie hervorbringt. Die Unabhängigkeit Englands vom Import der selbsterzeugten Zuckermenge mag der Minderleistung des ungeübten englischen Rübenarbeiters als Aktivpost gegenüber zu stellen sein, der Wegfall der

Arbeitslosen-Unterstützung und des demoralisierenden Nichtstuns in anderen Fällen eine ähnliche Beurteilung verdienen. Nichtsdestoweniger wird ein künstlich eingeleitetes Herabdrücken der Produktivität der nationalen Arbeit sich auf die Dauer nicht nützlich erweisen können.

Auf das gleiche Gebiet der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehören die Bestrebungen den Zuzug ausländischer Wanderarbeiter zu beschränken. In den Zeiten der liberalen Wirtschaftsanschauungen hat es sich als vorteilhaft erwiesen, die Arbeit anderer Völker nicht zu streng vom eigenen Land fern zu halten. Es wurden ihrem Eintritt weder in Form des Warenimportes noch des Arbeiterimportes besondere Schwierigkeiten bereitet, was schließlich wegen der Gegenseitigkeit allen Völkern zugute kam. Jetzt glaubt jeder Staat seiner Wirtschaft durch möglichst hermetische Absperrung am besten dienen zu können. Daß sie bei diesem Regime unter Mangel an frischer Luft, an Sauerstoff leiden könnte, wird nicht angenommen. Die Wanderarbeiter will natürlich auch niemand willkommen heißen. Man beschuldigt sie die Arbeitsgelegenheit zu vermindern und die Löhne zu drücken. Nicht einmal die Institution der inländischen Wanderarbeiter findet vor aller Augen Gnade, weil sie die ganzjährige Anstellung von Arbeitskräften durch die saisonweise ersetzt und verkürzt. Der inländischen Wanderarbeiter-Bewegung rühmt man doch wenigstens nach, daß sie die Zuzügler aus niedrigeren Lohngebieten die günstigeren Arbeitsbedingungen der höheren kennen gelehrt und solche in die Heimat verpflanzt hätte. Die Schädigung durch ausländische Wanderarbeiter jedoch kann in nicht genug schwarzen Farben geschildert werden. Aereboe sagt darüber<sup>1)</sup>: „So wurde die ungeheure Unterbietung der deutschen Landarbeiter durch eine rasch steigende Zahl von anspruchlosen Ausländern zur Tatsache. Die ausländischen Wanderarbeiter haben den Gutsbesitzer von dem Zwange befreit, daß er — wenn er mehr Geld verdienen wollte — auch mehr Leutewohnungen bauen mußte. Sie haben eine gesunde Teilnahme der einheimischen deutschen Landarbeiter an der Zunahme der Wohlhabenheit des ganzen deutschen Volkes verhindert und letztere in Scharen in die Großstädte getrieben, wodurch die Industriearbeiterlöhne ebenfalls niedriger gehalten wurden. Das aber trug wieder dazu bei, daß diese Großstädte schnell zu Wasserköpfen anschwellen, welche mit ihrem Rohstoffbezug und ihrem Absatz immer mehr auf das Ausland angewiesen wurden. Die Zulassung der ausländischen Wanderarbeiter ist damit zu einem der folgenschwersten Verbrechen an der deutschen Volkswirtschaft geworden.“

Aereboe häuft alle Schatten, welche der Verwendung ausländischer Saisonarbeiter anhaften, ohne die Lichtseiten entsprechend zu würdigen. Woher hätte die Landwirtschaft in der Epoche der industriellen Hochkonjunktur die Arbeitskräfte zur Ausdehnung des Hackfruchtbaues,

<sup>1)</sup> Agrarpolitik, Berlin 1928, Paul Parey, Seite 164.

der intensiven Rübenwirtschaft sonst nehmen sollen? Der Verzicht auf die Wanderarbeiter würde zugleich den Verzicht auf die bewundernswerten Fortschritte bedeuten haben, welche die deutsche Landwirtschaft in den Jahrzehnten vor dem Kriege auszeichneten. Damit wären der Volkswirtschaft Einkommenquellen und Konjunktoren verschüttet worden, die für das Einkommen der deutschen Arbeiter vermutlich mehr bedeuteten als die Beträge, die den auswärtigen Wanderarbeitern zufließen. Zugegeben, daß diese sehr groß waren — hat doch Deutschland 1913/14 über 400 000 ausländische Wanderarbeiter beschäftigt — so ist doch andererseits auch die Produktion durch die Wanderarbeiter ungeheuer vermehrt und der Import fremder Agrarprodukte und landwirtschaftlicher Industrieprodukte vermindert worden. Die Wanderarbeiter ersparten dem deutschen Volke die Einfuhr fremder Arbeit in Gestalt von Fertigwaren. Und nicht bloß dem deutschen Volke, sondern all den fortgeschrittenen Industriestaaten, die ihre Bevölkerung in der Industrie lukrativer zu beschäftigen in der Lage waren und ihren Ersatz für die Landwirtschaft billiger bewerkstelligen konnten.

Aus diesem Gesichtspunkte gesehen, ist es ebenso ein volkswirtschaftlicher Vorteil für die betreffenden Staaten gewesen, daß England alljährlich Scharen irischer Wanderarbeiter, Dänemark und Schweden polnische, Frankreich belgische, schweizerische, italienische, spanische und polnische Wanderarbeiter zu beziehen vermochten.

Gegenwärtig mag das Gespenst der Arbeitslosigkeit die volkswirtschaftlichen Vorzüge des Wanderarbeiter-Zuzuges abgeschwächt erscheinen lassen. Auch jetzt aber bleibt Folgendes zu bedenken: Der Gutsbetrieb, der nicht genug inländische Saisonarbeiter aufreiben kann, wie es ja in weiten Gebieten selbst heute vorkommt, muß sich auf extensivere Arbeitsweisen umstellen und wird dann weniger produzieren <sup>1)</sup>. Würde ein Betrieb aber die mangelnden Saisonarbeiter durch ganzjährige Arbeiter ersetzen, so wäre er gar bald am Ende seiner Kräfte angelangt. Von allem andern abgesehen, brächte er nicht leicht die Mittel auf, um die nötigen Wohnhäuser zu erbauen. Es ist überdies nicht derart bei der Landwirtschaft, daß man in einem Betrieb zahlreiche Arbeiter das ganze Jahr über produktiv beschäftigen könnte. Damals, als im Winter die Ernte nach und nach schön langsam mit

<sup>1)</sup> 1914 betrug die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter in Deutschland insgesamt 354 885, 1923 nur noch 117 569 und für 1927 wurde das Kontingent an ausländischen Wanderarbeitern auf 100 000 herabgesetzt. Zugleich ging die Anbaufläche der Zuckerrübe, berechnet auf das Gebiet des jetzigen Deutschlands von 444 735 ha in 1914 auf 332 461 in 1922, also um 25,1% zurück. Die Erntemenge fiel noch stärker, um fast 40%, um noch 1924 bloß 76 ½% vom Durchschnitt 1912—14 zu erreichen, was von Wohlinformierten zum großen Teil mit der Schwierigkeit der Arbeiterbeschaffung erklärt wird. (Dr. Hans Stromayer, Warum hat die deutsche Zuckerindustrie nach dem Kriege nicht mehr die Bedeutung wie vor dem Kriege? Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Heft 349, dann: Archiv des deutschen Landwirtschaftsrates, 45. Jahrgang, Berlin 1927. Die Wanderarbeiterfrage. Bericht Dr. Scheeffler.)

dem Dreschflügel ausgedroschen, als der Flachs im Winter verarbeitet wurde, als es noch wenig Hackfrüchte gab, hat sich das so einteilen lassen. In der modernen Landwirtschaft drängt sich jedoch die Hauptarbeit in wenige Wochen zusammen und bedingt Spitzenleistungen, die ohne Saisonarbeiter nicht zu vollbringen sind. Der Gutsbetrieb, der nicht in extensive Formen zurücksinken soll, müßte also, wenn er der Wohltat der Saisonarbeiter nicht teilhaftig würde, schließlich die Arbeitslöhne der vermehrten ganzjährigen Arbeiter herabsetzen. Vermögen doch weder gewerkschaftlicher Druck noch die Angst vor der Landflucht einen Betrieb dazu zu verhalten, andauernd mehr für Löhne auszugeben, als er einnehmen kann. Solche Erwägungen zeigen, daß die Frage der ausländischen Wanderarbeiter doch keine so einfache Angelegenheit ist, daß sie vielmehr die vorsichtigste Behandlung erfordert.

## XVII. Kapitel. Produktion und Konsum.

### I. Die Getreideproduktion.

Getreideerzeugung in Europa und im Gebiet der russischen Sowjet-Republiken vor und nach dem Krieg. — Ihr starker Rückgang. — Der Fortschritt in der übrigen Welt konnte das Manko nicht ausgleichen.

Wenn es richtig ist, daß der Kleinbetrieb mehr Viehprodukte von der Flächeneinheit liefert, der Großbetrieb dagegen mehr Pflanzenprodukte <sup>1)</sup>, so müssen sich die außerordentlichen Veränderungen, welche die Bodenverteilung Europas seit 1919 erfahren hat, in der Produktion irgendwie widerspiegeln. Man könnte freilich einwenden, daß zuerst die Nachwirkung des Krieges die normale Entwicklung verzögert hat und dann die Unruhe, welche die Bodenaufteilung notgedrungen begleiten mußte. Andererseits waren zu keiner Zeit mehr Bestrebungen am Werke, die Produktionskraft des kleinen Landwirtschaftsbetriebes zu heben, als gegenwärtig. Deshalb ist anzunehmen, daß die Verhältnisse immerhin schon genügend geklärt sind, um die Richtung erkennen zu lassen, welche die Produktion unter den geänderten Bedingungen eingeschlagen hat.

Den Maßstab zu einer Beurteilung kann nur die Produktions-Statistik liefern. Wie immer aber, wenn ein Urteil auf der Grundlage der Statistik entstehen soll, muß man auf die Fehlerquellen hinweisen, die schon einmal dieser Hilfswissenschaft anhaften. Eine Aufnahme, die sich auf die Berichte sehr vieler, zum Teil unverantwortlicher Stellen stützen muß, vermag niemals anderes als beiläufige Daten zu liefern, wobei man günstigsten Falles hoffen darf, daß bei der ungeheuren Menge der Ziffern sich die Fehler nicht summieren, sondern nach dem Gesetz der großen Zahlen eher ausgleichen werden. Hier, wo es sich um die vergleichende Statistik der Vor- und Nachkriegsproduktion handelt, scheint es um so schwerer der Wahrheit allzu nahe zu kommen, als auch Daten aus Staaten zu vergleichen sind, die ihren Umfang und ihre Struktur gänzlich geändert haben. Man kann sich nur so helfen, daß man die Statistik der Gebiete, die einst anderen Staaten zugehörten, wo es angeht schon für die Vorkriegszeit abzweigt und dem neuangegliederten Staate zuweist; in anderen Fällen die Rekonstruktion fehlender Daten nach den vorhergegangenen und späteren Jahren unternimmt. Dem Einzelnen wäre eine solche ordnende, ausgleichende,

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel XIII.

richtigstellende, statistische Arbeit mit noch weniger Aussicht auf Erfolg möglich, als einer Vereinigung von der internationalen Verbundenheit des Internationalen Landwirtschaftsinstitutes in Rom. Dank seiner mächtigen Hilfsmittel vermochte dieses denn auch der agrarstatistischen Untersuchung ein Studienmaterial von hohem Werte zur Verfügung zu stellen <sup>1)</sup>. Aus den Tabellen, die es bringt, ergibt sich folgendes Bild der Getreideproduktion und des Getreidekonsums in Europa und in der Union der russischen Sowjet Republiken <sup>2)</sup>:

Die Produktion Europas ohne Rußland in den fünf Getreidearten: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais zusammen war, wie man sieht, im Durchschnitt der Jahre 1921—1925 um 182 Millionen q geringer als 1909—1913. Sie betrug nur 85 % der früheren Periode. Einzeln betrachtet ist die Roggenproduktion am meisten, auf 79 %, gefallen, die Weizen- und Gerstenproduktion auf 88 %, der Hafer auf 85 %, der Mais auf 84 %. Unbeschadet der im natürlichen Verlaufe der Witterung begründeten Schwankungen macht es den Eindruck, als würde

<sup>1)</sup> Dokumente zur Weltwirtschaftskonferenz von 1927: „Les Questions agricoles au point de vue international“, Genf 1926.

<sup>2)</sup> Es war statistisch nicht möglich die asiatischen Produktionsgebiete Rußlands von den europäischen zu scheiden, weshalb auch hier Rußland getrennt von dem übrigen Europa behandelt wurde. Estland, Lettland, Litauen, die Gebiete des früheren Rußlands, die jetzt zu Polen, Rumänien gehören, sind aus der Statistik des ehemaligen russischen Kaiserreiches herausgeschält und den neuen Staaten zugezählt worden.

<sup>3)</sup> Die beiden letzten Kolonnen von 1926 und 1927 nach dem „Annuaire international de statistique agricole 1927 und 1928, herausgegeben ebenso wie die „Questions agricoles“ aus denen die übrigen Daten genommen wurden vom Internationalen Landwirtschaftsinstitut in Rom.

Produkt:	Durchschnitt 1909—1913	1921	1922	1923	1924	1925	Durchschnitt 1921—1925	1926 <sup>3)</sup>	1927 <sup>3)</sup>
Weizen . . .	370 627 000	331 207 000	282 971 000	340 679 000	286 539 000	380 752 000	324 410 000	327 831 000	344 017 000
Roggen . . .	250 991 000	196 617 000	181 473 000	209 069 000	164 995 000	238 756 000	198 161 000	189 504 000	203 307 000
Gerste . . .	154 289 000	126 017 000	132 057 000	145 327 000	125 882 000	151 262 000	136 109 000	150 184 000	149 058 000
Hafer . . .	282 287 000	221 895 000	224 049 000	263 622 000	236 095 000	260 703 000	241 273 000	277 664 000	268 098 000
Mais . . .	151 183 000	100 657 000	107 858 000	118 798 000	150 002 000	159 310 000	127 305 000	168 802 000	124 411 000
Alle Getreideart. zusammen	1209 277 000	976 193 000	928 408 000	1077 395 000	963 513 000	1190 777 000	1027 258 000	1113 985 000	1088 891 000

Tabelle II.  
Die Produktion Europas betrug % der Produktion von 1909 bis 1913.

Produkt	Durchschnitt 1909 bis 1913	1921	1922	1923	1924	1925	Durchschnitt 1921 bis 1925
Weizen . . . . .	100	89	76	92	77	103	88
Roggen . . . . .	100	78	72	83	66	95	79
Gerste . . . . .	100	82	86	94	82	98	88
Hafer . . . . .	100	79	79	93	84	92	85
Mais . . . . .	100	67	71	79	99	105	84
Alle Getreidearten zusammen: . . . . .	100	80	77	89	71	90	85

sich die Getreideproduktion in aufsteigender Linie bewegen. So hat die Weizenproduktion 1925 bereits die der fünf letzten Vorkriegsjahre überschritten, was freilich mit Vorsicht zu beurteilen ist, denn 1923 war sie mit 92 % bereits nicht weit davon entfernt, um im folgenden Jahr mit 77 % nahezu wieder den Tiefpunkt des Quinquenniums einzunehmen. Zu berücksichtigen ist auch die sichtliche Tendenz der Produktion sich umzustellen. Die bessere Entwicklung der Preise des Weizens hat dieser Frucht offenbar manchen Roggenboden zugeführt. So kommt es, daß der Roggen mit 79 % unter der Indexzahl aller Getreidearten von 85 % zurückgeblieben ist und der Weizen, ebenso wie die Gerste, mit 88 % den Rekord unter den Früchten der Nachkriegsperiode schlägt.

Will man den nachgewiesenen Rückgang der europäischen Getreideproduktion hauptsächlich als Folge der Bodenaufteilung ansehen, so müßte von Sowjet-Rußland ein stärkerer Ausfall zu gewärtigen sein. Ist doch dessen Bodenreform noch ganz anders ins Zeug gegangen. Sie hat die Fläche mehr als die extremsten anderen Staaten der Bodenaufteilung zersplittert, und fast ausschließlich zu Zwergbesitz zerschlagen. Wer aber wollte es wagen die Entwicklung der russischen Bodenproduktion bloß mit diesem einen Faktor zu begründen? Stark mitgewirkt wird er jedenfalls haben und das Ergebnis ist kläglich genug, denn fiel die Getreideproduktion des übrigen Europas in der Vergleichsperiode auf 85 %, so im Gebiet der Sowjetunion gleich auf 66 %. Und eine Frucht ist darunter, die sonst in Verbindung mit den Winterfrüchten Zeugnis von einer gewissen fortschrittlichen Fruchtfolge abzulegen pflegt, die Gerste, die es im Durchschnitt von 1921—25 nicht einmal auf die Hälfte der Erzeugung gebracht hat, welche sie unter Väterchen Zar erreichte. 46 % der einstigen Herrlichkeit sind

Tabelle III.  
Produktion der russischen Sowjet-Republiken (Europa u. Asien)<sup>1)</sup> in Meterzentnern.

Produkt	Durchschnitt 1909—1913	1921	1922	1923	1924	1925	Durchschnitt 1921—1925
Weizen . . . . .	186 200 000	55 747 000	87 472 000	87 668 000	89 978 000	157 056 000	95 584 000
Roggen . . . . .	187 164 000	101 811 000	181 495 000	175 828 000	170 946 000	194 977 000	165 011 000
Gerste . . . . .	84 619 000	26 570 000	38 248 000	42 753 000	33 531 000	52 172 000	38 655 000
Hafer . . . . .	130 228 000	52 169 000	73 778 000	74 597 000	71 058 000	93 942 000	73 109 000
Mais . . . . .	9 346 000	11 580 000	20 623 000	21 744 000	17 350 000	38 000 000	21 859 000
Alle Getreidearten zusammen . . . . .	597 557 000	247 877 000	401 616 000	402 584 000	382 863 000	536 147 000	394 218 000

<sup>1)</sup> Nach: „Les Questions agricoles au point de vue international“, herausgegeben vom Internat. Landwirtschaftsinstitut in Rom aus Anlaß der Genfer Weltwirtschaftskonferenz im Mai 1927.

Produktion der russischen Sowjet-Republiken (Europa u. Asien)<sup>2)</sup> in Meterzentnern.

	Durchschnitt 1909—13	1924	1925	1926	1927
Weizen . . . . .	206 000 000	128 537 000	198 646 000	223 053 000	203 855 000
Roggen . . . . .	189 100 000	187 212 000	222 758 000	229 015 000	237 000 000
Gerste . . . . .	90 450 000	39 329 000	60 788 000	55 087 000	46 914 000
Hafer . . . . .	134 300 000	87 570 000	115 810 000	143 362 000	130 356 000
Mais . . . . .	13 350 000	23 096 000	44 866 000	36 414 000	37 806 000
Alle Getreidearten zusammen . . . . .	633 200 000	465 744 000	642 868 000	686 931 000	655 931 000

<sup>2)</sup> Nach dem Annuaire international de statistique agricole 1927—28 ebenfalls herausgegeben vom Internat. Landwirtschaftsinstitut in Rom. Die Zahlen der ersten Statistik stimmen wie man sieht mit denen des Annuaire nicht überein. Vgl. die Anmerk. auf Seite 330 a.



Tabelle IV

Die Produktion der russischen Sowjet-Republiken (Europa und Asien) betrug % der Produktion von 1909—1913.

Produkt	Durchschnitt 1909 bis 1913	1921	1922	1923	1924	1925	Durchschnitt 1921 bis 1925
Weizen . . . . .	100	30	47	47	48	84	51
Roggen . . . . .	100	54	97	94	91	104	88
Gerste . . . . .	100	31	45	51	40	62	46
Hafer . . . . .	100	40	57	57	55	72	56
Mais . . . . .	100	124	221	233	186	407	234
Alle Getreidearten zusammen: . . . . .	100	42	67	67	64	89	66

Tabelle V.  
Weltproduktion.

	1909—13 in 1000 Meterzentnern	1921—25 in 1000 Meterzentnern
Weizen . . . . .	1 008 356	974 552
Roggen . . . . .	448 458	386 977
Gerste . . . . .	371 705	316 392
Hafer . . . . .	651 416	600 039
Mais . . . . .	1 038 691	1 089 644
Zusammen:	3 518 626	3 367 604

1921—25 durchschnittlich geringer als 1909—13 um 151 022 000 q.

alles womit sie sich unter den übrigen Früchten zu behaupten weiß. Der Maisbau dagegen hat sich kräftig ausgedehnt. Seine stolzen 234 % der Vorkriegsperiode klingen allerdings weniger imposant, wenn man die relativ geringe absolute Menge betrachtet. Sie betrug in der Vorkriegsperiode kaum 1 1/2 der gesamten Getreidemenge und ist jetzt mit 5 % noch immer nicht sehr großartig. Immerhin mag die Zunahme dieser ein so treffliches Futter bietenden Pflanze unsere Erwartung bestärken, daß die Zersplitterung des Bodens dem Viehstand der Zahl nach zugute kommen mußte und den Bedarf an Kraftfutter gesteigert haben wird.

Resumierend ist festzustellen, daß Europa und die Sowjetunion, wie vorausgesetzt, einen außerordentlichen Ausfall ihrer Getreideerzeugung erfahren haben<sup>1)</sup>. Nicht weniger als 385 Millionen Meter-

<sup>1)</sup> Die Zahlen des „Annuaire international de statistique agricole“, welches das Intern. Landw. Institut in Rom für 1927—28 herausgab, sind, soweit sie Rußland betreffen höher als die von derselben Stelle in den „Questions agricoles“ anlässlich der Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1927 publizierten. Vgl. die Tabellen in welche die Jahre 1926 und 1927 aufgenommen wurden und die Anmerkung auf Seite 208.

zentner Getreide sind es, die diese Hauptträger des Weltkrieges und nachher der Bodenaufteilung jährlich zur Weltproduktion weniger beisteuern als einst, da der Boden seine Demokratisierung noch nicht erlebt hatte. Und so kommt es, daß die Weltproduktion ungeachtet des tüchtigen Vorwärtsschreitens der überseeischen Getreidelieferanten 1921—25 jährlich um 151 Millionen q kleiner ist, als im Durchschnitt von 1909—13. Der Zuwachs in den übrigen Weltteilen um 234 Millionen q wird eben durch die Mindererzeugung Europas und der Sowjetunion nicht bloß kompensiert, sondern darüber hinaus in der Schlußbilanz der Weltgetreide-Ernte zu einem Manko gegenüber der Vorkriegszeit gewandelt.

## II. Der Getreidekonsum.

Bevölkerungswachstum bei gesunkener Getreideproduktion. — Wie der Handel Europas auf die Minderproduktion reagiert. — Unterkonsum führt bei verringerter Welterzeugung zu einer Krise der Getreidepreise.

Die Getreidefrüchte, die wichtigsten Nahrungsmittel von Mensch und Haustier, sind in der Welt spärlicher geworden. Die Bevölkerung dagegen hat den Rückschritt nicht mitgemacht, sie ist im Gegenteil gewachsen, hat sich vermehrt. Die Staaten pflegen dem Statistiker nicht gerade die Gefälligkeit zu erweisen ihre Volkszählungen so zu veranstalten, daß er die Volksvermehrung der bewohnten Erde für jede beliebige Zeitperiode genau feststellen könnte. So läßt sich auch nicht genau angeben, um wie viel hungrige Mägen in der Periode 1921—25 mehr zu versorgen waren, als im letzten Quinquennium der Vorkriegszeit. Anhaltspunkte aber lassen sich doch dafür finden, sie sind in dem Wachstum zu suchen, das die Bevölkerungszahl sonst aufwies. Von 1910—11 bis 1920—21 hat sie sich so entwickelt<sup>1)</sup>:

	1910—11 in tausend	1920—21 in tausend
Europa . . . . .	416 786	450 888
Amerika . . . . .	180 364	209 063
Afrika . . . . .	129 411	133 931
Asien . . . . .	956 558	1 011 479
Australien . . . . .	6 725	7 884
	<u>1 689 844</u>	<u>1 813 245</u>

Mehr als 7 % hat die Menschenzahl der Erde in 10 Jahren zugenommen und Europa ist nicht einmal hinter dem Gesamtdurchschnitt zurückgeblieben, obwohl es den furchtbaren Aderlaß des Weltkrieges durchmachen und Millionen seiner Bürger durch ihn verlieren mußte. Da ist anzunehmen, daß die letzten Jahre, ungeachtet des Geburtenrückganges, der das verarmte Europa kennzeichnet, eher ein relativ größeres Anwachsen der Kopffzahl gebracht haben. Diese immerhin kräftig

<sup>1)</sup> H ü b n e r s Geographisch-Statistische Tabellen, 1925. Seidel & Sohn, Wien.

geschwellte Bevölkerungsmasse aber steht jener stark verminderten Getreideerzeugung gegenüber, die wir früher konstatierten. Europa hatte schon vor dem Kriege keinen Überfluß an Getreide und mußte Industrieerzeugnis über Industrieerzeugnis ausführen, um seinen Hunger zu stillen und Brotgetreide und Futtergetreide eintauschen zu können. 136,6 Millionen q hat es durchschnittlich von Übersee bezogen und Rußland hat dem übrigen Europa überdies noch mehr als 100 Millionen q geliefert. Nun schied der russische Lieferant fast zur Gänze aus, froh sich selber notdürftig ernähren zu können. Europa aber ist nicht bloß die alte russische Getreidequelle versiegt, es hätte überdies den Ausfall seiner eigenen Erzeugung im Umfang von 182 Millionen q Getreide, also insgesamt um fast dreihundert Millionen q mehr Getreide durch Import aus überseeischen Ländern zu decken, als vor dem Krieg. So stünde der Fall, wenn Europa den Konsum der Vorkriegszeit beibehalten hätte, wobei die Zunahme der Bevölkerungszahl um wahrscheinlich 10 % noch gar nicht berücksichtigt ist. Wie jedoch hat der Handel Europas in Wirklichkeit auf jenen Ausfall der Getreideproduktion reagiert?

Tabelle VI<sup>1)</sup>.

## Überschuß des Importes (+) oder des Exportes (-).

	Europa ohne Rußland		Union der Sowjet-Republiken (Europa u. Asien)	
	Jahresdurchschnitt		Jahresdurchschnitt	
	1909—13	1921—25	1909—13	1921—25
	in 1000 Meterzentnern			
Weizen . . . . .	+ 115 695	+ 132 430	- 41 174	- 1 225
Roggen . . . . .	+ 4 944	+ 12 848	- 5 341	- 3 194
Gerste . . . . .	+ 42 786	+ 15 302	- 36 999	- 1 811
Hafer . . . . .	+ 19 398	+ 11 292	- 10 683	- 234
Mais . . . . .	+ 45 322	+ 51 784	- 7 544	- 545
Zusammen	+ 228 145	+ 223 656	- 101 741	- 7 059
A u ß e r d e m:				
Weizenmehl . . .	+ 5 748	+ 11 784	- 1 188	+ 1 513
Roggenmehl . . .	+ 1 342	- 71	- 1 146	- 17
Mehl zusammen:	+ 7 090	+ 11 713	- 2 334	+ 1 496
in Getreide umgerechnet . . . . .	+ 8 508	+ 14 055	- 2 801	+ 1 795
Insgesamt Getreide und Mehl: . . .	+ 236 653	+ 237 711	- 104 542	- 5 264

Die Einfuhr Europas ist um nichts gestiegen, hat sich um nichts vermehrt. Das merkwürdige Schauspiel zeigt sich, daß in der Welt eine wachsende Kopffzahl mit einer gesunkenen Getreideproduktion das Auslangen fand.

<sup>1)</sup> Ebenfalls nach den Dokumenten zur Weltwirtschaftskonferenz.

Man kann der Tatsache nicht ohne Erstaunen folgen. Niemals war früher davon die Rede, daß das Getreide ein Ladenhüter sei, für den es keine Verwendung gäbe. In Europa vollends ist es wohl niemals unverkäuflich auf der Straße gelegen. Und nun schwindet seine Menge erstaunlich dahin und keine Völkerwanderung setzt ein und weder Mord noch Totschlag erfolgt, um von dem kostbar gewordenen Lebensmittelschatz mehr zu erbeuten. Es macht sich nicht einmal eine besondere Nachfrage geltend, die sich in einer schwindelnden Preisbildung ausdrücken würde. Die Getreidepreise folgen mühselig der Entwertung des Goldes, so daß sie in Gold ausgedrückt nicht niedriger als vor dem Kriege sind. Gemessen an den industriellen Bedarfsartikeln des Landwirtes jedoch bleiben sie zurück, ihr Tauschwert gegenüber jenen ist tief gesunken, die Preisscheere klappt mächtig zu Ungunsten der Agrarerzeugnisse. Erst seit der Mitte 1924 sind diese gestiegen, die Industriewaren im Preise gefallen, so daß sich zwischen beiden ein gewisses Gleichgewicht hergestellt hat<sup>1)</sup>.

Das alles vermag am ehesten zu begreifen, wer sich vergegenwärtigt daß ein ganzer Erdteil von seinem eigenen Verhängnis erdrückt, auf Jahre eine bessere Vergangenheit vergessen und sich mit einem tief unter dem einstigen stehenden Lebensstandard abfinden mußte. Dies und nichts anderes scheint aus den Konsumziffern hervor zu gehen, die untenstehend gebracht werden:

## Durchschnittlicher Jahresverbrauch.

	Europa ohne Rußland			Union der russischen Sowjet-Republiken (Europa und Asien)		
	1909/13		1909/13 = 100	1921/25		1909/13 = 100
	Meterzentner:			Meterzentner:		
Weizen . . . . .	493 900 000	472 600 000	96 %	143 400 000	96 400 000	67 %
Roggen . . . . .	259 000 000	210 900 000	81 %	179 100 000	161 800 000	90 %
Gerste . . . . .	195 400 000	151 400 000	77 %	50 600 000	36 800 000	73 %
Hafer . . . . .	303 300 000	252 600 000	83 %	117 900 000	72 800 000	66 %
Mais . . . . .	193 000 000	179 000 000	93 %	5 300 000	21 300 000	402 %
In allen Getreidearten zusamm.	1444 600 000	1266 500 000		496 300 000	389 100 000	
Verbrauch in allen Getreidearten zusammen:						
1909/13 = 100 .	100 %	87 %		100 %	78 %	

<sup>1)</sup> Die Kaufkraft des Goldes gemessen am Lebenshaltungsniveau betrug im Dezember 1923 nach der Berechnung Prof. H i c k m a n n s (Geogr.-stat. Atlas, Wien 1925, Freitag & Berndt) folgenden Prozentsatz von 1914: Vereinigte Staaten - 58%, Deutsches Reich - 80%. (Fortsetzung der Anmerkung pag. 206.)

Europa und davon die Sowjetunion im besonderen hat den Riemen enger geschnallt und sich das Prassen abgewöhnt. Nur 87% soviel Getreide hat das erste verbraucht wie vor dem Krieg und nur 78% soviel die Sowjetunion. Es sind hier freilich die Brotfrüchte mit den übrigen Getreidefrüchten zusammengeworfen worden. Nimmt man sie einzeln, so hat Europa 96% des einstigen Weizenkonsums beibehalten und 81% des Roggenkonsums. Das Elend hat es nicht gehindert lukullischen Neigungen nachzugeben und den vornehmeren Weizen dem biedereren Roggen vorzuziehen. Am meisten gelitten hat der Gerstenkonsum, weniger der des Hafers, noch weniger der Maisverbrauch. Die Zergliederung ändert wenig an dem sich darbietenden Urteil von der Einschränkung des Nahrungsmittelkonsums. Denn, einmal ist die Scheidung zwischen dem Brotgetreide und dem Futtergetreide geringer, als man gewöhnlich annimmt. Ein Teil des Weizens und des Roggens wird als Kleie verfüttert, ein anderer in Form von Futtermehl<sup>1)</sup>. Die Gerste ist die Brotfrucht des Nordens, der Mais das Nahrungsmittel des Südens. Selbst der Hafer findet in Gestalt von Grütze, Kakes und dergleichen Liebhaber unter den Menschen. Dann ist zu bedenken, daß der Minderverbrauch in jeder der fünf Getreidearten schließlich den menschlichen Konsum herabsetzt. Dient doch auch das Viehfutter, umgewandelt in Viehschubstanz, Viehprodukt, Zugleistung indirekt mit wenig Ausnahmen der menschlichen Ernährung. An einem starken Unterkonsum hätte somit nur dann ein Zweifel Platz greifen können, wenn unerhörte Mengen anderer, neuer Futtermittel oder neuartiger Lebensmittel zur Verfügung gestanden wären. Beides war nicht der Fall, man müßte denn die Erzeugnisse der Heimgärten als solche neue Quelle auffassen. Mag aber die Schrebergartenbewegung, die früher gewiß nicht annähernd den gleichen Umfang wie heute aufwies, den Genuß von Gemüse vermehrt haben, — eine Erscheinung die in den Vereinigten Staaten gleichfalls verzeichnet wurde, den vollen

Dagegen war der Preis des Weizens in Chicago  
in Mk. per Tonne 1913/14 141. 1923/24 163. 1924/25 240. Der Preis d. Rogg-  
„ „ „ 1913/14 105. 1923/24 114 1924/25 204.  
Setzt man den Preis von 1913/14 — 100%, so betrug der Weizenpreis in  
Chicago 1913/24 — 115% 1924/25 — 170%, der Roggenpreis  
„ 1923/24 — 108% 1924/25 — 194%.  
In Deutschland betrug der Großhandelsindex für Getreide und Kartoffel  
(1913 — 100 gesetzt):  
1920 — 69,3%  
1921 — 69,2%  
1922 — 73,4%  
1924 — 96,9%  
1925 — 118,6%

(Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926). Vgl. auch die Preis-  
konstellation in Kapitel XIV.

<sup>1)</sup> Nach einer Zusammenstellung Keisers gehen 70% der Feldfrüchte nebst  
den Erträgen der Wiesen und Weiden durch den Tiermagen. Angegeben von Dr. h. c.  
Peters in den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin,  
Stück 34 vom 25. August 1928.

Ersatz des fehlenden Brotgetreides konnte sie doch wohl nicht bewirken. Und die Wiesen und Weiden sind in ihrer Fruchtbarkeit keinesfalls so mächtig in die Höhe gebracht worden, daß von ihnen der große Kraftfutterersatz hätte ausgehen können. Ebensowenig ist von einer gewaltigen Mehrerzeugung von Ölkuchen und dergleichen oder von einer außerordentlichen Steigerung der Einfuhr darin zu hören gewesen.

Das traurige Bild der gesunkenen Kaufkraft bleibt demnach unverändert vor uns aufgerichtet, übertroffen noch und zur Grimasse verzerrt in den russischen Sowjetrepubliken. Vernichteter Wohlstand und schneckenhaft langsamer Wiederaufbau scheinen sich derart als Ursache des Unterkonsums erkennen zu geben und in weiterer Folge den merkwürdigen Fall erbracht zu haben, daß bei einer nach früheren Maßen ungenügenden Welterzeugung sich Jahre hindurch eine Krise der Getreidepreise und damit der Landwirtschaft fühlbar machen konnte.

Ist aber der Unterkonsum eine unbestreitbare Tatsache und spricht vieles dafür, daß er mit der Entgüterung Europas zusammenhängt, so wäre es doch verfehlt den bekannten Doktor Eisenbart spielen und alles auf eine Art kurieren zu wollen. Man wird vielmehr auch an anderen Erklärungen nicht vorübergehen dürfen, die vorgebracht wurden um die Verminderung des Getreidekonsums zu begründen. Namentlich an jener nicht, die darauf hinweist, daß die Abnahme selbst in Ländern von unzweifelhaftem Wohlstand wie in den Vereinigten Staaten und in Australien eintrat und als Zivilisationserscheinung aufzufassen sei. Bei steigendem Wohlstande sinke der Getreideverbrauch zugunsten des Konsums anderer Lebensmittel<sup>1)</sup>. Mag eine solche Erklärung für viele

<sup>1)</sup> Prof. Dr. Curt Ritter unterstützt diese Meinung in einer mir nach Schluß dieser Arbeit zugekommenen Artikelserie: „Entwicklungstendenz in der Landwirtschaft der Welt“ (Deutsche Landwirtsch. Presse vom 22. Juni 1929), durch interessante Zahlen. Unter anderm weist er darauf hin, daß sich die Welterzeugung gegen 1913 vermehrt habe in Kartoffeln um 23%, in Zucker um 40%, in Ölsaaten um 13%, in Wein um 21%, in Kaffee um 28%, in Kakao um 13%. Einen Begriff von der Ausdehnung der Produktion hinsichtlich der Größe ihrer Erzeugung statistisch nicht erfaßter Agrarprodukte würden die Ziffern über den internationalen Handel geben. Gegenüber der Vorkriegszeit sei dieser in Ölfrüchten und Öl alles auf Öl umgerechnet, um 33%, in Butter um 40%, in Käse um 33%, in Fleisch um 65%, in Schmalz um 72% gewachsen. Bei Eiern betrage die Steigerung gegenüber der Vorkriegszeit 23%. Konnte Ritter für den internationalen Umsatz in Obst und Gemüse bisher noch keine Welthandelszahlen berechnen, so seien die Entwicklungstendenzen daran erkennbar, daß die Einfuhr Deutschlands an Obst gegenüber der Vorkriegszeit um 13%, jene an Gemüse um 26% gestiegen ist. Die Gemüseausfuhr Hollands beträgt 298% des Vorkriegsstandes, die Frankreichs und Italiens je 143%, die Südfrüchteausfuhr aus Spanien 135%.

Das sind in der Tat bemerkenswerte Zahlen, die den Minderkonsum in Getreide teilweise erklären könnten.

Die Zahlen die Prof. Ritter über den russischen Brotkonsum gibt, decken sich nicht mit den meinen, die den Dokumenten zur Weltwirtschaftskonferenz des Internationalen Landwirtschaftsinstitutes in Rom entnommen sind. Prof. Ritter spricht von einer Zunahme der verfügbaren Brotmenge von 1,82 auf 1,93 dz. Vielleicht beziehen sich seine Zahlen auf die allerletzten Jahre für die mir Daten nicht zur Verfügung stehen.

Gebiete Europas nur beschränkte Geltung haben, so ist es doch wahrscheinlich, daß die Verminderung der Nachfrage in Getreide zufolge Verarmung auch bei uns durch Änderungen in der Ernährungsweise verschärft wurde. Nicht weniger wohl durch die Rationalisierung der Fütterung. Die steigende Verwendung von eiweißreichen Ölkuchen, von Abfällen landwirtschaftlicher Industrien, mußte beträchtliche Mengen von Getreide frei machen, die früher verfüttert wurden.

### III. Die Viehproduktion.

Geringes Sinken des Viehstandes in Europa, größeres in Rußland. — Nur die Ziegen haben sich vermehrt. — Warum den Viehstandszahlen wenig Beweiskraft für die Produktivität zukommt. — Es ergeben sich Anhaltspunkte für den Einfluß der Bodenaufteilung auf die Viehproduktion.

Der Rückgang der Ackerproduktion, als Folge der Bodenaufteilung befürchtet und vorausgesehen, hat sich mit unerbittlicher Konsequenz eingestellt. Am stärksten in den Gebieten, welche die Besitzersplitterung am weitesten trieben, in den Sowjetrepubliken. Der Viehproduktion ist das Gegenteil vorher gesagt worden. Sie sollte im Gegensatz zum Getreide, der wichtigsten Frucht des Ackers, eine um so wesentlichere Vermehrung aufweisen, je kleiner die durchschnittliche Besitzfläche wurde. Wie verhalten sich die Viehbestände zu jener Prognose? In den beiden Vergleichsperioden haben sie sich wie folgt dargestellt <sup>1)</sup>:

	Europa ohne Rußland		Union des russischen Sowjet-Staates	
	1913 in 1000 Stück	1925 in 1000 Stück	1913 in 1000 Stück	1925 in 1000 Stück
Pferde . . . . .	23 232	22 672	31 506	24 530
Rinder . . . . .	100 089	99 571	49 965	50 925
Schafe . . . . .	127 668	125 697	80 908	81 857
Schweine . . . . .	70 157	61 883	19 587	16 501

Während des Druckes erhalte ich das „Annuaire International de statistique agricole“ 1927/28, herausgegeben vom Internationalen Landwirtschafts-Institut in Rom. Die Exportzahlen der Sowjet-Republiken haben sich 1926 u. 1927 wenig verändert, dagegen stimmen die Produktionszahlen die das Jahrbuch für Rußland bringt mit denen der „Questions agricoles“ die dasselbe Intern. Landw. Institut in Rom anlässlich der Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1927 herausgab, nicht überein. Die russischen Produktionszahlen im Jahrbuch sind durchwegs höher und zwar schon für die Vergleichsbasis 1909/13, was die höheren Konsumzahlen Ritters erklären dürfte. Die Produktionsziffern des „Annuaire“ konnten der Tabelle III S. 201 noch beigegeben werden. Die Produktionsziffern und die Konsumtionsziffern des übrigen Europa aus den Jahren 1926 und 1927 ändern dagegen das Bild wenig. Die Produktionsziffern sind auf Tabelle I zu S. 199 hinzugefügt.

<sup>1)</sup> Nach: Questions agricoles au point de vue international, Institut International d'agriculture, Conférence économique internationale, Dokumentation, Genf, Mai 1927. Der Viehstand der Sowjet-Republiken wurde für das Gebiet des jetzigen Rußlands nach Aufzeichnungen aus den Jahren 1916 und 1925 berechnet. Von den asiatischen Teilen sind bloß Sibirien und Kirgisien einbezogen worden.

Europa zeigt, wie man sieht in der Nachkriegsperiode minimale Veränderungen. Ein Prozent Abnahme bei den Rindern, 1½ bei den Schafen zählen kaum. Die 2½ % weniger Pferde werden durch die zunehmende Verbreitung der Traktoren genügend erklärt, ohne daß man sich daran erinnern müßte, daß der Zwergbetrieb, wenn er überhaupt Großvieh zu halten vermag, sich vorteilhafter einer Milchkuh bedient, die, nebenbei eingespannt die bescheidenen Zugbedürfnisse der Wirtschaft ausreichend befriedigt. Eine sichtliche Abnahme zeigt nur der Schweinestand, der mit einem Minus von 12 % nicht gerade die Voraussagen bekräftigt, welche die Theorie an die Bodenreform geknüpft hat.

Rußlands Pferdestand ist gleich um 22 % gesunken, die Schweinezahl, ebenfalls stärker wie im übrigen Europa, um 16 % zurückgegangen. Dafür ergibt sich in Rindern und Schafen ein kleiner Vorsprung zugunsten der Nachkriegszeit, allerdings ein zu geringer, um das Manko in den beiden ersten Kategorien auszugleichen. Ein Vorwärtskommen der Viehproduktion ist aus jenen Zahlen jedenfalls nicht zu erkennen <sup>1)</sup>. Deren Dürrtigkeit wird durch Daten des Zentralen Statistischen Amtes der Sowjetunion einigermaßen ergänzt <sup>2)</sup>. Nach Aufnahmen aus dem Jahre 1924, die sich über fast alle „Wollosts“ (Kreise) erstrecken und 1½ Millionen Wirtschaften erfassen <sup>3)</sup>, besaßen von den Zwergwirtschaften mit einer Dessjatine Aussaat <sup>4)</sup> 66,2 % kein Arbeitsvieh und 39,9 % keine Kuh, während von den großbäuerlichen Wirtschaften mit mehr als 16 Deßjatinen Land 38,9 % über 4 oder mehr Stück Arbeitsvieh und 34,1 % über 3 oder mehr Kühe verfügten. Auf 100 Arbeitsvieheinheiten entfielen bei den Zwergwirtschaften 194,8 Deßjatinen Aussaat, bei den Mittelbetrieben im Umfang von 4—6 Deßjatinen — 433,8 Deßjatinen Aussaat, bei den großbäuerlichen Wirtschaften — 737,5 Deßjatinen bebautes Land. Man sieht nebenbei daraus, daß auch hier in den größten Betriebstypen die Arbeitskraft des Viehs am ratio-

<sup>1)</sup> Die Zahlen, die das „Annuaire intern. de statistique agricole“, des Intern. Agrar-Institutes in Rom (1928) gibt, stimmen abermals mit denen von demselben Institut der Weltwirtschaftskonferenz 1927 in den „Questions agricoles“ vorgelegten nicht überein und sind, wie bei der Getreideproduktion Rußlands höher. Danach war der Viehbestand der U. R. S. S. in Stück:

	1925	1926	1927
Pferde . . . . .	26 439 800	28 771 600	31 258 000
Rinder . . . . .	60 780 800	64 074 000	67 835 000
Schweine . . . . .	18 946 300	18 249 300	20 022 000
Schafe . . . . .	106 283 700	113 084 000	120 237 000

<sup>2)</sup> Wiedergegeben in: „Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjet-Union“ von Peter und Irma Petroff, Berlin 1926. Herausgeb. von der Handelsvertretung der U. d. S. S. R. in Deutschland.

<sup>3)</sup> Die stattliche Zahl erscheint allerdings geringer, wenn man bedenkt, daß es in der U. d. S. S. R. nach dem Volkskommissariat für Finanzen 22,7 Millionen Bauernbetriebe gibt.

<sup>4)</sup> 1 Dessjatine oder Desetin = 1,092 ha.



nellsten ausgenutzt wird, während sich bei den Zwergbetrieben notgedrungen ein gewisser Leerlauf des Zugviehs geltend macht. Im übrigen weisen diese Ziffern auf keinen stärkeren Viehstand der kleineren Fläche hin, und der geringe Kuhbesitz der russischen Zwergbauern stimmt wenig mit den Erwartungen der Theorie über die höhere Viehproduktion des Kleinbetriebes überein. Was für reiche hochentwickelte Staaten gleich der Schweiz gilt, läßt sich eben noch lange nicht auf Länder mit niedriger Kultur beziehen <sup>1)</sup>.

Zu bedauern ist, daß wir über die Veränderungen im Stand der Ziegen und des Geflügels nur aus wenigen europäischen Ländern Berichte besitzen. Sind doch gerade diese Viehgattungen für den Zwergbetrieb geeignet. Der Krieg hat zudem die Ziegenmilch schätzen gelehrt, die als Ersatz der fehlenden Kuhmilch gesucht war und die Armut, die den Ankauf einer Kuh verwehrt, gestattet immer noch das Halten der genügsamen Ziege. Ist dieser ärgste Feind der jungen Baumpflanzungen auch kein erwünschter Kostgänger der guten Niederungsweide und kein Vorteil für die Bodenkultur, so doch ein recht guter Behelf für die ärmste Dorfbevölkerung. Man kann daher annehmen, daß der Ziegenstand sich im Verlauf der Bodenzersplitterung vermehrt haben wird. Das letzte gilt noch mehr für das Geflügel, welches die fleißige Hausfrau in der kleinsten Bauernwirtschaft zu ziehen vermag und das dort oft besser gedeiht als im Großbetrieb. Die von einigen Staaten ausgewiesenen Ziffern bestätigen die ausgesprochene Vermutung. So hat sich die Zahl der Ziegen in der Tschechoslowakei von 1910—1920 um zirka 40 % vergrößert, der Zuwachs an Geflügel im letzten Dezennium wird auf 29 % geschätzt <sup>2)</sup>. Deutschland zählte 1913 in den heutigen Grenzen 3,1 Millionen Ziegen, 1925 3,8 Millionen, 1927 3,2 Millionen. Jugoslawien berechnet für 1913 630 579 Ziegen und fast dreimal soviel für 1925 <sup>3)</sup>. Rumänien ist im gleichen Zeitraum von 186 515 Ziegen auf 493 583 gelangt, Österreich hat seinen Ziegenstand von 1910—1923 um 63 % gesteigert.

Ist hier eine Übereinstimmung mit den theoretischen Erwägungen nicht zu verkennen, so würde man den Veränderungen in den übrigen Viehstandsziffern auch dann keine unbedingte Beweiskraft für die

<sup>1)</sup> Für die Tschechoslowakei werden Zahlen bekannt gegeben, die ähnlich wie in der Schweiz eine rapide Zunahme des Viehkapitals mit sinkender Betriebsgröße zeigen. In der 1928 erschienenen „Encyclopédie Tschecoslovaque“ heißt es in dem Band „Agriculture“, herausgegeben von Vladislav Brdlik über den Viehbesatz per Hektar Ackerland in kg:

Betriebsgröße	2—5 ha	5—20 ha	20—100 ha	über 100 ha
Nutzvieh . . . . .	446	285	218	145
Zugvieh . . . . .	21	87	97	83
	467	372	315	228

<sup>2)</sup> A. a. O.: „Agriculture“, Encyclopédie Tschecoslovaque, Editions Orbis Prague.

<sup>3)</sup> International Yearbook of Agricultural Statistics, Institut Internat. d'agriculture, Rome.

Produktivität zubilligen können, wenn sie beträchtlicher gewesen wären. Die unerhörte Vermehrungskraft der Schweine, deren Sauen zwanzig und mehr Junge im Jahr werfen können und ihre Kurzlebigkeit und Schnellwüchsigkeit verwehren es, aus der verminderten Zahl am Zählungstermin auf einen ebenso großen Rückschritt in der Produktion zu schließen. Wer könnte sagen, was in der Zwischenzeit an Schweinen produziert und aufgebraucht worden ist? Ebenso vorsichtig sind die Veränderungen bei dem übrigen Vieh, namentlich aber bei den Rindern zu beurteilen. Die Veränderungen in den Viehständen können durchaus nicht als ähnlicher Maßstab gewertet werden, wie solche in den Ernten. Diese stellen den jährlichen Ertrag des bebauten Bodens dar. Der Viehstand dagegen ist das Kapital, das erst einen Ertrag abwerfen muß. Dieser Ertrag kann hoch oder niedrig sein, einen hohen Nutzen oder einen bescheidenen bringen. Die Verwendung des Ertrages läßt ferner verschiedene Möglichkeiten offen: Man kann davon ersparen und das Kapital auf diese Weise vermehren, kann den Ertrag aufbrauchen und selbst das Kapital angreifen. So mannigfaltig vermag sich der Viehhaushalt zu gestalten. Wie aber könnten die Viehstandszahlen allein Aufschluß darüber geben, wo schon die Vielgestalt der tierischen Nutzung deren Bewertung erschwert. Das Rind wird wegen der Milchleistung, der Fortpflanzung und als Zugtier gehalten, liefert Fleisch, Fett, Knochen, Haut, Hörner, Klauen und andere Abfallsprodukte, selbstverständlich auch Dünger. Die übrigen Nutztiere haben neben dem Zweck der Arterhaltung und der Düngerproduktion bald die eine, bald die andere Bestimmung zu erfüllen, mitunter mehrere zugleich. Die Ziege wird als Milch- und Schlachttier geschätzt, das Schaf wegen der Wolle und als Schlachttier, selbst das Pferd nicht nur als Zug- und Tragtier genutzt, sondern schließlich ebenfalls der Fleischbank zugeführt. Was verraten uns die Viehstandszahlen darüber? Nicht einmal von den Gewichts-differenzen zu den Vergleichsterminen wissen sie zu erzählen, nichts von der Schlachtausbeute, die einem bestimmten Lebendgewicht zu irgend einem Zeitpunkt entsprach, nichts von dem Verhältnis von Fleisch, Fett und Abfallprodukten. Wer hätte der Statistik jemals entnommen, wie sich Früh- oder Spätreife der Tiere geäußert hat, wie die Qualität und die Ergiebigkeit der Wolle sich verhielten?

Welch einschneidende Ursache ungleicher Wertung liegt nur in der verschiedenen Milchergiebigkeit der Kühe! Es gibt Kühe, die bis zu 34 Liter Milch im Tag geben und andere, deren tägliche Milchleistung sich in 2 Litern erschöpft. Der jährliche Milchertrag der einen erbringt vielleicht ein Drittel des Geldes, das sie kostete, die Milch der andern lohnt während ihrer ganzen Laktationszeit den Anschaffungspreis nicht. Und noch ein schwerwiegendes Moment ist zu berücksichtigen: die Schnelligkeit des Umsatzes an Schlachtvieh. Die Viehbestände werden durch Geburten und Importe vermehrt, durch Exporte, Schlachtungen, Krankheiten, Unglücksfälle verringert. Viehstandszahlen stellen die Resultierende aus diesen Momenten dar, verschweigen jedoch, in

welchem Verhältnis die Schlachtungen sich zu der Stückzahl befanden. Es wäre möglich, daß hinter den Viehzahlen von 1925 ein größerer oder ein kleinerer Konsum stand, als hinter den Viehzahlen von 1913. Die produktive Leistung hätte höher oder niedriger sein können. Nach den Erfahrungen, die wir auf anderen Gebieten gemacht haben, wird sie eher kleiner gewesen sein, denn der Fleischkonsum Europas in der Nachkriegszeit dürfte den der Vorkriegszeit nicht erreicht haben<sup>1)</sup>. Unser Urteil über die Vermehrung der Viehproduktion zufolge der Bodenaufteilung findet also mehr negative als positive Beweise, fußt jedoch, wie wir sahen, auf recht unbestimmten Grundlagen. Mit Ausnahme der volkswirtschaftlich wenig belangreichen Zunahme der Ziegen und der vermuteten Steigerung der Geflügelerzeugung wäre man geneigt, das, wegen der Verringerung der durchschnittlichen Betriebsgrößen erhoffte Anwachsen der Viehproduktion bis jetzt zu verneinen. Der gewissenhafte Agrarpolitiker jedoch wird sich dabei zu den Worten des Goetheschen Faust bekennen müssen: „— und wissen, daß wir nichts wissen können.“

<sup>1)</sup> Auch hierzu fehlt es wieder an genügenden Belegen. Im Deutschen Reich wurden im Jahre 1913 beschauspflichtige Schlachtungen registriert:

	Ochsen	Bullen	Kühe
dagegen 1923. . . . .	226 111	234 600	991 108
1925. . . . .	438 388	370 516	1 396 468

Die Schlachtungen nähern sich also erst nach und nach den Vorkriegszahlen und das gleiche gilt von dem durchschnittlichen Schlachtgewicht: Dieses betrug im Deutschen Reich in kg:

	Ochsen	Bullen	Kühe
1906. . . . .	330	310	240
1922/23 . . . . .	278	264	206
1925. . . . .	311	288	227
1926. . . . .	308	295	232

Der Fleischkonsum Deutschlands zeigt diese Entwicklung:

	1913	1923	1925	1926
Gesamtmenge in dz . . .	31 030 455	19 177 068	29 573 429	30 124 400
Je Kopf der Bevölkerung. in kg . . . . .	52	31,06	47,42	47,92

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.)

### III. Abschnitt.

## Die Weiterentwicklung.

### Vorbemerkung.

Gewaltige Änderungen haben sich, wie im vorangegangenen Teile des Buches registriert, in den Bedingungen vollzogen, unter denen im Europa der Nachkriegszeit Ackerbau getrieben wird. Der Boden ist anders verteilt, der durchschnittliche Umfang der Betriebe vermindert worden. Pachtbetrieb ging vielfach in Eigenbesitz über, die Beziehungen des Pächters zum Boden haben sich enger gestaltet. Millionen von neuen Wirten sitzen nun stolz auf gesicherter Scholle und teilen die Sorgen, die das Unternehmen mit sich bringt. Jene werden ihnen nicht allzu leicht, denn das Verhältnis zwischen den Produktionskosten und dem Wert der verkauften Produkte hat sich einstweilen zuungunsten des Landwirtes verschoben. So ringt der Unternehmer mit dem sinkenden Ertrag und der neue Kleinbauer ist mitunter schlechter daran wie der Lohnarbeiter. Hat sich dessen Einkommen doch in den meisten Ländern ansehnlich gebessert, nicht minder seine Geltung im Betrieb und Gesellschaft und seine materielle Sicherung bei Krankheit, Unfall und Alter. Neben diesem Aktivum fanden wir schließlich den Rückgang der europäischen Agrarproduktion auf der ganzen Linie, begleitet von einer bedeutenden Einschränkung der Nachfrage nach Bodenprodukten. Das in seiner Erzeugung geschwächte Europa hat nicht minder von seiner Kaufkraft eingebüßt.

Derart ist der Landwirtschaftsbetrieb unter dem Druck der Ereignisse in andere Bedingungen hineingeraten, verändert nach Form und Inhalt und nach den Beziehungen der sich in ihm gemeinsam Bemühenden zueinander. Während jedoch diese Wandlung im tätigen Leben der Bodenkultur klar aufscheint, ergibt sich zugleich, daß kaum irgend etwas als wirklich abgeschlossen gelten kann. Alles ist noch in Bewegung, alles im Flusse, in jenem Stadium des Werdens, das bei chemischen Prozessen in besonders stürmischen Reaktionen verläuft. Auch bei der Gestaltung der neuen Bodenkultur sind energische Kräfte mit emsigem Bemühen am Werke. Nachstehend soll versucht werden einige von ihnen bei der Arbeit zu beobachten und zu erkennen in welche Richtung der Widerstreit der verschiedenen Faktoren die Landwirtschaft führt.

## XVIII. Kapitel.

**Streifzüge durch die Werkstätten der landwirtschaftlichen Organisation.****I. Vom deutschen Landwirtschaftsrat.**

Eine Sitzung in der Vorkriegszeit. — Demokratisierung des Landwirtschaftsrates. — Verstärktes Betonen der Zusammenhänge mit der Gesamtwirtschaft. — Das Ziel der Nahrungsmittelfreiheit. — Alte und neue Verhandlungsthemen. — Der Aktionskreis des Landwirtschaftsrates weitet sich.

Unter den Exponenten der landwirtschaftlichen Entwicklung stehen die beruflichen und wirtschaftspolitischen Organisationen obenan. Wir werden uns dennoch hüten, sie, die nach Wesenheit und Bedeutung ungemein verschieden sind, hier alle gewissenhaft aufzuzählen. Ergäbe sich doch ein Register, endloser als das, welches Leporello über die Liebesabenteuer Don Juans führte und weniger interessant überdies. Was hier beabsichtigt wird ist vielmehr: einzelne, besonders markante Vertretungskörper bei ihrer Arbeit aufzusuchen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat ist sicherlich eine der wichtigsten Organisationen solcher Art; zugleich eine der ältesten, denn seine Gründung geht bis auf das Jahr 1872 zurück. Damals, nach der Gründung des Deutschen Reiches, stellte sich das Bedürfnis nach einer Körperschaft ein, welche die Gesamtinteressen der Zentralvereine der einzelnen Staaten und Provinzen in der Reichshauptstadt vertreten könnte. Seither kommen die Abgeordneten der staatlich anerkannten Hauptkörperschaften alljährlich zu mehrtägigen Verhandlungen zusammen. Sie haben wie es im § 1 des Statutes heißt: „die landwirtschaftlichen Interessen im Gesamtumfange des Deutschen Reiches wahrzunehmen und überall, wo dieselben durch die Reichsgesetzgebung oder durch Anordnungen und Maßregeln der Reichsverwaltung gefördert werden können oder geschädigt zu werden Gefahr laufen, nicht nur die etwa von ihm geforderten Gutachten abzugeben, sondern auch ungefordert und beizeiten an den Reichskanzler motivierte Vorstellungen zu richten und sich mit Anträgen an den Reichstag zu wenden.“ Könnte es da anders sein, als daß eine Versammlung des Landwirtschaftsrates ein Spiegelbild all dessen liefert, was die landwirtschaftlichen Gemüter Deutschlands irgendwie berührt, bedrückt oder beschäftigt? Dies ist auch tatsächlich immer der Fall gewesen und so blieb es bis heute, da der Rahmen des Bildes ein anderer wurde.

In der Monarchie hat der Landwirtschaftsrat einen recht feudalen Anstrich besessen. Der „Almanach de Gotha“ entsandte seine besten

Namen hinein und wer von Bürgerlichen dabei war, mußte schon durch besonderes Wissen dazu legitimiert sein. Kaiser Wilhelm in Person erschien wiederholt unter seinen Getreuen und hielt im letzten Vorkriegsjahr sogar ein Referat über die Meliorationen auf seinen Gütern, das fachlich gar nicht so übel war. Es ist auch sonst zuzugeben, daß die hohe Versammlung es ernst mit ihrer Aufgabe meinte, und daß die Wahl und der Inhalt der Referate durchaus nicht von enger Auffassung zeigte. Ganz im Gegenteil! Großzügig werden in der Tagung von 1913 alle Möglichkeiten der Produktionssteigerung auf der bisherigen Fläche und durch Vermehrung der Kulturfläche erörtert. Altmeister Sering entwickelt seine Pläne der inneren Kolonisation. Delbrück spricht der besseren Konservierung der Ernte das Wort; Graf von Schwerin will die Wirtschaft der bäuerlichen Betriebe besonders unterstützt sehen, eine Forderung, die Rümker durch kluge Vorschläge stützt. Die Verhandlung geht fort, gilt der Organisation der deutschen Fleischversorgung, blickt über die Grenzen, um auf die Rindviehzucht in Dänemark und Schweden hinzuweisen, beschäftigt sich mit dem Weinbau und den Produkten der deutschen Kolonien. Der Vorschlag der Errichtung einer Reichsanstalt für Milchwirtschaft beweist, daß die Wichtigkeit der Milcherzeugung gewürdigt wird. Eine Versuchskommission berichtet über Resultate auf allen möglichen Gebieten der landwirtschaftlichen Technik. Handelsgebräuche werden kritisiert und verbessert, Kreditfragen behandelt. Zeigt sich die Versammlung so als berufener Vertreter der kleinen wie der großen Gutsbetriebe, so wächst ihre Arbeit dann in allgemeine soziale Probleme hinein. Sie widmet der Jugendbewegung auf dem Lande Beachtung, um schließlich der wirtschaftlichen und sozialen Hebung der Landarbeiter verständnisvoll zu gedenken. Der Beschluß: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat hält die wirtschaftliche und soziale Hebung der Landarbeiter für eine der wichtigsten Aufgaben der landwirtschaftlichen Vertretungen,“ lehrt, daß die Grundherren von 1913 sich ihrer sozialen Aufgaben doch mehr bewußt waren als ihnen die Revolution zubilligte.

Nun aber ist die Demokratie den Vertretungskörpern in die Poren gedrungen und auch der Deutsche Landwirtschaftsrat zeigt in seiner Zusammensetzung die Spuren davon. Die Feudalherren sind es jetzt, deren Entsendung durch besonderes Wissen legitimiert wird und neben der Zahl der bürgerlichen Vertreter bilden sie die Minderheit.

Nicht leicht hat es der neue Landwirtschaftsrat sich auf der Höhe des alten zu halten, denn die Aufgaben, die er erfüllen soll, sind mächtig angeschwollen! Der Bericht über die Verhandlungen von 1927 gibt eine Idee von dem Ringen mit der neuen Zeit und mit ihren Erfordernissen. Was hat der Landwirtschaftsrat jetzt nicht alles zu bedenken und zu besorgen. Da muß er über die Teilnahme an dem Reichswirtschaftsrat beraten, der einstweilen ins Leben gerufen wurde und sie bedeutet nichts anderes als die Landwirtschaft noch bewußter in die nationale Gesamtwirtschaft eingliedern. Und dieses Betonen

der Zusammenhänge mit der Gesamtwirtschaft ist es, das allen Referaten den Untergrund gibt. So fällt das Wort von der Schicksalsverbundenheit der deutschen Wirtschaft und da Dr. Kutscher den Geschäftsbericht über das vergangene Jahr erstattet, stellt er es als besonders bedeutungsvoll hin, daß sich ein weitaus größeres Maß von Gemeinschaftsarbeit mit den gesamten Wirtschaftsverbänden Deutschlands ergeben hätte. Die Vollversammlungen werden nicht mehr, wie es dem Vorkriegsbrauch entsprach, lediglich in Berlin abgehalten, sondern durchwandern nach und nach die Gebiete des Reichs. Auf diese Art wird die Fühlungnahme nicht bloß mit Land und Leuten, sondern auch mit den übrigen Faktoren des Staats- und Wirtschaftslebens verdichtet.

Während der Tagung in Stettin ergibt es sich von selbst, daß Siedlungen und Meliorationen, die wichtigsten Fragen des Ostens, die Hauptgegenstände bilden. Die Melodie ist alt, doch klingt eine neue Weise hinein: „Ich warne vor der Auffassung, als ob die Nahrungsfreiheit Deutschlands nur für den Fall eines eigenen Krieges von Bedeutung wäre“, sagt der Präsident des Landwirtschaftsrates Dr. Brandes. „Wir haben erlebt, daß auch neutrale Staaten, die ihren Nahrungsbedarf nicht aus eigener Produktion decken konnten, während des Krieges in die allerschwierigsten Situationen gekommen sind. Die Aufrechterhaltung der Neutralität bei kommenden kriegerischen oder wirtschaftlichen Differenzen anderer Staaten kann für Deutschland unter Umständen davon abhängen, daß es genügend Nahrungsmittel selbst produziert.“ Meliorationen und Siedlungen sollen die Nahrungsfreiheit erringen helfen oder wenigstens zur Vermehrung der Bodenproduktion beitragen, deren vielfache Bedeutung jetzt sinnfälliger denn je in Erscheinung tritt. Die unglückliche Gestaltung der Handelsbilanz können sie mildern, die Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft erleichtern, den inneren Markt kaufkräftiger gestalten. Und das sozialpolitische Moment der Erwerbslosenbeschäftigung ist auch nicht gering einzuschätzen. So vergißt der Beschluß der Vollversammlung nicht die Produktion daran zu erinnern. „Eine großzügige Durchführung der Melioration“, heißt es, „sollte um so näher liegen, als sie in hervorragender Weise das Erwerbslosenproblem mit lösen hilft. Weil hier produktive Werte geschaffen werden und sich als Folge eine dauernde Mehrbeschäftigungsmöglichkeit in der Landwirtschaft ergibt, können die Erwerbslosen hier zweckmäßiger als auf irgendeinem anderen Gebiete angesetzt werden. Es ist daher zu fordern, daß alle irgendwie verfügbaren Mittel für Meliorationszwecke verwendet werden.“

Die Meliorationen erhalten erst dann ihren höchsten Wert für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wenn Flächen geschaffen werden, auf denen die Erwerbslosen selber Platz finden. Die Siedlungsarbeit will freilich ganz getan sein und dazu gehört mehr als sich unsere Schulweisheit früher träumen ließ. Der Referent (Freiherr von Gayl) legt dar, daß es nicht darauf ankomme, daß das Land willkürlich zerteilt in neue landhungrige Hände gelangt, sondern darauf, daß es in einer Weise

aufgeteilt wird, die dem einzelnen Erwerber und der Allgemeinheit tatsächlich zum Nutzen gereicht. Das könne nur erzielt werden, wenn die Aufteilung so erfolgt, daß der Ansiedler auf seiner neuen Betriebsstätte zu leben und vorwärts zu kommen vermag. Jede einzelne Siedlerstätte müsse in der Örtlichkeit mit Liebe und Sorgfalt lebensfähig gestaltet und dürfe nicht nach subjektiven Augenblickswünschen zugeschnitten werden. Neben Grund und Boden müßte die Errichtung der notwendigen Wohn- und Wirtschaftsgebäude sachgemäß durchgeführt und das notwendige Inventar gesichert werden. Zu den Voraussetzungen einer lebensfähigen Siedlung gehörten ferner die Regelung des Wege- und Vorflutnetzes und der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse. So sei eine richtige Siedlungsanlage ein planvolles und durchdachtes Kunstwerk, während Siedlungen, die gegen die Grundsätze des Siedlungswesens verstoßen, dem einzelnen Siedler, der Umgebung und der Allgemeinheit zu schwerem Schaden gereichten.

Das Referat mündet wieder in jene Gesichtspunkte, die der Dienst für die Gesamtheit verlangt. Wir finden sie gleichermaßen in den Referaten über die Eisenbahntarifpolitik wieder, in den Bestrebungen nach einer besseren Verbindung zwischen Verbraucher- und Erzeugerbezirken, in der Tarifbehandlung ausländischer Erzeugnisse. Bei der Besprechung der zoll- und handelspolitischen Fragen stellt Reichsminister Schiele diese Leitsätze auf: 1. das Einzelinteresse müsse sich unterordnen, 2. die verschiedenen Zweige der nationalen Produktivkraft müßten im Gleichgewicht gehalten werden, 3. die drei großen Berufsgruppen, Industrie, Handel und Landwirtschaft, sich als kaufkräftige Abnehmer gegenseitig fördern. Der Geist des großen Kanzlers und sein Motivenbericht zur Schutzzollvorlage von 1878 wird damit beschworen, zugleich aber gerade jenen Grundsätzen Rechnung getragen, die uns in der Tätigkeit des Landwirtschaftsrates und in dessen Arbeitsprogramm überall entgegentreten. Das Programm in seine äußersten Ausläufer zu verfolgen, kann nicht Aufgabe dieser Darstellung sein. Von den Fragen, denen es sich widmet, sind die betriebswissenschaftlichen schon anläßlich der Erwähnung der großartigen Buchführungsuntersuchung gestreift worden, die der Enquête-Ausschuß gemeinsam mit dem Landwirtschaftsrat unternommen hat<sup>1)</sup>, die sozialpolitischen im Kapitel über die Lohnarbeit<sup>2)</sup>; die Vorschläge zum landwirtschaftlichen Kredit- und Steuerwesen und die Anbahnung internationaler Beziehungen werden später zu besprechen sein. Hier sollen aus der Fülle der Vorlagen noch zwei neu bearbeitete Gebiete herausgehoben werden und zwar die Konjunkturbeobachtung und die Standardisierung.

Hat sich die Konjunkturbeobachtung im Wirtschaftsleben der Kulturvölker schon seit geraumer Zeit als unentbehrlicher Behelf erwiesen, so fällt ihr bei der Landwirtschaft eine Spezialaufgabe zu.

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel XIV und XV.

<sup>2)</sup> Kapitel XVI.



Einmal stehen die Agrarpreise unter dem besonderen Druck der Saisonschwankungen. Wenn die Ernte eingebracht wird, drängt alles zum Verkauf, den Geldmangel und Platzmangel erheischen. Ist die Zeit der Weide und des Grünfutters vorüber, müssen große Teile des Viehstandes zu Markt gebracht werden. So hat die Konjunkturbeobachtung den getreuen Eckehard zu spielen, der zu Maßnahmen gegen solchen temporären Preisdruck aufruft. Die andere Spezialaufgabe ergibt sich daraus, daß der Landwirt auf die Preisbildung nicht den gleichen Einfluß auszuüben vermag, wie ein Industrieller oder Händler. Dabei ist nicht nur an die Weltpreisbildung der meisten Agrarprodukte zu denken und daran, daß die Höhe des jährlichen Ernte- und Futterertrages, damit zugleich die Viehproduktion, von den natürlichen Faktoren ebenso abhängt, wie von den Bemühungen des Landwirtes. Auch der Umstand ist zu bedenken, daß dem Landwirt bisher jede Möglichkeit fehlte, dem Händler bei der Wertbestimmung der Boden-erzeugnisse gewachsen zu sein. Die eigentliche Preisbestimmung vollzieht sich überwiegend unter dem Einfluß des Handels und der von diesem geschaffenen Einrichtungen. Der Landwirt ist nur selten so gut wie sein Kontrahent über die Marktlage unterrichtet. Vor allem aber nicht darüber, wie die von ihm zum Verkauf gebrachten Erzeugnisse vom Konsum bewertet werden. Der Konjunkturbeobachtung fällt, wie man sieht, bei der Landwirtschaft schon ein gutes Stück Vorarbeit zu. Die Preisberichtsstelle, die der deutsche Landwirtschaftsrat ins Leben rief, soll sie leisten. Die Stelle hat die Landwirte möglichst rasch über die gezahlten Preise zu unterrichten, die weitgehendste Aufklärung über die Bedingungen zu vermitteln, unter denen die Preisbildung im einzelnen Fall vor sich ging und dafür zu sorgen, daß die Marktmeinung der Landwirte sich mit der tatsächlichen Versorgungslage deckt.

Zum Glück wird der Preisstelle das schwierige Amt durch die Erfindung und Ausbildung des Rundfunkes erleichtert. Nun kann sie ihre Weisheit munter in den abgelegenen Bauernhof funken und allerlei gute Ratschläge dazu. Der Landwirt ist nicht mehr gar so gottverlassen in seiner Not der Preisbewertung, die Konjunkturbeobachtung gesellt sich ihm dabei hilfreich zu. Sie vermag dies jedoch erst dann erfolgreich zu tun, wenn der Landwirt selbst über die Qualität seiner Erzeugnisse Klarheit besitzt, was in der Praxis gar nicht so leicht ist. Sind doch die Unterschiede der Qualitäten ungemein vielfältig. Beim Getreide beispielsweise können Boden, Klima, Bodenbearbeitung, Düngung, Sorte, Ernteausschlag, Erntewetter, Druscharbeit, Konservierung und dergleichen mehr, Divergenzen hervorrufen. Wie bringt man das Widersprechende in ein System, wie ordnet man, was sich scheinbar jeder Ordnung entzieht?

Die Standardisierung versucht es und weist damit ihr vornehmstes Ziel: die Bildung von Handelsklassen, für deren durchschnittliche Qualitäten Durchschnittspreise leichter zu ermitteln und bekannt zu

geben sind. Mit ihrer Festsetzung erst kommt Sinn in das bisherige System der Preisermittlung und der Börsennotierung. Das Standardisieren leitet aber auch beinahe selbstverständlich zur Qualitätsverbesserung hin. Der Landwirt wird etwa darauf hingewiesen bei der Wahl seines Weizens den Klebergehalt und die Farbkraft zu beachten, bei der Gerste die Eignung zu Brauzwecken. Die raschere Ernte, der sorgfältigere Drusch, die strengere Sortierung und Aufbewahrung des Getreides werden zur Pflicht. Bei der Milch und ihren Produkten ergibt sich das Gebot vorsichtiger, sauberer Gewinnung und Versendung und vor allem tierärztlicher Kontrolle der Kuhbestände. Die Referate des Landwirtschaftsrates behandeln diese und andere Bedingungen auf das Eingehendste und enthalten Vorschläge für die fernere Typisierung und Standardisierung von allen dazu geeigneten Produkten des Ackerbaues und der Viehzucht. Derart weitete sich unaufhörlich der Aktionskreis des Landwirtschaftsrates, von dessen Arbeit hier vielleicht eine flüchtige Idee, doch keineswegs ein hinreichend kennzeichnendes Bild gegeben werden konnte.

## II. Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft lädt zu Gast.

Eine Wanderausstellung. — Das Vermächtnis Max von Eyth. — Der Vorstand der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft über die Aufgabe der Ausstellungen. — Die Landarbeitsforschung erscheint zum ersten Male dort. — Exkurs von ihren Bestrebungen zu einem neuartigen Betriebssystem in den Vereinigten Staaten. — Wie die D.L.G. der Idee der Rationalisierung, Standardisierung und Mechanisierung dient.

Ein weiter, festlich geschmückter Platz, helle, flüchtige Bauten in unübersehbarer Zahl und Menschen, Menschen, Menschen. Sie ziehen zu Fuß, in Tramway, Auto, Autobus und selbst in altmodischen Pferdekutschen daher. Die Meisten geben sich schon durch die wetterharten Züge als Landwirte zu erkennen und sind oft von Frau und Kind begleitet. In den Klang der verschiedensten deutschen Mundarten mischt sich manche fremde Sprache und manches fremdländische Äußere deutet darauf hin, daß sich Gäste aus aller Welt zusammengefunden haben.

Unaufhörlich strömt die feiertägige Menge dem Riesenplatz zu. Ist's ein Volksfest, das sie hinführt, ein Jahrmarkt oder was sonst, das Jung und Alt herbeilockt? Hat sich Merkwürdiges ereignet, sind zwerchfellerschütternde Belustigungen zu erwarten oder irgendein Wundermann à la Parazelus, der Sieche heilt? Merkwürdig genug ist allerdings, was wir zu sehen bekommen werden, doch haftet ihm ungeachtet allerlei ergötzlichen Beiwerkes nicht das mindeste Spielerische an. Handelt es sich doch um eine höchst ernste Angelegenheit, um die Wanderausstellung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Deren wichtigste Aufgabe nennt der Vorstand der Gesellschaft die alljährlichen Ausstellungen<sup>1)</sup> und bekennt sich damit zu dem Arbeitsplane, den

<sup>1)</sup> „Die Notwendigkeit der alljährlich wiederkehrenden Wanderausstellungen der D. L. G.“, Stellungnahme des Vorstandes der D. L. G. Mitteilungen Stück 39, Berlin d. 29. 9. 1928.

schon Max von Eyth aufgestellt hat. Als er vor 40 Jahren die D. L. G. nach dem Vorbilde der Royal Agricultural Society of England gründete, ging sein Grundgedanke dahin, der Not der Landwirte mit Hilfe alljährlich wiederkehrender landwirtschaftlicher Wanderausstellungen zu steuern. Nicht Festtage, Tage des Vergnügens sollten sie bedeuten; sondern beharrlicher, zielbewußter Arbeit dienen.

Da sich in neuester Zeit unter den Landwirten Stimmen erheben, die meinen, die Wanderausstellungen wären jetzt in den ernstesten Zeiten, die wir durchleben, nicht mehr am Platze, knüpft der Vorstand der Landwirtschaftsgesellschaft an das Vermächtnis Eydts an und begründet noch einmal den Sinn der Veranstaltung, an der so Viele von uns bewundernd und wißbegierig teilzunehmen Gelegenheit hatten: Sie soll das Verständnis für die landwirtschaftliche Arbeit auch bei Außenstehenden wecken, ihnen vor Augen führen, welch' vielseitiger und schwerer Beruf die Bodenkultur darstellt; zeigen, welch' ungeheuerer Anstrengung auf technischem und wissenschaftlichem Gebiete notwendig ist, um den Unbilden der Natur und den Schwierigkeiten der Zeit Stand zu halten.

Das ist die eine Aufgabe der Wanderausstellungen. Die andere, positivere der Produktionsförderung zeigt ein Rundgang durch die Ausstellung in ihrer Erfüllung. Da werden die deutschen Viehrassen und Schläge und ihre Nutzungseigenschaften der breiten Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Kenntnis gebracht. Wo gäbe es eine andere Gelegenheit, welche dies gleichwertig ermöglichen würde? Die Besichtigung der Schaustellungen, die Teilnahme an der Arbeit der Preisrichter, die Vorführung der Tiere in den Ringen schult das Auge des Besuchers und lehrt ihn die Vorzüge und die Eigentümlichkeiten der verschiedenen Zuchtgebiete und Zuchtrichtungen erkennen. Wirkt schon dies vorteilhaft auf die züchterische Tätigkeit jedes Einzelnen, wie erst die Vorbereitung zur Beschickung der Schauen! Bestrebt sich doch Jeder das Höchste zu leisten, um den Wettbewerb erfolgreich zu bestehen. So haben sich innerhalb der einzelnen Zuchtgebiete einheitliche Zuchtziele ausgebildet. Das Erreichte ist wieder in Wettbewerb mit den Leistungen anderer Zuchtgebiete getreten, bis das Gute vom Besseren und das Bessere vom Besten überholt wurde. Kronzeugen sind dadurch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft geworden für den Nutzen, den sie der Viehzucht durch ihre Ausstellungen brachte.

Der wirkt sich weiter in der milchwirtschaftlichen Ausstellung aus, möge sie Milch, Butter, Käse, wissenschaftliche und technische Erfindungen der Milchwirtschaft und des Molkereiwesens oder Geräte oder Maschinen dafür betreffen. Überall wird der Fortschritt gezeigt und dem Besucher eindringlich ins Ohr gehämmert. Die Hilfsmittel der Technik und Forschung werden freilich noch in einer besonderen Abteilung vorgeführt; auch die der Pflanzenzüchtung, deren wertvolle Erzeugnisse der Landwirtschaft überzeugend vor Augen

treten. Selbstverständlich ist, daß die Wanderausstellung den besten Anschauungsunterricht über die Erzeugnisse der Düngerindustrie vermittelt. Die zweckmäßige Ernährung der Kulturpflanzen mag in dieser Abteilung lernen, wer sie nicht früher kannte, die Wirkung der neuen Fabrikate vergleichen, wer längst in die Mysterien der Kunstdüngerverwendung eingeweiht ist. Und daß wir nicht der ausgestellten Maschinen und Geräte vergessen, die einen Überblick über die Neuschöpfungen der letzten Jahre geben. Oder wird man die Abteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Hilfsmittel missen wollen, von denen die ersten ausschließlich deutscher Herkunft sind, die zweiten aller Welt entstammen? Dann die Gruppe der Industrien, die landwirtschaftliche Rohstoffe veredeln, von den Winzern angefangen bis zu der Obst- und Gemüseverarbeitung und der Fleischwarenerzeugung. Sie alle sind Beweise unermüdlicher Arbeit, die sich am Vergleiche bildet und vervollkommt und durch die geschaffene Vergleichsmöglichkeit zu Einheitlichkeit auf weiten Betriebsgebieten angeregt wird.

In den letzten Jahren ist den Wanderausstellungen ein Arbeitsgebiet von hoher Anziehungskraft zugewachsen. Schon auf der Mannheimer Ausstellung im Jahre 1925 fiel dem Besucher eine Zusammenstellung von Ziffern und Zahlen, von Diagrammen und vergleichenden Abbildungen auf, die stets dicht umlagert war. Landarbeitsforschung stand darüber geschrieben und als Aussteller zeichnete, wie ich mich zu entsinnen glaube, das Landarbeits-Institut in Pommritz. Die Besucher fanden da die menschliche, tierische und maschinelle Arbeitskraft nach wissenschaftlichen Methoden gemessen und den Leerlauf registriert, der bei den verschiedenen landwirtschaftlichen Arbeiten beobachtet worden war. Die Wissenschaft hatte begonnen, die Rationalisierung der Landarbeit in die Hand zu nehmen, die Schaffung exakter Voraussetzungen für die sparsamste Verwendung der wirtschaftlichen Kräfte bei der Produktion. Solchem Prinzip der Wirtschaftlichkeit trug zwar stets jede erfolgreiche ökonomische Handlung nach Tunlichkeit Rechnung, doch war das bisher in der Landwirtschaft dem tüchtigsten Praktiker nur in roher, unzureichender Art möglich. Nun wurde gleich ein wahrer Gipfel genau errechneter Kraftleistungen vorgeführt.

Dem Besserwisser genügt freilich auch das noch nicht. Der hat irgendwo von der 38 000 Hektar umfassenden Weizenfabrik gelesen, welche die Campbell Farm Corporation im Staate Montana in den Vereinigten Staaten betreibt. Die Farm, deren Land eine nicht bewirtschaftete „Reservation“ der eingeborenen Indianer war und diesen abgepachtet wurde, wird nach denselben Prinzipien geleitet, die Ford in die Industrie eingeführt hat<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Das bedeutet: äußerste Ersparnis an Kraft, Zeit und Arbeit. Alles im Betrieb ist mit der Uhr in der Hand durchdacht, durchrechnet, durchorganisiert. Alles auf die einfachste Formel gebracht. So kennt der Betrieb keinen Fruchtwechsel, nur

In Mitteleuropa gibt es weder brachliegende Indianerterritorien in fast beliebiger Ausdehnung, die um jeden Preis zu haben sind, noch lassen sich Methoden, die sich im amerikanischen Westen bewährten, ohne weiteres unter unseren Verhältnissen anwenden<sup>1)</sup>. Die Idee der Industrialisierung, deren Verwirklichung dort der zähen Energie eines kapitalkräftigen Unternehmers gelang, muß bei uns erst dem engen Raum, den Bedürfnissen und der Eigenart der europäischen Wirtschaft angepaßt werden. Die Landarbeitsforschung aber bewegt sich in der Richtung der Rationalisierung und gelangt dabei vielfach ebenfalls zur Mechanisierung. Sie strebt dies jedoch auf eine Weise an, welche die Errungenschaften der intensiven Landwirtschaft unserer Zonen vor dem Heruntersinken auf die oberflächliche Bodenkultur der Weizenfabrik bewahrt.

den Anbau von Weizen. Das Getreide wird ein oder zwei Jahre hintereinander gesät, dann hält man ein Jahr Brache, der Boden bleibt unbebaut, damit er ausruhen und nachher ohne Dünger wieder eine normale Ernte geben kann. Zugtiere werden nicht verwendet und so erstaunlich wenig Menschen, daß in der Erntezeit auf 60 Hektar ein Arbeiter entfällt und nachher auf 300 Hektar einer; kaum ein Zwanzigstel so viel ist das, als bei uns in einer Wirtschaft von durchschnittlicher Intensität. Die Arbeiter verdienen diesen Namen kaum noch, da sie nur leitende, nicht motorische Arbeit leisten. Sie sind Mechaniker und Chauffeurs, Chauffeurs, denen bei uns wegen Schnellfahrens längst die Lizenz entzogen worden wäre. Denn, die Maschinen, die alles und jedes machen, sind stets im Flug, in bodenloser Hast in Bewegung. Reparaturen werden nachts vorgenommen. In der Frühe steht die Maschinenkolonne pünktlich wie ein Eisenbahnzug zur Abfahrt bereit da. Und nun beginnt die atembeklemmende Jagd von neuem, ohne die geringste Pause bis zum späten Abend andauernd. Der Brennstoff wird während der Fahrt aufgenommen, die Essenszeit durch Personenwechsel erspart, Maschinendefekte werden durch das Einspringen von Reservemaschinen ausgeglichen. So ackert und eggt, so sät und mäht und drischt man, so führt man die Frucht in die riesigen Eisentanks, welche die Stelle der Scheuern einnehmen. Elevatoren verstauen dort das Getreide und schaffen es in die Tankautos, wenn es zur Bahn gebracht und, natürlich wieder maschinell, in die Waggons verladen wird.

Wir haben es hier zweifellos mit einem neuartigen Wirtschaftssystem zu tun, dessen Verlauf sich selber charakterisiert und das weder als extensiv noch als intensiv zu bezeichnen ist: nicht als extensiv, weil dem der große Aufwand an Maschinenkapital entgegensteht. Nicht als intensiv, weil mit dem Faktor Boden doch verschwenderischer umgegangen wird, als es bei der intensiven Wirtschaft üblich ist. Das System läßt sich auch nicht mit dem Worte „Mechanisierung“ allein abtun, weil die höchste rechnerische, organisatorische Durchsetzung dazu tritt. Deshalb dürfte die Bezeichnung „Industrialisierung“, für diese Art Landwirtschaft zu treiben, die angemessene sein. Die Campbell-Farm weist Ernteerträge aus, die sich unter Berücksichtigung des Umstandes, daß jährlich immer nur ein Teil des Bodens bebaut wird, auf bloß vier Meterzentner per Hektar der Gesamtfläche belaufen. Sie erbringt somit nur den sechsten oder siebenten Teil der Hektarerträge unserer intensiven Wirtschaften.

<sup>1)</sup> Eine genaue Beschreibung der Campbell Weizenfarm hat Ing. und Dipl.-Landwirt Dr. Fritz Bredemann gegeben. („Die Technik in der Landwirtschaft“, 8. Jahrgang 1927, Nr. 11 und 12. V. D. I. Verlag Berlin.) Dr. Bredemann ließ sich um die Einrichtungen und Arbeitsmethoden dieser größten Weizenfarm der Welt kennen zu lernen, dort als Traktorfürer anwerben. Er macht u. a. darauf aufmerksam, daß die technische Behandlung und Überwachung der Traktoren eine sorgfältigere als bei uns ist, was das Geheimnis ihres großen Erfolges bilde. Zu beachten ist wohl auch, daß die Maschinen in den Vereinigten Staaten billiger sind.

Die exakten Versuche der Landarbeitsforschung sind bloß einem mit allen hierzu erforderlichen Hilfsmitteln ausgestatteten wissenschaftlichen Institut möglich. Wie jedoch das Düngerbedürfnis der Pflanzen durch den wissenschaftlich exakten Gefäßversuch allein nicht festzustellen ist, weil sich auf freiem Felde, unter dem Einfluß der natürlichen Wachstumsfaktoren vielfach andere Ergebnisse zeigen, so sind auch die Resultate des exakten Experimentes auf dem Gebiete der Landarbeitsforschung nicht ohne weiteres für die Praxis gültig<sup>1)</sup>.

Hier setzt die Arbeit der D. L. G. ein. Ihre Betriebsabteilung hat sich schon 1925 bemüht eine Anzahl gut geleiteter Betriebe, in denen der Beschränkung des Arbeitsaufwandes von jeher besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden war, zur Teilnahme an ihren Versuchen zu gewinnen. Diese Betriebe wurden zu Landarbeitsringen zusammengeschlossen und mit Hilfe von vier Landarbeitsbeamten der D. L. G. auf ihre Leistung an menschlicher, tierischer und maschineller Arbeit untersucht. Selbstverständlich, daß man dabei Boden, Klima und andere, die Arbeitsleistung beeinflussende Bedingungen berücksichtigte und die Resultate der einzelnen Wirtschaften miteinander verglich, wie es dem Sinn der Versuchsringe entspricht. Auf Grund der gesammelten Erfahrungen konnten die Beobachtungen der Betriebsabteilung von Jahr zu Jahr erweitert werden. 1929 sind schon 49 Groß- und 31 bäuerliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von insgesamt 20 700 ha einbezogen und in 14 Landarbeitsringe zusammengefaßt worden. Sie sollen als Bindeglied zwischen der exakten Forschung und der Praxis dienen und Unterlagen liefern über Durchschnittsleistungen, über zweckmäßige Arbeitsverfahren und Lohnungsarten. Kurzum aus der Praxis heraus feststellen, was sich tun läßt, um den Betrieb mit sparsamerem Arbeitsaufwand und mit geringerem Leerlauf führen zu können. Ohne viel Aufsehen zu machen hat sich die D. L. G. an ein Tätigkeitsgebiet herangewagt, das für die zukünftige Landwirtschaft von unabsehbarer Bedeutung zu werden verspricht<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu: Landarbeitsforschung, Bericht von Dr. Peters, Berlin in Stück 15 der Mitteilungen der D. L. G. vom 15. April 1927; ferner, den Aufsatz desselben Verfassers in Stück 18 derselben Mitteilungen vom 5. Mai 1928.

<sup>2)</sup> Es dürfte zum Verständnis der praktischen Mitarbeit der D. L. G. beitragen, wenn hier skizziert wird, welche Aufgaben die entsendeten Landarbeitsbeamten zu erfüllen haben. Es sind das nach den Ausführungen Dr. Peters im Großbetrieb wesentlich folgende:

a) Auf dem Gebiete der laufenden Betriebsführung:

1. Feststellung von Durchschnittsleistungen im Zeitlohn.
2. Überprüfung der bisher gezahlten Leistungslöhne unter Zugrundelegung der festgelegten Durchschnittsleistungen und Berücksichtigung sonstiger, die Arbeitsleistung beeinflussender Bedingungen.
3. Einführung bzw. vermehrte Anwendung von Leistungslöhnen nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse.
4. Beobachtung, ob die Ergebnisse der Landarbeitsforschung bei der Anstellung und Einteilung der Arbeiter berücksichtigt werden (Arbeitsvorbereitung).
5. Untersuchungen über die Zweckmäßigkeit der vorhandenen Handarbeitsgeräte (ferner ist auch festzustellen, wo und wie Handarbeitsgeräte aufbewahrt werden usw.).

### III. Eine österreichische Landwirtschaftskammer.

Entstehen der ersten Landwirtschaftskammern. — Demokratisierung und Verbreiterung der Kammern nach dem Krieg. — Die niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer bei der Arbeit. — Worin die Bedeutung der neuen Landwirtschaftskammern liegt.

Als Preußen 1894 daran ging die ersten Landwirtschaftskammern Deutschlands ins Leben zu rufen, wurde der Gesetzentwurf durch den Hinweis gestützt, daß nur eine alle Landwirte umfassende öffentliche Organisation, die kraft des Besteuerungsrechtes in jeder Lage aktionsfähig bleibt, die Unabhängigkeit der landwirtschaftlichen Interessenverwertung zu sichern vermöge<sup>1)</sup>. In Frankreich, das bereits

6. Eigene Führung bzw. Unterstützung bei der sachgemäßen Führung des Arbeitstagebuches.

7. Besprechung der festgestellten Arbeitsleistungen mit dem Betriebsleiter unter Hinzuziehung der für die durchgeführten Arbeiten zuständigen Unterbeamten. Soweit Vergleichsbeobachtungen aus anderen Betrieben vorliegen, sind solche hierbei zu verwenden.

8. Gemeinsame Überlegung mit dem Betriebsleiter, ob durch Verbesserung der derzeitigen Arbeitsverfahren, unter Berücksichtigung der Güte der Arbeit eine Leistungssteigerung möglich ist. (In vielen Fällen wird man hierbei ein auf Grund von Beobachtungen in einem anderen Ringbetriebe als zweckmäßiger erkanntes Arbeitsverfahren übernehmen können.)

9. Erfassung der jährlichen Benutzungsdauer der wichtigsten im Betriebe vorhandenen Maschinen (ausgedrückt in Arbeitsstunden) durch Führung von Maschinenstammkarten.

#### b) Auf dem Gebiete der Betriebseinrichtung:

1. Überprüfung der Fruchtfolgen unter Berücksichtigung des Arbeitsaufwandes und der Arbeitsverteilung bei den einzelnen Feldfrüchten (Beachtung der Sorten unter Berücksichtigung der Reifezeit!) und unter Berücksichtigung der im Betriebe zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte (in Betrieben mit teilweise entfernter gelegenen Ackerschlägen oder auch wechselnden Bodenverhältnissen dürften in der Mehrzahl der Fälle bereits zwei oder mehrere Fruchtfolgen vorhanden sein; wo unter diesen Verhältnissen nur eine Fruchtfolge vorhanden ist, dürfte die Einrichtung von zwei Fruchtfolgen unter dem obigen Gesichtspunkt zu erwägen sein). Etwa vorhandene, während der letzten Jahre sorgfältig geführte Arbeitstagebücher liefern hierfür sehr wertvolle Unterlagen.

2. Anstellung von Voranschlägen, dahingehend, ob durch Anschaffung von arbeitsparenden Geräten und Maschinen eine wesentliche Senkung des menschlichen und tierischen Arbeitsaufwandes oder auch eine Steigerung der Anbauintensität möglich ist, so daß die dadurch bedingte Kapitalanlage wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Daß derartige Berechnungen nicht ausschließlich vom Standpunkte des Arbeitsaufwandes aus anzustellen sind, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

3. Durchführung arbeitsparender Maßnahmen hinsichtlich der vorhandenen Wirtschaftsgebäude bzw. Berücksichtigung obiger Maßnahmen bei Neubauten. In vielen Fällen ist durch ganz geringfügige und mit wenig Kosten verbundene Änderungen eine wesentliche Einschränkung des durch unnötige Wege entstehenden „allgemeinen Leerlaufs“ möglich.

Für die bäuerlichen Betriebe wurde die Instruktion den Verhältnissen angepaßt.

<sup>1)</sup> „Landwirtschaftskammern“ von W. v. Altrock im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV. Aufl., Gustav Fischer, Jena. Dann: Wygodzinski, Die Landwirtschaftskammern, Jb. f. G. V., Bd. XL 1916.

seit 1851 seine Landwirtschaftskammern besaß, und in Schottland und England, wo sie 1864, bzw. 1866 gegründet wurden, scheint man die Institution nicht gleich von Anfang an so fest auf beide Füße gestellt zu haben, wie in Preußen. Wird doch berichtet, daß die französischen Kammern eine bemerkenswerte Wirksamkeit nicht entfaltet und daß die britischen über allzu geringe Mittel verfügten<sup>1)</sup>, um sich entsprechend betätigen zu können. Nach dem Weltkrieg erst sind die Einrichtungen energisch revidiert worden. Selbst Preußen erlebte eine Renaissance seiner Kammern<sup>2)</sup>, der die übrigen deutschen Staaten mit ähnlichen Institutionen folgten. Die Verbreiterung des Wählerkreises und — was beinahe noch wichtiger erscheint — des Kreises der Wählbaren, ist ihr hervorstechendster Zug. Die gleiche Richtung tritt uns in den zahlreichen Staaten entgegen, die sich nun zu der Einrichtung der Landwirtschaftskammern bekehrten oder sie kräftig zu reformieren bestrebt waren. Frankreich versuchte dies 1919 durch einen umfassenden und liberalen Gesetzentwurf. Polen, Österreich, die Tschechoslowakei und andere Länder haben Kammern auf solcher Grundlage errichtet oder stehen im Begriffe es zu tun.

Um die Demokratisierung und die Neugründungen der Kammern richtig einzuschätzen, ist es gut sich daran zu erinnern, daß sie zusammenfallen mit der Vermehrung der Kleinbauernstellen und mit der Belebung der Bauernbewegung in so vielen Teilen Europas. Mag das Zweite Mitursache der Verbreitung des Kammer-Gedankens sein oder bloß auf das Wesen und die Führung der Kammern zurückwirken, jedenfalls hat deren Auftriebkraft dadurch einen kräftigen Vorspann gewonnen.

Lokale Zufälligkeiten werden den Wirkungskreis der Kammern vermutlich da und dort anders beeinflussen. Welche treibenden Kräfte jedoch dem Bauernstand durch die Kammern zugewachsen sind, wird klar, wenn man in die Tätigkeit einer solchen Einblick nimmt. Eine Agrartagung der niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer bot Gelegenheit in diese Arbeit Einblick zu erhalten: Beratung in Steuer- und Gebührenfragen und in Vertragsangelegenheiten gehört zum Wirkungskreis der Kammer. Betriebsberatung, Beratung in Buchführungsfragen, ja die Führung der Bücher selber soll dem Landwirt werden. Und wie sich die Kammer auf die landwirtschaftlichen Schulen stützt und auf die bestehenden staatlichen Versuchs- und Samenkontrollstationen, bringt sie deren Wirksamkeit dem Verständnis der Bauernschaft näher. Sie vermittelt Bodenuntersuchungen und verschafft Anleitung zum richtigen Düngen und zu rationeller Fütterung. Sie fördert den Bau von Dungstätten und Gülleanlagen, unterstützt die Errichtung von Silos und hat ihr Auge auf jeglicher Art maschineller und technischer Errungenschaft. Dabei bedient sich die Kammer

<sup>1)</sup> Prof. Dr. B. Skalweit: Die englische Landwirtschaft, Berlin 1915, Paul Parey.

<sup>2)</sup> Nach dem Abänderungs-Gesetz vom 16. 12. 1920.



der landwirtschaftlichen Genossenschaften und verhilft diesen dadurch zu neuen Impulsen. Fachkurse, Haushaltungskurse, Baumwärterkurse u. a. m. werden veranstaltet, um das Wissen und das Interesse der landwirtschaftlichen Jugend zu vermehren. Unter Kontrolle der Saatgut-Anerkennungskommission wird hochgezüchtetes Saatgut bezogen, vermehrt und verteilt. Der Bauer wußte längst, daß die Kartoffel leicht degeneriert, weshalb er auf Saatgutwechsel hielt. Nun sorgt die Kammer dafür, daß neue, hochgezüchtete Kartoffelsorten dem heimischen Klima und Boden angemessen, herein gelangen. Der Wichtigkeit vermehrter Grünfütterernten trägt die Kammer dadurch Rechnung, daß sie Grassamenmischungen zusammenstellen läßt. Bisher mußte der Grassamen so gut wie zur Gänze aus dem Auslande eingeführt werden. Die Kammer hat bei zahlreichen Landwirten Grassamenanlagen errichtet und Futterbaustationen angelegt. Und was nicht alles für die Verbesserung des Wein- und Obstbaues oder für die Förderung der Pferdezucht, der Kleintierzucht, der Bienenzucht und für vieles anderes geschah! Unter der Ägide der Kammer gelingt es den Zuckerrübenbau zu erweitern und die Rübenenernte zu steigern. Sogar auf die Bedingungen der Rübenkontrakte nimmt die Kammer Einfluß und selbstverständlich ist es, daß sie der Milcherzeugung, der Milch-anlieferung und Preisgestaltung ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Stehen Frachterhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Bedarfsartikel in Frage, droht Steuerbelastung oder stockt irgendwo der Verkauf oder der Bezug, ist irgendein Gesetz in Vorbereitung, das die Landwirtschaft berührt, die Kammer ist dabei und denkt und sorgt für ihre bäuerlichen Schützlinge. Zuletzt hat sie auch noch die gesetzlich vorgeschriebene Revision der Genossenschaften übernommen. Der Sicherheitskoeffizient des Genossenschaftswesens wird dadurch verstärkt, der Kontrolle ein autoritativer, objektiver und sachkundiger Charakter verliehen. Eine Einrichtung ist geplant, die langwierigen, teuren Prozessen vorbeugen soll. Die Landeskammer wird am Sitze der Bezirksbauernkammern Schiedsgerichte bilden, deren Aufgabe es ist, in allen Streitfällen zwischen Landwirten zu vermitteln.

So von der Kammer gestützt und betreut, beinahe möchte man sagen, von der Wiege bis zum Grabe begleitet, vermag der Bauer die Erscheinungen weit besser zu meistern, die ihm im Stall und in der Futterkammer, am Feld und auf der Dungstätte, am Markt und im sonstigen Wirtschaftsverkehr das Leben sauer machen. Und hierin liegt die mächtige Bedeutung der Landwirtschaftskammern. Jetzt ist dem Bauer eine Stelle geschaffen, die für ihn studiert und experimentiert, den theoretischen Fortschritt verfolgt und gleich auf seine praktische Anwendbarkeit prüft. Eine Stelle, die überall am Werke ist, wo es gilt, brauchbare Neuerungen der Technik und des Handels dem kleinen Landwirt ins Haus zu bringen, ihn vor unzumutbarem Eingreifen der Legislative zu bewahren, zu nützlichen Vorkehrungen anzuregen.

Haben die alten, auf freiwilligem Zusammenschluß beruhenden Landwirtschaftsgesellschaften und sonstigen Vereinigungen die Bedürfnisse des Bauernstandes nicht verstanden, haben sie versagt, da es darum ging, die kleineren Betriebe zu beraten, ihnen zu dienen? Nein, wahrlich nicht, ein solcher Vorwurf wäre der ungerechteste, unverdienteste von der Welt. Man braucht sich nur der unendlich dankenswerten Bestrebungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, der „Royal Agricultural Society of England“, der „Highland and Agricultural Society of Scotland“ oder der mehr als hundertjährigen Österreichischen Landwirtschaftsgesellschaft mit ihren angeschlossenen Bezirksvereinen und Kasinos und ähnlicher Organisationen zu erinnern, um zu erkennen, daß der gute Wille tüchtiger Männer seit langem auf die Unterstützung der Bauernbetriebe bedacht war. An diesen Voraussetzungen für den vollen Erfolg hat es jedoch vor allem vorher gefehlt: An der Nötigung der kleinen Landwirte bei den freiwilligen Organisationen überhaupt mitzutun, an ausreichenden finanziellen Mitteln und was am schwersten wiegt, an unbedingtem Vertrauen zu den Maßnahmen und Vorschlägen der freien Vereinigungen. Der Bauer ist von Haus aus ein gar konservativer Mann und hat angesichts der Unberechenbarkeit der natürlichen Bedingungen, von denen der Erfolg seiner Arbeit abhängt, nur zu recht, es zu sein. So lange man ihm nicht die Möglichkeit schafft den Fortschritt ohne allzu große Risiken mitzumachen, hört er immer lieber auf das relativ Sichere ererbter Erfahrung. Kommt guter Rat gar erst von hohen Herren, die ihm schon wegen ihres ausgedehnten Landbesitzes ungemütlich sind, so wird der Bauer um so mehr Bedenken tragen sich im Experimente einzulassen, deren Erfolg ihm zweifelhaft erscheint. Der sanfte Zwang zur Teilnahme an der Kammerarbeit, langsam erwachendes Vertrauen zu den Bemühungen von Leuten, die er als Seinesgleichen ansieht, und greifbare Erfolge der Kammern haben die Gedankenrichtung des Bauern nun erfreulich dem Fortschritt zugewendet. Dabei mag sogar mitgespielt haben, daß es dem vorsichtigen Bauern widerstrebt an die Kammern Beiträge zahlen zu müssen, ohne entsprechende Gegenleistung zu empfangen. Nun sind die Gegenleistungen in reichem Maße erfolgt.

#### IV. Das Haus der tschechoslowakischen Landwirtschaftskultur.

Die Organisationen der Landwirte und die landwirtschaftlichen Einrichtungen des Staates fallen in der Tschechoslowakei vielfach zusammen. — Das Haus der Landwirtschaftskultur als Sammelpunkt fachlicher und kultureller Bestrebungen. — Die Akademie der Landwirtschaft und ihr Programm. — Die kürzeste Brücke von der Theorie zur Praxis. — Studien über die bäuerliche Wesenheit und ihre Bedeutung.

L'état c'est moi — diese stolzen Worte Ludwigs XIV. könnten die tschechischen Agrarier beinahe auch gebrauchen. Ihre Partei ist die größte und bestorganisierte in der Tschechoslowakei und ihr Einfluß so überragend, daß der Parteiobmann Švehla zugleich als Minister-

präsident an die Spitze der Regierung treten konnte. Man ist also bei sich zuhause in der Tschechoslowakei als Mitglied der Agrarpartei und in keinem anderen Staate verwischen sich die Grenzen zwischen den Organisationen der Landwirte und den landwirtschaftlichen Einrichtungen des Staates gleich hier. Beide fallen vielfach zusammen, so daß man kaum sagen könnte, wo die eine anfängt, wo die andere aufhört.

Das Haus der Landwirtschaftskultur in Prag, oder sollte es nicht besser heißen: ihr „Palast“, liefert dafür den sprechendsten Beweis. Zugleich den Beweis für die außerordentlichen Anstrengungen, welche die Tschechoslowakei ihrer Bodenkultur zuwendet. Man hat die Aufteilung des Bodens durchgeführt, ihn vielleicht dabei ein wenig gar zu stark zersplittert und so die Produktivität herabgemindert. Nun ja, das hat man schon einmal getan, aber jetzt soll das Erdenkliche, Menschenmögliche getan werden, um gut zu machen, was etwa verdorben worden ist. Im Haus der Landwirtschaftskultur laufen die Fäden der wissenschaftlich-technischen Organisation der tschechoslowakischen Landwirtschaft zusammen. Es ist zum Sammelpunkt aller fachlichen und kulturellen Bestrebungen, zur Hebung des Landlebens und des Landwirtschaftsbetriebes bestimmt. Die Schul- und Kulturabteilung des Ministeriums für Landwirtschaft wurde hier untergebracht und das landwirtschaftliche Filmarchiv und die Diapositivzentrale. Eine außerordentliche Zahl von Filmen behandelt die mannigfachsten Stoffe und soll den Gesichtskreis und das Wissen der Dorfbewohner erweitern. In der ständigen Lehrmittelausstellung ist zusammengefaßt, was nur irgend das Herz der heranwachsenden ländlichen Jugend erfreuen und zu deren Verständnis sprechen könnte. Lehrbücher für landwirtschaftliche Schulen sollen gesammelt ihre Vorteile und Nachteile zeigen, um das beste für die tschechoslowakischen Schulen gewinnen zu lassen. Das Agrararchiv ist eine wichtige fachliche und wissenschaftliche Institution, welche die Geschichte der Landwirtschaft verfolgt. Daneben hat man in dem weitläufigen Gebäude eine höhere landwirtschaftliche Genossenschaftsschule eingerichtet und die Bauernvolkshochschule, die landwirtschaftliche, slavische Zentralbibliothek nebst Lesehalle ist darin untergebracht. Ämtern, Anstalten, Vereinen und wissenschaftlichen Einrichtungen stehen Prachträume zu Sitzungen, Vorträgen, Unterrichtskursen zur Verfügung und die Förderung der landwirtschaftlichen Bildungsbestrebungen geht so weit, daß die Teilnehmer an den Fortbildungskursen und an den verschiedenen Exkursionen im Hause sogar gastliche Unterkunft finden (im landwirtschaftlichen Heim).

In diesem Hause hat eine wissenschaftliche Institution besonderer Art ihren Sitz, die Akademie der Landwirtschaft, die 1924 gegründet wurde. Wir haben in den vorstehenden Blättern mancherlei Organisation vorüber ziehen und befähigt gesehen, der Bodenproduktion zu nützen. Keine war jedoch darunter, die eigentlichen wissenschaftlichen Forschungszwecken dienen würde, weil wir uns hier mit solchen Einrichtungen beschäftigen, welche für die direkte För-

derung des Landwirtschaftsbetriebes bestimmt sind. Die tschechoslowakische Akademie indessen ist, ungeachtet ihrer wissenschaftlichen Eigenart, so sehr Helferin der Praxis, daß es wohl berechtigt erscheint, sie unter die unmittelbar produktionsstützenden Organisationen einzureihen. Die tschechoslowakische Republik ist kaum weniger reich an landwirtschaftlichen Fach-, Forschungsinstituten, Schulen, Vereinen aller Art als andere Länder. Die überragende Wichtigkeit jedoch, welche sie der Agrarproduktion in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung zumißt, hat sie veranlaßt, ein Übriges zu tun und eine Stelle zu schaffen, die zusammenfaßt, was sich einzeln in Theorie und Praxis bemüht und es in Beziehung setzt zu den Errungenschaften anderer Staaten. Dies der Sinn des ausgreifenden Arbeitsprogramms, das durch das Statut geregelt, durch die Arbeits- und Geschäftsordnung der Verwirklichung nähergebracht wurde.

Wie fängt die Akademie es an, um die wissenschaftliche Tätigkeit im Dienst der Landwirtschaft systematisch zu organisieren? Sie vereinigt nicht bloß die heimischen Gelehrten und Fachschriftsteller und die Landwirte, welche sich wissenschaftlich oder schriftstellerisch um die Bodenkultur verdient gemacht haben, sondern sichert sich zugleich die Mitarbeit hervorragender Ausländer, die in beschränkter Zahl zu Ehren- oder korrespondierenden Mitgliedern gewählt werden können. Die 5—7mal im Jahre stattfindenden Kollegialsitzungen bilden das Forum für neue wissenschaftliche Originalarbeiten, deren zwei- oder mehrsprachige Veröffentlichung in den Mitteilungen der Akademie („Věstník Č. A. Z.“) erfolgt. Die Wissenschaft aber muß sich damit bescheiden, in der Akademie nicht nur um ihrer selbst willen gepflegt zu werden. Hauptzweck ist vielmehr die kürzeste Brücke von der Wissenschaft zur landwirtschaftlichen Produktion zu schlagen. Dies geschieht durch Enquêtes und Arbeitssitzungen, in denen in- und ausländische Gelehrte und Fachleute referieren. Unter den bisher behandelten Fragen befinden sich das Stickstoffproblem, die Weidewirtschaft der C. S. R., der tschechoslowakische Gerstenbau, die Bedeutung des Kartoffelbaues mit Rücksicht auf die Kartoffelindustrie und die wissenschaftliche Begründung der agrarischen Zollpolitik. Man untersuchte die Rentabilität der Rinder- und Schweinezucht, erörterte die Möglichkeit, die Weizenernten der C. S. R. quantitativ und qualitativ zu verbessern, befaßte sich mit der rationellen Behandlung des Stalldüngers, landwirtschaftlichen Arbeiterfragen und mit dem Frühgemüsebau. Einzelkorn und Dünnsaat, die Waldreform, rationelle Arbeitsführung, das Zuckerproblem wurden vom Standpunkt der tschechoslowakischen Interessen geprüft. In 6 Sektionen (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau, landwirtschaftliche Industrien, Wirtschaftslehre des Landbaues, Literatur und Kultur) gegliedert, von 50 Arbeitskommissionen unterstützt, geht die Arbeit weiter. Hie und da werden Sitzungen in den Zentren der typischen Produktionsgebiete abgehalten und dann gilt die Beratung den speziellen Bedürfnissen dieser Gegenden.

Festsitzungen sollen an die Leistung verdienter Männer erinnern und zur Nacheiferung anregen. Unter den posthum Geehrten befanden sich die Vettern Veverka, die Erfinder des berühmten Ruchadlo-Pfluges, der Franzose Berthelot und die Deutschen Heinrich Thünen<sup>1)</sup> und Albrecht Thaer. Auch der jetzige Stand der zeitgenössischen landwirtschaftlichen Wissenschaft wird eingehend studiert und diesem Problem wurde eine wichtige Arbeitssitzung in Brünn gewidmet, sowie eine ausführliche Publikation.

Daß sich die Akademie nicht auf platonischen Ansporn beschränkt, beweisen 9 Wettbewerbe, die für wissenschaftliche Untersuchungen auf verschiedenen Gebieten der landwirtschaftlichen Produktion ausgeschrieben wurden und die Preise, welche für das Studium von Spezialfragen ausgeworfen sind. Vielseitig entwickelt sich so die Tätigkeit des Institutes. Mannigfaltig sind die Vorträge, die es veranlaßt, sind die Bemühungen, Anschluß an das Ausland und an die internationalen Vereinigungen zu finden, höchst umfangreich ist die Verlagstätigkeit<sup>2)</sup>. Der Stab der Akademie und ihr unermüdlicher Generalsekretär Dr. Reich sind am Werke, eine einheitliche, tschechoslowakische landwirtschaftliche Terminologie, eine Bibliographie und die Typisierung und Normalisierung der Zeichen und Formeln für forstwirtschaftliche Berechnungen vorzubereiten. Die Akademie beschäftigt sich mit der Herausgabe einer großen landwirtschaftlichen Enzyklopädie, eines Landwirtschaftslexikons, eines Systems der Landwirtschaftswissenschaft, einer Entwicklungsgeschichte der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Produktionstechnik. Diese Werke werden in Kürze die landwirtschaftliche Literatur bereichern, die sich schon heute sehen lassen kann. Zeugt doch allein die Bibliothek der Akademie mit 45 000 Bänden dafür, worunter die in tschechischer und in anderen slavischen Sprachen am stärksten vertreten sind, während sich von den übrigen Nationen zumindest die Standardwerke vorfinden. Für weitere 60 000 Bände ist der Platz wohl vorbereitet. Die Lesehalle bietet nicht weniger als 800 Fachzeitschriften aus allen Ländern und in allen erdenklichen Sprachen.

<sup>1)</sup> Der 70. Geburtstag von Prof. Dr. J. Stoklasa, einem weit über die Grenzen der Tschechoslowakei bekannten und verdienten Forscher gab Gelegenheit auch einen Lebenden zu ehren. Es sei hier auf die Festschrift hingewiesen, welche Dr. Ing. E. G. Doerell, Ing. Dr. E. Reich, Dr. Ing. J. Kříženecký und Ing. B. Vlácil unter Mitarbeit von Gelehrten aller Kulturvölker herausgegeben haben. (Berlin 1928, Paul Parey.)

<sup>2)</sup> Seit 1925 wird der „Veštník Č.A.Z.“ (Mitteilungen der T.A.L.) herausgegeben, in dem Vorträge, auf die Versammlungen der Mitglieder Bezug habende Nachrichten, Berichte über Arbeitssitzungen, Enquêtes und Diskussionen, sowie Referate über landwirtschaftliche Probleme internationalen Charakters veröffentlicht werden. Seit 1926 erscheint die wissenschaftliche Revue „Sborník Č.A.Z.“ (Annalen der T.A.L.) Ferner werden folgende Sammlungen herausgegeben: „Wissenschaftliche Schriften“, „Zeitfragen der Landwirtschaft“, „Quellen und Grundlagen“ und „Vorträge“. Seit 1928 läßt die T.A.L. auch „Lehrbücher für landwirtschaftliche Schulen“ erscheinen.

Was sich die Akademie jedoch zum Hauptziel gewählt hat, was sie aus ganzem Herzen anstrebt, das ist das Studium des Bauernvolkes, seiner Art und Wesenheit. Wer wüßte eine höhere Aufgabe zu nennen, als diese, der bisher so wenig Beachtung geschenkt wurde? Was haben wir uns viel um das Leben unserer Bauern geschert, was vollends um ihre Gemütsverfassung, ihre Seele, die sich scheu hinter einer harten, schwer durchdringlichen Schale zu verbergen liebt! Höchstens, daß sie und da eines Dichters Intuition ein wenig in das Dunkel hineingeleuchtet hat. Es gehört indessen auch zu den Erfordernissen der neuen Zeit, mehr von unserem Nährstand zu wissen. Von der Bauernschaft, deren Gesinnung einst vielleicht den Endkampf zwischen der bürgerlichen und der marxistischen Weltanschauung entscheiden wird, wie ihre Tüchtigkeit das materielle Gedeihen Europas. Und deshalb hat die tschechoslowakische Akademie der Landwirtschaft mit dem nachdrücklichen Betonen jenes einen Momentes allein schon ihre Existenzberechtigung erwiesen. Darüber hinaus — den Beweis kluger, weitblickender Führung.

## XIX. Kapitel.

## Die Anpassung des Genossenschaftswesens.

## I. Das Kriegsschicksal der Genossenschaften.

Rückbildung in den kriegführenden Staaten. — Vorsprung der Neutralen. — Genossenschaft und Syndikat. — Angleichung der Syndikate in Frankreich an die Ziele der Genossenschaften.

Der Krieg bot den landwirtschaftlichen Genossenschaften keine Atmosphäre, in der sie gedeihen konnten. Anfänglich allerdings schien ein goldenes Zeitalter für jegliche Einrichtung angebrochen zu sein, die über Waren des allgemeinen Verbrauches verfügte oder jenen diente, welche sie erzeugten. Was kam nicht für ein Leben in die ländlichen Spar- und Darlehenskassen, da die Landwirte die fabelhaften Gewinne hintrugen, die sie an dem requirierten Vieh, an dem angeforderten Getreide und gar erst später im Schleichhandel zu machen glaubten. Der Strumpf als Sparkasse kam freilich auch wieder zu Ehren, wie es alter Bauerntradition entsprach und Bauernvorsicht legte manches schöne Stück Geld in Baumaterialien und in anderen nützlichen Dingen an. Genug aber fand doch noch den Weg zu den landwirtschaftlichen Sparkassen, die sich mächtig aufblähen konnten, zum Bersten aufblähen, ähnlich dem bekannten Gummispielzeug, das dann auf einmal, wenn die Luft entweicht, in nichts zusammenfällt. So ging es später mit den in Nichts zerfließenden Kriegsgewinnen der Landwirte und mit den Spar- und Darlehenskassen, denen die Geldentwertung nahm, was ihnen die Kriegskonjunktur in den Schoß geworfen hatte. Man sehe sich nur die Geschäftsberichte der Deutschen Raiffeisen-Vereine aus jenen Jahren an <sup>1)</sup>. 1913 beträgt ihr Betriebskapital 796,8 Millionen Mark, 1918 ist es auf mehr als 1½ Milliarden Mark gestiegen, um 1924 erst wieder bei 131,8 Millionen zu halten. Die Einlagen der Mitglieder hoben sich von 27,8 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 154 Millionen im Jahre 1918, also fast auf das 6fache. 1924 waren sie auf 14½ Millionen gesunken, das ist weniger als 1/10 von 1918. Wer glaubt, daß selbst diese mühselige Retablierung aus eigener Kraft möglich gewesen wäre, irrt gewaltig. Zu Beginn des Wiederaufbaues standen die Spar- und Darlehenskassen nahezu entblößt von allen Mitteln da. Eine Anzahl hatte ihre Tätigkeit ganz einstellen müssen, die andern waren nur mit fremder Unterstützung imstande die Arbeit von vorn zu beginnen.

<sup>1)</sup> Die Stellung der Kreditgenossenschaften in der deutschen Bankwirtschaft, Veröffentlichungen des Genossenschaftlichen Giroverbandes der Dresdener Bank, 1928.

Konnte es da den übrigen Kategorien von Genossenschaften besser ergehen? Etwa den Ein- und Verkaufsgenossenschaften, die schon zur Zeit der Kriegskonjunktur und der Geldfülle dadurch in ihrem innersten Wesen getroffen waren, daß die Staaten den Aufkauf der Waren und die Zuteilung sozusagen in eigener Regie besorgten? Noch dazu nach Grundsätzen, die den wirtschaftlichen Zwecken der Genossenschaften wenig entsprachen. Mußten doch zuerst die Bedürfnisse der Kriegsführung berücksichtigt werden. Dann kamen die daran, welche die eigenen Bedürfnisse als solche des Krieges glaubhaft zu machen wußten. Ein nicht geringer Prozentsatz der vorhandenen Waren ist durch verunglückte Maßnahmen der sogenannten Sparwirtschaft vergeudet worden. Erst das, was nach dem Zugriff so vieler begehrlicher Hände übrig blieb, konnte in die Kanäle des allgemeinen wirtschaftlichen Bedarfes fließen, wobei die Genossenschaften bei der Verteilung meistens mittun durften. Diese Tätigkeit fast allein blieb ihnen während des Krieges unbenommen. Was sollten sie sonst leisten, wo das Kalb im Mutterleib, die Milch im Euter, das grüne Korn am Halm vom Staate beschlagnahmt und mit bestimmten Preisen bedacht war? Wie können sich Produktionsgenossenschaften voll entfalten, denen der Staat jedes Quentchen Rohmaterial übersparsam zumißt? So blieb das genossenschaftliche Gerippe wohl unversehrt und die Zahl der Genossenschaften zeigte keine Einbuße, ja man zählte bei Kriegsschluß eher noch mehr davon als zu Beginn <sup>1)</sup>. Der Kern, die Substanz jedoch muß gewaltig zusammengeschrumpft sein, wenn wir auch nicht imstande sind, den ziffernmäßigen Beweis dafür durchwegs so zu geben, wie es umstehend für die Deutsche Raiffeisen-Vereine geschah. Das kann sich in keinem der kriegführenden Staaten viel anders verhalten haben, wenngleich graduell sicherlich große Unterschiede vorgekommen sein mögen.

In den neutralen Gebieten dagegen lagen die Dinge anders. Da fehlte es schon während des Krieges nicht an den Voraussetzungen zu freudigem Wachstum. Läßt sich dieses mangels fortlaufender Berichte auch wiederum nicht in Ziffern genau verfolgen, so fehlt es nicht an Anhaltspunkten, die dafür sprechen. So wissen wir, daß das erste Kriegsjahr der dänischen Landwirtschaft Anlaß bot, die großartige Exportzentrale der genossenschaftlichen Molkereien Dänemarks

<sup>1)</sup> Der Bestand der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands etwa war:

	Spar- u. Darlehenskassen	Bezugs-	Molkerei-Genossenschaften	Sonstige	Zusammen
1914 . . . .	17 696	2809	3572	4241	28 318
1928 . . . .	18 183	3116	3588	4665	29 552

Zu der großen Gruppe der Produktionsgenossenschaften stellen die Molkereigenossenschaften das Hauptkontingent. 1919 betrug ihre Zahl noch 3304. Die Milchlieferungen, die 1913 bei 2066 Genossenschaften 2519 Millionen kg betragen hatten, sanken unter den Folgen der Zwangswirtschaft bei 1777 innerhalb der beiden Hauptverbände berichtenden Molkereien auf 1178 Mill. kg im Jahre 1919 (O. R a b e, Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, VI. Bd., 1925, Fischer in Jena).



zu gründen und das letzte, 1918, die Federation der dänischen Genossenschaften für den Butterexport. Im gleichen Jahr schlossen sich Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland zum nordländischen Genossenschaftsbund mit dem Sitze in Kopenhagen zusammen. Hauptsächlich als Einkaufszentrale für die Großeinkaufsgesellschaften der betreffenden Länder gedacht, läßt schon die Tatsache des Genossenschaftsbundes gewisse Schlüsse auf eine ununterbrochen rege Tätigkeit des Genossenschaftswesens der Nordländer zu. Vielleicht darf man Gleiches aus der im Herbst 1914 erfolgten Gründung der Schweizer Union für den genossenschaftlichen Käsehandel ableiten. Der Vorsprung, den die Kontinuität den Neutralen gab, mag manchen Erfolg erklären, der namentlich das Dänische Genossenschaftswesen als das fortgeschrittenste in Europa erscheinen läßt. Man erhält eine Idee davon, wenn man hört, daß 1924 die Milch von 89 1/2 % aller in Dänemark vorhandenen Kühe an die Molkereigenossenschaften verkauft wurde. Die Genossenschaftszentrale führte zu gleicher Zeit 38 Millionen kg Butter ins Ausland aus, was 38 % der in Dänemark insgesamt exportierten Butter darstellt. Von den Landwirten Dänemarks sind 98 % bei Genossenschaften beteiligt.

Wir sprachen bisher von dem Schicksal der Genossenschaften während des Krieges und nicht von dem der Syndikate, die in der Überschrift gleichfalls genannt sind. Der Leser wird den Ausführungen entnommen haben, daß hier von dem die Rede war, was man bei uns zu Lande unter landwirtschaftlicher Genossenschaft versteht, also von gemeinsamen wirtschaftlichen Veranstaltungen der Landwirte zur Erleichterung ihrer ökonomischen Lage. Genossenschaften in diesem Sinne finden sich mehr oder weniger verbreitet, mehr oder weniger entwickelt und unter den verschiedensten gesetzlichen und juristischen Formen in allen Staaten Europas vor. Daneben gibt es jedoch in Frankreich die „Syndikate“, berufsmäßige Vereinigungen, die sich oft den gleichen geschäftlichen Zielen wie die Genossenschaften widmen und dann in ihren Funktionen dem Fernerstehenden kaum einen Unterschied gegen die Genossenschaften zeigen. Der hervorragende französische Agrarpolitiker Emile Dupont glaubte den Unterschied zwischen Syndikat und Genossenschaft folgendermaßen kennzeichnen zu können<sup>1)</sup>: „Die Genossenschaft ist eine Vereinigung von Interessen und das Syndikat eine Vereinigung von Personen. Für das Syndikat bedeuten die Geschäfte einen Abschluß, für die Genossenschaft den Hauptzweck.“ Geht man dem Ursprung der beiden Institutionen nach, so ergibt sich, daß das Syndikat anderen Gedankengängen die Entstehung verdankt als die Genossenschaft. Die ersten sind in den achtziger Jahren zuerst von frommen Katholiken gegründet worden; sie sollten nicht nur die Landwirtschaft fördern, sondern auch zum Ausgleich der sozialen Gegensätze beitragen. Ein gewisser patriarchalischer, gönnerhafter Zug

<sup>1)</sup> M. de Vogué in dem Vorwort zu dem Werke: Emile Dupont; la leçon de ses oeuvres, Lyon 1909.

wohnt diesen Schöpfungen inne, die Gutsbesitzer, Pächter und selbst Arbeiter in sich vereinen wollten. Das Syndikat war als Zentrum für die Erziehung der Landwirte zum Fortschritt und zur Selbständigkeit gedacht. Die Mutterzelle hatte es zu bilden für alle auf Selbsthilfe der Landwirtschaft und Gegenseitigkeit gegründeten Vereine und Gesellschaften<sup>1)</sup>. Dabei blieb der Syndikatsidee stets ein gewisser ethischer, beinahe nach Wohltätigkeit duftender Beigeschmack anhaften, der in vielen Gründungen deutlich zum Ausdruck gelangt. Es finden sich darunter Gesellschaften, die ihren Mitgliedern Unterstützung im Krankheitsfalle, bei Mutterschaft, Brand und Arbeitsunfähigkeit zusichern und die Begräbniskosten tragen. Andere haben den Zweck, den kinderreichen Arbeitern ihrer Mitglieder Zulagen zu gewähren. Derart sind die Syndikate sozialer und altruistischer Natur, was ihnen in Frankreich die poetische Wertung einbrachte, im Vergleich mit den Genossenschaften als „Seele gegenüber der Körperlichkeit der Genossenschaften“ bezeichnet zu werden<sup>2)</sup>.

Die harte Notwendigkeit hat indessen dem Monismus auch in der französischen Agrarbewegung zur Geltung verholfen und Seele und Körper auf ein Prinzip gestellt. Die Syndikate waren gezwungen sich Genossenschaften anzugliedern oder selbst die Rolle von Einkaufs- und ähnlichen Genossenschaften zu übernehmen. So wird man, so weit es sich um die wirtschaftlichen Unternehmungen beider handelt, die Genossenschaften und die Syndikate getrost zusammenwerfen dürfen. Folgerichtig ist dann daraus abzuleiten, daß die ökonomischen Gründungen der französischen Syndikate im Weltkrieg kein anderes Schicksal betroffen haben kann, als die Genossenschaften bei den kriegführenden Mächten. Und die gleichen Ursachen müssen auch weiterhin beide Kategorien in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen hemmen oder fördern.

## II. Die Anpassung der Kreditgenossenschaften.

Sie rücken überall in den Mittelpunkt des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. — Verstärktes Eingreifen des Staates. — Hinneigen zur Vereinheitlichung. — Die Technik des landwirtschaftlichen Kredites wird verfeinert. — Verbesserter Nutzungskoeffizient der Kapitalien. — Tendenz die Haftpflicht der Genossenschaften zu begrenzen.

Ausgemergelt und entblutet sind nicht nur die Genossenschaften nach Krieg und Inflation, sondern auch der Landmann steht arm und gedrückt da. Seine Ersparnisse fielen der Geldentwertung zum Opfer, der Viehstand ist zusammengeschmolzen, der Ackerboden recht mager geworden. Verrostet lehnen Pflugschar und Geräte im Hofe und in den Scheunen und in den Schüttkästen gibt es wenig zu behüten. Das Geld ist rar und teuer der Kredit. Brauchbare Maschinen, Bedarfsartikel

<sup>1)</sup> M. Adrien Toussaint, L'Union centrale des Syndicats agricoles, ses idées directrices, Paris 1920 (Bibliothèque du Syndicalisme agricole).

<sup>2)</sup> M. Angé-Laribé, Syndicats et cooperatives agricoles, Paris 1926, Armand Colin.

und Kunstdünger sind da schwer zu beschaffen. Dies um so mehr, als Industrie und Handel das Gleichgewicht noch nicht wiedergefunden haben und es dem Landwirt nicht leicht machen, seine Wirtschaft rasch zu alter Höhe hinauf zu bringen. Neben den früheren Gutsbesitzern aber ist eine breite, neue Schichte von kleinen Bodenbauern entstanden, und sie, die in trüber Zeit gar erst den Grund legen sollen, stehen den Verhältnissen am ratlosesten gegenüber. Die eigene Unsicherheit treibt die Menschen zueinander wie das Unwetter eine Herde Schafe und nötigt sie in die bewährte Einrichtung der Genossenschaft zu flüchten. So wird die Not zu deren Kupplerin und für ihre Unterstützung wirbt jetzt, was sich in den Staaten an agrarischen Kräften wirtschaftlich und politisch regt.

Grundpfeiler des Genossenschaftswesens sind mehr als je die ländlichen Spar- und Vorschußkassen. Immer waren sie dies in Deutschland und in den Ländern des einstigen Kaiserreiches Österreich gewesen. Die Darlehenskassen nach dem Prinzipie Raiffeisens bildeten den Ausgangspunkt der genossenschaftlichen Bewegung in Deutschland<sup>1)</sup> und Österreich, in Böhmen auch Kassen, die dem praktischen Arzt Dr. Kampélik ihr System verdanken<sup>2)</sup>. Auf ihnen baut sich eine weitumspannende Verbandsorganisation auf, den Spar- und Darlehenskassen ist neben der Kreditversorgung zuerst die Rohstoffbeschaffung und der Absatz übertragen worden. In anderen Ländern dagegen bildeten die Kreditkassen nicht den Anfang des Genossenschaftswesens, sondern sie wurden erst im Laufe der Entwicklung angegliedert. Frankreich erhielt die ersten Kreditkassen im Jahre 1890, da es schon auf eine weitverzweigte syndikalistische und genossenschaftliche Tätigkeit zurückblicken konnte. In England, wo der Gedanke einer wirtschaftlichen Kooperation vielleicht überhaupt zum ersten Male gedacht worden ist, wird das landwirtschaftliche Kreditwesen 1903, mit der Einverleibung der „Cooperative Banks Association“ in den Agendenkreis der „Agricultural Organisation Society“ aufgenommen und dies mehr als 40 Jahre nachdem die ersten landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften entstanden waren. Das für die Entwicklung des Systems so wichtige Dänemark legte das Hauptgewicht auf die Warengenossenschaften. Nun, da das Genossenschaftswesen durch die Zeitläufe zu noch belangreicherer Bedeutung gelangt ist, gruppieren sich seine Bestrebungen von selber um den Mittelpunkt der Spar- und Darlehenskassen. Sie sind das beste Medium für den endgültigen Übergang von der Natural- in die Geld- und Kreditwirtschaft. Sie dienen dem größeren wie dem kleinsten Landwirt als loyaler Bankier, der Geld zu mäßigen Zinsen leiht, eine

<sup>1)</sup> Aus Anlaß des Jubiläums des Verbandes der deutschen landwirtschaftlichen Raiffeisen-Genossenschaften erschien 1927 ein Werk, das über diesen Zweig des deutschen Genossenschaftswesens erschöpfend informiert.

<sup>2)</sup> In der Slowakei hat sich der Zeitgenosse Kampélik, Daniel Richard um die Gründung von Kreditgenossenschaften verdient gemacht.

vertrauenswürdige Stelle für Ersparnisse bietet und den Bauer, den Hauptträger der Genossenschaften, der Abhängigkeit von Händler und Wucherer entreißt. Ist es da anders möglich, als daß das Bedürfnis die Zahl der Spar- und Darlehenskassen steigert? Überall marschieren sie an der Spitze des Genossenschaftswesens. In Deutschland zählt man nach der Statistik des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften am 1. Januar 1929 bei einer Gesamtzahl von 40396 Genossenschaften allein 20 551 Spar- und Darlehenskassen. In der Tschechoslowakei sind es 5332 von 9572 landwirtschaftlichen Genossenschaften, die der „Centrokooperativ“ in sich vereint<sup>1)</sup>. In Frankreich 5200 Kreditgenossenschaften mit 300 000 Mitgliedern, was verhältnismäßig nicht viel ist, aber mehr, wenn der weit geringere Stand der Vorkriegszeit berücksichtigt wird<sup>2)</sup>. Rumänien hat das genossenschaftliche Kreditwesen im Zuge der Agrarreform stark gefördert und entwickelt es in raschem Tempo weiter. Die Mitgliederzahl steigt von 847 217 Mitgliedern von 1924 auf 885 805 Mitglieder im darauffolgenden Jahr<sup>3)</sup>. Von Jugoslawien wird berichtet, daß eine große Zahl neuer Kreditgenossenschaften gegründet wurde<sup>4)</sup>. Italiens Volksbanken dehnen sich von den Städten allmählich auf die mittleren und kleinen landwirtschaftlichen Zentren aus, daneben wirken 2600 Luzzatikassen als Kreditgenossenschaften zugunsten der kleinsten Landwirte<sup>5)</sup>. Griechenland kannte vor dem Krieg überhaupt keine Genossenschaften, heute bestehen im Lande etwa 1500 reine landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften neben 500, die Produktions- und Verkaufszwecke verfolgen<sup>6)</sup>. Solcher Beispiele ließen sich noch mehr anführen.

<sup>1)</sup> Franz Öbrtel, Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in der Tschechoslowakei, Prag 1928. Die Bedeutung der genossenschaftlichen Bewegung für die Landwirtschaft der tschechoslowakischen Republik ist in dem schönen Jubiläumswerk: „Třicet let české zemědělské družstevní práce“ 1929 eindringlich dargelegt worden. Dies namentlich in den programmatischen Abhandlungen des Präsidenten Ing. Ferdinand Klindera, des Generaldirektors des Verbandes Dr. Ladislav, Fr. Dvořák und des Direktors der „Centrokooperativs“ Dr. Večelav Škvor.

Nach V. Tolomianz („Das landw. Genossenschaftswesen in Rumänien“, Berichte über Landwirtschaft, Berlin 1929, Paul Parey) ist die Kreditgenossenschaftsbewegung in Rumänien jetzt so bedeutend, daß eine Firma, die landwirtschaftliche Maschinen dorthin verkaufen will, keinen anderen Käufer findet, als die Genossenschaftszentralen. Wenn jemand Holz bester Qualität kaufen will, so muß er sich an die Waldgenossenschaften wenden. Welchen Wert man dem Genossenschaftswesen beimißt, geht daraus hervor, daß es nicht bloß ein obligatorisches Unterrichtsfach an der rumänischen Handelshochschule bildet, sondern daß eine besondere Genossenschaftsakademie in Bukarest von Prof. Dr. Radmann gegründet worden ist.

<sup>2)</sup> M. Angé-Laribé, a. a. O.

<sup>3)</sup> Berichte über Landwirtschaft, Bd. VII, S. 565, Berlin Paul Parey, 1927.

<sup>4)</sup> Nach Georg M. Eisen in „Wirtschaftsdienst“ (Weltwirtschaftliche Nachrichten) angeführt in Berichte über Landwirtschaft, Bd. VIII, S. 247.

<sup>5)</sup> Berichte über Landwirtschaft, Bd. VII, S. 565.

<sup>6)</sup> Sie verfügen über 8 Mill. Dr. (ca. 500 000 Mk.) und die Zahl ihrer Mitglieder übersteigt 100 000. (Georg B. Ducas: Die Landwirtschaft Griechenlands, Berichte über Landwirtschaft, IV. Bd., Heft 2, Berlin, Paul Paray, 1926.)

Die Maschen des Kreditnetzes hätten sich nicht derart verdichten können, wenn die Staaten nicht mit verstärktem Eingreifen den Genossenschaften zu Hilfe gekommen wären. Zugleich ergibt sich, vielleicht nicht zuletzt aus der daraus erwachsenden Notwendigkeit einer zentralen Kontrolle, die Tendenz zur Zusammenfassung<sup>1)</sup>.

Unter den Erscheinungen der Wiederaufbauzeit darf dann eine gewisse Verfeinerung und bessere Durcharbeitung der Technik des landwirtschaftlichen Kreditwesens Anspruch auf Beachtung machen. Nun müssen die ländlichen Kreditgenossenschaften

<sup>1)</sup> Um wieder einiges für Vieles anzuführen: In Deutschland springt die Preußenkasse mit ihren Verbandskassen rettend ein und damit sie dies zu tun vermag, erhöht der preußische Staat ihr Kapital um 130 Millionen Mk., also auf mehr als das Doppelte. Die Deutsche Reichsbank, die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt beteiligen sich zugleich am Wiederaufbau. Äußert sich derart die Staatshilfe, so auf der anderen Seite das Konzentrationsbestreben: Etwa 66% der deutschen Kreditgenossenschaften gehören dem Reichsverband an, 23% der Kreditgenossenschaften dem Raiffeisenverband, der Rest verteilt sich auf die Genossenschaftsorganisationen der Bauernvereine. Die Zentralkassen des Reichsverbandes gravitierten in finanzieller Hinsicht nach der preußischen Zentralgenossenschaftskasse. Die Raiffeisengenossenschaften hatten sich in der Deutschen Raiffeisenbank A.-G. eine Spitzenbank geschaffen. Zu Anfang 1929 sind nun Verhandlungen zwischen der Preußenkasse und den Verwaltungsorganisationen von Raiffeisen zum Abschluß gelangt, welche auf Schaffung eines Einheitsverbandes hinarbeiten und die Voraussetzung für die geplante Zusammenfassung und Rationalisierung des gesamten ländlichen Genossenschaftswesens in Deutschland bilden.

In Frankreich wirken sich die staatliche Mithilfe und der Wunsch nach Vereinheitlichung folgendermaßen aus: Das landwirtschaftliche Kreditwesen wird dadurch unter Intervention des Staates zusammengefaßt, daß die Lokal-Kassen und die ihnen übergeordneten „Caisses régionales“, von denen in jedem Departement nur eine vorhanden ist, 1920 einen höchsten Überbau in dem „Office national du crédit agricole“ zu Paris erhalten. Das Bureau bekommt seinen Sitz im Landwirtschaftsministerium und wird dem Minister selbst unterstellt. Von hier aus gehen die Staatskredite an die Regional-Kassen, welche sie wieder den Lokal-Kassen vermitteln. Sind diese auch auf freiwilliger Suskription von verzinslichen Anteilen gegründet, so hängt ihre Existenz, wie man sieht, doch von den Regional-Kassen und indirekt von der staatlichen Crédit-Direktion ab.

Ebenso hat die einzige Zentralorganisation der bäuerlichen Genossenschaften Rumäniens, die Zentralkasse der Volksbanken und Landgenossenschaften ihre finanzielle Abhängigkeit vom Staate und einen erweiterten Wirkungskreis damit bezahlen müssen, daß sie 1918 unter dem Namen „Zentralkasse des Genossenschaftswesens und der Verteilung der enteigneten Ländereien“ dem Landwirtschaftsministerium einverleibt wurde. In Griechenland sind die Kreditgenossenschaften vom Staate sogar zwangsweise eingeführt und mit staatlichen Mitteln versehen worden. Die griechische Nationalbank hat ihnen bis 1926 115 Mill. Dr. in Form langfristiger, hypotheckenfreier Kredite zu 5% zur Verfügung gestellt. Ohne kräftige Staatshilfe scheint es nicht einmal in den neutralen Ländern zu gehen, die um so viel weniger unter Krieg und Inflation gelitten haben. So kam nach einer Mitteilung Johs. Thorbergs (im „Wirtschaftsdienst“) in Dänemark die Sanierung der Landmannsbank 1922 nur dadurch zustande, daß der Staat ein Vorzugsaktienkapital von 40 Millionen Kronen zeichnete und die Nationalbank weitere 30 Millionen als neuen Reservefond einschoß.

von dem alten System des Schuldscheines vielfach abweichen und zu dem früher verpönten Wechselkredit übergehen. Die ländlichen Spar- und Darlehenskassen sind in starke Verschuldung geraten. Kredite haben sich als uneinbringlich erwiesen. Dadurch ist eine scharfe Trennung zwischen Personal- und Realkreditgeschäft kaum mehr möglich und selbst Kredite, die langfristig gewährt wurden, müssen schon aus Rücksicht für den Geidgeber in wechselfähige Form übergeführt werden. Die Kreditquelle der Spargelder fließt bei den Spar- und Darlehenskassen wegen der Verarmung der Landwirtschaft zu spärlich, um den Bedürfnissen der Mitglieder zu genügen. Dies alles drängt vereint mit der allgemeinen Geldknappheit dahin, den technischen Apparat der Spar- und Darlehenskassen auszugestalten und den Verbindungsweg zwischen den freiwerdenden und angesprochenen Kapitalien zu verkürzen<sup>1)</sup>.

Zugleich trägt die Verbesserung des Revisionsapparates einer Strömung Rechnung, die man gleichfalls als typisch für die Nachkriegszeit ansehen möchte: dem Streben, die Haftpflicht der Genossenschaften zu beschränken. Sie, deren Bedenklichkeit stets eine der Ursachen war, die den größeren Gutsbesitzer von der Teilnahme abhielt, hat eben in der Inflationszeit ihre Gefahren erst ganz zu erkennen gegeben. Verbesserte Methoden der Kontrolle und Überwachung sind ein Mittel zur Verringerung der Risiken. Ein anderes ist die Begrenzung der Haftpflicht oder gar die Umstellung der genossenschaftlichen auf eine andere Gesellschaftsform. Das gilt nicht bloß für die Kreditgenossenschaften, sondern für alle Arten von Genossenschaften. Skalweit<sup>2)</sup> konstatiert es für Deutschland an der Hand von Zahlen aus den Jahren 1922 und 1923. Danach standen die landwirtschaftlichen Genossenschaften dort unter folgender Haftform:

<sup>1)</sup> Der neugeschaffene „Deutsche Genossenschaftsring“ etwa trägt dazu bei, indem er der Pflege des Scheck- und Überweisungsverkehrs und als Geldausgleichsstelle ebenso dient, wie der Giroverband der Genossenschafts-Abteilungen der Dresdner Bank für die mit der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse arbeitenden Verbandskassen (vgl. dazu: „Die Stellung der Kreditgenossenschaften in der deutschen Landwirtschaft, Veröffentlichungen des Genossenschaftlichen Giroverbandes der Dresdner Bank, 1928.). Österreich begibt sich in die gleiche Richtung, indem es sich 1927 die „Girozentrale der österreichischen Genossenschaften“ beilegt. Sie hat die Aufgabe den Geschäftsverkehr der Genossenschaftsverbände, Verbandskassen und Genossenschaften untereinander zu erleichtern, ihnen Kredite zu gewähren, den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu fördern und die ihr anvertrauten Gelder fruchtbringend zu verwerten. Also wieder ein Versuch nach deutschem Muster den Geldverkehr der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu rationalisieren, die jetzt spärlicher vorhandenen Kapitalien rascher an die Stellen des dringenden Bedarfes zu leiten und so ihren Nutzungskoeffizienten zu erhöhen. Nicht nebensächlich scheint es, daß die Girozentrale als Geldinstitutzentrale den angeschlossenen Genossenschaften und Genossenschaftsverbänden mit Hilfe eines sinnreichen Revisionsystems höhere Sicherheit schafft.

<sup>2)</sup> Agrarpolitik, II. Aufl., Berlin-Leipzig 1924, Walter de Gruyter & Co.

	Mit unbeschränkt. Haftpflicht		Mit beschränkter Haftpflicht		Mit unbeschränkter Nachschußpflicht		Zusammen Zahl
	Zahl	in %	Zahl	in %	Zahl	in %	
1922 . .	22 182	61,2	13 949	38,5	104	0,3	36 235
1923 . .	22 463	59,6	15 086	40,1	104	0,3	37 653

Man sieht daraus, daß an der Zunahme der Genossenschaften die mit beschränkter Haftpflicht stärker beteiligt sind, so daß deren prozentualer Anteil sich von einem zum andern Jahr um 1½ % gebessert hat, während der Anteil der Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht um 1,6 % fiel. Es sind aber nicht bloß Neugründungen gewesen, welche diese Schwenkung vollzogen, sondern vielfach war die Tendenz vorhanden, bestehende Kreditgenossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht in solche mit beschränkter Haftpflicht umzuwandeln.

In Frankreich waren die Teilnehmer der Lokalkassen von Anfang her in ihrer Mithaftung beschränkt. Die Kreditkassen sind auf Anteilscheine gegründet, die an dem Reingewinn bis zur Maximalhöhe einer 6%igen Verzinsung partizipieren, dagegen erübrigt sich ebenso ein über die Höhe jener Anteilscheine gehendes Risiko. Ebenso scheint es, daß die Genossenschaften in England und Irland keine Haftung kennen, die über das Ausmaß der Geschäftsanteile hinüberreicht. Wenigstens ist solches für den Beitritt zu der „Agricultural Cooperative Federation“ bestimmt, dem Mittelpunkt der Ein- und Verkaufsgenossenschaften und die „Central Cooperative Bank“, die gemeinschaftliche Kasse der Kreditgenossenschaften führt den Beisatz „Ltd“, was auf begrenzte Mithaftung hindeutet. Bei der „Eastern Counties Farmers Co-operative Society“, einer der bedeutendsten englischen Ein- und Verkaufsgenossenschaften werden die Geschäftsanteile nach der Fläche eingefordert<sup>2)</sup> und decken sich zugleich mit der Haftsumme. Italien will nicht bloß eine über das Ausmaß der Beteiligung hinausgehende Haftung ausschließen, sondern sogar die Beteiligung selber begrenzen. So hat das italienische Handelsgesetz neuestens eine Höchstgrenze für Mitgliedsbeiträge und Aktienbesitz bei Genossenschaften festgesetzt<sup>3)</sup>. Die Höchstgrenze der Beteiligung wurde mit 30 000 Lire bestimmt. Mag sich in anderen Ländern die Beschränkung der Haftung noch nicht voll durchgesetzt haben, so liegt sie doch zweifelsohne auf dem Wege einer gesunden genossenschaftlichen Entwicklung. Ihre Forderung ist ebenso die Konsequenz der weniger sicheren Nachkriegsverhältnisse als der Verdichtung und Ausbreitung des Wirtschaftsverkehrs. Im engen Umkreis des Dorfes erträglich, läßt sich unbegrenzte Haftung oder auch nur eine über die Einlagen nennenswert hinausgehende Haftung bei Ausdehnung der Genossenschaften und ihrer Geschäfte kaum mehr vertreten.

<sup>1)</sup> M. Angé-Laribé, Syndicats et coopératives agricoles.

<sup>2)</sup> Sk al we it, Die englische Landwirtschaft, Berlin 1915, Paul Parey.

<sup>3)</sup> Berichte über Landwirtschaft, Bd. VII 1928, S. 566.

### III. Neue Aufgaben des Genossenschaftswesens.

Vielgestalt der Unternehmungen. — Die Spezialisierung. — Versuche der vertikalen Gliederung. — Die Genossenschaft als Mittler der Standardisierung und Preisbeeinflussung. — Als Exporteur und Importeur. — Die Konkurrenz überseeischer Genossenschaften und ihre Abwehr. Überstaatliche Verbände. — Unmittelbare Beziehungen zwischen den Genossenschaften der Landwirte und Verbraucher.

Was sich unter genossenschaftlicher Flagge um die Kreditvereine herum zusammengefunden hat, schillert bunt und vielgestaltig wie das Bild eines Kaleidoskops. Man hat es leicht von vier Hauptgruppen zu sprechen, von Einkaufs-, Verkaufs- und Produktionsgenossenschaften und von solchen für die Veredlung landwirtschaftlicher Rohstoffe. Die Bedürfnisse der Landwirte und die Verhältnisse, von denen sie hervorgerufen werden, sind zu verschieden, als daß nicht jede einzelne jener Kategorien die mannigfaltigsten Gebilde, die erstaunlichsten Durchmischungen aufweisen würde. Rechtsform und Ausmaß der Haftung beiseite gelassen und selbst die aufstrebende Gliederung vom einfachsten Dorfverein zum Unterverband und zum zusammenfassenden Zentralverband — welche Fülle der Erscheinungen! Das Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften von 1920 führt allein mehr als 30 Gebiete stärkerer Beteiligung an, daneben verzeichnet es noch 482 „sonstige“ Genossenschaften, die den verschiedenartigsten Zwecken dienen. Da hält man's noch mit der Raiffeisenschen Universalität von Anno dazumal, die nach des Meisters Plan das Bank- und Kreditgeschäft mit anderer wirtschaftlicher Betätigung verbinden sollte! Der Bezug von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln und der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse schließt sich der Spar- und Darlehenskasse an. Und fast hat die Inflation diesem Programm recht gegeben, da die mit Ware geränderten Kreditkassen die kritischen Perioden besser zu überstehen pflegten als die anderen. Dort reicht nicht einmal die Beschränkung auf die reine Einkaufs- oder die reine Verkaufsgenossenschaft aus, um das Unternehmen den Ansprüchen des Marktes genügen zu lassen. Sind doch zum Einkauf oder Vertrieb vieler Erzeugnisse derart spezielle Sach- und Marktkenntnisse erforderlich, daß es namentlich der kleineren Genossenschaft kaum möglich ist, Fachleute mit der nötigen vielseitigen Erfahrung zu finden und anzustellen. Die Summierung der Schwierigkeiten in der Nachkriegszeit mag dem Bestreben zustatten kommen, den genossenschaftlichen Betrieb mehr zu spezialisieren und so eine bessere Ausnutzung der Marktchancen zu erreichen.

Deutschland kennt seit langem besondere Bezugsvereinigungen gleich jenen für Thomasmehl, für Kalisalze und für Maschinen. Es ist zuzugeben, daß kleinere Staaten es schwer haben derart spezialisierte Einrichtungen nachzuahmen, solange ihr Wirtschaftsgebiet mit dem Staatsgebiet zusammenfällt. Das bescheidene Wirtschaftsgebilde wird gleich der Hausfrau mit der Zwei Zimmerwohnung leichter mit dem Mädchen für alles auskommen, das die kombinierte Genossenschaft



darbietet. Dennoch geht ein Zug der Spezialisierung durch das genossenschaftliche Europa, von dem selbst kleinere Länder nicht unberührt bleiben. Es trifft sich in kleinen wie in großen Staaten häufig, daß die Einkaufsgenossenschaft scharf von der Verkaufsgenossenschaft gesondert ist, daß die Kreditvereine mehr auf ihre Eigenmission gestellt werden und die Produktionsgenossenschaften sich darauf besinnen, selbständige Erzeugungsstätten zu sein. Das war gewiß schon längst so, aber gewiß nie in dem Maße wie jetzt. Wann hätte es in dem Gebiet des jetzigen Österreich je so viel selbständige Viehzucht-, Brennerei-, Molkerei-, Käsegenossenschaften, Genossenschaften für gemeinsame Schlachtung, Viehmärkte und dergleichen gegeben, wann so zahlreiche getrennte Ein- und Verkaufsgenossenschaften und alle möglichen andern genossenschaftlichen Gründungen mit individuellem Leben? Die vielen Mühlengenossenschaften im Osten Frankreichs sind alle 1921 und 1922 gegründet worden, die Syndikate und Genossenschaften für Reinigung und Züchtung von Saatgut gehen selten weiter als bis auf 1921 zurück. Die Gründung der umfassenden Winzergenossenschaft der Champagne datiert von 1921. Die fabelhafte Organisation der Dänischen Buttergenossenschaft ist bekannt und schon erwähnt worden, neueren Datums scheint der großartige Aufbau des genossenschaftlichen Eier-Verkaufs zu sein, die genossenschaftliche Produktion von Schinken. Spezial-Genossenschaften für den Eierverkauf haben die Niederlande, Rußland, Polen eingerichtet. So düngt die Landwirtschaft jedes Staates irgendwie die Saat ihres Genossenschaftswesens und zeigt dabei jenes erwähnte Streben nach Spezialisierung der Geschäftstätigkeit.

Zu den interessantesten Vereinigungen gehören sicherlich die, welche keinen andern Zweck, keine andere Aufgabe besitzen als die eine, doch höchst bedeutsame, der Frachtersparnis. Deutschland und Dänemark haben zuerst begonnen Genossenschaften zu bilden, die das Schlachtvieh zu kompletten Waggonladungen sammeln und auf diese Weise unter beträchtlicher Frachtersparnis auf den Markt bringen. Mit Milch geschah das in den meisten Ländern längst, nun machten jene Beispiele, das Schlachtvieh betreffend, vielfach Schule, obwohl ihre Idee sich schließlich bei den Ein- und Verkaufsgenossenschaften von selbst auswirkt. Kaum irgendwo origineller als bei den Superphosphatfabriken Italiens. Die hat die Federazione italiana dei Consorzi agrari mit Glück auf genossenschaftlicher Basis gegründet, um ein mächtiges Kunstdünger-Kartell zu bekämpfen. 1918 aber hat sie gar eine Werft errichtet und führt nun die afrikanischen Rohphosphate auf selbst gebauten Schiffen billig der Verarbeitung zu. Schiffskonstrukteur, Rheder, Industrieller und Kaufmann zugleich. Ein solches Zusammenballen in einer genossenschaftlichen Hand widerspricht zwar scheinbar der behaupteten Tendenz der Spezialisierung, ist aber gerade von vorbildlicher Bedeutung. Die Größe des Konzerns gestattet die vertikale Gliederung und schafft

eingeschachtelte Sonderbetriebe mit immerhin genügender Selbstverwaltung. Welch fruchtbare Aussichten eröffnen sich in solcher Richtung dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen, das ohnedies den bäuerlichen Einfluß und die bäuerliche Leistungsfähigkeit auf der ganzen Linie zu stärken geeignet ist. Es scheint nur als selbstverständliche Bekräftigung dieser Meinung, wenn man erfährt, daß die „Union Suisse des Paysans“ durch ihre geschäftliche Tätigkeit berufen, in der kommerziellen Konferenz der Schweizer Transportunternehmungen und im Administrationsrat der Bundes-Eisenbahnen Sitz und Stimme erringen und dort 1925 beträchtliche Erleichterungen für den Transport von Agrarprodukten durchsetzen konnte <sup>1)</sup>.

Hält man die Ein- und Verkaufsgenossenschaften gegeneinander, so ergibt sich, daß die ersten eine weit freudigere Entwicklung genommen haben als die zweiten. Neben der vorbildlichen Ausgestaltung, die sie in Deutschland fanden, wurden in England, Frankreich, in Österreich und in der Tschechoslowakei, in Schweden, der Schweiz, in Finnland und Norwegen und in anderen Ländern gerade auf dem Gebiet der Einkaufsgenossenschaft beträchtliche Erfolge erreicht. Der Bericht des Internationalen Landwirtschaftsinstitutes auf der Genfer Weltwirtschaftskonferenz von 1926 führt den Vorsprung der Einkaufsgenossenschaften auf eine einfache Formel zurück und meint treuherzig, daß es eben schwerer sei zu verkaufen als zu kaufen. Das ist gewiß nicht unrichtig, aber ebenso trifft das Referat den Nagel auf den Kopf, wenn es sagt, daß die Vorteile des gemeinsamen Verkaufes noch größer für den Landwirt sind als die des gemeinsamen Kaufens, weil der Landwirt gewöhnlich mehr zu verkaufen hat als einzukaufen. Es ist indessen nicht dieser Umstand allein, welcher der Verkaufsgenossenschaft solche Wichtigkeit verleiht und ihr wohl für die Zukunft noch große Aufgaben im Dienste der Landwirtschaft aufbewahrt hat. Im vorangegangenen Kapitel war von dem Zusammenhang die Rede gewesen, der zwischen der Standardisierung und Typisierung landwirtschaftlicher Produkte und einem brauchbaren Nachrichtendienst über die Marktlage und die Preisbildung besteht. Man kann ruhig weitergehen und behaupten, daß einheitliche Typen in gewissen Waren die Voraussetzung einer gesunden Preisbildung und einer besseren Ausnutzung der Preiskonjunkturen sind.

In einigen Produkten, so in Butter, Milch, Käse, Eier hat sich die Standardisierung, wie dies einschlägige Beispiele aus einigen Staaten, so aus Dänemark und aus der Schweiz zeigten, schon gut bewährt. Die Milchprodukte sind ja überhaupt am leichtesten zu vereinheitlichen und die Molkereigenossenschaften die Verkaufsgesellschaften, welche sich am ehesten durchzusetzen vermögen. Zudem bilden sie eine nicht zu unterschätzende Brücke zur Produktion auch in der Weise, daß sie

<sup>1)</sup> „Les questions agricoles“, Conférence économique internationale. Genf 1927.

einen günstigen Einfluß auf die Gewinnung der Erzeugnisse zu nehmen pflegen. Die Kontrolle der Milchgewinnung und Bearbeitung durch die Experten der Molkereigenossenschaften ist gang und gäbe und trägt zur Erhöhung der Sauberkeit und der Hygiene viel bei. Und selbst die Zucht- und die Vereine, welche für die Verbesserung der Rasse und der Milchergiebigkeit so viel tun, stehen dem Umkreis der Molkereigenossenschaften nicht ferne. In Dänemark geht von den Molkereigenossenschaften noch eine ganz besondere wirtschaftliche Unterstützung der Produktion aus. Sie besteht darin, daß die Molkereigenossenschaften ihren Mitgliedern das Krafftutter schon gemischt unter jeweiliger Beachtung der ökonomischsten Beschaffung der physiologisch notwendigen Nährbestandteile und nach einem sinnreichen Schlüssel der jeweiligen Milchergiebigkeit der einzelnen Kühe angepaßt, liefern. Dadurch wird der kleinste Bauer instand gesetzt, die schwierigen Theorien der physiologisch richtigen und sparsamen Ernährung des Viehstandes ohne weiteres zu nützen.

Sind hier schon wertvolle Ansätze geschaffen, so wird sich der Segen des genossenschaftlichen Verkaufens erst recht beim Getreide auszuwirken haben. Das setzt freilich einen großen und teuren Apparat voraus und sehr bedeutende Mittel. Die Genossenschaft sieht sich hier dem großen internationalen Getreidehandel gegenüber, der mit großen Kapitalien versehen, beweglicher, scharfsinniger, als die Genossenschaften einen gefährlichen Rivalen darstellt. Und ist die genossenschaftliche Arbeit auf diesem Gebiete deshalb nicht leicht, so doch voraussichtlich in Europa nicht zu entbehren, da sie am besten jene Voraussetzungen zu schaffen vermag, welche die Abwehr einer überseeischen Dumping-Getreide-Politik erfordert. Es geht nicht an, sich der Gefahren zu verschließen, die der Fortschritt der überseeischen Farmer-Korporationen und Kornspeicher in dieser Hinsicht mit sich bringen kann. Die Kornspeicher sind freilich schon eine altehrwürdige Einrichtung, doch darf man die Änderungen nicht übersehen, die sich hier in den letzten Jahren vollzogen haben. Jetzt sind es nicht mehr wie früher die Bahnen und die Handelsgesellschaften, die das letzte Wort zu sprechen haben, sondern die Genossenschaften der Farmer. In Minnesota beispielsweise standen 1916 von 1180 country elevators 296 in genossenschaftlichem Besitz — 1925 schon 4000. Die landwirtschaftlichen Vereinigungen von 20 Staaten haben 1921 in Chicago einen großzügigen Plan für den genossenschaftlichen Getreideverkauf angeregt, der den Farmer-Genossenschaften den ausschlaggebenden Einfluß auf den Märkten verschaffen soll <sup>1)</sup>. Noch mehr Interesse verdient die Organisation des kanadischen Weizenverkaufes, weil die drei Prärieprovinzen Kanadas, Manitoba, Saskatschewan und Alberta zehn Prozent der Welt-

<sup>1)</sup> Vgl. den sehr instruktiven Artikel „Kornspeicher“ von Kurt Ritter im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, IV. Aufl., Fischer Jena, 1923.

weizenproduktion erzeugen und zum größten Teil in Europa absetzen. Die dortigen Weizengenossenschaften haben erst 1923 resp. 1924 ihre Tätigkeit begonnen und verpflichten ihre Mitglieder vertragsmäßig unter Pönale nichts außerhalb der Organisation zu verkaufen. Vor Gründung der Weizengenossenschaften wurden ungefähr 70 % der ganzen Ernte bis Ende Dezember auf den Markt geworfen, jetzt vermag das Zentralverkaufsamt das Angebot zu verteilen und sich immer unabhängiger von den Ausfuhrhändlern zu machen. Nach dem 1. Jänner, bis zu welchem Datum der größte Teil des im freien Handel, nicht durch die Genossenschaft kontrollierte Weizen abgesetzt ist, liegt die Verfügung über die verbleibende kanadische Weizenproduktion tatsächlich in Händen des Zentralamts der Genossenschaften. Australien, das unter den Weizenausfuhrländern an vierter Stelle steht, hat nach dem Weltkrieg den Weizenverkauf auf genossenschaftlicher Grundlage nach kanadischem Muster organisiert und beschloß 1927 bei einer Konferenz in Sidney ein System, das die Farmer zur gänzlichen Ablieferung der Ernte an den Pool verpflichtet <sup>1)</sup>. Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, diese Organisation über Wunsch der Farmer durch Errichtung eines Ausfuhr-Kontrollapparates zu unterstützen.

Solchen umfassenden Verkaufsorganisationen in Getreide hat Europa nichts gleichwertiges entgegenzusetzen. Mit Mühe und Not ging die Entwicklung nach dem Krieg dahin, hier und dort ein beschleunigteres Tempo in die Errichtung von Kornhäusern zu bringen <sup>2)</sup> und wenigstens eine bessere Behandlung (Reinigung und Sortierung) des Getreides zu erreichen, als sie dem Mittel- und Kleinbesitz bisher möglich war. Die Ausschaltung des Zwischenhandels, die Verbilligung der Manipulation (man denke nur, welche Ersparnis bei der Schüttbodenarbeit, durch den Wegfall des Einsackens, beim Transport zu erzielen ist), die Verhinderung überstürzten Angebots, die Bevorschussungsmöglichkeit des Getreides, sind jedoch Momente, die der überseeischen Konkurrenz einen neuerlichen Vorsprung geben. Sie könnte den eigenen Markt im Bedarfsfalle durch billige Entlastungsverkäufe nach dem Ausland stützen und durch die planmäßige Beherrschung des Weltmarktes Europa manche harte Nuß zu knacken geben.

Recht bescheiden erscheinen nach solchen weltumspannenden Möglichkeiten die internationalen Vollbringungen der europäischen Ein- und Verkaufsgenossenschaften. Man muß ihnen schon Dank wissen, daß sie sich in einigen Staaten und in einigen Artikeln zu gewissen achtungsgebietenden Leistungen aufgeschwungen haben, die

<sup>1)</sup> Vgl. dazu: Die Internationale Rundschau, XIX. Jahrgang, Heft 3 und XVIII. Jahrg., Heft 9.

<sup>2)</sup> Der vorher zitierte Artikel von Kurt Ritter führt so aus, daß es in Bayern 1912/13 — 177 genossenschaftliche Kornhäuser gab, die bis 1921 auf 300 angewachsen waren. In ganz Deutschland bestanden in diesem Jahr 132 Getreideverkaufs- und Lagerhausgenossenschaften. Vor dem Krieg wurden nur zirka 5 % des gesamten deutschen Getreideabsatzes durch die Genossenschaften getätigt.

freilich das große Getreideproblem am wenigsten berühren<sup>1)</sup>, und hauptsächlich Milchprodukte, Schinken und Eier betreffen. Immerhin lassen Anläufe, wie der schon erwähnte Zusammenschluß von Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland zum nordländischen Genossenschaftsbund die Hoffnung zu, daß auch dieses gespaltene, eigenbrödlische Europa noch zu weiter ausgreifenden gemeinsamen Aktionen die Kraft aufbringen wird.

Einem Arbeitsgebiet haben sich die europäischen Genossenschaften aber jedenfalls zugewendet, das aussichtsvoll zu werden verspricht: der Herstellung unmittelbarer Beziehungen zwischen den Genossenschaften der Landwirte und der Verbraucher<sup>2)</sup>. In der Kriegs- und Nachkriegszeit haben sich die bedrückten Existenzen unter den Konsumenten so vermehrt, daß auch unter ihnen die Idee gegenseitiger wirtschaftlicher Anlehnung an Werbekraft gewinnen mußte. So sind die Konsumenten-Organisationen denn emporgeschossen wie die Pilze nach dem Regen. Unterstützt durch die Erinnerung an die wucherische Ausbeutung des Konsumenten durch den Schleichhandel und durch eine soziale Ideologie, die gerne die monopolistischen Übergriffe des internationalen Großkapitals im Munde führt, mußte der Gedanke einer direkten Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher geradezu begeisterte Verbreitung finden. Als wichtiges Mittel praktischer Sozialfürsorge gewertet, haben die Bemühungen zu seiner Verwirklichung auch die Genfer Weltwirtschaftskonferenz von 1927 lebhaft beschäftigt. In der Entschliebung über „Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen“ heißt es u. a. darüber: „Die landwirtschaftlichen Genossenschaften werden zu einer noch weitergehenden Rationalisierung der Wirtschaft beitragen, je mannigfaltiger sie ihre Beziehungen zu den Verbrauchergenossenschaften ausbilden. Unmittelbarer Geschäftsverkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern, wie zwischen Vereinigungen von Erzeugern und Verbrauchern schaltet überflüssige Zwischenglieder aus und führt, wenn er die erforderliche Ausdehnung hat, zu einer Preisbildung, die für beide Teile vorteilhaft ist. Dem sachlichen Vorteile gesellt sich ein moralischer Gewinn hinzu, indem sich Erzeuger und Verbraucher bei unmittelbarem Geschäftsverkehr näherkommen und auf die besonderen Eigenheiten und Bedürfnisse des andern Teiles Rücksicht nehmen lernen. Die klare Erkenntnis, daß ein auf Gegenseitigkeit begründetes Zusammenarbeiten möglich ist und Vertrauen zu einander bei Tätigkeit von Geschäften sind die unerläßlichen Voraussetzungen für die praktische Lösung der

<sup>1)</sup> Vgl. „Rôle des organisations coopératives dans le commerce international du blé, des produits laitiers et de quelques autres produits agricoles“, Conférence économique internationale, Genf 1927, Bureau intern. du Travail.

<sup>2)</sup> Vgl. dazu die gleichnamige Broschüre von Staatssekretär Prof. Dr. August Müller nach den Kieler Vorträgen, Jena 1928, Gustav Fischer. Über die Entwicklung des Genossenschaftswesens unterrichtet auch eingehend das Werk von Prof. Dr. Ernst Grünfeld: „Das Genossenschaftswesen, volkswirtschaftlich und soziologisch betrachtet“, Halberstadt 1928, H. Meyers Buchdruckerei.

Frage unmittelbaren Geschäftsverkehrs zwischen den landwirtschaftlichen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften — eine Frage, die theoretisch bereits seit langem geklärt ist.“

„Die Bemühungen, diese Pläne praktisch zu verwirklichen, könnten von der Landwirtschaft durch Erzeugung von Waren bestimmter und einheitlicher Beschaffenheit gefördert werden; von seiten der Verbrauchergenossenschaften dadurch, daß sie sich entschließen, landwirtschaftliche Erzeugnisse so weit als möglich von den Genossenschaften der landwirtschaftlichen Erzeuger zu kaufen; von den Staaten und öffentlichen Behörden dadurch, daß sie die Genossenschaftsbewegung unterstützen durch Errichtung von Lehrstühlen an Hochschulen oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, durch Abhaltung öffentlicher Lehrgänge über die Genossenschaftsbewegung und durch eine Steuerpolitik, welche sich aller den Genossenschaften nachteiligen Maßnahmen enthält.“

„Ein wirksames Zusammenarbeiten, nötigenfalls in Gestalt gemeinschaftlicher Unternehmungen, wird sich um so leichter erzielen lassen, wenn die Erzeuger- und die Verbrauchergenossenschaften der verschiedenen Länder bereits in gemeinschaftlichen Wirtschaftsausschüssen national zusammengeschlossen sind.“ Und dann weiter u. a.: „Internationale Vereinbarungen zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften über bestimmte Erzeugnisse könnten zur Gesundung der Märkte, zur Regelung der Erzeugung und zur Bildung beständiger Preise beitragen, die das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch in befriedigender Weise berücksichtigen.“

Man sieht, daß der Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften hier eine Bedeutung beigelegt wird, die überraschend wirken muß. Die Resolution scheint sich von dem organisatorischen Zusammenwirken beider geradezu die Errettung von all den wirtschaftlichen Schäden zu versprechen, die der vierjährige Krieg und die Entgüterung Europas verursacht haben. Zugleich wird die Zusammenarbeit als eine solche Panacee dargestellt, daß sich weitere Sorgen, wie sie früher aus der neuen genossenschaftlichen Organisation der überseeischen Getreideexportländer abgeleitet wurden, eigentlich erübrigen. Man braucht bloß die Verbraucher und die Produzenten in der Welt zusammen zu bringen und alles wird wieder in die schönste Ordnung kommen.

Künftige Zeiten werden solche Überschwänglichkeit wahrscheinlich als Zeichen jener Nachkriegspsychose ansehen, welche die Wirtschaft noch immer nicht zur Ruhe kommen läßt und die Staaten Europas in die merkwürdigsten und unfruchtbarsten ökonomischen, politischen, und sozialen Experimente hineingehetzt hat und noch immer hineintreibt. August Müller, dessen Broschüre früher angeführt wurde, meint im vollen Widerspruch zu den Erwartungen, daß man in Genf das Unmögliche versucht hätte, den Gegensatz zwischen Käufern und Verkäufern, zwischen Erzeugern und Verbrauchern aufzuheben. Und

er führt den Ausspruch Liefmanns<sup>1)</sup> an, das „große volkswirtschaftliche Zentralproblem der Zukunft“ werde nicht mehr der Gegensatz von Unternehmern und Arbeitern, sondern der zwischen Produzenten und Konsumenten sein. „In diesem Kampfe der organisierten Erwerbswirtschaften sind Genossenschaften der Konsumenten von der größten Wichtigkeit. Sie sind das einzige Mittel der Selbsthilfe und würden als solches eine unermeßliche Bedeutung haben, wenn der Staat hier alles der Selbsthilfe im Kampfe mit den Produzenten überlassen würde.“ Verbrauchergenossenschaften, die von solcher Einsicht geleitet werden, würden all ihre Kräfte auf Erreichung eines Höchstmaßes von Leistungsfähigkeit konzentrieren, weil das die Voraussetzung für ein Höchstmaß vom äußeren Umfang der Verbrauchergenossenschaften ist. Dann würden die beiderseitigen Organisationen im Preiskampf ihre Kräfte zu messen haben. Und deshalb will Müller der ungestüme Drang nach Verständigung, der sich in der Genfer Entschließung und mehr noch in ihren Hintergründen kennzeichnet, nicht recht zeitgemäß erscheinen. Ohne die phantastischen Hoffnungen zu teilen, die Genf in so verschwenderischer Fülle an die Annäherung der Konsumenten und Produzenten knüpft, möchte ich in der Ablehnung nicht so weit gehen wie August Müller. Die Argumente Liefmanns bilden keinen Anlaß an einem gedeihlichen Zusammenwirken von Erzeugern und Verbrauchern zu zweifeln. Hat doch auch der Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern die Entwicklung der Wirtschaft nicht gehindert, sondern sogar vielfach befruchtet. Ohne die steigenden Forderungen der Arbeiter wäre es nie zu einer Rationalisierung gekommen, zu keinem Kulturfortschritt auf breiter Basis und zu keinem gewaltigen Steigen des Absatzes für Industrie und Landwirtschaft. Die beiden feindlichen Brüder haben die Wirtschaft trotz aller Kämpfe und gegenteiliger Interessen doch gemeinsam aufgebaut. Warum sollten sich da nicht unzählige Wechselwirkungen der Anregung und Anspornung aus der Zusammenarbeit von Konsumenten und Produzenten ergeben können und manche Verbilligung und manche günstigere Preisgestaltung für beide? In diese Richtung zu weisen, heißt noch nicht Frieden vor dem Kampf schließen, sondern aussichtsreichen Perspektiven auf beiden Seiten nachgehen, zu beiderseitigem Vorteil und zu dem der Gesamtheit.

<sup>1)</sup> Liefmann: Die Unternehmungsformen, 2. Aufl., Stuttgart 1921.

## XX. Kapitel.

### Die internationale Organisation des Berufsstandes.

Das landwirtschaftliche Institut in Rom. — Die Agrarkommission in Paris. — Das Arbeitsamt in Genf. — Die wirtschaftliche Sektion beim Völkerbund. — Die internationale Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen und ihr Aufgehen in der Pariser Kommission. — Das Institut der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit. — Das Agrarbüro in Prag als Zentrum einer politisch-agrarischen Internationale.

Der Weltkrieg hat die Menschen in einer eigentümlichen Gemütsverfassung zurückgelassen. Zuerst von Groll und Haß erfüllt gegen alles jenseits der Grenzen des eigenen Staates und jenseits der Grenzen der eigenen Gesellschaftsklasse. Dann, aus dem Gefühl der Hilflosigkeit heraus, bereit, sich irgendwie zusammenzutun, nach Ständen, Parteien zu ordnen, sich zu Verbänden, Berufsvertretungen, Interessenvereinigungen zusammenzuschließen. Endlich, da die Suggestion der Kriegsverhetzung abflaut, immer stärker zur internationalen Organisation hinneigend. Man braucht nur des Völkerbundes, der interparlamentarischen Union, der Paneuropa-Bewegung zu gedenken, oder der vielen sich in den letzten Jahren europäisch aufbauenden Kartelle und Trusts. Niemals sind national und international so viel Vereine entstanden, Zusammenkünfte, Tagungen, Kongresse abgehalten worden, wie in der Zeit seit dem Kriegsende. In der Landwirtschaft hat sich der Wille zur internationalen Organisation auf mannigfache Weise manifestiert. Alte Einrichtungen sind ausgebaut, neue gebildet worden. Von den ersten ist das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom das bekannteste. Man weiß, daß es der Anregung des Amerikaners David Lublin und der lebhaften Unterstützung des Königs Viktor Emanuel III. von Italien zu danken ist. Das Institut befaßt sich in seinem Generalsekretariat und in drei Abteilungen für Statistik, Volkswirtschaft und Agrartechnik fast mit dem gesamten Gebiet der Bodenkultur. Die Kriegsjahre haben seine Arbeiten wie seine Entwicklung naturgemäß stark gehemmt. Nun ist das Institut eifrig dahinter, nicht bloß die volle Internationalität wiederzugewinnen, sondern sie ebenso wie sein Wirken zu verbreitern und zu vertiefen. Zur Erreichung dieses Zieles hat sich das Institut einen Internationalen wissenschaftlichen Beirat und einen Internationalen ständigen Ausschuß der landwirtschaftlichen Vereinigungen angegliedert, in dem fast alle europäischen Länder vertreten sind. Der internationale wissenschaftliche Beirat besitzt 22 Kommissionen und 5 Sektionen und zählt 577 Mitglieder, die man nach Tunlichkeit so verteilt, daß alle Staaten in den einzelnen Kommissionen vertreten sind. Unter den



Kommissionen gibt es, um einige zu nennen, solche für das Genossenschaftswesen, für den Kredit und die landwirtschaftliche Versicherung, für das Molkereiwesen und für die wissenschaftliche Organisation der landwirtschaftlichen Arbeit. Dem wissenschaftlichen Beirat obliegt die unmittelbare Aufgabe zwischen dem Internationalen Landwirtschaftsinstitut und der Wissenschaft einen engeren Kontakt zu schaffen. Die Konstituierung des Beirates ist gleichzeitig mit dem des ständigen Ausschusses der landwirtschaftlichen Vereinigungen im November 1927 erfolgt. Der Ausschuß soll die Zusammenarbeit der staatlichen Institute mit den privatwirtschaftlichen Vereinigungen als Trägern der praktischen Erfahrung herbeiführen und verbindet derart nicht weniger als 185 Körperschaften miteinander<sup>1)</sup>.

Noch eine andere Organisation ragt altherwürdig aus den Vorkriegstagen in unsere Zeit hinein. Es ist dies die Internationale Agrarkommission in Paris. Sie ist die älteste von allen, ihre Gründung geht bis auf die Pariser Weltausstellung von 1889 zurück, bei deren Anlaß auch ein internationaler landwirtschaftlicher Kongreß abgehalten wurde, den die Kommission vorzubereiten hatte. Der Erfolg des ersten Kongresses hat nicht nur die Agrarkongresse zu einer ständigen Einrichtung gemacht, sondern auch die Kommission, deren Tätigkeitsgebiet die Veranstaltung weiterer solcher in den verschiedenen Staaten blieb. Auf den Kongressen wurden wieder die Mitglieder der Pariser Kommission aus hervorragenden landwirtschaftlichen Persönlichkeiten der einzelnen Länder gewählt, so daß sie sich stets aus sich selbst erneuerte, wie das dem sagenhaften Vogel Phönix nachgesagt wird. Wollte man den Wirkungskreis der Kommission wegen dessen Beschränkung für unwesentlich halten, so täte man Unrecht. Diesen Kongressen kam vielmehr eine ganz hervorragende Wichtigkeit zu, sie haben den landwirtschaftlichen Fortschritt über die Erde getragen, fruchtbaren Gedankenaustausch zwischen den Fachleuten der Staaten vermittelt, die kritische Prüfung neuer Methoden und Theorien und deren Anwendbarkeit erleichtert. Zehn derartige Agrarkongresse sind bis zum Ausbruch des Weltkrieges herausgebracht worden. Nach dem Kriege abermals drei, in Paris, Warschau und Rom, ein vierter soll 1930 in Bukarest stattfinden. Was das für die Landwirtschaft heißt, erkennt man aus der außerordentlichen Fülle der behandelten Themen. Ein mir gerade vorliegender Bericht über den Wiener Kongreß von 1907 erzählt von Referaten aus allen Zweigen der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik. Der Acker- und Pflanzenbau, das Maschinenwesen und die Betriebsorganisation, Tier- und Pflanzenzüchtung, die tierischen und pflanzlichen Schädlinge und Krankheiten, das Meliorationswesen, die land- und forstwirtschaftlichen

<sup>1)</sup> Die außerordentliche Ausdehnung der Agenden des internationalen Landwirtschaftsinstitutes hat, wie sich in der IX. Generalversammlung vom Herbst 1928 zeigte, die finanziellen Mittel des Institutes so sehr beansprucht, daß es neuerdings notwendig werden dürfte, von der Umfassung des gesamten Gebietes der landwirtschaftlichen Interessensphäre abzusehen. Es wurde beantragt, sich auf einige, um so intensiver zu behandelnde Teilgebiete zu beschränken, und zwar auf die Landwirtschaftsstatistik und auf die Ausarbeitung der statistischen Unterlagen für die Konjunkturforschung.

schaftlichen Industrien, Fischzucht und Fischerei, Weinbau und Kellerei, Obst- und Gartenbau u. a. m. wurden in den Bereich der Verhandlung gezogen. So mußte auch die Pariser Kommission sich vielseitig umtun und sich einer agrarischen Universalität befleißigen, die sie zum Sammelpunkt der landwirtschaftlichen Organisation prädestinierte. Wir werden später sehen, daß sie diese Aufgabe auch tatsächlich erfüllt hat, nachdem die Umstände die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der privaten landwirtschaftlichen Interessenvertretungen erwiesen haben.

Unter den Anlässen dazu ist einmal das Internationale Arbeitsamt in Genf zu nennen. Die Männer, welche sich zutrauten, in Versailles und St. Germain eine bessere Welt zu erschaffen, haben durch die Friedensverträge nicht nur den Völkerbund und den Weltfrieden, sondern auch die soziale Gerechtigkeit auf Erden begründen wollen. In dem Abschnitt der Friedensverträge, der von der Organisation der Arbeit handelt, heißt es: „Da Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine große Anzahl von Menschen mit so viel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbunden sind, daß eine den Weltfrieden und die Welt-einracht gefährdende Unzufriedenheit entsteht und da eine Verbesserung dieser Bedingungen dringend erforderlich ist, zum Beispiel hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit, der Festsetzung einer Höchstdauer des Arbeitstages und der Arbeitswoche, der Regelung des Arbeitsmarktes, der Verhütung der Arbeitslosigkeit, der Gewährleistung von Löhnen, welche angemessene Lebensbedingungen ermöglichen, des Schutzes der Arbeiter gegen allgemeine und Berufskrankheiten, sowie gegen Arbeitsunfälle, des Schutzes der Kinder, Jugendlichen und Frauen, der Alters- und Invalidenunterstützung, des Schutzes der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeiter, der Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der Gestaltung des beruflichen und technischen Unterrichtes und ähnlicher Maßnahmen; da endlich die Nichtannahme einer wirklich menschlichen Arbeitsordnung durch irgendeine Nation die Bemühungen der andern auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedachten Nationen hemmt“ soll: ein ständiger Verband zur Bearbeitung dieser Materie gegründet werden. Er hat zu bestehen aus einer Hauptversammlung von Vertretern der Mitgliedsstaaten, die mindestens einmal im Jahr tagt und aus dem unter Leitung eines 24köpfigen Verwaltungsrates stehenden internationalen Arbeitsamte. 12 davon haben die Regierungen zu entsenden, 6 Arbeitgeber und 6 Angestellte und Arbeiter zu sein.

Man sieht, jedes Wort der Motivierung greift ebenso tief in die Probleme der Landwirtschaft ein wie in die der übrigen Produktionen. Vielleicht tiefer noch, weil kein anderer Zweig in so hohem Maße gleichzeitig unter dem Drucke der überseeischen Konkurrenz, des übergroßen Anteils der Arbeit am Wert des Produktes, der naturgegebenen Arbeitsweise und des Gesetzes vom abnehmenden Ertrag steht, wie die landwirtschaftliche Erzeugung. Während aber die Industrie schon im Friedensprotokoll ihren Platz innerhalb des Verwaltungsrates zuge-

wiesen erhielt, hat man dort an den landwirtschaftlichen Unternehmer vergessen. Und so fehlt ein sachverständiger Vertreter der Bodenkultur nicht bloß im Arbeitsamt, sondern zumeist selbst in den periodischen Hauptversammlungen. Das Arbeitsamt hat sich freilich ein vorerst bescheidenes, aber recht rühriges landwirtschaftliches Bureau eingerichtet. Seit 1923 wurde beim Arbeitsamt über Vorschlag seines Direktors Albert Thomas auch eine konsultative Kommission unter Zuziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger eingesetzt. Angesichts der weittragenden Befugnisse des Arbeitsamtes und bei der Möglichkeit, daß es zu Verfügungen kommen könnte, die den Betrieb einschneidend treffen, wünschen die Landwirte jedoch ein gewichtigeres Wort mitzureden. Besonders, da es nicht diese Institution allein ist, der sich die Landwirtschaft in Genf gegenüber sieht. Der Völkerbund will noch auf andere Weise der Mentor der europäischen Wirtschaft werden. Darum hat er sich eine wirtschaftliche und eine finanzielle Sektion eingerichtet, läßt sich von einem 14köpfigen Wirtschaftsausschuß beraten und zieht selbstverständlich auch landwirtschaftliche Fragen in den Kreis der Untersuchungen. Wie rührig er es aber dabei auch treibt, eine landwirtschaftlich geschulte Kraft besaß der Völkerbund zur Zeit der Weltwirtschaftskonferenz in Genf im Mai 1927 weder in seinem Personal noch in dem Wirtschaftsausschuß<sup>1)</sup> und dies, obwohl die wirtschaftliche Sektion die besondere Aufgabe hatte, jene Weltkonferenz vorzubereiten.

War die Landwirtschaft aber als Stiefkind behandelt und bei den Zurüstungen zur Konferenz vergessen worden, so hat sie schließlich doch ein gewichtiges Wort bei den Beratungen sprechen können. „Zum ersten Male vielleicht haben die Männer, deren Aufgabe es ist, die Welt auf ihren erschütterten Grundlagen wieder aufzurichten, die gegenseitige Abhängigkeit von Landwirtschaft, Industrie und Handel verkündet und der Meinung Ausdruck gegeben, daß jeder Plan der wirtschaftlichen Aufrichtung zum Scheitern verurteilt sei, der das Studium der Fragen der Landwirtschaft vernachlässigt, ja auch nur deren Probleme nicht an erster Stelle berücksichtigt<sup>2)</sup>.“ Die Kraft der Argumente, das hohe Niveau der landwirtschaftlichen Teilnehmer hat der Bodenkultur auf der Weltwirtschaftskonferenz den ihr gebührenden Platz verschafft, vor allem jedoch die gründliche Vorbereitung durch eine Reihe wertvoller Denkschriften, zu denen auch das großangelegte Werk Serings über „internationale Preisbewegung und Lage der Landwirtschaft in den außertropischen Ländern“ zu zählen ist. Auf solchen Grundlagen konnten überaus wichtige Feststellungen und Richtlinien von der Konferenz gewonnen werden.

Ihr Erfolg in agrikultureller Beziehung wie das Gefühl mangel-

<sup>1)</sup> Bericht des Reichsministers a. D. Dr. Hermes, in der 57. Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates. Berlin 1927, Deutscher Schriftenverlag.

<sup>2)</sup> Marquis de Vogué, der Präsident der internationalen landwirtschaftlichen Kommission über die Genfer Weltwirtschaftskonferenz auf der Internationalen Agrartagung in Wien, im Mai 1928.

hafter Vertretung des Berufsstandes hat den Landwirten erst recht die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit vor Augen geführt. Und so haben die Ereignisse dazu beigetragen eine Institution auszugestalten, deren Geschichte einige Jahre vorher begann. War es doch schon im Mai 1924, anläßlich der 7. Generalversammlung des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom, daß die Idee einer Verbindung der landwirtschaftlichen Organisationen auftauchte. Prof. Laur, Leiter des schweizerischen Bauernverbandes, schlug zur Klärung der Frage die Abhaltung einer internationalen landwirtschaftlichen Konferenz vor. Deren Beschlüsse führten 1925 in Bern dazu, daß von der projektierten Gründung eines selbständigen internationalen Verbandes abgesehen wurde, daß man dagegen die Internationale Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen zu einer dauernden Einrichtung machte. Nicht als eine neue Organisation wurde sie gebildet, sondern im Anschluß an die schon besprochene „Internationale Agrarkommission“ in Paris, die ihre Satzungen aus diesem Anlaß grundlegend änderte. Ursprünglich hatte die Konferenz als I. Sektion der von der Agrarkommission veranstalteten internationalen Agrarkongresse fungiert. Sie sollte alle Fragen behandeln, welche „die allgemeine Politik der Vereinigungen und deren Beziehungen zu den anderen internationalen Organisationen öffentlichen oder privaten Charakters betreffen“<sup>1)</sup>. Dieses Programm stempelte sie zur wirtschaftspolitischen Abteilung der Internationalen Agrarkommission. In dieser Eigenschaft durfte sie sich ihre Sporen bei der Vorbereitung der Genfer Weltwirtschaftskonferenz von 1927 und auf dem Agrarkongreß in Rom verdienen.

Das Verhältnis zwischen der Internationalen landwirtschaftlichen Kommission und der Internationalen Konferenz landwirtschaftlicher Vereinigungen war zu einer gut bürgerlichen Ehe geworden, in der jeder Teil seine Mitgift für sich verwaltete. Zu voller Gütergemeinschaft sind die beiden erst auf der Agrartagung von Wien<sup>2)</sup> gelangt. Nun gibt es nach der vorgenommenen Statutenänderung keine Zweiteilung mehr, die Kommission erklärt sich identisch mit dem Internationalen Verband der landwirtschaftlichen Vereinigungen und präzisiert im Artikel 1 ihr Programm: Sie wird „die Interessen der Landwirtschaft in internationalen Fragen vertreten und die Landwirtschaft auf technischem, wissenschaftlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete fördern; alle Arbeiten und Veröffentlichungen übernehmen, die sie für ihre Aufgabe als nützlich erachtet und die internationalen landwirtschaftlichen Kongresse gemäß den Statuten organisieren.“ Die Mitgliedschaft der Kommission können „alle nationalen und internationalen Vereinigungen erwerben, die sich mit der technischen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Förderung der Landwirtschaft befassen (inbegriffen Forstwirtschaft, Gärtnerei und ähnliche

<sup>1)</sup> Artikel 10 der Satzungen der Internationalen Agrarkommission.

<sup>2)</sup> Am 24. Mai 1928. Vgl. dazu die Artikel von Reg.-Rat Weber in „Berichte über Landwirtschaft“ (Berlin, Paul Parey) Bd. V 1926 und Bd. VIII 1928.

mit der Landwirtschaft verbundene Zweige), insofern deren Mitwirkung für die angestrebten Ziele von Nutzen ist.“

Auf diese Art hat sich die Landwirtschaft eine internationale Organisation von größtem Format geschaffen, die das Wort für sie führen wird vor Völkerbund, vor Rom und Genf. Eine Vereinigung, welche die freie landwirtschaftliche Initiative gegenüber der organisierten Zusammenarbeit der Staaten darstellt. Und sie braucht wahrlich nicht um Tätigkeit zu bangen, wo die staatlichen Institutionen den Aufgabenkreis immer mehr ausdehnen. So ist in Genf neben den wirtschaftlichen Sektionen des Völkerbundes und neben dem Arbeitsamt eine dritte Einrichtung ins Leben gerufen worden, das Internationale Institut der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit, das die Rationalisierung zum Inhalt hat, und nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft dienen soll<sup>1)</sup>.

Neben derart umfassenden Einrichtungen voll gewaltiger Ziele erscheinen die internationalen Organisationen, die es zahlreich genug für einzelne landwirtschaftliche Teilgebiete gibt, fast farblos und unwesentlich. Eine indessen, neu gefügt, tritt abermals weit ausgreifend in den Vordergrund unseres Interesses. Es ist das die Politisch-agrarische Internationale, die aus dem 1923 gegründeten internationalen Agrarbureau in Prag hervorgegangen, dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Anton Švehla die Entstehung dankt. Im Organisationsstatut des Agrarbureaus wird über seine Ziele gesagt: „Es ist das internationale Organisationszentrum der Bauernparteien, die auf Grund der Interessenvertretung der bäuerlichen und überhaupt der ländlichen Bevölkerung konstituiert sind und auf dem parlamentarisch-demokratischen Standpunkt stehen“<sup>2)</sup>. Demgemäß können Mitglieder des Internationalen Agrarbureaus nur politische Bauernparteien sein. Und an die Bauernparteien aller Völker ist der schwungvolle Aufruf gerichtet, mit dem das Präsidium zum Beitritt einlädt: „Es genügt“, so heißt es u. a. darin, „die landwirtschaftliche Produktion mit der industriellen und die politische Tätigkeit der Bauern mit jener der Sozialisten und anderer Parteien zu vergleichen. Ein ähnliches Bild haben wir vor Augen, wenn wir die Weltpresse betrachten

<sup>1)</sup> Das Internationale Rationalisierungs-Institut wurde am 1. Februar 1927 zu Genf gemeinsam durch den XXth Century Fund, das Internationale Arbeitsamt und das Internationale Komitee für wissenschaftliche Organisation gegründet. In dem Statut wird die Aufgabe des Institutes folgendermaßen umschrieben: „Material über das Gesamtgebiet der Rationalisierung zu sammeln und nutzbar zu machen. Untersuchungen und Studien aller Art über die Rationalisierungsprobleme anzustellen, die Zusammenarbeit von Personen und Körperschaften zu fördern, welche sich mit den Rationalisierungsproblemen des Betriebes und Vertriebes befassen, an allen einschlägigen Arbeiten allgemeinen Interesses mitzuwirken, welche von den in Betracht kommenden nationalen und internationalen Körperschaften unternommen werden.“

<sup>2)</sup> Nach dem Bulletin, welches das Internationale Agrarbüro in Prag unter Leitung seines Generalsekretärs, des bevollmächtigten Ministers a. D. K a r l M e č i ř 1928 veröffentlicht hat.

und uns vergegenwärtigen, wie viele Zeitschriften die Bauern-Ideen verteidigen und wie viele Blätter andere Lehren propagieren. Deshalb ist es höchste Zeit, die Kräfte der Bauern in Bewegung zu setzen.“ Die Bauern aber würden sich mehr und mehr der Notwendigkeit bewußt, auf die Politik ihres Landes Einfluß auszuüben; „sie erkennen, daß es geradezu zu einem kategorischen Imperativ geworden ist, daß die Landwirtschaft die Gesetzgebung und die Verwaltung des Staates direkt beeinflusse“. Diese Erkenntnis führe in einer großen Zahl von Ländern zur Begründung von politischen Bauernparteien, zur politischen und parlamentarischen Bauernaktion. Zusammengefaßt, international organisiert erst werden die Bauernparteien ein mächtiger Faktor sein, stark in der Vertretung ihrer Wünsche, stark in der Abwehr dessen, was sie für unwichtig halten, bereit „gemeinsam der riesenhaften Agitation entgegenzutreten, die gewisse Parteien zeitweise betreiben“. Solchermaßen entwickelt das Internationale Agrarbureau in Prag seine Pläne und Hoffnungen und tut dies mit nicht geringer Werbekraft. Denn schon hat sich eine stattliche Zahl von Bauernparteien aller Nationen dem Agrarbureau angeschlossen. In der Tschechoslowakei gehen deutsche, tschechische und slowakische Parteien einträchtig miteinander, von Jugoslawien melden Serben, Kroaten und Slowenen ihren Beitritt, Bulgarien und Estland, Finnland und Litauen, aber auch Frankreich und Polen, die Niederlande, die Schweiz und Rumänien wollen mit ihren Bauernparteien dabei sein. Ein neuer, gewichtiger Faktor ist im Entstehen begriffen und meldet vielsagend und aussichtsreich sein Auftreten auf der politischen Bühne Europas an<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> In welcher Richtung sich die im Internationalen Agrarbureau vereinigten Bauernparteien geltend zu machen wünschen, geht aus einer Entschließung hervor, die am 16. Mai 1928 in Prag bei einer Vorbesprechung der dem Internationalen Agrarbureau angegliederten Parteien angenommen wurde. Es wird u. a. darin gesagt: 1. „Wir bestehen auf dem Grundsatz des Privateigentums, namentlich des demokratisierten Privateigentums am Boden.“ Unter 3.: „Durch die Güter, welche er jedes Jahr produziert und welche die wichtigsten und die nötigsten Güter sind, durch seine Arbeit und durch seine Anzahl ist der Stand der Landwirte berechtigt, einen gerechten Anteil an der Gesetzgebung, an der Verwaltung und an der Regierung zu besitzen.“ 4.: Eine, solche gerechte Vertretung kann dem Stande der Landwirte nur das parlamentarisch-demokratische System bieten. Diese Demokratisierung muß sich nicht nur auf die Bürger und auf die staatlichen Institutionen erstrecken, sondern muß auch durch die Demokratisierung des Bodeneigentums ergänzt werden, was das Verschwinden aller Reste des feudalen Regimes bedeutet.“ Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftliche Produktion unter wesentlich anderen Bedingungen vor sich geht, als die industrielle Erzeugung oder der Handel. Diesem Umstand habe die Gesetzgebung in der landwirtschaftlichen Steuerpolitik, in der Sozialgesetzgebung und Sozialversicherung Rechnung zu tragen, indem sie Vorsorge für jene Form von Krediten schafft, welche dem speziellen Charakter der landwirtschaftlichen Produktion angemessen ist.“ Bemerkenswert ist der letzte Absatz der Entschließung: „Das höchste Interesse der landwirtschaftlichen Produktion ist der innere und äußere Friede. Deshalb werden die Bauernparteien nur diejenigen Regierungen unterstützen, welche durch ihre innere Politik den sozialen Frieden, durch ihre äußere Politik den auswärtigen Frieden, freundschaftliche Verständigung zwischen den Völkern erstreben und sich von wahrer Friedensliebe leiten lassen.“

## XXI. Kapitel.

**Das sozialdemokratische Agrarprogramm.**

Der Kampf um den Dorfproletarier. — Das Programm als Brennpunkt der sozialdemokratischen Organisationspolitik auf dem Lande. — Das Kieler und das Schweizer sozialdemokratische Agrarprogramm und die Extratouren des Austromarxismus — Herreneigentum und Arbeitseigentum. — Zweifelhafte Freuden an dem Ertrag der Grundrente. — Das umstrittene Fideikommiß. — Der Staat als Retter der Landwirtschaft und einige Bedenken dagegen. — Ein Dilemma zwischen Stadt und Land. — Politische und volkswirtschaftliche Konsequenzen des Programms.

Vor einigen Dezennien wurden die nationalen und die internationalen Organisationen der Landwirtschaft von einer Handvoll feudaler Großgrundbesitzer bestimmt und geleitet. Dann gelang es dem größeren und dem mittleren Bauernstand mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechtes, des Genossenschaftswesens, der Raiffeisenkassen, der Landeskulturräte und ähnlicher Institutionen sich langsam aber nachdrücklich durchzusetzen. Nun, nach dem Krieg rückt eine dritte Gruppe landwirtschaftlich Tätiger in den umworbenen Kreis politischen Einflusses: der Zwergbesitz, der Kleinpächter, der Land- und der Forstarbeiter. Um deren Seele und Gefolgschaft geht nun der Kampf. Alle die früher besprochenen, internationalen Organisationen führen ihn indirekt, indem sie auch den Interessen des kleinen Mannes dienen. Die Sozialdemokratie aber, die bisher der Landbevölkerung ziemlich ferne stand, hat nun gleichfalls ihr agrarisches Herz entdeckt und zieht frohgemut auf die Eroberung des ländlichen Proletariates aus.

Die ersten Fäden dahin hat die Sozialdemokratie durch die Landarbeiter-Gewerkschaften gesponnen, die nach dem Krieg aller Orten üppig in die Halme schossen. Der Ehrgeiz der Partei reicht jedoch weiter als bis zur Rekrutierung des Landarbeiters. Am Dorfe gibt es genug Schichten kleiner selbständiger Landwirte, Besitzer und Pächter, deren Gewinnung wohl eine Messe wert scheint. Das sozialdemokratische Agrarprogramm versucht sie nach seiner Art zu zelebrieren, indem es dem ländlichen Proletariat ein wahres Himmelreich auf dem Dorfe in Aussicht stellt. So erhält das Programm die Eignung, ein Brennpunkt sozialdemokratischer Organisationspolitik zu werden. Die verschiedenen sozialdemokratischen Agrar-Ennunziationen bringen den Zweck, der mit der Aufstellung des Programmes verfolgt wurde, ziemlich unverblümt zum Ausdruck. Seine eigentliche Aufgabe bildet der Zusammenschluß gewisser landwirtschaftlicher Kreise, deren gemeinsame Interessen und deren ideologische Einstellung zum Sozialismus durch das Programm allerdings zum Teil erst erweckt werden müßten.

Leicht mag die Fassung des Agrarprogrammes einer Partei nicht gefallen sein, die bisher in Lebensmittelfragen den Standpunkt der städtischen Konsumenten zu vertreten pflegte. Wo fänden sich schnell Beweisgründe von agitatorischer Durchschlagskraft, die am Lande den Rattenfänger von Hameln zu spielen erlaubten und in der Stadt den standhaften Beschützer des billigen Verbrauches? Das Agrarprogramm, das dem Kieler Parteitag 1927 unterbreitet wird, versucht sein Glück mit dieser Argumentation: „Eine tiefe Interessensolidarität verbindet die Arbeiterschaft mit den selbst arbeitenden Bauern. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet der Kampf um die Demokratie für die Bauernschaft die Selbstverwaltung des Dorfes, die Beseitigung der Gutsbezirke, die Verwandlung des Herrschaftsstaates der Grundherren und Kapitalisten in den Wohlfahrts- und Kulturstaat der Arbeiter und Bauern. Durch die Hebung der Lebenshaltung der industriellen Arbeiter und ihre Sicherung gegen Verelendung durch Krankheit und Alter wird auch eine Verbesserung der nur allzu gedrückten Lage der kleinbäuerlichen Bevölkerung erzielt. Die Steigerung der Kaufkraft der Industriearbeiter erhöht die Nachfrage nach den wichtigsten Produkten der bäuerlichen Betriebe und sichert ihnen Absatz und besseren Ertrag. Der Sieg der arbeitenden Massen in Stadt und Land unterwirft Großgrundbesitz und Großkapital der Herrschaft der Gesellschaft und befreit die Landwirtschaft von der Unsicherheit und den Wechselfällen des Marktes und der Spekulation. Weit entfernt davon, den Bauer von seiner Scholle verdrängen oder sein Eigentum konfiszieren zu wollen, sichert die sozialistische Gesellschaft den bäuerlichen Massen ihr Eigentum und ihre Arbeitsstätte. Ihr Kampf gilt dem Herreneigentum der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern und Landarbeiter. Sie beseitigt die Ausbeutung durch das Handels- und Bankkapital und stellt die ungeheuere Macht der Gesellschaft bewußt und planmäßig in den Dienst der Steigerung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der arbeitenden Massen in Stadt und Land.“

„Durchdrungen von dieser Erkenntnis der Interessengemeinschaft, die alle Arbeitenden im Kampfe gegen die Profitwirtschaft verbindet, erblickt die Sozialdemokratie in der Eingliederung der ländlichen Massen in ihre Reihen eine ihrer dringendsten Aufgaben; denn diese Vereinigung beschleunigt den Sieg und macht ihn zur unumstößlichen Gewißheit.“

Derart umschreibt das Programm voll Schwung seine Leitgedanken und trifft sich in ihnen mit dem österreichischen Agrarprogramm vom Jahr vorher und mit dem Programm, das die Schweizer Sozialdemokraten ihrer Herbsttagung 1928 vorlegen. Die gleichen Ideen sind es hier und dort, wenngleich der phantasievollere Austro-Marxismus sich manche Extratour leistet, die das positivere deutsche wie das Schweizer Programm vermeidet.

Worin unterscheiden sich die sozialdemokratischen Agrarforderungen von denen bürgerlicher Observanz? Hinsichtlich der Bodenreform sind sie in vielen Staaten in mehr als einer Hinsicht erfüllt



worden<sup>1)</sup>. Das Ereignis dieses Programmpunktes liegt jedoch in der Stellung zum Privateigentum am Boden, das der Sozialismus früher bekanntlich prinzipiell abgelehnt hat. Da man sich's aber jetzt mit dem kleinen Besitzer nicht verderben will, greift man mit kühner Dialektik zu der Unterscheidung von „Herreneigentum“ und „Arbeitseigentum“. Jenes wird als Raubeigentum bezeichnet und ist unentgeltlich zu enteignen, dieses soll in Ehren bestehen bleiben. Nach dem österreichischen Programm ist Raubeigentum was über, Arbeitseigentum was unter 100 ha umfaßt. Das weit sachlichere deutsche Programm stellt den Begriff des Raubeigentums nicht so haarscharf auf die Grenze zwischen 99 und 100 ha; es verlangt Beseitigung der Fideikomnisse und Begrenzung der Großbesitzungen je nach den örtlichen Verhältnissen, so für den deutschen Osten mit etwa 750 ha. Waldbestände sind schon von 100 ha an zu enteignen. Aller enteignete Boden soll an die öffentliche Hand (Reich, Länder) fallen.

Bei Verwertung des enteigneten Bodens sind in erster Linie die Bedürfnisse der Siedlungen zu berücksichtigen und zwar in Form der Erbpacht, des Erbbaurechtes, des Rentengutes und der Reichsheimstätte, damit der Gesamtheit die Grundrente gesichert bleibt. Enteignete Großbetriebe, naturgemäß ebenso der Wald, können auch in öffentliche Regie oder genossenschaftliche Bewirtschaftung übernommen werden<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel XI und XII.

<sup>2)</sup> Das österreichische Programm wünscht die enteigneten Forste gemeinsam mit den bereits vorhandenen älteren Bundesforsten verwaltet zu sehen. „Die sozialisierten Forste sind nicht als kapitalistische Ertragswälder, sondern als sozialistische Wohlfahrtswälder zu bewirtschaften“. Möglichst große Bodenflächen sollen bei voller Sicherung der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder, die im gesellschaftlichen Interesse erhalten bleiben müssen, der Viehzucht zur Verfügung stehen. Je nach dem örtlichen Bedarf der Bauernschaft sind nutzbare Gründe als Alpen und Weiden, Wiesen, Matten, Heuberge den Gemeinden zu überlassen. Der rotationsweise Wechsel von Gras und Waldnutzung ist so zu organisieren, daß Alpen und Matten, deren Nährstoffe bereits Erschöpfung zeigen, aufgeforstet werden. Wo Trennung von Wald und Weide nicht möglich ist, soll die Waldweide ausgedehnt werden, ebenso die Streunutzung.

Die älteren Bundesforste umfassen 12 Prozent des österreichischen Waldbodens und diese 12 Prozent verursachen jährlich ein beträchtliches Defizit. Man kann sich danach ausrechnen, was erst die Umwandlung der einigemal so ausgedehnten Privat- und Kirchenforste in „Wohlfahrtswald“ und ihre Angliederung an die Bundesforste für Opfer auferlegen würden. Damit wäre aber die materielle Schädigung des Staates und der Volkswirtschaft noch nicht erschöpft. Denn, die Privatforste des Großgrundbesitzes haben bisher zum Unterschied von den Staatsforsten bedeutenden Reingewinn erbracht und einen namhaften Teil davon als Einkommensteuer abgeführt. Sie sind als Steuerquelle wie als Vermehrungsquelle des Volkseinkommens gleich wichtig, ja, eine der wertvollsten Aktiven des Bundes überhaupt. Die Überschüsse der Wälder sind in Industrien angelegt worden, haben den Gewerben Beschäftigung, der Bevölkerung Arbeitsgelegenheit geschaffen. Die höhere Produktivität der Privatwälder hat die Handelsbilanz und die Zahlungsbilanz günstig beeinflusst. Wird Österreich jemals auf all diese Aktiven verzichten können?

Das Programm, das darin dem Buche Otto Bauers: „Der Kampf um

Die Versorgung der städtischen und ländlichen Bevölkerung mit Gartengrund, die durch ein Kleingartengesetz gesichert werden soll, ist in der Heimgarten- und Schrebergartenbewegung praktisch bereits weitgehend verwirklicht, ebenso wurde die geforderte Pächterschutz-

Wald und Weide“ vollkommen folgt, sagt freilich, „das Ziel der Bewirtschaftung darf nicht höchstmögliche Rentabilität der Forste, muß vielmehr größtmöglicher Dienst für die Volkswirtschaft sein“. Es glaubt somit der Volkswirtschaft auf andere Weise besser dienen zu können, als durch das bisherige Streben nach Rentabilität. Es ist richtig, daß die privatwirtschaftliche Rentabilität sich nicht immer vollkommen decken muß mit der volkswirtschaftlichen Nützlichkeit. Aber gibt es bei aller Anerkennung solcher, gewöhnlich nicht allzu großer Abweichungen einen anderen Maßstab für den Grad der volkswirtschaftlichen Nützlichkeit als den, privatwirtschaftlicher Rentabilität bei hoher Steuerleistung? Ist hier nicht die beste Sicherung dafür gegeben, daß das Prinzip der Wirtschaftlichkeit bei der Produktion gewahrt wurde, daß die Arbeit unter sparsamster Verwendung aller Produktionsfaktoren vor sich gegangen ist? Welchen Anhaltspunkt hat das Programm, hat Otto Bauer dafür, daß der Dienst der Wohlfahrtswälder für die Volkswirtschaft größer, ja auch nur annähernd ebenso groß sein wird, als ihn heute die Privatwälder durch ihre Rentabilität der Volkswirtschaft leisten?

Das Programm sucht die Gegenpost in der Förderung der Viehzucht, in der Weide, in der Streunutzung. Der Wald soll zugunsten der Weide verringert werden. Kein Zweifel, daß es möglich, sogar wünschenswert wäre, gewisse Waldparzellen dem Ackerbau, vielleicht auch der Wiese und selbst der Weide zu widmen. Diese Meinung ist gleich nach Schaffung der Republik wiederholt ausgesprochen worden. Es ist jedoch ein Irrtum zu glauben, daß sich das in bedeutendem Ausmaß tun ließe. Schon deshalb nicht, weil der Wald das Klima, die Quellenbildung günstig beeinflusst, während im Gebirge eine Minderung der Waldfläche und der Waldsubstanz zugunsten der Weide die Wildbach- und Lawinenbildung stark fördert, die Ergiebigkeit der Quellen beeinträchtigt, die Wind- und Niederschlagsverhältnisse nachteilig beeinflusst. Der Grad dieses Einflusses hängt von der Elevation, der Geländegestaltung, der Bodenbeschaffenheit, der ganzen örtlichen Situation ab. Diese Momente sind namentlich in den Alpen dafür maßgebend, ob die Weide wirtschaftlich mit dem Wald konkurrieren kann. Für die letzte Frage ist dann die Lage zur Sonne äußerst wichtig. Die Südseite der Alpen bietet den Pflanzen eine ganz andere Wüchsigkeit, der Nährwert der Futtergräser ist dort weit höher.

Der rotationsweise Wechsel von Gras- und Waldnutzung, den das Programm in Aussicht nimmt, ist mit der gleichfalls aufgestellten Forderung nach „voller Sicherung nachhaltiger Bewirtschaftung der Wälder“ nicht zu vereinigen. Auf heruntergekommenen Alpen und Matten, „deren Nährstoffe bereits erschöpft sind“, wie es dort heißt, deren Böden also chemisch, physiologisch und physikalisch verschlechtert, vielleicht für die Waldanzucht ganz ungeeignet geworden sind, ließe sich bestenfalls nur ein geringer Waldwuchs erzielen. Die Kultur- und die Nachbesserungskosten auf solchen Flächen würden enorme sein, eine entsprechende Besserung wäre erst nach Jahrhunderten zu erwarten. Ebensowenig vereinbar mit „nachhaltiger Bewirtschaftung“ ist die Ausdehnung der Streunutzung. Die Güte des Waldbodens, die forstliche Produktionskraft hängen stark davon ab, daß die Streu dem Wald verbleibe, wie Ackerwirtschaft ohne Viehdünger nicht ordentlich zu bestreiten ist. Gar erst die Hackstreugewinnung! Die künstliche Erzeugung der „Pustertaler Zedern“, von Waldbeständen, deren Bäume zufolge Abästen bis zum Wipfel schlank wie Zedern sind, aber kernfaul, Wind und Schnee nicht standhalten! Das Schlimmste an der vorgeschlagenen Waldwirtschaft aber wäre, daß die Vernichtungen, die sie herbeiführte, erst nach langen Jahren in ihrem

gesetzgebung wie wir sahen bereits in vielen Ländern durchgeführt<sup>1)</sup>. Daß man die Grundrente für die Allgemeinheit beansprucht, kommt einem alten weitverbreiteten Ideal entgegen und mag optisch manchem Laien einen glänzenden Eindruck machen. Wer aber die geringen Verzinsungsmöglichkeiten des Bodens kennt, mag sich wohl sagen, daß die Allgemeinheit von der Grundrente, die der entgeltlich enteignete Boden abwerfen wird, entweder keine große Freude haben dürfte, oder aber, daß die Siedler einen so hohen Pachtzins zahlen müßten, daß der Zweck der Enteignung vereitelt würde. Mit noch geringeren Erwartungen ist der Grundrente entgegen zu sehen, welche die in öffentliche Hände gebrachten und ebenfalls entgeltlich zu enteignenden Großbetriebe erbringen können. Nach den Erfahrungen, die man bisher mit der staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Führung von Land- und Forstbetrieben in der Vorkriegszeit, während des Krieges und nicht zuletzt in Sowjet-Rußland gemacht hat, arbeiten diese durchwegs ungünstiger als Privatbetriebe<sup>2)</sup>. Deshalb müßte die Übernahme großer Wirtschaften in den Betrieb der öffentlichen Hand die Folge haben, daß zu einer bestimmten Produktion ein größerer Aufwand nötig wäre wie vorher. Das bedeutete mit anderen Worten eine Verringerung des Volkseinkommens, eine materielle Schädigung des Staates und der Volkswirtschaft, nicht eine Bereicherung der Allgemeinheit durch den sagenhaften Gewinn der Bodenrente.

Ist dieser Vorschlag deshalb mehr der sozialistischen Ideologie entsprechend als glücklich, so unterstützt der zweite, wegen der Fideikommission die Aufhebung einer, auch von nichtsozialistischer Seite vielfach angefochtenen Einrichtung. In letzter Zeit hat Aereboe in seiner Agrarpolitik Gründe dagegen vorgebracht. Hier das Für und Wider zu besprechen erübrigt sich um so mehr, als nicht einmal die Fideikommißbesitzer selber darüber einer Meinung sind. Unter diesen pflegen die Väter von Söhnen Anhänger, die ohne männlichen Erben mit reichem Töchtersegen Beglückten, Gegner der Fideikommission zu sein. Die Anwärter wollen sie erhalten, die verkürzten Nebenerben sie be-

vollen Umfange erkennbar würden, daß sich erst dann zeigen könnte, welche Einbußen das Waldkapital und damit das Volkvermögen erlitten hat. Auf dem Gebiete der Pflege und Intensivierung der bestehenden Weiden, der Gewinnung von Streumitteln, ließe sich ohne gleiche Gefahren noch viel für die Viehzucht und auch für die kleinen Züchter tun, denen das Programm helfen will. Warum hat es sich beispielsweise nicht der vielen ungenutzten Torflager erinnert, die sich gerade in den streubedürftigsten Gegenden unserer Alpen vorfinden und Streu in Menge liefern könnten?

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel XII.

<sup>2)</sup> In Österreich umfassen die Bundesforste 726 000 ha, davon 37 000 ha produktive, 276 000 ha unproduktive Gründe und 413 000 ha Wälder. Von dieser Riesenfläche erwartet der Budgetentwurf pro 1929 einen kassenmäßigen Überschuß von 154 000 S, bei Berücksichtigung der erforderlichen Investitionen einen Abgang von 696 000 S. Dabei hat sich das Ergebnis seit 1926, wo aus den Bundesforsten ein eigener Wirtschaftskörper gebildet wurde, stark gebessert, vorher war das Defizit wesentlich größer.

seitigen. Selbst das Staatsinteresse wird sich in einem Falle mit dem Familieninteresse decken, im andern Fall ihm widersprechen, je nach der Bedeutung der ungeteilten Erhaltung eines Betriebes für die Volkswirtschaft, die fallweise von vielen Umständen abhängt. Sie kann von der Besitzgröße, von der Produktivität des Betriebes, der wirtschaftlichen Lage, der Persönlichkeit des Anerben wie der abzufertigenden Verwandten und von anderen Umständen abhängen.

Die sozialdemokratischen Grundzüge für die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und des Absatzes unterscheiden sich von den bürgerlichen nach zwei Richtungen hin: durch den Kreis, dem sie vor allem gelten und durch die stärkere Einflußnahme, die dem Staat zugedacht wird. Nichts von dem, was gut und teuer ist und was so ziemlich jedes Agrarprogramm im Munde führt, ist darin vergessen. Wissenschaft und Technik, Vieh- und Pflanzenzucht, Dünger- und Schulwesen, Versuchs- und Beratungs-, Transport- und Genossenschaftswesen, Rationalisierung und dgl. m. sind darin vertreten. Jeder dieser Faktoren soll gefördert werden und ihr Zusammenspiel die soziale Lage des kleinen und mittleren Bauern heben. Und Rücksicht auf die städtischen Massen vergißt nicht nachdrücklich zu betonen: Dadurch allein, „durch die Steigerung der Produktion im gemeinsamen Interesse von Konsumenten und Produzenten“ und nicht durch Emportreiben der Lebensmittelpreise auf Kosten der „Konsumenten“ wird diese Besserung herbeigeführt werden. Nichts könnte wünschenswerter sein als die Herstellung der landwirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit gegenüber den billiger produzierenden Agrar- und Überseestaaten auf diese, von dem Programm in Aussicht gestellte Weise. Begeisterte Zustimmung müßte ihm aus allen Lagern werden, wenn es zur Verwirklichung solcher Pläne führen könnte. Vorerst aber sind die Aussichten der Rationalisierung und all der anderen vorgeschlagenen Mittel entweder zu eng umschrieben oder zu wenig rasch durchführbar oder die Produktionssteigerung ließe sich nicht ohne Verteuerung der Erzeugung erreichen. An dieser, in der Natur des Landwirtschaftsbetriebes gelegenen Begrenzung wird auch die gewünschte weitgehende Kontrolle und Einwirkung des Staates nicht viel bessern können, wenn der Staat überhaupt imstande sein sollte, die private Initiative zu übertreffen oder auch nur gleichwertig zu ersetzen, was bekanntlich nicht ganz unbestritten ist.

Eine rege Mitwirkung ist dem Staate dann bei der Schaffung günstiger Kreditbedingungen für Kleinpächter und Bauern und bei Regelung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zugedacht. Die Kreditfrage ist eine der brennendsten und schwierigsten in der Landwirtschaft und hier wird der Staat am ehesten nützlich eingzugreifen in der Lage sein. Er wird sich dabei mitunter vorteilhaft der Unterstützung der Genossenschaftsform bedienen, die ebenso wie die Verbindung der Kreditgewährung mit der Betriebsberatung von dem Programm herbeigerufen wird. Hier dürfte es wenig Meinungs-

verschiedenheit geben. Gleiches gilt für die Forderung, die Statistik der Marktbewegungen und das Studium des Absatzes möge vertieft, der direkte Warenaustausch zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften entwickelt, das Genossenschaftswesen sonst gefördert werden. In diesem Bestreben begeben sich alle Parteien und so gibt es genug Punkte des Agrarprogramms, bei denen die Unterstützung durch die Sozialdemokratie auch auf bürgerlicher Seite als für die Landwirtschaft vorteilhaft angesehen werden kann.

Nicht derselben Zustimmung dürfte die Form der geplanten Eingriffe in die Preisgestaltung sicher sein. Diese betreffen die Monopolisierung der Getreide- und der Mühlenprodukte und wollen schrittweise auch die übrigen landwirtschaftlichen Produkte in die Preisstabilisierung einbeziehen. Wie sich dies mit der früher angeführten Versicherung verträgt, daß die Förderung der Landwirtschaft ohne Preiserhöhung der Lebensmittel erreicht werden soll, ist nicht recht zu verstehen. Die Meinung des Verfassers über die volkswirtschaftlichen Konsequenzen des Monopols soll an anderer Stelle dargelegt werden <sup>1)</sup>, ebenso über die vorgeschlagene Steuerreform <sup>2)</sup>.

Die Forderungen für die Land- und Forstarbeiter und die bäuerliche Sozialpolitik sind derjenige Teil des Programms, der die stärkste Anziehungskraft auszuüben vermag. Keine ist darunter, die man vom menschlichen Standpunkt wie vom Standpunkt des Fortschrittes nicht warm begrüßen möchte, manche jedoch wird die Eigenart des Landwirtschaftsbetriebes wohl nie ganz zu erfüllen erlauben. Zu den letzten gehört, zumindest so lange wir die Natur nicht ganz anders beherrschen gelernt haben, die Forderung einer 36- resp. 42stündigen Sonntagsruhe und das Verbot von Überstunden außer bei unmittelbarer Gefahr für Ernte und Vieh. Sind es doch, woran immer wieder zu erinnern ist, lebende Organismen, mit denen es die Landwirtschaft zu tun hat, die Kulturpflanzen und Haustiere, die lebenden Mikroorganismen des Ackerbodens und des Düngers. Sie müssen jederzeit beobachtet und nötigenfalls gepflegt werden. Vieh und Ernte brauchen gar nicht sichtbar in Gefahr zu sein und doch kann eine Pause im Betrieb, das Unterlassen einer rechtzeitigen Arbeit genügen, um den Ertrag zu vermindern oder gar das Viehkapital oder die Ernte zu vernichten. Dagegen würden die besonderen Abmachungen, die bei Hausarbeit und bei Viehwartung gestattet sein sollen, nicht helfen. Die intensive, rationelle Landwirtschaft ist nach dem gegenwärtigen Stand des Wissens mit einer den Verhältnissen der Industrie nachgebildeten Arbeitseinteilung nicht zu vereinen. Für die Bedürfnisse der Landwirtschaft wird erst eine eigene, bessere herauszubilden sein.

Auch die Durchführung des Wohnungsprogrammes ist im geplanten Umfang vorerst nicht möglich, weil die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft dazu nicht ausreicht. Die Mühlen des Fortschrittes mah-

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel XXV.

<sup>2)</sup> Vgl. Kapitel XXIII.

len in der Landwirtschaft langsam und die schönsten Pläne vermögen die Produktivität nicht so zu steigern, daß sich durch sie die Mittel für jene Bauten und für all die Verbesserungen gewinnen ließen, welche die Sozialdemokratie dem ländlichen Proletariat zuwenden will. Das meiste davon müßte vielmehr aus höheren Preisen der Agrarprodukte, aus der Befreiung der Landwirtschaft von Leistungen an den Staat oder aus dessen Zuschüssen geholt werden. Die Durchführung des Programmes bedeutet deshalb in seinen wesentlichen Teilen nichts als eine Änderung in der Verteilung des Sozialproduktes zugunsten des landwirtschaftlichen Proletariats, zuungunsten der übrigen Kategorien. Und unter diesen würde notgedrungen eine numerisch und dem Gesamteinkommen nach so starke Schichte, wie es die industrielle Arbeiterschaft ist, nicht fehlen können. Drückende Steuern für die Allgemeinheit, Teuerung, Stilllegung konkurrenzunfähig gewordener Exportindustrien, vermehrte Arbeitslosigkeit wäre das Schicksal eines Staates, in dem einer großen Gruppe plötzlich allzu viel zugewendet würde. Deshalb wird die Sozialdemokratie in Wirklichkeit die ökonomischen Ziele für das landwirtschaftliche Proletariat in vieler Beziehung niedriger stecken müssen. Ihren parteitaktischen Zielen aber hat sie dagegen zweifellos ungeheuere Anziehungskraft geschaffen. Wird das Programm ihr doch Anhänger unter all denen werben, die auf dem Lande nicht zu den Begüterten gehören und denen es nun wie im Märchen Wohlstand und Einfluß verheißt.

Zu den lachenden Erben gehören jedenfalls schon heute die sozialdemokratischen Landarbeiter-Gewerkschaften. Deren, am Lande recht schweren Propagandatätigkeit wird durch das Programm ein vielversprechender Hintergrund geschaffen. Nun vermögen sie sich kräftig zu dehnen und ihren Absichten über die engere Heimat hinaus zu dienen. Der letzte internationale Gewerkschaftskongreß der Landarbeiter hat dafür Zeugnis abgelegt. Das sozialdemokratische Agrarprogramm erweist so nicht bloß durch die gemeinsamen Richtlinien, die ihm in allen Staaten gemeinsam sind, seine Internationalität. Der weite Umfang, in dem es auf landwirtschaftlich tätige Menschen einzuwirken erlaubt, in dem das Programm diese unter der Flagge gemeinsamen Vorteils zu sammeln versteht, ist es vielmehr, der das Programm zu einem Organisationsfaktor von internationaler landwirtschaftlicher Wichtigkeit stempelt <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. dazu: Das Kieler Agrarprogramm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Dr. B o v e n s c h e n, Berlin 1928, Verlag des Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz; ferner: H. T i l l m a n n, Gegen den Agrarsozialismus, Berlin, Reinhold Kühn A. G.; A. W e e d e r, Beleuchtung des sozialdemokratischen Agrarprogrammes, Linz 1926 (Kathol. Presseverein); C h r i s t i a n R a m s a u e r, Der Kampf ums Dorf, Wien 1926, Carl Gerolds Sohn; Prof. Dr. K a r l H o f f m e i s t e r, Eine Kritik des sozialdemokratischen Agrarprogrammes, Wien 1926, Carl Gerolds Sohn; Dr. Siegfried Strakosch, Das sozialdemokratische Agrarprogramm in seiner politischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung. Mit Vorwort von Prof. Dr. Ludwig Mises, Wien 1926, Steyermühl Verlag. Schließlich Hans Krüger und Fritz Baade, Sozialdemokratische Agrarpolitik, Erläuterungen zum sozialdemokratischen Agrarprogramm, Berlin, J. H. W. Dietz Nachf.

## XXII. Kapitel.

## Die Agrarpolitik des Sowjetstaates

## I. Die Periode des Agrarkommunismus.

Revolutionäres Vorspiel: Die Zerstörung des Großgrund- und Großbauernbesitzes. — Der Rätekongreß sanktioniert eine vollzogene Tatsache. — Ohnmacht der Sowjetregierung gegenüber der Bauernschaft. — Deren Spaltung wird als Voraussetzung des Agrarkommunismus betrieben. — Die Habenichtse als Wortführer des Kommunismus. — Statut der kollektiven Betriebsformen. — Versagen der Dorfarmut und Heranziehen der mittleren Bauern. — Die Teilnehmer der kollektiven Wirtschaft. — Zusammenbruch des Systems und neue vergebliche Versuche staatlicher Zwangswirtschaft.

Stellt sich das zuletzt besprochene Sozialdemokratische Agrarprogramm immerhin als Kompromiß dar zwischen den Dogmen des Marxismus und den Zielen, die der praktischen Politik inmitten einer demokratisch-kapitalistischen Umwelt entsprechen, so sollte man von der Agrarpolitik des Bolschewismus erwarten, daß sie der marxistischen Ideologie in Reinkultur angepaßt sein würde. Im Gegensatz zu dieser Meinung hatten wir zu berichten <sup>1)</sup>, daß die Wirklichkeit auch in Sowjet-Rußland von dem Idealbild stark abweicht. Es kam zu keiner Sozialisierung des Grundbesitzes, bloß zu einer Aufteilung des Herrenlandes unter die Bauern. Nicht die Vergesellschaftung der Landwirtschaft war das Ergebnis der Sowjet-Reformen, sondern im Gegenteil eine ungeheuere Vermehrung der auf individuelle Arbeit gegründeten, bäuerlichen Kleinbetriebe. Sie ersetzten die Großbetriebe, welche trotz aller feudalen Aufmachung ja doch eine geschlossener Form gesellschaftlicher Zusammenarbeit dargestellt hatten. Seit 1917 erscheint Gesetz um Gesetz über die Sozialisierung des Bodens, um sich bei näherer Prüfung als das verkleidete Eingeständnis zu erweisen, daß man es auch in Sowjet-Rußland nicht wagen könne, gegen die Bauern zu regieren.

Nur eines ist noch stärker als deren Eigenbrödelei gewesen: der Bodenhunger und der Eigennutz. „Der Zar ist abgesetzt — alles Land wird unser“, hieß es bei den Bauern, als die ersten Nachrichten von der Februar-Revolution von 1917 durchsickerten. Merkwürdig rasch saß dieser kategorische Imperativ in den sonst so schwer zu überzeugenden Bauernschädeln fest. Man schloß sich zusammen, begann den Gutsherren den Boden abzunehmen. Zuerst zögernd die unbebauten und die verpachteten Felder. Dann wurden hier und dort geschlossene Guts-

wirtschaften in die Verwaltung der Bauernkomitees genommen und die Pachtgründe neu verteilt. Schließlich ging es nicht mehr so glimpflich ab. Brotmangel trieb zu Raub und Plünderung. Anfangs September wurden die ersten Gutshöfe zerstört. Im Gouvernement Tambow im Koslower Bezirk verschwanden innerhalb dreier Tage 24 vom Erdboden, im Rauenburger Bezirk 40. Bald ging der rote Hahn fast in ganz Zentralrußland um, die Bauern vernichteten täglich drei bis fünf Herrensitze, und so gründlich, daß oft sogar die Fundamente der Häuser abgetragen wurden. Das Eigentum der Gutsherren aber verteilte man bis zum letzten Stück nach der Seelenzahl. Nach den Gütern kamen die Wälder dran, die man massenhaft niederlegte; nach den Gutsherren die Großbauern, welche um Land und Hof gebracht wurden. Die Bewegung gegen die bloß wohlhabenden Bauern, die sich nicht so aus der Masse der Landbevölkerung heraushoben, ging erst später los <sup>1)</sup>. Ihnen blieb die Mission aufbewahrt, unter der Sowjetherrschaft als „Kulak“ im Dorfe die Rolle des schwarzen Peter zu spielen.

Kerenski hatte die Vergewaltigung der Gutsherren bekämpft und sich dadurch um die Macht gebracht. Lenins anarchistische Losung: „Raub das Geraubte“ entschied den Sieg des Bolschewismus, bestätigte aber im wesentlichen nur eine bereits vollzogene Tatsache. Gesetzlich sanktioniert wurde der Raub durch das Dekret, das der allrussische Rätekongreß gleich am ersten Tag nach der Errichtung der Sowjetregierung auf Lenins Antrag beschloß und welches das Eigentum des Großgrundbesitzes ohne Entschädigung aufhob. Aller Boden und alles lebende und tote Inventar des privaten Großgrundbesitzes, der Kirche, der Staatsdomänen soll in die Hände der bäuerlichen Agrarkomitees übergehen. Die Bodennutzung ist auszugleichen, d. h. das Gelände ist unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und der Arbeits- und Bedürfnislage der Familien einer periodischen Neuverteilung zu unterziehen.

Man sieht, wie die weite Fassung jede lokale Lösung gutheißt, welche die Bauernkomitees für richtig befinden; die aus denselben Bauern gebildeten Komitees, die seit Ausbruch der Revolution nach Herzenslust geraubt und gebrandschatzt hatten. Mochte die organisierte Übernahme des Landes ein Hauptprogrammpunkt der bolschewistischen Partei sein — in der Ausführung mußte sie vor der Bauernschaft kapitulieren, wie sie ihr viele andere prinzipielle Standpunkte zu opfern hatte. Das Privateigentum der Bauern selbst berührt das Dekret nicht im mindesten, es traut sich vorerst ebenso wenig an die Einführung kollektivistischer Grundsätze der Bodennutzung heran. Die Sowjetmacht hat die Abschaffung des Erbrechtes dekretiert, sie kann nicht daran denken sie gegen die Bauern durchzusetzen. Ja, das Dekret vom 1. Mai 1928 bestimmt sogar ausdrücklich, daß seine Bestimmungen über die Aufhebung des Erbrechtes auf Bauerngüter keine

<sup>1)</sup> Vgl. S. Dubrowski, Die Bauernbewegung in der russischen Revolution 1917, Berlin 1929, Paul Parey.

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel XI und XII.



Anwendung zu finden haben. Und wie die Bauern den Boden ruhig weiter auf ihre Kinder vererben, vermag die Sowjetmacht sie auch nicht zu hindern den Boden untereinander zu tauschen oder zu verhandeln. Der siegreiche Bolschewismus behauptet sich dank der Einsicht, daß er gegen den zähen Widerstand der Bauern nichts auszurichten vermag, daß er die Gestaltung der Grundeigentumsverhältnisse ihnen überlassen muß.

Darf man Augenzeugen jener Epoche glauben, so gaben sich die proletarischen Gewalthaber in Moskau der Hoffnung hin, daß diese ihnen unerwünschte Entwicklung der Dinge nur ein Durchgangsstadium darstelle. Sie meinten, daß der bäuerliche Kleinbetrieb, der sich als so willfähiges Werkzeug zur Zerschlagung des feudalkapitalistischen Großgrundbesitzes erwiesen hatte, bald für die sozialistische Vergesellschaftung reif werden würde. Man müßte es nur erst verstehen, die Bourgeois aus den Komitees herauszukomplimentieren, ihren Einfluß auf die Dorfproletarier zu brechen. Denn, in den Lokalkomitees machte sich der größere Bauer, der Kulak, über die Gebühr breit und der Dorfunternehmer, der Besitzer von Schrot- oder Ölmühlen. Zu Anfang waren sie bei der Aufteilung der Großgüter nicht die Letzten gewesen, und hatten ihr Land um manches schöne Stück vergrößert. Der rege Einfluß der Sowjetmachthaber ging nun seit 1918 dahin, das bäuerliche Proletariat zu den konservativen Kulaks in scharfen Gegensatz zu bringen. Wer nichts zu verlieren hat, wird Neuerungen leichter zugänglich, wobei sich der Neid als trefflicher Vorspann bewährt. Ein kluger Schachzug war es daher von der Regierung, sich das Landproletariat zum Wegbereiter des Agrarkommunismus zu wählen. Psychologisch treffsicher von der Sowjetmacht, daß sie die Dorfarmut in eigenen Komitees zu besonderem Einfluß erhob und sie in jeder Hinsicht gegen die größeren Besitzer stützte. Lenin selbst erscheint die Spaltung des Bauerntums als wichtigste Vorbedingung des Agrarkommunismus. Er schreibt darüber <sup>1)</sup>: „Nachdem das Proletariat Rußlands zusammen mit dem gesamten Bauerntum die bürgerlich demokratische Revolution vollendet hatte, ging es endgültig zur sozialistischen Revolution über, sobald es ihm gelungen war, das Dorf zu spalten, die dortigen Proletarier und Halbproletarier für sich zu gewinnen, sie zum Kampf gegen die Wucherer und die Bourgeoisie, einschließlich der bäuerlichen, zusammenzuschließen.“ — — — „Hätte das bolschewistische Proletariat der Hauptstädte und größeren Industrieorte es nicht verstanden, den ärmeren gegen den reichen Bauern um sich zu vereinigen, dann wäre dies ein Beweis gewesen, daß Rußland für die sozialistische Revolution nicht reif war, dann wäre das Bauerntum geeint, d. h. unter der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Führung der Wucherer, der Reichen, der Bourgeoisie geblieben, dann wäre die Revolution nicht aus dem Rahmen der bürgerlich-demokratischen Revolution hervorgetreten.“

<sup>1)</sup> L e n i n, „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat K a r l K a u t s k y“. Leipzig 1919.

Und nun, da es gelungen ist, die Habenichtse gegen den zähen Konservatismus des Kulaks aufzurufen und sie zu Wortführern des Bolschewismus zu machen, glaubt man mit mehr Erfolg für die proletarische Ideologie eintreten zu können. Die Verordnung über die sozialistische Agrarorganisation vom 14. Februar 1919 trägt deren Gepräge schon deutlicher an sich. Sie bemüht sich vor allem die Vorteile des Agrarkommunismus ins rechte Licht zu rücken. „Zur definitiven Ausschaltung jeder Menschengrausamkeit, zwecks Organisation der Landwirtschaft auf sozialistischer Basis unter Anwendung und Verwertung aller wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften, zur Erziehung der Arbeitermassen im Geiste des Sozialismus wie zum Zwecke der Zusammenschließung des Proletariats und der ärmeren Schichten des Landes zum Kampfe gegen das Kapital ist der Übergang von den individuellen Formen der Bodennutzung zur gesellschaftlichen unbedingte Notwendigkeit. Die großen Sowjetwirtschaftsbetriebe, die „Kommunen“, die gemeinsame Bodenkultur und andere Formen gemeinschaftlicher Bodennutzung sind die wirksamsten Mittel zur Erreichung dieses Zieles; deshalb dürfen alle Formen individueller Bodennutzung nur als zeitlich beschränkt und vorübergehend angesehen werden.“

Derart betont die neue Agrarpolitik, daß das Schwergewicht der Bodennutzung in den Sowjetwirtschaften und in anderen kollektiven Formen des landwirtschaftlichen Betriebes zu suchen sei. Am liebsten wird dabei der Agrarkommune gedacht. „Die Agrarkommune“, heißt es, „ist die vollkommenste Form der Bodennutzung auf sozialistischer Grundlage. Nach dem Gesetz ist sie eine freiwillige Arbeitervereinigung zur Bodennutzung nach kommunistischen Grundsätzen und zwar hinsichtlich der Erzeugung, der Verteilung und des Verbrauches.“

Die Idylle der „Kommune“ wird in den Normalstatuten folgendermaßen umschrieben: Die „Agrarkommunen“ sollen sowohl in der Arbeit, wie im Genusse der Arbeitsergebnisse als wahrhaftige Vorbilder brüderlicher Gleichheit unter den Menschen dienen. Wer in die „Kommune“ eintritt, tritt sein Privateigentum, das Geld so gut wie die Arbeitsutensilien, das Vieh, kurz alle Habe, die der kommunistischen Bodennutzung dient, an die Kommune ab.“ Durch die Verschmelzung kleiner Bauernbetriebe wird die „Agrarkommune“ zu einem großen Kollektivbetrieb. Der Boden bildet ein einziges, gemeinsames Wirtschaftsgebiet, die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, das Vieh und die Arbeitskraft sind Gemeinschaftsgut. Im Falle der Liquidation darf die „Kommune“ ihre Produktionsmittel nicht etwa unter die Genossen verteilen, sondern hat sie als Staatseigentum der regionalen Abteilung abzutreten. Für die ordnungsgemäße Einrichtung der Betriebe sind die „Kommunemitglieder“ dem Volkskommissariat für Landwirtschaft verantwortlich, sie haben mit allen Kräften die Interessen der gesamten Arbeiter zu verteidigen. Entspricht die Organisation einer „Kommune“ nicht mehr den Grundsätzen der Sowjetverfassung,

so kann sie durch die zuständigen Organe der Sowjetbehörden aufgelöst werden.

Alle Produktionsüberschüsse sind den Sowjetorganen des Versorgungskomitees abzuliefern oder gemäß Sonderbestimmungen, die das Volkskommissariat für Lebensmittelversorgung erläßt, Sozial- oder Staatseinrichtungen zu überweisen. Ein Teil davon ist dazu bestimmt, die staatlichen Vorschüsse und die Staats- und Lokalausgaben zu decken. Ein eventueller Gewinn darf nur zur Verbesserung und Erweiterung des Betriebes selbst verwendet werden. Die „Kommunen“ ergänzen die auf ehemals herrschaftlichen Besitzungen zu errichtenden „Sowjetwirtschaften“, indem sie den Bauern daran gewöhnen sollen, seine wirtschaftlichen Kräfte in vergesellschafteten Betrieben zu betätigen.

Umfassender als die primitivste Form der kollektiven Bodennutzung, die zu gemeinsamem Betrieb und Verwertung zu schaffenden Arbeitskonsortien, die „landwirtschaftlichen Artelle“, übertrifft die „Kommune“ auch die „Assoziationen für gemeinschaftliche Bodenkultur“. Dieser Gesellschaftstypus umschließt nach derselben Verordnung die ganze bäuerliche Gemeinde oder einzelne Gruppen daraus zu gemeinsamer Ausnutzung der Arbeitskraft, zu gemeinsamer Verwendung der Produktionswerkzeuge, zu gemeinsamem Pflügen, Säen, Ernten. Die Einführung der gemeinschaftlichen Feldkultur erfolgt durch Mehrheitsbeschluß. Minderheiten, die gemeinschaftliche Bodenkultur wünschen, muß ein entsprechendes Stück geschlossenen Terrains abgetreten werden. Bei Übergang zu gemeinschaftlicher Feldkultur ist für den Fruchtwechsel, die Aussaat, das Düngen, kurz den ganzen Betrieb, ein allgemeiner Kulturplan aufzustellen. Die Einkünfte aus der gemeinsamen Bodenbewirtschaftung können mit Zustimmung der regionalen Agrarabteilung des Distrikts unter die Mitglieder verteilt werden <sup>1)</sup>.

Mit der kümmerlichen Aussicht auf Verdienst, die den Artellen und den Assoziationen für gemeinschaftliche Bodenkultur eröffnet wird, will das Dekret der unverbesserlichen Selbstsucht der Menschen eine Konzession machen. Wer zur höchsten Stufe kollektiven Betriebes aufgestiegen ist, zur Agrarkommune, bedarf solcher irdischer Lockmittel anscheinend nicht mehr. Er empfängt den Lohn für seine Mitarbeit in der Weise, daß die Kommune für die Befriedigung seiner Bedürfnisse sorgt. Selbst marxistische Kreise haben den Organisationsplan der Kommune eher einer Ordensregel, als einem Plan zur Organisierung einer sozialistischen Wirtschaft in nationalem Maßstab ähnlich gefunden und ihn als Utopie bezeichnet <sup>2)</sup>. Die

<sup>1)</sup> Vgl. U. Tscherskinsky, Die Agrarverfassung in Sowjet-Rußland in Bd. II, Nr. 4 der Revue Internationale des Institutions économiques et sociales. Bearbeitet von Dr. R o h r, für die Berichte über Landwirtschaft, Bd. III. Berlin 1925, Paul Parey.

<sup>2)</sup> Vgl. O t t o B a u e r, Bolschewismus oder Sozialdemokratie, Wien 1920, Wiener Volksbuchhandlung.

Bolschewiken aber glaubten im ländlichen Proletariat die Klasse zu erblicken, die das eigene Interesse zur Verwirklichung dieses Traumes treiben könnte. Die auf dem Lande zusammengeströmten arbeitslosen Industriearbeiter und die „Dorfproletarier“, die sich einiger Fetzen Landes bemächtigten, jedoch weder Gespanne, noch Geräte besaßen, müßten wohl allen Grund haben, sich zu Kommunen zusammenzuschließen, wenn der Staat solchen Darlehen gewähren und Inventar liefern, sie aber dem Einzelnen verweigern würde. Hätten die „Komitees der Dorfarmut“ sich dann erst als die natürlichen Organisationen der Kommunen bewährt, so werde es, wie manche Optimisten hofften, nicht mehr so aussichtslos sein auch die Bauern allmählich in kollektive Wirtschaftsformen hineinzuzwingen.

Im Jahre 1918 sind etwa 500 Agrarkommunen entstanden. Manche freilich wurden bloß als Aushängeschild benutzt, um private Geschäfte zu decken. Andere wieder versagten, weil sich der Unmöglichkeit des Aufbaues die Unfähigkeit der Mitglieder zugesellte. Welche Enttäuschung überhaupt die „Dorfarmut“! Der Mir, die alte russische Feldgemeinschaft, das Eigentum der bäuerlichen Dorfgemeinde am Boden, der periodisch auf alle Dorfbewohner gleich aufgeteilt wurde, hatte eine natürliche Auslese bewirkt. Nur wer tüchtig war konnte sich heraufarbeiten, Land zapachten oder vom Gutsherrn zukaufen. Unter den Durchschnitt dagegen sank bloß der, den das Unglück besonders heimsuchte oder der untüchtig oder ein Säufer war. Aus solchem Holz werden weder Führer noch starke Kämpen geschnitzt. Dies ist nicht das Material, aus dem die Überwinder des Bauernstandes entstehen könnten. Mag es in den Randländern mit nicht-russischer Agrarverfassung anders gewesen sein, mögen die Gebiete des Großgrundbesitzes einen zahlreicheren Landarbeiterstand aufzuweisen gehabt haben — ganz sind die Hoffnungen, die auf das Dorfproletariat gesetzt wurden, nirgends in Erfüllung gegangen. Die Dorfarmut hat die kollektive Landwirtschaft in Rußland nicht zu Ehren gebracht und wer davon sich als Einzelwirt hervortat, paßte nicht in das System, erschien schon, um seiner auf Eigennutz hindeutenden Geschäftigkeit wegen höchst suspekt.

Die Männer jedoch, die Rußland in das blutige Experiment des Bolschewismus verstrickt und ihr Reich auf dem Schutthaufen einer zerstörten Welt errichtet hatten, waren nicht geneigt, sich durch Festlegen auf Kleinigkeiten in der Durchführung ihres Agrarprogramms behindern zu lassen. Ging es nicht mit den Ärmsten der Armen, so versuchte man es eben mit den mittleren Bauern. Heruntergekommen waren die gerade auch genug, um als gefügte Werkzeuge brauchbar zu scheinen. „In der Bauernfrage — schreibt Stalin <sup>1)</sup> — in der Frage des Bündnisses der Arbeiter mit den Bauern oder mit einzelnen Schichten der Bauernschaft hat der Leninismus drei grundlegende Losungen aufzuweisen, die drei Perioden der Revolution entsprechen... Früher,

<sup>1)</sup> J. S t a l i n, Probleme des Leninismus (Marxistische Bibliothek, Band 5). Wien-Berlin, 1926, Verlag für Literatur und Politik.

als wir der bürgerlichen Revolution entgegen gingen, da sagte Lenin: Bündnis mit der ganzen Bauernschaft gegen den Zaren und die Großgrundbesitzer und Neutralisierung der kadettischen Bourgeoisie. Mit dieser Losung sind wir damals in die bürgerliche Revolution gegangen und wir haben gesiegt. Das war die erste Etappe unserer Revolution. Später, als wir der zweiten Etappe, dem Oktober entgegen gingen, da stellte Lenin eine neue Losung auf, die der neuen Lage entsprach: Bündnis des Dorfproletariats mit der Dorfarmut gegen alle Bourgeoisie und Neutralisierung der Mittelbauern. Das ist eine Losung, die die kommunistischen Parteien, die um die Macht kämpfen, brauchen. Und selbst dann, wenn sie die Macht bereits erobert, sie aber noch nicht befestigt haben, können sie nicht auf ein Bündnis mit den Mittelbauern rechnen. Der Mittelbauer ist ein Mensch, der abwartet. Er schaut zu, wer der Stärkere ist, er wartet ab, und erst dann, wenn wir die Oberhand gewonnen und die Großgrundbesitzer und Bourgeoisie versagt haben, ist er zu einem Bündnis mit uns geneigt.“

„Und im Weiteren, als wir unsere Macht bereits genügend befestigt, als wir in die Epoche eines breiten sozialistischen Aufbaues eintraten, da stellte Lenin eine dritte Losung auf, die Losung des festen Bündnisses des Proletariats und der Dorfarmut mit den Mittelbauern. Diese Losung ist die einzige richtige, die der neuen Periode unserer Revolution, der Periode des breiten Aufbaues entspricht.“

So war die Sowjetmacht dahin gelangt, neben der Dorfarmut die Mittelbauern in Gnaden aufzunehmen. Noch saß ja der Großbauer, der Kulak, der Wucherer und Arbeiterausbeuter am Dorfe, gegen den man alle üblen Instinkte der Ärmern zum Heile der kollektiven Wirtschaft mobilisieren konnte. Mit Zuckerbrot und Peitsche schafft die Sowjetregierung eine Schicksalsgemeinschaft, die sie eher bereit glaubt das Programm der Vergesellschaftung zu verwirklichen. Und tatsächlich zählt man in Rußland im Jahre 1921 schon 3120 Agrarkommunen, 10185 Artelle und 2514 Vereinigungen mit gemeinschaftlicher Wirtschaftsführung, in der Ukraine 3033 Kollektivwirtschaften. Die Mitglieder rekrutieren sich jedoch auch jetzt wieder zumeist aus der ärmsten Schicht, aus Proletariern, welche die geschlossenen Fabriken und Werkstätten aufs Land entlassen haben, aus Landarbeitern enteigneter Domänen und aus den ärmsten Landbewohnern, die sich auf expropriertem Boden und mit expropriertem Inventar und Gerätschaften gut gehen lassen wollen. Daneben verirren sich wohl Intellektuelle einzeln her und trachten ihre kommunistischen Ideale verwirklichen zu helfen. Oder Klöster retten sich in die Form der „Kommune“ oder des „Artells“, um den Klosterbesitz erhalten zu können. Da die Gutshöfe und ihr Inventar aufgeteilt sind, und die proletarischen Kollektivbetriebe in ihnen keine Grundlagen mehr finden, da deren weitere Zunahme nur durch den Zusammenschluß einzelner Kleinbauern noch möglich ist, stockt die Aktion auf einmal wieder.

Es will auch sonst nicht recht klappen mit der Landwirtschaft

in der Sowjetrepublik. Der Staat ist ungeachtet gewaltsamer Requisitionen nicht imstande dem Getreidebedürfnis der Bevölkerung halbwegs zu genügen. Wagen es die Bauern nicht direkt sich dem staatlichen Eintreibungssystem zu widersetzen, so antworten sie in schlimmerer Art: sie vermindern die Saatfläche, um ihre Überschüsse nicht unter dem Tauschwert der Industrieprodukte abgeben zu müssen. Von 1916 bis 1921 sinkt die Kulturfläche derart um 25 %<sup>1)</sup>. Die Anzahl der Kühe pro 100 Einwohner fällt von 25,7 in 1916 auf 17,1 in 1920, die Zahl der Pferde im gleichen Zeitraum von 26,3 Stück auf 15,1 Stück pro 100 Einwohner<sup>2)</sup>. Als dann 1920 auch noch eine Mißernte eintritt, befaßt sich der 6. Allrussische Sowjetkongreß der Abgeordneten der Arbeiter, Bauern, Soldaten der roten Armee und der Kosaken mit der katastrophalen Lage der Landwirtschaft, und er arbeitet ein Dekret aus, das Maßnahmen „zur Stärkung und Entwicklung der bäuerlichen Betriebe“ enthält und die Landwirtschaft als wichtigsten Wirtschaftszweig der Republik erklärt. Die neue Landorganisation will nun aus der nationalen Landwirtschaft eine einzige große Produktionswirtschaft mit streng obligatorischem Charakter machen.

Die Energie, welche an die Durchführung der staatlichen Zwangswirtschaft sogleich gewendet wird, verpufft indessen wieder nutzlos. Sie zersplittert an der Einstellung der Bauern, die ihren Betrieb unabhängig zu führen gewohnt sind, wie an den Schwierigkeiten der technischen Durchführung. Im Frühjahr 1921, wenige Monate, nachdem das Edikt des Kongresses sich so großartig gegeben hat, sieht sich die Sowjetregierung denn gezwungen, die ganze Versorgungspolitik von Grund auf zu ändern. Sie bricht mit dem System der Getreiderequisitionen, um es durch Naturalsteuern zu ersetzen, und führt die Handelsfreiheit wieder ein. Der kaum begonnene agrarsozialistische Bau Rußlands hat sich als nicht tragfähig erwiesen, die „Neue Wirtschaftspolitik“ des Sowjetstaates nimmt ihren Anfang.

## II. Der neue Kurs von 1921 und der Agrarkodex.

Lenins Wiederentdeckung der Triebkraft des persönlichen Vorteils. — Der Agrarkodex von 1922. — Aufhebung der Getreiderequisitionen und Herstellung der Handelsfreiheit. — Rehabilitierung der individuellen Betriebe. — Der Kleinbauer wird weiter gegen den Kulak ausgespielt. — Von Analphabeten, Adoptionen und Häusern der Bauernschaft. — Das Genossenschaftswesen als Surrogat des Agrarkommunismus.

Gerechterweise ist zuzugeben, daß der Freimut, mit dem Lenin um jene Zeit das Versagen der bolschewistischen Agrarpolitik ein-

<sup>1)</sup> a. a. O. Mitteilungen des Internationalen Landwirtschaftlichen Institutes in Rom. In einer Fußnote ist dort bemerkt, daß die Genauigkeit der Angaben nicht über allem Zweifel erhaben sei, da die Erhebungen unter außergewöhnlichen Verhältnissen angestellt wurden. Suchten die Bauern doch bei den Umfragen der Zentralkommission für Statistik die wahre Ausdehnung ihrer Betriebe zu verheimlichen.

<sup>2)</sup> Nach Georg Kandler (Wirtschaftsdienst Heft 31) ist die Zahl der Hühner im Jahre 1921 bis 1922 von 85 Millionen auf 52 Millionen zurückgegangen,

bekannte, auch dem erbittertsten Gegner des Systems Eindruck machen muß. „Wir zählten darauf“, so führte er am 4. Jahrestage der Machtergreifung durch die Sowjets aus, „oder besser gesagt, wir nahmen ohne genügende Berechtigung einfach an, daß durch den bloßen Herrschaftswillen des proletarischen Staates die staatliche Produktion und Verteilung der Produkte in einer Nation von Kleinbauern nach kommunistischen Methoden organisiert werden können. Das Leben selbst bewies uns unseren Irrtum. Nicht unmittelbar auf den Enthusiasmus, den die große Revolution ausgelöst, sollt ihr aufbauen, sondern unmittelbar durch ihn über das individuelle Gewinnstreben, das persönliche Interesse und die wirtschaftliche Einstellung die sichere Brücke schlagen, die in einer Nation von Kleinbauern über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führt; denn sonst werdet ihr niemals zum Kommunismus gelangen. So sprach zu uns das Leben, so hat es uns der objektive Gang der revolutionären Entwicklung gelehrt.“

Was uns, in bürgerlichen Gedankengängen aufgewachsen, immer als die Schwäche der Marxistischen Ideologie erschien, — das vollkommene Verkennen der treibenden Kräfte, die der persönliche Vorteil für die Wirtschaft bedeutet, ist nun von Lenin erst jetzt entdeckt worden. Er glaubt freilich, daß die Ausnutzung jener Kräfte nur vorübergehend notwendig sein werde und daß es sich dabei um eine bloße Phase in der Entwicklung zum Sozialismus handle. Lenin spricht auch bloß von den Bauern, die durch das Medium des Privatvorteils zu erfolgreicher Mitarbeit gewonnen werden müßten. Bei den übrigen Klassen scheint er das Gleiche nicht für notwendig zu erachten. Selbst in dieser Begrenzung aber liegt schon fast mehr, als Lenin eingestehen durfte, ohne zugleich den Bankerott der ganzen marxistischen Lehre zu erklären. Und der neue Kurs, den die Agrarpolitik einschlägt, beweist, daß es der Sowjetregierung mit dem Abscheu vor den Einrichtungen der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr so ganz ernst ist.

Was Lenin verschämt „Staatskapitalismus“ nennt, nimmt bei Berührung mit der praktischen Landwirtschaft Züge an, die mitunter von dem gewöhnlichen, verpönten Kapitalismus wenig zu unterscheiden sind. Denn, was ergibt sich für den Bauer aus dem Agrarkodex, der die neuen Bedingungen für die Landwirtschaft enthält und am 1. Dezember 1922 für das ganze Gebiet der U. d. S. S. R. in Kraft trat? Wohl bestätigt die Sowjetregierung darin gleich zu Anfang die Nationalisierung des Bodens. Er habe einen einzigen staatlichen Agrarfond unter der Verwaltung des Kommissariats für Landwirtschaft und seiner Lokalorgane zu bilden. Der Boden solle dem freien Grund-

also um 38%. In der Ukraine, die das Hauptüberschußgebiet für Eier war, um 50%. Die einstige Vormachtstellung Rußlands auf dem internationalen Eiermarkt ist in den Nachkriegsjahren außerordentlich erschüttert worden. Dieser Rückgang wird außer mit dem Zusammenbruch der Geflügelzucht auch mit der Ausschaltung der privaten kleinen Händler und Vermittler auf dem Dorfe begründet.

stücksverkehr entzogen bleiben. Wer aber den Boden bebaute, der darf ihn unbeschränkt weiter nutzen. Nach dem ersten Nutznießer verbleibt er der Familie für alle Ewigkeit, d. h. wenn sie den Boden ordentlich bewirtschaftet. Bekräftigt auch dies bloß einen bereits vorher anerkannten Grundsatz, so gibt sich der Agrarkodex bald in funkelnelneuer Einstellung zu erkennen. Da ist vor allem, Ereignis der Ereignisse, der Aufhebung der Getreiderequisitionen und der wiederbeschenkten Handelsfreiheit zu gedenken. Dann werden alle individuellen Formen des Bodenbaues nicht mehr als vorübergehend und im Gegensatz zu den „Kommunen“ als verwerflich bezeichnet. Nein, jetzt soll jeder nach seiner Façon wirtschaften und glücklich werden können. Daß der Kodex die Nutzungsarten nacheinander aufzählt, hat nichts mit Zwang zu tun, es ist bloß die Speisekarte, aus der jeder nach Herzenslust wählen darf. Die Folge ist reichhaltig genug! Da gibt es: 1. die gemeinschaftliche Landnutzung mit periodischer gleichmäßiger Bodenverteilung unter die Familien des Dorfes; 2. die Bodennutzung mit scharf abgegrenzten, zu Nießbrauch ausgegebenen Grundstücken, sei es in Gemeengeparzellen mit andern oder als Einzelhof (Chutor) oder im zusammenhängenden Plane als Chutor bei der Dorfsiedlung; 3. die kollektivwirtschaftliche Landnutzung als „Kommune“, „Artell“ oder Vereinigung mit gemeinsamer Wirtschaftsführung und 4. eine Mischform, die sich den Nutzungsgewohnheiten der Gegend anpaßt. Das Recht der freien Wahl erstreckt sich selbst auf die bestehenden landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe. Wer austreten will, darf es unter erträglichen Bedingungen tun. Will einer den Boden verpachten, so geht ihm das Gesetz nachsichtig an die Hand. Braucht er Lohnarbeiter, sind sie ihm unter loyalen Bedingungen vergönnt. Nach den früheren Gesetzen waren die Sowjetdomänen dazu bestimmt, günstige Bedingungen für den vollständigen Übergang zur kommunistischen Wirtschaft zu schaffen. Jetzt rückt der Agrarkodex von solcher Auslegung ab. Die hohe Bedeutung der Domänen für Saatzucht und Viehzucht und in anderer agrartechnischer Hinsicht ist es, auf die besonders hingewiesen wird.

Mancherlei bleibt noch zu regeln und zu besprechen auf dem weiten Gebiete der Agrarwirtschaft Rußlands. Damit es einheitlich in der ganzen Union der sozialistischen Sowjetrepubliken geschehen könne, wurde 1921 unter dem Volkskommissariat für Landwirtschaft ein Bundeskomitee für Agrarfragen gegründet. Um seine Autorität zu erhöhen, hat man es ein Jahr später dem Präsidenschaftsbureau des Vollzugskomitees selbst angeschlossen. Und nun soll das Agrarkomitee von seinem erhöhten Platze aus die nötigen Modifikationen des Kodex wahrnehmen.

So hat sich der Barometerstand der revolutionären Agrarreformen stark gesenkt. Die kollektiven Betriebe sind nicht mehr Ziel und Inhalt der sowjetistischen Agrarpolitik, sondern sollen sich neben den individuellen Formen der Bodennutzung an der dringenderen Aufgabe be-



teiligen, möglichst viel Lebensmittel zu erzeugen. Ihrer besonderen Verdienstlichkeit entkleidet, haben die Kollektivbetriebe denn auch seit der Verkündung des Agrarkodex an Zahl abgenommen.

Den früheren Agrargesetzen Sowjetrußlands trägt der Agrarkodex nur in einem Punkte unvermindert Rechnung: Er will den zum Wucherer gestempelten, für russische Verhältnisse wohlhabenden Bauern, den Kulak, in schärfster Weise weiter bekämpfen. Bei Neuverteilungen erhält der Kulak nach dem Agrarkodex nicht einen Quadratmeter mehr Boden, als er allein zu bewirtschaften vermag. Die Kleinbauern dagegen werden auch ferner in jeder Hinsicht unterstützt<sup>1)</sup>. Sie sind der Typus, den die Sowjetmachthaber um ihrer politischen Zwecke halber zu erhalten und zu fördern wünschen, während für die aufstrebende Tüchtigkeit des selbständiger denkenden „Kulak“ in Sowjetrußland kein Platz zu sein scheint. Nichtsdestoweniger wird berichtet, daß seit Verlautbarung des neuen Kurses das bis dahin beobachtete starke Sinken der Anbauflächen, unter Ausgleichung der Betriebsgrößen sich verlangsamt hat. Mehr noch, gerade die größeren bäuerlichen Betriebe zeichnen sich durch Zunahme des bebauten Bodens aus, was beweist, daß sie nicht unterzukriegen sind. Immer wissen sie sich irgendwie wieder an die Oberfläche zu bringen, trotzdem auf den Erfolg ihrer Tüchtigkeit auch noch hohe Besteuerung und der Verlust des Wahlrechtes gesetzt sind.

Für die Sowjetmacht aber mag es keine Kleinigkeit sein, jene von ihr bevorzugte bäuerliche Schicht, die noch so viele Analphabeten aufweist, zu besserer Arbeit zu erziehen. Theodore Dreiser<sup>2)</sup>, der berühmte amerikanische Schriftsteller, der Rußland 1928 bereist hat, erzählt, daß man es in gewissen Gebieten, so im Kaukasus und in den östlichen und südöstlichen Teilen Sibiriens mit Menschen zu tun habe, die kaum mehr als Wilde seien und alles, was über eine Nomadenexistenz hinausgeht, erst erlernen müßten. Vierzig, sechzig, ja siebenzig Prozent Analphabeten will er dort gefunden haben, ohne den geringsten Sinn für modernes Gemeinschaftsleben. Der Angehörige solcher Stämme wünsche nichts auf der Welt sehnlicher, als daß man ihn in Ruhe und auf seine Art weiterleben lasse. Seine Gleichgültigkeit gegen all das, was ihm die Utopisten in Moskau zu bieten haben, sei so grenzenlos, die Aussicht auf seine Erziehung zum Verständnis so hoffnungslos, daß die Regierung versucht, diese schwächeren Individuen in Gruppen vereinigt unter Instruktoern der Lokalsowjets arbeiten zu lassen. Eine hübsche Idee ist es unter solchen Umständen, daß

<sup>1)</sup> Die letzten Ausführungen gründen sich ebenfalls auf dem früher angeführten, von Dr. Rohr bearbeiteten Aufsatz von M. Tscherkinsky. Vgl. auch: Peter und Irma Petroff, Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion, Berlin 1926, Handelsvertretung der U. d. S. S. R. in Deutschland; dann: Erich Koch-Weser, Rußland von heute, Dresden 1928, Karl Reißner; jerner: A. W. Tschajanoff, Die Landwirtschaft des Sowjetbundes, Berlin 1926, Paul Parey.

<sup>2)</sup> Sowjetrußland, Berlin-Wien-Leipzig 1929, Paul Zsolnay.

die Arbeiter einer Fabrik oder eines industriellen Gebietes mitunter die Obsorge für einen speziellen landwirtschaftlichen Bezirk übernehmen. Sie „adoptieren“ ihn gleichsam, veranstalten Geldsammungen, um für diesen Bezirk Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen zu kaufen, übersenden Broschüren und unternehmen am Wochenende zur besseren Fühlungnahme Ausflüge dahin.

Um den Bauern die Macht der Sowjets recht eindringlich einzuhämmern und sie dem Fortschritt gefügiger zu machen, hat die Regierung noch eine andere, diesmal nachahmenswerte Einrichtung veranlaßt. Sieließ in den Städten von ganz Rußland „Häuser der Bauernschaft“ errichten, im ganzen ihrer 380, die zur Bequemlichkeit und zur Aufklärung der Bauern von staatswegen geführt werden. Die Bauern werden gruppenweise von der Regierung in die Stadt geladen und hier gewöhnlich zehn Tage lang kostenfrei beherbergt. Dem Gaste wird bei seiner Ankunft ein Bad geboten und im Anschluß daran bemüht man sich ihm einige Begriffe von Reinlichkeit und Ordnung beizubringen. Nachher gibt es Vorlesungen, Filme und Theateraufführungen für die Bauern, man führt sie in Museen, stellt ihnen kostenlos staatliche Rechtsanwältinnen und ärztliche Kliniken bei. Mögen die armen, ungebildeten Bauern auf diese Weise manche sterbenslangweilige, höchst ungemütliche Stunde in der Stadt erleben, so werden sie doch aus ihrer Verdampfung aufgerüttelt und mit einem ganz andern Gesichtskreis in ihr Dorf zurückkehren. Und die Sowjetregierung wird nicht bloß für sich, sondern auch für den Fortschritt der Landwirtschaft überzeugte Anhänger gewonnen haben.

Man wird nicht erstaunt sein, nach der Aktivierung des neuen kapitalistischen Kurses unter den agrarischen Einrichtungen des Sowjetstaates das Genossenschaftswesen auftauchen zu sehen. Jetzt, da der bäuerliche Einzelbetrieb sich als unzerstörbare Wirtschaftszelle erwiesen hatte, lag es nahe, sich einer Form der Zusammenarbeit zu erinnern, welche in den kapitalistischen Staaten außerordentlichen Erfolg erzielen konnte und die eine gewisse Verwandtschaft mit der sozialistischen Gemeinwirtschaft zu haben schien. Die gesetzlichen Grundlagen für das Wiederaufleben der landwirtschaftlichen Genossenschaften wurden durch den Beschluß des Rates der Volkskommissäre vom 17. Mai 1921 und durch den Erlaß des Allrussischen Zentral-Exekutiv-Komitees vom 16. August desselben Jahres geschaffen<sup>1)</sup>. In den ersten Jahren ihres Bestehens entwickelten sich die Genossenschaften als landwirtschaftliche Universal-Genossenschaften, durch deren Vermittlung die Mitglieder ihre Produkte absetzten, die nötigen Industrieerzeugnisse bezogen und den Kreditbedarf deckten. Später, mit der Umsatzentwicklung begannen sich die unteren Genossenschaftsschichten zu spezialisieren. Diese Umstellung vollzieht sich am raschesten in den Zweigen, deren Produkte vor dem

<sup>1)</sup> Vgl. C. Ratner, Moskau, Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Sowjetunion. Berlin 1928, Paul Parey.

Marktabsatz einer Verarbeitung bedürfen. Milchwirtschaft und Viehzucht, Butterproduktion und Samenzucht, die industrielle Verwertung von Kartoffeln werden genossenschaftlich organisiert, Baumwoll-, Zuckerrüben- und Tabakgenossenschaften entstehen in den Gegenden, welche die Voraussetzungen dafür besitzen. Einigermaßen eingebürgert, dehnen sich die genossenschaftlichen Unternehmungen auf die anderen Spezialgebiete aus, deren sich die Landwirtschaft zu bedienen pflegt und die hier aufzuzählen recht monoton wäre.

Von der Fülle der Organisationen hebt sich jedoch eine Gruppe deutlich ab, die den Gedankengängen der Moskauer Idealisten am nächsten stehen mußte: die Produktions-Genossenschaft. Da man soweit ist, sich hier ansetzen zu können, scheint der Sowjetherrschaft endlich ein Erfolg auf kollektivistischem Gebiete zu blühen, wenn auch in ganz anderer Weise, als sie es sich gedacht haben mag. Anstelle der klösterlich-asketischen Kommunen und Artelle treten die bäuerlichen Vereinigungen für die Bodenbearbeitung auf genossenschaftlicher Basis. Und es ist nicht so, wie man in Moskau erwartet hat, daß die mit der Verarbeitung und mit dem Absatz landwirtschaftlicher Produkte befaßten Spezialgenossenschaften in Kollektivwirtschaften nach sowjetischem Rezept übergehen würden. Produktionsgenossenschaften finden sich vielmehr in wachsender Zahl zusammen, um gemeinsam Maschinen und Traktoren zu verwenden, Rassevieh und hochwertigen Samen zu beziehen, den Milchertrag und die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte zu steigern. 3000 Agronomen sind von den Genossenschaften angeworben und beraten ihre Mitglieder.

Wie sich jetzt das anderswo längst Erprobte hier durchzusetzen weiß und die weltfremden Konstruktionen der ersten Sowjetzeit zur Seite schiebt, ist aus der Statistik zu ersehen. Von den 3120 Agrarkommunen, die im Jahre 1921 gezählt wurden, besteht 1927 nur noch die Hälfte, dagegen gibt es fast 8 mal so viel Genossenschaften zu gemeinsamer Bodenbearbeitung, 26 780 Traktoren- und Maschinengenossenschaften, Viehzucht- und Samenzucht-Genossenschaften und solche für Meliorationen. Und über 20 000 genossenschaftliche Betriebe sind Stätten für Tier- und Pflanzenzüchtung, dienen der Getreidereinigung und Saatgut-Herrichtung, ebenso viele der Müllerei, dem Molkereiwesen, der Kartoffelindustrie und dgl. m. Sowjetrußland hat in der Genossenschaft endlich eine Form gefunden, in der sich mit Nutzen gemeinsame Wirtschaft treiben läßt. 1926/27 arbeiten mehr als 300 Millionen Rubel in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, sie bewirken einen Umsatz von 3 Milliarden und erbringen sogar einen bürgerlichen Reingewinn. Mit 26 ½ Millionen Rubel beziffert ihn der bereits zitierte Bericht Ratners, was fast 9 % entspricht. So entlehnt die Sowjetherrschaft dem kapitalistisch-bürgerlichen Vorbild einen Schein erfolgreicher Gemeinwirtschaft <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Der neue Kurs der russischen Agrarpolitik ist durch das Bundesgesetz vom 15. Dezember 1928 über die allgemeinen Grundsätze der Landnutzung

### III. Die Kritik Trotzki's.

Begeisterte ausländische Gäste der Sowjetregierung. — Diskrepanz zu gewissen wirtschaftlichen Tatsachen. — Trotzki über die wirkliche Lage Rußlands. — Es bestätigt sich, daß die Lebenskraft der Großbauern stärker als die Sowjetmacht ist.

In den ersten Jahren war es der Sowjetherrschaft nicht darum zu tun, die Welt zu Zeugen ihrer Wirksamkeit zu machen. Später mag sie eingesehen haben, daß sich die üble Nachrede nirgends böswilliger einstellt, als dort, wo sie auf bloße Vermutung angewiesen ist. So sind die undurchdringlichen Schleier dann ein wenig gelüftet worden und Sowjetrußland hat sogar manchen Fremden zu sich geladen, um ihm die Erfolge der bolschewistischen Arbeit vorzuführen. Bücher wie die des Österreicher's Stefan Zweig oder des Amerikaners Theodor Dreiser legen davon Zeugnis ab und wissen zumeist nur Schönes und Begeisterungswürdiges von dem Regime zu berichten. Ich bin nicht in Sowjetrußland gewesen, doch hat mich Cook & Son in viele Länder geführt und überall war alles wunderbar, was man zu sehen bekam, drei Mahlzeiten im Tag und Trinkgeld mit inbegriffen; die Sowjetregierung müßte ihr Geschäft schlecht verstehen, wenn sie es anders als Cook & Son machen und ihr Werk nicht gleichfalls von der besten Seite zeigen wollte. Deshalb ist anzunehmen, daß auch in der sozialistischen Sowjet-Republik nicht alles ganz so vollkommen sein wird, wie es den offiziellen Besuchern erschien. Dies ließe sich nicht bloß besser mit jenen weit weniger günstigen Eindrücken in Einklang bringen, von denen andere, auf eigene Faust Reisende erzählen, sondern auch mit gewissen wirtschaftlichen Erscheinungen, die nicht wegzuleugnen sind. Wir haben gerade früher auf die Diskrepanz hinzuweisen gehabt, die zwischen der Zielsetzung auf agrarpolitischem Gebiet und dem Erfolg zu konstatieren ist. Die agrarische Gesetzgebung und die agrarische Exekutive scheinen sich seit der Bodenaufteilung in einer Kreislinie zu bewegen, die immer wieder an den Ausgangspunkt zurückkehrt. Es ist wie ein Ringenspiel, bei dem der gesunde Bauernverstand um das marxistische Agrarphantom herumgeschwenkt wird, ohne dem Drehpunkt jemals näher zu kommen.

und Landeinrichtung gesetzlich verankert worden. Nach Prof. Dr. O. Anhagen, dem landwirtschaftlichen Sachverständigen für die U. d. S. S. R. in Moskau bedeutet das Gesetz eine abermalige Radikalisierung der agrarischen Rechtsordnung. Als wichtigste Ziele stellt es auf: schleunigere Sozialisierung der Landwirtschaft und Kampf gegen die individualwirtschaftliche Oberschicht, die der Sozialisierung im Wege steht. „Die Entwicklung der produktiven Kräfte der Landwirtschaft unter Sicherung der ständigen Verstärkung ihrer sozialistischen Struktur“; Mittel hierzu werden außer der technischen Hebung der Landwirtschaft sein: der genossenschaftliche Zusammenschluß der breiten Schichten des werktätigen Bauerntums, die Befestigung und Entwicklung des Netzes von Kollektivwirtschaften und Rätégütern sowie die Ergreifung wirksamer Maßnahmen zum Schutz der schwachen Schichten des Dorfes und der Landarbeiter und zur Überwindung des Kulakentums (Anhagen: „Die neueste russische Agrargesetzgebung. Bauernwirtschaft oder Agrarsozialismus?“ Berichte über Landwirtschaft, Berlin 1919, Paul Parey).

Dies ist der Eindruck, den man aus der Gegenüberstellung der sowjetistischen Pläne, Maßnahmen und Ergebnisse gewinnt. Sollte es nicht möglich sein dieses Urteil überprüfen zu lassen? Leo Trotzki, der Mitbegründer der proletarischen Diktatur, der die Verhältnisse wie kein Zweiter kennen muß, gibt uns das Material für eine solche Prüfung in seinem in der Sowjetrepublik streng verpönten Buch „Die wirkliche Lage in Rußland“<sup>1)</sup> an die Hand. Heute ein ruheloser Flüchtling, der von Ort zu Ort vergebens um ein Asyl betteln muß, hat Trotzki keinen Anlaß sich einer besonderen Schönfärberei zu befleißigen, oder die Dinge nicht beim rechten Namen zu nennen. Und gerade dies ist es, was seine Ausführungen interessant macht, was uns die ungeschminkte Wahrheit verspricht. Trotzki sagt: „... Die Abweichung von Lenins Standpunkt in der Bauernfrage, wie sie die Stalin-Bucharingruppe durchgeführt hat, kann in den folgenden acht Hauptpunkten gekennzeichnet werden:

1. Vernachlässigung des Hauptgrundsatzes des Marxismus, daß nur eine starke, sozialisierte Industrie den Bauern helfen kann, die Landwirtschaft in eine kollektivistische Form zu überführen.

2. Unterschätzung der Lohnarbeiter und der armen Bauern als sozialer Grundlage in den ländlichen Bezirken des proletarischen Staates.

3. Hoffnung auf den wohlhabenden Bauern in der Frage der landwirtschaftlichen Industrie, d. h. in allem Wesentlichen Hoffnung auf den Kulak.

4. Ignorieren oder offenes Ableugnen des kleinbürgerlichen Charakters des bäuerlichen Eigentums und der bäuerlichen Tätigkeit — ein Hinübergehen vom marxistischen Standpunkt zu den Theorien der Sozialrevolutionäre.

5. Unterschätzung der kapitalistischen Elemente in der gegenwärtigen Entwicklung des Landes und Vertuschung der bäuerlichen Klassenunterschiede.

6. Erzeugung von zersetzenden Theorien, die, um ein Wort Bucharins zu zitieren, die Ansicht verfechten: ‚Der Kulak und die Kulakorganisationen haben überhaupt keine Aussicht, weil der Rahmen der allgemeinen Entwicklung in unserem Lande durch die Struktur der proletarischen Diktatur bestimmt wird.‘

7. Ermutigung der ‚Überführung erster Anfänge von Kulakgenossenschaften in unser System‘. ‚Das Problem kann so formuliert werden, daß es notwendig ist, den wirtschaftlichen Möglichkeiten des wohlhabenden Bauern, den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Kulak freien Weg zu geben.‘

8. Der Versuch, Lenins ‚genossenschaftlichen Plan‘ seinem Plan der Elektrisierung entgegenzustellen. Nach Lenins eigener Ansicht könnte nur eine Verbindung dieser beiden Pläne die Durchführung des Sozialismus garantieren.

<sup>1)</sup> Deutsche Übersetzung erschienen 1929 im Avalun-Verlag, Hellerau bei Dresden.

Gestützt auf diese revisionistischen Tendenzen der regierenden Gruppe haben die Repräsentanten der neuen Bourgeoisie sich mit gewissen Gliedern unseres staatlichen Betriebes verbunden und versuchen offen, unsere ganze Politik auf dem Lande auf die kapitalistischen Geleise hinüberzulenken. Dabei verstecken natürlich die Kulaks und ihre ideologischen Verteidiger ihre Bestrebungen unter dem Vorwande einer Besorgnis um die Entwicklung der produktiven Kräfte, um das Anwachsen der Warenproduktion ‚im allgemeinen‘ usw. In Wirklichkeit unterdrückt und hemmt eine Kulakentwicklung die Entwicklung der produktiven Kräfte der gesamten übrigen Masse der bäuerlichen Wirtschaft.

Trotz unseres verhältnismäßig schnellen Wiederaufbauprozesses in der Landwirtschaft ist die Warenproduktion in der bäuerlichen Wirtschaft sehr gering. 1925—1926 war die Gesamtmenge der auf den Markt gebrachten Güter 64 % des Vorkriegsstandes, die exportierte Menge nur 24 % des Exports von 1913. Die Ursache davon liegt, abgesehen von der Zunahme des allgemeinen Verbrauchs im Dorfe selbst, in der Verschiedenheit der landwirtschaftlichen und industriellen Preise und in der rapiden Anhäufung von Nahrungsstoffen durch die Kulaks. . .“

„... Die einzelnen Verbesserungen in unserem allgemeinen Vorgehen, die unter dem Druck der scharfen Oppositionskritik erfolgt sind, haben das fortgesetzte Abweichen der regierenden Gruppe nach der Seite der wohlhabenden Bauern nicht gehemmt...“

Und weiter sagt Trotzki: „... In den letzten Jahren hat in den ländlichen Bezirken eine starke kapitalistische Klassenentwicklung stattgefunden.

Die landlosen und landarmen Gruppen haben sich während der letzten vier Jahre um 35—45 % vermindert. Die 6—10 Desjatinen (7—11 ha) besitzende Gruppe vermehrte sich in der gleichen Zeit um 100—120 %. Die Gruppe mit 10 Desjatinen und mehr vermehrte sich um 150—200 %. Der abnehmende Prozentsatz der landlosen und landarmen Gruppen ist in weitem Maße auf ihren Ruin und ihre Auflösung zurückzuführen. So haben sich in Sibirien im Verlaufe eines Jahres 15,8 % der landlosen Familien und 3,8 derjenigen mit weniger als 2 Desjatinen aufgelöst und sind verschwunden. Im nördlichen Kaukasus lösten sich 14,1 % der landlosen und 3,8 % derjenigen mit weniger als 2 Desjatinen auf.

Das Aufrücken der Besitzer von pferdelosen und gerätelosen Landgrundstücken zur Klasse der unteren Mittelbauern geht außerordentlich langsam vor sich. Im jetzigen Augenblick gibt es in der ganzen Union 30—40 % von pferde- und gerätelosen Besitzungen, und die große Masse davon fällt unter die Gruppe der Landarmen.

Die Verteilung der wichtigen Produktionsmittel ist in dem nördlichen Kaukasus folgende: 15 % der Produktionsmittel gehören etwa 50 % der schwächsten Besitzer. Zu der Mittelgruppe, die sich aus 35 % der Besitzer zusammensetzt, gehören 35 % der wichtigen Produk-

tionsmittel. Und zu der höchsten Gruppe, die aus 15% der Besitzer besteht, gehören 50% der Produktionsmittel. Dasselbe Bild der Verteilung der Produktionsmittel zeigt sich in anderen Provinzen (in Sibirien, in der Ukraine usw.).

Dieser Rekord einer ungleichen Verteilung von Land und Produktionsmitteln wird verstärkt durch eine ungleiche Verteilung der Getreidereserven unter den verschiedenen Gruppen der bäuerlichen Besitzer. Am 1. April 1926 befanden sich 58% von allem überflüssigen Getreide des Landes in den Händen von 6% der bäuerlichen Besitzer.

Das Verpachten von Land nimmt mit jedem Jahr eine größere Ausdehnung an. Die verpachtenden Eigentümer sind meist große Landbesitzer, die die Produktionsmittel in den Händen haben. In der ungeheuren Mehrzahl aller Fälle wird die Tatsache, daß das Land verpachtet ist, verheimlicht, um die Bezahlung der Steuer zu vermeiden. Der landarme Besitzer, der weder Werkzeuge noch Tiere hat, bearbeitet das Land gewöhnlich mit gemieteten Werkzeugen und gemieteten Tieren. Die Verhältnisse, sowohl beim Landverpachten wie beim Vermieten von Werkzeugen und Tieren laufen fast auf Sklaverei hinaus. Mit dieser materiellen Sklaverei geht ein finanzieller Wucher Hand in Hand.

Die übliche Zerteilung von Bauerngütern schwächt den Prozeß der Klassendifferenzierung nicht, sondern befördert ihn. Die Maschinen und Kredithilfen fallen, anstatt der Sozialisierung des Ackerbaus zu dienen, dem Kulak und dem Wohlhabenden in die Hände und helfen so zur Ausbeutung der Landarbeiter, der armen Bauern und der schwächeren Mittelbauern.

Abgesehen davon, daß diese höchsten Gruppen das Land und die Instrumente in ihren Händen konzentrieren, beschäftigen sie auch in einem ständig anwachsenden Maße gemietete Arbeiter.

Auf der anderen Seite vermehren die unteren und zum Teil die mittleren Gruppen der bäuerlichen Besitzer, entweder infolge von vollständigem Ruin und Auflösung oder auch durch Abgeben einzelner Familienmitglieder, fortwährend die Zahl der ländlichen Arbeiter. Diese überzähligen Arbeiter geraten in die Knechtschaft des Kulak oder des wohlhabenden Mittelbauern, oder sie gehen auch wohl in die Städte, oder finden in zahlreichen Fällen überhaupt keine Beschäftigung...“

Den Ausführungen Trotzki's mußte hier ein breiterer Raum gegeben werden, weil sie die gegenwärtige Situation mit seltener Schärfe beleuchten. Als ihr Fazit ergibt sich, daß die jetzigen Machthaber, im Gegensatz zu den unbelehrbaren Utopisten, erkennen mußten, die Bodenkultur lasse sich nicht unter Ausschluß jener größeren Bauern heben, die inmitten der Stumpfheit eines unintelligenten Bauernproletariats das einzige strebsame, tüchtige Element darstellen. In dieser Erkenntnis wird die Regierung dem Kulak doch nicht gar so zu Leibe gegangen sein, wie es nach dem Agrarkodex zu vermuten wäre.

Oder, die Lebenskraft des Kulak hat sich auch weiter derart gegen die Sowjetmacht durchzusetzen gewußt, daß diese klein beizugeben gezwungen war.

Trotzki's Anklagen und Vorstellungen aber haben immerhin die bemerkenswerte Folge gehabt, die Bedenken der am Ruder Befindlichen gegen die Kulaks vom neuen zu erwecken. Und so sehen wir als ihre Folge eine abermalige Verschärfung im Vorgehen gegen den größeren Bauern. Die Bedrängnis des Kulak bildet den Hauptpunkt des Linkskurses, der nach der Niederwerfung der Trotzki-Sinowjew-Opposition im Jahre 1928 eingeschlagen wird. Man erhöhte die direkten Steuern des Kulak, nahm ihm das Getreide zwangsweise weg, zum Teil ohne Entgelt und unter Anwendung von Freiheitsstrafen. Der Erfolg, der damit erzielt wurde, war ein vollständiger, doch wahrscheinlich ein anderer, als ihn die Regierenden gewünscht haben. Denn die verfolgten Großbauern verminderten die Anbauflächen, gaben das verpachtete Land auf, hielten weniger Vieh und alles dies zu dem offen zugegebenen Zweck, sich in die Kategorie der Mittelbauern hineinzuschmuggeln. Es ist ihm nicht beizukommen dem Kulak, ohne Schädigung des Landwirtschaftsbetriebes. Jeder Druck, dem er unterliegt, scheint seine Tatkraft und seine Abwehrfähigkeit zu stärken, wie das immer in der Natur und in der Geschichte bei bedrängten Arten, Schichten oder Völkern zu beobachten war.

So sieht sich das Zentralkomitee der regierenden Partei abermals gezwungen, das Signal zum Rückzug zu geben. Das Spiel von Katz und Maus geht zwar weiter, doch wird man den Kulak wohl quälen und berauben, aber nie ganz unterdrücken können. Eher mag es sich fügen, daß einst er dem Bolschewismus zum Schicksal wird.

#### IV. Das internationale Agrar-Institut in Moskau.

Aufgaben und Organisation. — Wodurch es sich von dem Landwirtschaftsinstitut in Rom unterscheiden will. — Das Institut legt seinen Forschungen die Prinzipien des Marxismus zugrunde. — Gewissenskonflikt russischer Gelehrter. — Das entlarvte Finanzkapital. — Arbeiten von ungleichem Maß. — Unvermeidlicher Einfluß auf die europäische Bodenkultur.

Die bürgerliche Gesellschaftsordnung ist also nach bolschewistischer Überzeugung tot, ein für alle Male mausetot. Kann man da länger mit atavistischen Überbleibseln auskommen, wie es das Internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom, wie es die übrigen internationalen Vereinigungen bürgerlicher Observanz und die ganze bürgerliche Agrarwissenschaft sind? Die neue vulkanische Staatsform will auch dem wissenschaftlichen Gebiet einen neuen Inhalt geben. So entsteht 1926 das Internationale Agrarinstitut in Moskau. Mit großen Mitteln ausgestattet und von namhaften Gelehrten geleitet, vermag es einen großzügigen Organisationsplan aufzustellen und sein Arbeitsfeld weit auszudehnen. Das Institut hat hervorragende Vertreter verschiedener Länder zu Mitgliedern gewählt und sie sind dem Rufe zumeist



gern gefolgt, da Moskau Gelegenheit zu unerhört interessanten Studien bietet und ein Material, das in vieler Hinsicht seinesgleichen sucht<sup>1)</sup>.

Bei der Eröffnung des Institutes gibt sich der stellvertretende Direktor Dubrowsky alle Mühe die objektive Wissenschaftlichkeit zu beweisen, deren man sich befleißigen wolle. Das Institut sei eine parteilose, gesellschaftliche, mit dem Internationalen Bauernrat verbundene Organisation. Seine Grundaufgabe bilde die Erforschung der sozialen Beziehungen in der Landwirtschaft. Dadurch unterscheide sich das Moskauer Institut wesentlich von dem in Rom. Der Unterschied der beiden Institute gelange insbesondere zum Vorschein, wenn man sich deren Entstehungsgeschichte vergegenwärtigt. „Unser Institut“, sagt Dubrowsky, „ist auf Initiative der Ersten Internationalen Bauernkonferenz und auf Beschluß des Präsidiums des Internationalen Bauernrates gegründet, während das Landwirtschafts-Institut in Rom

<sup>1)</sup> Die Organisation sieht 5 Abteilungen „Kabinette“ vor, die sich folgendermaßen einteilen:

1. Kabinett für landwirtschaftliche Ökonomie,
2. Kabinett für Agrarpolitik und Gesetzgebung,
3. Kabinett für internationale Bauernbewegung,
4. Kabinett für internationale Bewegung der Land- und Forstarbeiter,
5. Kabinett für Landwirtschaft und Bauernschaft der U. d. S. S. R.

In Kabinett I gibt es je eine Sektion für Statistik, für Wirtschaftsgeographie und Landwirtschaft und für Kredit. Die letzte ist mit der Untersuchung der Kreditbedingungen in den kapitalistischen Ländern und in der Sowjet-Union beschäftigt. Das agrarpolitische Kabinett stellt grundlegende Untersuchungen über die Agrargesetzgebung und die Agrarpolitik der wichtigsten Länder an. Es systematisiert das statistische und gesetzgeberische Material über die moderne Agrarreform in 14 Ländern.

Das Kabinett der Internationalen Bauernbewegung besitzt spezielle Sektionen für den Osten und die Kolonien, für Agrarländer, für Industrieländer, für Genossenschaftswesen, für Organisation und Taktik der Bauernbewegung.

Das vierte Kabinett sammelt Material über die Lage und die Bewegung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in den europäischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern. Es bereitet Werke vor, über den gesetzlichen Schutz jener Arbeitskategorien in den kapitalistischen Ländern und über die zahlenmäßige Verteilung des land- und forstwirtschaftlichen Proletariats auf der Erde. Am meisten Interesse wird man der 5. Abteilung entgegenbringen, die in ihren 5 Sektionen die Bauernbewegung im vorrevolutionären Rußland, die Agrarreformen und die Agrargesetzgebung in der U. d. S. S. R., die kollektive Wirtschaftsform und die Wirtschaftsform der Sowjetgüter bearbeitet. An der Spitze des Institutes steht die Verwaltung, deren Mitglieder vom Präsidium der Krestintern (des Internationalen Bauernrates) ernannt werden und eine Direktion. Das Institut enthält außer den wissenschaftlichen Kabinetten eine Bibliothek, ebenso eine Informations- und eine Verlagsabteilung. (Nach Band I, Heft 1 der „Agrarprobleme“, herausgegeben vom Internationalen Agrarinstitut Moskau. Deutsche Ausgabe, Berlin 1928, Paul Parey.)

vor 20 Jahren auf Initiative eines amerikanischen Bourgeois und durch Verfügung des italienischen Königs entstanden ist.“

Da hat man's! Nach eines Dichters Wort „soll der König mit dem Sänger gehen“, aber doch nicht mit dem „Bourgeois“. König und Bourgeois, das ist wahrlich ein zu arger Schönheitsfehler des römischen Institutes. Ich weiß zwar nicht, in welchem Staate sich wirkliche Bauern gefunden haben, die mit den russischen Sowjetdelegierten den in Moskau tagenden „Internationalen Bauernrat“ bildeten, daß jedoch das Moskauer Institut andere Tendenzen verfolgt als das in Rom, darf man aufs Wort glauben. Zweifelt einer noch, so lese er die Rede, die Thomas Dombal<sup>1)</sup> im Namen des Präsidiums jenes geheimnisvollen „Internationalen Bauernrates“ hielt. „Im Gegensatz zu dem in Rom bestehenden Internationalen Landwirtschaftsinstitut, dessen Hauptaufgabe darin besteht, zur Festigung der Macht der Großgrundbesitzer und Kapitalisten beizutragen — stellt das Internationale Agrar-Institut in Moskau sich die Aufgabe der Sache der werktätigen Bauernschaft zu dienen.“ . . . „Wir erforschen das Agrarproblem nicht nur, um unser Scherflein in die Wissenschaft einzufügen, sondern um unser Wissen in den Dienst des alltäglichen Befreiungskampfes der Werktätigen zu stellen, um also der Bauernbewegung eine solide wissenschaftliche Grundlage zu geben. Unser Institut wird seinen Forschungsarbeiten die festen Prinzipien des wissenschaftlichen Marxismus zugrunde legen.“ . . . „Es steht ihm bevor eine bedeutende Rolle im Kampfe zwischen den Werktätigen und ihren Ausbeutern in allen Ländern zu spielen. Der Untergang des Internationalen Landwirtschaftlichen Institutes in Rom ist unvermeidlich, trotzdem es heutigen Tages von 70 Staaten unterstützt wird, denn es dient den Interessen der morschen, kapitalistischen Weltordnung.“

So gibt sich die innere Spaltung und Unwahrheit der Moskauer Gründung gleich bei ihrer Eröffnung zu erkennen. Man spricht von wissenschaftlicher Forschung und proklamiert in einem Atemzug, daß Wissenschaft nur ist, was nicht gegen die Bibel des Marxismus verstößt, und was dem Klassenkampfe dient.

Unter solchen Voraussetzungen wissenschaftlich arbeiten zu sollen, muß die ernsten Gelehrten unter den Russen in schwere Gewissenskonflikte verstricken. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß die Aufsätze, die das Moskauer Institut aus der Feder russischer Verfasser veröffentlicht, oft in einem merkwürdig gewundenen, unklaren Stil geschrieben sind. Wo es sich um Agrarfragen handelt, die der Bolschewismus als seine Einflußsphäre reklamiert, traut sich anscheinend niemand mit der Sprache gerade herauszurücken. Unwillkürlich wird man dabei an die Philosophen des XVII. und XVIII. Jahrhunderts erinnert, für die ebenfalls die Sprache mehr da zu sein schien, um die Gedanken zu verbergen, als um sie zu erklären. Selbst der

<sup>1)</sup> a. a. O. „Agrarprobleme“, dasselbe Heft.

große Immanuel Kant hat sich noch einer recht schwierigen Ausdrucksweise befleißigt. Der weltliche und kirchliche Despotismus jener Zeiten mag wie jetzt der Bolschewismus dem forschenden Geist zu gefährliche Fängeisen gelegt haben, um eine allzu deutliche Äußerung von Gedanken ratsam zu machen.

Dafür dröhnen die Sätze der sowjetischen Agrarpolitiker wie Posaunen, wenn sie irgendwie die Schwächen der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft bloßlegen zu können glauben. So führt Dubrowsky aus<sup>1)</sup>: „Das Finanzkapital beherrscht die Landwirtschaft nicht nur in betreff des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte, sondern auch dadurch, daß es dieselbe mit Industriewaren versieht. Syndikate und Trusts für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düngungsmittel, abgesehen von anderen Industriewaren, rauben die Bauernschaft mittels der hohen Preise aus.“ Kreditgewährung zum Zweck der Innenkolonisation, also für Landkauf, sieht er mit diesen Augen an: „Somit erscheint der Zweck dieses Kreditierens als ein Wegreißen der Mittel vom landwirtschaftlichen Betrieb zur unproduktiven Zahlung der Bodenrente an Grundeigentümer und dazu noch der Zinssätze an das Finanzkapital.“ Die deutsche, die dänische, schweizerische Genossenschaftsbewegung sind ihm Beispiele der Eroberung der Landwirtschaft durch das Finanzkapital. Die Agrarreform in den verschiedenen Staaten Europas hat nach dem gleichen Autor „die Hörigkeitsüberreste keinesfalls beseitigt“, diese blieben vielmehr in ihrer ganzen Härte aufrecht und nur die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution unter Führung des Proletariats vermag sie zu liquidieren.

Trefflich fürwahr, daß uns doch ein Ausweg aus der jammervollen Sackgasse unserer Zustände gezeigt wird — der Bolschewismus! Denn mit den bisherigen Bemühungen scheint es uns nach dem Urteil des Herrn Vizepräsidenten vom Internationalen Agrar-Institut in Moskau ja doch nicht anders zu gehen, wie der Fliege, die sich vergeblich bemüht aus der Fangglocke zu entweichen und dabei immer tiefer in den tödlichen Apparat versinkt. Mag die Landwirtschaft sich organisieren und regen wie sie will — dem bösen Finanzkapital entrinnt sie nicht. Und wagt sie es dennoch dem Problem der Rationalisierung näherzutreten —: „... die Rationalisierung führt zu einer Verringerung der Werktätigen, zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen usw., mit anderen Worten — die Rationalisierung wird auf Kosten des Proletariats durchgeführt.“ Also auch dies — ohne die Morgenröte des Bolschewismus — ein hoffnungsloser Fall!

Neben solchen Ergüssen fanatischer Dogmatik finden sich dann wieder Arbeiten, die das volle Interesse auch desjenigen verdienen, den eine Welt von dem fleischgewordenen Agrar-Marxismus trennt. Als Beispiel dafür sind vor allem die Arbeiten eines der glänzendsten

Vertreter der russischen Agrarökonomik und Agrarpolitik, Alexander Wassiljewitsch Tschajanow's, zu nennen. In der, dem Moskauer Forschungsinstitut gewidmeten „Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft“ untersucht er den für die russischen Agrarverhältnisse so wichtigen lohnarbeitslosen bäuerlichen Familienbetrieb. Seine „Sozialagronomie“ führt uns in jenen Zweig der Wirtschaftspolitik ein, der in Rußland die Bezeichnung „öffentliche“, „gemeinnützige“ und „soziale“ Agronomie erhalten hat. Es handelt sich dabei um die Grundgedanken und Arbeitsmethoden jener Agronomen, die als Angestellte des Staates oder der Genossenschaften die Bauern in rationaler Wirtschaft, Technik und Betriebsorganisation zu beraten haben<sup>1)</sup>. Lehrreich bei aller Gegensätzlichkeit der Auffassung sind die Aufsätze, die das Moskauer Institut über kollektive Ackerbauwirtschaft, über die Organisation der Sowjetwirtschaften, über die sozialwirtschaftliche Organisation des Weltmarktes, über die Frage der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft, über Bauernbewegung und Agrarreform in den asiatischen Staaten und über andere Dinge veröffentlicht hat. Es ist wertvoll manches Problem vom anderen Ufer beleuchtet zu sehen, manche Nachricht aus fremden Ländern zu erhalten, über die man sonst wenig erfährt.

Noch weniger darf das übrige Europa an anderen Veröffentlichungen vorbeigehen, die das Moskauer Institut unter unerhörtem Aufwand verbreitet. So gibt die Bibliographische Abteilung einen Index von Aufsätzen und Rezensionen über die Agrarfrage heraus, die sie aus 200 Zeitschriften aller Sprachen auswählt und bearbeitet. Weiter reichend als die materielle Macht der Sowjet-Regierung werden derart die Ideen des Bolschewismus über die Erde getragen. Mögen von den Aussendlingen auch Millionen, den Blütenpollen gleich, ihr Ziel verfehlen, so werden doch einige irgendwo als Saat aufgehen. Die meisten davon als unerwünschte, kranke Saat, einzelne jedoch als Keime, die, in gesünderen Boden gelegt, auch nützliche Anregungen auslösen mögen. Ganz ohne Einwirkung auf die europäische Bodenkultur aber können die von Sowjet-Rußland propagierten Agrarideen kaum bleiben, wie sie schon jetzt einen gewissen, nicht immer erfreulichen Einfluß ausgeübt haben, dessen Spuren in den Agrarreformen verschiedener europäischer Länder wahrzunehmen sind. Und so könnte es sich schließlich ergeben, daß die agrarpolitischen Ausstrahlungen des Bolschewismus dessen Herrlichkeit an Dauer übertreffen.

<sup>1)</sup> Die erste Schrift übersetzt von Friedrich Schlömer, mit einem Vorwort von Dr. Otto Anhagen, Berlin 1923, Paul Parey. Die „Sozialagronomie“, übersetzt von demselben, Berlin 1924, Paul Parey.

<sup>1)</sup> Agrarprobleme, herausgegeben vom Internationalen Agrar-Institut in Moskau, Bd. I.

## XXIII. Kapitel.

## Drei ungelöste Fragen.

## I. Die bäuerliche Erbfolge.

Gefahr der Bodenzersplitterung. — Das verständnislose bürgerliche Gesetzbuch und der Code Napoléon. — Die Anerbensitte rettet den Hof. — Versuche der Regelung durch „Anerbengesetze“. — Argumente gegen die geschlossene Vererbung. — Die neuen Verhältnisse engen die zulässigen Grenzen der Bodenteilung ein.

Unter den Agrarproblemen der russischen Sowjetrepubliken, die wir eben besprochen, fehlt die Frage der bäuerlichen Erbfolge vollständig. Was soll man sich auch den Kopf darüber zerbrechen, so lange die Fiktion aufrecht erhalten bleibt, daß es in den Sowjetstaaten kein bäuerliches Grundeigentum und damit auch keine Güter zu vererben gebe? Nun, da wir wieder in die kapitalistischen Verhältnisse des übrigen Europa zurückkehren, stellt sich der bäuerliche Erbgang als Angelegenheit von ernstester Wichtigkeit ein. Was hängt nicht alles davon ab, in welcher Form ein Bauerngut vererbt wird! Alle Argumente, die der Scharfsinn zugunsten der Fideikomnisse und der geschlossenen Erbfolge auf großen Gütern ausgeheckt hat, verstärken sich vielfach, wo es sich um die bäuerliche Erbfolge handelt. Da ist bei Naturalteilung die Grenze rascher erreicht, bei der jede weitere Teilung nur zu lebensunfähigen Partikeln mazerisiert. Da tritt bei Übergabe des Hofes an einen Erben noch leichter eine rettungslose Verschuldung des Übernehmers ein, wenn dieser zu viel an die Miterben auszuzahlen hat. Vermag er sich doch schwerer wie der größere Besitzer durch Abverkauf einzelner Grundstücke zu rangieren, weil dann der Besitz zu klein würde, um noch lebensfähig zu sein. Muß der Bauernhof gar versteigert werden, weil sich die Erben über die Teilung nicht verständigen können — welcher Schaden für Staat und Volkswirtschaft! Findet sich dann nicht gerade durch den Zufall ein Bewerber für den ganzen Hof, der landwirtschaftliche Kenntnisse und genügende Kaufkraft besitzt, so ist Gefahr vorhanden, daß die Wirtschaft auf einmal in überzahlte, unzureichende Parzellen von zweifelhafter Erwerbsmöglichkeit und geringer Produktivität zersprengt wird. Zugleich Gefahr des Rückfalls in die Zersplitterung der Flur, in die Gemengelage der Felder. Wir haben deren Nachteile vom Standpunkt einer rationellen Bodenkultur schon an anderer Stelle besprochen; jene wirtschaftliche Unerträglichkeit, die seit einem Jahrhundert unter den größten Opfern von staatswegen bekämpft wurde, und nun durch die Hintertür des Erbganges wieder eingeschmuggelt zu werden droht. Und schließlich der Zusammenhang

zwischen der Art des Erbganges und der Tüchtigkeit des Bauernstandes! Es ist kein Zufall, daß der geschlossene Bauernhof, der seit Generationen in der gleichen Familie blieb, der für Generationen einen Lebensinhalt bedeutete, von jeher willensstarke, arbeitssame Menschen hervorbrachte. Familiensinn und Familientradition haben sich besonders erhalten können und auf die Herausbildung solcher Charaktereigenschaften hingewirkt. Wäre Familienstolz, durch Erbsitte bewahrt, in der Bauernschaft nicht zu Hause, würde längst manches Feld nicht mehr bebaut sein, das die Mühe wenig lohnt. Höfe verfielen, Güter lägen brach, wie dies in Amerika zu sehen ist, wo der Landwirtschaftsbetrieb nicht als heiliges Vermächtnis, sondern als Geschäft betrachtet wird. Bei uns hat sich das Auflassen von Bauerngütern auf die schlechtesten, unwegsamsten Gebirgslagen beschränkt. Die Erscheinung der Landflucht gibt es freilich, doch verlassen gewöhnlich nur weichende Erben oder Lohnarbeiter das Dorf; nicht die Anerben, die Übernehmer der Höfe, die selbst ausharren, wenn das Durchkommen nur durch Überarbeit und durch Unterkonsum zu bewerkstelligen ist.

Europa darf auf kein Quentchen Nahrungsmittelproduktion verzichten. Darum hat es das lebhafteste Interesse, den Bauernhöfen ihre treuen Verweser zu erhalten und zwar unter Verhältnissen zu erhalten, die eine ordentliche Produktion gestatten. In weiterer Konsequenz ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer bäuerlichen Erbfolge, welche die Lebensfähigkeit der Bauernhöfe nicht unterbindet, sondern sichert.

Die erste Begeisterung, mit der die Befreiung des Grundeigentums im 19. Jahrhundert begrüßt wurde, hielt das freilich nicht für nötig. Das deutsche bürgerliche Gesetzbuch räumt bei fehlenden Verfügungen des Erblassers jedem Miterben das Recht ein, die Teilung der Liegenschaften in natura zu verlangen. Läßt sich die Naturalteilung nicht durchführen, so kann jeder Miterbe die Versteigerung des Landgutes und die Verteilung des Erlöses unter die Miterben fordern. Das Verfügungsrecht des Erblassers ist überdies durch die Festlegung eines Pflichtteiles begrenzt. Man sieht, daß diese Verfügungen den gekennzeichneten Bedürfnissen durchaus nicht entsprechen. Noch weniger tut dies der Code Napoléon, der bei gerichtlicher Teilung die beweglichen und unbeweglichen Güter möglichst gleich verteilen will und unteilbare Liegenschaften gerichtlich versteigern läßt. Dadurch wird die Möglichkeit, den Grundbesitz in einer Familie ungeteilt zu erhalten, geradezu vereitelt. Besser verstand das Englische Recht den Standpunkt der geschlossenen Hof-Vererbung zu wahren, indem es das Pflichtteilsrecht bei der Vererbung des ländlichen Grundbesitzes ausschloß.

Mit und ohne gesetzliche Hindernisse oder Hilfen hat sich jedoch in weiten Teilen Europas eine Korrektur in der Vererbung des bäuerlichen Grundbesitzes durchgesetzt. War es die Weisheit der Nationalökonomien oder kluger Bauernverstand, der es unternahm zuerst hier Abhilfe

zu schaffen? Der Bauer jedesfalls wußte sich vortrefflich um das Erbrecht des bürgerlichen Gesetzbuches herumzudrücken. Vom Sterben oder gar vom Testamentmachen hört er ohnedies nicht gern. Da schlägt der Bauer lieber einen anderen Weg ein und geht bei Lebzeiten ins „Ausgedinge“. Er tritt einem seiner Kinder gegen Zusicherung lebenslänglicher, jährlicher Leistungen in Naturalien und Geld den Hof ab und fertigt die andern Kinder irgendwie ab, wobei sie gewöhnlich weniger erhalten als der Pflichtteil im Erbfalle betrüge. Dann räumt der alte Bauer die beste Stube und zieht sich mit seinem Weibe still ergeben in einen bescheidenen Winkel des Hauses zurück. Nun kann er in Muße von der Arbeit eines harten Lebens ausruhen und über die böse neue Zeit spintisieren. Das übernehmende Kind aber, der „Anerbe“, schaltet an seiner Stelle im Hofe weiter.

So beiläufig, spielt sich der Übergang des Bauernhofes auf den Nachfolger in weiten Gebieten Europas ab. Nach Sering gehen in Deutschland Vierfünftel der Gesamtfläche, zumeist durch Überlassungsvertrag, in geschlossener Form an einen Erben über. Ein Fünftel nur entfällt auf die Gebiete der Realteilung. Gleiche Vorliebe für die Anerbensitte findet man in vielen Gegenden, die einst zur Österreich-ungarischen Monarchie gehörten. In Frankreich beantwortet die Bauernschaft die, Teilung heischenden, Vorschriften des Code Napoléon durch das Zwei Kinder-System. Englands Stellung zu der bäuerlichen Erbfolge spiegelt sich in dem früher erwähnten Gesetz wider, das das Pflichtteilsrecht für den ländlichen Grundbesitz beseitigt. In Dänemark, in den Nordischen Staaten scheint die Anerbensitte gleichfalls festen Fuß gefaßt zu haben.

Eine alte Sitte ist es, die sich derart erhalten hat, um nach der Bodenbefreiung aus freien Stücken zu pflegen, was vom 17. Jahrhundert an durch die Landesherrn zu regeln unternommen worden war<sup>1)</sup>. Hier und dort hat sich die Gesetzgebung auch in der neueren Zeit um die häusliche Erbfolge gekümmert. In Deutschland die Landesgesetzgebung, der das bürgerliche Gesetzbuch angesichts der örtlich begründeten Abweichungen dieses Feld überließ.

Eine der charakteristischsten Formen einer solchen gesetzlichen Regelung findet sich in Hannover vor. Dort kann jeder Bauer seinen Hof in die vom Amtsgericht geführte „Höferolle“ eintragen lassen, was sowohl er wie sein Rechtsnachfolger jederzeit widerrufen darf. Der eingetragene Hof aber fällt beim Tode eines Besitzers, der kein Testament hinterließ, dem Anerben zu. Als solcher ist zunächst der

<sup>1)</sup> Buchenberger sagt in seinem Werk „Agrarwesen und Agrarpolitik: „Die Anerbensitte entsteht erst im frühkapitalistischen Zeitalter“. Dr. Hermann Schullern-Schrattenhofen führt die österreichischen Patente vom 2. 8. 1770 und vom 9. 10. 1795 an, in denen Rücksichten auf die Landeskultur, den Kontributions-Nahrungs- und Bevölkerungsstand und auf die Aufrechterhaltung der Landes- und Katastralverfassung als Begründung der geforderten „geschlossenen Hof-Vererbung“ angegeben werden. (Agrarpolitik, Jena 1924, Gustav Fischer.)

älteste Sohn und dessen Nachkommenschaft berufen. Der Anerbe erhält ein Drittel als „Voraus“, zwei Drittel werden zwischen ihm und den Miterben nach allgemeinem Recht geteilt.

Andere Gesetze wollen dem Anerben das erfolgreiche Bestehen auf dem Gute dadurch erleichtern, daß sie bei der Erbteilung statt des Verkehrswertes, den Ertragswert des Gutes zur Grundlage nehmen. In Preußen sind die mit staatlicher Hilfe errichteten Renten- und Ansiedlungsgüter mit ungeteiltem Erbfolgerecht ausgestattet worden.

Die gesetzliche Regelung der bäuerlichen Erbfolge zum Zwecke der geschlossenen Erhaltung der Höfe ist im übrigen gegenwärtig auf einen nicht allzu großen Kreis beschränkt<sup>1)</sup>. Man kann jedoch nicht behaupten, daß dieser Umstand das Interesse der Agrarpolitik an der Frage verringert hätte. Die Freunde und die Gegner der geschlossenen Hof-Vererbung sind vielmehr unermüdlich die Vor- und Nachteile gegeneinander geltend zu machen. Dabei wissen die Einen nicht weniger eindrucksvolle Argumente vorzubringen als die Andern. Die Anhänger können sich vor allem auf das gewaltige Werk M. Serings stützen, das den preußischen Verhältnissen gewidmet ist<sup>2)</sup>. Sering ist in der Lage ein Hauptbedenken der Gegner, daß die weichenden Erben wirtschaftlich allzu sehr heruntergedrückt und proletarisiert würden, zu entkräften. Seine Erhebungen ergaben so in Schleswig-Holstein bei 7621 Abkömmlingen von 1868 Höfen folgendes Resultat: 49,6 % der männlichen Abkömmlinge waren selbständige Landwirte, weitere 23 % selbständige Unternehmer in Handel und Gewerbe geworden; 7,4 % waren Beamte, Lehrer, Studierende, 2,9 % Rentner. Nur 13,1 %, hauptsächlich Abkömmlinge kleinerer, verschuldeter Höfe betätigten sich als Arbeiter. Bei den weiblichen Abkömmlingen war das Verhältnis noch günstiger. Mit solchen Beweisen sind Sering und seine Palladine zur Stelle und entkräften schwarz auf weiß vieles von dem, was gegen die geschlossene Hof-Vererbung vorgebracht wurde.

Der Scharfsinn der anderen Seite ist nicht minder rege und weiß immer neue Beweise ins Treffen zu schicken. Nach Altmeister Brentano war es in letzter Zeit insbesondere Aereboe<sup>3)</sup>, der sich mit der Frage temperamentvoll auseinandersetzte. Aereboe meint, es wäre der Neid um das vorhandene Stück Brot gewesen, der eine Vermehrung der Brotstellen nicht zuließ und Barrikaden in Form von Rechten und Sitten da-

<sup>1)</sup> In der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Staaten ist das Anerbenrecht aufgehoben worden, als Zwangseinrichtung besteht es also nur noch in einem kleinen Teil des Reichsgebietes. Von den österreichischen Bundesländern besitzen nur Tirol und Kärnten gesetzliche Einrichtungen solcher Art. Schließlich sei auf die in Dänemark bestehende Gesetzgebung über die Unteilbarkeit landwirtschaftlicher Liegenschaften verwiesen.

<sup>2)</sup> „Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes im Königreiche Preußen“, 14 Bände. Berlin 1897—1907.

<sup>3)</sup> Prof. Dr. Friedrich Aereboe, Agrarpolitik, Berlin 1928, S. 257 ff. Vgl. ferner Prof. Dr. Lujó Brentano, Agrarpolitik, Berlin 1925, J. G. Cotta.



gegen aufrichtete. Mit wachsender Bevölkerung mußte sich daraus ein Mißverhältnis zwischen Brotstellen und Bevölkerung ergeben. Zu einer normalen Entwicklung sei eben nicht bloß die Erfindung von Ertrag- und Arbeitsgelegenheit schaffenden Methoden notwendig, sondern auch das Fehlen rechtlicher Behinderungen. Die mit der Volksvermehrung schritthaltende Anpassung der Rechtsinstitutionen wäre daher eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Vorbeugen der Übervölkerung. Je mehr die Bevölkerung eines Landes wächst, desto kleiner wird das im Durchschnitt auf den einzelnen Staatsbürger entfallende Stück Land. Dem müßte durch die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse am Grund und Boden Rechnung getragen werden. Was wohl so zu interpretieren ist, daß Aereboe die naturale Teilung des Grundbesitzes bei Todesfall begrüßt, und den Boden entsprechend der Bevölkerungszunahme in kleinere Betriebseinheiten geteilt zu sehen wünscht. Diese Auffassung wird durch den nächsten Satz bestätigt. Bleibt die Besitzverteilung wie sie ist, so gebe es bei zunehmender Bevölkerung nur drei Möglichkeiten, nämlich: steigende Zahl der abhängigen Lohnarbeiter auf dem Lande, Abwanderung in die Städte oder Auswanderung ins Ausland. Wenn es sich um Länder handle, deren Industrie noch wenig entwickelt ist, ließe sich eine geschlossene Vererbung der kleinen und großen Landgüter noch als unschädlich bezeichnen. Sie werde aber um so gefährlicher, je mehr die Stadtbevölkerung in einer bereits krankhaften Weise überwiegt. Da sei es in immer höherem Maße notwendig Erwerbsmöglichkeiten und selbständige Existenzen auf dem Lande zu schaffen, wobei die weitgehende Förderung der Bodenteilung also die Einschränkung der geschlossenen Vererbung des Grundbesitzes obenan stehe.

Es kann nicht Aufgabe dieses Buches sein, die Gedankengänge Aereboes in allen Details wiederzugeben. Es sei hier nur noch ein Absatz angeführt, der in Hinblick auf die geänderten Besitzverhältnisse im neuen Europa besondere Beachtung verdient. Aereboe sagt darin: „Auch die armen Hochgebirgsbauern, deren Besitzungen zu klein sind, um sich auf ihnen gut nähren zu können, werden von den Gegnern der Bodenteilung in der Regel ins Feld geführt. Richtig ist, daß deren Einkommen oft unter dasjenige der Land- und Fabriksarbeiter im Tale gesunken ist. Der Grund aber ist, daß die Arbeitslöhne im Tale im Laufe der Zeiten sehr gestiegen sind, während es den einsam in den Bergen unter den ungünstigsten Verkehrsverhältnissen lebenden Hochgebirgsbauern nicht möglich war, den Ertrag ihrer von Natur armen Ländereien in ähnlicher Weise zu heben. Da ihr Betrieb schon vorher durch Naturalteilung so weit verkleinert war, daß sein Ertrag an den Grenzen des Arbeitslohnes eines Handarbeiters im Tale angelangt war, so muß ein Steigen dieses Lohnes Abwanderung eines Teiles der Hochgebirgsbauern zur Folge haben. Die Zeiten haben sich eben geändert. Früher waren die Hochgebirgsbauern, absolut betrachtet, nicht besser daran als heute. Aber sie lobten sich ihr Los in der Freiheit des Gebirgslebens

im Vergleiche zu den unterdrückten Fronarbeitern in den Tälern. Heute, wo das anders geworden ist, müssen die Hochgebirgsbauernstellen so weit vergrößert werden, daß ihr Ertrag mit dem Lohne der Handarbeiter im Tale wieder konkurrieren kann. Kein Befürworter der Bodenteilung wünscht, daß diese Bodenteilung so weit getrieben wird, daß das Einkommen der landwirtschaftlich selbständigen Kleinbauern unter den Lohn der Landarbeiter sinkt. Nur von einer Bodenteilung bis zu diesen Grenzen bei den kleinsten Betrieben, die wegen ihrer Lage noch selbständig sein müssen, kann vernünftigerweise die Rede sein. Diese Grenzen sind stets fließende. Sie werden nach unten verschoben, sobald es gelingt, die Erträge der Kleinbauernwirtschaft durch neue Hilfsmittel der Landwirtschaft und besonders durch Hebung der fachlichen Tüchtigkeit der beteiligten Menschen zu steigern. Umgekehrt werden sie nach oben verschoben, wenn der Arbeitslohn der Handarbeiter und die Aussichten des Aufstieges in deren Stand steigen.“

Indem Aereboe sich so als Anhänger einer ziemlich weitgehenden Bodenteilung bekennt, hält er konsequenterweise bei steigender Bevölkerungszahl die Einschränkung der geschlossenen Hof-Vererbung für notwendig. Auf diese Weise glaubt er auf dem Lande mehr Menschen in selbständiger Stellung unterbringen und der ungesunden Überfüllung der Städte vorbeugen zu können, ohne die Zahl der abhängigen Landarbeiter oder die der Auswanderer zu vermehren. Aereboes klarer Blick erkennt aber zugleich, daß die Bodenteilung nicht allzu weit getrieben werden kann, ohne ihre vorteilhaften Seiten ins Gegenteil zu verkehren. Verdient der selbständige Kleinbauer nicht mehr so viel als der Landarbeiter, dann ist auch für Aereboe die Grenze erreicht, bei der die weitere Bodenteilung aufzuhören hat. Als Beispiel wird die Bauernwirtschaft im Hochgebirge angeführt, deren Einkommensverhältnisse mit denen im Tale nicht Schritt halten konnten. Im Gebirge trat die gefürchtete Abwanderung nicht als Folge der geschlossenen Vererbung der Höfe ein, sondern als Folge des bereits zu geringen Ausmaßes der Bauernstellen. Nicht der Naturalteilung wird daher dort das Wort gesprochen, sondern im Gegenteil der Vergrößerung der bestehenden Güter, was gewiß nicht nach einer Verurteilung des Anerbenrechtes oder der Anerbensitte in solchen Gebirgslagen klingt.

Halten wir die Zustände dagegen, die sich im Europa der Nachkriegszeit ganz allgemein herausbildeten, so zeigt sich zunächst, daß die gefürchtete ungesunde Anschoppung der Städte mit Menschen tatsächlich arge Dimensionen angenommen hat. Wir sehen zugleich, daß das Ventil der Auswanderung nur darum nicht geöffnet wird, weil sich alle Staaten gegen den Zuzug fremder Staatsangehöriger abschließen. Kann jedoch eine weitergehende Bodenteilung als brauchbares Gegenmittel gegen jene üblen Erscheinungen angesehen werden? Wer sich an die zuletzt zitierten Ausführungen Aereboes halten will, muß diese Frage entschieden verneinen. Denn, was dort von gewissen

Gebirgsgegenden gesagt wird, gilt nun auch von ausgedehnten Ackerbau- und Viehzuchtgebieten ebener Lage. Der Lohn der städtischen Arbeiter wie jener der Landarbeiter hat sich gehoben. Wir sahen, daß das Einkommen der Kleinbauern, ja selbst mancher Mittelbauern oft hinter dem Einkommen der Landarbeiter und mehr noch der Industriearbeiter zurückbleibt. Zugleich sind im Zuge der Agrarreform Millionen von Kleinbauern-Stellen geschaffen worden. Das heißt, die Verhältnisse haben sich so geordnet, daß die Voraussetzung, unter der Aereboe und mit ihm andere die Naturalteilung der Bauernhöfe für richtig halten, seltener zutrifft als früher. Ist doch die Mehrzahl der kleineren Bauerngüter wie sich aus dem Vergleiche ihres Ertrages mit den gegenwärtigen Arbeitslöhnen ergibt, bereits heute zu wenig umfangreich, um dasselbe Einkommen wie die Lohnarbeit bieten zu können oder gar ein besseres. Daraus aber ergibt sich, gerade nach der Argumentation Aereboes, daß das Anerbenrecht, die geschlossene Hofvererbung nun für die Landwirtschaft erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Und dies muß so lange gelten, als die Reinerträge der Bauernwirtschaften nicht steigen oder die Arbeitslöhne nicht sinken. Bis dahin kann das Ziel nur die geschlossene Erhaltung der Bauerngüter sein und nicht deren Teilung. Die wehenden Erben sind freilich bei der trostlosen Arbeitslosigkeit in Europa jetzt schlimm genug daran. Die Sorge um die Erhaltung lebens- und leistungsfähiger Bauernbetriebe wird deshalb zugleich von dem Bemühen um die Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten begleitet sein müssen. Und dieses mag sich besser fügen als man heute zu denken geneigt ist. Wird doch die im Gefolge des Weltkrieges aufgetretene Verarmung Europas auch nicht ewig währen und hoffentlich in nicht allzu langer Zeit besseren wirtschaftlichen Verhältnissen Platz machen, die jeder fleißigen Arbeit Verdienst und Erfolg gewähren<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Zu dem Thema des bäuerlichen Erbganges haben in der letzten Zeit u. a. eingehend Stellung genommen: Der frühverstorbene Professor Dr. W. Wygodzinski, in „Agrarwesen und Agrarpolitik“, Berlin-Leipzig 1912, G. J. Göschen'sche Verlagsbuchhandlung, und in dem Aufsatz „Anerbenrecht“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (Gustav Fischer, Jena), dann Prof. Dr. August Skalweit (Agrarpolitik, II. Aufl., Berlin-Leipzig 1924, Walter de Gruyter & Co.), schließlich Prof. Dr. Hermann Schullern-Schrattenhofen (Agrarpolitik, Jena 1924, Gustav Fischer). Prof. Dr. Karl Hoffmeister von der Hochschule für Bodenkultur in Wien hatte die Güte mir seine leider nicht in Druck gelegten Erhebungen über „Höhenflucht“ zur Verfügung zu stellen, die manchen interessanten Einblick in die mit der bäuerlichen Erbteilung zusammenhängenden Fragen gestatten. Einige Daten daraus wurden in dem Referate Hoffmeisters „Der Rückgang der bäuerlichen Siedlungen in den österreichischen Gebirgsländern“ geboten, das bei der 3. Tagung der land- und forstw. Gutsbetriebe Österreichs in Wien im Mai 1928 erstattet worden ist. — In Dr. Michael Hainischs: „Die Landflucht“, Jena 1924, Gustav Fischer, findet man nicht bloß eine ausführliche Behandlung des Themas, sondern auch reiche Literatur-Angaben.

## II. Die Steuerfrage.

Das Empfinden der Übersteuerung und der Vorwurf ungenügender Steuerleistung. — Das Geheimnis der landwirtschaftlichen Steuerlast. — Große und kleine Sünden als Quellen der Übersteuerung. — Warum die Undurchsichtigkeit des Steuersystems die Landwirte besonders trifft. — Verschärfung der Lage in der Nachkriegszeit. — Was anzustreben ist. — Ein Entwurf über die Vereinheitlichung des Steuerrechtes im Deutschen Landwirtschaftsrat. — Die deutschen Steuersorgen typisch für die Landwirtschaft Europas.

Von den alten Griechen wird erzählt, sie hätten die für die Bedürfnisse des Staates nötigen Abgaben freudig auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt. Wenn dies nicht eine der Geschichten ist, die, des erziehlichen Vorbildes halber erdichtet, uns als Gymnasiasten die antiken Musterknaben so unsympathisch gemacht haben, so müssen die Griechen mehr Vertrauen in die richtige Verteilung und Verwendung der Steuern gehabt haben als wir. Und es ist weiter anzunehmen, daß das Ausmaß der Steuern damals erträglicher war als heute. Denn, wo sich das Gefühl der Übersteuerung mit dem Gefühl ungerechter Verteilung der Belastung und nicht genügend sparsamer Verwendung der Steuereingänge vereint, ist es schwer, den wünschenswerten Steuerenthusiasmus aufzubringen. Besonders für die Landwirte, die selten über ausreichende Bareingänge verfügen, um Steuern leicht zahlen zu können und nicht als übermäßig zu empfinden. Während sich aber jene als rechte Opferlämmer betrachten, wird ihnen noch der Vorwurf zuteil, daß sie im Vergleiche zur Industrie zu wenig Steuern leisteten. Die letzte Unterstellung erklärt sich wohl zunächst aus der Überschätzung der Verdienstmöglichkeit im Gutsbetrieb, über die man in nichtlandwirtschaftlichen Kreisen erstaunlich schlecht unterrichtet zu sein pflegt. Dann aus der Vielheit und Unübersichtlichkeit der, den Boden, den Betrieb und das Einkommen treffenden Steuern und Abgaben. Der Landwirt selber kennt im Vorhinein selten das genaue Maß aller der nach allen möglichen Gesichtspunkten, Vorschriften und Voraussetzungen zu errechnenden Leistungen. Was gibt es nicht für vielgestaltige Steuern und seltsame Paragraphen, Zuschläge und Abschläge, Steuertermine und Zinsberechnungen und weiß Gott was noch alles. Man muß schon ein besonderes Steuergenie sein, um sich da zurecht zu finden. Der normale Landwirteverstand reicht nicht aus, um zu begreifen wie Staat und Land und Gemeinde und Kirche sich in vielfach verschlungenem Begehren finden.

Das Ärgste bei der Sache ist, daß viele Abgaben gar nicht nach Faktoren berechnet werden, die sich aus der Wirtschaft ergeben. Nein, Umstände, Zufälle außerhalb des Betriebes sind es vielmehr, die sich in plötzlichen Änderungen der Ansprüche melden. Oder sollte es nicht überall vorkommen, daß Mißwirtschaft, Großmannssucht, Gevatterschaften, das Ringen um politischen Einfluß, die öffentlichen Ausgaben und die Steuerhöhe mitbestimmen? Daß der Steuerträger für Sünden mitzahlen muß, die Ungeschicklichkeit, mangelnde Ge-

wissenschaftigkeit, oder unzureichendes Urteil über die ökonomischen Auswirkungen, im öffentlichen Haushalt anrichten? Größere Sünden finden ihre Bedeckung durch neue Steuern oder durch die Erhöhung bestehender Steuern. Kleine Sünden, besonders in Dorfgemeinde und Land, eignen sich vortrefflich dazu, durch unübersichtliche Zuschläge aus der Welt geschafft zu werden. Im übrigen dürfte sich der Wunsch, das Besteuerungssystem nicht zu durchsichtig zu gestalten wohl überhaupt um so stärker fühlbar machen, je höher die Bevölkerung belastet werden muß. Liegt hierin doch eine Abwehrmaßnahme gegen das mit jeder neuen Steuer wachsende Widerstreben der Steuerträger und gegen deren Bemühen die Steuern möglichst zu sabotieren.

Ist solche Einstellung keine Sonderheit der Landwirte, so werden diese von der Undurchsichtigkeit der zu leistenden Steuern dagegen mehr als andere Berufsarten getroffen. Das liegt schon darin, daß der Grundsteuer in allen Staaten bei der Besteuerung der Landwirtschaft eine mehr oder weniger wichtige Rolle zugewiesen ist. Auf einer nicht so leicht verrückbaren Grundlage, zumeist katastermäßiger Bewertung ruhend und daher weniger elastisch als die eigentlichen Ertragssteuern, verlockt die Grundsteuer geradezu zu jenen unerfreulichen, enervierenden und dabei unübersichtlichen Zuschlägen, von denen eben gesprochen wurde. Wir finden sie denn auch damit überreich und aus den verschiedensten Quellen fließend begnadet. Eine andere Ursache ist darin zu suchen, daß das verhältnismäßig kleine Budget der Landgemeinden, denen die Landwirtschaftsbetriebe zugehören, leichter aus dem Gleichgewicht kommt und sich, wieder in einem kleinen Kreis von Steuerträgern, die Deckung beschaffen muß. Daher neben der Undurchsichtigkeit, die Ungleichheit der jährlichen Zuschläge.

Will man sich aber vollends darüber klar werden, wie schwer es ist die steuerliche Belastung der Landwirtschaft zu ermessen, so muß man der besonderen Lage gedenken, die für die Bodenwirtschaft aus den eigentümlichen Bedingungen der Steuerumwälzung erwächst. Die Meinung der Wissenschaft geht jetzt zumeist dahin, daß prinzipiell jede Steuer überwälzbar sei. Dies ist wenigstens bei den Wiener Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1926<sup>1)</sup> von den Referenten Prof. Dr. M a n n (Königsberg), Dr. B u n z e l (Wien) und in der Diskussion von mehreren Gelehrten betont worden. Damit ist jedoch noch lange nicht gegeben, daß auch tatsächlich jede Steuer ganz oder teilweise überwälzt wird. Prof. Dr. H a n s M a y e r (Wien) hat bei dem gleichen Anlaß gezeigt, daß die Überwälzung bei einigen Steuergattungen, so bei allen, Differentialrenten betreffenden, praktisch kaum möglich ist. Differentialrenten können allerdings auch bei der Industrie eintreten, doch findet sich kaum irgendwo eine gleich allgemeine Besteuerung der Differentialrente vor, als bei der Landwirtschaft in Gestalt der Steuer auf Grundrente, der Grundsteuer.

<sup>1)</sup> Verhandlungen des Vereines für Sozialpolitik in Wien 1926. München und Leipzig 1926, Duncker & Humblot.

Vergegenwärtigen wir uns den Tatbestand, welcher dieser Steuer zugrunde liegt, so ist es der, daß der Ertrag von Grundstücken verschiedener Qualität und verschieden günstiger Lagen, die in einer Volkswirtschaft vorhanden sind, durch die Steuer erfaßt werden soll. Hans Mayer argumentiert nun folgendermaßen: „Nach der modernen Preistheorie wird der Preis der Bodenprodukte — wie der Preis aller anderen Produkte — bestimmt, durch die Kosten der Grenzschichte der Bodenbebauer oder -Eigentümer, bzw. bei anderen Artikeln der Unternehmer, die noch zur Mitarbeit in der Produktion herangezogen werden muß, um einen effektiven Bedarf auf den Markt zu bringen.“

„Die am ungünstigsten arbeitenden Unternehmungen bzw. landwirtschaftlichen Betriebe, die noch herangezogen werden müssen, um den effektiven Bedarf an Bodenprodukten zu decken, bestimmen durch ihre Kosten den Preis der Bodenprodukte oder vorsichtiger ausgedrückt: die Preise der Bodenprodukte stellen sich gleich den Kosten dieser Grenzschichte der Unternehmer. Kraft dieser Grenze haben alle Schichten, die unter günstigeren Bedingungen, infolge günstigerer Lage des Bodens und natürlicher besserer Fruchtbarkeit arbeiten, eine Differentialrente. Wenn nun eine Steuer auferlegt wird, welche die reine Differentialrente erfaßt, so ist es unzweifelhaft, daß diese Steuer nicht im Überwälzungswege auf die Abnehmer der Produkte, auf die Konsumenten durch eine Preiserhöhung weitergegeben werden kann.“ Daraus geht hervor, daß diese Grundsteuer unüberwälzbar ist, daß sie vom Grundeigentümer selbst getragen werden muß<sup>1)</sup>.

Hat uns dieser Nachweis auch auf theoretisches Gebiet geführt, so zeigt er doch, daß der Landwirt hier vor einem „non possumus“ der Steuerüberwälzung steht, wie dieser sich überhaupt klar darüber sein muß, daß ihn mehr überwälzte Steuern und Abgaben im Wege seiner Produktionsmittel industrieller Natur und der Arbeitslöhne treffen, als er seinerseits abzuwälzen vermag.

Für gewisse Gruppen von Landwirten ist die Unmöglichkeit der Abwälzung sogar bei einer Steuer gegeben, deren Überwälzung im Gesetze ausdrücklich vorgesehen wurde. Um dies an einem Beispiele zu zeigen: Das österreichische Gesetz über die Warenumsatzsteuer enthält die Bestimmung, daß die Warenumsatzsteuer auf die Warenkäufer abgewälzt werden darf. In der Praxis wurden dann die Bauernbetriebe, deren Überwachung hinsichtlich der getätigten Verkäufe kaum denkbar ist, pro Flächeneinheit mit einem bestimmten an Stelle der Warenumsatzsteuer abzuführenden Betrag pauschaliert. Die Großbetriebe dagegen wurden vor die Wahl gestellt einen höheren Pauschalbetrag für die gleiche Flächeneinheit als die Bauernbetriebe und überdies einen Zuschlag per Milchkuh zu leisten, oder aber auf die Pauschalabfindung ganz zu verzichten, was wegen der großen Mehrarbeit,

<sup>1)</sup> Davon unberührt bleibt die Frage, die Hans Mayer auch erwähnt, ob nicht bei Verkauf des betreffenden Grundstückes der Verkaufspreis um jene Reallast, welche die kapitalisierte Steuer darstellt, vermindert wird?

die das für den Betrieb bedeuten würde, noch unannehmbarer ist. Da der Milchpreis sich aber wegen des starken Angebotes nach den weniger belasteten und dadurch die Milch billiger auf den Markt bringenden, kleinen Landwirten richtet, so sind die niederösterreichischen Großlandwirte außerstande die Warenumsatzsteuer ihren Milchabnehmern anzulasten und müssen sie folglich selbst tragen.

Unserem Programm gemäß wollen wir uns an dieser Exkursion Genüge sein lassen und uns davor hüten, das gesamte Problem der Agrarsteuern aufzurollen. Findet man doch mehr, als hier gegeben werden könnte, in den dazu berufenen Lehrbüchern der Agrarpolitik. Was uns dagegen beschäftigen muß, ist die Frage, ob sich die ange-deuteten und beklagten Zustände in der Besteuerung der Landwirtschaft seit der Nachkriegszeit verschärft haben? Und diese Frage ist unbedingt zu bejahen.

Die Momente der Verschärfung sind: Die Schulden und die Bedürfnisse der Staaten Europas haben sich schon zufolge des jahrelangen Krieges stark vermehrt. In der Nachkriegszeit ist das Steuerbarometer durch die Notwendigkeit der Wiederherstellung, durch Leistung der Kriegsentschädigung bei den Besiegten, durch Rüstungen in den Siegerstaaten zum Steigen gebracht worden. Die Umgruppierung so vieler Länder hat den Verwaltungsapparat schwieriger und kostspieliger gemacht. Das Gleiche gilt von der Verengung der Hoheitsgebiete zufolge des Entstehens kleiner Staaten. Und schließlich sind unter den Ursachen des vermehrten Steuerdruckes nicht zuletzt die Überpolitisierung, der Bankrott des Parlamentarismus, das Überspannen von sozialen Einrichtungen zu nennen. Lügen Ursache und Wirkung so mancher als sozialer Fortschritt gepriesenen Maßnahme greifbar nebeneinander, wer weiß, ob nicht die Anhängerschaft der Parteien und die Begeisterung für die moderne Demokratie manche Wandlung erfahren würde.

Die Mehransprüche des Steuerstaates treffen eine wirtschaftlich geschwächte Bevölkerung. Kapital und Einkommen sind in Industrie, Handel und Gewerbe gegen die Vorkriegszeit verringert und wohl am meisten bei der Landwirtschaft. Geld ist in Europa teuer geworden und der hohe Zinsfuß für keine Berufsgruppe schwerer aufzubringen, als für die Landwirtschaft. Man kann es da leicht ermessen, wie stark diese jetzt den Steuerdruck empfindet. Nicht zu übersehen ist, daß das Problem der Agrarsteuern wie deren Verteilung durch die Agrarreform in so vielen Staaten und durch die Verschiebung in der politischen Struktur der Landwirtschaft kompliziert wurde. Boden, der früher steuerkräftig war, ist in Millionen schwacher Hände übergegangen und politischer Einfluß Legionen von Kleinbauern zugewachsen. Beides treibt dazu den Kleinbesitz auf Kosten des größeren Besitzes steuerlich zu bevorzugen, was dessen Lage oft recht ungünstig beeinflußt. Numerisch wenig zahlreich und mit geringem prozentuellem Anteil an der gesamten Ackerfläche wird dem Großgrundbesitz in Form von pro-

gressiven Steuern und Steuer-Zuschlägen in den meisten Staaten jetzt verhältnismäßig weit mehr aufgelastet, als seinem wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber den Bauern entspräche.

Derart geben sich die Veränderungen im Steuerzustand, gemessen an der Vorkriegszeit, als nicht unwesentlich zu erkennen. Was kann die Landwirtschaft mit Aussicht auf Erfolg anstreben, um eine Erleichterung zu erreichen?

Die Senkung der Gesamtsteuerlast — der Herzenswunsch der Landwirtschaft — scheint in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage Europas vorerst ein schwer erfüllbarer Traum zu sein. Er klingt weniger unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, welch' namhafter Teil der Steuereingänge durch die Kostspieligkeit des Veranlagungs- und Einhebungsverfahrens konsumiert wird. Das Neben- und Durcheinander der Steuergläubiger (Staat, Länder, Gemeinden, Kirchen u. dgl.), der Steuerarten, Steuererklärungen und Steuertermine bringt nicht bloß einen unwirtschaftlichen Zeitaufwand für den Steuerzahler mit sich, sondern auch eine außerordentliche Verteuerung der Steuerverwaltung. Durch die Vereinfachung und Vereinheitlichung des Steuerwesens ließen sich daher Ersparungen erzielen, die den Steuerdruck zu vermindern gestatten würden. Die Vereinfachung und die Vereinheitlichung brächten zugleich mehr Licht in das Dunkel der Verhältnisse. Sie erst würden die Voraussetzung für die objektive Beurteilung der Steuerbelastung in der Landwirtschaft schaffen, an der es bis jetzt fehlen mußte.

Der gewonnene Überblick mag dann die Lösung der Frage einer weitergehenden Senkung der landwirtschaftlichen Steuern erleichtern und die gerechte Verteilung der Steuerlast innerhalb der Landwirtschaft selbst regeln helfen.

Dies etwa ist es, was die Landwirtschaft zur Richtschnur ihrer Pläne und Vorschläge nehmen sollte. Dabei wird sie sich selbstverständlich bewußt bleiben müssen, daß politische Einflüsse und Machtverhältnisse nicht bloß über die Gesamthöhe der in einem Staate aufzubringenden Steuern mit entscheiden, sondern auch über die Art, wie diese Steuern den einzelnen Staatsbürgern aufgelastet werden. Und das Verteilungsproblem ist für gewisse Berufskategorien oft ein schwerer wiegendes, als die Gesamtlast an Steuern, die der Staat einfordert.

Das Referat des Reg.-Rates W. Ebbinghaus in der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates im Februar 1928 befaßt sich eingehend mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Vereinheitlichung des Steuerrechts, das vom Reichsfinanzministerium dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt worden ist. Ebbinghaus widmet insbesondere jenem Teil des Entwurfes seine Aufmerksamkeit, der von einem Grundsteuerrahmengesetz handelt und die Landwirtschaft deshalb in erster Linie interessiert. Es wird dabei die grundlegende Frage aufgeworfen, ob die Realsteuern als reine Objektsteuern, die



auf die Leistungsfähigkeit des Steuerschuldners keine Rücksicht nehmen und wegen des fehlenden Schuldenabzuges den Ertrag ganz ungleichmäßig treffen, in der heutigen Zeit des ungeheueren Steuerdruckes nicht ihre Berechtigung verloren haben. Diese Auffassung wird auch von landwirtschaftlicher Seite vertreten, weil die Abgabesteuern die Bodenkultur infolge deren mangelnder Rentabilität am härtesten treffen. Es wurde deshalb in steuerrechtlicher Hinsicht als Rückschritt empfunden, daß Preußen in der Nachkriegszeit wieder zu der „primitiven“ Einrichtung einer staatlichen Grundsteuer geschritten ist. Der Reichswirtschaftsrat hat sich indessen die Begründung des Entwurfes zu eigen gemacht, daß an dem Realsteuer-Charakter festgehalten werden müsse, weil eine Ersetzung der Realsteuern durch Personalsteuern nicht bloß eine völlige Umwandlung des bestehenden Steuersystems, sondern auch schwere Nachteile für die Stabilität der Gemeindefinanzen zur Folge haben würde.

So wird es wohl in Deutschland in diesem wichtigen Punkte beim Alten bleiben, wie wir auch sonst in keinem Staate die Geneigtheit finden, sich in das gewagte Experiment einer Aufhebung oder gänzlichen Umänderung des Realsteuer-Systems einzulassen. Für dieses, namentlich die Grundsteuer, spricht ja wenigstens das eine Moment der erzieherischen Wirkung. Der Landwirt weiß, daß eine Ertragssteigerung des Bodens von der immer gleichbleibenden Grundsteuer nicht getroffen wird. Nimmt aber die Grundsteuer samt Zuschlägen durch ihre Höhe bereits die mögliche Ertragssteigerung vorweg, so verliert dieses Argument viel an Überzeugungskraft. Sonst bemüht sich der Entwurf ehrlich der Landwirtschaft Erleichterungen zu schaffen, was ihm freilich nicht derart gelingt, daß die Landwirtschaft sich damit zufrieden geben könnte. Und so rafft sich die Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates zu einer Kundgebung auf, welche Wünsche und Forderungen aufstellt, die nicht bloß der Landwirtschaft Deutschlands entsprechen, sondern in mehr als einer Beziehung Allgemein-Gültigkeit besitzen. Um die wichtigsten Punkte der Kundgebung herausgreifen: „Zur Hebung der Einnahmen muß die Senkung der zwangsläufigen Ausgaben treten. Ohne durchgreifende Herabsetzung und gleichmäßigere Verteilung der Steuern und Lasten ist eine Gesundung der Landwirtschaft nicht möglich.“ „Die Untersuchungen des Enquête-Ausschusses beweisen, daß die Landwirtschaft durch die Steueranforderungen ständig in ihrer Existenz bedroht ist, da sie die Steuern zum großen Teil nur durch Eingriffe in die Substanz oder durch Verschuldung zu untragbaren Zinssätzen zahlen kann.“ Und dann: „Es trifft zwar zu, daß bei der Beurteilung des ganzen Problems die Reichssteuern keineswegs an erster Stelle stehen, aber auch auf diesem Gebiete sind weitere Entlastungen der Landwirtschaft unumgänglich, insbesondere die Senkung der überspannten Tarife der Einkommens- und Vermögensteuer, Freistellung außerordentlicher Holzeinschläge von der Einkommensteuer, Wiedereinführung einer mehr-

jährigen Durchschnittsbesteuerung, gleiche Behandlung der volljährigen mitarbeitenden Familienangehörigen mit den Lohnsteuerpflichtigen.“

Die Kundgebung meint weiter, der Hebel für eine durchgreifende Steuerentlastung sei in erster Linie bei den Realsteuern anzusetzen; die Vorbelastung der Landwirtschaft durch Grundsteuern und Rentenbank-Grundschuldzinsen müsse beseitigt werden. Daß gegen Mißbrauch des Besteuerungsrechtes zu eigentumsfeindlichen Zwecken wirksame Schutzmaßnahmen von Reichswegen gefordert werden, läßt auf Strömungen im Lande schließen, die jetzt mitunter auch in andern Ländern auftreten. Jedenfalls aber dürfen, wird energisch verlangt, der in schwerster Not stehenden Landwirtschaft keine neuen Lasten durch Erhöhung von Realsteuern, Nachzahlung einer Vermögenssteuer, Ausdehnung der Hauszinssteuer, Einführung einer Zugtiersteuer, oder ähnliche Maßnahmen aufgebürdet werden.

Kräftig wehrt sich so die deutsche Landwirtschaft ihrer Haut und die Sorge beflügelt ihre Phantasie und läßt sie allerlei Unheil vorwegnehmen, das Steuersadismus noch ausbrüten könnte. Der Zweck treibt sie dazu, dem Fiskus einmal gründlich die Wahrheit zu sagen. Die öffentliche Hand müsse sich auf allen ihren Betätigungsgebieten der größten Sparsamkeit befleißigen und trachten die Landwirtschaft vor allem durch Wiederherstellung der Rentabilität zu Steuerleistungen fähig zu machen. Können doch Steuern auf die Dauer nur aus dem Ertrage bezahlt werden.

Derart spricht die deutsche Landwirtschaft ihr ernstes Wort und spricht damit zugleich ihren Brüdern in anderen Staaten aus der Seele. Die Konkurrenz fremder Weltteile steht vor der Tür, nein, ist schon mitten drinnen in Europa. Läßt sich der Zollschutz nicht genügend steigern, oder ist seine Wirksamkeit bescheidener als wir früher annahmen, dann bleibt wohl nichts übrig als den Bodenbau — den man braucht und erhalten muß und nicht ausreichend schützen kann — weniger zu belasten.

### III. Die Kreditfrage.

Gründe des vermehrten Geld- und Kreditbedarfes. — Schwäche des Landwirtes als Kreditwerber. — Kreditbedingungen und Rentabilität des Leihkapitals. — Neuverschuldung und Kredithilfe in Deutschland. — Gefahren starker Kreditgewährung. — Die Verpflichtung des Staates. — Eine Internationale Kommission für Agrarkredit. — Dreifach geschmiedete Sicherheiten. — Die Kreditfrage eine Frage besserer Rentabilität der Landwirtschaft.

Wie Geldmangel die Landwirte nach dem Kriege heimsuchte und sie für das Genossenschaftswesen gewann, ist schon bei dessen Besprechung ausgeführt worden. Was dort erwähnt wurde, reicht indessen nicht aus, um den Kredithunger in jener Stärke zu begründen, die für die Bodenkultur der Nachkriegszeit charakteristisch ist.

Versetzen wir uns noch einmal in die Situation, die sich bei Friedensschluß vorfand: Weite Ländereien sind devastiert, die Erde ist bis in

ihre Eingeweide aufgerissen, mit Stacheldraht durchzogen. Die mühsam in alter Pflugarbeit entstandene humose Ackerschicht ist aufgewühlt, in alle Winde zerstreut worden. Niedergebrannte Wirtschaftsgebäude, unbrauchbar gewordene Maschinen und Geräte, das Fehlen von Vieh und Vorräten jeder Art kennzeichnen die Stätten einstiger Betriebsamkeit. Mühsam und kostspielig ist es da wieder halbwegs aufzubauen und den mißhandelten Boden zu bescheidener Fruchtbarkeit zu bringen. Mögen die Regierungen noch so guten Willens sein und mit den ehemaligen Feinden wegen der Wiedergutmachung rechten und feilschen — die Landwirte, die auf der Scholle sitzen und die Staatsakte nicht abwarten können, um ameisengleiche Arbeit zu leisten, brauchen Geld und Kredit. Viel Geld und viel Kredit.

Nicht überall ist es ganz so übel hergegangen. An andern Orten hat nicht der Feind mit Mörsern und Granaten vernichtend gehaust, bloß der eigene Staat mit Requisitionen und Zwangswirtschaft. Viel Besseres ist dabei aber auch nicht herausgekommen. Das Zugvieh verschwand, das Nutzvieh wurde unreif zur Schlachtbank gebracht, aus Scheune und Schüttboden das letzte Korn, der letzte Strohalm, die letzte Kartoffel weggeführt. War irgendwo etwas übrig gelassen, so wurde es freiwillig um der guten Hamsterpreise wegen auch noch abgegeben. An die Erhaltung der Maschinen, der Geräte und Gebäude konnte niemand denken, der Boden wurde wegen des Leute- und Zugviehmangels nur oberflächlich bearbeitet. Kunstdünger gab es fast keinen, Stallmist lieferte der geringe, schlecht gefütterte Viehstand zu wenig. Der ganze Betrieb zehrte an alter Kraft, war auf schlimmsten Raubbau gestellt. So wenigstens ging es in den Mittelstaaten zu <sup>1)</sup>, am Balkan wohl noch schlechter, bei den Weststaaten vielleicht etwas besser. Überall jedoch stand die Landwirtschaft im Zeichen der Aufzehrung des Sachkapitals, der Umwandlung des Sachkapitals in Geldkapital.

Als dann nach Friedensschluß die Rückwandlung beginnen sollte, da zeigte es sich, daß dies kein „reversibler“ Prozeß war, wie das in der Chemie genannt wird. Kein einfach, ohne Einbuße umzukehrender Vorgang. Denn, verlorene Fruchtbarkeit des Bodens läßt sich nicht von heute auf morgen zurückgewinnen, die Nachzucht der Viehstände braucht Zeit und Geld. Und die vernachlässigten Maschinen, Geräte, Gebäude waren nicht ohne größten Aufwand zu alter Brauchbarkeit zu bringen oder zu ersetzen. Unverhältnismäßig teuer gewordene Produktionsmittel industrieller Natur mußte die Landwirtschaft jetzt mit entwertetem Geldkapital anschaffen; zu gleicher Zeit die höheren Steuern aufbringen, welche die Not des Staates forderte und die Ausgaben für soziale Fürsorge, welche die neue Zeit beanspruchte. Dies alles bei einer recht ungünstigen Preisbildung der Agrarprodukte. Wer sollte da nicht nach Kredit, nach Leihkapital verlangen!

<sup>1)</sup> Die Zustände jener Zeiten in Österreich sind in meinem Buche: „Der Selbstmord eines Volkes“, Wien 1922, Tempsky, dargestellt.

Derart stand es um die Betriebe, denen die direkte feindliche Invasion erspart geblieben war, die das Gefüge ihrer Wirtschaft im großen und ganzen in alten Zusammenhängen erhalten hatten. Neben ihnen aber ist in der Nachkriegszeit eine andere Schicht von landwirtschaftlichen Unternehmern gebildet worden. Mehr als 2½ Million Gutsbesitzer, angesiedelt auf rund 9 Millionen ha Grund, den man im Verlaufe der Agrarreformen in kleine Lose zersplittert hat, vermehren die Zahl der selbständigen Wirte. Väterlich sind sie von den Regierungen mit Boden, mit Plänen, mit guten Ratschlägen versorgt worden. Um ordentlich wirtschaften zu können, braucht es aber doch mehr Anlagekapital und Betriebskapital als sich die hohen Herren am grünen Tisch vorgestellt haben mögen. Der Landhunger war leichter zu stillen als der Hunger nach Viehkapital, nach Maschinen- und Gerätekapital, nach Betriebsmitteln, von Geld für Meliorationen nicht erst zu reden. So ging auch von der Bodenaufteilung ein neuer, außerordentlicher Kapitalbedarf aus. Die Frage des Agrarkredits wurde immer mehr zum Alpha und Omega der landwirtschaftlichen Erneuerung.

Sind die Ursachen des gestiegenen Geld- und Kreditbedarfes in der Landwirtschaft damit erschöpft? Nein, noch nicht, denn ein Umstand gesellt sich hinzu, der in der gleichen Richtung wirksam ist. Nach den Lehren des Krieges hat die Verarmung Europas und dessen finanzielle Abhängigkeit von Amerika den Wert der Selbstversorgung der Staaten in Bodenprodukten erst ins rechte Licht gesetzt. Was hat man sich seither nicht bemüht, die uneingestanden Schäden der Bodenaufteilung durch Ermunterung zur Intensivierung und Rationalisierung des Ackerbaues gut zu machen. Es ist zuzugeben, was wir auch zu besprechen Gelegenheit fanden, daß die Intensivierung und Rationalisierung in vielen Teilen Europas Fortschritte gemacht und, volkswirtschaftlich gesehen manche Wunde gebessert haben, die von der Kriegszeit und der Bodenaufteilung her noch bedenklich schwärzte. Intensivieren aber heißt ein Mehr an Kapital und Arbeit oder an beiden aufwenden, Rationalisieren bei der Landwirtschaft fast nur menschliche oder tierische Arbeitskraft durch mechanische ersetzen. Vermag dies einer ohne höheren Geldaufwand zu tun, einer, dem genügende Eigenmittel nicht zur Verfügung stehen, ohne Leihkapital zu leisten? Die Antwort kann wohl nicht strittig sein. Und so sehen wir, daß sich aus dem Bemühen nach fortschrittlichen Methoden naturgemäß ein weiteres Moment dringenden Kreditbegehrens heraus entwickelt.

Vor einigen Jahrzehnten hat ein Bild des belgischen Malers Jef Leempoels die Gemüter bewegt. Es stellte nichts weiter dar, als unzählige Hände, die sich zum Himmel emporstrecken. Klobige und zarte, schwielige und durchgeistigte, leidenschaftliche und gottergebene Hände, die bittend, flehend, fordernd die Vorsehung um Hilfe angehen. An diese erschütternde Darstellung menschlicher Unzulänglichkeit wird man angesichts des Umfangs und der Siedehitze des landwirtschaft-

lichen Kreditbegehrens gemahnt. Zu viele Hände strecken sich nach der Wunderblume aus, zu groß ist die Not, zu dringend das Begehren, als daß die Erfüllung leicht wäre.

Die Kreditbeschaffung hat in der Tat den Ansprüchen nicht im entferntesten folgen können. Und dies ist selbstverständlich, da die Landwirtschaft auf dem Kapitalsmarkt weniger als die anderen Kreditwerber zu bieten vermag. Wo gäbe es denn einen landwirtschaftlichen Betrieb, der die Rentabilität einer guten Industrie, eines andern halbwegs aussichtsreichen Gewerbes aufweisen würde? Ein landwirtschaftliches Unternehmen, das, wie wir sahen, normalerweise kaum 3—5% trägt, kann nicht gleich einer ertragsreicheren Industrie 10 und 12 und mehr Prozente für Leihgeld bewilligen. Es ist deshalb ganz hoffnungslos die Kapitalentblößung, die wir als Ursache der Kreditnot erkannten, durch Leihkapital ausgleichen zu wollen. Das Drainieren eines nassen Grundes wird vielleicht einmal ausnahmsweise Leihkapital zu höheren Zinsen lohnen, eine andere Aufwendung aber schon schwer zu nennen sein, von der das Gleiche zu sagen wäre. Die Betriebslehre freilich weiß davon zu erzählen, daß Intensivierung mit Leihkapital trotz der damit verbundenen höheren Zinsleistungen überall da angebracht sei, wo eine sogenannte „letzte Aufwendung“ in Frage steht, d. h. eine jener letzten Aufwendungen, die durch ihr Hinzutreten den Rohertrag auf das Optimum bringen. Kredit für solche letzte Aufwendung ist als reiner Betriebskredit auch bei streng kaufmännischer Auffassung gewiß als zulässig zu erklären, doch ist es im praktischen Landwirtschaftsbetrieb unendlich schwer mit Sicherheit zu erkennen, wann es sich tatsächlich darum handelt durch eine letzte Anstrengung das Höchste an Ertrag herauszuholen. Wer bürgt dem Landwirt dafür, daß nicht Wetterungunst oder sonst eine, in den Bodenverhältnissen, im Pflanzenleben, in der Reaktion auf irgendwelche äußere Einflüsse gelegene Ursache den Erfolg der letzten Aufwendung in Frage stellt oder gar in einen Nachteil verwandelt? Nein, eine gar so sichere Sache ist die Kreditaufnahme für Zwecke der hoch rentierenden „letzten Aufwendung“ in der Praxis denn doch nicht. Und so kann man bei der Landwirtschaft weder einen ganzen Betrieb, noch einen Produktionsvorgang allein, beruhigt auf Leihkapital aufbauen. Kredite, die der Intensivierung und Rationalisierung gewidmet werden, dienen gewöhnlich der Volkswirtschaft mehr als der Privatwirtschaft. Läßt sich doch mit ihrer Hilfe der Rohertrag viel leichter heben, als der Reinertrag.

Das Drängen der um ihre Zahlungsbilanz und um ihre Arbeitslosen besorgten Völker und ihrer Exponenten in den landwirtschaftlichen Vertretungskörpern hat, wie bereits konstatiert, die Intensivierung der Landwirtschaft außerordentlich gefördert, das Bemühen, die Intensivierung mit den Rentabilitätsverhältnissen in Einklang zu bringen, allerlei Rationalisierungsbestrebungen unterstützt. Ehrgeiz und Liebe zur Scholle sind in der gleichen Weise tätig gewesen. Soweit die dazu erforderlichen Aufwendungen jedoch nicht aus eigenem Kapital ge-

macht werden konnten, haben sie die Situation des Unternehmers nicht gebessert, sondern verschlechtert. Ein landwirtschaftlicher Fortschritt, der nur durch Kredit ermöglicht wird, mag der Volkswirtschaft genützt haben, doch kaum den Landwirten, für die es in den letzten Jahren keine Kredite gab, deren Bedingungen der Rentabilität der Landwirtschaft angemessen gewesen wären. Solcher Voraussetzung konnten nicht einmal jene Kredite genügen, welche die Staaten selbst, zumeist im Wege der Kreditgenossenschaften der Bodenwirtschaft zukommen ließen<sup>1)</sup>.

Die staatlichen Kredithilfen waren nicht gering und es hat nicht an Stimmen gefehlt, welche den guten Willen der Regierungen in dieser Hinsicht wegen der Verschuldung, zu der er Anlaß bot, gar nicht begrüßenswert fanden. Prof. Fritz Beckmann (Bonn) vertritt diese Meinung in scharf pointierter Weise. Er führt aus<sup>2)</sup>, daß in Deutschland die Hilfe des Staates für die neue Verschuldung der Landwirtschaft nicht zuletzt verantwortlich zu machen sei. Der Staat pflegte den Kredithunger und den Kreditwillen. „Der Landbau hätte sich niemals so stark verschulden können“, sagt Beckmann, „wenn nicht der Staat selbst Kredite gegeben hätte. Man pflegte stets von der Hilfe des Staates zu sprechen, mit der er die Kreditkrise nach Kräften gemildert habe. Der Staat brüstete sich mit seiner Notstandsaktion. Dies ist aber nur der letzte Teil der Aktion. Denn der Staat hat durch seine Finanzpolitik erst jene Kreditkrise auf die Spitze getrieben und den Bauer in den Kredit hineingejagt.“

Die Verschuldung der Landwirtschaft ist in Deutschland nach dem Kriege in der Tat sehr weit gediehen. Man wollte mit Hilfe des Leihkapitals den Ausverkauf sperren, dem Betrieb frische Mittel schaffen und die lächerlich hohen Verzugszinsen der Finanz ersparen. Wohin dies führte, zeigen die fortlaufenden Erhebungen des Institutes für Konjunkturforschung, die einen Zuwachs der statistisch erfaßbaren landwirtschaftlichen Real- und Personalkredite von 4012,6 Millionen RM. zu Ende Dezember 1926 auf 5447 Millionen RM. Ende März 1928 ausweisen. Zu diesen statistisch erfaßbaren Krediten treten die laufenden Privatkredite, die mit 1,8 Milliarden RM. eingeschätzt werden. Die Zinsenlast, die sich daraus für die Landwirtschaft ergibt, berechnet der Vizepräsident der Reichsbank in der „Wirtschaftszeitung“ 12—13 ex 1928 mit 835 Millionen RM. pro Jahr, wobei für die statistisch erfaßbaren Real- und Personalkredite ein Durchschnittszinsfuß von 8% angenommen wurde. Erhebungen, welche die Betriebsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates im Auftrage des Enquête-Ausschusses anstellte, ergaben

<sup>1)</sup> Vgl. das Kapitel über das Genossenschaftswesen.

<sup>2)</sup> Vgl. den Vortrag: „Landwirtschaftliche Kreditfragen“ von Prof. Dr. F. Beckmann in dem Werk „Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft“, herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard Harms, Berlin 1928, Reimar Hobbing. Ferner von demselben Verfasser: „Kreditpolitik und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft seit der Währungsstabilisierung“, Berichte über Landwirtschaft, Bd. IV, Berlin 1926, Paul Parey.

ein weit ungünstigeres Resultat. Darnach betrug der Durchschnittszinssatz im Wirtschaftsjahr 1925/26 in Ostpreußen für Personalkredite 13,5% bei Wechselkrediten und 14,5% bei Schuldschein- und Kontokorrentkrediten. Im übrigen Reichsgebiet lag der Zinssatz um 1% tiefer. Nachher trat eine Senkung ein, so daß man mit einem Durchschnittssatz von 12% für Personalkredite einschließlich Nebenkosten und mit einer durchschnittlichen Effektivverzinsung von 9,5% für Pfandbriefkredit, die Tilgung nicht eingerechnet, rechnen durfte.

Wer in die Ertragsverhältnisse der Landwirtschaft Einblick besitzt, wird nicht glauben, daß die Deutsche Landwirtschaft auch nur diese ermäßigten Zinsen ohne ernste Schwierigkeiten zu tragen imstande sein könnte. Als sich dies 1927 nach einer verhältnismäßig schlechten Ernte nur zu deutlich zeigte, ließ die Reichsregierung durch den Reichsernährungsminister verkünden, daß sie es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansähe, die rationelle Fortführung der bedrohten Betriebe durch Umwandlung der schwebenden Schulden in langfristigen Kredit und Absenkung der untragbaren Zinsenlasten zu sichern. Diese Erklärung veranlaßte den Deutschen Landwirtschaftsrat die Stellungnahme der deutschen Landwirtschaftskammern zu der Frage anzuregen und auf Grund der eingegangenen Äußerungen der 58. Vollversammlung von 1928 eine, auf den Agrarkredit bezügliche EntschlieÙung zu unterbreiten<sup>1)</sup>. Da sie die Ansichten und Wünsche der führenden deutschen Agrarier wiedergibt, sei die EntschlieÙung hier in den wichtigsten Punkten angeführt. Nach Konstatierung, daß die Höhe der Zinsenlast und die Kurzfristigkeit der Wechsel- oder sonstigen Personalkredite sich nicht nur für den einzelnen Betrieb, sondern zugleich für das ganze landwirtschaftliche Kreditsystem verderblich erwiesen habe, verlangt die EntschlieÙung die Umwandlung dieser zwangsläufig eingefrorenen, kurzfristigen Kredite in langfristige. Dazu sei geboten: „Gesetzliche Einwirkung auf alle öffentlich-rechtlichen Kapitalsammelstellen, einen erheblich höheren Anteil ihrer verfügbaren Mittel in landwirtschaftlichen Hypotheken anzulegen. Erhebliche Verstärkung der Eigenmittel des genossenschaftlichen Kreditsystems unter maßgebender Beteiligung des Reiches. Auflegung einer Umschuldungsanleihe unter Sicherung durch angemessene Ausfallsbürgschaften der öffentlichen Verbände oder sonst geeigneter Stellen.“ Es wird ferner die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper bei der Verwendung der Umschuldungskredite verlangt und die Bereitstellung ausreichender Mittel, um Betriebe, die mit den genannten Maßnahmen nicht mehr zu halten sind, einer sachgemäÙen Siedlung zuzuführen. Das Ziel der Finanzpolitik müÙte aber eine allgemeine Zinssenkung zwecks Angleichung an die Ertragsrente der landwirtschaftlichen Betriebe sein. Pachtbetrieben sei dabei mit außerordentlichen Maßnahmen zu Hilfe zu kommen.

<sup>1)</sup> Geschäftsbericht des Deutschen Landwirtschaftsrates 1927/28.

Man sieht, daß die EntschlieÙung nichts Geringes verlangt, Dinge, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl nur zum kleinsten Teil erfüllbar sind. Ein Vorbericht über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft, den der landwirtschaftliche Enquête-Ausschuß an die Reichsregierung am 1. März 1928 erstattete, wird denn auch mit der resignierenden Feststellung eingeleitet, daß eine grundlegende Änderung im landwirtschaftlichen Kreditwesen an dem herrschenden Kapitalmangel scheitern müÙte. Deshalb werden auch bloß Notmaßnahmen vorgeschlagen, darunter die Einrichtung von Sanierungsstellen, die einen Gesamtplan für die allmähliche Entschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zu liefern hätten. Doch lehnt der Vorbericht eine Senkung des Zinsfußes für Sanierungskredite unter den Reichsbankdiskont ab, denn nicht das Hineinpumpen von möglichst viel billigem Kredit zu Zinssätzen, die unter denen des Kapitalmarktes lägen, dürfe Aufgabe des Sanierungswerkes sein, sondern es müÙte getrachtet werden, mit möglichst wenig Kredit auszukommen.

Die letzte Feststellung entspricht der vorher geäußerten Meinung, daß dem Landwirtschaftsbetrieb weder in Deutschland noch anderswo mit allzu starker Kreditgewährung gedient ist. Denn, Europa verfügt jetzt in keinem seiner Teile über genug Kapitalreichtum, um den enormen Kreditbedarf der Landwirtschaft zu Zinssätzen befriedigen zu können, die für die Bodenkultur erschwinglich wären. Teures Leihkapital dagegen ist kein Segen für die Landwirte. Da tun diese tausendmal besser daran, mit ungenügendem Kapital haushaltend Schritt für Schritt vorwärts zu gehen und sich einstweilen mit primitiveren Formen zu behelfen. Was jedoch bereits zu hohen Zinssätzen verschuldet und lebensunfähig geworden ist, muß im Interesse der gesamten Volkswirtschaft durch Umschuldung zu billigeren Bedingungen gerettet werden, wobei es ohne Übernahme von Garantien und Zinszuschüssen vonseiten des Staates nicht abgehen dürfte. Ebenso wenig kann man sich verhehlen, daß die Bodenaufteilung mit den Opfern, die man dem abtretenden Großgrundbesitz auferlegte, allein nicht zu erkaufen ist. Tief in den Säckel werden vielmehr die Staaten greifen müssen, die Bodenaufteilung betreiben, ohne für ausreichende, billige Kredite vorzusorgen. Doch auch die äußerste Anspannung der staatlichen Kreditmittel vermag die Hemmung nicht ganz beiseite zu schaffen, welche die Knappheit des Kapitalmarktes im heutigen Europa der Weiterentwicklung der europäischen Landwirtschaft bereiten muß.

Das Internationale Landwirtschafts-Institut in Rom, stets geneigt, alle Möglichkeiten, die in der Zusammenarbeit der Völker gelegen sind, zu wecken, hat eine „Internationale Kommission für Agrarkredit“, als Abteilung seines internationalen wissenschaftlichen Beirates ins Leben gerufen. Die Kommission, die am 29. September 1926



unter dem Vorsitz von Louis Tardy, dem Generaldirektor des Nationalen Kredit-Institutes von Frankreich, zum ersten Male tagte, zog alles in Betracht, was die landwirtschaftliche Kreditgewährung erleichtern könnte. Nachdem sie deren uns wohl bekannte Hindernisse und Erschwerungen nochmals festgestellt hatte, kam die Kommission zu zwei grundlegenden Beschlüssen. Sie empfahl eine internationale Bankorganisation, welche an die nationalen Kreditorganisationen der Landwirtschaft anzuknüpfen hätte. Die erforderlichen Kapitalien wären durch Emmission von Schuldverschreibungen zu beschaffen und hypothekarisch durch erste Sätze zu bedecken. Neu an dem Gedanken ist die in Aussicht genommene Mitgarantie des betreffenden Staates, eventuell sogar des zu gründenden Internationalen Institutes für landwirtschaftlichen Kredit. Dreifach geschmiedet soll die Sicherheit des Pfandes werden und dadurch jenen Anreiz für die Geldgeber schaffen, den die verhältnismäßig niedrigere Verzinsung der Hypothekarpfandbriefe nicht bietet. Spricht das festverzinsliche Papier sonst zu wenig zu der Phantasie, so wird hier eine Vertrauenswürdigkeit geboten, die durch ihr Übermaß phantastisch und interessant wirken muß.

Nun flattern Fragebogen in die Welt hinaus und noch lange mag es dauern bis der schöne Plan, vielfach erwogen und geacht, aus der Beratungsstube der Kommission ins Leben treten, zu Leben erweckt sein wird. Auch dann vermutlich nur als silberner Rand am dunklen Horizont des landwirtschaftlichen Kreditwesens. Denn dieses kann erst zu aussichtsvoller Gestaltung gelangen, bis die Ertragsverhältnisse der Landwirtschaft sich derart gebessert haben, daß der Zinsfuß, wie er sich im natürlichen Wirtschaftsverkehr herausbildet, tragbar wird. Diese Bedingung läßt erkennen, daß die Kreditfrage schließlich gar nicht so sehr eine Frage des billigen Zinsfußes, als eine Frage der besseren Rentabilität der Landwirtschaft ist. Und gilt von der Landwirtschaft, was Goethe den Mephistopheles von den Frauen sagen läßt:

„Es ist ihr ewig Weh und Ach  
So tausendfach

Aus einem Punkte zu kurieren“ —

so ist dieser Punkt im Kreditwesen allein gewiß nicht zu suchen. Sind doch dessen Schwächen mehr als Symptom einer wirtschaftlich ungesunden Lage im allgemeinen und der ungesunden Lage der Landwirtschaft im besonderen zu werten, denn als Krankheit selber.

## XXIV. Kapitel.

### Die Beeinflussung der Agrarpreise durch die Zoll- und Handelspolitik.

#### I. Argumente gegen die Getreidezölle in Theorie und Praxis.

Wirtschaftspolitik und Preispolitik. — Unsicherheit der Zollwirkung. — Sonderbedenken gegen die Agrarzölle. — Die Gefahr der Aushungerung soll vergrößert werden. — Die Getreidezölle als Schraube ohne Ende. — Brentano beweist deren verheerende Wirkung, Helfferichs Erhebungen widerlegen sie. — Das Heranziehen schlechter Böden als Gegenargument. — Der Fortschritt engt den Kreis der unsicheren Böden ein. — Getreidezölle als Verteuerer der Lebenshaltung.

In dem Bericht des Komitees für die Stabilisierung der Agrarpreise, das 1924 vom englischen Ackerbauministerium eingesetzt worden war<sup>1)</sup>, heißt es: „Der finanzielle Erfolg der Landwirtschaft wird schließlich durch das Verhältnis der Preise zu den Kosten bestimmt.“ Die Wichtigkeit dieser Relation ist unbestritten, doch vergißt der Bericht zu erwähnen, daß das finanzielle Ergebnis noch von einem dritten Faktor abhängt: von der Produktivität des Aufwandes. Die drei Faktoren erst, die Kosten, die Menge der damit hervorgebrachten Produkte und deren Preis bilden das Triumvirat, das über den materiellen Erfolg jeder Arbeit entscheidet. Man vermag den wirtschaftlichen Nutzen einer auf Produktion gerichteten Bemühung durch Verbesserung eines jeden dieser drei Faktoren zu fördern. Da sich keiner unbegrenzt unseren Wünschen fügt, gehen die Bestrebungen zumeist dahin, sie insgesamt einer Korrektur zu unterziehen. Kann es dem Produzenten von seinem privatwirtschaftlichen Standpunkte ziemlich gleichgültig sein, durch welchen Faktor der Betriebserfolg am meisten verbessert wurde, so ist die Stellung der Volkswirtschaft dazu eine andere. Wohl liegt beiden daran, daß eine möglichst hohe Produktion mit den geringsten Kosten hervorgebracht werde, oder anders ausgedrückt, daß der Produktionsprozeß auf die wirtschaftlichste Weise vor sich gehe. Anders aber verhält es sich mit dem Faktor „Preis“, so lange es sich um Güter handelt, die im eigenen Lande verbraucht werden. Hier sind die volkswirtschaftlichen und die privaten Interessen nicht identisch. Die teuersten Preise, die dem Produzenten am besten passen, sind den Konsumenten unerwünscht, die niedrigsten Preise diesen ebenso erfreulich, wie für die Produzenten verlustbringend. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, die gegenteiligen

<sup>1)</sup> Rep. Committee on Stabilisation of Agricultural Prices, London 1925.

Interessen in einer, der Gesamtheit vorteilhaften Weise auszugleichen. Sie bedient sich dabei häufig der Mithilfe der Handelspolitik, als deren wirksamstes Werkzeug wieder die Zollpolitik gilt. Man kann jedoch kaum behaupten, daß das Resultat der interventionistischen Tätigkeit sich der Idealaufgabe der Wirtschaftspolitik immer genähert hat. Die Art, wie die autonomen und vertragsmäßigen Zolltarife zustande kommen, bedingt es vielmehr, daß darin wieder die Privatinteressen mehr Berücksichtigung finden, als der volkswirtschaftlichen Mission der Handelsverträge entspräche. Einflüsse politisch starker Gruppen im Inland und im Auslande, gegenteilige Wünsche der vertragschließenden Staaten verursachen Abmachungen, die gewöhnlich weit davon entfernt sind, einen volkswirtschaftlich richtigen Ausgleich der verschiedenen Warenpreise einzuleiten.

Lange Zeit hat man den Versuch der Preisbeeinflussung durch Zölle auf die Industrieartikel beschränkt. Den Versuch, — denn die Erstellung eines Zolles in bestimmter Höhe bedeutet bekanntlich noch nicht, daß die Ware im Inland unter allen Umständen um das Ausmaß des Zolles verteuert wird, ja nicht einmal, daß durch den Zoll überhaupt eine Preiserhöhung der Inlandware herbeigeführt werden muß. Kann doch der Zoll unter Umständen seine Hauptwirkung im Ausfuhrlande entwickeln. Schematisch ist dies etwa so zu erklären: Die Mehrerzeugung, die im Einfuhrlande in irgendeiner zollgeschützten Ware zustande kommt, vermindert hier den Einfuhrbedarf und folglich die Exportmöglichkeiten des Ausfuhrlandes. Damit ist in diesem ein preisdrückendes Moment gegeben<sup>1)</sup>. Im Einfuhrlande wie im Ausfuhrlande sind außerdem neben dem Zoll zu jeder Zeit unzählige andere preisbildende Gründe tätig, die in der mannigfachsten Form auf Angebot und Nachfrage einwirken. Von dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage und ihrer Dringlichkeit hängt es bei Import ab, welcher Teil des Zolles vom Einfuhrlande getragen wird und welchen das Ausfuhrlande auf sich nehmen muß, um seine Ware an Mann zu bringen. Je stärker das Importbedürfnis des Inlandes und je weniger dringlich das Angebot des exportierenden Landes ist, desto mehr erhöht der Zoll den Preis im Inland.

Solchem Spiel der Kräfte unter dem Zollschutz sind zuerst die Industrieprodukte ausgesetzt worden und ihre verschiedenen Kategorien haben dadurch zwar keine gleichmäßige Preiserhöhung, doch aber manchen mehr oder weniger angebrachten, mehr oder weniger ausreichenden Preisvorteil gewonnen. Als sich aber dann die Folgen für den die Industrieartikel konsumierenden Landwirt als Verteuerung der agrarischen Produktion einstellten und man daran gehen mußte, auch die Bodenerzeugnisse in das Gefüge allseitigen Protektionismus einzubeziehen, da wurden den Agrarzöllen die gefährlichsten Sonder-eigenschaften nachgesagt. Anfänglich hätte man glauben können, die

<sup>1)</sup> Vgl. Dr. Richard Schüller, *Schutzzoll und Freihandel*, Wien-Leipzig 1905, F. Tempsky.

alteingesessenen Nutznießer der Industriezölle gingen gegen die neuen Agrarzölle bloß vor, wie sich die Insassen eines Eisenbahncoupés gegen den zuletzt eingetretenen Reisenden zusammenschließen pflegen. Dann aber sind die Agrarzölle zu ehrwürdigen Jahren gekommen, ihr Ruf jedoch ist noch immer nicht der beste geworden. Kaum übersehbar ist die Menge derer, die dagegen auftreten zu müssen vermeint. Wenn es aber schon früher nicht möglich war, inmitten einer mit Zöllen über und über gepanzerten Volkswirtschaft gerade einen Zweig ungeschützt zu lassen, wie sollte die Landwirtschaft jetzt, wo sie geschwächt durch Bodenaufteilung und durch das Anwachsen der Kosten ist, ohne ausreichende Preise ihrer Erzeugnisse bestehen können? Will man ihr auf andere Weise aufhelfen, gibt es Mittel, welche den Agrarzöllen die verderblichen Eigenschaften nehmen, oder verdienen die Agrarzölle am Ende gar nicht das vernichtende Urteil, das über sie gefällt wurde? Eine Untersuchung des Agrarproblems im neuen Europa darf sich um die Frage der Agrarzölle nicht herumdrücken, möge sie auch vielen als entschieden gelten. Sie ist es nicht, wie aus einer Schrift über die deutschen Getreidezölle hervorgeht, die kurz vor dem Krieg veröffentlicht wurde<sup>1)</sup>. In ihr sind alle Argumente gegen die Getreidezölle noch einmal mit ganzer Wucht vereint und vorgetragen. Wenn gerade diese Arbeit hier besprochen wird, so deshalb, weil die hohe Autorität, die ihr Autor, Prof. Lujo v. Brentano genießt, sie über die Veröffentlichungen der unzähligen Epigonen hinaushebt.

Welches sind die wichtigsten Einwände, die er gegen die Getreidezölle vorbringt? Brentano hält sie nicht nur für schädlich, sondern auch für zwecklos, denn er meint, Deutschland wäre nicht bloß im Kriegsfall, sondern schon inmitten des Friedens der Gefahr der Aushungerung ausgesetzt, wenn es seinen ganzen Getreidebedarf unter dem Schutze des Getreidezolles selbst erzeugen wollte. Deutschland hätte, schrieb er damals, nahezu 400 000 russische, galizische, ungarische Wanderarbeiter, welche die Felder in den ostelbischen Provinzen Preußens bestellen. Da solche Abhängigkeit schon im Frieden vorhanden sei, um wie viel mehr würde es erst in einem großen Kriege, wenn sämtliche Männer, die nach den bestehenden Gesetzen irgendwie dienstpflichtig sind, eingereiht würden, vom guten Willen der Nachbarn abhängen, ob die deutschen Getreidefelder bebaut und abgeerntet werden können. „Was bliebe uns dann“, sagt Brentano, „um selbst auf den noch heute mit deutschen Arbeitern bestellten Äckern unseren gesamten Getreidebedarf zu erzeugen? Nichts anderes als Schwächlinge, Frauen und Greise. So allerdings sollen nach Tacitus die alten Germanen ihre Äcker bestellt haben. Für die 64,7 Millionen des heutigen Deutschen Reiches hieße aber solche Bestellung so viel wie verhungern.“

Der Weltkrieg hat diese Ansichten überprüft und verworfen. Die

<sup>1)</sup> Stuttgart-Berlin 1910, Cotta.

Getreidefläche ist freilich etwas zurückgegangen<sup>1)</sup> und die Hektar-Erträge haben im schlimmsten Jahr (1917) nur 71% der Vorkriegsjahre betragen<sup>2)</sup>. (1915 — 86%; 1916 — 99%; 1918 — 85%.) Das prophezeite katastrophale Auslassen der Getreideproduktion aber ist keinesfalls erfolgt, trotzdem die Zwangswirtschaft und deren unglückliche Preispolitik viel zur Behinderung der Erzeugung beitrugen. Dieses Argument gegen die Getreidezölle ist demnach durch die Tatsachen widerlegt worden. Damit erledigt sich zugleich der andere Beweis der Nutzlosigkeit, der nach Brentano darin liegt, daß in vierzig Jahren von heute ja doch nur mehr 1 ha auf den Kopf der Bevölkerung kommen und im Jahre 2000 gar nur noch ein großer Blumentopf für die Erzeugung des Jahresbedarfes an Roggen, Weizen, Gerste und Hafer zur Verfügung stehen werde. Die Erfahrungen sind nicht darnach angetan, die Vorsorge für die nächste Zukunft zugunsten ferner Zeiten zurückzustellen.

Brentano stützt seine Ansicht von der Vergeblichkeit der Getreidezölle auch sonst auf die Erwartung künftigen Geschehens. Er führt dazu aus<sup>3)</sup>: „Was aber ist der Zweck des Getreidezolles? Er soll den Getreidepreis steigern. In dem Maße, in dem dieser Zweck erreicht wird, steigt die Geldrente, welche der Boden abwirft. Der Minimalpreis des Bodens aber ist gleich der Geldrente, die er abwirft, kapitalisiert mit dem herrschenden Zinsfuß. Entsprechend der gesteigerten Geldrente steigt also der Bodenwert.“ Der Landwirt, der dann sein Grundeigentum verkauft, habe den Nutzen, der Nachfolger aber sei wieder in derselben Lage wie sein Vorgänger vor Einführung des Zolles. Da der Getreidezoll das Verhältnis des Bodenwertes zum Bodenwert nicht verändert, bleibe der Getreidebau nach wie vor unrentabel. „Es ist eine Schraube ohne Ende.“

Gegen diese gewiß bestechenden Ausführungen läßt sich immerhin mancherlei einwenden. Ich habe dazu an anderer Stelle<sup>4)</sup> folgendes bemerkt: „Brentano hat sicherlich recht, wenn er die Dauer der Zollwirkung für begrenzt hält. Es gibt keinen Schutzzoll, möge er landwirtschaftlicher oder industrieller Natur sein, der in seiner Wirkung nicht in ähnlicher Weise zeitlicher Beschränkung unterworfen wäre. Könnte man doch geradeso gut sagen: Wenn ein Industrieprodukt zufolge eines Zolles einen höheren Preisstand erreicht und den Betrieb des Unternehmens rentabler gestaltet, so ist das Unternehmen mehr

<sup>1)</sup> Ernst Möller berechnet den Rückgang für 1918 mit 5%. (Untersuchungen über die Veränderungen der Produktions- und Preisverhältnisse des Getreidebaus im Deutschen Reich seit Ausbruch des Krieges. Gießen 1923, Dissertation, angeführt in Aereboe: Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland“. Deutsche Verlagsanstalt 1927.)

<sup>2)</sup> a. a. O.

<sup>3)</sup> Die deutschen Getreidezölle, S. 22.

<sup>4)</sup> In meinem Buche: Die Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich, eine handels- und produktionspolitische Untersuchung, II. Aufl. Wien 1917, F. Tempsky.

wert und der Industrielle, der es verkauft, der Aktienbesitzer, der sein Papier abgibt, kapitalisiert den Zollnutzen. Sein Nachfolger ist wieder dort, wo der Industrielle vor Erstellung des Zolles war. Heutzutage, bei der Verbreitung der Aktie und ihrer Mobilität, wird das vielleicht ebenso häufig oder noch häufiger vorkommen wie der Verkauf von Grund und Boden. Kann der Zoll deshalb seine Pflicht gegen Industrie oder Landwirtschaft nicht doch erfüllt haben? Seine Aufgabe ist es nicht, jemanden davor zu schützen, daß er ein Arbeitsinstrument, sei es Industrie oder Boden, nicht überzahle. Der Zweck des Zolles besteht vielmehr darin, die Produktion zu vermehren, die Betriebsmethode zu verbessern, einen Fortschritt herbeizuführen, der dem Konsum wie der Produktionsstätte dauernd zugute kommt. Wenn der letzte Käufer des Bodens auch mehr dafür geben mußte und nicht mehr den vollen Vorteil vom Zoll hat wie der frühere Besitzer, dem die Zollerhöhung in den Schoß fiel, so wird ihm doch ein Ersatz in den Verbesserungen zuteil, die unter der Herrschaft des Zolles eingeführt werden konnten: In der nachwirkenden reichlicheren Düngung, in der gründlicheren Bodenbestellung, in der besseren Organisation der Wirtschaft, was alles die Bodenerträge fördert und dem Unternehmer wie der Volkswirtschaft dauernd von Nutzen bleibt.“

Es gibt übrigens eine ganze Reihe von Momenten, die auf den Bodenpreis in gleicher Weise einwirken, und doch weder der Landwirtschaft nachweisbar schädlich sind, noch von dieser ferngehalten werden können. Der vorhin zitierte Satz Brentanos, „Der Minimalpreis des Bodens ist gleich der Geldrente, die er abwirft, kapitalisiert mit dem herrschenden Zinsfuß“, löst so auch diese Erwägung aus: Ein niedriger Zinsfuß setzt den Bodenpreis hinauf, ein hoher Zinsfuß verbilligt ihn. Wird man deshalb einen besonders hohen Zinsfuß als vorteilhaft für die Landwirtschaft bezeichnen können? Oder gar für die gesamte Volkswirtschaft? Der niedrigere Zinsfuß, der die Eigenschaft besitzt, den Bodenwert zu steigern, pflegt geradezu ein Gradmesser wirtschaftlicher Blüte zu sein. So wenig aber der wirtschaftliche Aufschwung eines Landes deshalb der Landwirtschaft keinen Nutzen bringt, weil der damit verbundene niedrigere Zinsfuß den Käufer bei Besitzwechsel zur Bewilligung eines höheren Bodenpreises zwingt, gerade so wenig kann die gleiche Ursache die Nutzlosigkeit des Getreidezolles begründen.

Der steigende Bodenwert und die damit verbundene Kalamität bei Besitzwechsel ist bekanntlich nicht bloß eine indirekte Folge des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschrittes im Wege des fallenden Zinsfußes, sondern auch eine direkte. In einer Stadt steigt der Bodenpreis zufolge der Annehmlichkeiten und der Erwerbsgelegenheiten, die sie bietet, und im vorwärtsschreitenden Kulturstaat bringt die Sicherheit, die Leichtigkeit des Verkehrs, die Nähe von Konsumorten, Städten und Industrien eine Erhöhung des Bodenwertes mit sich. In gleicher Richtung wirkt jeder Fortschritt auf agrikulturellem Gebiete, jede verbesserte Methode, jedes ertragsteigernde neue Gerät auf den Bodenwert

ein <sup>1)</sup>. In den Vereinigten Staaten ist der Wert des landwirtschaftlichen Bodens pro Hektar von 169 RM. im Jahre 1900 auf 337,2 RM. im Jahre 1910 gestiegen, das sind rund 100% <sup>2)</sup>, obwohl es dort, wie man weiß, Getreidezölle nur in minimalem Ausmaße gab. In Preußen hat sich der Bodenpreis von 1895—97, bis 1907—09, also in zwölf Jahren, trotz der Getreidezölle, nur um 56% gehoben <sup>3)</sup>.

Man sieht, daß die Getreidezölle unter den den Bodenwert steigernden Ursachen genug zahlreiche Partner haben. Würde daher diese Eigenschaft wirklich die Nutzlosigkeit oder gar Schädlichkeit der Getreidezölle verursachen, so wäre es um die Landwirtschaft verzweifelt bestellt, denn dann gäbe es gar nichts, das ihr dauernd nützen könnte, keinen Fortschritt, den sie nicht zu fürchten hätte — drückt sich ja doch jeder unweigerlich in einer Preiserhöhung des Bodens aus.

Hinter der gefürchteten Preissteigerung des Bodens steht indessen auch ein Moment, das von nationaler Größe und von nationalem Reichtum zeugt. Nicht das Volk, dessen Grund und Boden wertlos bleibt, wird uns vom allgemeinen Standpunkt der Volkswirtschaft wie von dem speziellen der Landwirtschaft beneidenswert erscheinen, sondern ein Volk, das in der Wertsteigerung seines Besitzes Zeichen der Entwicklung und des Fortschrittes aufweist; Zeichen eines Gedeihens, das der Landwirtschaft trotz der höheren Bodenpreise ganz andere wirtschaftliche Vorteile bietet als der bescheidene ökonomische Zustand erst erwachender, überseeischer Getreidebaugebiete.

Sollte die Gestaltung der Verhältnisse bei Besitzwechsel zufolge der steigenden Bodenpreise aber wirklich die Getreidezölle, wie Brentano meint, für die Landwirtschaft wertlos machen, dann wäre damit allerdings ein Grund gegeben, um bei der Erstellung neuer Zölle, oder bei der Erhöhung bestehender, Vorsicht walten zu lassen. Unter keiner Bedingung dürfte dies dagegen als Argument für die Ermäßigung bestehender Zölle geltend gemacht werden: Denn, in welche Lage geriete erst der Käufer, der den Boden zufolge des Zolles teurer bezahlen mußte, wenn der Zoll abgebaut würde? Er wäre nicht mehr in derselben Situation wie sein Vorgänger, sondern in einer weit schlimmeren.

Brentano macht den Getreidezöllen dann weiter den Vorwurf, daß sie durch die Brotverteuerung zu einer Minderung des Verbrauches

<sup>1)</sup> „Es kann geschehen, daß die Grundrente nur noch als ganz untergeordneter Preisbestimmungsgrund wirksam ist“. Schullern von Schrattenhofen, „Grundzüge der Wirtschaftslehre“, Wien-Leipzig 1911, F. Tempky. — Wygodzinsky („Agrarwesen und Agrarpolitik“, Sammlung Göschen 1912) macht mit Recht darauf aufmerksam, daß auch die Leichtigkeit Hypotheken zu erhalten, die Nachfrage und damit den Preis des Bodens erhöht.

<sup>2)</sup> Nach dem „Zensus“, herausgegeben vom Agrikulturdepartement in Washington.

<sup>3)</sup> Walter Rothkegel, „Die Bewegung der Kaufpreise für ländliche Besitzungen und die Entwicklung der Getreidepreise im Königreich Preußen von 1895—1909“ in Schmollers Jahrbüchern.

anderer landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere von Fleisch, führten; daß sie den Gewerbezweigen Nachteil brächten, die Gegenstände des Massenkonsums liefern, namentlich der Schuhmacherei und dem Schneidergewerbe. Begründet wird das letztere folgendermaßen <sup>1)</sup>: „Nach einer Petition der deutschen Schuhmachermeister an den Reichstag in den achtziger Jahren soll es damals noch Hunderttausende von Barfüßern im deutschen Reiche und sollen sich gegen 90% der Bevölkerung im Besitze von nur ein Paar Schuhen befunden haben. Ebenso leidet das Schneidergewerbe unter der geringen Kauffähigkeit der Masse und jeder Belastung, welche sie weiter beschränkt. Die übelste Wirkung üben die Getreidezölle, wo die durch sie herbeigeführte Minderung der Kauffähigkeit die Arbeiter nötigt, sich in den immer teurer werdenden Wohnungen dichter zusammenzudrängen. So sind nach den Münchener Wohnungserhebungen 26,4% aller Wohnungen Teilwohnungen, d. h. über ein Viertel aller Wohnungen ist von mehr als einer Familie bewohnt, und zwar besteht die Mehrzahl dieser Teilwohnungen aus nur einem Raum.“

Brentano bleibt uns in seiner Argumentation leider etwas schuldig: Er vergißt nämlich zu sagen, um wieviel Paar Schuhe mehr die Bevölkerung vor Einführung der Getreidezölle hatte, um wieviel größer ihre Kleiderkäufe damals waren und um wieviel luxuriöser ihre Wohnräume. So lange er uns das verschweigt, darf er nicht verlangen, daß seine Ausführungen als Beweis hingenommen werden.

Es ist verlockend den Bericht über die verheerenden Wirkungen der Getreidezölle, den wir Brentano verdanken, mit einigen Daten zu vergleichen, die ein anderer deutscher Volkswirt aus dem Deutschland der Vorkriegszeit geliefert hat. Helfferich untersuchte die Veränderungen des Volkswohlstandes in der Periode von 1888—1913 <sup>2)</sup>. Man weiß, daß die Getreidezölle in Deutschland seit den 80iger Jahren eine beträchtliche Erhöhung erfuhren, ebenso die Getreidepreise. Hat der Konsum darunter gelitten? Durchaus nicht. Nach Helfferich betrug der Verbrauch Deutschlands in einem der wichtigsten Rohstoffe, der Baumwolle 1886—90 — 4,19 kg pro Kopf, im Jahre 1912 dagegen 7,57 kg pro Kopf. Die Verbrauchssteigerung in anderen Produkten des Massenkonsums wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet:

Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung:

	Kaffee	Kakao- bohnen	Tee	Reis	Roh- zucker	Kar- toffeln	Roggen	Gerste
1886/90	2,38	0,16	0,04	1,76	8,5	385,2	178,1	53,3
1908/12	2,44	0,77	0,06	3,56	21,4	583,1	232,7	92,3

Der Konsum an Fleisch betrug 1912 — 51,9 kg, kam somit dem von Großbritannien und Irland, dem stärksten unter allen europäischen

<sup>1)</sup> „Die Deutschen Getreidezölle“, S. 19.

<sup>2)</sup> Helfferich, Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913, 5. Aufl. 1915, Georg Stilke, Berlin.



Ländern, ungefähr gleich. Das deutsche Volkseinkommen berechnet Helfferich 1914 mit rund 43 Milliarden RM. jährlich, gegen 23—25 Milliarden RM. um 1895. Bei Untersuchung der Einkommensverteilung zeigt sich, daß die Einkommensstufe bis 900 RM. im Jahre 1896 noch 67 % der Bevölkerung umfaßte, im Jahre 1912 dagegen nur 40 %.

Solcher Glanz der Vorkriegszeit ist verblichen und Deutschlands Wohlstand muß nun wie der ganz Europas mit bescheidenen Ziffern vorlieb nehmen. Jene Zahlen einer reichen Epoche aber deuten nicht auf die Verschlechterung der Kaufkraft zur Zeit des agrarischen Hochschutzes in Deutschland hin. Die Beweisführung Brentanos ist, wie man sieht, auch in diesem Punkte mißglückt. Wie steht es um seine Argumentation dort, wo er sich dem vielfach geäußerten Bedenken anschließt, die Getreidezölle begünstigten das Heranziehen schlechter Böden? Sobald reiche Ernten an Stelle von Mißernten treten, müßte dann Notstand die Folge sein, weil die Produktionskosten des auf schlechtem Boden gebauten Getreides nur bei enorm hohen Preisen Deckung fänden<sup>1)</sup>. Ein Landwirt würde die Schwäche dieser Ansicht sofort herausgefunden haben. Er wüßte nämlich, daß die Produktionskosten der Mengeneinheit des Getreides bei guten Ernten auch auf minderen Böden weit kleiner sind als bei schlechten Ernten, wo den ziemlich gleichen Produktionskosten auf die Flächeneinheit eine geringere Getreidemenge gegenübersteht. Deshalb ist zu erwarten, daß der Landwirt im ersten Falle, bei guter Ernte, ungeachtet der niedrigeren Getreidepreise doch noch günstiger abschneiden wird, als bei einer schlechten Ernte und hohen Getreidepreisen. Schwache Böden pflegen sich von guten Böden auch dadurch zu unterscheiden, daß ihr jährlicher Ernteausfall stärker differiert als auf diesen. Sie kommen bei günstigem Witterungsverlauf noch eher mit, versagen aber bei schlechtem desto mehr, um so die Hauptträger der Mißernten zu sein. Deshalb werden zum Getreidebau wenig geeignete Böden nur bei Zusammenreffen von hohen Preisen mit einem guten Erntejahr wirklich rentieren und daher trotz der Getreidezölle weniger Anreiz zum Getreidebau bieten, als der mit dem landwirtschaftlichen Betrieb Nichtvertraute anzunehmen geneigt ist.

Es wäre übrigens zumeist richtiger von unvorteilhaften klimatischen Lagen zu sprechen, als von schlechten Böden, denn gewöhnlich bedingt erst die Mitwirkung des Klimas die geringe Fruchtbarkeit. Selbst der Sand der Sahara und der lybischen Wüste enthält, wie die chemische Untersuchung gezeigt hat, annähernd die gleiche Menge von Mineralstoffen wie unsere Ackerböden<sup>2)</sup>. Was dort fehlt ist der Humus, sind die verwesenden Pflanzen- und Tierleiber, aus denen er entsteht. Infolgedessen besitzt der Boden weder die wärmereregulierende, wassererhaltende Kraft der Kulturböden, noch sind die Bodennährstoffe in einem derart

<sup>1)</sup> Brentano, Die deutschen Getreidezölle, S. 23.

<sup>2)</sup> Über Untersuchungen von Wüstenböden, vgl. Strakosch, Erwachende Agrarländer. Berlin 1910, Paul Parey.

löslichen Zustand vorhanden, daß sie für die Pflanzen aufnehmbar wären. Bei Zuleitung von Wasser entsteht in der Wüste mit der Zeit humushaltige Fruchterde, entstehen Oasen von wunderbarer Üppigkeit. Nicht der Boden, sondern das Klima ist es ebenso zumeist, was die Gebirgsgegenden für die Feldbestellung wenig geeignet macht. Andererseits hat man bei ausreichenden Niederschlägen arme Sandböden durch richtige Bodenbearbeitung, Dünger, Gründüngungspflanzen zu hoher Fruchtbarkeit zu bringen gelernt. Die Fortschritte der Landwirtschaftswissenschaft engen den Kreis der unsicheren Getreideböden immer mehr ein, so daß man schon aus diesem Grunde die Wirkung der Getreidezölle auf solche nicht gar zu sehr zu fürchten braucht.

Brentano findet sich schließlich mit anderen Gegnern der Getreidezölle darin, daß er diesen die Schuld an der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung zuschreibt. Und darin wollen wir ihm voll und ganz beipflichten. Jeder Zoll, der wirksam werden soll, muß den Preis der geschützten Ware erhöhen und dadurch zur Verteuerung beitragen. Dies ist die Funktion aller erfolgreichen Zölle so lange sie nicht durch Förderung der Produktion erziehlich gewirkt, das Angebot entsprechend vermehrt und dadurch wieder ihre preissteigernde Tendenz aufgehoben haben. Inwieweit sich der Zoll auf Artikel des Massenverbrauches für die Bevölkerung schmerzlicher fühlbar macht, als der auf Waren von minderer Dringlichkeit der Verwendung, hängt von der Höhe der Zölle und von den vielen Momenten ab, die im Inland und Ausland ihren Einfluß auf die Preisgestaltung ausüben. Die verteuernde Wirkung aber ist keine Sondereigenschaft der Getreidezölle, wenn gleich sie, Bedarfsmitteln ersten Ranges geltend, gewiß eine Sonderstellung einnehmen. Die ähnliche Wirkung der übrigen Zölle war es ja gerade, die den Wunsch nach Agrarzöllen zuerst wachgerufen hat. Durch die Ausdehnung des Zollschutzes auf immer mehr Waren sind die Produktionskosten für alle Betriebskategorien erhöht worden. Jeder Produktionszweig wird durch den Schutzzoll des anderen belastet, jedem wird dadurch und durch die verteuernde Wirkung des eigenen Zolles der Nutzen geschmälert. Das ist der bedauerliche Kreislauf in unserer Zeit des allgemeinen Protektionismus und in jenem schwingen die Getreidezölle und die übrigen Agrarzölle mit, ohne dem Markte gegenüber von anderer Wesenheit zu sein als die Industriezölle.

## II. Das Verkaufsinteresse verschiedener Besitzgrößen an Getreide, Vieh und Viehprodukten.

Getreidebau als Domäne des Großbetriebes. — Verkauft der Kleinbetrieb unter allen Umständen mehr Vieh und Viehprodukte als Getreide? — Die innere Struktur zweier Bauernwirtschaften. — Es ergibt sich, daß die Organisation das Verkaufsinteresse ausschlaggebender beeinflusst als die Besitzgröße. — Warum das Verkaufsinteresse des kleinen Landwirtes in Getreide wachsen muß.

In diesem Jahrhundert wird der Bauer die erste Geige im Konzert der Bodenproduktion spielen. Deshalb ist es wichtig, einen Satz auf

seine Gültigkeit zu prüfen, der an den Lehrkanzeln für Agrarpolitik ziemlich allgemein vertreten wird. Den Satz: „Getreidepolitik ist Großgrundbesitzerpolitik, Bauernpolitik dagegen hat die Rentabilität der Viehhaltung ins Auge zu fassen.“ Aereboe trägt diese These nicht gerade wörtlich vor, zieht jedoch ebenfalls einen Trennungsstrich zwischen den Bedürfnissen des Groß- und Kleinbetriebes. Der Getreidebau für den Markt, meint er, sei seit langem die Domäne des Großbetriebes, weil man nur beim Getreidebau große Bodenflächen mit relativ geringem Arbeitsaufwande zu bewirtschaften vermag<sup>1)</sup>. Es könne sich zwar der Getreidebau auch im Großbetriebe mit einer intensiven und umfangreichen Viehhaltung paaren, dann seien aber viel umfangreichere Kapitalinvestierungen nötig und vor allem sei dann eine ganz andere Erziehung für die Viehzucht und viel weitergehende tägliche Mitarbeit des Betriebsleiters nötig, als sie die Mehrzahl der Großlandwirte bisher geübt hat. Und später sagt er: „Zufolge der einseitigen Getreidezölle<sup>2)</sup> sind Tausende von deutschen Bauern aufgekauft worden.“ Wenn Aereboe damit vom Ausdruck bringen wollte, daß die Getreidezölle sich nicht als Allheilmittel für den Bauernstand erwiesen haben, so ist ihm zuzustimmen. Ebenso ist es zweifellos, daß der Viehstand des Kleinbetriebes relativ dichter ist als der des Großbetriebes und daß ein Vieh- und Viehprodukten-Zoll deshalb dem ersten in vielen Fällen mehr Nutzen bringen wird, als dem Großbetrieb. Und auch dies ist zuzugeben, daß der Bauer im Verhältnis zur Fläche meist weniger Getreide zu verkaufen hat als der Großlandwirt. Er hat geringere Ernteerträge, verwendet das Getreide in stärkerem Maße als Futtermittel und konsumiert schließlich im eigenen Haushalte mehr als der Großbetrieb, weil er mehr Arbeitskräfte als dieser auf einer bestimmten Fläche beschäftigt. Dennoch wäre es verfehlt, aus all dem zu schließen, daß der kleine Landwirt unter allen Umständen nur wenig Getreide auf den Markt bringen könne und mehr Viehprodukte verkaufe und daß dieser Zustand in aller Ewigkeit andauern müsse.

Es gibt vielmehr Umstände, die das Verkaufsinteresse an Getreide, Vieh und Viehprodukten selbst unter ähnlichen natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen mehr beeinflussen als die Betriebsgröße, wie an zwei Beispielen gezeigt werden soll. Sie sind einem Buchstellen-Material entnommen, welche das unter Leitung Prof. Ostermayers stehende Institut für Wirtschaftsforschung an der Hochschule für Bodenkultur in Wien verarbeitet und mir seinerzeit zu wissenschaftlichen Studien zur Verfügung gestellt hatte<sup>3)</sup>. Es handelt sich um die Betriebsdaten zweier Wirtschaften des Marchfeldes aus dem Jahre 1913. Beide Bauernhöfe sind zirka 30 km von Wien entfernt und unweit voneinander gelegen. Die Ackerböden besitzen mittlere

	Wirtschaft I		Wirtschaft II	
		K h		K h
<b>Wirtschaftsausgaben:</b>				
Pachtzins (ein Stück Feld ist nicht Eigentum) . . . . .		55,45		73,32
Steuern . . . . .		40,80		47,58
Gebäudereparatur . . . . .		8,20		5,98
Kunstdünger . . . . .		22,80		22,63
Verwaltungsspesen . . . . .		1,—		
Löhne . . . . .		1,20		9,60
Gespannkraft . . . . .		125,96		
Rindvieh, Tierarzt . . . . .		4,—		
Malzkeime . . . . .		45,86		
Kleesamen (Saatgut) . . . . .		10,—		
Mais (Saatgut zu Grünfütter) . . . . .		9,—		
Föhren . . . . .		46,07		
Viehversicherung und Futterzufuhr . . . . .				24,45
Kleie . . . . .				14,50
Magermilch für Schweine . . . . .				20,50
Kartoffeln 300 kg . . . . .				18,—
Geräte und Maschinen . . . . .		89,66		17,17
Reparaturen . . . . .		4,10		6,30
Weingarten (Kupfervitriol) . . . . .		1,—		
<b>Im Haushalt aus der eigenen Wirtschaft konsumiert . . . . .</b>		<b>Kr. 465,10</b>		<b>Kr. 260,03</b>
Kartoffeln . . . . . kg	20		2045	
Vollmilch . . . . . l	557		460	
Mehl . . . . . kg	471		242	
Schweinefleisch . . . . . kg	80		190	
Hühner . . . . . Stück	2		25	
Eier . . . . . Stück	133		63	
Traubenwein . . . . . l	135		150	
Most . . . . . l	7		—	
Obst . . . . . kg	—		185	
Kraut . . . . . kg	—		11 ½	
<b>Gutskapital . . . . .</b>		<b>16 111,41</b>		<b>16 539,53</b>
und zwar: Bargeld . . . . .		1 962,49		108,05
Boden . . . . .		4 527,50		6 900,—
Gebäude u. Meliorationen . . . . .		5 509,34		3 999,10
Geräte u. Maschinen . . . . .		1 061,28		642,22
Viehstand . . . . .		1 626,—		2 030,40
Wirtschaftsvorräte . . . . .		1 176,60		1 940,90
Haushaltsbestände . . . . .		214,20		451,—
Nicht mit der Wirtschaft zusammenhängend . . . . .		34,—		358,14
Schuldner . . . . .		—		109,72
<b>Reinertrag Summe . . . . .</b>		<b>589,63</b>		<b>660,25</b>
<b>Reinertrag in % des Vermögens . . . . .</b>		<b>% 3,65</b>		<b>% 3,99</b>

<sup>1)</sup> Agrarpolitik, Berlin 1928, Paul Parey.

<sup>2)</sup> Seite 447.

<sup>3)</sup> Vgl. dazu: „Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich“.

	Wirtschaft I <sup>1)</sup>		Wirtschaft II <sup>2)</sup>		
		ha	K h	ha	K h
Ausmaß: Acker . . . . .		3,8812		2,91	
Garten . . . . .		0,0018		0,39	
Weingarten . . . . .		0,1425		0,30	
Hutweide . . . . .		0,0004			
Gesamte Gutsfläche . . . .		4,0259		3,60	
Verwendung des Ackerlandes	%		%		
Getreide . . . . .	52,56	2,04	57,87	1,68	
Hackfrucht . . . . .	18,29	0,71	26,45	0,77	
Futter . . . . .	29,15	1,1312	15,68	0,46	
Summe		3,8812		2,91	
Viehstand: Kühe . . . . .	2 Stck.		1 Stck.		
Kalbinnen . . . . .	1 „		2 „		
Läuferschweine . . . . .	2 „		1 „		
Zuchtsäue . . . . .			1 „		
Pro Jahr verwendete Arbeitstage der Besitzerfamilie . . . . .	Tage		Tage		
Mittlerer Lohn pro Tag . .	1100		1000 ½		
Wirtschaftserfolg:					
a) Bareinnahmen für Feldprodukte:					
Kleesamen . . . . .			23,80	27 kg	34,—
Weizen . . . . .	515 kg		107,12	1780 kg	358,12
Kartoffel . . . . .	52 „		3,12		
Hülsenfrucht . . . . .			6,82		
Gemüse . . . . .			1,60		
Futterrübe . . . . .			600 „		14,50
Summe			142,46		406,62
Anteil der Feldeinnahmen an den Gesamtbareinnahmen . . . . .	%		%		
Davon Getreide . . . . .	7,83		49,91		
b) Bareinnahmen für Viehprodukte:	5,96		43,96		
Kühe, Kälber . . . . .			633,80		
Milch . . . . .			856,88		286,61
Schweine . . . . .			145,28		139,40
Eier . . . . .			16,90		
Anteil der Viehprodukte an den Gesamtbareinnahmen . . . . .	%		%		
Davon für Viehverkauf . .	91,16		50,09		
„ Milch . . . . .	43,43		17,12		
„ Sonstiges . . . . .	47,73		32,97		
„ Sonstiges . . . . .	—		—		

<sup>1)</sup> Buchstelle der k. k. Landwirtschaftsgesellschaft in Wien Nr. 16.

<sup>2)</sup> Ebenda, Nr. 47.

Güte, die Absatzverhältnisse sind naturgemäß günstig, besonders für Milch, die auch an Ort und Stelle zu sehr guten Preisen Verwertung findet. Der eine Betrieb ist 4 ha groß, der andere 3 ½ ha. Die Tabellen auf pag. 317 und 318 versetzen uns in das innerste Getriebe von zwei kleinen Bauernwirtschaften, die nahezu die gleichen Voraussetzungen aufweisen. Der Vermögenszustand, die Besitzgröße, die Lage, der Arbeitsaufwand und manches andere sind fast gleich. Und doch, welche verschiedene Stellung nehmen die beiden zum Markte ein. In Betrieb I ist das Getreide mit 5,96 % an den Gesamteinnahmen beteiligt, dagegen entfallen volle 91,16 % auf Verkäufe von Vieh und Viehprodukten. In II dagegen halten sich beide beiläufig die Wagschale, denn dem Anteil des Getreides an den Gesamtverkäufen mit 43,96 % sind noch 5,95 % für andere Feldfrüchte zuzuzählen, deren Preis von den Getreidepreisen nicht unberührt bleibt. I wäre demnach als typische Viehwirtschaft zu bezeichnen, II als typische Getreidewirtschaft. Man sieht dabei, daß die Differenz weder in der Lage, noch in der Größe, noch in den Vermögens- oder Arbeitsverhältnissen begründet ist, sondern einzig und allein in der Organisation des Betriebes. Die Betriebsorganisation erweist sich für die Verteilung des Verkaufsinteresses ausschlaggebender als die Betriebsgröße.

Noch anderes wird sichtbar: Der Betrieb II vermag trotz seines geringen Gesamtumfangs von 3,6 ha sehr ansehnliche Mengen Getreides dem Markt zur Verfügung zu stellen. 1780 kg Weizen sind für den Verkauf produziert worden und für die Verköstigung der erforderlichen Arbeitskräfte waren nur 242 kg Mehl oder 302 kg Getreide nötig. Die Erklärung des hohen Verkaufsquantums ist zur Hand: Von 3 ha Ackerland erhält man pro Jahr bei dreijährigem Turnus und einem kleinen Außenschlag schon bei dem bescheidenen Durchschnittsertrag von 15 q pro ha — 15 q Getreide. An Arbeitskräften werden für 3 ha im Maximum zwei Leute nötig sein. Saatgut, Abfall und zur Verfütterung gelangendes Hintergetreide sind mit 15 % in Abzug zu bringen. Es resultieren somit nach Abzug der 3 q Getreide, die verzehrt und der 2 ¼ q, welche verfüttert und zu Saatzwecken verwendet werden, noch immer 9 ¾ q Getreide für den Verkauf. Deshalb konnte Betrieb I, obgleich er hauptsächlich auf die Nutztviehhaltung eingestellt war, bei einer Ackerfläche von 3,88 ha immer noch 515 kg Weizen verkaufen und Betrieb II bei größerer Ausdehnung des Weizenbaues von 2,91 ha — 1780 kg Weizen. Bei besseren Ernteerträgen hätte noch mehr für den Verkauf übrig bleiben müssen.

Nach den vorstehenden Ziffern wird man kaum mehr behaupten können, daß der eingangs angeführte Satz, Getreidepolitik sei ausschließlich Großgrundbesitzerpolitik, allgemeine Gültigkeit beanspruchen dürfe. Dies um so weniger, als die Entwicklung des Verkaufsinteresses der Kleinbauern steigern muß: Höhere Ackererträge, stärkere Maschinenverwendung vergrößern die abgebbare Getreidemenge; bessere Einsicht, rechnerisches Durchdringen des Betriebes führen dazu, daß

auch der kleine Landwirt lieber einen Teil des früher verfütterten Getreides abgibt und dessen zu ersetzende Nährstoffe für sein Vieh in Form von Kraftfuttermitteln billiger am Markte beschafft. Die zunehmenden Umsätze der Genossenschaften, Lagerhäuser und ähnlicher bäuerlicher Organisationen, in Kraftfuttermitteln beweisen, daß man mit einem steigenden Verkaufsinteresse des kleinen Landwirtes in Getreide schon jetzt rechnen darf.

### III. Was der Zoll auf Brotgetreide dem Landwirt einträgt.

Größere Feinhörigkeit gegenüber dem Wesen des Reallohnes und deren Rückwirkung auf den Zollnutzen. — Ziffermäßige Berechnung des Gewinnes, den die Getreidezölle dem Landwirt zu erbringen vermögen. — Es zeigt sich eine erziehlige Seite der Getreidezölle, aber auch deren verminderte Fähigkeit unter den neuen Bedingungen dem Landwirt zu nützen.

Sind nicht alle Vorwürfe aufrecht zu halten, die den Getreidezöllen gemacht wurden und läßt sich nicht einmal behaupten, daß die Stellung des kleinen Erzeugers dazu eine grundsätzlich andere als die des Großlandwirtes ist, so findet mit dieser Feststellung die andere wichtige Frage noch keine Lösung, welchen Gewinn der Getreidezoll einem Betrieb eigentlich zu bringen vermag. Vor dem Krieg ist die materielle Auswirkung, namentlich was den Großbetrieb anbelangt, zumeist stark überschätzt worden. Aber auch rechnerische Ermittlungen aus jener Zeit <sup>1)</sup> bedürfen einer Überprüfung, da sich die Voraussetzungen der Agrarzölle im neuen Europa geändert haben. Es gilt dies weniger von der Wirkung des Zolles auf den Getreidepreis, als von dem finanziellen Vorteil eines im bestimmten Ausmaß wirksam gewordenen Zolles für den Landwirt. Ist doch in der Gegenwart die Abhängigkeit der Löhne von allen Produktpreisen weit stärker und unmittelbarer als vorher. Die Inflationszeit, die den Index volkstümlich machte, hat den Begriff des Reallohnes erst recht vor Augen geführt und die großen Massen über die Bedeutung der Kaufkraft des Geldes in Beziehung zu den Löhnen und Einkommen aufgeklärt. Deshalb reagiert die Wirtschaft jetzt empfindlich auf jede Preisänderung einer Ware des allgemeinen Gebrauches, wie der Seismograph das leiseste Erdbeben anzeigt. Das Beben der Wirtschaft wird in der Preissteigerung der entferntesten Waren und Löhne fühlbar. So kann keiner, auch der Landwirt nicht, der Preiserhöhung in seinen eigenen Erzeugnissen ganz froh werden und jeder leistet den Tribut für die Zollwirkung mit. Auf Grund von Daten aus den eigenen Wirtschaften habe ich versucht den Gewinn zu berechnen, den der Zoll auf Brotgetreide zu gewähren vermag. Darnach würde die Preiserhöhung um 1 S. bei Roggen und Weizen den Ertrag von 100 ha Ackerland, das jährlich zu einem Viertel mit Winterung (Roggen und Weizen) bestellt wurde, und 15 q Getreide pro ha ergab, folgendermaßen vermehren:

<sup>1)</sup> Vgl. den Abschnitt: „Die Wirkung der Agrarzölle“ in des Verfassers Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich.

Fechung von 25 ha à 15 q . . . . .	375 q
ab: Saatgut 40 q . . . . .	} . . . . . 230 q
5% Abfallgetreide 20 q . . . . .	
Eigenkonsum der Wirtschaft 170 q	
bleiben zum Verkauf . . . . .	<u>145 q</u>

Die Preiserhöhung zufolge des Zolles um 1 S. bedeutet, wie man sieht, für 100 ha Ackerfläche einen Mehrerlös von 145 S.

Welche Mehrauslagen erwachsen dagegen der 100 ha großen Ackerwirtschaft aus der Preiserhöhung des Getreides?

Nach der Statistik der von mir geleiteten Ökonomien betragen die Barlöhne per 100 ha — 30 000 S.<sup>1)</sup>, wozu nebst freier Wohnung, Futtergetreide, Milch und anderen Naturalleistungen noch 170 q Getreide als Deputat kamen <sup>2)</sup>. Mit dem Barlohn deckt der Landarbeiter seinen Bedarf an den nicht als Deputat in natura erhaltenen übrigen Nahrungs- und Genußmitteln, dann an Kleidern, Wäsche, Schuhen und dergleichen. Bei der Herstellung und beim Vertrieb dieser Waren sind natürlich wieder Löhne und Gehalte beteiligt, etwa bei den Schuhen der Lohn des Schusters, des Ledergerbers, des Börtelwebers. Bei Voraussetzung, daß nicht alle Waren inländischen Ursprungs sind, nicht alle Frachten, Verkaufsspesen und dergleichen ausschließlich mit inländischen Löhnen beschwert sind, wollen wir annehmen, daß die inländischen Löhne und Gehalte 30% des Umsatzes betragen, der sich aus dem mit dem Arbeitslohn bestrittenen Bedarf des Landarbeiters entwickelt. 30% Lohnanteil an 30 000 S. sind — 9000 S. Nach der Statistik entfallen zirka 20% des Arbeitslohnes auf den Getreidebedarf, 20% von 9000 sind = 1800 S. Der Preis des konsumierten Getreides (drei Fünftel Weizen, zwei Fünftel Roggen) betrug in den letzten Jahren zirka 35 S. Durch die Zollwirkung von 1 S. würde dieser Preis auf 36 S. erhöht, somit um 2,6% gesteigert. 2,6% von 1800 S. sind 47 S. oder 0,15% der ausbezahlten Barlöhne von 30 000 S. Es ist unzweifelhaft, daß die Arbeiter diese Verteuerung ihrer Lebenshaltung nicht hinnehmen und nun auf einer Lohnerhöhung bestehen werden, die voraussichtlich mehr als jene 0,15% oder 47 S. per ha betragen dürfte.

Ein landwirtschaftlicher Betrieb hat nebst Löhnen noch andere Spesen.

<sup>1)</sup> Allerdings bei viel höheren Hektar-Erträgen. Der Bericht der Buchstelle der niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer gibt für 1926 einen durchschnittlichen Arbeitsaufwand von 259,75 Schilling per Hektar an, doch ist dieser Durchschnitt aus Betrieben aller Art, darunter auch extensive Graslandwirtschaften, Acker-Graslandwirtschaften und gemischte Waldwirtschaften gezogen. Die Buchführungsergebnisse, welche der Unterausschuß für Landwirtschaft in Berlin 1927 veröffentlicht hat (bei Mittler und Sohn) führen Barlohn-Aufwendungen pro Hektar in intensiven Wirtschaften Mittel-, West- und Süddeutschlands an, die bis zu 200 Mk. (340 S.) gehen.

<sup>2)</sup> Lohnland, das die Familienerhalter unter den ganzjährigen Arbeitern erhalten, wurde auf Getreide umgerechnet.



Für 100 ha ergaben sich in meinen Betrieben durchschnittliche Ausgaben:

Kunstdünger . . . . .	8 300 S.
Betriebsmaterial . . . . .	5 600 S.
(Benzin, Kohle, Holz, Öl)	
Instandhaltung der Maschinen u. Gebäude . . . . .	5 600 S.
	<u>19 500 S.</u>

Auch die Erzeugung respektive der Bezug dieser Dinge erfordert Arbeitsaufwand, Löhne, Gehalte, die wieder wie oben mit 30% veranschlagt werden. 30% von 19 500 S. sind 5850 S., 20% davon für den Getreidebedarf gerechnet sind 1170 S. die sich durch die Zollwirkung von 1 S. wie früher berechnet um 2,6% verteuern, somit um 30,5 S.

Die Mehrauslagen wegen der Preissteigerung von 1 S. bei Weizen und Roggen sind demnach bei einem Betrieb von 100 ha Ackerland — zumindest jene 47 S. für Verteuerung der direkten Löhne und 30 1/2 S. für die Verteuerung der Betriebsauslagen durch die Erhöhung der Löhne, welche die Herstellung der Betriebsmaterialien erfordert, zusammen 77 1/2 S. Diese 77 1/2 S. bilden die Belastungspost, die dem Mehrerlös durch jenen Zollnutzen per 145 S. gegenübersteht und davon abzuziehen ist. Von der Zollwirkung per 145 S. bei dem verkauften Getreide sind dem 100 ha großen Betrieb folglich insgesamt nur 67,5 S. zugute gekommen oder 46 1/2%.

In Wirklichkeit dürfte sich der Vorgang jedoch anders abspielen. Die Landarbeiter werden nicht eine Aufbesserung der Löhne um die 0,15% oder 47 S. per ha verlangen, um welche ihre Lebenshaltung durch die Getreidezölle im Wege der Preiserhöhung der Schuhe, Kleider und dergleichen verteuert wurde, sondern eine Lohnerhöhung in jenem Ausmaße, um das der Warenindex gestiegen ist. Der Hinweis auf die Indexbewegung ist es stets, der bei Lohnverhandlungen durch die Gewerkschaften ins Treffen geführt wird. Der Index aber wird zufolge des starken Anteils der Brot- und Mehlsquote an den täglichen Ausgaben durch die Preissteigerung des Getreides um 1 S. auch berührt werden. Erhöht er sich um 1/2%, was zu erwarten ist und folgt der Lohn dem Index wirklich bloß um 1/2% und nicht, wie es wenigstens bei uns in Österreich immer der Fall war, in nach oben abgerundetem Maße, so stellt sich die Rechnung für den 100 ha großen Betrieb wie folgt: Mehreinnahmen wie früher bei 15 q Fechsung per ha — 145 S., Mehrausgaben aus der Verteuerung der Betriebsmaterialien und Spesen durch die indirekten Löhne wie berechnet — 30 1/2 S., dazu 1/2% Lohnerhöhung von 30 000 S. = 150 S. zusammen 180,5 S.

Der Gutsbetrieb zog somit keinen Gewinn aus dem Zoll, sondern einen Verlust.

Hat er arbeitsextensiver gewirtschaftet und dennoch die gleiche Ernte gewonnen, so ist seine Lage besser, ebenso wenn er bei gleich intensiver Wirtschaft mehr Getreide pro ha gefeicht hat. Bei einer

Ernte von 20 q Getreide pro ha und dem gleichen Lohnaufwand als ihn unser Beispiel zeigte, bringt ein Getreidezoll, der den Preis um 1 S. erhöht, sogar 89,5 S. Nutzen pro ha ein. Dies immer unter der Voraussetzung, daß die Lohnsteigerung sich genau an die Indexsteigerung anlehnt. Bei einer Abrundung der Lohnerhöhung von 1/2% auf 1% aber reicht auch die 20 q Ernte nicht mehr hin, um dem Landwirt die Ausgabensteigerung, die der Getreidezoll hervorrief, durch den Zollnutzen hereinzubringen.

Man sieht so, daß den Getreidezöllen eine erziehlche Wirkung nicht abzusprechen ist; wird der Landwirt durch sie doch geradezu gedrängt, auf höhere Bodenerträge hinzuwirken, um den Vorteil möglichst auszunutzen, den ihm der Getreidezoll in Aussicht stellt. Aber noch ein anderes, wichtiges geht aus unseren Berechnungen hervor: daß unter den geänderten Verhältnissen im neuen, sozialer gerichteten Europa ganz andere Gründe als die von den Gegnern der Getreidezölle geltend gemachten gegen diese sprechen. Die Getreidezölle bringen dem Landwirt jetzt zu wenig Vorteil, als daß sie das gleich geeignete Instrument zur materiellen Förderung darbieten würden wie früher. Keinesfalls aber sind sie für sich allein imstande die Landwirtschaft gegenüber billiger produzierenden Staaten zu schützen. Haben sie diese Fähigkeit besessen, so ist sie ihnen unter den Bedingungen der Nachkriegszeit zum guten Teil abhanden gekommen. Die Getreidezölle können nur solchen Wirtschaften einen Gewinn abwerfen, deren Ernteerträge im Verhältnis zum Arbeitsaufwand außerordentlich günstig sind. In Jahren mit schlechten Ernten muß der Getreidezoll zur Last des Landwirtes werden. Diesen Umstand sollte die künftige Agrarpolitik wohl in Erwägung ziehen <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> In den landwirtschaftlichen Buchführungsergebnissen, die der Enquête-Ausschuß für das Deutsche Reich 1927 veröffentlicht hat (Mittler & Sohn, Berlin) finden sich Daten aus extensiveren Getreidewirtschaften Ostpreußens. Darnach betrug der Lohnaufwand pro Hektar:

Betriebsgröße ha	Wirtschaftsjahr	Zahl der Be- triebe	Lohnaufwand Mk.	Ernteerträge je ha (Durchschnitt) Weizen/Roggen
10—50 . . . . .	1924/25	11	129	9,—
	1925/26	11	133	16,2
50—100 . . . . .	1924/25	8	92	9,2
	1925/26	8	96	15,—
über 100 . . . . .	1924/25	9	112	12,1
	1925/26	9	116	19,2

Man kann sich nach diesen Ziffern und nach dem früher gegebenen Schema leicht ausrechnen, daß die Betriebe 1925/26 durch den Getreidezoll einen Gewinn hatten, daß sie jedoch 1924/25 schlechter daran waren, als wenn sie kein Getreidezoll geschützt hätte.

## XXV. Kapitel.

## Die neuen Wege der Zoll- und Preispolitik.

## I. Der gleitende Getreidezoll.

Die Vorfahren der gleitenden Skala. — Der gleitende Getreidezoll in Österreich. — Erfahrungen, die hier damit gemacht wurden. — Warum der gleitende Zoll immer versagen muß.

Freunde und Gegner der Getreidezölle finden sich in dem Wunsche dem Konsum eine übermäßige Belastung zu ersparen. Das hat zu mancherlei Vorschlägen geführt, wie man die vermeintlichen oder tatsächlichen Nachteile jener vermindern könnte. Wohl den ältesten derartigen Versuch stellt der gleitende Getreidezoll dar und zugleich den hartnäckigsten. Denn dieser alte Ladenhüter der Agrarpolitik wird immer wieder von Zeit zu Zeit ans Licht gezerrt. So glaubte der österreichische Zolltarif vom 1. Nov. 1924 den zwiespältigen Interessen der Konsumenten und Produzenten nicht besser dienen zu können als dadurch, daß er der gleitenden Skala abermals zu Amt und Würden verhalf. Die Erfahrungen, auf die sich Österreich hätte stützen können, gehen weit zurück. Nach R u h l a n d soll England bereits im Jahre 1660 ein Zollsystem mit gleitender Skala besessen haben. Jedenfalls wurde 1791 neuerdings ein schüchtern Versuch damit gemacht. Das Jahr 1828 aber gilt als das eigentliche Geburtsjahr der nun wohl durchgearbeiteten gleitenden Skala. Bei einem Weizenpreise von 68 Schilling per Quarter sollte der Zoll damals in England 18 Schillinge 8 Pence betragen, bei 69 Schilling auf 16 Schilling 8 Pence fallen und sukzessive bis auf 1 Schilling bei dem Weizenpreise von 73 Schilling herabsinken. Frankreich ersetzte 1832 sein Getreideeinfuhrverbot durch einen abgestuften Zoll, der bis zu den Teuerungsjahren 1853/59 in Geltung stand und dann für kurze Zeit, um 1860, wieder hergestellt wurde. Das sind die Ahnen des gleitenden Tarifs aus längst vergangenen Tagen, aus einer Sphäre volkswirtschaftlicher Erkenntnis, die nicht mehr die unserer ist. Da man jener Form des Getreidezolles von neuem begegnet und ihr morgen vielleicht einen weiteren Geltungsbereich einräumen wird, drängt sich die Frage auf, wie die Anschauungen beschaffen waren, die der gleitenden Skala Pate standen, was man damals durch sie erreichen wollte.

Wie zuletzt in Österreich sind die gleitenden Getreidezölle in Frankreich und in England als Nothelfer herbeigerufen worden. Frankreich blieb bis ins zweite Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts in den Ansichten des M e r k a n t i l i s m u s befangen. Dessen Prinzipien entsprechend,

hatte man die Getreidepreise durch allerlei Ausfuhrverbote und Ausfuhrerschwerungen niedrig zu halten gesucht, bis auf einmal der gewaltige Rückgang der Getreidepreise zwang, die Ansichten zu revidieren und sich auch ein wenig um das Schicksal des Getreidebaues zu kümmern. Das Beispiel wies auf die gleitende Skala Englands hin, die dort unter dem Drucke einer einflußreichen Landwirtschaft eingeführt worden war, als Ausfuhrprämien wegen des zunehmenden Selbstbedarfes, Einfuhrverbote wegen der Teuerung untunlich erschienen. Die mehr und mehr Ansehen gewinnenden Freihandelslehren Adam Smiths mögen dazu beigetragen haben, es mit einem System zu versuchen, das dem Landwirt Schutz bei außerordentlichen Preissenkungen zuzusichern schien, das Getreide jedoch nicht mehr als unbedingt nötig zu verteuern versprach, zudem eine geringere Einmischung des Staates bedeutete als die früheren Verbote oder Prämien. Und wie dem gleitenden Zoll damals die Aufgabe zugebracht war, den Getreidepreis in mäßiger Höhe zu stabilisieren, so glaubt man noch heute, dies durch ihn erreichen zu können und zugleich der Landwirtschaft durch möglichst gleichmäßige mittlere Getreidepreise am besten zu dienen.

Vorurteilsfreie Überlegung wird eine solche Gleichmäßigkeit eher den Bedürfnissen des Konsums, als denen der Produktion angepaßt finden. Die Produktionskosten des Getreides variieren nämlich unvergleichlich stärker als die irgend eines Industrieerzeugnisses, was mit der Verschiedenheit der jährlichen Ernteerträge zusammenhängt. Die Ausgaben für Grundpacht, Steuern, Sozialfürsorge, allgemeine Regie, aber auch für Saatgut, Ackerung, Vorbereiten des Saatbettes, Düngung sind bei einer glänzenden und bei einer schlechten Ernte, auf die Flächeneinheit bezogen, gleich. Selbst der Drusch kostet nicht viel weniger, wenn die Ähren schütterer und leichter geblieben sind und wenn der Ernteertrag deshalb enttäuscht. Nun denke man, was es heißt, wenn mit annähernd gleichen Spesen in einem Jahre vielleicht 30 Meterzentner per Hektar erzeugt werden und im nächsten Jahre 15 Meterzentner per Hektar. Die Differenz in den Produktionskosten der Gewichtseinheit kann dann von einem Jahr zum andern auch 50 % betragen, die Herstellung von einem Meterzentner Getreide um die Hälfte mehr kosten. Gehören so starke Extreme zu den Ausnahmen, so zeigt ihre Vorstellung jedenfalls, wie widersinnig vom Standpunkt der Produktion die Forderung nach gleichmäßigen mittleren Getreidepreisen ist.

Zum Glück gibt es kaum einen Zoll, der das vermöchte und verhindern könnte, daß stärkere Preisschwankungen im Gefolge der wechselnden Ernteergebnisse eintreten. Denn Mißernten pflegen selten auf einen kleinen Umkreis beschränkt zu bleiben und Rekordernten gewöhnlich so weiten Gebieten gemeinsam zu sein, daß der Getreidepreis davon einschneidend beeinflußt wird. Im Zusammenhang damit gelangt ein bestimmter Zoll je nach den Ernteaussichten und der Dringlichkeit des Angebotes von Getreide in ganz verschiedenem Ausmaß zur Geltung. Bei einem Vertragszoll von 6,30 Goldkronen stand der Weizenpreis in

Wien 1913 um 4 Goldkronen per 100 Kilogramm über dem nicht zollgeschützten Weizenpreis von London; 1909 dagegen um 9,10 Goldkronen. Bei der Rekorderte von 1913 ist der Zoll hier nicht einmal zu zwei Dritteln ausgenützt worden, 1909 übertraf die Preisdifferenz zwischen Wien und London dagegen das Ausmaß des Zolles. Der Roggen zeigte 1907 in Wien bei einem Zoll von 5,80 Goldkronen eine Zollaussnützung von bloß 0,82 Goldkronen per 100 Kilogramm, was 14% entspricht, und 1909 eine solche von 4,80 Goldkronen oder 83%. Gute und schlechte Ernten haben in den verschiedenen Jahren nicht nur Angebot und Nachfrage und den Preis des Getreides, sondern auch die Zollwirkung bestimmt. Andere Ursachen können die Zollwirkung vorübergehend ganz illusorisch machen und das selbst in einem Getreideimportland und entgegen der theoretischen Erwägung, daß hier der Zoll stärker zur Geltung gelangen müßte. So notierte der Preis des jugoslawischen Weizens in den letzten Jahren auf dem Wiener Markt wiederholt bis zu 10% höher als gleichwertiger österreichischer Weizen, die mährische und slowakische Gerste höher als gleichwertige niederösterreichische Gerste.

Haben die gleitenden Getreidezölle Englands und Frankreichs, von denen eingangs die Rede war, es etwa besser zustande gebracht, den ersehnten Segen gleichmäßiger Getreidepreise zu vermitteln? Nach dem Bericht Tookes <sup>1)</sup> bewährte sich diese so bestechende Maßnahme in der Praxis ganz und gar nicht. Sie zeigte sich vielmehr den allgemeinen Verhältnissen gegenüber machtlos. Und mehr noch: die gleitende Skala vervielfältigte die Preisschwankungen innerhalb kurzer Frist, verstärkte bei Mißwachs die Tendenz, die Vorräte zurückzuhalten, um nach der dadurch bewirkten Preiserhöhung und Zollermäßigung das plötzliche Einströmen großer Quantitäten von Weizen und Weizenmehl herbeizuführen und die Preise unverhältnismäßig zu drücken. Die mächtigen Kaufleute, allenfalls noch die großen Landwirte, konnten die Konjunktur ausnützen; die kleinen Farmer und Händler aber, zu raschem Verkauf gedrängt, litten empfindlich unter der einsetzenden wilden Spekulation. Nach solchen Erfahrungen wurde es für lange Zeit still von den gleitenden Zöllen. Bis der deutsche Agrarpolitiker Freiherr von der Goltz sie dem Deutschen Bundesrate wieder empfahl und ihre Schwäche durch Verbesserung der Methode beseitigen zu können glaubte. Als wichtigste Maßregel zur Verhütung der Spekulation erschien ihm, die Skala nicht allwöchentlich, sondern alljährlich im Dezember festzusetzen. Auch dieser Vorschlag verspricht indessen bei näherer Überlegung keine Abhilfe. Wenn die wöchentliche Zollfeststellung nach den Preisen der vorangegangenen sechs Wochen in England der Spekulation Vorschub leistete, so vermöchte die den Ereignissen nachhinkende jährliche Ermittlung, der Situation schon gar nicht gerecht zu werden und noch weniger die spekulative Ausbeutung auszuschließen.

<sup>1)</sup> Tooke und Neumark, „Geschichte und Bestimmung der Preise“, übersetzt von Asher, 1862.

Der Vorgang, den das Gesetz über den österreichischen Zolltarif von 1924 einschlug, ist bekannt. Der Zoll betrug 2 Goldkronen bei einem Weizenpreis von 32—38 ö. S.<sup>1)</sup> per 100 Kilogramm. Weizenpreis und damit Zollhöhe wurden zweimal im Monat nach dem Preisdurchschnitt der amtlichen Notierungen der Wiener Börse für Weizen österreichischer, jugoslawischer und ungarischer Provenienz ab Wien errechnet. War der Durchschnittspreis höher als 38 ö. S., so ermäßigte sich der Zoll um den Betrag der Erhöhung, jedoch nur bis zur Minimalgrenze von 25 Goldheller per 100 Kilogramm Getreide, die bei 40,5 ö. S. Weizenpreis erreicht wird. Ebenso stieg, der Zoll bei Senkung des Weizenpreises unter 32 S. wieder um den gleichen Betrag dieser Senkung, um bei 29 S. Weizenpreis das Maximum von 4 Goldkronen zu betragen. Der so für den Weizen ermittelte Zoll galt automatisch zugleich für die übrigen drei Getreidearten, Roggen, Gerste, Hafer, und ohne Rücksicht auf deren Preisgestaltung. Obwohl der Zoll normalerweise bei Grenzübertritt des Getreides eingehoben wurde, war es unter gewissen Bedingungen möglich, sich die Anwendung des Satzes zu sichern, der zur Zeit des Kaufabschlusses in Geltung stand. Die Bedingungen waren: Vorlage des Schlußbriefes innerhalb fünf Tagen, Sicherstellung des Zolles, Einführung des Getreides binnen sechs Wochen. Geschah dies nicht termingerecht, verfiel der sicher gestellte Betrag.

Das österreichische Gesetz griff also trotz des Mißerfolges des englischen Systems auf dessen Methode überhäufiger Zollermittlung zurück. Offenbar dachte man daran, welch ruhigen Gang ein moderner Explosionsmotor durch die Vielzahl der Explosionen erzielt, und glaubte durch die 26 Zollermittlungen im Jahr gleiches zu erreichen, vielleicht der Spekulation keine Zeit zur Ausnützung von Zolleschwankungen zu lassen. Die Entwicklung des Verkehrswesens seit den englischen Erfahrungen aber war kaum dazu angetan, die Sache hoffnungsvoller zu machen. Fließt doch die Donau bei Wien vorbei, und wenn der österreichische Getreidehandel selbst weniger unternehmungslustig und scharfsinnig sein sollte, als es der englische war, die Kunst, einen Getreideschlepper im Preßburger Hafen so lange zurückzuhalten, bis es sich zeigt, ob die Konjunktur die Verwendung in der Tschechoslowakei oder in Wien mehr begünstigt, solche Kunst mußte er bestimmt treffen.

Der gleitende Getreidezoll hat sich daher in Österreich gradesowenig bewährt wie vorher in England und in Frankreich. Ein hervorragender Kenner des Getreidehandels beschreibt die Wirkung folgendermaßen <sup>2)</sup>: „Am 1. September 1926 ist der Zollsatz von 25 Goldheller auf 110, am 16. September auf 140 und ab 1. Oktober auf 150 Goldheller per Meterzentner Weizen und Roggen erhöht worden. In dem nämlichen Ausmaße erhöhte sich auch der Mehlsatz, welcher bei dem Getreidezoll-

<sup>1)</sup> 1 Goldkrone = 1,4 österreichische Schilling.

<sup>2)</sup> Generaldirektor Eduard Braun in der Neuen Freien Presse vom 8. Oktober 1926.

sätze von 150 Goldhellern eine weitere Erhöhung von 20 Goldhellern erfahren soll. Bei dem Umstande jedoch, als den Interessenten das Recht eingeräumt werden mußte, ihre Abschlüsse in jeder Zollberechnungsperiode (je 14 Tage) zwecks Vormerkung zum aktuellen Zollsätze zur Anmeldung zu bringen, kann füglich behauptet werden, daß die Zoll-erhöhung speziell beim Weizen bisher überhaupt nicht wirksam geworden ist und daß mehr als 98 Prozent der Importe trotz der auf dem Papier erfolgten vorerst rein theoretischen Erhöhung noch immer zum Zollsätze von 25 Goldhellern vollzogen werden. Und da sich überdies in vorzeitiger Kenntnis der jeweilig bevorstehenden Erhöhungen jedermann mit reichlichen Quantitäten versorgt hat, so ist auch die Wirkung auf dem Getreidemarkt völlig ausgeblieben. Eine weitere höchst unliebsame Begleiterscheinung der gleitenden Zollsätze und der damit verbundenen Unsicherheit bildet die plötzlich einsetzende Stagnation auf den heimischen Getreidemarkten, denn niemand hat die Courage, bei Eintritt erhöhter Zollsätze, welche binnen 14 Tagen wieder herabgesetzt werden können, neue Anschaffungen zu machen. Der Verkehr ist auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft und außer Transitware kommt ein Handel gar nicht in Frage. Am meisten sind jedoch die österreichischen Mühlen betroffen, die durch den gleitenden Getreidezoll in eine unleidliche Situation gerieten. Sie sind gezwungen, so wie es die ausländische Konkurrenz tut, ihre Erzeugnisse auf Lieferung binnen 2—3 Monaten zu verkaufen. Selbstverständlich werden diese Verkäufe in Form des erforderlichen Rohmaterials eingedeckt. Das Risiko der Zollerhöhungen kann nicht getragen werden, folglich werden die Getreideabschlüsse zu den jeweils aktuellen Zollsätzen zwecks Zollvormerkung zur Anmeldung gebracht. Dasselbe geschieht jedoch von seiten der inländischen Käufer, welche gleichzeitig ausländisches Mehl auf Lieferung innerhalb zwei bis drei Monaten erkaufte haben. Da die Übernahme dieses ausländischen Mehles auf Grund der Zollsicherung innerhalb des vorgeschriebenen Termines unbedingt erfolgen muß, behelfen sich die Mehlkäufer derart, daß sie in erster Reihe das ausländische Mehl beziehen, während sie die inländischen Mühlen zwingen, die Übernahmstermine für das von ihnen erkaufte Mehl hinauszuschieben. Die Folge davon ist, daß sich die inländischen Mühlenvorräte anhäufen und die Mühlen, obgleich sie ihre Vorräte schon früher verkauft hatten, genötigt sind, ihre Betriebe wesentlich einzuschränken; eine Maßnahme, welche bekanntlich mit einer sehr beträchtlichen Erhöhung der Betriebsspesen verbunden ist. So hat die Einführung des gleitenden Zollsatzes eine Unsicherheit im Verkehr mit diesen wichtigsten Lebensmitteln geschaffen und Handel und Industrie zu einem Spielball unsicherer Zollsätze gemacht, gar nicht zu reden davon, daß überdies die soliden Elemente ganz gegen ihren Willen geradezu gezwungen werden, Spekulationsgeschäfte zu machen.“

Solche Erfahrungen haben die Lebensdauer des gleitenden Zolles in Österreich verkürzt und seinen Ersatz durch den starren Getreidezoll schon 1928 herbeigeführt. Die gutgemeinte Einrichtung war zu umständ-

lich und zu reich an Risiko, um ihren Zweck zu erfüllen. Und mag sie anderswo und in anderer Aufmachung auftauchen, so wird man doch kaum imstande sein ihre übeln Nebenwirkungen zu beseitigen. Denn, erschwert, verlangsamt, verteuert wird der Getreideverkehr ja in jedem Fall und bei glücklichster Fassung für den werden, der die Ungewißheit der Zollhöhe nicht tragen will. Immer wird an Stelle der einfachen Zollbehandlung ein umständlicheres, mit allerlei Ausgaben und Mühen verbundenes Verfahren treten müssen. Und all diesen verteuern den Bedingungen wird sich dann noch das begreifliche Bestreben des Importeurs zugesellen, eine Aufrundung des Verkaufspreises nach oben vorzunehmen. Wie sollte jener sich auf andere Weise eine Verlustreserve gegenüber der zweifellos unsicherer gewordenen Kalkulation seiner Spesen schaffen?

Wir sehen so im Gefolge des gleitenden Zolles genug Anlaß zu Preissteigerungen, welche die Absicht der Gesetzgebung durchkreuzen, Preisüberreibungen nach oben wie nach unten mittels der gleitenden Skala zu verhindern. Während der automatisch sinkende Zoll den Getreidepreis auf der einen Seite zurückhält, schnellt dieser gleich der leeren Schale einer Waage auf der anderen Seite wieder in die Höhe, getrieben durch die geschilderten unerwünschten Nebenwirkungen des Systems. Und das Unglück will überdies, daß zwar der Konsum darunter gradeseidet wie unter den verteuern den Folgen des starren Zolles, daß aber die Produktion aus der Preiserhöhung nicht einmal den gleichen Vorteil ziehen kann, wie bei jenem, weil der Landwirt außerstande ist, das Zufällige, Sprunghafte auszunützen, das solchen nicht in den natürlichen Produktions- und Konsumtionsverhältnissen begründeten Preisschwankungen eigentümlich zu sein pflegt. Die Tendenz zu Preis-erhöhungen, welche die Produktion nicht schützen und nicht fördern, erscheint darum als bezeichnendes Merkmal des gleitenden Zolles.

## II. Das Getreidemonopol.

Das Getreidemonopol als Maßnahme der Kriegswirtschaft. — Kosten des Schweizer Monopols. — Vor- und Nachteile gegenüber dem Getreidezoll. — Ein neuer Vorschlag.

Nach dem Ergebnis der vorstehenden Untersuchung ist den Gegnern der Getreidezölle zuzugeben, daß der starre Zolle keine ideale Lösung der Schutzfrage für den Getreidebau darstellt. Noch weniger günstig läßt sich, wie wir sahen, die Zweckmäßigkeit des gleitenden Getreidezolles beurteilen.

Bei so wenig befriedigenden Erfahrungen auf dem Gebiete des Zollschatzes war es naheliegend, nach anderen Formen der Preissicherung Ausschau zu halten. Derart wurde die Aufmerksamkeit auf das Getreidemonopol gelenkt, dessen Idee wohl längst die Wirtschaftspolitiker beschäftigt hatte, das aber früher noch nirgends in die Wirklichkeit umgesetzt worden war. Der erste Antrag der staatlichen Regelung der Getreidepreise durch ein Monopol erfolgte bekanntlich durch den deutsch-konservativen Rittergutsbesitzer Graf Kanitz. Der Ein- und Verkauf des zum Verbrauch im deutschen Zollgebiet bestimmten ausländischen



Getreides mit Einschluß der Mühlenfabrikate sollte darnach ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgen. Der Antrag Kanitz' wurde dreimal im deutschen Reichstag eingebracht, ohne durchdringen zu können. Erst der Kriegswirtschaft blieb es vorbehalten Einrichtungen zu schaffen, die mit denen des Getreidemonopols ein verblüffende Ähnlichkeit besaßen. Die Kriegszentralen kontrollierten den gesamten Getreideverkehr des Staates wie dies kein Monopol besser hätte durchführen können. Die Schweiz ist noch weiter gegangen und hat sich im Jänner 1915 sogar zur formalen Anerkennung des staatlichen Getreidemonopols verstanden. Zu Beginn des Weltkrieges besaß die Schweiz Getreidevorräte für knapp 14 Wochen, und die Beschaffung des weiteren, auf 5000 Waggons im Monat veranschlagten Bedarfes war höchst unsicher geworden. In dieser Lage blieb dem Bund nichts übrig, als die Getreideversorgung selbst zu übernehmen und die Einfuhr von Getreide zu monopolisieren.

Die heimische Produktion schien zunächst für die Marktversorgung kaum in Betracht zu kommen, da sie 1914 bei 129 860 Hektar Getreidefläche und bei einer Ernte von 26 620 Waggons Getreide nur 202 Waggons für den Markt übrig hatte. Wachsende Knappheit der Zuschübe aus dem Ausland nötigte jedoch bald die eigene Getreideerzeugung energisch heranzuziehen. Im August 1917 wurde die neue Ernte des Landes zur Gänze beschlagnahmt und überdies durch Verordnung bestimmt, daß der Anbau des kommenden Jahres um 50 000 Hektar ausgedehnt werden müsse. Auf diese Weise gelang es, die Anbaufläche auf 162 010 Hektar zu bringen, somit um 32 150 Hektar zu steigern. Das war für die Schweiz, die nicht allzu viele eigentliche Getreidegegenden besitzt, eine rechte Höchstleistung, die aber gerade deswegen keine Dauer versprach. Um den Rückgang möglichst aufzuhalten, unternahm es die Regierung 1919, an Stelle des bisherigen Anbauzwanges bessere Getreidepreise zu garantieren. Ungeachtet dieser Maßnahme sank die Getreidefläche zwar doch bis auf 112 300 Hektar im Jahre 1922, der Konsum aber erhielt immerhin weit größere Mengen heimischen Getreides zugeführt, 1921 schon 9326 Waggons.

Wir mußten uns hier eingehender mit den Zuständen in der Schweiz bei Einführung des Monopols und nachher beschäftigen, weil sie manchen interessanten Rückschluß auf die Wirkung des Systems an sich gestatten. In der Schweiz äußerte sich die Wirkung unter anderem in einer unerwarteten Richtung: in ganz ungeheuren Kosten der Monopolverwaltung. Die geschilderten Erfolge des Monopols kosteten dem Bund von 1914 bis 1921 nicht weniger als 195 Millionen Goldfrancs. Betrugten die eigenen Gesteungskosten im Durchschnitt des eingeführten und des im Inland aufgekauften Weizens plus der Monopolspesen doch 80—90 Francs per 100 Kilogramm, während die Getreideverwaltung sich genötigt sah, den Weizen vom 3. Juli 1917 an Jahre hindurch nicht teurer als zu 64 Goldfrancs abzugeben. Zuschüsse in solcher Höhe mußten auf die Länge der Zeit selbst für die reiche Schweiz zu viel werden. Die Verkaufspreise

wurden daher seit Oktober 1923 den Selbstkosten der Getreideverwaltung einigermaßen angepaßt, was wieder zur Folge hatte, daß sie nun erheblich über den Weltmarktpreisen standen. Bemerkenswert ist, daß neben dem Monopol noch ein, allerdings unbedeutender Einfuhrzoll von 60 Goldeentimes per 100 Kilogramm bestehen blieb.

Das Dilemma zwischen übergroßen Staatszuschüssen und allzu hohen Getreidepreisen hat schließlich in den breiten Schichten der Bevölkerung die schärfste Opposition gegen das Getreidemonopol hervorgerufen. Auf einmal entdeckte man jetzt die Gefahr, die darin gelegen ist, wenn bei Fehlgriffen, bei Konjunkturrückschlägen an Stelle vieler Privatunternehmer der Staat und die Steuerträger den ganzen Verlust zu tragen haben. Man schrak vor dem gewaltigen Kapitalbedarf, vor dem Zinsverlust zurück, fand, daß die Ausschaltung des Zwischenhandels zu Schwerfälligkeit und zur Verteuerung des Einkaufes führt; bemerkte, daß die ungeheure Größe der Engagements in jedem Einzelfall die Ausnützung günstiger Konstellationen hindert und die Gefahren vervielfältigt. Und schließlich wurde dem vorher so gepriesenen Monopol der Vorwurf gemacht, dem Staate Opfer aufzubürden, die in keinem Verhältnis zu dem Vorteil für die Landwirtschaft stünden. Würden die staatlichen Monopolprämien doch nur jenen bescheidenen Prozentsatz des Getreides begünstigen, den die Landwirte über den Eigenbedarf an die Monopolverwaltung abliefern.

Den Übelstand, nur einem bescheidenen Bruchteil der jährlich erzeugten Getreideernte zu einem besseren Preise zu verhelfen, teilt das Monopol indessen mit dem Getreidezoll, sei er ein starrer oder ein gleitender. Das Monopol bringt dem Landwirt sogar mehr Vorteil als ein in gleicher Höhe wie die Monopolprämie festgesetzter Zoll. Der Beschluß, für inländisches Getreide eine Zuzahlung von zwei Goldkronen über dem Auslandspreis zu gewähren, erhöht den Preis des inländischen Verkaufsgetreides wirklich um zwei Goldkronen. Ist es wahr, was der Monopolverwaltung zum Vorwurf gemacht wurde, daß sie auf den Auslandsmärkten nicht so billig einkaufe wie die vielen privaten Händler mit ihrer größeren Anpassungsfähigkeit und Agilität, so ist der Landwirt, dem zwei Goldkronen über dem durchschnittlichen Preis des im Ausland eingekauften Getreides zugesichert wurden, sogar noch besser daran. Im Falle katastrophaler Preisstürze auf dem Weltmarkt und übermächtiger Konkurrenz aus dem Ausland vermag der Staat auch leichter zugunsten des Getreidebaues einzugreifen als bei Vorhandensein von Zöllen, deren Höhe vertragsmäßig gegenüber den Exportstaaten festgelegt ist. Muß die Landwirtschaft also nicht etwa fürchten, unter dem Drucke des Konsums einmal unversehens der zugesagten Monopolprämien verlustig zu gehen, so hat sie von ihrem privatwirtschaftlichen Standpunkt keinen Anlaß, sich gegen das Monopol zu wehren, das ihr bei loyaler Handhabung mehr Sicherheit gewährt als der Zoll. Dabei ist auch der Konsum scheinbar günstiger daran, der dann keine Einfuhrzölle an den Staat zu zahlen braucht.

Das letzte Moment, das nach der Argumentation der Freunde des Monopols so sehr zu dessen Gunsten spricht, dürfte allerdings in seiner Bedeutung für die Lebenskosten überschätzt werden. Nicht, weil die Verteilung des Volkseinkommens dadurch unbeeinflusst bliebe oder gar als etwas Nebensächliches zu betrachten wäre. Es sprechen aber gewisse Umstände dafür, daß die größere Schonung der wirtschaftlich Schwächeren durch das Monopol gegenüber den Getreidezöllen doch nicht ganz so sicher ist als man glaubt. Um dies einzusehen, muß man sich nur vergegenwärtigen, daß die Kosten des Monopols unter allen Umständen gleichfalls von der gesamten Bevölkerung getragen werden müssen. Und weiter, daß bis jetzt keine Methode die Erfordernisse des modernen Staates erfolgreicher zu decken vermochte als die indirekte Besteuerung von Massenartikeln, durch welche allein genügend große Summen zusammenkommen. Alle anderen Methoden scheitern daran, daß die Einhebung zu kostspielig ist und den Ertrag zum beträchtlichen Teil wieder aufzehrt. Sie wirken überdies produktionsfeindlich, weil sie ohne weitestgehende hemmende Eingriffe und Kontrollmaßnahmen nicht durchzusetzen sind. Ist es da nicht vorteilhafter, den einfachen, sicheren Weg indirekter Besteuerung oder im vorliegenden Falle indirekter handelspolitischer Belastung zu wählen, die zumindest der arbeitenden Bevölkerung in Gestalt von Lohn- und Gehaltssteigerungen wieder abgenommen wird? Die geringeren Verwaltungsspesen des Systems bilden eine Ersparnis nicht in letzter Linie für die breiten Schichten. Wird die Höhe der Lebenskosten doch im wesentlichen von dem Ertrag bestimmt, den die Arbeit eines Volkes liefert, von dem Ertrag, an dem alle unproduktiven Ausgaben zehren. Deshalb ist es schwer, einen Ausweg aus dem Gewirr indirekter Abgaben und Steuern zu finden. Aber diese bilden wieder ein reiches Reservoir, aus dem der Staat besonders drückende Belastungen des Konsums nötigenfalls zu paralysieren vermöchte. Er brauchte beispielsweise in den Staaten, die eine Warenumsatzsteuer auf Getreide, Mehl, Brot einholen, nur so viel davon nachzulassen, als die Zolleingänge aus Getreide den Staatsfinanzen einbringen.

Man sieht, daß die Art der Belastung des Konsums zugunsten der Staatsfinanzen, die dem Getreidezoll eigentümlich ist, nicht unbedingt als dessen besonderer Nachteil gegenüber dem Monopol gelten muß, weil dieser Nachteil sich unschwer beseitigen läßt. Für die breiten Massen aber wird in Wirklichkeit voraussichtlich jene Form des handelspolitischen Schutzes am wenigsten drückend sein, deren Durchführung die billigste ist, die infolgedessen das Volkseinkommen weniger herabsetzt. Nach den Erfahrungen der Schweiz ist dies vom Getreidemonopol nicht zu erwarten.

Eine andere Überlegung bringt das zu den Hoffnungen der Monopol-Verfechter in so starkem Gegensatz stehende Ergebnis unserem Verständnis noch näher: Wir müssen uns vor Augen halten, daß der Entschluß der Monopolverwaltung an Stelle unzähliger Marktmeinungen

und Einzelhandlungen in Kauf und Verkauf tritt. Haben diese sich nach dem Gesetz der großen Zahlen vielfach ausgeglichen, wird jetzt in der Einheit des Monopols jede Transaktion unvergleichlich weittragender und bleibt doch zunächst ohne Widerspiel. Das vermehrt das Preisrisiko ungeheuer, zwingt, die Ausnützung günstiger Konjunkturen vorsichtig zu beschränken, nötigt, Verluste durch Preisrückgang den Staatsfinanzen anzulasten oder auf den Konsum zu überwälzen. Ein Netz von Lagerhäusern nach amerikanischem Muster über das Land zu breiten, ist eine erstrebenswerte Aufgabe und die Voraussetzung der zweckmäßigen Monopolverwaltung. Welch unendlich kostspielige Sache jedoch! Andererseits ist es wohl kapitalsparend, aber doch teuer, in bestehenden Gebäuden Unterkunft für die Getreidevorräte zu schaffen, die jetzt in tausend und aber tausend privaten Vorratsschuppen, Scheuern, Magazinen, Kammern auf die Bestimmung warten, im Bedarfsfalle durch nachbarliche Beziehungen und Gevatterschaften rechtzeitig hervorgeholt zu werden. Dem vermag die Monopolverwaltung trotz der Vielzahl ihrer Agenden schwer gleich Billiges, gleich Expeditives zur Seite zu setzen. Da sich der Weizen mancher Gebiete allein nicht vorteilhaft verbacken läßt, sondern besser mit gewissen ausländischen Qualitäten vermischt wird, muß die Monopolverwaltung die Übernahme des Inlandgetreides über das ganze Jahr verteilen, was wieder allerlei Komplikationen bedingt, die sich sonst zwanglos von selbst glätten und weit weniger Spesen und Zinsenverluste verursachen. Eine andere Erschwerung liegt darin, daß die Monopolverwaltung das ganze Riesenkapital allein aufzubringen hat, während bisher Vermögen, Beziehungen, Kredit von unzähligen Importeuren, Händlern, Industriellen die Betriebsmittel herbeiriefen. Daß die Finanzierung in den seligen Zeiten der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft gelang, ist kein Gegenargument, weil damals dem inländischen Produzenten das Getreide in den meisten Staaten bekanntlich unter den Gestehungskosten und unter den Weltmarktpreisen konfisziert und mit Inflationsgeld bezahlt wurde. Die Enteignung des mobilen Kapitals durch Geldentwertung hat zugleich die Mittel zur Bezahlung des ausländischen Getreides geliefert und die staatliche Bewirtschaftung überdies dem Konsum ganz unzureichende Mengen zugeführt, mit denen die Friedenswirtschaft das Auslangen nicht fände. So ist also die Beschaffung des nötigen Kapitals auch nicht als nebensächliche Angelegenheit für den Staat zu betrachten.

Weniger die Fehlerlosigkeit des Monopols als die Schwäche der Getreidezölle ist es jedoch, die dem Monopol immer wieder Anhänger wirbt. So fand es einen warmen Fürsprecher in dem früheren österreichischen Bundespräsidenten Dr. Michael Hainisch<sup>1)</sup>, der die Frage in seinem Buch über die Landflucht behandelte. Die österreichischen Sozialdemokraten brachten 1923 anlässlich der Beratung

<sup>1)</sup> Die Landflucht, ihr Wesen und ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform. Jena, 1924, Gustav Fischer.

des neuen autonomen Zolltarifs im Parlament den Antrag ein, an Stelle von Getreidezöllen das Getreidemonopol einzuführen. In der Schweiz ist das bereits aktivierte Monopol durch Volksabstimmung geworfen worden. Da dieser Staat aber bei seinen ohnedies bescheidenen Möglichkeiten der Selbstversorgung in Getreide und bei seiner Binnenlage, die ihn im Kriegsfall vom Weltmarkt abzusperrern droht, mehr Ursache als irgend ein anderer Staat Europas hat, den Getreidebau zu fördern; da er dies wegen des geringen Eigenbaues auch mit relativ geringeren Kosten als jeder andere zu tun vermag, hat man sich in der Schweiz mit dem Abstimmungsresultat anscheinend noch nicht ganz abgefunden. Eine Botschaft des Bundesrates<sup>1)</sup> schlug Änderungen vor, die dem Monopol seine Schattenseiten, namentlich seine Kostspieligkeit zu nehmen bestimmt sind. Der heimische Getreidebau soll billiger und dabei umfassender auf folgende Weise gefördert werden: Es soll nicht nur das in den Konsum gelangende inländische Getreide einen Überpreis erhalten, sondern auch der Eigenverbrauch des Landwirtes, der bisher weder durch das Monopol, noch durch den Zoll erfaßt wurde, einer Mahl- oder Produktionsprämie teilhaftig werden. Man denkt daran, dem auf 8500 Waggons geschätzten landwirtschaftlichen Selbstbedarf eine Prämie von 4—5 Francs per 100 Kilogramm zukommen zu lassen, und rechnet damit, daß 4500 Waggons der heimischen Ernte bei einem Überpreis von 7 Francs per 100 Kilogramm in den Konsum kämen. Das würde den Staat inklusive der Spesen für die Prämienverteilung und ihre Beaufsichtigung keine 10 Millionen Francs kosten, wogegen das Monopol den Bund jährlich mit 25 Millionen belastete, ohne dem Getreidebau annähernd die gleiche Begünstigung zu gewähren<sup>2)</sup>.

Der Vorschlag mag die Schwierigkeiten und Kosten des neuen Systems unterschätzen. Es ist aber jedenfalls einfacher und mit geringeren Risiken für den Staat verbunden als das Monopol und kaum viel teurer

<sup>1)</sup> Nach den Monatsberichten der „Union de Banques Suisses“. Nach der gleichen Quelle die Angaben über die Kosten des Monopols.

<sup>2)</sup> Einstweilen ist am 3. März 1929 mittels Volksabstimmung die sogenannte monopolfreie Vorlage angenommen worden. Die schweizerischen Landwirte erwarten davon eine lohnende Gestaltung des Getreidebaues. Die Vorlage hat folgenden Wortlaut: „Der Bund unterhält die zur Sicherung der Versorgung des Landes nötigen Vorräte von Brotgetreide. Er kann die Müller verpflichten, Brotgetreide zu lagern und seine Vorräte zu übernehmen, um deren Auswechslung zu erleichtern.“

Der Bund fördert den Anbau von Brotgetreide im Inland, begünstigt die Züchtung und Beschaffung hochwertigen inländischen Saatgutes und unterstützt die Selbstversorgung unter besonderer Berücksichtigung der Gebirgsgegenden. Er übernimmt gutes, mahlfähiges Inlandgetreide zu einem Preise, der den Getreidebau ermöglicht. Die Müller können verpflichtet werden, dieses Getreide auf Grundlage des Marktpreises zu übernehmen.“

Im weiteren wird dem Bund die Sorge um die Erhaltung des einheimischen Müllereigewerbes, die Beaufsichtigung des Verkehrs mit Brotgetreide, Backmehl und Brot sowie deren Preise übertragen. Der Bund regelt die Einfuhr des Backmehls, er kann sich auch das ausschließliche Recht vorbehalten, das Backmehl einzuführen. Gegenüber den Gebirgsgegenden kann er Maßnahmen treffen, um den Mehlpreis auszugleichen. (Nach Osk. Howald, in Berichten über Landwirtschaft, Berlin 1929. Paul Parey.)

und komplizierter in der Durchführung als der Getreidezoll. Glaubt man mit diesem wegen seiner früher besprochenen Schönheitsfehler nicht auskommen zu können, so mag man hier immerhin einen beachtenswerten, neuen Weg erblicken. Wieweit er gangbar ist, werden die Schweizer Versuche wohl bald lehren. Wir aber müssen uns schon jetzt sagen, daß ein solches System nur dort anzuwenden ist, wo es in der Handhabung vor demagogischen, unwirtschaftlichen Einflüssen vollkommen gesichert bleibt. Und ferner, daß jede Methode, das Monopol so gut wie der starre oder gleitende Zoll, die einfache Preisgarantie oder die Preisauflösung, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, auf die Lebenshaltung zunächst verteuern einwirken muß. Ob die Kosten zuerst die Staatsfinanzen treffen und auf Umwegen die Bevölkerung oder gleich diese und dadurch wieder den Staat, in beiden Fällen ist es schließlich die Bevölkerung, welche die Kosten begleicht. Die Gegenleistung muß in der Vergrößerung und Rationalisierung der Produktion gefunden werden, also in ihrer erhöhten Ergiebigkeit.

Das Monopol präsentiert den vorwiegenden Teil seiner Spesenrechnung nicht so offen als der Zoll und erweckt deshalb die Meinung von besonderer Eignung zu sein. Billiger kommt das Monopol jedoch nicht zu stehen, im Gegenteil, es ist wahrscheinlich das teuerste unter allen Systemen der Preisbeeinflussung, was seine Brauchbarkeit vermindert.

Die Führer der Deutschen Landwirtschaft scheinen die Bedenken gegen das Getreidemonopol nicht zu teilen, wie aus dem Not-Programm hervorgeht, das sie am 20. März 1929 der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten überreichten. In dem von den Herren Schiele (Landbund), Hermes (Bauernverein), Fehr (Bauernschaft) und dem Vorsitzenden des Deutschen Landwirtschaftsrates Brandes unterzeichneten Schreiben werden u. a. folgende Forderungen aufgestellt: Die ausländische Einfuhr von Agrarprodukten nach Deutschland darf nur zur Ergänzung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion dienen, soweit diese den Bedarf des deutschen Volkes nicht zu decken vermag. Behufs Schaffung zentraler Einrichtungen zur Regelung der Einfuhr der landwirtschaftlichen Hauptprodukte wird der Erlaß reichsgesetzlicher Grundlagen verlangt. Zur Sicherung einer auskömmlichen Preisbildung fordert das Programm: Herbeiführen einer stabilen Preisbildung für das inländische Getreide, die dem allgemeinen Lebenshaltungsindex entspricht und die von der Landwirtschaft zu tragenden besonderen Lasten berücksichtigt. Für das der Regelung zu unterziehende, aus dem Auslande eingeführte Getreide ist ein Preis festzusetzen, der unter Berücksichtigung jenes Grundsatzes dem Qualitätsunterschied zwischen Inlands- und Auslandsgetreide entspricht (Grundpreis). Die Festsetzung des Grundpreises hat durch den im Reichsgesetz vorzusehenden Reichsgetreiderat zu erfolgen. Dieser kann Vorschriften über die Verpflichtung der Mühlen zur Vermahlung inländischen Getreides erlassen und die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung treffen. Die geschäft-

liche Durchführung ist einer kaufmännischen Zentralstelle zu übertragen und deren enge Zusammenarbeit mit der deutschen Getreidehandlungsgesellschaft m. b. H. sicherzustellen. Die in Aussicht genommene Regelung bezieht sich in gleicher Weise auf Einfuhr und Ausfuhr und gilt für Weizen, Roggen und deren Erzeugnisse, Gerste, Hafer und Mais. Sie soll unabhängig von der Zollfestsetzung statt haben, wobei die mögliche Erhöhung der Getreide- und Mehlzölle im sachlichen Interesse der Regelung gelegen sei<sup>1)</sup>. Man sieht, daß die Wünsche des Notprogrammes eigentlich ein Getreidemonopol beinhalten.

In der gleichen Richtung bewegen sich die Forderungen, die der Abgeordnetenverband des österreichischen Landbundes im April 1929 für den Fall des Eintrittes in die Regierung aufgestellt hat. Es heißt darinnen u. a.: „An Stelle der planlosen Einfuhr ausländischer landwirtschaftlicher Produkte (Lebensmittel und Getränke) fordert der Landbund eine dauernde Einflußnahme auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zur Sicherung einer gesunden und stabilen Preisbildung und des Absatzes. Planmäßige Einflußnahme auf die landwirtschaftliche Erzeugung nach Maßgabe des gegebenen Bedarfes und der Exportmöglichkeit.“

Man sieht, daß das sozialistische Ideal der Planwirtschaft in immer weiteren Kreisen Anhänger gewinnt, selbst in rechtsstehenden Kreisen, die sich nicht im mindesten bewußt sind, sozialistischen Gedankengängen Gehör geschenkt zu haben. Es hat den Anschein, daß das Hinneigen zur Gemeinwirtschaft auf der ganzen Linie fortschreitet<sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Nach der Industrie- und Handelszeitung, Berlin d. 22. März 1929.

<sup>2)</sup> Oder müßte man nicht auch die Botschaft, die der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Hoover im April 1929 anlässlich seines Amtsantrittes an den Kongreß gerichtet hat, als Beleg dafür ansehen? Hoover sagt darinnen: „Über die grundsätzliche Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft besteht bei den Parteien keine Meinungsverschiedenheit. Es handelt sich nur um das Wie. Darüber muß das Parlament jetzt seine Entscheidung treffen. Die Depression, unter der die Landwirtschaft leidet, währt nun bereits neun Jahre. In Amerika nehmen die Landwirte in weit geringerem Maße an dem allgemeinen Wohlstande teil als die Industrie. Ein Mittel ihnen zu helfen, wäre die Schaffung von Zollsätzen für landwirtschaftliche Produkte, die den Farmern nicht nur auf dem inneren Markte einen wirksamen Schutz böten, sondern es ihnen auch ermöglichen würden, sich auf gewisse Produktionszweige zu verlegen, die sie bisher vernachlässigt haben. Ich schlage ferner die Schaffung einer Bundesbehörde für die Landwirtschaft vor, die neben dem Ackerbauministerium bestehen und sich in erster Linie mit einer Verbesserung des Betriebssystems befassen soll. Insbesondere soll diese Behörde sich mit der Stützung und dem Ausbau der landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften befassen, zu denen etwa zwei Millionen Farmer gehören. Der neuen Behörde müßten vom Bund finanzielle Mittel zur Durchführung ihrer Aufgabe zur Verfügung gestellt werden.“ Bedenken wir, daß Zollsätze auf die Produkte in denen ein Importbedürfnis nicht besteht, was auf die amerikanischen Agrarprodukte fast ausnahmslos zutrifft, dem Inlandpreis wenig helfen und beachten wir den Hinweis auf den Ausbau der landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften, so kann es wohl kaum zweifelhaft sein, daß die Vereinigten Staaten ebenfalls eine weitgehende Beeinflussung der Produktion und des Absatzes durch den Staat in Aussicht nehmen.

### III. Die Anpassung der Zoll- und Handelspolitik an die neuen Bedingungen.

Bereitschaftszölle. — Die Fleischzölle Serings. — Besondere Betonung der Zölle auf Molkereiprodukte durch Aereboe. — Andere Argumente lassen das Schergewicht der künftigen Zollpolitik nicht in den Getreidezöllen sondern in den Viehzöllen erblicken. — Gerstenzölle, Einfuhrscheine und die Aufgabe der Zölle auf Brotgetreide bei Preiskatastrophen am Weltmarkt. — Zunehmende Wichtigkeit des Zuckerzölles für die Landwirtschaft.

Prof. Dr. M. Sering, dessen Wort in der Wirtschaftswelt schwer wiegt, setzt sich neuerdings mit den Agrarzöllen auseinander. Er wirft dabei die Frage auf, inwieweit es notwendig und zweckmäßig sei, die deutschen Agrarpreise durch Schutzzölle über den Weltmarktstand zu heben. Die Antwort, die Sering findet, enthält so manches, was nicht bloß für das Deutsche Reich Geltung beanspruchen darf. Bezüglich der Getreidezölle führt er aus: „Ich gehe von der Überzeugung aus, daß die Landwirtschaft das Fundament jeder Volkswirtschaft ist, die nicht wie die englische die Hilfsmittel eines Weltreiches zur Verfügung hat<sup>1)</sup>. Aus dieser Anschauung heraus bin ich in den 80er und 90er Jahren für Agrarschutzzölle eingetreten. Doch fordert ein Zoll auf unentbehrliche Lebensmittel, insbesondere Brotgetreide, ein so schweres Opfer auch vom ärmsten Haushalt im Lande, daß er nur zu rechtfertigen ist, wenn nachweislich die freie Einfuhr die landwirtschaftliche Bevölkerung oder den Bestand der Landwirtschaft selbst in ganzen Landesteilen gefährdet. Ich glaube aber nachgewiesen zu haben, daß die Zeit der Überschüttung der europäischen Märkte mit billigen Massenerzeugnissen des extensiven Ackerbaues der Geschichte angehört und alle Wahrscheinlichkeit für die Tendenz steigender Getreidepreise spricht. Auch ist kein Zweifel, daß die seit Herbst 1924 geltenden Getreidepreise des Weltmarktes nach ihrem Verhältnis zu den Preisen der Betriebsmittel als lohnend anzusehen sind<sup>2)</sup>. Um aber den Rückschlägen vorzubeugen, mit denen zu rechnen ist, genügen Bereitschaftszölle, die im Falle außergewöhnlicher Ungunst der Preisbildung in Kraft treten. Solche Bereitschaftszölle erscheinen notwendig, um die durch Steuern und Schuldzinsen bedrängte Landwirtschaft vor gefährlichen Erschütterungen zu bewahren. Sie belasten den Verbraucher nicht oder wenig, weil bei reichen Ernten das Ausland den Zoll ganz oder teilweise zu tragen hat. Man wendet ein, daß unsere politische Verfassung es nicht gestatte, die politischen Instanzen mit weitgehender diskretionärer Gewalt auszustatten. Dies Bedenken wird hinfällig, wenn die Entscheidung einer unabhängigen Behörde übertragen wird, welche etwa unter Vorsitz des bisherigen Präsidenten der Reichsgetreidestelle aus einigen sorgfältig ausgesuchten Sachkennern besteht und dieser Körperschaft genaue

<sup>1)</sup> Agrarkrisen und Agrarzölle, Berlin und Leipzig 1925, Walter de Gruyter & Co.

<sup>2)</sup> Sering setzt voraus, daß die künstliche Senkung der deutschen Getreidepreise unter den Weltmarktpiegel durch steuerliche Begünstigung des fremden Getreides, die gegenwärtig vorhanden ist, beseitigt oder durch einen Ausgleichszoll paralyisiert werden wird.



Weisungen für ihren Spruch gegeben werden — z. B. durch Bezeichnung eines Mindestpreises und gewisser Spannungsverhältnisse der Preise für Getreide und landwirtschaftliche Produktionsmittel. Auf Grund des Spruches solcher Behörde wäre dann der Reichspräsident zu verpflichten, eine entsprechende Anordnung unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers und des Ernährungsministers zu erlassen. Nach dem gleichen Verfahren wären die Getreidezölle auch wieder außer Kraft zu setzen. Solches Vorgehen erscheint besser als die gleitende Zollsкала nach englischem oder österreichischem Muster, die von der Spekulation leicht umgangen wird. Dem Abschluß von Handelsverträgen stände das vorgeschlagene Verfahren dann nicht im Wege, wenn von vornherein ein bestimmter Höchstbetrag für den Vertragszoll festgelegt wird.

Man könnte aber auch umgekehrt verfahren, einen hohen autonomen und einen niedrigen Vertragszoll festsetzen mit der Maßgabe, daß der letztere nach gesetzlicher Bestimmung erst in Kraft tritt, wenn die Preise unter einen gewissen Mindestbetrag sinken. Die Möglichkeit, Getreide auf zollfreie Lager zu beziehen, schließt jede Schädigung des Handels aus.

Der weitere Einwand, daß die Ungewißheit der Bezugsbedingungen die Mühlen zwingen werde, große Vorräte zu halten, die Zinsen kosten und die Einfuhr verteuern, scheint mir nicht durchschlagend gegenüber der dauernden Belastung, die ein stabiler Schutzzoll dem ärmsten Haushalt auferlegen würde.“

Während Sering derart den Getreidezoll gleichsam nur in Reserve zu halten wünscht, hält er die Voraussetzung für einen echten Schutzzoll auf Vieh und Fleisch für gegeben. Es bestehe ein für den Bestand der deutschen Viehwirtschaft gefährlicher, durch Auslandskonkurrenz bedingter Preisdruck. Diese Gefahr werde voraussichtlich in nahe absehbarer Zeit überwunden sein. Der einzuführende Schutzzoll würde also der Idee nach ebenfalls ein Bereitschaftszoll sein, doch mit dem Unterschied, daß er sofort in Kraft zu setzen, aber nach gesetzlicher Bestimmung wieder aufzuheben wäre, sobald längere Zeit hindurch die Fleischpreise hoch gestanden sind.

Sering schlägt somit eine neue Art der Preissicherung vor, den „Bereitschaftszoll“<sup>1)</sup>. Der Idee nach dem gleitenden Zoll verwandt, soll der Bereitschaftszoll die früher dargelegten Übelstände der gleitenden Skala ausschalten, besonders die Gelegenheit zur Spekulation. Will Sering dadurch die Last, die ein Zoll und namentlich ein solcher auf Brotgetreide dem Volke auferlegt, der äußersten Notwendigkeit aufsparen, so geht Prof. Aereboe darin noch weiter, indem er die Zollfreiheit für Brotgetreide empfiehlt<sup>2)</sup>, solche jedoch unbedingt für Futtermittel jeder Art fordert. Dagegen wünscht Aereboe Zölle auf Fett, konservierte Milch, Rahm, Butter und Käse. In diesem Falle, wenn die Veredlungsprodukte der Viehhaltung einen genügenden Schutz gegen ausländischen Wettbewerb finden, hält er auch den Zoll auf Gefrier-

<sup>1)</sup> Zur Frage der Agrarzölle, Berlin 1925.

<sup>2)</sup> Agrarpolitik, Berlin 1928 (Parey), S. 453.

fleisch nicht für notwendig. Aereboe wird zu diesen Forderungen durch die Meinung veranlaßt, daß die Getreidezölle mehr dem Großbetrieb als dem kleinen Bauern zugute kämen. Sie würden auch dem indolentesten Landwirt erhöhte Einnahmen schaffen, wogegen die Zölle von Erzeugnissen der tierischen Veredlungswirtschaft vornehmlich dem tüchtigen Landwirt Vorteil brächten. Zölle auf tierische Produkte hätten den Charakter echter Erziehungszölle im Sinne von Friedrich List, weil sie erst für ein Stück geleisteter Arbeit einen Lohn in Aussicht stellten. „Zufolge der einseitigen Getreidezölle sind Tausende von deutschen Bauern ausgekauft worden“, ruft Aereboe aus<sup>1)</sup>. „Deshalb brauchen wir heute eine andere Relation zwischen diesen Zöllen und den Zöllen auf Molkereiprodukte. Auf die absolute Höhe dieser beiden Zölle kommt es dabei weniger an, als auf die Relation. Müssen bei den Zollverhandlungen auf dem Gebiete der Agrarzölle Konzessionen gemacht werden, so hat dies in erster Linie bei den Getreidezöllen zu geschehen.“ Von dem Verhältnis zwischen den Preisen der Brotgetreidekörner und den Preisen der Molkereiprodukte hänge die relative Rentabilität des Groß-, Mittel- und Kleinbetriebes vor allem ab. „Wer also Bauernpolitik treiben will, muß in allen Ländern, in denen überhaupt Agrarzölle bestehen und dieselben nicht unter entsprechender Herabsetzung der Industriezölle abgebaut werden können, in erster Linie dafür sorgen, daß die Relation zwischen den Brotgetreidepreisen und den Preisen der Molkereiprodukte nicht zuungunsten des Bauernstandes ausfällt.“

Sering und Aereboe legen, wie man sieht, gleichermaßen Wert darauf, die Landwirtschaft vorwiegend durch Viehzölle zu schützen. Jener glaubt dadurch den Konsum weniger zu belasten, dieser hält die Zölle auf Viehprodukte unter den Bedingungen des kleineren Betriebes für nützlicher als die Getreidezölle. Der erste stützt sein Verlangen durch den Hinweis, daß das Fleisch auf dem Weltmarkt nach dem Krieg, gemessen an dem Getreide eine ungünstigere Preisbewegung aufwies. Zugleich hat insbesondere das Angebot von Rindfleisch, im Gegensatz zu dem von Getreide bei sinkenden Preisen stark zugenommen. Hierbei gehen die Länder der südlichen Erdhälfte voran, vor allem Argentinien, seit dem Kriege noch Brasilien und Uruguay. Australien und Neuseeland kommen namentlich mit gefrorenem Schaffleisch in Betracht<sup>2)</sup>. Vor dem Krieg fand das Gefrierfleisch bloß in England Ab-

<sup>1)</sup> Agrarpolitik, S. 447.

<sup>2)</sup> Ausfuhr von gefrorenem u. gekühltem Rindfleisch u. Schaffleisch (in 1000 t).

	1921	1922	1923
Argentinien . . . . .	456,4	493,2	683,8
Australien u. Neuseeland . . . . .	307,4	307,4	263,5
Uruguay . . . . .	82,7	85,2	115,2
Brasilien . . . . .	61,0	32,9	39,5
Zusammen . . . . .	907,5	918,7	1102,—

(Nach v. Dietze, Schriften des Ver. f. Sozialpolitik, Bd. 171, I. Teil S. 220.)

nehmer, nun haben die Verarmung Europas und die niedrigen Preise ihm auch auf dem Kontinent Eingang verschafft. Das Festland konsumiert vorerst nur Gefrierfleisch, das bessere, gekühlte Fleisch geht nach England. Mögen die wachsenden Abschachtungszahlen, wie Harms <sup>1)</sup> ausführt, auch nicht ausschließlich in den natürlichen Wachstumsbedingungen begründet sein, so haben die Rindviehbestände der außereuropäischen Welt seit 1913/14 doch eine ansehnliche Vermehrung erfahren. Dies im Verein mit der zunehmenden Gewöhnung Europas an das überseeische Gefrierfleisch bedeutet eine ernste Konkurrenz für die heimische Viehproduktion. Die Forderung Serings von Fleischzöllen erscheint deshalb voll berechtigt. Sie muß in den Staaten Zentraleuropas besondere Zustimmung finden, die überdies der Konkurrenz billiger produzierender Nachbarländer, wie Ungarn und Jugoslawien, ausgesetzt sind.

Die betonte Vorliebe Aereboes für den Schutz der Molkereiprodukte erklärt sich zur Genüge daraus, daß der Milcherzeugung am Umsatz der Viehwirtschaft der größte Anteil zukommt. Den Viehzüchtern schwer zugänglicher Alpengebiete wird freilich weder mit einem Zoll auf Molkereiprodukte, noch mit einem Fleischzoll gedient sein. Sie leben und wirtschaften meist zu vereinzelt, um sich zu Molkereien und zur Butter- und Käseerzeugung zusammenschließen, zu weit entfernt vom Markorte, um für die Milch einen guten Abnehmer finden; zu entlegen, um Futter zuführen und die Viehmast betreiben zu können. Solchen Outsider-Gebieten, wie sie sich etwa in den österreichischen Hochalpen vorfinden, bleibt kaum anderes übrig, wie die Viehzucht. Da sich diese bei der quantitativen Spärlichkeit der Graserträge der Hochalpen um so weniger billig stellt, als sie der einzige Produktionszweig der Alpenwirtschaft ist und keine Unterstützung durch den Ackerertrag genießt, so vermag sie gegen die Viehzucht der Ebenen schwer aufzukommen und bedarf, bedrängt durch solche aus anderen Staaten, wohl eines Nutztviehzolles. Wird hier auf die Notwendigkeit eines solchen für gewisse Länder hingewiesen, so ist dies nicht als Widerspruch gegen das Wunschprogramm der beiden deutschen Agrarpolitiker aufzufassen, sondern als dessen Erweiterung. Denn, gelangen diese auch auf ganz anderen Wegen zu dem gleichen Resultat, sind es andere Argumente, die dazu Veranlassung gaben, so teile ich doch die Meinung, daß das Schwergewicht der künftigen agrarischen Zollpolitik in den Zöllen auf Vieh und Viehprodukte und nicht in den Zöllen auf Brotgetreide zu suchen sein wird.

Die Gründe der verringerten Zweckmäßigkeit der Getreidezölle sind an anderer Stelle dargelegt worden <sup>2)</sup>. Sie, die ich gleich Sering in früheren Zeiten warm vertreten habe, vermögen unter den heutigen Verhältnissen dem Getreidebauer nicht mehr denselben

<sup>1)</sup> Bernhard Harms, Die Zukunft der deutschen Handelspolitik, Bd. I, Jena 1925.

<sup>2)</sup> Vgl. Kapitel XXIV, III.

materiellen Vorteil zu bringen wie einst. Dies gilt vorwiegend für das Brotgetreide, nicht im selben Maße für Braugerste. Nichtsdestoweniger ist es vorerst unmöglich, den Getreidebau ohne jede Sicherung gegen die Konkurrenz billiger produzierender Länder zu lassen. Bei katastrophalen Preisstürzen und gegen eine Dumping-Politik von Übersee muß man gegebenenfalls den europäischen Getreidebau schützen können. Nur wird man die Getreidezölle nicht als die „grosse pièce“ der agrarischen Zoll- und Handelspolitik anzusehen, sondern sie als Übergangsmaßnahme gelten zu lassen haben, bis zur Senkung der eigenen Produktionskosten und bis zur Verminderung der Lasten, die der Landwirtschaft heute auferlegt sind.

Nützlich kann sich dabei das bekannte und in jeder Agrarpolitik geschilderte System der Einfuhrscheine für gewisse frachtlich ungünstig gelegene Gebiete erweisen. Ebenso für den besseren zeitlichen Ausgleich von Angebot und Nachfrage und für den Ausgleich von Überfluß und Bedarf in einzelnen Agrarerzeugnissen. In jenen Erzeugnissen, deren Produktion größer ist als der Inlandbedarf, bildet das System die Voraussetzung dafür, daß eine Zollwirkung überhaupt möglich ist. Andererseits hängt der Wert des Einfuhrscheines, den der Exportierende erhält, nicht zuletzt von der Höhe der Zölle auf jene Waren ab, zu deren zollfreiem Bezug der Einfuhrschein berechtigt. So schließen sich die Zölle, sei es auf Getreide, auf Vieh oder andere Produkte mit den Einfuhrscheinen zu einer gemeinsamen Wirkung zusammen, die sowohl eine, durch die Marktlage nicht gesicherte Zollwirkung herbeiführen, wie eine Ausfuhrprämie ergeben kann.

Die Erstellung von Zöllen auf Futtergetreide, die wegen des engen Zusammenhanges der Preisbildung in allen Getreidearten von agrarischen Kreisen mitunter gewünscht wird, ist dagegen eine Maßnahme, welche den Landwirten leicht mehr Schaden als Nutzen bringen kann.

Der geringere Lohnanteil am Werte der Viehprodukte bringt es mit sich, daß die geldliche Auswirkung der Viehzölle auf den Landwirtschaftsbetrieb nicht von dem gleichen Schicksal betroffen wurde, wie die der Zölle auf Brotgetreide. Die Wichtigkeit des Stallmistes für die Fruchtbarkeit des Ackers gesellt sich überdies als überzeugender Anwalt der Zölle auf Vieh und Viehprodukte hinzu.

Alle aus der Rücksicht auf den Konsum abgeleiteten Bedenken fallen für Aereboe fort bei Zöllen auf die Erzeugnisse der arbeitsintensivsten Wirtschaft, wie Wein, Frühgemüse, Frühkartoffeln, Südfrüchte. Derartige Abgaben würden die inländischen Luxussteuern vorteilhaft ergänzen. Auch dies ist zuzugeben, doch dürften die meisten dieser Zölle den Staatsfinanzen mehr dienen als der Allgemeinheit der Landwirte. Eine wahrhafte Förderung größten Stiles dagegen vermag ein anderer Zoll der intensiven Landwirtschaft zu vermitteln, noch dazu ein Zoll, der sich äußerlich als Industriezoll gibt. Es ist dies der Zuckertzoll. Die europäische Zuckerindustrie und damit der Zuckerrübenbau steht unter dem furchtbaren Druck der tropischen Zuckerrohr-Indu-

strie. Vor dem großen Krieg haben sich die Rübenzucker- und die Rohrzuckererzeugung so ziemlich die Waage gehalten. 1928/29 lieferten die Staaten Europas 8 Millionen Tonnen Zucker und die beiden Hauptgebiete der Rohrproduktion — Cuba und Java — 17 Millionen Tonnen. Was dieses gigantische Anwachsen der Rohrzuckerfabrikation aber für Europa am gefährlichsten macht, ist der Umstand, daß es fast weniger durch die Ausdehnung der bebauten Fläche als durch die Verbesserung des Zuckerrohrs und der Pflanzmethoden erreicht wurde. In wenigen Jahren ist die durchschnittliche Zuckerausbeute Javas von 4,8 Tonnen Zucker per acre auf 6,8 Tonnen, also um 40 % gestiegen. Dieselbe Fläche liefert dreimal soviel Rohrzucker als Rübenzucker, und dieses Ergebnis scheint noch kein Maximum zu sein, denn in Honolulu gewinnt man per acre sogar 7½ T. im Durchschnitt, unter besonders günstigen Bedingungen bis zu 18 T. Zucker mit 97 % Polarisierung<sup>1)</sup>. Und diese ungeheure Ernte wird ohne irgendeinen Aufwand an Kohle verarbeitet, welche bei der Rübenzucker-Erzeugung eine so stark belastende Ausgabenpost bildet. Das ausgepreßte Rohr, die Bagasse, reicht als Heizmittel vollkommen aus. Man braucht nicht erst der elenden Arbeitslöhne Javas zu gedenken, nicht erst des Umstandes, daß das Zuckerrohr mehrere Jahre Ernten trägt und nicht wie die Zuckerrübe alljährlich von neuem gebaut werden muß, um zu begreifen, daß Europa die Konkurrenz der Rohrzucker-Industrie ungeschützt unmöglich zu ertragen vermag<sup>2)</sup>. Wie sollte der europäische Zuckerfabrikant<sup>3)</sup> mitkommen und den Rübenbauern erträgliche Rübenpreise zahlen können? So ist der Zuckerzoll eine Angelegenheit, die den Industriellen wie den Landwirt gleichermaßen angeht und die europäische Wirtschaft als Ganzes erst recht. Denn bisher erzeugt Europa immer noch Zucker im Werte von etwa 2½ bis drei Milliarden Mark. Man denke, was es für die Zahlungsbilanz unseres Kontinentes hieße, wenn seine Zuckerindustrie nicht lebensfähig bliebe und man den ganzen Zucker von Übersee importieren müßte! Die Staaten haben allerdings bisher der Wichtigkeit der Frage insofern geringe Aufmerksamkeit geschenkt, als sie in ihrer Steuerpolitik nichts weniger als bedacht darauf waren, dem inländischen Zucker reichen Absatz zu sichern. Seine Eigenschaft als billigstes Nahrungsmittel wurde ihm vielmehr durch hohe Konsumsteuern geraubt.

Den Zollschatz der Zuckerindustrie aber haben sich die europäischen Staaten angelegen sein lassen und werden es künftighin wegen der zunehmenden Konkurrenz des Rohrzuckers um so eher tun müssen, weil die früher als wünschenswert bezeichnete Unterstützung der Vieh-

<sup>1)</sup> Nach Angaben, die ich Dr. E. D. Roberts von der Experiment-Station der „Hawaiian sugar planters, ass“ in Honolulu verdanke.

<sup>2)</sup> Die Erzeugungskosten eines q Konsumzuckers betragen im Jahre 1928 10,75 holländische Gulden, einschließlich aller Spesen und Lasten. Manche Fabriken konnten den Mc. schon um 9¼ Gulden erzeugen. (Zeitschr. f. d. Zuckerindustrie der tschechischen Republik, Jahrg. LIII, Nr. 4 vom 28. Sept. 1928.)

<sup>3)</sup> Um nicht der Unaufrichtigkeit geziehen zu werden, verschweige ich nicht, daß ich selbst nicht bloß Landwirt, sondern auch Zuckerindustrieller bin.

haltung die Ausdehnung des Baues der Zuckerrübe besonders dringend macht. Beschenkt diese freigebigste aller Kulturpflanzen den Landwirt doch nicht bloß mit höheren Erträgen in den nachfolgenden Früchten, sondern außerdem mit den reichsten Futterernten. Eine bestimmte Fläche Zuckerrübe liefert außer der Rübe selbst, im Nebenertrag mehr Futter als eine Wiese von mittlerer Güte und ebenso viel als die gleiche Fläche Rotklee<sup>1)</sup>. Noch vorteilhafter stellt sich die Futterergiebigkeit der Zuckerrübe aber erst dann dar, wenn man die in der Zuckerfabrikation als Abfallsprodukt gewonnene Melasse, welche hohen Futterwert besitzt, dazu rechnet.

Das sind Gründe genug, um den Zollschatz des Zuckers unentbehrlich zu machen. Dem Landwirt kommt der Zollnutzen dann direkt zugute, wenn er die Rübe in einem bestimmten Verhältnis zum Zuckerpreis bezahlt erhält, wie es vielfach geschieht, oder gar in Gestalt einer Zuckermenge, was gegenwärtig in Österreich und in anderen Staaten in Übung steht. Unter diesen jetzt wohl allgemein zutreffenden Voraussetzungen nützt der Zollschatz auf Zucker dem Landwirt weit mehr,

<sup>1)</sup> Vergleich der Futtererzeugung bei verschiedenen Fruchtarten.

Frucht	1 ha Ernte bzw. Futter	% Trocken- substanz	% Eiweiß	% Stärke- werte	dz Trocken- substanz	dz Eiweiß	dz Stärke- werte
Kartoffeln . . . .	200 dz Kartoffel .	25,0	0,1	19,0	50,0	0,20	38,6
Brennereiwirtschaft	240 hl Schlempe .	5,7	0,5	2,6	13,7	1,20	6,2
		abzgl. Malzgerste: *)			9,4	0,90	2,6
Zuckerrübenwirt- schaft . . . . .	160 dz Blätter .	16,2	1,4	7,2	25,9	2,24	11,5
Bei 300 dz Rüben	12 dz Trockene Schnitzel. . . .	88,8	3,6	51,9	10,6	0,43	6,3
		Zusammen			36,5	2,67	17,8
Dazu Melasse von d. Rübe 4% .	12 dz			48%		—	5,8
							23,6
Futterrüben . . .	600 dz Rüben . .	13,5	0,1	7,4	81,0	0,60	44,0
	150 dz Blätter .	11,0	1,0	5,3	16,6	1,50	8,0
		Zusammen			97,5	2,10	52,4
Rotklee . . . . .	50 dz Heu . . . .	83,5	5,5	31,9	41,8	2,75	16,0
Sommerhalmstroh .	35 dz . . . . .	85,7	0,4	10,6	30,0	0,40	6,6

\*) Der höhere Eiweißgehalt ist durch spezifische Hefewirkung bedingt.

(S a g a w e, über einige Rentabilitätsfaktoren der Nutztviehhaltung. Weitere Belege dazu findet man in: Handbuch des Zuckerrübenbaues von Prof. Dr. Theodor R o e m e r, Berlin 1927, Paul Parey.)

als der Getreidezoll, während er den Konsumenten jedenfalls weniger bedrückt. Der erste lukriert den Zoll im ganzen Umfang der Preiswirkung, da er die gesamte Rübenfechtung verkauft und nicht, wie beim Getreide, einen wesentlichen Teil davon für Saatgut und Eigenkonsum zurückbehalten muß. Dann deshalb, weil der Zucker im Konsum des Arbeiters quantitativ nicht die gleiche Stelle einnimmt, wie das Brotgetreide und folglich den Arbeitslohn durch eine Preissteigerung nicht im selben Maße wie jenes in die Höhe treibt. Aus dem letzten Grunde belastet ein im gleichen Umfange wie der Getreidezoll im Preis zur Auswirkung gelangender Zuckerkonsum aber auch die Bevölkerung nur einen Bruchteil so viel als jener, denn der Zuckerkonsum beträgt per Kopf bloß ein Zehntel des Getreidekonsums.

## XXVI. Kapitel.

### Das Kulturgebiet als Voraussetzung der Weiterentwicklung.

#### I. Die Faktoren, welche ein Kulturgebiet bestimmen.

Von dem ökonomischen Koeffizienten eines Staates hängt auch die Wirkung agrarpolitischer Maßnahmen ab. — Nicht weniger von seiner Kenntnis die richtige Einschätzung der Aussichten für die Weiterentwicklung. — Die Mitbildner des ökonomischen Koeffizienten. — Übertoller Einfluß der geographischen Lage auf Menschen, Wirtschaft und Kultur und deren Rückwirkung aufeinander. — Das Klima als Hauptfaktor der Lage.

In den vorangegangenen Kapiteln wurde versucht darzustellen, welche Bemühungen am Werke sind, um die europäische Landwirtschaft den neuen Bedingungen anzupassen und sie vorwärts zu treiben. Wir sahen dabei mannigfache politische Richtungen, Ansichten und Interessen bestrebt sich geltend zu machen. Ein altes Sprichwort lautet: Alle Wege führen nach Rom. So mag auch auf verschiedene Arten eine Förderung zu erreichen sein. Die Divergenz der Mittel muß nicht immer zu ebenso divergierenden Ergebnissen führen. Aber noch eine andere Erwägung drängt sich auf: Der Erfolg jeder Förderungsaktion wird von der Gesamtheit der Bedingungen abhängen, welche die Landwirtschaft in einem Staate findet.

Es ist früher von dem Hilfsbegriff des „Ökonomischen Koeffizienten“ als Ausdruck der speziellen Produktionsverhältnisse eines Staates die Rede gewesen. Ich habe damals auf die Bedeutung hingewiesen die jener Resultierenden aller vorhandenen, natürlichen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für jeden einzelnen Zweig der nationalen Produktion zukommt.

Die Empfindlichkeit gegen die Voraussetzungen, welche sich derart bei jedem Produktionsprozeß zu erkennen gibt, muß nicht minder allen jenen Maßnahmen gegenüber wirksam werden, die zugunsten der landwirtschaftlichen Produktion eines Staates zur Anwendung gelangen. Mit anderen Worten gesagt: Von der Gesamtheit aller Faktoren, die den ökonomischen Koeffizienten bestimmen und von jedem einzelnen dieser Faktoren hängt es zugleich ab, welchen Erfolg Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft eines Staates erbringen. Daraus ergibt sich, daß dieselben Bemühungen zur Hebung der Gesamt-Landwirtschaft und zur Beseitigung ihrer Schwierigkeiten in den verschiedenen Staaten und Kulturgebieten nicht die gleiche Wirkung haben können.



Einige Beispiele werden dies verdeutlichen: Wir haben u. a. die bäuerliche Erbfolge besprochen. Dabei wurde festgestellt, daß die ungeteilte Vererbung der Bauernhöfe von der Agrarpolitik für den Fall einmütig angestrebt wird, in welchem das Einkommen des selbständigen landwirtschaftlichen Kleinbetriebes unter den durchschnittlichen Arbeitslohn sinkt. Braucht es erst des Beweises, daß die Rentabilitätsverhältnisse des Kleinbetriebes, wie die Betriebsgröße, bei dem das geforderte Minimaleinkommen ausbleibt, von den allgemeinen produktiven Voraussetzungen abhängen? Freilich auch der im Lande durchschnittlich gezahlte Arbeitslohn ist von jenen allgemeinen Produktionsbedingungen abhängig, doch verhält es sich nicht so, daß der Arbeitslohn und der Ertrag des Bodens immer parallel gingen.

Im gleichen Kapitel war von nutzbringender Verwendung des Leihkapitals und von der damit zusammenhängenden Möglichkeit einer für den Landwirt vorteilhaften Kreditnahme die Rede. Ist es nicht selbstverständlich, daß der Staat mit dem höheren ökonomischen Koeffizienten auf gleich gutem Boden bessere Rentabilitätschancen bieten und sogar billigeren Kredit zu schaffen in der Lage sein wird?

An anderer Stelle wurde die Wirkung der Agrarzölle behandelt <sup>1)</sup>. Von dem ökonomischen Koeffizienten gehen Konsequenzen aus, die von Wichtigkeit sowohl für die Wirkung der Agrarzölle als für die auswärtigen Handelsbeziehungen der Staaten sind. Der Landwirt hat bei einer bestimmten Preiserhöhung der Mengeneinheit durch den Zoll um so mehr Nutzen, je größer seine Ernte pro Hektar ist, was selbstverständlich nicht ohne Mitwirkung der produktiven Voraussetzungen zustande kommt. Der ungünstigere ökonomische Koeffizient, dem ganz allgemein ein unvorteilhafteres Verhältnis zwischen Produktionsaufwand und Produktionsergebnis innewohnt, muß dann naturgemäß in teureren Produktionskosten in Erscheinung treten. Bedeutet doch im Grunde genommen der größere Aufwand im Verhältnis zum Ergebnis der Produktion nichts anderes als „höhere Erzeugungskosten“. Höhere Erzeugungskosten aber setzen die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland herab, zwingen das Inland einen größeren Teil des Zolles bei Importen auf sich zu nehmen. Was so viel heißt, als daß ein Zoll von bestimmter Höhe den Preis der zollgeschützten Ware, etwa des Getreides, unter sonst gleichen Verhältnissen, in einem Staate mit ungünstigerem ökonomischen Koeffizienten weniger erhöht als bei vorhandenem günstigen ökonomischen Koeffizienten.

Alle diese Wirkungen müssen nicht greifbar sichtbar werden. In Wirklichkeit kann der Ausgleich auf mannigfache Weise erfolgen. Der Unternehmer wird ihn etwa in einem Falle durch das Begnügen mit einer bescheideneren Gewinnquote herbeiführen, oder niedrigere Arbeitslöhne werden die Konkurrenzfähigkeit des Staates mit ungünstigerem ökonomischen Koeffizienten herstellen. Es zeigt sich

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel XXIV und XXV.

jedoch in diesem wie in den früheren Fällen, daß man ohne genaue Kenntnis des produktiven Gesamtzustandes keiner auf Förderung der Erzeugung gerichteten Maßnahme ein wahres Horoskop zu stellen vermag.

Wollen wir daher, wie es hier angestrebt wird, zu einem Urteil über die Aussichten und den weiteren Entwicklungsgang der europäischen Landwirtschaft kommen, so ist es notwendig den produktiven Voraussetzungen, die wir unter den Begriff des „ökonomischen Koeffizienten“ subsumieren, in den verschiedenen Staaten nachzugehen.

Die Aufgabe ist scharf vorgezeichnet, doch gehört sie zu jenen, die sich, wenigstens vorerst, nur stümperhaft lösen lassen. Denn noch versagen die Hilfswissenschaften, versagt die Wirtschaftsgeographie, ist die Statistik zu lückenhaft; wollen die Biologie und die Physiologie, die Völkerkunde und die Klimalehre, die Bodenkunde und wie sie sonst noch alle heißen, die gelehrten Trabanten der Wirtschaftslehre, die letzten Schleier unseres ökonomischen Daseins nicht lüften. Ist es doch unmöglich, jeden Faktor, der als Mitbildner des ökonomischen Koeffizienten auftritt, vollkommen zu isolieren, kaum möglich, die Wirkung, die von ihm auf die anderen Faktoren ausgeht und die er selbst von ihnen empfängt, genau festzustellen. So sehen wir uns ziemlich hilflos der ungeheueren Vielheit der Erscheinungen und Wechselwirkungen gegenüber, die den Komplex des Wirtschaftslebens bilden. Nur schrittweise können wir der Erkenntnis näher kommen, die alle Einzelfaktoren der Landschaften, Raum, geographische Lage, Meereshöhe, Klima, Oberflächenformen, Wasserverhältnisse, Boden, Pflanzen- und Tierwelt in ihrem wechselseitigen Zusammenwirken zu ergründen hätte. Und weiter — die Kulturstufe der Menschen, deren Begabung und Charaktereigenschaften, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Beziehungen zu anderen Völkern. Wäre es gegeben dies alles zu erkennen, so bliebe immer noch die Unberechenbarkeit der menschlichen Ideen und Anschauungen übrig, die sich weder gesetzmäßig ableiten, noch in ihrem Wandel voraussehen lassen. Oberflächlich und schematisch muß derart das Ergebnis bleiben. Dennoch kann nicht darauf verzichtet werden wenigstens jene Merkmale aufzusuchen, die sich bestimmen lassen.

Mit welchem Faktor fängt man jedoch an, wo jeder inmitten des Ganzen steht? Man sollte meinen, daß keinem der Vorrang vor dem Faktor der natürlichen Lage zukäme. Gewiß wird deren beherrschender Einfluß durch die Begabung der Völker, durch Kulturstufe und Zivilisation modifiziert. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß auch die Landschaft es war, die den Anstoß zu den Fähigkeiten und Charaktereigenschaften der Bewohner gab, ja selbst zu deren Schicksalen und politischen Einrichtungen.

Der direkte Einfluß des der Landschaft eigentümlichen Klimas

auf die ökonomischen Verhältnisse tritt am reinsten bei der Bodenvirtschaft in Erscheinung. Welcher Landwirt wüßte nicht, was die Menge und die Verteilung der Niederschläge vermag. Selbst in unserem gemäßigten Klima können im Verlaufe der gewöhnlichen Witterungsschwankungen einige Millimeter Regen im richtigen Moment die Ernte retten, kann ein starker Wind die Blütezeit des Roggens stören und den Ernteertrag beeinträchtigen. Wenige heiße Stunden vermögen im Moment des Anreifens die Gerste notreif werden zu lassen, während sie bei Vorhandensein genügender Feuchtigkeit günstig wirken. Treten während der Vegetationsperiode Temperaturen auf, die unter dem normalen Mittel bleiben, so verlangsamt sich die Vegetation. Im Frühjahr will das Gras und der Klee nicht gedeihen, kühle Sommer- und Herbsttage vermindern die Zuckerbildung in der Rübe und verzögern deren Reife. In Gegenden, die durchschnittlich weniger als 600 mm Regen erhalten, lohnt es nicht Dauerweiden anzulegen, in der feuchten Luft und bei den reichlichen Niederschlägen der Meeresküste wächst das Gras viel üppiger als in kontinentaleren Lagen. Im Gebirge gedeiht ein nährstoffreicheres Gras, doch in weit geringeren Mengen, dagegen sind die Niederschläge und die Temperaturen dem Getreidebau nicht günstig. Ein paar hundert Meter höher versagt das Klima im Gebirge den Kulturen schon jeglichen Erfolg, in zu nördlichen Lagen der Erde findet der Ackerbau ebensowenig Möglichkeiten vor. So kommen uns täglich und stündlich tausend Fälle vor Augen, welche die Abhängigkeit der Landwirtschaft von Klima und Witterung demonstrieren. Für die Gehölze ist der Faktor Klima derart beherrschend, daß man dessen Gestaltung nach den Baumkulturen ablesen könnte <sup>1)</sup>.

Ist der Einfluß des Klimas auf die Vegetation allgemein bekannt, so weniger, daß derselbe Faktor Klima, unterstützt durch Pflanzenorganismen, Boden- und Grundwasser und Bodenneigung entscheidende Wirkung auf die Gestaltung der landwirtschaftlichen Böden ausübt. Das Muttergestein ist nur bei den zum Teil feinerdigen, zum Teil skelettartigen Böden von ausschlaggebender Bedeutung, bei den übrigen Böden sind die klimatischen Bedingungen, ist vor allem die Feuchtigkeit weit wichtiger für die Ausbildung und die Eigenschaften der Kulturböden <sup>2)</sup>.

<sup>1)</sup> Die immergrünen Wälder erzählen von wärmeren Gebieten, in denen es an einer ausgesprochenen Trockenheitsperiode fehlt, während der die Gehölze sich durch Abwerfen der Blätter vor allzu starker Transpiration schützen mußten. In den kalttemperierten Gebieten mit länger andauernder Frostperiode können nur solche Holzgewächse fortkommen, die während der Winterkälte, wo der Baum dem gefrorenen Boden kein Wasser entnehmen kann, nahezu gar nicht transpirieren, wie die Koniferen oder jene, die während der kalten Trockenperiode ihre transpirierenden Organe, die Blätter, ganz abwerfen, die sommergrünen Laubgewächse. Im Norden erreichen die Holzgewächse nur die Höhe, bis zu der die winterliche Schneedecke reicht, indeß die austrocknende Wirkung der Winde die überragenden Zweige alljährlich absterben läßt.

<sup>2)</sup> So erleiden die Böden optimaler Befeuchtung bei beträchtlichen Nieder-

So schließt sich die Reihe zu grandioser Wechselwirkung zusammen. Und mit jedem Faktor, den man aufs Geratewohl herausfängt, läßt sich der Beginn des Widerspiels ebensogut nachweisen als das Ende. Vom Klima ausgehend entsteht uns das bestrickende Gedankenbild, daß sich das Klima selbst den fruchtbaren Boden schafft, auf dem es die Kulturpflanzen unter seiner Einwirkung erst recht zu höchster Entfaltung bringen wird. Die Menschen wirken dabei, wieder von der Lage und dem Klima beflügelt, mit und bauen die Wirtschaft und die Kultur auf, von denen sie dann selbst in ihren Leistungen abhängen. Versagt das Klima aber in irgendeinem Belang, so verdunkelt sich der Horizont und die ganze Entwicklung nimmt einen anderen Verlauf.

Die enge Verbundenheit der Faktoren bringt indessen für die Untersuchung einen Vorteil mit sich; mancher unbekanntes Faktor läßt sich durch einen bekannten substituieren, mangelnde Erkenntnis auf einem Gebiet sich durch bessere auf dem andern ersetzen und so vielleicht zu leidlichem Wissen gelangen.

Welche Konsequenz ist für uns aus dieser Meinung abzuleiten? Die Konsequenz, daß die vorhandene Produktion und ihre weiteren Aussichten aus dem Gesichtspunkt der geographischen Lage, der klimatischen Verhältnisse und der Kulturstufe zu betrachten wären. Wobei die Kulturstufe sich für unsere Zwecke am besten durch die Wirtschaftsstufe kennzeichnen ließe, von der alle Kulturerscheinungen mehr oder weniger deutlich abhängen.

Dies ist es, was wir anzustreben hätten, soweit uns die Wirtschaftsgeographie die nötigen Unterlagen zur Verfügung hält. Selbst diese ordnende, sichtende Arbeit ginge jedoch in ihrer Fülle über die Kraft eines einzelnen hinaus. Im besten Falle würde sie das Werk eines Lebens sein müssen und sich keineswegs in den engen Raum eines Werkes, gleich dem vorliegenden, zwingen lassen. Sehen wir, ob nicht von anderer Seite Vorarbeit geleistet wurde, die unserer Untersuchung wenigstens einige Anhaltspunkte zu liefern vermag.

## II. Hohe Bodenerträge als Funktion der Landwirtschaftstechnik.

Die Bestandaufnahme der Landwirtschaftstechnik in Deutschland. — Ihr Wert für die Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten. — Eine detaillierte Bodenertragskarte von Europa. — Was aus ihr hervorgeht.

In gewissem Sinne ist das vielleicht von der Bestandaufnahme der landwirtschaftlichen Technik und der Betriebsorganisationen zu

schlagen und hohen Temperaturen eine völlige Mineralisation des Humus, eine Spaltung der Silikate, eine Auslaugung der Salze und eine Anreicherung der Oxyde, des Eisens und Aluminiums (Sesquioxyde). K. G l i n k a : Die Typen der Bodenbildung, ihre Klassifikation und geographische Verteilung, Berlin 1914, Verlag Gebr. Bornträger, ferner: Dr. P a u l K r i s c h e, Bodenkarten und andere kartographische Darstellungen der Faktoren der landwirtschaftlichen Produktion verschiedener Länder, Berlin 1928, Paul Parey.

erwarten, die der Deutsche Enquête-Ausschuß in allen Gebieten Deutschlands veranstalten ließ. In Durchführung des Planes ließ man in jedem unteren Verwaltungsbezirk (Landkreis, Bezirksamt usw.) durch den zuständigen örtlichen Berater der Landwirtschaft, den Direktor der landwirtschaftlichen Schule eine genaue monographische Beschreibung des Standes der Technik verfassen. Auf diese Weise kamen gegen 800 Kreismonographien zustande, die, dank einer umfassenden Organisation, einheitlich angelegt, ein anschauliches und lehrreiches Bild der landwirtschaftlichen Zustände in den verschiedenen Gegenden Deutschlands geben.

Der Vorgang beweist, daß der Enquête-Ausschuß sich wohl bewußt ist, zur Beurteilung der landwirtschaftlichen Aussichten genüge es nicht, die Bodenerträge zu vergleichen, sondern es wären auch die näheren Bedingungen zu studieren, unter denen jene gewonnen werden. Und dieser Standpunkt ist es, der sich mit unseren früheren Darlegungen begegnet. Nur, daß Lage, Klima, Menschen, Kultur, Wirtschaft, deren Kenntnis als notwendige Voraussetzung eines Urteils über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten bezeichnet wurde, für die deutsche Untersuchung keine Unbekannten sind, die erst erhoben werden müßten. Man weiß sich im selben Staate, unter den gleichen politischen Verhältnissen, unter einer ziemlich homogenen landwirtschaftlichen Bevölkerung, unter Faktoren der Lage, des Klimas und der Wirtschaft, die sich nicht gar zu sehr voneinander scheiden. Was lokal etwa doch abweicht, läßt sich auf subtilere Art erkennen als mit jenen groben Methoden, zu denen wir Zuflucht nehmen müssen, wenn es sich um die Zustände in weiteren Räumen und in verschiedenen Staaten handelt. Die deutsche Bestandaufnahme liefert dazu ein vortreffliches Material, indem sie lehrt mittelst welchen Grades der Landwirtschaftstechnik die Produktion in den einzelnen Gebieten Deutschlands zustande kommt. So muß es sich zeigen, was die Landwirtschaft hier und dort leistet und wie sie von der Natur und von den übrigen Bedingungen dabei unterstützt oder gehemmt wird.

Herrlich und höchst lehrreich wäre es, wenn sich Gleiches für ganz Europa bewerkstelligen ließe. Da die Möglichkeit dazu vorerst nicht gegeben ist, hat man mit Geschick versucht, den für die Erkenntnis so wichtigen Beziehungen zwischen der technischen Stufe der Landwirtschaft der verschiedenen Länder Europas und deren Produktionsergebnissen auf Umwegen näher zu kommen. Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf bot dazu den erwünschten Anlaß. Dr. Fritz Baade<sup>1)</sup> unternahm es in Verfolg jener Aufgabe die Ernteerträge in sämtlichen europäischen Ländern zum ersten Male nicht staatenweise, sondern, für die einzelnen mittleren Verwaltungsbezirke (Regierungsbezirke Departements, Wojwodschaften) kartographisch darzustellen. Durch

<sup>1)</sup> Es sei auf die am Schluß des Buches angeheftete Weizenkarte hingewiesen, die mit Erlaubnis Dr. B a a d e s hier wiedergegeben werden konnte.

Hilfskräfte und Mittel des Deutschen statistischen Reichsamtes und des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bei den mühsamen, umfangreichen Vorarbeiten unterstützt, gelang es ihm Ertragskarten der europäischen Landwirtschaft in Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Kartoffeln für die, der Weltwirtschaftskonferenz überreichte Denkschrift anzufertigen.

Es ist einzusehen, daß ein derart detailliertes Eingehen in die Ertragsgebiete ganz neue Auspizien eröffnen mußte. Erkennbar wird nun, welche Unterschiede in den Bodenerträgen sich auf verhältnismäßig engem Raum, unter ähnlichen Bedingungen der Lage bemerkbar machen. Wieder wie bei der Untersuchung des Deutschen Enquête-Ausschusses wird die Aufmerksamkeit auf die ungleichen Leistungen im selben Staat, also unter politisch, wirtschaftlich, kulturell annähernd gleichen Voraussetzungen gelenkt. Denn, die wichtigste Erkenntnis, welche die Karten vermitteln, ist, daß die Gebiete mit den höchsten Hektarerträgen sich flächenweise zusammenballen und auf die Grenzen der Staaten keine Rücksicht nehmen. Frankreich hat nicht etwa zur Gänze niedrige Erträge und Deutschland zur Gänze hohe, sondern es verhält sich vielmehr derart, daß Teile von Deutschland und Frankreich, verbunden durch Belgien und Holland zu einem einheitlichen Gebiet hoher Erträge gehören, während die deutschen und französischen Gebiete mit niedrigen Erträgen sich wieder zu einem einheitlichen, zusammenhängenden Gebiet zusammenschließen.

Und noch weiter zeigt sich die bemerkenswerte Erscheinung des örtlichen Zusammenhanges der Gebiete mit hohen oder mit niedrigen Erträgen. Denn, wie gliedert sich das Gebiet des hohen Ertrages? Nach der Weizenkarte beginnt es in England, greift dann nach dem Nordwesten Frankreichs in der Umgebung von Paris über, zieht sich über Belgien, Holland, Nordwestdeutschland und Dänemark nach Norden weiter, um dort in Südschweden und in Südnorwegen zu enden. Im Osten sind dem Gebiete hoher Erträge Norddeutschland und das ostelbische Deutschland zuzuzählen, in der Schweiz und in Norditalien ist es nestergleich verteilt. Hohe Erträge zeichnen noch die Randzone des umschriebenen Gebietes aus, die ehemals deutschen Gebiete Polens und Teile von Böhmen und Mähren. Das gesamte übrige Europa dagegen, vier Fünftel von Frankreich, Spanien, Portugal, Mittel- und Süditalien, Süddeutschland und die kleinbäuerlichen Teile von Mitteldeutschland, Österreich, die Balkanländer, Ungarn Rumänien, die russischen Randstaaten, Rußland selbst sind dem Gebiet mit niedrigen, zum Teil sehr niedrigen Hektarerträgen zuzuzählen.

Eine dem Eingeweihten bekannte Tatsache wird sinnfällig in Erinnerung gebracht: die scheinbar ungereimte Erscheinung, daß die Erträge in den nördlichen Gebieten Europas, bis hinauf nach Schweden, Norwegen, Schottland und bis in die Gebiete des

östlichen Kontinentalkreises hinein, hoch sind, indes Mittel- und Südfrankreich, Süddeutschland, Mittelitalien, Österreich, Ungarn und Rumänien in den Erträgen zurückbleiben. Die Weizenерträge von England und Schottland, von Dänemark, Südschweden und Südnorwegen übertreffen jene der Umgebung Roms um das drei- bis vierfache; sie sind doppelt bis dreimal so hoch wie in Europa südlich des 50. Breitengrades.

Die Disharmonie zwischen den Ernteerträgen und den natürlichen, vor allem den klimatischen Bedingungen veranlaßt Baade daran zu erinnern, daß die kartographische Darstellung der Ernteerträge den relativen Anteil der Anbauflächen nicht zur Anschauung bringe. Die Weizenflächen in manchen nördlichen Gebieten, die hohe statistische Erträge aufweisen, seien unter Umständen relativ gering, der Weizenbau beschränke sich dort auf die fruchtbarsten und von Natur aus geeignetsten Böden. Dies erkläre aber das Paradoxe der Erscheinung durchaus nicht, weil die Karten über die anderen Getreidearten das gleiche Bild wie die Weizenkarte zeigen. So erweist es sich als nötig nach anderen Ursachen der Diskrepanz zu suchen. Sind, wie festgestellt wird, die klimatischen Bedingungen in dem Gebiete mit niedrigen Erträgen durchschnittlich nicht ungünstiger als in dem Gebiet mit hohen Erträgen, wie steht es da mit den Bodenqualitäten? Liegt etwa hier des Rätsels Lösung verborgen?

Eine Vergleichung der Bodengüte von ganz Europa ist nach dem heutigen Stande der Bodenkunde nicht denkbar. Agronomische Bodenkarten gibt es nur von wenigen Ländern; so eingehende, daß sich darnach der Grad der natürlichen Fruchtbarkeit für alle Teile des Gebietes erkennen ließe, wohl von keinem einzigen Staat. Dagegen glaubt Baade mit Sicherheit behaupten zu können, daß die Gebiete mit hohen Erträgen auch hinsichtlich der Bodenqualität durchschnittlich nicht begünstigter als jene mit niedrigen seien. Und umfaßt das erste Gebiet relativ viel ebene Lagen und das Gebiet der niedrigen Erträge viel bergiges Gelände, so sei wieder zu beachten, daß Südnorwegen und Schottland gebirgig sind und daß die großen fruchtbaren Ebenen Osteuropas gerade sehr niedrige Erträge aufweisen. Ließen die Tatsachen noch einen Zweifel darüber übrig, daß der ausschlaggebende Grund der heutigen Verteilung der Ernteerträge nicht in den natürlichen Bedingungen zu suchen sei, so werde dies durch eine weitere Tatsache bestätigt: durch die Entwicklung der Ernteerträge in den letzten 40 Jahren vor dem Kriege. Gehörte doch in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts lediglich England zu dem Gebiet der hohen Erträge mit über 18 dz je ha, daneben vielleicht noch manche kleine, besonders fruchtbare Gegend in West- und Mitteldeutschland, in Belgien oder Holland. Die Hauptmasse des Gebietes der heute hohen Erträge dagegen unterschied sich damals kaum von dem Gebiet, in dem noch heute die Erträge niedrig bleiben.

Aus solchen Tatsachen und Erwägungen zieht Baade den Schluß,

daß die Differenzierung der Ernteerträge in Europa nicht ein Produkt unabänderlicher natürlicher Bedingungen sei, sondern ein Produkt der historischen Entwicklung, des verschiedenartigen Tempos in der Ausbreitung des technischen Fortschrittes. Bewiesen werde diese Meinung dadurch, daß die Gebiete mit den hohen Erträgen sich recht weitgehend an die Zentren der Bevölkerungsdichte anschließen. Ferner durch den Umstand, daß die Gebiete mit hohen Erträgen zugleich solche sind, in denen der überwiegende Teil des Grund und Bodens sich in der Hand gut ausgebildeter Landwirte befindet. So wird dem kulturellen Fortschritt, nicht der Natur, das Verdienst der Hoherträge zugeschrieben. Als Funktion der Landwirtschaftstechnik sei darnach die Ertragssteigerung anzusehen, dem Ingenium des Menschen gebührt die Palme vor den Zufälligkeiten der Lage und der natürlichen Fruchtbarkeit.

### III. Landwirtschaftstechnik als Funktion des Kulturgebietes.

Meinung, daß ungenügende Verbreitung der modernen Technik das Gebiet der Höchstleistungen beschränke. — Warum der Grad in dem jene angewandt wird, keinen sicheren Maßstab für die Steigerungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion bildet — Betriebszonen und Betriebstypen der europäischen Landwirtschaft und ihr Verhältnis zur modernen Landwirtschaftstechnik.

Die Beobachtung von positiven und negativen Tatsachen aller Art, der Verteilung der Ernteerträge zugesellt, vermitteln Baade die Erkenntnis, daß es an der ungenügenden Verbreitung der modernen Technik liege, wenn die landwirtschaftlichen Höchstleistungen von wenigen Gebieten und Staaten Europas erreicht werden. Sind doch in Europa, mit Einschluß der russischen Randstaaten, mehr als 200 Mill. Menschen weit hinter dem Stand der modernen Wirtschaftsentwicklung zurückgeblieben. Mit veralteten Methoden und in gedrückter Lebenshaltung mühen sie sich, dem Boden einen unzureichenden Ertrag abzugewinnen. Man mache die modernen technischen Errungenschaften zum Allgemeingut der großen Masse der europäischen Landwirte und der europäischen Menschheit würde damit der Schlüssel zu neuem Aufstieg und zu neuem Wohlstand geschenkt sein. So wird für Baade die landwirtschaftliche Technik zum Kulminationspunkt seiner Gedankenreihe und diese führt ihn schließlich dorthin, wo der Deutsche Enquête-Ausschuß begonnen hat: zu dem Grad der Landwirtschaftstechnik als Maßstab für die Beurteilung der Steigerungsfähigkeit der Produktion.

Verdienstvoll wie die deutsche Bestandaufnahme ist der Hinweis auf die unzureichende Verbreitung der Landwirtschaftstechnik und richtig die Folgerung, daß gerade der tiefe Stand der Intensität in weiten Gebieten Europas es ist, der die größten Erwartungen für die Weiterentwicklung rechtfertigt. Sogar Erwartungen auf eine Produktionssteigerung bei sinkenden oder zumindest nicht steigenden Produktionskosten. Denn zweifellos gibt es genug Gegenden, wo



die Technik auf tiefer Stufe stehen geblieben ist und wo die geringen Erträge tatsächlich dadurch, aus einer ungenügenden Ausnützung der natürlichen Faktoren zu erklären sind. Solche Gebiete versprechen am ehesten Ertragssteigerungen, bei denen das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages noch nicht in Kraft tritt. Gilt dieses Gesetz doch unter der Voraussetzung gleichbleibender Technik. Wo könnte aber technischer Fortschritt in der Tier- und Pflanzenproduktion leichter Eingang finden als dort, wo die kleinste Nachahmung anderswo längst bewährter Methoden bereits eine ungeheuere Verbesserung bedeutet?

Nicht ganz so hoffnungsvoll wie die aus der Verbreitung der Ackererträge und der Landwirtschaftstechnik gezogenen Schlüsse stellen sich dagegen jene dar, die sich uns fast deduktiv aus dem Begriff des „ökonomischen Koeffizienten“, als der Resultierenden aller produktiven Voraussetzungen ableiten. Ergibt sich doch weitergehend als es der Konsequenz der Thünenschen Lehre entspräche, aus der Tatsache des ungleichen ökonomischen Koeffizienten<sup>1)</sup>, daß die Produktivität des Aufwandes bei einer bestimmten Intensitätsstufe<sup>2)</sup> in verschiedenen Staaten durchaus nicht dieselbe sein muß. Erinnerung wir uns daran, daß der günstigere ökonomische Koeffizient eines Staates auf jeder landwirtschaftlichen Intensitätsstufe eine höhere Produktivität des Aufwandes mit sich bringt, als ein ungünstiger ökonomischer Koeffizient. Durch einen solchen wird der Eintritt der wirtschaftlichen Geltung des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages beschleunigt, wie schon gezeigt wurde, durch den günstigeren ökonomischen Koeffizienten verzögert.

Der Grad der Ertragsvermehrung, der von der Ver-

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel X.

<sup>2)</sup> Es war vorher von der Verbreitung der Landwirtschaftstechnik die Rede und nun wird auf einmal bei Beurteilung der von ihr zu erwartenden Erfolge der Einfluß des ökonomischen Koeffizienten auf die Produktivität bei einer bestimmten Intensitätsstufe herangezogen. Es bedarf der Klärung, ob der Grad der Landwirtschaftstechnik zugleich als Grad der Intensität zu werten ist? Theoretisch exakt wird sich dies gewiß nicht behaupten lassen. Kann eine bestimmte Intensität doch sowohl durch den Aufwand an Arbeit wie durch den Aufwand an Kapital gekennzeichnet sein, oder durch beide zusammen. Der Kapitalaufwand wieder durch Investitionen in Gebäuden, Maschinen, Vieh, Dünger u. dgl. Alle diese Faktoren können je nach der Angemessenheit ihrer Verwendung einen höheren oder niedrigeren Grad von Landwirtschaftstechnik darstellen. Der Intensitätsgrad dagegen wird, nach seiner landläufigen Bedeutung nur nach der Höhe des Aufwandes beurteilt, nicht nach der Zweckmäßigkeit des Aufwandes. („Messen muß man die Betriebsintensität“, sagt Aereboe in seiner Betriebslehre „an dem Aufwand an Arbeit und Inventar pro Hektar Landes und zwar ist es der Naturalaufwand, der dabei allein in Frage stehen soll, also die Zahl der aufgewandten Arbeitstage, die Zahl der verwandten Pflüge, der umbaute Raum der Gelände, die Menge der verwandten Kunstdüngermittel.“) — Wir von der Praxis aber werden geneigt sein, die Frage der Zweckmäßigkeit eines Aufwandes schon als dessen Voraussetzung gelten zu lassen und somit von der Intensitätsstufe auf die der Landwirtschaftstechnik zu schließen. Da wir die Angemessenheit jener durch allerlei Gründe bestimmt wissen, die zum Teil außerhalb des Willens des Landwirtes liegen, wird das Gleiche auch von der Landwirtschaftstechnik zu sagen sein.

breitung der modernen Landwirtschaftstechnik zu erwarten ist, hängt deshalb nicht zuletzt von den allgemeinen produktiven Zuständen ab. Die Landwirtschaft der Staaten mit niedrigerem ökonomischen Koeffizienten würde auch nach Anwendung der gleichen technischen Hilfsmittel stets um eine Nasenlänge hinter der Landwirtschaft von Staaten mit höherem ökonomischen Koeffizienten zurückbleiben. Niemals wird die erste bei gleicher Intensitätsstufe, also bei gleichem Aufwand, dieselben Erträge erzielen wie die zweite. Denn der Aufwand zerrinnt dort gleichsam, wird nicht im selben Ausmaße wirksam. Um eine bestimmte Ertragssteigerung hervorzubringen ist bei ungünstigem ökonomischen Koeffizienten immer ein größerer Aufwand nötig als bei günstigem. Deshalb kommt die Bodenkultur, die unter dem Drucke jenes steht, der Bodenkultur des bevorzugten Staates nie nach. Und dies wird wohl immer so bleiben, weil selbst die Menschen das Produkt ihrer Umwelt sind und den Fortschritt anderer Staaten nur nach Maßgabe ihrer eigenen Fähigkeiten mitzumachen vermögen.

Was hier ausgeführt wurde, ist jedoch ja nicht so aufzufassen, als würde jede Möglichkeit eines kräftigen Fortschrittes für einen Staat geleugnet werden, der keinen günstigen allgemeinen produktiven Zustand aufweist. Der ökonomische Koeffizient ist das Produkt aus der Wechselwirkung natürlicher und erworbener Voraussetzungen. Manche davon sind nicht oder wenig zu ändern, viele wohl zu bessern. Die Höherentwicklung geschieht nicht so, daß der Gesamtzustand einen plötzlichen Ruck nach vorwärts machen würde. Es ergibt sich vielmehr, daß dieser Faktor oder jener sich bessert, daß dadurch eine günstige Wirkung auf andere ausgeübt wird, und daß schließlich ein langsames Aufsteigen zustande kommt. Unter den Faktoren können es die Menschen sein, die infolge irgendwelcher Einflüsse über ihre bisherige Produktivität hinauswachsen, es kann auch gerade die landwirtschaftliche Produktion sein, von der ein Anstoß zu weiterer Besserung der Gesamtverhältnisse hervorgeht. Aber man sollte meinen, daß sich die Entwicklung eines Faktors doch nie allzuweit und allzu rasch von der ganzen übrigen wirtschaftlichen und kulturellen Umwelt entfernen kann. Das ganz große, ganz gleichwertige Nachkommen eines Staates, sei es in der Landwirtschaft, sei es auf einem andern der grundlegenden Wirtschaftsgebiete, wird doch nur erfolgen können, wenn er in seinen produktiven Gesamtbedingungen, in seinem ökonomischen Koeffizienten, einen entscheidenden Fortschritt erlebt hat.

Bis dahin bleibt auch die entwickelteste Landwirtschaftstechnik das Vorrecht der entwickeltesten Kulturstaaten. Beide zusammen werden die höchsten Ackererträge hervorbringen, indessen die Länder mit geringeren ökonomischen und kulturellen Vorbedingungen sich im allgemeinen mit niedrigerer landwirtschaftlicher Intensitätsstufe weiter behelfen.

Kein Zufall, vielmehr Anpassung an die vorhandenen Verhältnisse

ist das Herausbilden der diversen Wirtschaftssysteme. Sie sind unter dem Einfluß der Lage, die Thünen lehrte, ebenso entstanden wie unter dem Einfluß des jeweiligen ökonomischen Koeffizienten<sup>1)</sup>. Die

<sup>1)</sup> Man hat bekanntlich wiederholt darauf hingewiesen, daß die Anordnung der Thünen'schen Kreise bei dem heutigen Stand des internationalen Verkehrs nicht mehr innerhalb der einzelnen Staaten zu suchen sei, sondern daß sich jetzt die ganze Welt in ein System Thünen'scher Kreise teilen lasse. Die Staaten mit starker Industrie und dichter Bevölkerung, also guten Marktverhältnissen, werden dabei als dem innersten Kreis zugehörig angesehen. Kürzlich hat dies W. Fischer in einer durch zahlreiche Belege unterstützten Arbeit (Vergleichung der Intensitätsstufen der Landwirtschaft in den einzelnen europäischen Staaten, Berichte über Landwirtschaft, Bd. VIII, Berlin 1928, Parey) besonders eingehend darzulegen versucht. Aber gerade sie zeigt deutlich, daß die Einflüsse, welche die neben der Lage zum Markt tätigen Elemente des ökonomischen Koeffizienten ausüben, über jene, die Thünen im Auge hatte, hinausgehen. Ja, sie sind mit den Einflüssen der Lage zum Markt durchaus nicht immer identisch, ihnen mitunter sogar entgegengesetzt. Um dies zu erkennen, braucht man bloß an England zu denken. Dieses stellt bei relativ geringen Flächen intensiver Ackerbestellung zweifellos, als Ganzes betrachtet, kein Gebiet intensivster Bodenwirtschaft dar, was auch Fischer konstatiert. Er begründet es damit, daß der Habitus und der Intensitätsgrad der englischen Landwirtschaft die Resultierende zweier Faktorengruppen sei. Die eine, gute Absatz- und Verkehrsverhältnisse umfassend, wirke in intensivierender Richtung. Die andere Faktorengruppe: niedrige Preise infolge des Freihandels, ungünstige Tarifpolitik, Bodenverteilung und hohe Löhne drängten die englische Landwirtschaft in extensivierende Richtung. Das Ergebnis aus den beiden Komponenten wäre eine Intensitätsstufe, die im Rahmen der intensiven Zone einen vergleichsweise extensiven Charakter aufweise. Dabei konstatiert er noch, daß die natürlichen Verhältnisse Englands keineswegs irgendeinen intensitätsfeindlichen Einfluß ausübten, wie dies von Dänemark, vor allen Dingen aber von Schweden und der Schweiz gelte, für die Fischer trotzdem eine höhere Intensitätsstufe nachweist.

England stellt der Marktlage nach, die durch Industrie, Bevölkerungsdichte und Kaufkraft gekennzeichnet wird, gewiß den innersten Thünen'schen Kreis dar. Es müßte folglich, wenn bloß die Lage zum Markte ausschlaggebend wäre, die höchste Intensitätsstufe einnehmen. Daß die dortige Landwirtschaft sie als Ganzes nicht inne hat oder zumindest nicht mehr inne hat, ist eben den übrigen Bedingungen zuzuschreiben, wie Fischer richtig erkennt. Weil jedoch England einen höheren ökonomischen Koeffizienten seiner Gesamtproduktion besitzt, so ist es imstande seine Landwirtschaft auf jeder von ihr geübten Intensitätsstufe mit günstigerer Ausnützung des Aufwandes zu betreiben, als wenn der ökonomische Koeffizient schlechter wäre. Daher beispielsweise die erfolgreichere Art der Weidewirtschaft und der Viehzucht als in Gebieten mit ungünstigeren allgemeinen Produktionsbedingungen (Spanien, Italien, Balkanstaaten).

Klar ist, daß die bessere Ausnützung jeden Aufwandes stets auch das Übergehen zu höheren Intensitätsstufen erleichtern wird, einerlei ob die bessere Ausnützung von der Lage zum Markt oder von anderen Faktoren (billiger Zinsfuß, reicherer Boden, günstigeres Klima, intelligentere Menschen) herrührt. Soweit gehen die übrigen Faktoren des ökonomischen Koeffizienten in ihrer Wirkung mit dem Faktor „Lage zum Markt“ parallel. Richtig auch, daß jede Verbesserung des ökonomischen Koeffizienten den inneren Thünen'schen Kreis vergrößern wird. Die lohnendere Ausnützung des Aufwandes kommt aber bei günstiger Lage zum Markte gewöhnlich mehr von dem Verkaufserlös her. (Das Endprodukt ist mit Transportspesen weniger belastet, erzielt einen höheren Preis.) Die Gesamtheit der Faktoren, die wir in dem Begriff des „ökonomischen Koeffizienten“ zusammenfassen, wird dagegen zumeist stärker auf den Gang des Produktionsprozesses selbst einwirken, dessen innere Gestaltung mehr beeinflussen, als es die Lage zum Markt zu tun pflegt.

Landwirte, die sie einführten, haben dazu freilich weder die eine noch die andere theoretische Begründung benötigt. Die Wirtschaftssysteme kamen zur Anwendung, weil die Erfahrung bewies, daß andere nicht lohnten. Und sie werden intensiveren Systemen weichen, sobald die produktiven Voraussetzungen solche rentabel machen.

Die Abhängigkeit der Betriebsformen von den persönlichen, natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, also nicht bloß von der Entfernung des Marktes in Thünenschem Sinne, hat niemand deutlicher aufgezeigt als Aereboe<sup>1)</sup>. Laur, der dessen Darlegungen voll zustimmt, unterscheidet nach der Gesamtheit der Erscheinungen und der Eigenart der Gebiete, die natürlich zugleich unter dem Einflusse der Marktverhältnisse zustande kommen, in Europa folgende Zonen<sup>2)</sup>:

1. Die Wohnzone. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß der Produzent den Konsumenten ohne Zeitverlust aufsuchen kann. In der Umgebung der Städte kann sie einen breiten Raum einnehmen, findet sich aber in jedem Dorfe vor, soweit es sich um die Versorgung der ansässigen Bevölkerung durch die Landwirte des Ortes handelt. Eine Vorzugsstellung der Betriebe dieser Zone besteht hinsichtlich der Abgabe frischer Milch, von Gemüse und Obst, frischen Eiern und frischer Butter. Hier finden sich alle Übergänge vom Hausgarten bis zum hochintensiven Ackerbaubetriebe mit feldmäßigem Gemüsebau und „freien Wirtschaften“.

2. Die Lokalzone schließt sich an die Wohnzone an und reicht von dieser etwa 1—2 Wegstunden weit ins Land hinein. Sie besitzt eine Vorzugsstellung für Lieferung leicht verderblicher Erzeugnisse an Zwischenhändler, welche diese in die Städte oder andere Konsumzentren abgeben. Ihre Ausdehnung steigt mit zunehmender Dichtigkeit und Zahl der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung. Eine Vorzugsstellung besitzt sie für Lieferung von Konsummilch an Molkereien und Händler für die Versorgung der Städte, ferner für Lieferung frischer Butter, Kartoffeln, Obst, Brennholz. Der direkte Verkehr mit dem Verbraucher tritt gegenüber der Vermittlung durch Dritte weit zurück. Die Zone ist durch intensive Viehwirtschaft gekennzeichnet. Je feuchter das Klima, um so mehr steht die reine Graswirtschaft im Vordergrund. Im trockeneren Klima und bei leichterem Boden wird der Futterbau auf dem Acker als Klee gras oder Fruchtwechselwirtschaft betrieben. Der Getreidebau fehlt oft ganz oder dient mehr der Selbstversorgung und Viehhaltung.

3. Die Industriezone. Sie umfaßt die für Acker- und Wiesenbau geeigneten übrigen Gebiete der europäischen Industriestaaten. Dichtigkeit der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung und der hohe Stand ihrer Lebenshaltung bedingen in diesen Gebieten eine starke Nachfrage nach viehwirtschaftlichen Erzeugnissen. Gute Verwertung der Abfälle durch die Viehhaltung begünstigt die Entstehung landwirtschaftlicher

<sup>1)</sup> Allg. landwirtsch. Betriebslehre, 3. Aufl., Berlin 1918, Paul Parey.

<sup>2)</sup> Wirtschaftslehre des Landbaues, Berlin 1920, Paul Parey.

Industrien (Zuckerfabriken, Brennereien). Dies ist aber mehr in den trockenen Gebieten dieser Zone der Fall, wo die Viehhaltung sich auf den Futterbau auf dem Acker und die durch Kraftfutter und industrielle Abfälle ergänzte Strohütterung stützt. Der Getreidebau hat als Marktfruchtproduktion erhebliche Wichtigkeit, hängt jedoch in seiner Rentabilität stark von der Verwertung der Hackfrüchte und Industriepflanzen ab. In regenreichen Gebieten tritt die Gras- und Weidewirtschaft mehr hervor, dabei wird die Milchwirtschaft hier meist stärker betont als in den Ackerbaugebieten.

4. Die Agrarzone ist durch überwiegende Bedeutung des Getreidebaus als Einnahmequelle gekennzeichnet. Sie umfaßt weite Gebiete im Osten Europas. Die Viehhaltung beschränkt sich oft auf das Arbeitsvieh und auf die Deckung der Selbstversorgung

5. Auf geringen Böden und in entlegenen Gebieten macht sich neben dem Ackerbau bereits die Gestaltung der nächsten Zone, der Weidezone, geltend. Ausgedehnte Ländereien im Osten Europas gehören hierher, denen die Naturverhältnisse (Wassermangel, Höhenlage, Breitenlage, Bodenbeschaffenheit) den Weidebetrieb vorschreiben.

Schon diese Einteilung, die unter starker Betonung der Entfernung vom Markte zustande kam, läßt vielfach auf Einflüsse schließen, von denen man behaupten darf, daß sie sich dem Aufpfropfen technischer Errungenschaften gegenüber spröde erweisen würden. Das gilt besonders von den extensivsten Zonen, der Weidezone und der Agrarzone des Ostens, die noch zu besprechen sein werden. Doch auch in den anderen Zonen stellen sich Betriebstypen als Anpassungsformen dar und erzählen von Einwirkungen, denen mit technischer Modernisierung nicht immer beizukommen ist. Man braucht nur an jene Form der Weide zu erinnern, welche die Alpen ausgebildet haben. Oder an die Mannigfaltigkeit der Betriebssysteme, die in der Industrie-, in der Lokal- und in der Wohnzone in Übung stehen und die schon in summarischer Aufzählung die bunteste Verschiedenheit ahnen lassen. Laur erwähnt etwa in der Industriezone diese Betriebstypen:

1. Verbesserte Dreifelderwirtschaft-Rindviehhaltung mit mehrseitiger Nutzung.
2. Brennerei- und Rübenwirtschaften-Fettmastbetriebe.
3. Wirtschaften mit starker viehwirtschaftlicher Produktion.
  - a) Kleegraswirtschaften-Milchproduktion mit eigener Nachzucht der Kühe.
  - b) Intensive Weidebetriebe der Niederungen — Bäuerliche Pferdezucht.
  - c) Holsteinische Koppelwirtschaft.
  - d) Schweinehaltung.
4. Nutztviehschwache Betriebe (Gründungswirtschaften).
5. Zwischen- und Doppelkulturen.
6. Spezialzweige (Saatzucht, Handelsgewächse, Weinbau, Bienenzucht, Seidenraupenzucht).

So vielerlei Typen in einer einzigen Zone und diese über Staaten mit tausendfachen Ungleichheiten gezogen! Welcher Laie müßte nicht voll des Staunens über die Mannigfaltigkeit sein, deren das scheinbar so monotone Gewerbe der Bodenkultur fähig ist. Für uns aber verkörpert sich darin die Reaktion auf Einflüsse, denen die Landwirtschaft, auch abgesehen von der Einwirkung der Lage zum Markte unterworfen ist, mit denen sie sich abfinden muß, die ihr gewaltiger und gebieterrischer als alles menschliche Wollen und Können die Richtung und die Art der Betätigung vorschreiben.

#### IV. Agrargeographische Randbemerkungen.

Die Beziehungen zwischen Bevölkerungsdichte und landwirtschaftlicher Intensität. — Ackerbau in den n o r d i s c h e n L ä n d e r n. — Rekordernnten und Futterwüchsigkeit. — A l p e n u n d K a r s t. — Der üppige und der kärgliche S ü d e n. — Klima-Exzesse und Landwirtschaft in O s t e u r o p a. — Begrenzte Aussichten für die Ausbreitung des intensiven Gebietes.

Der ökonomische Koeffizient eines Staates, dies war der Tenor der letzten Ausführungen, also die Resultierende aus den produktiven Voraussetzungen, ist für den Erfolg der angewandten Landwirtschaftstechnik mitbestimmend, wie überhaupt für den Erfolg jeglicher Anwendung auf jeder landwirtschaftlichen Intensitätsstufe <sup>1)</sup>. Wir haben andererseits die reicheren Getreideerträge je Flächeneinheit, wie üblich, als Merkmal einer höheren Intensitätsstufe und einer fortgeschritteneren Stufe der Landwirtschaftstechnik gelten lassen. Wie läßt sich damit vereinen, daß innerhalb ein und desselben Staates so ungleiche Ertragsbezirke entstehen konnten, wie sie die Baadesche Karte aufzeigt? Müßten doch in den Grenzen eines Staates nach unseren Ausführungen viele Faktoren des ökonomischen Koeffizienten gleicher Art sein oder wenigstens unter annähernd gleichen Einflüssen stehen: die politischen Einrichtungen, die Schulbildung, die Steuerbelastung, der Zinsfuß und dergleichen mehr.

Die Erklärung liegt darin, daß innerhalb desselben Staates freilich viele, viele Faktoren die gleichen sein oder sich zumeist mehr ähneln werden, als in verschiedenen Staaten, daß es jedoch nicht minder wichtige Faktoren gibt, die selbst auf geringe Entfernung und innerhalb desselben Staatsgebietes durchaus abweichend gestaltet sind. Nicht einmal der eine Faktor, die Lage zum Markte, ist, wie wir wissen, an allen Punkten eines Staates der gleiche. Hat der Fortschritt des Verkehrswesens in dieser Beziehung auch ungemein nivellierend gewirkt, und muß man heute fast schon die bewohnte Erde als Ganzes betrachten, um die Thünenschen Kreise in äußerster Konsequenz wahrzunehmen, so blieb die lokale Marktbildung und die nachbarliche Wirkung von Wirtschafts- und Kulturzentren deswegen doch von

<sup>1)</sup> Es sei hier abermals darauf hingewiesen, daß eine hohe Stufe der Intensität nicht immer identisch mit einer hohen Stufe der Landwirtschaftstechnik sein muß. Vgl. dazu die Anmerkung auf S. 354 desselben Kapitels.

Wichtigkeit. Könnte man so daran zweifeln, daß die reichen Ackererträge im Nordwesten von Frankreich mit der Nähe von Paris, die Belgiens mit dessen entwickelter Industrie zusammenhängen? Oder die Hoherträge Norddeutschlands und des ostelbischen Deutschlands, sollten die nicht irgendwie in Beziehung mit der starken Industrialisierung dieser Staatsteile, mit deren Bevölkerungsdichte zu bringen sein?

Es ist ja überhaupt bemerkenswert, daß die Gebiete der höchsten Erträge fast durchwegs in den Gebieten der dichtesten Bevölkerung liegen, die sich derart als Marktzentren legitimieren. Von den Staaten mit höchsten Erträgen, welche die Baadesche Karte nennt, weisen England und Wales die Rekordziffer von 250, Belgien eine solche von 245, Holland von 200, Deutschland von 134 Einwohnern pro qkm auf. In England sind die besten Ackererträge und die dichteste Bevölkerung in der Mitte und im Südosten zu finden. In Deutschland trifft dies für die Rheinprovinz (Bevölkerungsdichte 265 ohne Saargebiet, 341 Saargebiet pro 1 qkm, Weizenantrag 1927 22,6 pro ha) und für Sachsen (Bevölkerungsdichte 320,6, Weizenantrag 23 q) zu. Selbst die Inseln hoher Erträge in Norditalien und in der Schweiz, von denen Baade berichtet, gehören zu den dichtest bevölkerten Gegenden der beiden Länder. In Belgien geht die Bevölkerungsdichte im Westen, Süden und in der Mitte über 180 Menschen pro 1 qkm hinaus, während im NO und im SO unter 100 Menschen auf 1 qkm kommen. In der gleichen Weise sind die Ertragsgebiete verteilt.

Dänemark, Schweden und Norwegen weisen bei hohen Ackererträgen allerdings keine besondere Bevölkerungsdichte auf, die beiden letzten sogar eine recht geringe. Es ist aber dazu zu bemerken, daß die landwirtschaftliche Intensität dieser drei Gebiete deshalb durch ihre Getreideerträge kaum charakterisiert wird, weil der Getreidebau keinen genügend großen Raum einnimmt. In Dänemark waren ihm 1926 nur 46,6% der Gesamtfläche gewidmet, die Hauptsache ist dort die Viehnutzung. Das gilt freilich ebenso für viele Teile Großbritanniens, dessen Ackerbau 1927 40% der gesamten Kulturlfläche betrug, wovon wieder nur 62½% mit Getreide bestellt waren, somit weniger als ein Viertel der Gesamtfläche. In Großbritannien verhält es sich jedoch insofern anders, als dort eine ziemlich scharfe Trennung in vorwiegende Korn- und Weidegrafschaften Platz gegriffen hat. In den ersten gibt es hohe Ackererträge und eine dichtere Bevölkerung. Wieder anders liegen die Dinge in Schweden und Norwegen. Im ersten Staate sind bloß 9,3% der Gesamtfläche Ackerland und davon nicht einmal die Hälfte mit Getreide und Hülsenfrüchten bebaut. Norwegen kann seinen Äckern gar nur 2,1% der Gesamtfläche widmen und nur 0,8% dem Bau von Getreide und Hackfrüchten<sup>1)</sup>. Dieses

<sup>1)</sup> Die Anbaudaten dieses Kapitels sind dem Werke: „Die Wirtschaft des Auslandes 1900—1927“, bearbeitet im Statistischen Reichsamte in Berlin (Reimar Hobbing 1928) entnommen.

Verhältnis gibt den hohen Ackererträgen eine andere Deutung. Es handelt sich im Süden beider Länder offenbar um kleinere Gebiete mit gartenähnlicher Kultur, die für den Rationalitätsgrad der nordischen Landwirtschaft im allgemeinen nicht beweisend sind. Immerhin sind auch diese Bezirke die relativ am dichtesten bevölkerten von Norwegen und Schweden.

Im übrigen weist gerade die dürftige Ausdehnung des Ackerlandes in Staaten, die nach ihren verblüffend hohen Getreideerträgen zu den geeignetsten Produktionsstätten Europas zu gehören scheinen, wieder darauf hin, daß sich bei der Landwirtschaft nicht leicht irgend etwas in feste Formeln zwingen läßt. Immer drängen sich, oft auf erstaunlich kleine Entfernungen Unterschiede in den Voraussetzungen dazwischen, die alle Erwartungen über den Haufen werfen.

Nehmen wir etwa Großbritannien her. Man weiß, daß der Ackerbau auf den Britischen Inseln früher als am Kontinent zu technischer Höhe gebracht worden ist. Es wurde durch Vermittlung Thaers, der dort intensive Wirtschaft kennen lernte, auch zum Lehrmeister Mitteleuropas. Dann setzte ein Rückgang ein, der sich in England und Wales von 1871/75 bis 1901/05 durch die Verkleinerung der Anbaufläche um 1,19 Millionen ha ausspricht. Die Ackerfläche von 4,7 Millionen ha in dem ersten Quinquennium ist auf 3,5 Millionen ha im zweiten gefallen, um bis 1927 auf 3,17 Millionen ha abzubröckeln. Das einstige Ackerland wurde in Weideland umgewandelt. Nur die Notwendigkeiten des Krieges waren imstande die rückläufige Bewegung einige Jahre hindurch aufzuhalten, nachher setzte sie sich mit unverminderter Stärke fort.

Man ist mit Erklärungen dafür rasch zur Hand gewesen; Einseitige Bevorzugung der Industrie, die ausländische Konkurrenz auf dem nicht zollgeschützten Markte und Arbeitermangel hätten dieses Resultat herbeigeführt. Die Argumente sind sicherlich richtig. Die dortige Landwirtschaft bekam vor allem die Arbeiterfrage zufolge der Industrialisierung und der gewerkschaftlichen Entwicklung Englands früher zu spüren als der Kontinent. Das Problem hoher Löhne hat sich dort für die Landwirtschaft schon lange vor dem Kriege bemerkbar gemacht. Dennoch erklärt es, selbst zusammen mit den übrigen agrarpolitischen Verhältnissen, den Rückgang des Ackerbaues nicht vollkommen. Der Getreidebau zeigte vielmehr offenbar auch deswegen ein so geringes Rückgrat, weil er nicht überall im Lande geeignete natürliche Bedingungen findet. Diese Vermutung erhält eine Unterstützung durch folgende klimatische Daten: In den spezifischen Getreidegrafschaften Ostenglands sind die Niederschläge mit 580—620 mm nicht viel beträchtlicher als in einem großen Teil Norddeutschlands. Nach Westen zu aber steigen sie und betragen im westlichen Teil Mittelenglands 760 mm, im Nordwesten und Südwesten über 900 mm, im südlichen Wales 1100 mm. In den Bergbezirken von Westengland und Wales erreichen die Regenmengen bei 300 m über dem Meer 2000 mm.



In Schottland reift das Getreide in besonders extremen Jahren nicht oder nur unvollkommen aus, auf Höhen über 200 m kann Weizen außer im Süden mit Erfolg nicht gebaut werden. Selbst für den anspruchsloseren Hafer und die übrigen Feldfrüchte gelten in Schottland 240 m, in England 300 m Meereshöhe als Grenze rationeller Kultur, während über 500 m das Pflanzenwachstum überhaupt sein Ende erreicht<sup>1)</sup>. So gibt es natürliche Gründe genug für die Beschränkung des Ackerbaues auf gewisse, bevorzugte Gegenden, wo er dann die erwähnte intensive Art anzunehmen vermochte. Im übrigen weist das Klima, weist die beträchtliche relative Luftfeuchtigkeit auf die Pflege der Wiesen und Weiden hin, deren prächtiges Gedeihen jedem, der England bereist, auffallen muß. Englands Landwirtschaft vermochte sich Dank ihrer früh in eine intensive Viehwirtschaft hinein zu retten<sup>2)</sup>.

Nicht so leicht haben es die nordischen Länder die räumliche Enge ihres Ackerbaues durch hohe Intensität der Viehhaltung wett zu machen. Schweden und Norwegen, die sich mit so wackeren Getreideerträgen pro Flächeneinheit vorgestellt haben, besitzen im Süden und in wenigen mittleren Tälern den mitteleuropäischen ähnliche klimatische Verhältnisse und vorzüglichen Ackerboden. Davon abgesehen drängt die Ungunst des Klimas, drängen die zu kurzen Sommer und der steinige, felsige Boden den Ackerbau zurück, daß er nur zusammen mit der Forstwirtschaft oder Fischerei einen Erwerbszweig zu bilden vermag. In Finnland steht es ähnlich um die Bodenkultur<sup>3)</sup>.

Die Rekordserträge in Getreide einiger Teile von Frankreich, Belgien, Dänemark, Holland, Norddeutschland mögen auch mit dem Umstand zusammenhängen, daß sie durchwegs an Klimaprovinzen stoßen, die, darin gewissen Weidegebieten Englands gleich, hervorragend geeignet zu einer anderen Nutzung des Bodens sind, als sie der Ackerbau darstellt. Man wird diesen gern auf die besten Parzellen beschränken, wenn zu erwarten ist, daß die Vieh-Zucht und

<sup>1)</sup> Nach Prof. Dr. B. Skalweit, der diese Angaben in seinem Buch über die Englische Landwirtschaft macht. (Berlin 1915, Paul Parey.) Über das Klima Großbritanniens vergleiche: Dr. Wilhelm R. Eckardt, Luftdruckverteilung, Winde und Niederschläge in Nord- und Mitteleuropa, in Landwirtschaftliche Jahrbücher, herausgeg. v. Dr. H. Thiel und Dr. G. Oldenburg, Berlin 1917, Paul Parey; W. Köppen, Die Klimate der Erde, Berlin u. Leipzig 1923, Walter de Gruyter & Co.

<sup>2)</sup> In welchem Maße dies gelang geht daraus hervor, daß der Wertanteil der Erzeugnisse der Viehwirtschaft von 65,1% des Gesamtwertes landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Jahre 1908 auf 68,6% im Jahre 1925 gestiegen ist, während im gleichen Zeitraume der Anteil der ackerwirtschaftlichen Erzeugnisse von 31,6% auf 24,2% zurückging. Dies ungeachtet der künstlichen, unter großen Opfern des Staates erkaufte Belebung des Anbaues der Zuckerrübe, deren Anbaufläche in England und Wales von 3,403 ha in 1922/23 auf 22,156 ha in 1925/26 und auf 90,068 ha in 1927/28 getrieben wurde.

<sup>3)</sup> W. Bickerich in Heft 50 des „Wirtschaftsdienst“. Vgl. auch: Andree-Heiderich-Sieger: Geographie des Welthandels, 4. Aufl., I. Bd., Wien 1926, Seidel & Sohn; Dr. S. Passarge, Die Erde und ihr Wirtschaftsleben, Hamburg Berlin 1926, Hanseatische Verlagsanstalt.

Haltung auf den nächstbesten Flächen eine gleich treffliche Rente abwirft. Und dazu sind die Bedingungen in den Landschaften des westeuropäischen Küstenklimas, in den Niederungen der deutschen Nordseeküste, der Niederlande, Belgiens und Frankreichs geradeso wie auf den Britischen Inseln gegeben. Hohe relative Luftfeuchtigkeit, stärkere Bewölkung und gemäßigte Sommerwärme erwerben dem ozeanischen Westeuropa die Eigenschaft, die Gras- und Weidewirtschaft mehr zu begünstigen, als den Getreidebau<sup>1)</sup>.

Nun verhält es sich derart, daß die Kulturpflanzen eine außerordentliche Anpassungsfähigkeit an das Klima und selbst an den Boden besitzen. Man weiß, daß der Weizen seine Grenze im Süden bei 5°, im Norden, in Schottland bei 58°, in Skandinavien bei 64° n. Br. erreicht. Am Südhang der Alpen finden sich Getreidefelder noch bei 1264 m ü. d. M. vor. In trockener Luft wird die Transpiration der Pflanzen beschleunigt und somit der Wasserbedarf vergrößert, in feuchter Luft tritt das Gegenteil ein. Bei allem Anpassungsvermögen jedoch gibt es ein Zuviel und ein Zuwenig an natürlichen Wachstumsfaktoren für jede Pflanze, wobei die Futterpflanzen stets einen höheren Wasserbedarf wie die Getreidearten haben. Das Optimum wie das Minimum an Niederschlägen muß beim Getreide immer tiefer liegen als bei jenen. Gebiete, die allzu viel Niederschläge erhalten, werden deshalb, selbst bei geringerer relativer Luftfeuchtigkeit, eher zu Gras- und Weidewirtschaft geeignet sein als zum Getreidebau. Dies ist denn auch von weiten Teilen Europas zu bemerken. Die Alpenfußländer der Schweiz, Bayerns, Österreichs, die mehr als 100 cm an jährlichen Regenmengen erhalten, sind gewiß keine idealen Getreidebaugebiete, sondern vor allem Gebiete für Weidewirtschaft, Gartenwirtschaft oder die Gras- und die Kleegraswirtschaft, bei welcher letzten beiden zwar oft das ganze Kulturland (ohne Wald und dergleichen) unter dem Pflug gehalten, aber doch vorherrschend dem Futterbau gewidmet wird. Gar nicht ernstlich zum Getreidebau geeignet ist das eigentliche, so ausgedehnte Alpengebiet, welches, soweit nicht forstlich genutzt, dem Landwirt durch die Höhenlage die Weidenutzung vorschreibt oder zufolge allzu großer Elevation überhaupt jede Nutzung ausschließt. Die Entscheidung, wo die Eigentümlichkeiten des Alpenklimas anfangen, wird allerdings von mancherlei Faktoren getroffen. Da ist der

<sup>1)</sup> Die Niederschlagsmengen erreichen 70 cm im Jahr. Nach Eckardt (a. a. O.) wird das Klima dort in erster Linie von den Winden, in zweiter Linie vom Golfstrom bestimmt. Vgl. dazu: Gerriets-Purkswart, Oldenburgische Wassermarsch, Deutsche Landwirtschaftsges. Berlin 1913; Dr. August Hayek, Allgemeine Pflanzengeographie, Berlin 1926, Gebrüder Bornträger; Alfred von Chlapow-Chlapowski, Belgische Landwirtschaft, Stuttgart 1900, Cotta; Dr. Alves und Dr. Kleeburger, Landwirtschaftliche Reisebilder aus Skandinavien, Arbeiten der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Berlin 1912; Dr. Paul Krische, Bodenkarten, Berlin 1928, Paul Parey; W. Köppen, Die Klimate der Erde; Dr. Hans Bernhard, Beiträge zur Agrargeographie, Nr. 3, Bern 1927, Kümmerly & Frey.

geographischen Breite und, als weit eingreifender, der geographischen Länge zu gedenken. Entscheidend mischen sich die verschiedenartigen Winde ein, die wieder je nach Ausdehnung und Höhe der umliegenden Gebirge mehr oder weniger aufgehalten werden und die Niederschläge regeln. Hierzu kommt der dominierende Einfluß der Sonne, des Lichtklimas, das, von der Höhe über dem Meere abhängig, von der Gestaltung der Bodenfläche gemildert oder verstärkt wird. Wer wäre jedoch so vermessen all die Momente, welche bei Bildung des Alpenklimas mitspielen, in wenigen Worten aufzählen oder gar zergliedern zu wollen<sup>1)</sup>.

Ein Problem für sich sind die Karstbildungen, die, hauptsächlich Kreideformationen angehörig, einen großen Teil von Krain, Görz und Istrien bedecken und sich über mehr oder weniger ausgedehnte Strecken von Kroatien, Bosnien, der Herzegowina, von Albanien und Griechenland verfolgen lassen<sup>2)</sup>. Hier findet der Ackerbau zumeist nur in Kesseltälern und in einzelnen Plateaugenden fruchtbaren Boden vor, der zudem besonders im südlichen Teil künstlich bewässert werden muß. Der größere Teil bietet, nicht zuletzt wegen der, den alten Venetianern zugeschriebenen Entwaldung einen traurigen Anblick und hat kaum Hoffnung, in absehbaren Zeiten zur Stätte eines ausgedehnteren erfolgreichen Landwirtschaftsbetriebes zu werden.

Südfrankreich, Oberitalien, Südslawien gehören dem subtropisch gemäßigten Übergangsgebiet an. Die Sommer sind heiß, aber nicht regenlos und die Landschaften, wo nicht ausgesprochene Berglandschaften wie die Pyrenäen, der französische und der italienische Alpenabschnitt, ärmlichere Kulturbedingungen schaffen, reich und aussichtsvoll. Fehlt es hier nicht an den sonstigen Bedingungen, so sind alle Möglichkeiten gegeben, wie man an den fruchtbaren Tälern beobachten kann, die in Südfrankreich von den Flußläufen der Garonne, des Lot, des Tarn, des Aveyron, der Arège gebildet werden. Kaum eine andere Gegend Frankreichs erfreut sich einer solchen natürlichen Fruchtbarkeit wie die reichen Alluvialböden, auf denen sich ein vielgestaltiger, intensiver Ackerbau, Obst- und Weinbau angesiedelt hat<sup>3)</sup>.

Noch weiter südlich streckt sich Europa der Sonne und dem Meere entgegen. Unsere Sehnsucht und die Vorstellung, die wir mit dem Süden und mit der Meeresküste verbinden, lassen uns dort in den drei Halbinseln, der Pyrenäischen, der Apenninischen und der Balkan-Halbinsel,

<sup>1)</sup> Die klimatischen Eigentümlichkeiten einiger Länder in bezug auf die Gestaltung von deren Landwirtschaft habe ich darzustellen versucht in: Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich (im ehemaligen Kaiserreich), 2. Aufl., Wien 1917, Tempsky.

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu dieselben „Grundlagen der Agrarwirtschaft“; Penck: Über das Karstphänomen, Vortrag des Vereines zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse, Wien 44. Jahrgang; Krebs: Die Halbinsel Istrien, Leipzig, 1907 Teubner.

<sup>3)</sup> Vgl. Dr. Hans Bernhard, Landbauzonen usw. in Südfrankreich, Bern 1927, Kümmerly & Frey.

das wahre Paradies der Bodenkultur erwarten. Nichts irriger als dieses. Wie überall fehlt es auch hier an voller Einheitlichkeit und für manche, meist kleine Gebiete mag gelten, was unsere Träume uns vorgegaukelt haben. Die Landschaft als Ganzes betrachtet aber findet durchaus nicht hervorragende Voraussetzungen vor. Denn wie stellen sich in großen Umrissen das Klima und seine Wirkungen auf die Vegetation dar? Das Klima ist allerdings durch eine hohe und doch gemäßigte Temperatur mit milden Wintern ausgezeichnet. Nur in den Becken des Innern der drei Halbinseln sammelt sich im Winter kalte Luft. Groß sind da die Unterschiede zwischen Aragonien und Katalonien, der Poebene und der Riviera oder dem Becken am oberen Vardar und der Chalkidike. Im Sommer ist alles ausgeglichener, der Himmel bleibt wochenlang heiter, die Luft ist trocken. Im Winter und Herbst sind die Niederschlagsmengen an der Windseite der Gebirge bedeutend, an der den Winden abgekehrten Seite (Südostspanien, Apulien, Argolis, Attika, Thracien) auch dann gering. Die ungünstige Verteilung der Niederschläge bringt es mit sich, daß wohl Reis, Baumwolle bei künstlicher Bewässerung gedeihen, daß man auch Getreide, Hülsenfrüchte ohne solche bauen kann, doch sind Erträge von der Höhe der intensiven Ackergebiete Europas nur mit künstlicher Bewässerung zu erhalten. Heidelandschaften, dürre Weiden, trockenes Gestrüpp (*Macchia*) dagegen gibt es in Überfluß und verleihen dem Lande oft den Charakter der Steppe. Man hat für die geringe Entwicklung der Landwirtschaft in den meisten dieser Gebiete allerlei politische und ökonomische Gründe ins Treffen geführt und solche mögen sicherlich da und dort von außerordentlicher Bedeutung gewesen sein. Die natürlichen Bedingungen aber dürften nicht wenig dazu beitragen, daß sämtliche Mittelmeerstaaten geringe und von Jahr zu Jahr auffallend wechselnde, unsichere Ernten tragen, daß die Rinderhaltung gegenüber der vielfach nomadisierenden Schaf- und Ziegenhaltung zurücktritt, daß die Trockenheit selbst das Schwein nur am Nordrand des Mittelmeergebietes gut fortkommen läßt<sup>1)</sup>.

Der Süden setzt, wie man sieht, noch mehr Mühe und Schweiß vor die Tätigkeit des Landwirtes als Mitteleuropa und selbst als die nördlichen Staaten. Der Osten aber bereitet ihm andere Erschwerungen

<sup>1)</sup> Die Agrarstatistik dieser Gebiete ist wenig ausführlich. Von Spanien wird verlautbart, daß die Weide 42% der Gesamtfläche einnimmt, der Ackerbau 26%, der Wald 8%. Von dem Gebiet der Türkei sind nach Erhebungen des Statistischen Amtes 29% anbaufähiges Land, von dem jedoch nur 41% verwertet sind. Zu Klima und Landwirtschaft der drei Halbinseln vgl. man: Th. Fischer, Mittelmeerbilder, II. Bd., Leipzig 1906 und 1908; A. Philippson, Das Mittelmeergebiet, 3. Aufl., Leipzig 1922; J. Ponten, Griechische Landschaften, Stuttgart und Berlin 1914; A. Fribourg, La transhumance en Espagne, Annales de Geogr. XIX. 231; die Ausführungen von Norbert Krebs, Otto Quelle, Carl Patsch und Otto Mauli in „Geographie des Welthandels“, herausgegeben von Franz Heiderich, Hermann Leiter und Robert Sieger, 4. Aufl. Wien 1926.

vor. Je größer die Entfernung vom atlantischen Ozean wird, desto mehr zeigt das Klima die Tendenz kontinentaler zu werden. Das österreichische Marchfeld schon streift ein Hauch des östlichen Steppenklimas. Ungarns Klima ist, ungeachtet der Einwirkung der Karpathen, bereits vorwiegend kontinental, mit starken Temperaturgegensätzen zwischen Winter und Sommer, heftigen Luftströmungen, die im Sommer den Boden austrocknen, die Verdunstung und die Flugsandbildung fördern und Dürreperioden begünstigen. In Polen haben die verschiedenen, mehr lokalen Einflüsse noch stärker mit der zunehmenden Kontinentalität zu paktieren. Lange, strenge, trockene Winter, Früh- und Spätfröste, häufiger und rapider Temperaturwechsel, hohe Sommerwärme sind ihre Merkmale. Dazu zwar genügende Niederschläge, aber fast in ihrer ganzen Fülle zusammengedrängt auf wenige Sommermonate und häufig nicht ruhig fallend, sondern wolkenbruchartig herabstürzend.

Noch exzessivere Formen entwickelt das Klima in Rußland. W. P. von Poletika hat in einer bemerkenswerten Arbeit dargelegt <sup>1)</sup>, in welchem Maße die niedrigstehende Bodenkultur dort von den Verhältnissen des Klimas und des Bodens bedingt ist. Fast der vierte Teil des europäischen Rußlands ist Ödland, dessen geographisches Milieu mit dem scharfen Wärmemangel im Norden und dem Wassermangel im Süden jeder Kultur feindlich sei. Von den fünf Hauptklima- und Landschaftszonen oder Provinzen, die L. Berg <sup>2)</sup> in Rußland unterscheidet, schließe das Tundrenklima den Ackerbau vollkommen aus. Die trockenen Steppen könnten stets nur den Standort einer extensiven Wirtschaft abgeben, da es dort keinen Schutz gegen Dürre und Hungerkatastrophen gebe. Ebenso wäre der Getreidebau im Gebiet der Tajga, des Fichtenklimas, wenig einträglich. Im Wüstenklima Transkaspiens und Turkestans sei Landwirtschaft nur mit künstlicher Bewässerung möglich, es stünden jedoch deren Einführung die größten natürlichen Hindernisse entgegen.

Aber selbst in den Gebieten, die als Ackerbauzone zu bezeichnen sind, bedinge die äußerste Kontinentalität eine außergewöhnlich kurze Vegetationsdauer <sup>3)</sup>, häufige Dürre, Wolkenbrüche, Hagelschläge und

<sup>1)</sup> Prof. W. P. v. Poletika in Berlin, früher Universität Petersburg in Bd. IX, Heft 4 der Berichte über Landwirtschaft. Berlin 1929, Paul Parey.

<sup>2)</sup> Nach L. Berg, Die Klimagürtel der Erde. Mitteilungen des Geogr. Inst. zu Petersburg, 1923.

<sup>3)</sup> Die Nachteile der kurzen Vegetationsdauer werden freilich durch die erstaunliche Anpassungsfähigkeit der Pflanzen teilweise aufgehoben. Lehrreich dafür war das Jahr 1929, dessen überaus strenger, langer Winter in meinen Betrieben in Niederösterreich das Erwachen der Vegetation, der Wiesenpflanzen, des Klees, des Wintergetreides um gut 4 Wochen verzögerte und den Frühjahrsanbau ebenso lange hinauszog. Die Heuernte und die Getreideernte war nichts destoweniger bloß um eine Woche verspätet. Die Kulturpflanzen konnten offenbar, Dank der stärkeren Lichtintensität und der höheren Wärme, die sie in der Zeit ihres Erwachens gegenüber den normalen Jahren vorfanden, das Versäumte zu so großem Teil nachholen. In Gegenden mit allzu raschem Eintritt des Winters wird freilich der Anbau des Wintergetreides

Nachtfröste. Das Klima Rußlands sei, obgleich es den Ackerbau in der Waldzone und in den nördlichen Steppen (Agrarmetropole) gut zuläßt, der Entwicklung der Landwirtschaft im großen und ganzen nicht günstig. Darin liege die Hauptursache, daß die Saatfläche Rußlands, bei äußerster Agrarübertöpfung nur 5 % des gesamten Staatsterritoriums beträgt.

Genug des Unerfreulichen hat unser Streifzug in Nord und Süd und Ost vorgefunden und das westliche Mitteleuropa noch als die sichersten Ackerbaugesenden schätzen gelehrt. Dieses Resultat fügt sich nicht übel in die früheren Erwägungen ein, über die Schranken, die der Verbreitung der modernen Landwirtschafts-Technik gezogen sind. Erweist sich doch selbst in den Ländern mit den höchsten Ackererträgen deren räumliche Beschränkung. Und könnte nur ein Kind oder ein Narr daran zweifeln, daß Fortschritte und höhere Roherträge in fast allen Teilen Europas möglich wären, so ist es eine andere Frage, in welchem Umfange und mit welchen Kosten. Werden die beiden Momente mit in Betracht gezogen, so findet man, daß sich der geographische Radius der möglichen weiteren Intensivierung außerordentlich einengt, der der Gewinnung neuen Ackerlandes noch mehr. Dieses läßt sich fast nur durch Bewässerung im Süden, durch Entwässerung in mancherlei Breiten des Kontinentes gewinnen, in wenigen Lagen jedoch ohne Aufwendung gewaltiger Kapitalien <sup>1)</sup>.

unmöglich, der Sommerweizen und der Sommerroggen geben nicht die gleich hohen Erträge und die Fruchtfolge läßt sich nicht den Erfordernissen einer intensiven Wirtschaft anpassen. Noch schlimmer wird es, wenn die Ungunst des Klimas auch den Sommerweizen und den Sommerroggen nicht mehr reifen läßt und die schnellwüchsige Gerste zur einzigen Bodenfrucht macht.

<sup>1)</sup> In England und Wales wurde im März 1927 eine Kgl. Kommission ernannt, die einen Bericht über den Bedarf an Landdrainierung ausgearbeitet hat. Man erfährt daraus, Drainierungsingenieure des Landwirtschaftsministeriums hätten festgestellt, daß annähernd ein Siebentel des gesamten Kulturlandes in seiner Fruchtbarkeit von einem gut verzweigten Drainierungsnetz abhängen würde. Unbedingt nötig wäre die Drainierung von 1,7 Millionen Acres Land, von denen nur 0,28 Millionen Acres in schon bestehenden Drainierungsbezirken liegen. Die Kommission macht Vorschläge für die Neuregelung, kommt aber zu dem Ergebnis, daß die herrschende Depression es nicht gestatte, der Landwirtschaft große Lasten aufzubürden. An dem Mangel an Kapital wird der weitere Ausbau der Meliorierungsarbeiten wohl in der nächsten Zeit auch anderswo scheitern, wo man dieser Angelegenheit schon früher die größte Aufmerksamkeit zugewendet hat. Es sei nur daran erinnert, daß Frankreich um die Mitte des XIX. Jahrhunderts in den Landen an der Küste der Gascogne aus Sümpfen, Heiden und Dünsand durch systematische Entwässerung mittels offener Kanäle eine Million Hektar Kulturland, Waldgebiet, gewonnen hat. Ebenso bekannt ist die gewaltige Kulturarbeit, die Deutschland, Belgien und Holland in dieser Hinsicht vor dem Kriege geleistet haben. In dem kleinen Österreich ließen sich allein 500 000 ha Kulturboden durch Entwässerung gewinnen, doch fehlt es dazu an den erforderlichen Kapitalien, zum Teil auch an der Sicherheit genügender Rentabilität, die bei dem teuern Leihgeld der Nachkriegszeit nirgends leicht erzielbar sein wird.

## XXVII. Kapitel.

## Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse.

## I. Die Voraussetzungen.

Das Jahrhundert Landwirtschaft vor dem Weltkrieg. — Drei Etappen landwirtschaftlicher Intensivierung. — Merkmale für deren Höhe. — Natürliche und wirtschaftliche Grenzen der Intensivierung.

Eine bunte Reihe von Tatsachen und Beziehungen ist an uns vorübergezogen. Soll die Mannigfaltigkeit der Erscheinungen ihre Zusammengehörigkeit erweisen und erst dadurch so recht der Erkenntnis der Probleme dienen, die wir an den Anfang des Buches stellten, so ist es nötig, noch einmal in knapper Form zu wiederholen und zusammenzufassen, was die Untersuchung bisher lehrte.

Wen es interessiert, wohin die Landwirtschaft geht, muß zuerst wissen, woher sie kommt. Es wurde deshalb zunächst versucht, den Werdegang des modernen Ackerbaues zu skizzieren. Dieser beginnt vor wenig mehr als einem Jahrhundert die intensiveren Formen anzunehmen, die heute Gemeingut fast aller Ländereien Europas geworden sind. Die Verbesserung der uralten Dreifelderwirtschaft und deren Weiterentwicklung zur eigentlichen Fruchtwechselwirtschaft stehen an der Schwelle der gewaltigen Umwälzung, welche das so lange in sich erstarrte Gewerbe erlebte. Sie wurde erst möglich, nachdem die, besonders seit dem Ende des XVIII. Jahrhunderts eingesetzten Bestrebungen zur Verbesserung der bäuerlichen Lage im XIX. zur persönlichen und wirtschaftlichen Befreiung der Bauernschaft geführt hatten. Nun blieb der Bauer nicht mehr verpflichtet, ohne Rücksicht auf die Dringlichkeit der eigenen Arbeit, jederzeit auf Befehl mit Geräten und Gespannen am Gutshof anzutreten. Er war nicht länger dem Flurzwang unterworfen und konnte sich auch darum ganz anders rühren als vorher. Wie der Bauer sich da besinnen und loslegen mußte, um ohne die gewohnte, halb väterliche, halb obrigkeitliche Bevormundung des Grundherren auf eigenen Füßen zu stehen und das Geld für die Grundablöse aufzubringen! Trieb ihn dies zu fortschrittlicher Betriebsweise, so zwang die Auflösung des Untertänigkeitsverhältnisses den ehemaligen Grundherren erst recht zu gänzlicher Umstellung der Wirtschaft. Schon deshalb, weil mit dem Verschwinden der Frohnarbeit und mit der Notwendigkeit ihres Ersatzes durch freie Lohnarbeiter ein ganz neues Element in der Betriebsrechnung der Gutswirtschaft auftaucht. Die Arbeiterfrage ist für den Gutsbetrieb erwacht, eine soziale Tat ist es gewesen, die sich als stärkster Ansporn landwirtschaftlicher Entwicklung erwies.

Kaum, daß Groß wie Klein sich zurecht gefunden hat, bevor noch neues Beharren den konservativen Stand ergreifen konnte, stürmt es abermals mit kräftigen Impulsen daher. Diesmal kommt die Anregung von Umständen, die außerhalb der Bodenkultur liegen. Von der glänzenden Epoche allgemeinen Aufschwunges wird sie ausgelöst, die der Zusammenklang wissenschaftlicher Forschung, praktischen Erfindungsgeistes und technischer Durchführung um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hervorgebracht hat. Die moderne Großindustrie ist entstanden, das Verkehrswesen erhielt seinen weltumspannenden Charakter, die Entdeckung und Ausbeutung reicher Schätze an Edelmetall schufen für all dies die flüssigen Mittel. Der Wucht der wirtschaftlichen Umordnung kann sich auch die Landwirtschaft nicht entziehen. Mit pflanzenphysiologischen und biologischen Entdeckungen ausgestattet, mit Maschinen, Geräten, Erzeugnissen der in ihren Dienst gestellten Chemie versehen, nähert sich die Bodenkultur jener zweiten Etappe der Intensivierung, die etwa bis zu Anfang der 80er Jahre reicht.

In dieser Periode ist die Scheidung von Produktionswirtschaft und Konsumtionswirtschaft endgültig vollzogen, die Umwandlung der geschlossenen Hauswirtschaft in die Marktwirtschaft in allen industriell fortgeschritteneren Staaten durchgeführt. Ungeheuer sind die Folgen, die davon auf den Betrieb ausstrahlen. Man bedenke, was es heißt, daß der Bauer jetzt endlich bares Geld erhält, Maschinen, Geräte kaufen kann und durch diese bloße Tatsache die Erfindung und Erzeugung solcher anregt. Dem Großgrundbesitzer guckt er die Rationalisierung der tierischen Ernährung durch Zukauf von Kraftfutter ab. Liebigs Mineral- und Stickstoffdüngungslehre findet Anwendung, der besser bearbeitete und gedüngte Boden erlaubt den Bau der Zuckerrübe einzuführen, den Kartoffelbau auszudehnen. Zuckerfabriken und Brennerien können entstehen und in ihren Abfällen der Landwirtschaft wertvolle Futtermittel liefern, der Landwirtschaft, deren Erträge auch in den anderen Früchten durch die Kultur der Hackfrüchte mächtig gefördert worden sind.

Technisch erstaunlich vorwärtsgekommen ist die Landwirtschaft auf diese Weise. Aber nun stellen sich im Gefolge des erblühten Weltverkehrs und der emsigen Marktwirtschaft auf einmal Umstände ein, die der Landwirt früher nicht kannte. Die überseeische Konkurrenz wird mit Vehemenz fühlbar und drückt die Getreidepreise unter die Gestehungskosten der intensiver wirtschaftenden europäischen Länder. Fast schlimmer ist es noch, daß unter dem Drucke der importierten billigen Kolonialwollen der bis dahin lukrativste Zweig der Viehhaltung, die Produktion edler Schafwolle, aufhört rentabel zu sein. In dieser schweren Zeit wird die Not zum strengen Lehrmeister, dem der Übergang zur vorherrschenden Rindviehhaltung zu danken ist. In weiterer Folge lehrt sie den Landwirt rechnen, sich der kapitalistischen Umwelt anzupassen. Die Buchführung, bisher das Vor-



recht weniger Großgüter, hält Einzug in die breiteren landwirtschaftlichen Kreise, ihre überzeugenden Daten führen zur Erstellung von Agrarzöllen. Das Genossenschaftswesen kommt auf, die Intensivierung wird jetzt am lebhaftesten durch das Medium der Ökonomisierung betrieben. Die rechnerische Erfassung in der Zeit der technischen Hochintensität vor 1914 ist freilich von den heutigen Rationalisierungsbestrebungen weit entfernt. Damals hat man es noch nicht nötig gehabt auf Arbeitersparnis viel Bedacht zu nehmen. Die Landwirtschaft beschränkt sich darauf, hohe Ackererträge unter einer, organisatorisch wie rechnerisch auch noch zu überbietenden Berücksichtigung der übrigen ökonomischen Faktoren anzustreben. Und dieses Ziel erreicht sie während der dritten Periode der Intensivierung in den kulturell vorgeschrittenen Ländern in vorher ungeahnter Weise.

Will man in Zahlen festhalten, was in dieser Hinsicht bis zu Anfang des Weltkrieges geleistet wurde, so finden sich phantastische Ziffern zusammen. Für die deutsche Landwirtschaft wird die Steigerung der Gesamtproduktion in 100 Jahren mit 212% berechnet. Sind die anderen Staaten ziffernmäßig nicht so zu erfassen, so läßt sich zumindest erkennen, daß die Ackerfläche in Europa mit Ausnahme von England und Rußland mächtig gewachsen ist. Großbritannien setzt dem Rückgang seiner Ackerfläche um mehr als ein Fünftel eine 50%ige Vermehrung von Wiese und Weide entgegen. Sein Viehstand beweist zugleich, daß seine, früher als in irgendeinem Staate erreichte landwirtschaftliche Intensität nicht verschwunden ist, aber eine Transformation durchgemacht hat. Verheimlicht die Statistik aller Staaten zumeist die Futtergewächse, die als Stoppelfrucht der Hauptfrucht folgen, so darf die Erfahrung auch sie als bedeutende Errungenschaft verbuchen. Nur Rußland zeigt in jener Epoche keinen Aufstieg, wie es in der jetzigen keinen erlebte. Der Anteil der intensiveren Kulturarten entwickelt sich 1870—1913 nach rückwärts statt nach vorwärts, obgleich von anderer Seite die angebliche Steigerung der Getreideproduktion behauptet wurde.

Überragend erweist sich der Einfluß des landwirtschaftlichen Fortschrittes auf Löhne und Gehalte. Ein deutsches Gut, dessen Statistik, ein seltener Fall, 90 Jahre umspannt, weiß von der Vermehrung des Lohnstatus auf das Zwölfwache zu berichten. Die zwei Millionen Hektar Zuckerrüben und die 12 Millionen Hektar, die in 100 Jahren der jährlichen Ackerfläche zugewachsen sind, geben allein in jedem Jahr 6 Millionen Menschen 6 Monate hindurch Beschäftigung und erfordern Kapital und Futterkosten für zwei Millionen Pferde.

Andere Anzeichen erzählen kaum weniger eindringlich als die bisher gegebenen Zahlen von der Intensivierung der europäischen Landwirtschaft. Nach der Ausdehnung des Ackerbaues auf Kosten der Brache und extensiverer Kulturen oder durch Melioration unproduktiver Böden, ist es der veränderte Anteil der gebauten Früchte, der sich der Untersuchung darbietet. Der zunehmende Ersatz des sommer-

lichen Brotgetreides durch das Wintergetreide gestattet die Arbeit ganz anders zu organisieren und viel höhere Hektarerträge zu erzielen. Ein anderer, statistisch nicht zu erfassender Fortschritt liegt in der Werterhöhung der Früchte durch Züchtung, nicht am wenigsten in der Werterhöhung der Futtergewächse, in der Verbesserung der Weidesysteme und des feldmäßigen Futterbaues. Unnötig zu betonen, welche Konsequenz dies wieder für die Viehproduktion hat. Ein Zusammenhang wird sichtbar zwischen der Intensität der Feldwirtschaft und der Dichte des Viehstappels. Zugleich ein anderer mit dessen Zusammensetzung. Die Rinderzahlen steigen unter der Einwirkung der größeren Intensität des Ackerbaues riesig an, die Schaf- und Ziegenhaltung geht beträchtlich zurück. Und noch einmal geben sich für die Intensität der Feld- und Wiesenwirtschaft bezeichnende Erscheinungen zu erkennen, an denen die Statistik vorübergeht: Früher als die bewußte Züchtung der Kulturpflanzen hat sich jene der Haustiere bedeutende Erfolge geholt. Größere Rassen verdrängten die kleinen, wo die Futterwüchsigkeit es erlaubte. Die Tiere wurden schwerer, reifen rascher, die Milchergiebigkeit ist die vielfache geworden. So erweist die Landwirtschaft auf allen Gebieten ihre außerordentlichen technischen Leistungen in dem Jahrhundert, das dem Weltkrieg voranging.

Während sie so, wenigstens in den Staaten der Hochkultur, technisch scheinbar kaum noch etwas hindert, den Flug zu immer märchenhafterer Entfaltung zu nehmen, erinnert manche Erfahrung den Landwirt daran, daß doch nicht jeder wohlervogene Mehraufwand auch den erwarteten Mehrertrag bringt. Der Landwirt hat längst, ohne erst einer theoretischen Formulierung zu bedürfen, gemerkt, daß es natürliche Faktoren des Pflanzenwachstums gibt, die den Ertrag der Produktion nicht endlos zu vervielfältigen gestatten. Und da die Theoretiker noch darüber streiten, ob das Geltungsbereich des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages wirklich so eng geworden ist, daß sich seine Wirkung in der Praxis nur selten fühlbar mache, hat es der Landwirt in der eigenen Wirtschaft anders erfahren: er muß sich bei seiner Arbeit tagtäglich mit der Rentabilität des Aufwandes auseinandersetzen. Er weiß genau, daß er mit Aufwendungen nicht zu weit gehen darf, ohne seinen geschäftlichen Erfolg zu gefährden.

Die Wichtigkeit der Frage, wie weit und wann ein Mehraufwand berechtigt und rentabel ist, hat die Untersuchung auf einige Erscheinungen gelenkt, die ursächlich mit der Wirksamkeit des Gesetzes des abnehmenden Ertrages nicht das Geringste zu tun haben. Nichts damit zu tun hat es, daß wir oft unter denselben natürlichen Bedingungen, bei demselben Kulturzustand und bei denselben Wirtschaftssystemen für einen bestimmten Geldaufwand Produktionsmittel zu ungleichen Preisen oder von ungleicher Wirksamkeit erhalten und sie mit ungleicher Geschicklichkeit verwenden. Das bedeutet aber nicht mehr oder nicht weniger als die Ungleichheit der Kosten gleicher Maßnahmen und infolgedessen der Produktivität des Aufwandes. Natürlich auch

die Ungleichheit der Kosten eines zusätzlichen Aufwandes bei der Bemühung, die Intensität zu heben. Obgleich also diese Erscheinung mit der Wirksamkeit des Gesetzes des abnehmenden Ertrages nichts gemein hat, mündet sie doch, wie man sieht, schließlich darin, den Eintritt dieser Wirksamkeit mit zu bestimmen. Und ebenso wie die Rentabilität hängt somit der Anreiz zu weiterer Intensivierung von jenen besonderen Verhältnissen ab.

Wir haben getrachtet die Faktoren festzustellen, von denen die Produktivität des Aufwandes, vom Standpunkt des Landwirtes gesprochen: die Rentabilität des Aufwandes abhängt. Dabei sind wir dazu gelangt, die unsterbliche Lehre Thünens von dem Einfluß der Lage auf die Geltung des Gesetzes des abnehmenden Ertrages und damit auf die Angemessenheit der Wirtschaftssysteme in ihrer ganzen Größe zu erkennen. Es hat sich aber zugleich gezeigt, daß von der Gesamtheit der natürlichen und wirtschaftlichen Bedingungen eines Staates, von dessen Gesetzgebung, der Kulturstufe, der Eigenart und dem Tüchtigkeitsgrad der Bevölkerung im allgemeinen und der landwirtschaftlich Tätigen im besonderen, kurz von der Summe der produktiven Voraussetzungen, die ich unter dem Hilfsbegriff des „ökonomischen Koeffizienten“ zusammenfasse, auch bei gleichen Produktenpreisen Wirkungen ausgehen, die abseits der von Thünen gefundenen Ergebnisse liegen. Der günstige ökonomische Koeffizient eines Staates bedingt auf jeder landwirtschaftlichen Intensitätsstufe eine höhere Produktivität des Aufwandes als der ungünstigere ökonomische Koeffizient. Durch einen solchen wird daher auch der Eintritt der wirtschaftlichen Geltung des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages beschleunigt, durch den günstigeren ökonomischen Koeffizienten verzögert. Diese Ergebnisse sind von allgemeiner Gültigkeit, sie gelten für jede Stufe der landwirtschaftlichen Intensität und für jedes Wirtschaftsgebiet ausnahmslos.

Es braucht nicht erst einer besonderen Begründung, warum diese Feststellung in dem vorliegenden Buche ebensowenig beiseite gelassen werden durfte, als die Besprechung des Gesetzes des abnehmenden Bodenertrages und die Lehre Thünens. Denn, sind jene beiden für die Erkenntnis der Grenzen und Möglichkeiten, die der Landwirtschaft gegeben sind, unerläßlich, so ergibt sich aus unserer Feststellung, daß kein Versuch, die Verhältnisse der europäischen Bodenkultur zu beurteilen, erfolgreich sein könnte, der nicht zugleich den produktiven Gesamtzustand der Staaten, deren ökonomischen Koeffizienten in Betracht zieht.

## II. Die neuen Verhältnisse.

Die Änderung der Besitz- und Betriebsgrößen. — Die Änderung, der Produktionskosten und der Rentabilität. — Das bäuerliche Einkommen. — Die Errungenschaften der Landarbeiter. — Verschiebungen in Produktion und Konsum.

Das Ende des Weltkrieges entließ eine bis ins innerste Mark gewandelte Bevölkerung in die Heimat und zur Scholle. Nicht weniger

haben sich die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände von Grund auf geändert. Der kleine Mann ist der gesuchte Bundesgenosse aller Parteien geworden und weiß es durchzusetzen, daß er zu Lasten der öffentlichen Hand und des Großgrundbesitzes mit Boden beteiligt wird. Unter dem Titel „Bodenreform“ gehen in ganz Europa die allergrößten Umwälzungen im Bodenbesitz vor sich. Liegt das Endresultat des Prozesses auch nicht in lückenlosen Ziffern vor, so konnten wir doch in Umrissen sehen, in welchem Umfange Pachtland in Eigenbesitz verwandelt worden ist, wie ungemein ausgreifend sich die Änderung in der Verteilung der Besitz- und Betriebsgrößen vollzogen hat. Der Großgrundbesitz, der vor dem Krieg sicher zumindest ein Fünftel des europäischen Acker- und Wiesenlandes besaß und einen beträchtlichen Teil davon vorbildlich für seine bäuerliche Umgebung als Großbetrieb bewirtschaftete, dürfte jetzt unter Einbeziehung des europäischen Rußland keine 5% mehr sein Eigen nennen. Und die Riesenflächen, die einst dem Großbetrieb gehörten, sind nur zum geringsten Teil in Bauerngüter mittleren oder größeren Umfanges verwandelt worden. Sie wurden vielmehr vorwiegend in Kleinbauernstellen, Zwergbetriebe und Wohnsiedlungen zerlegt.

Eine solche tiefgehende Änderung hat nicht bloß ihre wirtschaftliche Seite, sondern abermals, neben nationalen, soziale und politische Seiten. Fallen die nationalen außerhalb des Themas dieser Untersuchung, so war es um so erforderlicher, sich mit den übrigen auseinanderzusetzen. Dies ist an Hand eigener Erfahrung und Erwägung, unter Bedachtnahme auf die verschiedenen agrarpolitischen Meinungen anderer geschehen und hat dazu geführt einige Konsequenzen zu erkennen. Sie gelten mit der Einschränkung, daß das Endergebnis, Art und Umfang der Produktion im neuen Europa selbstverständlich nicht allein von der geänderten Verteilung der Betriebsgrößen abhängen wird, sondern ebenso von anderen Faktoren, die vornehmlich in den Agrarpreisen, in den Preisen der Produktionsmittel und im Reinertrag zum Ausdruck gelangen.

Die Konsequenzen der Bodenaufteilung aber sind namentlich diese: Zur Erreichung einer bestimmten höheren Intensitätsstufe wird, gleiche Preise vorausgesetzt, ein größerer Kapitalaufwand nötig sein als früher. Das Hervorbringen einer bestimmten Menge von Bodenprodukten wird, abermals bei gleichen Preisen, einen höheren Aufwand erfordern. Als Folge: Den durch die Produktion hervorgebrachten Gütern steht eine größere Menge von Gütern gegenüber, die aus Anlaß der Produktion aufgebraucht werden. Die Agrarproduktion beeinflußt daher jetzt die Handelsbilanz weniger günstig als vorher. Die Zersplitterung könnte möglicherweise die Erzeugung von Viehprodukten, Obst, Gemüse, gartenmäßigen Kulturen vermehren, dagegen dürfte sich die Erzeugung von feldmäßigen Bodenfrüchten stärker verringern als die erste wächst.

Was die soziale und die politische Seite der Frage betrifft, bedeutet

das Zurückdrängen des Großgrundbesitzes, soweit dieser sich nicht als bloßer Rentenempfänger, ohne näheres Verhältnis zum Boden fühlte, nicht wenig. Pflögte doch der größere Gutsbesitzer nicht nur ökonomisch und insbesondere technisch beispielgebend zu sein, sondern auch der Führer in der Politik des Berufsstandes, zudem ein Element ruhiger, aber beharrlicher Weiterentwicklung. Nun wurde er zum größten Teil durch Millionen kleiner Bodenbebauer ersetzt. Das Niveau der Wirtschaft mußte dadurch herabgesetzt werden, diese an Stabilität verlieren. Es liegt an den mittleren und größeren Bauern, mit den Resten des Großgrundbesitzes vereint einzuholen, was durch die Dezimierung des letzten der europäischen Wirtschaft an Produktionskraft verloren ging.

Eine andere Sorge sahen wir daneben ihr Haupt erheben: Es ist nicht abzusehen wie diese Zwergbesitze, meist mangelhaft instruiert, mit unzureichendem Betriebskapital und mit geringer Sachkenntnis ihrer Eigentümer, diesen zu einer Existenz verhelfen sollten, die genügende kulturelle Möglichkeiten bietet. Wir werden uns auch dies für die Schlußfolgerungen merken müssen.

Unter den Faktoren, die Art und Umfang der Produktion neben der Verteilung der Besitzgrößen beeinflussen, wurden die Preise der Produktionsmittel und der Agrarerzeugnisse genannt. In ihnen spiegelt sich eine Welt anderer natürlicher und wirtschaftlicher Momente wieder. Es lag deshalb nahe, den Wandlungen nachzugehen, welche die Preise seit der Vorkriegszeit erfahren haben. Ein zahlreiches Ziffernmaterial aller Herren Länder lehrte, daß nicht nur die Preise der Produktionsmittel, sondern alle landwirtschaftlichen Produktionskosten in ganz Europa ungemein angeschwollen sind. Die Entgüterung und der Kapitalmangel zufolge Kriegs und Nachkriegszeit, die geänderte Verteilung des Weltreichtums und, innerhalb der Staaten, des Sozialproduktes, die Kleinstaaterie Europas, politische, soziale und wirtschaftliche Experimente sind es, die sich in der Vermehrung der Produktionskosten zu erkennen geben. Als unmittelbare Folge davon: abermals eine Verringerung der Produktivität der Arbeit. Die Produktion Europas ist ganz allgemein unökonomischer geworden. Freilich haben nicht alle Länder mit ihren landwirtschaftlichen Produktionskosten darauf gleich reagiert und die Gründe der Verteuerung sind nicht mit einem Satz auszuschöpfen. Es sind auch solche begrüßenswerter Art darunter, wie der Ausbau der Sozialfürsorge, der allerdings vielfach unter unverhältnismäßig hohen Kosten bewerkstelligt wurde, was die Landwirtschaft mehr als nötig belastet.

Neben der Vermehrung der Produktionskosten zeigte sich in fast allen Staaten Europas eine Unzulänglichkeit der Agrarpreise, gemessen an den Preisen der Industrieerzeugnisse. Dies wird nicht zuletzt dadurch erklärt, daß die Bildung der Agrarpreise in höherem Maße von außereuropäischen, weltwirtschaftlichen Einflüssen abhängig zu sein pflegt, als die der meisten Industrieprodukte.

Im einleitenden Kapitel wurde auf die außerordentlich hohe Quote

hingewiesen, mit der die menschliche Arbeit an den Produktionskosten und am Marktwert der Agrarprodukte beteiligt ist. Die mit fortschreitender Kultur naturgemäß wachsenden Ansprüche der landwirtschaftlich Tätigen sind, angesichts der Enge des Verhältnisses zwischen den Kosten der Arbeit und dem Wert des Endproduktes und bei den beschränkten Rationalisierungsmöglichkeiten, als eines der Hauptprobleme der Agrarpolitik im neuen Europa bezeichnet worden. Die Untersuchung hatte sich deshalb nach Unterlagen umzusehen, die erkennen lassen, wie es eigentlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen um diesen Anteil des Arbeitslohnes an den Gesamtkosten steht. Aus dem vorliegenden Material ließ sich erkennen, daß der Lohnanteil begreiflicherweise je nach den speziellen Verhältnissen der Staaten und nach den Wirtschaftssystemen stark variiert. Bei extensiven Wirtschaftsformen, bei Weidewirtschaft oder bei vorherrschender Viehzucht ist der Lohnanteil gering und kann bis auf 20 % sinken. Bei Ackerwirtschaft mit Viehzucht wurde ein Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtkosten bis 40 % beobachtet. Dagegen beanspruchen intensive Kultursysteme einen Arbeitslohn, der 60 % und noch mehr beträgt. Herangezogene amerikanische Vergleichszahlen haben das für die europäische Bodenkultur interessante Ergebnis gebracht, daß die Rationalisierung sich bis zu einem gewissen Grade zwar als durchführbar erweist, daß die Ersparnis in einem Produktionselement jedoch zumeist mit der Verschwendung in einem andern erkauft werden muß. Der weitgehende Ersatz an menschlicher Arbeitskraft durch die Maschine war nur möglich, weil man mehr Boden zur Verfügung hatte, weil man mit ihm nicht so zu sparen brauchte, wie bei uns. Bleibt doch der höchste Ertrag von der Flächeneinheit der Maschinenkultur versagt. Die Ersparnis an Menschenarbeit ist fast immer mit der Verschwendung an Boden gepaart.

Wenn die Produktionskosten fortgesetzt wachsen, die Agrarpreise nicht in den Himmel steigen sollen und die Rationalisierung durch die Mechanisierung auch wieder zu Lasten der Roterträge geht, wo holt der Landwirt sich da die ausreichende Rentabilität, ohne die er auf die Dauer nicht erzeugen kann? Die Idee taucht auf, ob sich eine den Konsum schonende Preisreserve für den Landwirt nicht etwa durch die Rationalisierung des Zwischenhandels schaffen ließe. Dieser Gedanke ist namentlich in dem Kreis um den Völkerbund verfolgt worden und hat auch uns beschäftigt. Wir konnten vorerst nur feststellen, daß hier ein Weg abgesteckt wurde, daß er aber noch nicht passierbar ist. Meilensteine zeigten sich, doch keine Straße war zu finden.

Die Tatsache höherer Produktionskosten und relativ niedriger Agrarpreise sagt zwar, daß auch der Reingewinn des Landwirtes abgenommen haben muß, jedoch nicht in welchem Maße. Dank dem außerordentlichen Interesse, das viele Staaten und landwirtschaftliche Organisationen ihren Buchstellenergebnissen zuwenden, lag auch für die Beurteilung dieser Frage genug Vergleichsmaterial vor. Wir konnten

daraus entnehmen, daß der manuell mitarbeitende Landwirt für seine eigene Tätigkeit in vielen Fällen nicht den Lohn heraus schlägt, den sein Knecht bekommt. Der Bauer mußte sich zumeist mit einer geringeren Verzinsung seines im Betriebe investierten Kapitals zufrieden geben, als wenn er es in die Sparkasse getragen hätte. Er war vor die Wahl gestellt, weniger Zinsen zu erhalten als jeder andere Staatsbürger oder weniger Lohn als ortsüblich. Nur psychische Einstellung oder Überschätzung der Ertragsmöglichkeit erklärt es daher, wenn der kleine Grundbesitzer dennoch zähe an seinem Besitz festhält und wenn es landlose Lohnarbeiter gibt, die Besitzer oder Pächter werden wollen. Diese Einstellung ist eine europäische Eigentümlichkeit, die der überseeische Farmer nicht kennt. Deshalb unterläßt er das Bebauen ungenügend rentierender Ländereien, während bei uns die nicht kapitalistische Denkungsweise des Landwirtes und wohl auch die geringen Aussichten auf andere rentablere Arbeit das Brachliegen schlechterer Böden vorerst noch verhindern.

Gegenüber der Tatsache, daß die Lage der selbständigen Landwirte im Durchschnitt wenig beneidenswert geworden ist, schien es notwendig festzustellen, welche Entwicklung die Verhältnisse des Lohnarbeiters genommen haben. Sie erfuhren, wie wir sahen, was die Höhe der Entlohnung und mehr noch die sozialen Zustände anbetrifft, Arbeitszeit, Landarbeiterrecht, Sozialversicherung und selbst die Gelegenheit zu höherem Lebensgenuß in fast allen Staaten eine beträchtliche Besserung gegenüber der Vorkriegszeit. Internationale Bemühungen sind am Werke, den sozialen Fortschritt den rückständigen Ländern nahe zulegen. Nichtsdestoweniger verhält es sich derart, daß weder die Entlohnung, noch die Arbeitsbedingungen der Landarbeiter jenen der besser situierten Industriearbeiter nachgekommen sind. Wir hatten festzustellen, daß dieses Ziel so lange unerreichbar ist, als nicht nur die Rentabilität der Landwirtschaft eine viel größere wurde, sondern auch heute ungeahnte Methoden eine ganz andere Beherrschung der natürlichen Faktoren gestatten.

Wie die Gesamtproduktion auf die geänderten Bedingungen reagierte wird dadurch gekennzeichnet, daß Europa samt Rußland im Durchschnitt von 1921/25 jährlich um 385 Millionen q weniger Getreide zur Weltproduktion beisteuerte, als in der letzten Vorkriegsperiode. Die größere Hälfte des Rückganges betrifft die sozialistischen Sowjetrepubliken. Ungeachtet des enormen Ausfalles ist die Getreideeinfuhr Europas nicht gestiegen. Unter der Voraussetzung, daß die Ziffern der amtlichen Statistik richtig sind, läßt sich das Gleichbleiben der Einfuhr nur durch die Abnahme des Getreidekonsums erklären. In weiterer Folge konnte sich der merkwürdige Fall ereignen, daß bei einer, nach früheren Maßen ungenügenden Welterzeugung Jahre hindurch eine Krise der Getreidepreise fühlbar blieb. Das Frühjahr 1929 hat nach kurzer Zeit der Erholung ein neuerliches, noch schlimmeres Preisdebacle am Weltmarkt gebracht. Mit der Ausdehnung der überseeischen

Weizenfläche zusammenhängend, hätte es bei normaler Bedarfsentwicklung Europas und besonders Sowjet-Rußlands niemals so arge Dimensionen annehmen können.

Hat sich der Rückgang der Ackerproduktion so eingestellt, wie er, abgesehen von den anderen Faktoren, allein schon von der Bodenaufteilung und ihren Konsequenzen zu erwarten war, so konnte ein gleichzeitiges Anwachsen der Viehproduktion durchaus nicht konstatiert werden. Und doch hätte dies eintreten müssen, wenn die Meinung einiger Agrarpolitiker über die Überlegenheit des Kleinbetriebes bei der Viehhaltung zuträfe.

### III. Die Weiterentwicklung.

Die Arbeit der agrarischen Organisationen. — Einwirkung des theoretischen und praktischen Marxismus. — Alte Sorgen in neuer Beleuchtung. — Die Beeinflussung der Agrarpreise. — Noch einmal das Kulturgebiet als Faktor.

Wir sahen die Landwirtschaft unter dem Druck der Ereignisse in andere, schwerere Bedingungen hineingeraten. Nun, da deren unerfreuliche Gestaltung sich auswirkt, sind emsige Kräfte dabei, der Landwirtschaft trotz der unliebsam veränderten Voraussetzungen vorwärts zu helfen. Ansichten und Richtungen suchen sich dabei zur Geltung zu bringen, die, wie jene der Agrarier, der Sozialisten und gar erst der Bolschewisten, den entgegengesetztesten Ideengängen entspringen. War es hier nicht möglich alle Schattierungen und Abarten bis in ihre letzten Konsequenzen zu verfolgen, so konnten doch einige von beträchtlicher Bedeutung besprochen werden. Mit den agrarischen und überparteilichen Körperschaften beginnend, haben wir zunächst den Deutschen Landwirtschaftsrat, die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, eine österreichische Bauernkammer und die tschechoslowakischen Organisationen, die im Haus der Landwirtschaft in Prag vereinigt sind, bei der Arbeit aufgesucht. Zielbewußtes, ernstes Streben fand sich bei allen diesen, dem Wesen nach genug verschiedenen Einrichtungen vor. Daneben ein typisches, ihnen allen gemeinsames besonderes Bemühen um den Bauernstand. Zu keiner Zeit ist mehr für dessen Förderung geschehen, für seine Bildung, fachliche Unterstützung und wirtschaftliche Organisation. Ganz neu fand sich das Bestreben, die Landarbeitsforschung in die Praxis umzusetzen, der Praxis die Rationalisierung und Standardisierung dienstbar zu machen. Die Mechanisierung und ihr wünschenswerter Umfang werden erprobt, Konjunkturbeobachtung und Preisberichtsstelle sind im Begriffe den Landwirt besser in den Kreislauf des ökonomischen Geschehens einzupassen.

Was jenem etwa noch an kapitalistischem Denken und finanzieller und kommerzieller Potenz mangelt, soll das neu belebte Genossenschaftswesen beistellen. Es hat unter Mithilfe der Staaten immer ausgedehntere Bezirke erobert und manchen Schönheitsfehler seiner Jugendzeit abgelegt. Als Kreditquelle erweist es sich unter den neuen Verhältnissen noch unentbehrlicher als früher. Ebenso scheint die



Organisation des genossenschaftlichen Verkaufes die lebenswichtige Grundlage der Standardisierung und der Preisbeeinflussung zu werden. Eine der neuesten Äußerungen genossenschaftlicher Arbeit fanden wir in bescheidenen Ansätzen zur Herstellung unmittelbarer Beziehungen zwischen den Landwirten und den letzten Verbrauchern. Schließlich zeigt sich der, freilich vorerst mehr als Augentrost wirkende Gedanke, auf genossenschaftlicher Basis ein Instrument zur Abwehr der überseeischen Getreide-Dumping-Politik zu gewinnen.

Pläne so ausgreifender Art haben wenig Aussicht auf dem engen Boden einzelstaatlicher Gebundenheit zu gedeihen. Die genossenschaftliche Richtung weist denn auch schon embryonale Ansätze zu überstaatlichen Verbänden auf.

Einen festeren Unterbau erhalten jene Absichten durch die internationalen Vereinigungen, die sich die Landwirtschaft in der Nachkriegszeit geschaffen, die sie ausgebaut oder von Grund aus umgestaltet hat.

Außer älteren Einrichtungen solcher Art, gleich dem Internationalen Landwirtschafts-Institut in Rom, sind die Veranstaltungen des Völkerbundes zu wichtigen Faktoren der europäischen Agrarpolitik geworden. Daneben haben das anschwellende Selbstgefühl und der stärkere politische Einfluß der Bauernschaft deren Stellung innerhalb der innenstaatlichen wie der überstaatlichen agrarischen Organisationen gehoben und zu Neugründungen gedrängt. Ein mächtiger Gegenstrom ist so der, nach Kriegsende scheinbar schrankenlos anwachsenden sozialdemokratischen Flut entstanden. Ein Faktor, dessen rechtsorientierte Vertretung bäuerlicher Interessen und dessen Werbekraft der Innenpolitik vieler europäischer Staaten die Richtung zu geben beginnen. Ein Element, das selbst außenpolitisch immer mehr Bedeutung gewinnt.

Die Wichtigkeit dieser Tatsache wird durch das intensive Übergreifen der sozialdemokratischen Organisation auf das Gebiet der Agrarpolitik unterstrichen. Ohne Widerspiel in der großen Masse der Bauern würde jene zufolge ihrer politischen Aktivität die Landwirtschaft noch mehr in das marxistische Fahrwasser gedrängt haben, als es bereits geschehen ist. Mag die zuletzt geäußerte Meinung zunächst befremden, so läßt sich ihre Berechtigung doch unschwer nachweisen. Sozialistischer Einfluß zeigt sich in der Art, in welcher bei der Bodenreform vieler Länder der traditionelle Respekt vor dem Privateigentum bedenkenlos beiseite gelassen wurde. Er äußert sich in dem Rufe nach immer stärkerer Einwirkung des Staates, der sogar auf agrarischer Seite ziemlich laut ertönt. Man denke bloß an die Stellung zur Monopolisierung des Getreides und der Mühlenprodukte, in der sich führende Agrarier mit dem sozialdemokratischen Agrarprogramm begnügen. Die Progression der Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung, die dem größeren Besitz in manchen Ländern zugemutet wird, ja das Obligatorische der Sozialversicherung an und für sich, legt Zeugnis im

gleichen Sinne ab. Selbst im Genossenschaftswesen ist ein gutes Stück Gemeinwirtschaft enthalten<sup>1)</sup>.

Man sieht, daß die sozialistische Denkweise derart, vorteilhafte und unvorteilhafte Ausläufer in die Landwirtschaft entsendet hat und noch viel mehr nach dem Agrarprogramm in Vorbereitung hält, das von den sozialdemokratischen Parteien einiger Staaten veröffentlicht worden ist. Besitzen die sozialdemokratischen Parteien auch nirgends ein solches Übergewicht, daß sie die Verwirklichung des Programmes zu dekretieren vermöchten, so ist ihre politische Macht doch genügend, um auf die Gesetzgebung vielfach einwirken zu können. Noch stärker ist die indirekte Einwirkung durch das langsame, unmerkliche Umbiegen alterhergebrachter bürgerlicher Ansichten, von dem wir eben Proben wiedergaben. Am stärksten aber versucht das sozialdemokratische Agrarprogramm die Bodenkultur dadurch zu beeinflussen, daß es den Proletariern unter den landwirtschaftlich Tätigen das Blaue vom Himmel verspricht. Dies schafft wieder den sozialdemokratischen Landarbeiter-Gewerkschaften außerordentlichen Zuzug und setzt sie in die Lage in den naturgemäßen Entwicklungsgang der landwirtschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ein schnelleres Tempo hineinzubringen. Allerdings auch ein schnelleres Tempo, als den Entwicklungsmöglichkeiten der Betriebe entspreche.

Muß die Agrarpolitik des Sozialismus, selbst des marxistischsten Sozialismus, immerhin zwischen dessen Dogmen und den Zielen einen Ausgleich suchen, denen die praktische Politik inmitten einer demokratisch-kapitalistischen Umwelt nachgehen kann, so war zu erwarten, daß der Bolschewismus ein solches Paktieren nicht erst nötig hätte. In Wirklichkeit ergab sich dagegen aus dem Spiel der sowjetistischen Pläne, Maßnahmen und Resultate, daß man wohl Güter und Werte zu zerstören vermochte, jedoch außerstande war, irgend etwas Endgültiges gegen den zähen Widerstand der Bauern auszurichten. Weit entfernt der marxistischen Ideologie in der russischen Landwirtschaft zur Reininkarnation zu verhelfen, bewegt sich die sowjetistische Agrarpolitik vielmehr in einer Kreislinie, die gezwungenermaßen stets zum Ausgangspunkt zurückkehrt. Wenig Gutes ist dabei herausgekommen und die russische Landwirtschaft noch nicht einmal wieder auf dem niedrigen Produktionsstand der Vorkriegszeit gelangt. Ein riesiges Staatsgebiet hat an dem Wiederaufbau der europäischen Landwirtschaft bisher nur mit negativen Ergebnissen Teil gehabt.

<sup>1)</sup> Es ist dies übrigens keine Eigentümlichkeit der Landwirtschaft, sondern eine Eigentümlichkeit der Zeit. Ludwig v. Mises sagt im Vorwort zu seiner „Kritik des Interventionismus“, Jena 1929, Gustav Fischer: „Nahezu allen Schriftstellern, die sich mit den Problemen der Wirtschaftspolitik befassen, und nahezu allen Staatsmännern und Parteiführern schwebt als Ideal ein System vor, das, wie sie glauben, weder kapitalistisch noch sozialistisch, weder Sondereigentum an den Produktionsmitteln noch Gemeineigentum an den Produktionsmitteln ist: ein System des durch Eingriffe der Regierung und anderer gesellschaftlicher Zwangsmächte (z. B. der Gewerkschaften) beschränkten, geregelten und geleiteten Sondereigentums“.

Indes die Bodenkultur Sowjet-Rußlands so dessen Experimente schmerzlich büßt, sind jener des übrigen Europas, namentlich Mitteleuropas, aus der Neuordnung der Verhältnisse auch genug Schwierigkeiten erwachsen. Da hat gleich die Frage der bäuerlichen Erbfolge ein besonderes Gesicht bekommen. Im Zuge der sogenannten Bodenreform sind Millionen von Kleinbauern-Stellen geschaffen worden. Ihr Einkommen bleibt hinter dem Einkommen der erwachsenen Landarbeiter und mehr noch der Industriearbeiter zurück. Von vielen Mittelbauern ausgedehnter Ackerbaugebiete gilt das gleiche, von solchen gewisser Gebirgsgegenden in noch höherem Maße. Eine Unzahl von Bauerngütern ist bereits jetzt zu wenig umfangreich, um dasselbe oder gar ein besseres Einkommen als die Lohnarbeit bieten zu können. Solange es nicht gelingt, den Reinertrag der Wirtschaften zu steigern, bildet deshalb die geschlossene Erhaltung der Bauerngüter, sei es durch Regelung des Erbganges, sei es durch Übergabe unter Lebenden, eine Angelegenheit von noch ganz anderer Dringlichkeit als früher, eine Angelegenheit, die jetzt viel mehr Betriebe betrifft.

Eine weitere Frage gilt der Besteuerung der Landwirtschaft. Wieder macht sich geltend, daß enorme Flächen in schwache Hände gelangten, daß die Ausgaben gestiegen, die Einnahmen allgemein gesunken sind. Mancherlei Umstände aber haben sich zugleich eingestellt, um den Steuerdruck auch absolut gewaltig zu vermehren. Einer internationalen Preisbildung ausgeliefert, die keinerlei Rücksicht auf die besonders garteten Verhältnisse in Europa nimmt, gibt die europäische Landwirtschaft fast nirgends einen ausreichenden Ertrag, aus dem sie Steuern auf die Dauer allein bezahlen könnte. Es drängt daher zu der Entscheidung, ob in Europa günstigere Produktionsbedingungen zu schaffen sind und ob sich der Druck fremder Weltteile vermindern läßt. Gelingt beides nicht in befriedigendem Maße, so bleibt nichts übrig, als den Bodenbau, den man benötigt, mit Steuern weniger zu belasten. Man sieht, daß die weitere Entwicklung der Landwirtschaft in den verschiedenen Staaten auch von der Art wie diese Frage gelöst wird, nicht unberührt bleiben kann. Wir fanden eine bessere Übersichtlichkeit der Steuerbelastung für die Landwirtschaft wichtig, weiter die Vereinfachung und Vereinheitlichung des Steuerwesens als Voraussetzung seiner Verbilligung. Vor allem jedoch die Beseitigung jeder Vorbelastung durch Grund- und Realsteuern.

Eine andere Angelegenheit, welche die landwirtschaftliche Produktion in der Nachkriegszeit drückt und behindert, ist die des vermehrten Geld- und Kreditbedarfes und des knappen und teureren Leihkapitals. Wir haben uns mit den Ursachen des ersten ausführlich auseinandergesetzt. Was die zweite Frage anbelangt, so wurde sie durch das Genossenschaftswesen wohl angegangen und gemildert, aber durchaus nicht aus der Welt geschafft. Wir kamen den vielfachen, nationalen und internationalen Lösungsversuchen gegenüber zu dem Ergebnis, daß die Ordnung des landwirtschaftlichen Kredites schließlich gar nicht so

sehr die Frage eines billigeren Zinsfußes ist, als die Frage der besseren Rentabilität der Betriebe. Denn das Kreditwesen der Landwirtschaft hat doch nur Aussicht zu gesünderer Gestaltung zu gelangen, wenn die Ertragsverhältnisse sich derart gebessert haben, daß der im natürlichen Wirtschaftsverkehr entstehende Zinsfuß für die Bodenkultur tragbar wird.

Was tut man aber sonst noch, um eine Besserung herbeizuführen? Wie steht es mit der Beeinflussung der Agrarpreise, die schon in der Vorkriegszeit einen so breiten Raum unter den agrarpolitischen Maßnahmen einnahm?

Wir haben uns bemüht eine Antwort auf jene Fragen zu finden und die unterschiedlichen Möglichkeiten der Preisbeeinflussung und das Für und Wider der Agrarzölle zu untersuchen. Insbesondere wurde der Zollnutzen für die verschiedenen Betriebskategorien ziffernmäßig genauer zu erfassen gesucht, als es bisher geschah. Dabei hat sich gezeigt, daß unter den geänderten Verhältnissen des neuen, sozial empfindlicheren Europa noch ganz andere Argumente als die von den Gegnern der Getreidezölle angeführten, gegen diese sprechen. Die Zölle auf Brotgetreide bringen dem Landwirt nicht mehr die gleichen materiellen Vorteile wie einst. Aus diesem Grunde sind sie nicht mehr geeignet, für sich allein die Landwirtschaft gegenüber der Konkurrenz billiger produzierender Länder zu schützen. Besaßen sie diese Fähigkeit einst, so ist sie ihnen jetzt zum guten Teil abhanden gekommen.

Als noch weniger berufen zum Schutz der Produktion erkannten wir den gleitenden Getreidezoll. Das Getreidemonopol vermag dem Getreide eine bessere Preissicherung als der Getreidezoll zu bieten. Muß der Landwirt nicht fürchten unter dem Drucke des Konsums oder entgegengesetzt orientierter politischer Parteien der zugesagten Monopolprämien unversehens verlustig zu gehen, so hat er von seinem privatwirtschaftlichen Standpunkt wenig Anlaß sich gegen das Monopol zu wenden. Dagegen sind gewichtige Bedenken vom Standpunkt der Volkswirtschaft zu erheben. Das Getreidemonopol gibt den vorwiegenden Teil seiner Kosten nicht so offen zu erkennen wie der Zoll und hat dadurch den Ruf besonderer Eignung und Billigkeit erlangt. Nach unseren Untersuchungen erscheint es indessen als das teuerste aller Systeme der Preisbeeinflussung, was seine Brauchbarkeit stark herabmindert. Dem Gebiete der Gemeinwirtschaft zuzuzählen, hatten ihm alle Schwächen an, welche die Anhänger der individualistischen Richtung dem Staat als Unternehmer nachzusagen wissen. Will der Staat sich die Erhaltung des Getreidebaus etwas kosten lassen, so vermag er der Landwirtschaft den finanziellen Vorteil des Monopols auf billigere Weise zu verschaffen. Er braucht ihr bloß die Steuern und Abgaben zu ermäßigen, und die Lasten der Sozialfürsorge zu übernehmen, durch welche den Betrieben Mitteleuropas meist mehr auferlegt wird, als ihnen das Getreidemonopol einbringen könnte.

Was die Zoll- und Handelspolitik sonst anbelangt, haben wir deren Schwerpunkt in dem Schutz der Viehproduktion und

der Viehprodukte erblickt, anstatt wie früher in den Zöllen auf Brotgetreide. Dem Zoll auf Braugerste wohnen nicht die gleichen produktionsverteuernden Wirkungen inne, die sich in der Nachkriegszeit bei den Zöllen auf Brotgetreide so unliebsam bemerkbar gemacht haben. Zölle auf Futter jeglicher Art, auch auf Futtergetreide, sind, als der landwirtschaftlichen Produktion feindlich, unbedingt abzulehnen. Im Zuckerzoll ist ein Mittel gegeben, um den rübenbauenden, intensiven Wirtschaften eine erhebliche und den Konsum wenig drückende Hilfe angedeihen zu lassen.

Zur richtigen Wertung der Erscheinungen und Möglichkeiten, die den Gegenstand der Untersuchung bildeten, gehört noch die Bezugnahme auf das umgebende Kulturgebiet. Konnte zunächst gezeigt werden, wie sehr die gesamten Produktionsverhältnisse eines Staates auf die Gestaltung jedes einzelnen Erzeugungsprozesses einwirken, so hat sich später ergeben, daß von jenen unter dem Hilfsbegriff des ökonomischen Koeffizienten zusammengefaßten Verhältnissen auch abhängt, welcher Erfolg bestimmten Maßnahmen zur Förderung der Bodenkultur in den verschiedenen Staaten beschieden ist. Anders ausgedrückt: Auch die Bemühungen zur Hebung der Gesamtlandwirtschaft und zur Beseitigung ihrer Schwierigkeiten sind in den verschiedenen Staaten nicht von den gleichen Resultaten begleitet.

Die Erkenntnis von dem so tiefgehenden Einfluß des ökonomischen Koeffizienten hat uns veranlaßt, den Faktoren, die ihn bilden, noch näher als es früher geschah<sup>1)</sup>, nachzuspüren. Dabei hat kein Faktor sich einschneidender erwiesen, als das der Landschaft eigentümliche Klima. Und weiter ging aus der engen Verbundenheit aller Faktoren hervor, daß mancher nicht zu messende Faktor durch Substituieren eines andern derart dem Verständnis näher gebracht werden kann, daß sich, trotz der Schwierigkeit das eng verstrickte System der Voraussetzungen zu entwirren, zu leidlichem Wissen gelangen läßt.

Von dieser Erfahrung ausgehend haben wir die Höhe der Bodenerträge verschiedener Staaten in ihrer Beziehung zur angewandten Landwirtschaftstechnik betrachtet, um deren Stufen schließlich im wesentlichen doch wieder als Funktion des Kulturgebietes zu erkennen. So ist uns, abseits der Einflüsse, die Thünen aus der Lage zum Markte ableitete, die Macht jener anderen, in den Gesamtbedingungen eines Landes gelegenen Einflüsse abermals eingehämmert worden, denen die Bodenproduktion unterworfen bleibt und die ihr gewaltiger als alles menschliche Wollen und Können die Richtung weisen.

Nicht hilflose Schicksalsgebundenheit hat sich uns indessen daraus abgeleitet, sondern die Notwendigkeit, das Urteil über die Aussichten der europäischen Landwirtschaft durch Eingehen auf die speziellen Verhältnisse der Staaten auf eine festere Grundlage

zu stellen. Im Rahmen dieser Arbeit war dies anders als oberflächlich, fragmentarisch, nicht erzielbar. Würde doch zu einer wirklichen Lösung nicht das Kapitel eines Buches genügen, auch nicht ein ganzes, dem Thema ausschließlich gewidmetes Buch. Viele Bände wären dazu erforderlich, viele, viele Mitarbeiter, wissenschaftliche Institute und Staaten und ungeheure Mittel, um das Material herbeizuschaffen, zu sichten und zu verarbeiten.

Vermochte deshalb hier nur Andeutung, nicht Erfüllung geboten zu werden, so ist das gewonnene agrar-geographische Bild doch nicht ganz belanglos gewesen. Es trat immerhin vor Augen, daß die Meinung, man könne noch in vielen Gebieten Europas die Erträge durch Verbreitung der modernen Landwirtschaftstechnik im weiteren Sinne so verbessern, daß sie sich dem Standard der Staaten mit höchster Landwirtschaftskultur nähern, viel zu optimistisch ist. Die intensive Bodenkultur wird vielmehr in absehbarer Zeit im wesentlichen auf die Gebiete beschränkt bleiben müssen, in denen sie bereits heute ziemlich scharf umrissen besteht.

Glied an Glied hat sich so zur Kette gereiht. Überblicken wir jetzt die wichtigsten Ergebnisse, die sie verbinden, so zeigt sich, daß uns das strömende Leben der europäischen Landwirtschaft manchen prinzipiellen Standpunkt zu den Fragen finden ließ, die in der Einleitung aufgeworfen wurden. Andere jener Fragen wieder, haben sich in schärferer Formulierung zu erkennen gegeben, noch andere uns zumindest gewisse Entwicklungslinien und Tendenzen verraten.

<sup>1)</sup> Vgl. Kapitel X.

## XXVIII. Kapitel.

## Schlußwort.

## I. Die Verschärfung der überseeischen Konkurrenz.

Die Agrarkrisen von 1920 und 1929. — Unbequeme Nachrichten von Übersee. — Ein internationaler Weizenpool. — Die Farm-Relief-Bill. — Die überseeische Konkurrenz und wir.

Ist es ratsam auf Grund der gewonnenen Resultate noch einen Schritt weiter zu gehen, aus ihnen abzuleiten, wohin die Entwicklung die europäische Landwirtschaft führt? Wissensdrang und Neugierde, das so schwer zu trennende Zwillingsspaar läßt den Versuch jedenfalls verlockend erscheinen. Man muß sich jedoch damit abfinden, dabei mitunter von dem Tatsächlichen der bisherigen Untersuchung auf den weniger sicheren Boden des Wahrscheinlichen abzuirren. Denn, vor die letzte Wahrheit sind gar viel Unbekannte gestellt. Unter ihnen gleich die eine der überseeischen Konkurrenz. „Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Die europäischen Landwirte glauben gerade in der letzten Zeit wieder besonders stark, in der überseeischen Konkurrenz einen solchen Störefried erblicken zu müssen.

Wen Beruf oder Neigung mit agrarpolitischen Fragen in Berührung brachte, der hat im Laufe der Zeiten manches Auf und Ab der Agrarpreise im Verhältnis zu den Preisen der Industrialien erlebt. Wiederholt hat sich die Relation so sehr zu Ungunsten der Agrarpreise verschoben, daß man mit Fug und Recht von einer Agrarkrise sprechen durfte. Abnormale Preissenkungen werden, von Änderungen auf der Geldseite abgesehen, dadurch bewirkt, daß das Angebot stärker als die Nachfrage wächst, daß die Nachfrage bei gleichbleibendem Angebot sinkt oder bei fallendem Angebot stärker als diese sinkt. Bei Waren, deren Preisbildung eine internationale, weltwirtschaftliche, wie jene der meisten Agrarprodukte ist, läßt sich darnach nicht immer leicht erkennen, wo der Herd der Preissenkung eigentlich liegt. Der Landwirt pflegt es indessen mit der Lokalisierung nicht so genau zu nehmen und bei Preiskrisen gerne von der übermächtigen überseeischen Konkurrenz zu sprechen. Dies hat ihn die große Agrarkrise gelehrt, die seinen Vorgängern von 1875 bis zu Ende des Jahrhunderts das Leben sauer genug machte. Sie hing tatsächlich mit der Erschließung der westlichen Prärieländer in den Vereinigten Staaten und dem dadurch bewirkten außerordentlichen Anwachsen des Angebotes an Getreide auf dem Weltmarkte zusammen.

Darf man aber das plötzliche Sinken der Getreidepreise um 1920 der überseeischen Konkurrenz mit derselben Berechtigung zuschreiben? Beteiligt ist sie mit beträchtlicher Mehrerzeugung daran schon gewesen, doch könnten die überseeischen Länder von ihrem Standpunkt aus fast mit dem gleichen Rechte Europa für den schließlichen Zusammenbruch der Preise verantwortlich machen. War es denn nicht so, daß Minderproduktion in Europa zufolge des Krieges und konzentrierter Heeresbedarf, Warenhungers und Preissteigerungen hervorriefen und den Anreiz zur Ausdehnung der Anbauflächen in den Vereinigten Staaten, in Kanada, in Argentinien, selbst in Australien auslösten? Als die Union dann 1920 den ehemaligen Verbündeten das gelieferte Getreide nicht länger kreditieren wollte und ihren Wechsel präsentierte, schrumpfte die Getreidekonjunktur mit der Nachfrage jener Staaten um die Wette ein. 1920 und die folgenden drei Jahre fielen die Getreidepreise ins Bodenlose und der amerikanische Farmer, der so lange den glücklichen Kriegsgewinner spielen durfte, wurde das erste Opfer der im Gefolge des Krieges auftretenden Getreidekrise. Unserem Kontinent kam der Preissturz weniger schnell zu Bewußtsein, weil er immer noch die Scheuklappen der Noten-Inflation trug. Das volle Erwachen kam erst, als die Länder ihre Währung stabilisiert und damit den Anschluß an den Weltmarkt herbeigeführt hatten.

Von 1924 an wurde es besser in der Welt der Getreidemärkte. Wenn man Sering folgen will<sup>1)</sup>, waren es wieder die amerikanischen Kredite, welche die Kaufkraft und den Verbrauch der europäischen Einfuhrländer hoben und der Preisbildung eine Stütze boten. Nun geht es bis 1928 aufwärts. Lebhaft in den Preisen für Qualitätserzeugnisse, mäßiger in den Preisen der Massenprodukte, in Brotgetreide und in gewöhnlichem Fleisch, welche die Haupteinnahmen der Landwirtschaft in der gemäßigten Zone bilden. Die Preise sind gebessert, bleiben aber immer noch hinter dem Index der Industriewaren zurück. Einstweilen haben sich auch all die Zustände herauskristallisiert, die den landwirtschaftlichen Betrieb der Nachkriegszeit schwierig gestalteten. Sie hier nur zu nennen erscheint überflüssig, wo unser ganzes Buch ihrer Darstellung gewidmet war. Lassen aber die heimischen Produktionsverhältnisse die Landwirte der ungenügenden Preiserhöhung nicht froh werden, so bedrücken diese auch noch die bangen Nachrichten, die sich von jenseits des Ozeans immer häufiger melden. Man hört von gigantischen Stauwerken und Bewässerungsanlagen, die, mit reichem Kapitalaufwand unternommen, ausgedehnte Trockengebiete der Tropen und Subtropen in Ackerland voll üppigster Fruchtbarkeit verwandeln werden. Von der raschen Einbürgerung des Mähdreschers geht die Rede, der in Australien und Argentinien, in Kanada, in den Pacificstaaten der Union und selbst in deren regenreichen Oststaaten den Betrieb vom Arbeitermangel unabhängiger macht.

<sup>1)</sup> Vgl. Prof. M. Sering: Agrarkrisen und Agrarzölle. Berlin-Leipzig 1925, Walter de Gruyter & Co.



Schon hat der Mähdrescher, der in einem Gange schneidet, drischt und das Getreide einsackt, in vielen Gegenden die anderen Erntemethoden verdrängt. Morgen kann er den Getreidebau in die menschenleersten Gegenden tragen und in jedem Falle erlaubt er ihn billiger zu betreiben und auszudehnen. Mag man deshalb noch so überzeugt verkünden, daß nun die Zeit der Okkupation unkultivierter Länder vorüber und die landwirtschaftliche Erzeugung nur unter anwachsenden Kosten zu verbreitern sei, so ändern derartige Erwägungen nichts an den Tatsachen, die uns durch jene Nachrichten vor Augen gebracht werden. In ernste Beleuchtung rücken sie vielmehr die Entwicklung der überseeischen Konkurrenz.

Fast bedrohlicher noch stellt sich das System sorgsamster Kommerzialisierung ein, das Amerika bei der Verwertung seiner Ernten in Anwendung bringt. Standardisierung, Einflußnahme auf Absatz und Handel sind Begriffe, die längst zum Wortschatz der europäischen Landwirtschaft gehören. Wie sehr ist jedoch das, was hier geschieht von dem entfernt, was drüben längst zur Wirklichkeit wurde. Schon vor einem Vierteljahrhundert<sup>1)</sup> gab es in den Vereinigten Staaten ein ausgedehntes Netz von Elevatoren, die das Graduieren des Getreides betrieben und dem Farmer in ihren Zertifikaten ein gut fundiertes und leicht bewegliches Kreditmittel zur Verfügung stellten. Aus diesen Ansätzen haben die Vereinigten Staaten eine bewunderungswürdige Organisation der Sammlung, Lagerung und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse entwickelt<sup>2)</sup>. Gestützt auf eine autoritative Standardisierung vermag die Organisation den Preisdruck, welchen zeitweise Überfüllung der Märkte mit sich bringt, auszugleichen, den Absatz zu verbilligen und dem Farmer einen durch Waren gedeckten Kredit zu bieten. Neuerlich durchgebildet ist die Einrichtung 1923 durch ein Gesetz worden, das landwirtschaftliche Wechsel mit Warenunterlage bei der Federal Reserve Bank für diskontierbar erklärt.

Durch solche Hilfe wird die Widerstandskraft der amerikanischen Farmer mächtig gestärkt<sup>3)</sup>. Wohl gerüstet und gewappnet entläßt sie ihn in die Arena des weltwirtschaftlichen Kampfes. Wie sehr der Farmer geneigt ist diesen Vorteil wahrzunehmen, beweist die Pool-Konferenz, die 1927 in Kansas City tagte. Die Weizenpools, die genossenschaftlichen Verkaufsorganisationen der Vereinigten Staaten Kanadas, Argentiniens und Australiens, hinter denen Hunderttausende von Farmern stehen, schließen sich zu einem internationalen Verband zusammen. Mit dem Hauptsitz in Winnipeg soll er zwei Fünftel des Weltexportes in Weizen kontrollieren. Gedeihen und Ver-

<sup>1)</sup> Vgl. Strakosch, Amerikanische Landwirtschaft. Wien 1905, Wilh. Frick.

<sup>2)</sup> Vgl. dazu Kapitel XIX, III.

<sup>3)</sup> Daß auch dem amerikanischen Farmer noch genug Schwierigkeiten übrig bleiben, geht aus den Ausführungen des hervorragenden amerikanischen Nationalökonom Prof. E. R. A. Seligman hervor in: „The Economics of Farm Relief“. New York, Columbia University Press 1929.

derben der europäischen Importländer kann der Pool in seine Hand bekommen. In knappen Erntejahren vermag er ebenso Teuerung über die europäischen Konsumenten zu verhängen, als den Untergang des europäischen Getreidebaues zu besiegen, wenn es der Preispolitik des Pools entspräche, Europa mit billigem Weizen zu überschwemmen.

Bevor indessen der größte aller Feldzüge gegen die Souveränität des internationalen Handelsverkehrs losging, kam das Jahr 1929 herbei und mit ihm ein Zusammenbruch der Getreidepreise, gegen den die Preiskrise von 1920—23 ein Kinderspiel war. In den ersten Juliwochen des Vorjahrs hatte der Weizen in Chicago 142,71 Dollars notiert, im Mai 29 wurde ein Tageskurs von 114,30 gekabelt. Der gleichzeitige Londoner Weizenpreis von 8½ sh je cwt. ist in Anbetracht der gesunkenen Kaufkraft des Goldes wahrscheinlich kein höherer Realpreis als jener, den der Weizen während der furchtbaren Agrarkrise der 1890iger Jahre inne hatte<sup>1)</sup>.

Und nun, da die eben noch so siegessicheren Pool-Könige auf ihren Tronen bedenklich wackeln, erinnern sie sich gerne wieder ihrer republikanischen Staatsbürgerschaft. In der Union sind Repräsentantenhaus und Senat mobilisiert worden, um der schweren Krise, die auf den Farmern lastet, abzuhelfen. Die eingebrachte Farm-Relief-Bill bezweckt die Bereitstellung eines Betrages von 500 Millionen Dollars, der ständig auf dieser Höhe zu halten und zu gunsten der Landwirtschaft zu verwenden wäre. Er hätte insbesondere den Vertrieb der Agrarerzeugnisse durch Kreditgewährung, den Bau von Lagerhäusern, die Errichtung von Clearinghäusern für verderbliche Produkte und durch Propaganda zu fördern. Überdies hätte der Farm-Board einen Plan zur Versicherung gegen Preisschwankungen auszuarbeiten. In welchem Sinne dies gemeint war, geht aus dem Debentures-Plan hervor, den der Senat in die Bill eingeflochten hat: Export-Zertifikate will er einführen und die Getreideausfuhr von staatswegen subventionieren<sup>2)</sup>.

Das Eingreifen des Präsidenten Hoover hat schließlich die Gesetzesvorlage unter Hinweglassen der Ausfuhrprämien zur Annahme gebracht. Die europäische Landwirtschaft ist noch einmal davor bewahrt worden, der amerikanischen Konkurrenz bedingungslos ausgeliefert zu sein. Für wie lange ihr aber die Atempause gewährt wurde, ist nicht zu sagen. Denn zweierlei haben die Vorgänge uns gelehrt: daß die überseeischen Farmer sich keinen Augenblick länger als nötig besinnen werden ihre Preispolitik auf Kosten der europäischen Land-

<sup>1)</sup> Im Jahrzehnt 1891—1900 betrug der Preis des Weizens in London durchschnittlich 6 sh. 7 d. pro cwt.

<sup>2)</sup> Noch weiter ging die 1925 im Senat der Vereinigten Staaten eingebrachte Mc Nary-Haugen Bill. Ihr Gedanke war, daß ein zu errichtendes Bundes-Landwirtschaftsamt die vom Inland nicht benötigten Überschüsse zum Weltmarktpreis plus Zoll aufzunehmen habe. Die so aufgenommenen Überschüsse sollten dann auf den Weltmarkt geworfen werden. (A Bill to create a Farmers Export Cooperation. Bericht des 65. Kongresses des U. S. A.-Senats.)

wirtschaft zu treiben. Und das andere, daß die Verschärfung der überseeischen Konkurrenz denn doch noch andere Beweggründe haben muß, als die Verringerung der Nachfrage zufolge der Verarmung unseres Kontinentes.

Zurzeit des ersten Preisfalles von 1920, eines rechten Sündenfalles, wenn man seiner Ursache gedenkt, durfte man eine solche Erklärung bedenkenlos akzeptieren. Jetzt, da die Nachwehen des Krieges nach und nach schwächer wurden, große Bevölkerungsmassen in Mitteleuropa einen eher höheren Lebensstandard als vor dem Krieg angenommen haben und das Wachstum der Bevölkerung unseres Kontinentes zwar gering war, aber immerhin eine günstigere Entwicklung aufwies als die Getreideproduktion<sup>1)</sup>, ist der Unterkonsum in Cerealien ein erstaunliches Ereignis geworden. Man hat dem Phänomen mit allem Rüstzeug volkswirtschaftlicher und statistischer Gelehrsamkeit nachgespürt und ist doch nicht zu einheitlicher Begründung gelangt. Der eine Forscher findet in dem reichsten Zahlen- und Tatsachenmaterial die Bestätigung, daß die widersinnigen Friedensverträge und die damit zusammenhängende wirtschaftliche Depression Europas auch die neue Agrarkrise verbrochen hätten<sup>2)</sup>. Der andere, der sich auf kaum weniger gründliche Studien stützt, erkennt in dem Minderkonsum in Brotgetreide eine Zivilisationserscheinung. Bei steigendem Wohlstand sinke der Getreideverbrauch zugunsten des Konsums anderer Lebensmittel<sup>3)</sup>. Ein dritter sieht in der Verminderung des Getreideverbrauches die beginnende Rationalisierung der Ernährung<sup>4)</sup>. Ich selber habe jenes Faktum wenigstens zum Teil auch mit der Rationalisierung der Fütterung in Verbindung gebracht<sup>5)</sup>. Der Bauer hat gelernt statt Getreide Getreideabfälle und gewerbliche Abfälle zu verfüttern und den Wiesen mehr Ertrag abzugewinnen. Statt Pferde mit Hafer zu füttern, füttert er in vielen Fällen Traktoren mit Benzin oder Petroleum. Wie immer indessen die Gründe des Minderkonsums beschaffen sind, ob der Zwang der Armut, der Fortschritt physiologischen Wissens, die Anwendung

<sup>1)</sup> Der Geburtenrückgang bei den abendländischen Kulturvölkern, den die verminderte Sterblichkeit kaum mehr auszugleichen vermag, wird mit der Zeit die Produktion und den Konsum in Agrarprodukten sicherlich ebenso stark berühren wie unendlich viele andere Verhältnisse. Doch ist dies eine Entwicklung, deren große Tragweite erst kommende Geschlechter voll zu verspüren bekommen werden. Vgl. dazu: Prof. Dr. Julius Wolf, „Die neue Sexualmoral und das Geburtenproblem unserer Tage“. Jena 1928, Gustav Fischer. Mit dem Problem des Geburtenrückganges vom landwirtsch. Standpunkte beschäftigt sich Dr. F. Burgdörfer in Heft II des „Deutsches Bauerntum“ (Der Geburtenrückgang und die bevölkerungspolitische Bedeutung des Landvolks“, Berlin 1929, Paul Parey.)

<sup>2)</sup> Prof. M. Sering, Internationale Preisbewegung und Lage der Landwirtschaft in den außertropischen Ländern. Berlin 1929, Paul Parey.

<sup>3)</sup> Prof. Dr. Kurt Ritter, Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft der Welt. Deutsche landwirtschaftliche Presse vom 22. Juni 1929.

<sup>4)</sup> Arnold Daniel, Agrarkrise und Europas Verarmung in: „Der österreichische Volkswirt“, Nr. 39, Wien 1929.

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu Kapitel XVII.

technischer Errungenschaften daran Schuld trägt, oder noch wahrscheinlicher, dies alles zusammen — die Tatsache selbst ist da, ist nicht aus der Welt zu schaffen.

Der relative Minderkonsum in Getreide aber muß das überseeische Angebot verschärfen und die Gesundung der Lage verzögern. Verzögern — ohne sie verhindern zu können. Denn Preiskrisen tragen ihr Heilmittel in sich. Auf den Trümmern unrentabel gewordener Betriebe wächst die Existenzfähigkeit der übrig gebliebenen empor. Der amerikanische Landwirt kennt, wie bereits bemerkt das merkwürdige Verbundensein mit dem Boden nicht, das unseren Bauern zu eigen ist. Bleiben die Preise längere Zeit unter den Produktionskosten, so verringert er die Anbaufläche. In schlechteren Lagen verläßt er sogar seine Farm<sup>1)</sup> und sieht sich um einen andern Erwerb um, der drüben eher zu finden ist als bei uns. Auf diese Weise paßt sich die Erzeugung der Nachfrage an und die Preiskrise muß abflauen, kann selbst ins Gegenteil umschlagen.

## II. Von der kommenden Landwirtschaft.

Das wahre Ende der Agrarkrise in Europa. — Der künftige Anteil verschiedener Betriebsgrößen am Fortschritt. — Produktionsvermehrung durch Nivellierung der Roterträge. — Nivellierung des Betriebsumfanges. — Eine Epoche staatlicher Beeinflussung von Absatz und Preisbildung. — Zunehmende Bedeutung des Genossenschaftswesens. — Der Einzug des reinen Erwerbprinzips verändert die Kulturf lächen. — Perspektive auf lange Sicht.

Wir sprachen von international begründeten Agrarkrisen und Absatzverhältnissen, vermochten sie jedoch bloß aus der Bewegung der Getreidepreise und aus der Relation zwischen Produktion und Konsum in Brotgetreide abzulesen. Die vielen anderen Erzeugnisse der Landwirtschaft, Vieh, Viehprodukte, Hackfrüchte, Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst, Geflügel, Eier u. a. m. sind statistisch nicht annähernd so genau erfaßt wie das Getreide. Sie bilden auch nicht in einem Umfang den Gegenstand des Welthandels, daß die überseeische Konkurrenz über das Wohl und Weh eines von ihnen in Europa zu entscheiden vermöchte. Überschwemmen können die Neuländer unseren Kontinent mit keinem dieser Erzeugnisse in ähnlicher Weise wie mit Getreide. Nicht einmal das überseeische Gefrierfleisch ist als gleich gefährlich zu betrachten, weil sich die Viehproduktion nicht so schnell vermehren läßt wie die Getreideerzeugung und weil man unerwünschte Vieh- oder Fleischimporte leichter durch zollpolitische und veterinärpolizeiliche Maßnahmen zu behindern vermag, als den Import von Körnerfrüchten. Von Getreide abgesehen pflegt daher die Konkurrenz der europäischen Staaten untereinander bei der Preisbildung der Agrarprodukte das gewichtigere Wort zu sprechen. Ist schon dies Grund genug, um dem

<sup>1)</sup> 1921 und 1922 wurden 5,7 und 7,3% leer stehende Farmen gezählt. Die Nettoabwanderung von den Farmen in die Städte betrug nach „The agricultural situation“, United States Department of Agriculture, Washington 1928, im Jahre 1924: 979 000, im Jahre 1925: 834 000, im Jahre 1926: 1 020 000 Personen.

überseeischen Angebot nicht allzu fassungslos zu begegnen, so muß man sich überdies sagen, daß das Brotgetreide bei aller Bedeutung, die ihm zukommt, denn doch den Erfolg der Landwirtschaft nicht allein bestimmt.

Der Viehzüchter der Gebirge, der Niederungen unter ozeanischem Klimateinfluß, der Weideprovinzen, ist zumeist Getreidekäufer und an hohen Getreidepreisen nur insofern interessiert, als sie ihm kaufkräftigere Abnehmer unter den Ackerbauern schaffen. Vielleicht noch darum, weil ungünstige Getreidepreise dem Viehproduzenten die Konkurrenz des Getreidebauers zuziehen, der sich dann mehr mit Viehzucht und Viehnutzung beschäftigt. Ackerbauer, die fast nur für den Selbstverbrauch produzieren, und deren gibt es in den Randgebieten Europas genug, werden von den Weltmarktpreisen des Getreides erst recht wenig berührt sein. Aber selbst wenn ich die eigenen, intensiven Hackfruchtwirtschaften betrachte, die naturgemäß mit starker Viehhaltung kombiniert sind, so muß gesagt werden, daß die absolute Höhe der Brotgetreidepreise durchaus nicht immer für das Betriebsergebnis maßgebend ist. Dies tritt erst ein, wenn die Preise der Futtermittel eine abweichende Kurve einschlagen und nicht im selben Maße wie der Preis des Brotgetreides fallen. Aber auch dann wird die Wirkung von dem günstigen oder ungünstigen Verhältnis der Futterpreise zu den Preisen von Vieh, Fleisch und Milch mit abhängen. Eine andere wichtige Relation ist die zwischen den Preisen des Brotgetreides und denen der Braugerste, die zwar oftmals parallel gehen, aber durchaus nicht gerade zusammenfallen müssen. Halten die Gerstenpreise sich einigermaßen, so ist die Situation des Betriebes besser, wobei sie verschärft oder gemildert werden kann durch den Ernteausschlag und den Preis der Hackfrüchte oder sonst gebauter Früchte.

Man sieht, daß das Komplexen eines halbwegs intensiv geführten Betriebes ihm gegenüber der überseeischen Weizenkonkurrenz den Nacken steift und andere ebenso maßgebende Gründe der Rentabilität in den Vordergrund hebt. Und man sieht weiter, daß der Kampf gegen die überseeische Gefahr auf vielen Gebieten geführt werden muß, nicht bloß auf dem der Weizenpreise. Nicht die amerikanische Schleuderkonkurrenz hat die Krise allein am Gewissen, sondern sie war es nur, die den letzten Anstoß dazu gab. Der europäische Ackerbau ist unter dem amerikanischen Angebot zusammengebrochen, weil er durch eine unglückliche Bodenaufteilung, durch die Verteuerung der Produktionsmittel, durch steuerliche und soziale Zumutungen, denen er seinem Wesen nach nicht gewachsen sein konnte, durch Geldmangel, durch ungünstige Preisgestaltung der übrigen Agrarprodukte, bis an den Rand belastet war. Der erste Hauch hat dann das Kartenhaus, wie nicht anders zu erwarten, umgeworfen. Und so erlebt jetzt ganz Europa eine Agrarkrise, die zwar mit jener der überseeischen Weizenstaaten zusammenhängt, mit ihr ursächlich aber nicht kongruent ist. Was hinter der europäischen Agrarkrise steht, läßt sich auch nicht so schnell

beseitigen, als sich die überseeische Weizenproduktion wahrscheinlich dem gedrosselten Bedarf anpassen wird. Es sind die Sorgen und die Unausgeglichenheiten einer nicht abgeschlossenen Entwicklung. Es ist der nicht ausgetragene Kampf von Systemen und Parteien, die Neuformung einer politischen, ökonomischen und sozialen Welt. Nicht von den amerikanischen Weizenpreisen wird die endgültige Liquidation der Krise abhängen, sondern davon, welche Lösung das europäische Chaos schließlich findet.

Die Landwirtschaft kann dies indessen nicht abwarten, sondern muß irgendwie zurecht zu kommen trachten. Wie wird sie sich einstweilen einrichten in unserem freudlos gewordenen Europa? Ist sie zur Stagnation verurteilt oder gar zur Rückbildung gleich so vielen wirtschaftlichen Kräften? Nach all dem, was unsere Untersuchung lehrte, erscheint eine solch pessimistische Auffassung nicht berechtigt. Es ist zwar wahr, daß der in Zwergbetriebe gespaltene Boden keine Aussicht hat die alte Produktivität zurück zu gewinnen. Der Kleinbesitz ist schon durch den geringen Umfang des Betriebes in der ökonomischen Gebahrung behindert. Mit ungenügendem materiellen Rüstzeug ausgestattet und von einem zureichenden Einkommen ausgeschlossen, vermag er an der modernen Technik nur geringen Anteil zu haben, noch weniger sie zu beherrschen. Bodenqualität, Klima und Lage bestimmen es allerdings, bei welcher Betriebsgröße solche unvorteilhafte Eigenschaften sich einstellen. Insbesondere kann die Möglichkeit zu gartenmäßiger Kultur, zu Weinbau oder zu Gemüsebau das Mindestmaß der Fläche herabsetzen, die erforderlich zu einem günstigen Ergebnis der Arbeit ist. Von der großen Zahl der neugebildeten Zwergbetriebe aber läßt sich keinesfalls eine reiche Produktivität erwarten. Nicht einmal der Vorteil stärkerer Vieherzeugung, der bei Vergleich zwischen Großbetrieb und Bauernbetrieb dem zweiten nachgesagt wurde, dürfte für die Zwergwirtschaft gelten. Die Streifen, die man um derentwillen dem Großgrundbesitz aus dem Leibe schnitt, werden in ihrer heutigen Form an den Fortschritten der Landwirtschaft wenig beteiligt sein.

Welche Prognose darf man der Mitwirkung jenes Restes von Großgütern stellen, der der Aufteilung entgangen ist? Die neue Zeit hat dem Großgrundbesitz ein so schweres Kreuz aufgebürdet, daß er bewunderungswürdige Widerstandsfähigkeit besitzen müßte, um sich führend wie früher behaupten zu können. An Zahl, Umfang, Rentabilität und finanzieller Kapazität verkleinert, dem Lohn- und Steuerdruck verstärkt ausgesetzt, verhilfen ihm zumeist nur der Vorzug der alten Erfahrung, lebhafter Rührigkeit und besseren Wissens dazu, den Betrieb trotz aller Erschwerungen vorbildlich zu erhalten. Es ist, nach dem was wir hörten, wahrscheinlich, daß dies dem Großbetrieb auch weiterhin gelingen wird und zwar vornehmlich in bezug auf ökonomische Gebahrung, auf zahlenmäßiges Durchdringen, auf Rationalisierung des Betriebes. Er dürfte die künftige Entwicklung richtunggebend beeinflussen auf dem Gebiete der Mechanisierung, des

Ersatzes der teureren und spärlicher werdenden Arbeitskräfte durch die Maschine. Dagegen ist kaum zu glauben, daß der Großbetrieb sich in seinen Hektarerträgen weiter auf so einsamer Höhe halten werde wie bisher. Zwingen ihn doch die Verhältnisse und die Forderungen der Rationalisierung, die Rentabilität jedes zusätzlichen Aufwandes genauer zu erwägen. Überdies: das Optimum des Aufwandes an sich ist mit dem ökonomischen Koeffizienten der europäischen Staaten gesunken.

Noch ein Moment findet sich ein: Von den mittleren und größeren Bauern geht eine Nivellierung der Hektarerträge wie überhaupt aller Rotherträge der Landwirtschaft aus. Die Verbreitung hochgezüchteten Saatgutes, richtiger Anbaumethoden, besserer Sachkenntnis ist bei ihnen in Zunahme begriffen. Kommen doch die außerordentlichen Maßnahmen zur Förderung der Bodenkultur, die sich die Staaten angelegen sein lassen, vor allem jenen Kategorien zugute. Und deshalb differieren die durchschnittlichen Rotherträge eines Landes künftighin nicht mehr so sehr von denen des Großgrundbesitzes. Die Struktur der landwirtschaftlichen Erzeugung wird eine gleichmäßigere. Wehren sich daher die natürlichen Bedingungen in Europa gegen eine gewaltige Ausdehnung der intensiven Kulturgebiete, schließt chronischer Kapitalmangel die Gewinnung umfangreicher Flächen fruchtbaren Neulandes durch Bewässerung oder Entwässerung aus, so ist hier, in der Nivellierung, eine Quelle der Produktionsvermehrung gegeben. Bei dem überragenden Anteil der mittleren und größeren Bauernbetriebe an der Gesamtfläche vermag sie die Erzeugung ungemein zu steigern.

Die Nivellierung, welche die Produktion zeigt, ist noch auf einem andern Gebiet zu erwarten — auf dem der Betriebsgrößen. Nicht, daß dabei an neue staatliche Eingriffe zu denken wäre. Im Gegenteil! Die großen Enteignungsaktionen sind im wesentlichen vorüber. Die Erzeugung hat durch die Zersplitterung zu viel gelitten, als daß man sich neue Exkursionen ins Land Utopien gestatten könnte. Der Steuerstaat hütet sich, ein so ergiebiges Melkobjekt wie es der Großbesitz ist, einen so geeigneten Prügelknaben sozialer Experimente noch mehr zu dezimieren. Wie könnte er sonst gleich billig Beispielwirtschaften ins Leben rufen und erhalten, wie sich die Marktbeschickung sichern? Nein, der Großbetrieb bietet dem Staat allzuviel Vorteile, als daß dieser ihn jetzt, wo die Revolutionsstimmung der ersten Nachkriegszeit verflogen ist, noch ernstlich missen wollte.

Dennoch glaube ich, daß die Fläche, die dem Großbetrieb erhalten blieb, noch mehr abbröckeln wird. Das Vertrauen in die Sicherheit des Bodenbesitzes, die für den geringen Ertrag entschädigte, ist durch die Enteignungsgesetze erschüttert worden. Die notwendige Mechanisierung und Rationalisierung und die Betriebsspesen erfordern Kapital, das sich mancher nicht anders als durch Abverkauf isolierter Parzellen verschaffen kann. So vermindert sich der

Besitzumfang aus freien Stücken. An Käufern fehlt es vorerst nicht. Noch gilt ja der Boden als die sicherste Sparkasse des kleinen Mannes, als unfehlbarer Zauber gegen das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Wer ohnedies am Lande wohnt und neben anderer Tätigkeit ein paar Stunden frei hat, nimmt gern ein Stück Feld in Besitz und Bearbeitung. Der Zwergbauer versucht sein kärgliches Einkommen durch Zukauf zu erhöhen, wo es nur immer geht. Der größere Bauer ist kein Kostverächter, wenn er anstoßenden Grund erwerben kann. In halbwegs besseren Lagen ist derart um Nachfrage keine Sorge.

Neben solcher Flüssigkeit im Absatz gutsherrlicher Parzellen tauchen die Zeichen einer anderen Bewegung auf. Hier und dort hört man von kaum erst zugeteiltem Zwergbesitz, den der Eigentümer abgeben möchte. Enttäuschung über die viele Arbeit und den geringen materiellen Erfolg vergällt ihm den so lange heiß ersehnten Boden. Manches Stück Feld bleibt unbebaut, weil der neue Besitzer seine Arbeit nutzbringender verwenden kann. Diese Symptome treten vorerst vereinzelt auf. Ist doch die eigene Scholle immer noch das Heiligtum, dessen Gnaden man als gottgegeben hinnimmt, ohne eine angemessene Höhe zu beanspruchen, wie bei jedem andern Erwerbszweig. Der kleine Besitzer, der Siedler aber ist der Propaganda der Sozialdemokratie unter allen Landwirten am leichtesten zugänglich. Lehrt der Sozialismus den letzten Landarbeiter seine Ansprüche auf Erden zu stellen und ihre Erfüllung nicht vom Jenseits zu erwarten, so wird er früher oder später auch die Altäre stürzen, die dem Boden geweiht blieben. Dann muss, hat sich gar noch der, jetzt allgemeine Mangel an Erwerbsgelegenheit verringert, eine Landflucht eintreten, die alles früher dagewesene hinter sich läßt. Die Landflucht der Arbeiter treibt die Bodenkultur zu neuen, arbeits-extensiven, kapital-intensiven Formen, die Landflucht der Besitzer schlägt Bresche in die Zahl der Zwergbetriebe. Zugleich muß jene Überwertung des Bodens im Verhältnis zur Ertragsmöglichkeit ein Ende nehmen, die nur aus seelischen Beziehungen und nicht aus rationalen zu erklären ist.

Einer aber bleibt da, der den entgötterten Boden auch weiterhin in Ehren hält: der Bauer. Was der Großgrundbesitz wegen seiner Bedrängnis nicht aufnehmen kann, der Zwergbesitz nicht mehr halten will, findet beim mittleren und beim größeren Bauernbetrieb liebevolle Betreuung. Diese werden es sein, welche in doppelter Bedeutung des Wortes an Boden gewinnen und noch mehr in die Mission hineinwachsen, die sie in den dichtbevölkerten Gebieten Europas erwartet.

Selbst die gegen ungünstige Produktions- und Marktverhältnisse am wenigsten empfindliche Gruppe der Landwirte bedarf indessen einer Entwicklung der Agrarpreise, die bei den gegebenen Produktionskosten ausreichende Rentabilität gewährleistet. Der politische Einfluß des Bauernstandes und die Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung für die Volkswirtschaft nötigen die Staaten eine erträgliche Preisrelation mit allen Mitteln anzustreben. Einstweilen aber hat die



Überzeugung von der beschränkten Wirksamkeit gewisser Agrarzölle, namentlich der Zölle auf Brotgetreide, sich gefestigt. Zugleich spielen unbewußt sozialistische Gedankengänge mehr und mehr in die konservativen Anschauungen der Bauernschaft hinein. Aus solch sonderbarer Ehe ist schon jetzt das Bestreben entsprungen, die Organisation des Absatzes und die Agrarpreise durch staatliche Eingriffe und monopolistische Bildungen zu sichern. In Zukunft wird man es kaum bei den Ansätzen hiezu bewenden lassen, die wir Schritt für Schritt entstehen sehen, ihre Verwirklichung dürfte vielmehr nicht lange auf sich warten lassen. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den gemeinwirtschaftlichen Gründungen der Kriegs- und der Nachkriegszeit und in Sowjet-Rußland ist allerdings wenig Erfreuliches davon zu erhoffen. Teuere und schwerfällige Geschäftsführung, ein Übermaß an Leerlauf, ein Untermaß an Findigkeit bei Ausnützung von Konjunkturen werden pünktlich zur Stelle sein. Darum entfernt sich gesunder Bauernverstand wohl bald von einem System, das seine Unhaltbarkeit erwiesen hat und das Bemühen, die europäische Landwirtschaft zu erhalten, legt das Schwergewicht wieder auf andere Mittel der Förderung. Von einigen, die dazu geeignet erscheinen, ist im Laufe der Darstellung die Rede gewesen.

Mit der gemeinwirtschaftlichen Organisation der Landwirtschaft geht es also nicht. Dagegen hat eine andere Form der Kräftevereinigung um so begründetere Aussicht noch mehr vorwärts zu kommen: das Genossenschaftswesen. Der Eigenart des Bauern und seiner Wirtschaft gut anpaßbar, hat es sich auf manches Gebiet vorgewagt. Die Zukunft dürfte ihm vornehmlich in dreifacher Beziehung gehören: als Kreditquelle, als Absatzorganisation und als Stütze der Preisbildung. Eine negative Prognose möchte man dagegen den Produktions-Genossenschaften stellen, jene ausgenommen, die der Veredlung von Agrarergebnissen dienen, welche in der Einzelwirtschaft hervorgebracht sind.

Ist abermals viel Wasser ins Meer geflossen, so ändert sich die Situation wohl noch mehr. An den Einzug reiner Erwerbgesinnung in die Landwirtschaft läßt sich denken oder wenigstens an eine ökonomischere Auffassung des Berufsstandes. Wer sich darüber klar ist, welchen Weg die Kommerzialisierung der Gutsbetriebe und selbst der bäuerlichen Betriebe im letzten Jahrzehnt zurückgelegt hat, wird geneigt sein, die Theorie von der Unmöglichkeit Bodenkultur in kapitalistische Unternehmungen zu verwandeln, einer Revision zu unterziehen.

Fällt aber die Voraussetzung, daß sich der landwirtschaftlich Tätige mit einem geringeren Arbeitsverdienst und mit einem geringeren Zins begnügen müsse, als jeder andere Erwerbstätige oder Kapitalist, so sind mancherlei Konsequenzen unabwendbar: der Boden dient dann nicht mehr im jetzigen Umfang dem Ackerbau. Schlechtere Lagen werden zu Wiese und Weide, wenn es das Klima zuläßt. Wo dies nicht der Fall ist, dringt auf karger Flächen der Wald vor oder das Land, das der Aufforstung nicht unterzogen wird, bleibt unbebaut. Der Vermehrung des unproduktiven Bodens, der Forste, von

Wiese und Weide gesellt sich die Verminderung der Ackerfläche hinzu.

Die Ausdehnung des Waldes wäre vom volkswirtschaftlichen Standpunkt besehen nicht einmal eine so arge Sache. Beträgt doch Schätzungen nach der Gesamtzuwachs der Erde an Holz rund 1100 Mill. Kubikmeter im Jahr, der Verbrauch dagegen fast 50 % mehr. Die Richtigkeit dieser Zahlen vorausgesetzt, würden die Waldbestände der Erde, bei gleichem Verbrauch wie bisher, innerhalb eines Jahrhunderts zur Neige gehen <sup>1)</sup>. Gerne begrüßt man daher die Renaissance des Waldes und tröstet sich ebenso über die Zunahme von Wiese und Weide. Eröffnet sie doch den erfreulichen Ausblick auf eine stattliche Vergrößerung der Viehproduktion.

Bleibt es sonst beim Alten auf dem Gebiete der Bodenkultur in Europa? Zwei Erscheinungen drängen sich zu beinahe greifbarer Vorstellung von einem neuen Betriebstypus zusammen. Die Erste ist das merkwürdige Gebilde der Weizenfabrik von Montana, das schon besprochen wurde <sup>2)</sup>. In ihm lebt sich rationalster Geschäftssinn in völliger Unbekümmertheit um die Zukunft des Landes aus. Bei uns müßten sich die Überlegung und die Tradition sträuben, eine solche Betriebsart auch nur in Erwägung zu ziehen. Das zweite Geschehnis aber gibt dem Zerrbild von Landwirtschaft eine besondere Deutung. Es ist dies die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom Jahre 1929. Wie aus einer fremden Welt tauchte dort, in drei Typen zugleich das Wundergebilde des Mähdeschers auf deutscher Erde auf. Traktoren von vollendeter Durchbildung und Raupenschlepper, den Kriegstanks ähnlich und gleich ihnen von unheimlicher Leistungsfähigkeit, standen bereit, auf dem Ackerfeld vorzurücken, das der Mähdescher geräumt haben würde. Pflüge und Geräte zur Vorbereitung des Saatbettes, Sämaschinen, Maschinen zum Ausstreuen des Düngers und zur Kultur der Hackfrüchte gab es und alle in vierfacher Arbeitsbreite jener, die noch vor kurzem den Stolz unserer fortschrittlichsten Landwirte bildeten. Wer vermöchte erst die anderen Maschinen, Geräte, Einrichtungen zu schildern, die der menschlichen Arbeitsleistung und der Natur selber den Vorrang strittig zu machen schienen.

Unwillkürlich verbindet sich das überwältigende Bild technischen Könnens mit jenem der amerikanischen Weizenfabrik. Die Vorstellung wird wach von einem vorwiegend maschinellen Betrieb, in dem die Oberflächlichkeit der amerikanischen Methode umgewandelt ist in mehr Gründlichkeit und Sorgfalt. Was die Maschine der Handarbeit nicht nachmachen kann, das bald vernunftvolle, bald gefühlsmäßige Anschmiegen an die fortwährenden Ungleichheiten im Kulturland und

<sup>1)</sup> Dr. Felix Mandl gibt im „Internationaler Holzmarkt“ vom 30. Mai 1929 (Wien) den jährlichen Holzverbrauch mit 1600 Millionen Kubikmeter Rundholz an. Auf den Kopf der Gesamtbevölkerung kommt danach annähernd 1 Kubikmeter Holz im Jahr.

<sup>2)</sup> Vgl. Kapitel XVIII, II.

im Pflanzenbestand, wird zum Teil wettgemacht durch eine vorausblickende Nährstoffkontrolle, durch eine bessere Stallmistwirtschaft, durch die Beeinflussung der Wasserbilanz des Bodens, dadurch, daß die Züchtung sich der Verschiedenheit des Bodens, des Klimas, der Arbeitsfolge noch mehr angepaßt hat. So ergibt sich eine auf fast ausschließlichem Getreidebau basierte Wirtschaftsart, die zwar nicht ganz so billig zu stehen kommt und kein Kilometerfressen kennt wie die amerikanische Weizenfarm, aber auch kein abgründiges Zurückbleiben gegenüber den Flächenerträgen unserer intensiven Betriebe. Der Aufwand an Menschenarbeit ist ungemein eingeschränkt, dafür hat das Maschinenkapital eine wesentliche Steigerung erfahren. Die wichtigste Aufgabe fällt dem Betriebschemiker, dem Physiologen, dem Techniker zu. Sind sie alle zusammen nicht imstande die Ergiebigkeit wieder zu schaffen, welche die gute alte Handarbeit wenig gebildeter Landbewohner unserer jetzigen Zeit sichern half, so hat die künftige den Vorteil hohe Löhne für etliche, kaum noch physisch arbeitende, sondern lenkende, leitende Menschen zu ermöglichen. Und schließlich wird die Methode rationaler, maschineller Verarbeitung in derart einseitiger Gestaltung doch nur auf solchen Flächen Platz greifen, die nicht allzu fruchtbar, sonst un bebaut bleiben würden. In ausgesprochenen Getreidegebieten, die schon aus klimatischen Gründen zur Weidewirtschaft nicht taugen. Jene Methode setzt auch einen ansehnlichen Betriebsumfang voraus. Sie ist nur denkbar, wo ein Zusammenballen von Grundstücken stattgefunden hat. Sie ist nur durchführbar, wo mit der Gemengelage, der Parzellenwirtschaft, diesem atavistischen Überbleibsel der Vergangenheit aufgeräumt wurde. Sie wird sich einstellen, mit den Großbetrieben, die sich auf schwächeren, für den Kleinbetrieb unrentabel gewordenen Böden vom neuen bilden.

Die so mechanisierte, einseitige Getreidewirtschaft, ist jedoch nicht der große Akkord in der Symphonie der Betriebstypen. Zur Dominante wird die möglichst vielseitige zumeist bäuerliche Ackerwirtschaft mit starker Viehhaltung. Vielseitig, wo nur immer tunlich, um die Risiken der Preisschwankungen auszugleichen. Vielseitig, um den Vorteil der Fruchtfolge zu verstärken. Vielseitig, um die Arbeit besser zu verteilen und mit wenig Leuten auszukommen. Dicht mit Vieh besetzt, damit der wohlgepflegte Stallmist die Fruchtbarkeit andauernder sichere, als man's vom Kunstdünger erfahren hat. Die Maschine gewinnt auch hier wesentlich an Raum und ohne bedeutende Einschränkung der körperlichen Arbeit geht es nicht ab.

Der intensiven Art der Spezialisierung bleiben die Erzeugung von Viehprodukten und gartenmäßige Kulturen in relativ nicht allzu beträchtlichem Umfange vorbehalten. Unabsehbar schließt die Reihe althergebrachter, örtlich gegebener Betriebstypen an. Die einen von den Zeitströmungen mächtig gehoben, die andern in mehr oder weniger trägem Beharren. Ihrer aller Verhalten aber weist das Schicksalszeichen der Staaten auf, in denen sie ihren Standort haben. Es ist dem Grad

von Verständnis angepaßt, welchem die Bedürfnisse der Bodenkultur dort begegnen.

Derart sieht es etwa mit der kommenden Landwirtschaft aus, dies sind in großen Zügen die Entwicklungslinien, denen sie zu folgen scheint. Zu folgen scheint? Eine Voraussage die sich selber abschwächt, als wäre das Ergebnis der vorangegangenen Untersuchung zu kärglich um das Urteil auf sicheren Füßen zu halten? Keineswegs; unsere Voraussage teilt bloß das Los jeder andern menschlichen Bemühung die künftige Dinge ergründen will. Niemals kann ihr mehr als Wahrscheinlichkeit gegeben sein, immer bleibt sie eingewagtes Beginnen. Eine undankbare Aufgabe bleibt sie, die indessen milde Richter zu finden pflegt. So hat es dem Nachruhm von Malthus kein bischen geschadet, daß die Bevölkerung sich bisher nicht nach seinem Gesetz stärker als die Nahrungsmittel vermehrte. Ebenso wenig hat man gehört, daß Karl Marx Anhänger verlor, weil die von ihm prophezeite fortschreitende Verelendung der Lohnarbeiter und der Untergang des Bauerntums ausgeblieben sind. Und darum darf wohl um so eher ein praktischer Landwirt seine Meinung über die Zukunft der Bodenkultur an das Ende dieser Ausführungen stellen.

## Sachverzeichnis.

Agrarprogramm, Sozialdemokratisches s. S. Agrarprogramm		Bodenertrag, seine Nivellierung	392
Agrarkapitalismus, in Rußland	103	Bodennutzung, ihre Änderung	46 f., 369 f.
Agrarkommunismus, in Rußland	103	Bodenpacht,	118 ff.
Akademie der Landwirtsch. in Prag	228 f.	—, Großbritannien, Deutschland	118 f.
Albanien, Kartoffelbau	71	—, Rußland	120
Alpenklima	363	Bodenpacht, Tschechoslowakei, Öster-	
Anerbenrecht	288 ff.	reich, Italien, Rumänien, Finnland	123
—, Deutschland u. nordische Staaten	288	Bodenreform,	100 ff., 143, 373
Anpassungsfähigkeit der Kulturpflanzen	363	—, und Weltkrieg	100
Arbeit, Verringerung ihrer Produktivität	156	—, und Sozialismus	5, 132 f.
Arbeiterfrage, landwirtschaftliche, ihr		—, Großbritannien	100, 113
Auftreten	18, 368	—, Rußland	101 ff.
Arbeiterschutz vor dem Krieg	178	—, Deutschland	101, 115 ff.
Arbeitsamt, Internationales	185, 251	—, Österreich	101, 109
Arbeitslohn	370	—, Griechenland	101, 107
—, Anteil an den Produktionskosten	9,	—, Lettland, Estland, Tschechoslowa-	
—, in den europäischen Staaten	158, 375	kei	104
—, in den Vereinigten Staaten	161	—, Rumänien	105, 109
Arbeitsleistung, ungleiche der Kultur-		—, Bulgarien, Jugoslawien	106
pflanzen	39, 84 f.	—, Ungarn	107
Arbeitskonferenz, Internationale	185, 192	—, Schweiz	109
Assimilatorischer Effekt	39, 84 f.	—, Schweden, Dänemark, Finnland	110
Aufteilung, der Großbetriebe	10	—, Polen	111
—, der Gemeinheit	16	—, Niederlande, Italien	112
Australien, Organisation des Weizen-		—, Irland	113
verkaufes	244 f.	—, Schottland	114
Balkanstaaten, Lage der Landarbeiter	183	—, Frankreich	117
Bäuerliche Erbfolge	286 ff., 346, 380	—, ihre Ergebnisse	118 ff.
— —, Code Napoléon	287	Bodenrente, s. Grundrente	
— —, Deutsches BGB.	287	Bolschewismus, s. Agrarpolitik	5, 264 ff.
Bauernbefreiung	14 ff., 368	—, Sozialisierungsgesetze	264
Bereitschaftszoll	337 ff.	—, Bauernkomitees	265
—, auf Getreide, auf Vieh u. Fleisch	337 ff.	—, Kommune	267
Betriebsgröße, Veränderung ihrer Ver-		—, Artelle	268
teilung	123 ff., 143 f.	—, Assoziationen für gemeinschaftliche	
—, Vor- und Nachteile der verschie-		Bodenkultur	268 f.
denen	126 ff.	—, Dorfarmut	269
—, ihre Mischung	130 f.	—, Neue Wirtschaftspolitik	271 f.
—, Einfluß auf Rohertrag und Ein-		—, Agrarkodex 1922	272
kommen	135 ff.	—, Häuser der Bauernschaft	275
—, ihre Nivellierung	392	—, Genossenschaftswesen	275 f.
Bevölkerungsdichte und Intensität	360	—, Kritik Trotzki's	278 ff.
Bevölkerungszunahme	203	—, Internationales Agrarinstitut in Mos-	
Bodenertrag, Gesetz des abnehmenden		kau	281 ff.
—, seine Suspendierung	74 ff., 81, 371	Buchführung, landw., ihre Anfänge	35 ff.
Bodenertrag, und die ungleiche Arbeits-		Bulgarien, Bodenreform	106
leistung der Kulturpflanzen	83 ff.	—, Produktionskosten	157
—, seine Steigerung	29 f.	Campbell Farm Corporation	221 f., 395
Bodenertrag, als Funktion der Technik	349 ff.	Dänemark, Bodenreform	110
—, und Bevölkerungsdichte	360 ff.	—, Kreditgenossenschaften	236
		—, Produktionskosten	157
		—, Reinertrag	173 ff.
		Darlehnskassen	38
		Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft	219 ff.

Deutscher Landwirtschaftsrat	214 ff.
Deutschland, Anerbenrecht	288
—, Bodenreform	101, 115 f.
—, Lage der Landarbeiter	183, 186, 189
—, Obst und Gemüseinfuhr	207
—, Kreditgenossenschaften	237
—, Pachtbetrieb	118 f.
—, Produktionskosten	151 ff., 157
—, Produktivitätssteigerung im 19. Jhd.	43 ff.
—, Reinertrag	169 f.
—, Sozialversicherung	190 ff.
—, Veränderung der Betriebsgrößen	124
Dienstwohnung, der Landarbeiter	189 f.
Dorfproletariat	256 f.
Dreifelderwirtschaft, ihre Einführung	12
Düngungsversuche Rothamsted	64 ff.
Einkaufsgenossenschaften	243
Enteignung des Großgrundbesitzes	10, 102 ff., 258
Erbfolge, bäuerliche, s. Bäuerl. Erbfolge.	
Ertrag, Gesetz des abnehmenden Bodenertrags	74 f.
—, in der Viehhaltung	87 ff.
Estland, Bodenreform	104
—, Produktionskosten	157
Extensive Wirtschaft	41 f.
Federazione italiana dei Consorzi agrari	242
Feldsystem, seine Intensivierung	50 f.
Fideikommiß, Forderung seiner Aufhebung	260 f.
Finnland, Bodenreform	110, 118
—, Pachtbetrieb	123
—, Veränderung der Betriebsgrößen	124
Flurzwang, seine Beseitigung	16
Fortschritt, der Naturwissenschaft und die Landwirtschaft	19 f., 369
—, der Technik und die Landwirtschaft	20 ff., 23, 369
Frankreich, Produktionskosten	158
—, Gemüseausfuhr	207
—, Landwirtschaftskammern	224 f.
—, Syndikate	234
—, Kreditgenossenschaften	237
Fruchtwechselwirtschaft, ihre Anfänge	13, 17
Führung des Berufsstandes	11
Gemeinheit, ihre Aufteilung	16
Genossenschaftswesen	37 f., 370, 377
—, im Krieg	232 ff.
—, seine neuen Aufgaben	241 ff.
—, seine Spezialisierung	242
—, Versuche der vertikalen Gliederung	243
Gesamtzustand, produktiver	93 ff., 99, 347 ff.
Gesindeordnungen, preußische	178
Getreidebau, seine Intensivierung	48
—, und Betriebsgröße	135 ff., 142, 315 ff.
Getreidekonsum	203 ff.
—, Europas	204 f.
—, Rußlands	207
Getreidemonopol	329 ff., 381
—, in der Schweiz	330 f.
Getreideproduktion	198 ff.
—, Europas	199
—, Rußlands	200 ff.
Getreidezölle	35, 308 ff., 320 ff., 381
—, gleitende	324 ff., 381
—, in England und Frankreich	324 ff.
—, in Österreich	327 ff.
Griechenland, Bodenreform	101, 118
—, Veränderung der Betriebsgrößen	124
—, Kreditgenossenschaften	237
Großbetriebe, ihre Aufteilung	10, 258
—, ihre Vor- und Nachteile	126 f., 132, 136
—, ihre Rationalisierung	391 f.
Großbritannien, Intensitätssteigerung	46 f.
—, Viehhaltung	89
—, Bodenreform	100, 113
—, Pachtbetrieb	118
—, Lage der Landarbeiter	182 f.
—, Landwirtschaftskammern	225
—, Kreditgenossenschaften	236
—, gleitende Getreidezölle	324 f.
Großgrundbesitz, seine Enteignung	10, 258
Grundentlastung	17
Grundrente	166 ff.
Grundsteuer	294
Haubergwirtschaft	53 f.
Haus der Landwirtschaftskultur in Prag	223 f.
Hauswirtschaft, Auflösung der geschlossenen	22
Highland and Agricultural Society of Scotland	227
Industrialisierung der Landwirtschaft	222
Intensität u. Bevölkerungsdichte	359 f.
Intensitätsstufe 1914	42 f., 194 f.
Intensive Wirtschaft	41 ff.
—, in China	193
Intensivierung	9, 38, 369
—, Kartoffel und Zuckerrübe	49
—, des Feldsystems	51 ff.
—, ihre Grenzen	61 ff., 71
—, des Klein- und des Großbetriebes	142
Intensivierungsversuche und ökonomischer Koeffizient	95
Internationale, politisch-agrarische	254
— Agrarkommission in Paris	250 f.
— Kommission für Agrarkredit	305 f.
— Konferenz der landwirtschaftlichen Vereinigungen	253
— Organisation des landwirtschaftlichen Berufsstandes	249 ff.
— Arbeitskonferenz	185, 192
Internationales Agrarabureau	254
— Agrarinstitut in Moskau	281 ff.

Internationales Arbeitsamt	185, 251
— Institut der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit	254
— Landwirtschaftsinstitut in Rom	249 f.
Irland, Bodenreform	113
Italien, Bodenreform	112
—, Kreditgenossenschaften	237
—, Gemüseausfuhr	207
—, Pachtbetrieb	123
—, Produktionskosten	157
Jugoslawien, Bodenreform	106
—, Kreditgenossenschaften	237
—, Produktionskosten	157
—, Veränderung der Betriebsgröße	124
Kanada, Organisation des Weizenverkaufes	245
Kapitalismus	4
Kartoffelbau, Intensivierung	49
Kleinbetrieb	135 f.
—, seine Vor- und Nachteile	126 f.
Kleingartengesetz	259
Klima und Landwirtschaft, Alpen	363
— — —, Karst	364
— — —, Osteuropa	365 f.
— — —, Südeuropa	364 f.
— — —, West- und Nordeuropa	359 ff.
Kollektivvertrag	188
Kommerzialisierung der Landwirtschaft	35, 386 f., 394
Konjunkturforschung	217 f.
Konsumtionswirtschaft	23, 369
Kreditbedarf	301 ff., 346, 380
Kreditgenossenschaften	235 ff.
—, Raiffeisenkassen	236
—, Beschränkung der Haftpflicht	240
—, Verfeinerung der Technik	238 f.
Kulturpflanzen, ihre Anpassungsfähigkeit	363
Landarbeiter	179 f., 182 ff.
—, ihr Aufkommen	18
—, ihre gewerkschaftliche Organisation	186 ff., 263
—, ihre Lage nach dem Krieg	188 ff.
—, und Kollektivverträge	188
—, ihre Dienstwohnung	189 f.
—, Sozialversicherung	190 ff.
—, ihre Lage im Krieg	184
Landarbeitsinstitut Pommritz	221
Landflucht	39, 181, 393
Landwirtschaftsgesellschaft, Deutsche	219
—, Österreichische	227
Landwirtschaftskammer, ihre Demokratisierung	225 f.
— in Preußen, Frankreich	224
— Schottland, England	225
— Polen, Österreich, Tschechoslowakei	225
Landwirtschaftskongreß 1907	38
Landwirtschaftsrat, Deutscher	214 f.
Lebensstandard der in der Landwirtschaft Tätigen	8, 10
Lettland, Bodenreform	104
Lohnarbeit	178 ff.
Maschinenbetrieb	395
Métayage	180
Mezadria	180
Mineraldüngung, ihr Aufkommen	24 f.
Niederlande, Bodenreform	112
—, Gemüseausfuhr	207
—, Intensitätssteigerung	48
—, Produktionskosten	157
—, Viehhaltung	89
Norwegen, Produktionskosten	157
—, Reinertrag	173 ff.
Ökonomischer Koeffizient	68, 91 ff., 176, 345 ff., 348, 354 ff., 372, 382
—, und Zonen der Betriebsformen	357
Ökonomisierung	38 f.
Österreich, Bodenreform	101, 109
—, Lage der Landarbeiter	184 f., 186, 189
Österreich, gleitende Getreidezölle	327 ff.
—, Landwirtschaftskammern	22
—, Pachtbetrieb	125
—, Reinertrag	172 ff.
—, Sozialversicherung	190 ff.
—, Viehhaltung	89
Österreichische Landwirtschaftsgesellschaft	227
Organisation der Landwirtschaft	214 ff.
Ostfriesland, Viehhaltung	89
Pachtbetrieb	118 ff.
—, Großbritannien	118
—, Deutschland	118 f.
—, Rußland	120
—, Tschechoslowakei, Österreich, Rumänien, Italien, Finnland	123
Pächterschutzgesetzgebung	259 f.
Polen, Bodenreform	111
—, Veränderung der Betriebsgrößen	124
—, Landwirtschaftskammern	225
Politisch-agrarische Internationale	254
Preußen, Landwirtschaftskammern	224
Produktionsgewinn, seine veränderte Verteilung	3
Produktionskosten	146 ff., 158
—, eines österreichischen Großbetriebes	146 ff.
—, in der Schweiz	151
—, in Deutschland	151 f.
—, und Kaufkraft des Erlöses	153 ff.
—, Tafel ihrer Steigerung in den europäischen Staaten	155
—, und Arbeitslohn	158
—, ihre Zusammensetzung	159 ff.
—, und Zwischenhandel	162 ff.
Produktionskostenberechnung	35 f.
Produktionssteigerung, ihre Grenzen	61 f.
Produktion, ihre Umgestaltung	3
Produktiver Gesamtzustand	93 ff., 99
Produktivität, der Arbeit	156, 374
—, der Klein- und Großbetriebe	135 ff.

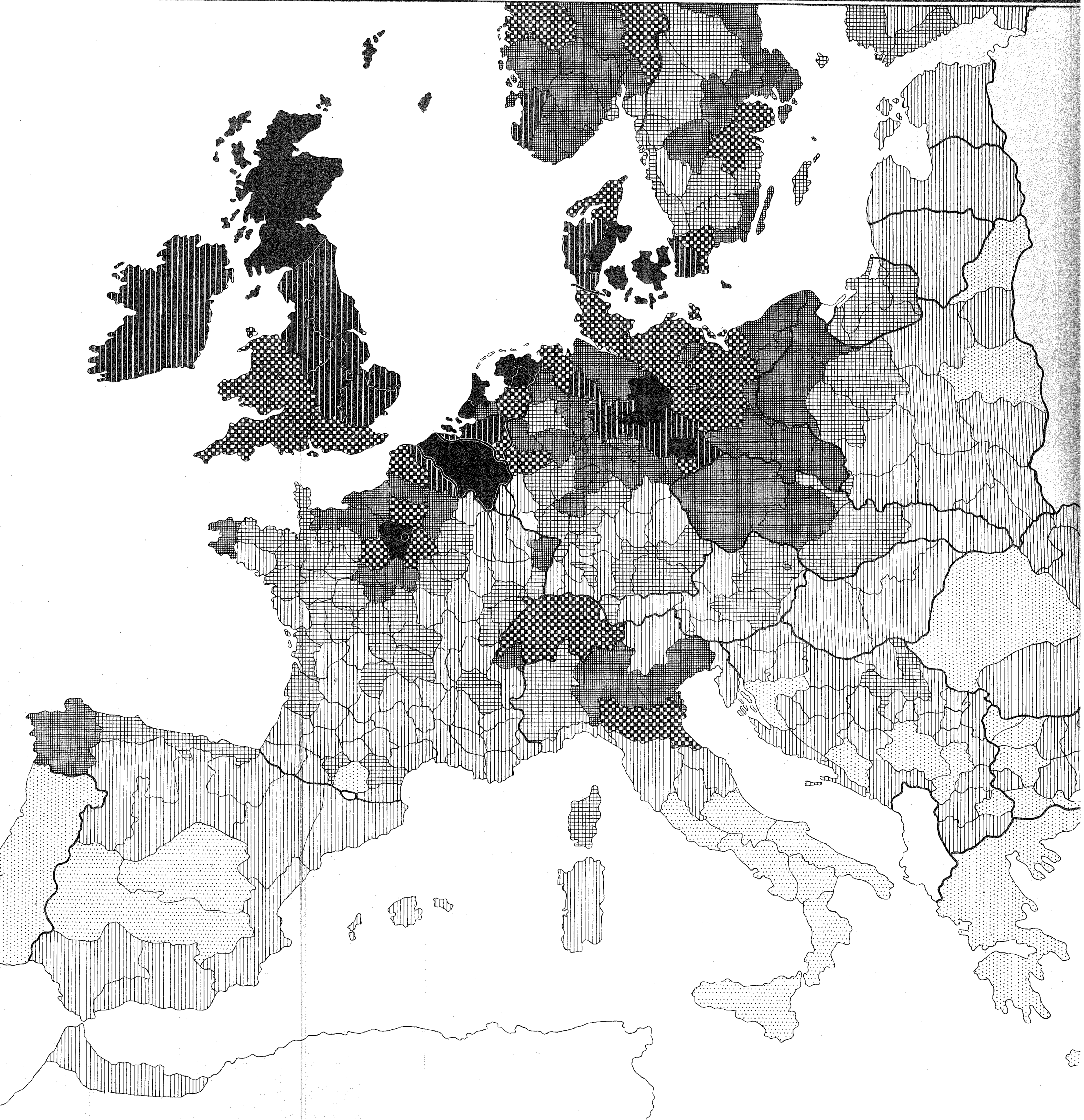


Produktivität, des Mehraufwandes 66 ff., 97, 354 ff., 371 f.	Steuerfrage, Grundsteuer 294
Produktivitätssteigerung 43 f., 46	—, Warenumsatzsteuer 295
Proletariat, landwirtschaftliches 256 f.	Stickstoffdüngung, ihr Aufkommen 25
Rationalisierung 7, 221 ff., 395	Sudan, Rentabilität des Mehraufwandes 68 ff.
—, ihre Hindernisse in der Landwirt- schaft 7 ff.	—, Viehhaltung 88
—, der Fütterung 24	Syndikate 234 f.
Reinertrag 166 ff., 375 f.	Technik, Landwirtschafts-, und Ertrag 349 ff., 382
—, Schweiz 166 ff.	—, als Funktion des Kulturgebietes 353 ff.
—, Deutschland 169 ff.	Tierischer Körper, Veränderung seiner Leistungsfähigkeit 45 f.
—, Tschechoslowakei 172	Tschecholuwakei, Bodenreform 104
—, Österreich 172 f.	—, Akademie der Landwirtschaft 228 f.
—, Norwegen und Dänemark 173 ff.	—, Haus der Landwirtschaftskultur 228
Rentabilität des Mehraufwandes 67 ff., 93 ff., 158, 372	—, Kreditgenossenschaften 237
Rentengüter 289	—, Pachtbetrieb 123
Rindviehzucht 33 f.	—, Reinertrag 172
Royal Agricultural Society of England 227	—, Veränderung der Betriebsgröße 124
Rumänien, Bodenreform 105, 109, 118	Typisierung landwirtschaftlicher Pro- dukte 243 f.
—, Kreditgenossenschaften 237	Überseeische Konkurrenz 30 ff., 369, 384
—, Pachtbetrieb 123	Ungarn, Bodenreform 107
—, Produktionskosten 157	—, Lage der Landarbeiter 183
—, Veränderung der Betriebsgröße 123	—, Produktionskosten 157
Rußland, Bodenreform 101 ff.	—, Veränderung der Betriebsgrößen 124
—, Getreideproduktion 200 f.	Union Suisse des Paysans 243
—, Intensitätsrückschritt 47	Unternehmer 4 ff.
—, Veränderung der Betriebsgrößen 123	Vereinigte Staaten, Rentabilität des Mehraufwandes 71 f.
—, Agrarpolitik der Sowjetregierung s. Bolschewismus	—, Viehhaltung 88 f.
Schafzucht 32 ff.	Verschuldung der Landwirtschaft 303 f.
Schottland, Bodenreform 114	Viehproduktion 208 ff.
Schweden, Bodenreform 110	— und Betriebsgröße 135 ff., 141 f.
Schweinezucht 33 f.	— und Intensivierung 57 ff., 369
Schweiz, Bodenreform 109	— Europa und Rußland 208 f.
—, Getreidemonopol 330 ff.	Vieh Zoll 338 ff., 381 f.
—, Lage der Landarbeiter 183	Wanderarbeiter 195 ff.
—, Produktionskosten 151, 157	Wanderausstellung 219 ff.
—, Reinertrag 166 ff.	Warenumsatzsteuer 295
Schutzzoll 34 f.	Wechselwirtschaft 53
Sozialdemokratisches Agrarprogramm 256 ff., 378 f.	Weidewirtschaft 52
—, Arbeitseigentum und Herreneigentum 257	Weizenkarte, Baadesche 350 ff.
—, Enteignung der Großbetriebe 258	Weizenverkauf, seine Organisation in Übersee 244 ff.
—, Forstverwaltung 258 ff.	Zuckerfabrik, Marmontsche 1 f.
—, Kleingartengesetz 259	Zuckerindustrie 25
—, Pächterschutz 259 f.	—, in Großbritannien 193
—, Fideikomisse 260 ff.	Zuckerrübenbau, seine Intensivierung 49
—, Absatzregelung 261 f.	Zwischenfruchtbau 49 f.
—, Getreidemonopol 262	Zwischenhandel und Produktionskosten 162 ff.
—, Sozialpolitik 262	—, seine Rationalisierung 162 ff.
—, Wohnungsprogramm 262 f.	Zölle, landwirtschaftliche 308 ff., 346, 381
Sozialismus und Bodenreform 5, 132 f.	—, auf Getreide 308 ff., 381.
Sozialversicherung 190 ff.	—, auf Vieh und Fleisch 338 ff., 382
Spanien, Südrüchtheausfuhr 207	—, auf Zucker 341 ff., 382
Spiritusindustrie 25, 27 f.	
Standardisierung 217, 219, 243 f.	
Steuerfrage, landwirtschaftliche 293 ff. 380	
—, Unübersichtlichkeit der Steuern 293	

## Namenverzeichnis.

Achard 26	Dieterici 45	Hamsun, Knut 54
Aereboe 58, 75 f., 80, 127 f., 179, 183, 191, 195, 289 f., 310, 316, 338 f., 354	Dietze, C. v. 114, 121 f.	Hansen 26, 137
Altrock, W. v. 224	Döbereiner 26	Hardenberg 116
Alves 363	Doerell, E. G. 230	Harms, Bernhard 303, 340
Angé-Laribé 235, 237, 240	Dombal, Thomas 283	Hassinger, Hugo 105
Anhagen, O. 277, 285	Dreiser, Theodore 277	Hayek, August 363
Auersperg, Graf 39	Dubrowsky 282, 284	Heacott 158
Baade, Fritz 263, 350 ff., 359	Dubrunfaut 1	Helfferrich 313 ff.
Ballod 77, 134	Ducas, Georg B. 107, 237	Helm, Victor 56
Bauer, Otto 258, 268	Duport, Emile 234	Helmholtz 20
Bauer, Stefan 192	Dyrenfurth, Gertrud 183	Hennet, Frh. v. 38
Bazant 35	Ebbinghaus, W. 297	Hermes, D. A. 116, 172, 180, 252, 335
Beckmann, F. 303	Eckardt, W. R. 362 f.	Herr 114
Berg, L. 366	Ehrenberg 132	Hesiod 56
Bernhard, Hans 363 f.	Eisen, Georg M. 237	Hickmann 123, 157, 205
Bernhardi 128 f.	Eliaschewitz, Alex. 114	Hitier, Henri et Josef 117
Berthelot 20, 230	Engel 158	Hoch, J. 132
Bessemer 20	Engels, Friedrich 132	Hoffmeister, Karl 263, 292
Bickerich, W. 362	Ertl, Moritz 38	Hollmann 105 f., 109, 112, 130 f., 140
Bismarck 32	Eßlen 75, 78, 80, 87	Hoover 336, 387
Block 44	Eyth, Max v. 220	Howald, Oskar 109, 334
Boret, Victor 117	Falke 53	Howard 35, 37, 77
Bovenschen 263	Fehr 335	Hübner 203
Brandes 216, 335	Fensch 35, 151, 169	Hupka 15
Braun, Eduard 327	Fischer, Th. 365	Huschke, Leo 132
Brdlik, Vl. 124, 140 f., 172, 210	Fischer, W. 356	Inama-Sterngge 57
Bredemann, Fritz 222	Forbonnais 126	Jacobi 20
Brentano, Lujo 31, 35, 54, 177, 289, 309 f., 314 f.	Fowler, Sir John 23	Jacobs, Ferd. 116
Buchenberger 126, 288	Fraas 55	Jakobson, A. P. 110
Buckle 27	Franges, v. 124	Joustra, A. H. 48, 112
Bunsen 20	Franz 121	Kallbrunner, Hermann 123
Bunzel 294	Fribourg, A. 365	Kampelik 38, 236
Burgdörfer, F. 388	Fruhwirt 27	Kandler, Georg 271
Carnot, Sadi 20	Fürer, R. v. 38	Kanitz, Graf 329
Caziot 117	Galvani 20	Kant, Immanuel 284
Chlapowo-Chlapowski, A. v 50, 363	Ganten, Ludwig 78	Karl August v. Weimar 26
Chorinsky 30	Gauß 20	Karoly 109
Cleinow, Georg 14	Gerriets-Purkswart 363	Kaserer 63
Columella 50	Gide 117	Kautsky, Karl 132 ff.
Constanzo, P. 113	Gilbert 25	Keiser 206
Cuvier 20	Glinka, K. 349	Kemény, Georg 108
Damaschke 115	Goethe 26	Kemp, Erich 132
Daniel, Arnold 388	Goltz, Th. v. d. 13, 18, 25, 29, 31, 33, 48, 126, 326	Kerenski 265
Darwin 20	Gompers, Samuel 185	Kessel, L. 48
David, Eduard 134 f., 142, 178, 191	Gonner 15	Kirchhoff 20
Davy 20	Gordejen 78	Klauder 35
Delbrück 215	Goudart 126	Kleberger 363
Denner, Robert 38	Grünberg, Karl 14	Knapp 14
Diertrich 121	Grünfeld, Ernst 246	Koch-Weser, Erich 274
	Gutmann, Franz 14	Koppe 44
	Gwallig 76	Köppen, W. 362 f.
		Krebs 364 f.
		Krensler 76
		Krische, Paul 349, 363

Kříženecky, J.	230	Paul	78	Skalweit 63, 66, 110, 115,
Krüger, Hans	263	Paulsen	27	128 ff., 225, 239 f., 292,
Krug, Leopold	43 f.	Peez, A. v.	22, 31	362
Krupp	20	Penck	364	Smith, Adam
Kutscher	216	Peters	206, 223	Sombart, Werner
Lamarek	20	Petroff, Peter und Irma	4	Sommer, Luise
Landmann, Julius	109	102, 209, 274		Stalin
Laur, Ernst 37, 135 ff.,		Philipppson, A.	365	Stein
146, 166 ff., 253, 337 f.		Placita de Flandre	12	Stephenson
Lavoisier	20	Plenge, Johann	4	Stieger
Lawes, J. B.	25, 64	Plinius d. Ä.	50	Stoklasa, J.
Leempoels, Jef	301	Polenoff	47	Strakosch, S. v. 31, 35, 40,
Lenin	265 f.	Poletika, W. P. v.	366	68 ff., 71, 84, 86, 88, 94,
Licht, Stefan	38	Ponten, J.	365	98, 156, 263, 310, 314,
Liebenberg, v.	76	Puteani, Ernst Frh. von	58	320, 364, 386
Liebig	24 f., 75 ff.	Quelle, Otto	365	Strobl, Ludwig 138 f., 172
Liefmann	248	Rabe, O.	233	Stromayer, Hans
Lichard, Daniel	236	Radmann, R.	237	Stundacker
Lippmann	26 f.	Raiffeisen	38, 236	Svéhla, Anton
List, Friedrich	126, 339	Ramsauer, Christian	263	227, 254
Lloyd George	113, 115	Ratner, C.	275	Szabó, Stefan
Longhuszen, J. P. van	112	Reich, E.	230	107
Lorenzoni	113	Reuning	88	Tardy, Louis
Low, David	59	Ricardo	166	Tassinari
Lublin, David	249	Richarz	104	174
Malchus	44	Rimpau	29	Thaer, Albrecht v. 12, 24,
Malteziann	105	Rist	117	32, 44 f., 230, 361
Mandl, Felix	395	Ritter, Kurt 207, 244 f.,	388	Thaller
Mann	294	Ritthausen	76	Theophrastus
Marmont, Marschall	1	Roberts, E. D.	342	Thomson
Martin	20	Rohr	268, 274	21
Marx, Karl	5 f., 132	Roemer	343	Thorberg
Mauli, Otto	365	Roscher	42, 47, 75, 126	238
Mayer, Adolf	76, 88	Rothkegel, Walter	312	Thünen 71, 81, 96, 98, 230,
Mayer, Hans	294 f.	Rümker	215	356 ff.
Mecir, Karl	254	Ruhland	324	Tilgmann
Medinger, W.	15	Rybar	43	20
Méline, Jules	39	Sagawe, B.	132, 343	Tillmann, H.
Meitzen, August	38, 43	Scheeffer	196	263
Metzger	111	Scherzer, Karl v. 21, 27, 31,	158	Tolomianz, V.
Mirabeau	126	Schiele	217, 335	237
Mises, L. v. 14, 263, 379		Schlömer, Friedrich	285	Tooke
Mitschke	32	Schmittmann, B.	190	326
Möller, Ernst	310	Schneider, H.	53	Toussaint, Adrien
Mührer, Richard	132	Schubart von Kleefeld	55ff.	235
Müller, August	246 ff.	Schüller, Richard	308	Trotzki, Leo
Napoleon	26	Schullern-Schrattenhofen	39, 127, 288, 292, 312	278 ff.
Naumann, Friedrich	4	Schulze-Delitzsch	38	Tschajanoff, A. W. 103,
Neumann, H.	183	Schwerin, Graf v.	215	274, 285
Neumarek	326	Schwerz, J. N. v.	12, 45	Tscherkinsky 103, 268, 274
Nothwang	76	Seiff, R.	121	Turgot
Obrtel, Franz	237	Seidl, Frank	71	68
Oldenberg, K.	78	Seidler, E. v.	37	Venn, S. A.
Oppenheimer, Franz	134	Seligman, E. R. A.	386	115
Ostermayer, Adolf 37, 58,		Sering, Max 14, 106, 115 f.,		Veverka
72, 129, 172, 183		121, 215, 289, 337, 339,		230
Paasche	27	385, 388		Viktor Emanuel III.
Pabst	55	Serpieri, Arrigo	113	249
Palmgren, E.	110, 122	Settegast	126	Vilmorin
Passarge	362	Siemens	20	27
Pasteur	20			Vlácil, B.
Patsch, Carl	365			230
				Vogué, Marquis de 234, 252
				Volta
				20
				Wallace, Sir D. M.
				47
				Waterstradt
				77
				Weber, Alfred
				4
				Weber
				253
				Weeder, A.
				263
				Weinzierl
				89
				Wicksell
				77
				Wilhelm II.
				215
				Willner, Gotthard
				132
				Wilson
				185
				Wolf, Julius
				388
				Wygodzinski 224, 292, 312
				Young, A.
				126
				Zimmermann, W.
				182
				Zweig, Stefan
				277



**LANDWIRTSCHAFTLICHE ERTRAGSKARTE VON EUROPA**  
**WEIZEN - FROMENT**

Durchschnittsertrag der Jahre 1922-24 in dz auf 1ha Anbaufläche  
 Rendement par Ha en qu % moyenne des années 1922-24

